



Mario Müller

VERLETZENDE WORTE

Beleidigung und Verleumdung in
Rechtstexten aus dem Mittelalter
und aus dem 16. Jahrhundert

Mario Müller
Verletzende Worte

Hildesheimer Universitätsschriften

herausgegeben von der
Universitätsbibliothek Hildesheim

Band 33

Mario Müller

Verletzende Worte

Beleidigung und Verleumdung
in Rechtstexten aus dem Mittelalter und aus dem 16. Jahrhundert



Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2017

Mario Müller

Verletzende Worte

Beleidigung und Verleumdung

in Rechtstexten aus dem Mittelalter und aus dem 16. Jahrhundert

U

Q

Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2017

Diese Publikation wurde finanziell gefördert von der
Universitätsgesellschaft Hildesheim e. V.

Sie entstand in Zusammenarbeit von Georg Olms Verlag
und Universitätsverlag der Stiftung Universität Hildesheim.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung
inelektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISO 9706

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

Redaktion und Satz: Universitätsverlag Hildesheim

Umschlaggestaltung: Inga Günther, Hildesheim

Umschlagabbildung: Nachweis und Beschreibung auf den S. 74–75

Herstellung: Hubert & Co, 37079 Göttingen

Printed in Germany

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2017

www.olms.de

© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2017

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 1433-5999

ISBN 978-3-487-15627-9

Dieser Titel steht auch als elektronische Publikation
im Internet kostenfrei (Open Access) zur Verfügung: <http://dx.doi.org/10.18442/743>

Ad perpetuam rei memoriam
Prof. Dr. Volker Honemanns
(1943–2017)

Vorwort und Dank

Die vorliegende Arbeit ist motiviert durch ein ehrgeizig konzeptioniertes Projekt aus der Zeit meines Promotionsstipendiums am Internationalen Graduiertenkolleg «Politische Kommunikation von der Antike bis ins 20. Jahrhundert», angesiedelt an den Universitäten Frankfurt am Main, Innsbruck, Trient, Bologna und Pavia. Eine Gruppe von Kollegiatinnen und Kollegiaten hatte sich zum Ziel gesetzt, die Phänomene «Verleumdung» und «Beleidigung» epochenübergreifend auf der Grundlage eines gemeinsam entwickelten Fragekatalogs zu erarbeiten. Das Vorhaben fand trotz fortgeschrittener Ergebnisse keinen Abschluss, aber das Thema ließ mich nicht los. Einige Jahre später nahm ich es deshalb unter einer umfassenderen Fragestellung für den mittelalterlichen Zeitraum und das 16. Jahrhundert wieder auf. Das Ergebnis dieses Prozesses wurde im Sommersemester 2012 an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz als Habilitationsschrift mit dem Titel «Verletzende Worte. Die Tatbestände Beleidigung und Verleumdung in mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtstexten 500–1600» zur Erlangung des akademischen Grades PD Dr. phil. eingereicht. Mit Erteilung der *Venia Legendi* für die Fächer «Geschichte des Mittelalters» und «Geschichte der Frühen Neuzeit» im Januar 2013 wurde das Habilitationsverfahren abgeschlossen; die Arbeit an der Habilitationsschrift prämierte der Chemnitzer Universitätsrektor, Herr Professor PhD Arnold van Zyl, «auf Grund besonderer persönlicher Leistungen in der Forschung». Für die Veröffentlichung wurde das Manuskript noch einmal überarbeitet.

Im Verlauf der mehrjährigen Arbeit an dieser Studie wurde mir viel Rat und Unterstützung zuteil. Mein erster Dank gilt Herrn Prof. Dr. phil. Gerhard Dohrn-van Rossum, der als Inhaber der Professur für Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit an der Universität Chemnitz meine Forschung stetig begleitete, mir Zeit und Gelegenheit gab, diese Studie voranzutreiben: Lieber Gerhard, herzlichen Dank für Deine stetige Unterstützung und Ermutigung! Er sowie die Herren Professoren Dr. phil. Stefan Pfeiffer und Dr. iur. Heiner Lück von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg begutachteten meine Arbeit und gaben mir hilfreiche Hinweise für die nachträgliche Überarbeitung des Manuskriptes; dafür danke ich ihnen im Besonderen.

Im Jahr 2011 erhielt ich die Gelegenheit, als Herzog-Ernst-Stipendiat (Postdoc) der Fritz Thyssen Stiftung an der Forschungsbibliothek Gotha zu

arbeiten, unter anderem auf der Suche nach Bildmotiven zu meinen Untersuchungsgegenständen. Von den zahlreichen Personen, die mich in Gotha unterstützten, bedanke ich mich stellvertretend und vor allem bei Frau Cornelia Hopf, die mir als Leiterin der Handschriftenabteilung mit Rat und Tat beiseite stand; der Fritz Thyssen Stiftung bin ich für die Finanzierung meines Gothaer Aufenthalts zu Dank verpflichtet. Auf Einladung von Herrn Prof. Dr. phil. Gerd Schwerhoff konnte ich im Mai 2014 ausgewählte Aspekte meiner Arbeit im Rahmen seines Forschungskolloquiums an der Technischen Universität Dresden abermals einer kritischen und ertragreichen Besprechung unterziehen. Den Dresdner Diskutantinnen und Diskutanten, den ehemaligen Kollegiatinnen und Kollegiaten des Internationalen Graduiertenkollegs, meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. phil. Josef Riedmann (Innsbruck), Frau Dr. iur. Oda Cordes (Berlin), Herrn Richter Alexander Rädke (Lüneburg), Frau Dr. phil. Gunhild Roth (Berlin) sowie Charlotte und Elisabeth Buchhester (Hildesheim) danke ich für zahlreiche Anregungen und Hinweise.

Mein letzter Dank gilt dem Georg Olms Verlag und dem Universitätsverlag Hildesheim für die sorgfältige redaktionelle Betreuung und die Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe «Hildesheimer Universitätschriften» sowie der Universitätsgesellschaft Hildesheim e. V. für die anteilige Übernahme des Druckkostenzuschusses. Bei der Erstellung der Register, der bibliographischen und formalen Überarbeitung halfen seitens des Universitätsverlages Frau Kathrin Duckstein, Frau Katharina Gallus und Frau Charlotte Schröder.

Ich widme dieses Buch Herrn Prof. Dr. phil. Volker Honemann, der von 1992 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2008 den Lehrstuhl für Deutsche Literatur des Mittelalters unter Einbeziehung der mediävistischen Komparatistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster innehatte. Am 28. Januar dieses Jahres starb er überraschend im Alter von 73 Jahren in Berlin, wo er mit seiner Frau Gunhild Roth zuletzt lebte und gemeinsam mit ihr nach wie vor enthusiastisch seiner wissenschaftlichen Tätigkeit nachging. Er stand mir mit seinem Rat und seinem beeindruckenden Wissensschatz sowohl in großen als auch in kleinen Dingen zur Seite; dabei war er ein exzellenter und immer aufs Neue anregender Gesprächspartner. Wie nur wenige überschritt er unablässig die Grenzen seines Faches und suchte nach epochenübergreifenden Zusammenhängen. Seine Selbstlosigkeit in der wissenschaftlichen Arbeit und seine Freude, andere zu begeistern und sich selbst begeistern zu lassen, wird vielen fehlen.

Inhaltsverzeichnis

KAPITEL A. Einleitung

1. Aufgabenstellung, Quellengrundlage, Forschung	17
1.1 Aufgabenstellung	17
1.2 Quellengrundlage	24
1.3 Forschung	26
2. Grundlegende Begrifflichkeiten: Injurien und Rechtsgüter	36
2.1 Semantik des Begriffs «iniuria»	36
2.2 Begriffliche Differenzierung im <i>Corpus Iuris Civilis</i>	39
2.3 Rechtsgüter	41
3. Gliederung der Arbeit	46
3.1 Probleme zur Abgrenzung der Tatbestandsmerkmale	46
3.2 Gegenstände der Beschuldigungen und ihre geschlechts- spezifischen Ausdifferenzierungen	48
3.3 Sanktionen	49

KAPITEL B. Tatbestände: Einfache Beleidigung und üble Nachrede

Überblick zum Inhalt von Kapitel B	54
1. Definition der Tatbestände	55
2. Die Tatbestandsbeschreibungen in den Quellentexten	56
2.1 Rechtstexte ohne begriffliche Differenzierung	57
2.2 Rechtstexte mit begrifflicher Differenzierung	59
3. Formen der einfachen Beleidigung und der üblen Nachrede	68
3.1 Beleidigungen mit bewusster Kenntnisnahme	68
3.2 Schimpfwörter wider die Ehre	71
3.3 Die «contumelia» nach Thomas von Aquin	74
4. Vorsatz und Fahrlässigkeit	77
4.1 Im Zorn geßprochen	81
4.2 Beleidigungsabsicht	84
5. Die Berücksichtigung der ständischen Differenz und autoritäts- abhängiger Beziehungen	85
5.1 Unterscheidungen nach der Herkunft	87
5.2 Hausherr, Gast und Dienstbefohlene	89
5.3 Hausherr, Gattin und Kinder	90
5.4 Der Stadt schaden	91
5.5 Beleidigungen von Amtsträgern	92
6. Post mortem	96
7. Haftung und Beleidigungsfähigkeit	100

KAPITEL C. Tatbestände: Verleumdung und falsche Anschuldigung vor Gericht

Überblick zum Inhalt von Kapitel C	106
1. Definition der Tatbestände	107
1.1 Verleumdung	107
1.2 Kalumnie	110
1.3 Falsche Anschuldigung	114
2. Reinigungseid und Gottesurteil im frühen Mittelalter	125
3. Das Infamationsverfahren	130
3.1 Was ist ein Infamationsverfahren?	131
3.2 Die Injurien im Kirchenrecht des 12. und 13. Jahrhunderts	132
4. Der Inquisitionsprozess	135
4.1 Begriff, Ursprung und Verfahrensmerkmale	136
4.2 Zweikämpfe	141
4.3 Das Nebeneinander der Verfahren	144

KAPITEL D. Gegenstände der Beschuldigungen und ihre geschlechterspezifischen Ausdifferenzierungen

Überblick zum Inhalt von Kapitel D	150
1. Worum geht es?	151
2. «Stiefmütterliche Willkür», Vergewaltigung und «weibisches Geschwätz»	154
2.1 «Böse Stiefmutter»	154
2.2 Der Vergewaltigung beschuldigt	156
2.3 Defloration und Verlöbnis	164
2.4 «Weibisches Geschwätz»	166
3. Hexerei und Zauberei	170
3.1 Begriffsbestimmung	170
3.2 Entwicklungsstufen des Hexenwahns	171
3.3 Verurteilung des Hexenglaubens	172
3.4 Bund mit Dämonen	176
4. Unzucht und Illegitimität	178
4.1 Der Begriff «Hure»	180
4.2 Konkubinat	181
4.3 Prostitution	184
4.4 Ehebruch	186
4.5 Fälschlich der Hurerei beschuldigt	190
4.6 Ketzerei, Sodomie und Gottes Strafe	194
4.7 Homosexualität	197
4.8 Rechtsgut «cristenheit»	199

5. Bösewichte und Feiglinge	205
5.1 Begriffsbestimmung	205
5.2 Kanon der Schimpfwörter	207
5.3 Diebstahl	210
5.4 Raub	212
5.5 Tötung	212
5.6 Verrat und Fälscherei	213
5.7 Ein Kanon schwerer Verbrechen	215

KAPITEL E. Sanktionen

Überblick zum Inhalt von Kapitel E	220
1. Begriffliche Konkretisierungen	221
1.1 Kirchliches Strafrecht	221
1.2 Geldbuße und Gewette	224
1.3 Rügeverfahren	226
1.4 Ehrenstrafen	227
2. Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte	228
2.1 Definition der Begriffe	229
2.2 Die Ehrenerklärung im langobardischen Recht	231
2.3 Die Genugtuung bei den Scholastikern	232
2.4 Über den Ursprung des Widerrufs	236
2.5 Ehrenerklärung und Widerruf in Spätmittelalter und Früher Neuzeit	238
2.6 Ausführung des Widerrufs	241
2.7 Der Widerruf in der Erzählung des Hans von Schweinichen	244
3. Verweisungen, Geißelungen, Talionsprinzip	247
3.1 Zur Unterscheidung der Strafen und Bußen	248
3.2 Strafen und Bußen im Kirchenrecht	249
3.3 Geißelungen	251
3.4 Verweisungen und Freiheitsstrafen	255
3.5 Verweisungen und andere Strafen für Kinder und Jugendliche	260
3.6 Prangerstrafen	262
3.7 Verstümmlungen	263
3.8 Narrenhäuschen	266
3.9 Steintragen	268
3.10 Strafen für Frauen	270
3.11 Falsche Anschuldigung	272
3.12 Talionsprinzip	273
3.13 Todesstrafe und Geldbuße	277
4. Schadensersatz, Geldbußen und Sachleistungen	278
4.1 Strafe nach richterlichem Ermessen	278
4.2 Geldbußen	281

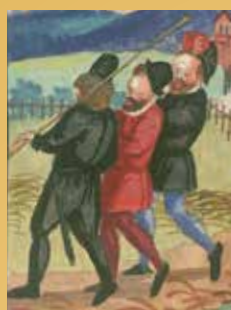
4.3 Tabelle: Geldbußen im späten Mittelalter (Auswahl)	282
4.4 Taxierung der Geldbußen	284
4.5 Das frühmittelalterliche Wergeld	288
4.6 Die ersten Gewette	289
4.7 Sachleistungen	290
4.8 Die ästimatorische Injurienklage	293
5. Strafrechtlich oder bürgerlich klagen?	294
5.1 Die ersten Textzeugen im deutschen Recht	295
5.2 Ursprung der straf- und zivilrechtlichen Klage	299
6. Rügegerichte und Rügeverfahren	302
6.1 Bischöfliches Sendgericht	303
6.2 Sanktionen der bischöflichen Sendgerichte	307
6.3 Frauen im Injurienrecht	308
7. Retorsion und Kompensation	309
7.1 Begriffsbestimmung	309
7.2 Hinweise im römischen Recht	310
7.3 Die Diskussion der deutschen Juristen	311

KAPITEL F. Ergebnisse

1. Historische Entwicklungslinien	317
1.1 Verbreitung	317
1.2 Zäsuren	319
2. Definitionen und Begriffe	321
2.1 Der Begriff «iniuria» im römischen Recht unter Kaiser Justinian I. und seine Rezeption in Mittelalter und Früher Neuzeit	321
2.2 Die zu schützenden Rechtsgüter	322
2.3 Definition der Tatbestände	323
2.4 Prozessverfahren	326
2.5 Die Berücksichtigung ständischer und hierarchischer Differenzen	329
2.6 Geschlechtliche Differenzierungen	330
2.7 Ein Kanon schwerer Verbrechen	332
2.8 Sanktionen	333
3. Ausblick	337

APPENDIZES. Literatur und Register

1. Ältere Drucke (vor 1800), Editionen und Regesten	343
2. Darstellungen	355
3. Verzeichnis der verwendeten Quellentexte	383
4. Personen- und Ortsregister	394
5. Sachregister	402
6. Abbildungsverzeichnis	410



KAPITEL A

Einleitung

1. Aufgabenstellung, Quellengrundlage, Forschung

1.1 Aufgabenstellung

Verbale Beleidigungen und Verleumdungen waren in der 1000-jährigen Geschichte des Mittelalters fortwährend präsent; sie spiegeln sich in politisch brisanten Begebenheiten wider, über sie wird in historiografischen Quellen berichtet, sie bilden in literarischen Werken den Plot der Erzählung und nicht zuletzt können wir sie in zahlreichen Rechtstexten aufspüren. Rechtsgelehrte, Dichter, Philosophen und Theologen widmeten Beleidigungen und Verleumdungen viel Aufmerksamkeit, sie sinnierten über ihre moralischen Hintergründe und Folgen und empfahlen Verfahren zu ihrer Vermeidung und Sanktionierung. So überrascht es nicht, dass sowohl Beleidigungen als auch Verleumdungen als Tatbestände im weltlichen und kirchlichen Straf- und Zivilrecht behandelt wurden.

Die Vielfalt der in den jeweiligen Rechtstexten beschriebenen oder doch zumindest angedeuteten Tatbestandsmerkmale überwältigt und entzieht sich einer übergreifenden Definition. Vor allem die begriffliche Mehrdeutigkeit in den lateinischen und deutschen Texten des Mittelalters stellen uns vor das Problem, die Tatbestände nicht immer genau fassen zu können, denn Legaldefinitionen kennen diese Rechtstexte im Zusammenhang mit den theamtisierten Untersuchungsgegenständen nicht. Ungeachtet dessen sollte ein Ziel dieser Studie sein, die jeweiligen Begrifflichkeiten und ihre Kontexte so aufzuarbeiten, dass wir eine möglichst genaue Vorstellung von ihnen erhalten. Dafür werden als gedankliches Modell die bekannten Tatbestandsbeschreibungen aus dem gegenwärtig gültigen deutschen Strafrecht hinzugezogen. Dass damit ein anachronistischer Weg mit einer Reihe von Gefahren für eine überzeugende Interpretation beschritten wird, liegt auf der Hand. Diese Gefahren können mit Blick auf andere Herangehensweisen in Kauf genommen werden, weil es sinnvoller erscheint, von begrifflich Bekanntem auszugehen und dies am jeweiligen historischen Text zu modifizieren bzw. gegebenenfalls zu verwerfen, als zum Beispiel eine nicht überschaubare und kaum zu interpretierende Sammlung von Begriffen vorzustellen, wie es zum Beispiel der renommierte und verdiente Rechtshistoriker Rudolf His (* 1870 † 1938) vor gut acht Jahrzehnten und ihm

folgend viele andere getan haben.¹ In neueren Beiträgen wird das Problem, wie die mittelalterlichen Tatbestände der Beleidigung zu klassifizieren und zu beschreiben wären, zum Teil als Marginale behandelt, beispielsweise im Artikel «Beleidigung» aus der zweiten Auflage des «Handwörterbuchs zur deutschen Rechtsgeschichte» (erschienen 1998): Dort wird Beleidigung als ein «Angriff auf die Ehre» qualifiziert und mit Bezug auf die Einführung neuer Beweismittel im Verfahrensrecht des 11. Jahrhunderts darauf verwiesen, dass es «noch ein langer Weg bis zur endgültigen begrifflichen Unterscheidung der beiden Delikte Beleidigung und Verleumdung» gewesen sei.² Ein überzeugender Beitrag zu den mittelalterlichen Merkmalen der Tatbestände Beleidigung und Verleumdung wurde noch nicht vorgelegt. Für die nachfolgende Herangehensweise bedeutet dies, zu Beginn der Arbeit keine verbindliche und unter Umständen ausgrenzende quellenbasierte Definition der Untersuchungsgegenstände anzubieten. Diese wird erst innerhalb der ersten Kapitel Schritt für Schritt erarbeitet, um hinreichend auf die zum Teil problematischen historischen Kontexte aufmerksam machen zu können.

Trotz mehrerer solider Studien zu Beleidigungen und Verleumdungen stehen bis heute noch keine Überblicksdarstellungen für diese Untersuchungsgegenstände zur Verfügung, in denen die kirchlichen und weltlichen Rechtstexte des Mittelalters gleichermaßen und ihre Wechselwirkungen über einen Zeitraum von einem Jahrtausend berücksichtigt worden wären. Mit vorliegender Arbeit soll versucht werden, diese Lücke für den Zeitraum von ca. 500 bis 1500 (mit einigen weiterführenden Beobachtungen zum 16. Jahrhundert) zu schließen. Natürlich ist dieses Vorhaben innerhalb eines angemessenen Arbeitsaufwandes nur mit einigen, die Untersuchungsgegenstände eingrenzenden Einschränkungen zu realisieren. So ist es mit Blick auf die Quellenlage nötig, Untersuchungsräume und Textgattungen auszuwählen, die zielführende Zusammenhänge aufweisen. Im Mittelpunkt der Studie stehen «normative» Texte des kirchlichen und profanen Rechts wie zum Beispiel Leges, Kapitularien, Dekretalen, Konzils- und Synodalbeschlüsse, Landfrieden und Rechtsbücher. Pönentienaren, Weistümer, Amtsbücher, Gerichtsakten, historiografische Schriften, theologische Traktate und auch Buchillustrationen werden gelegentlich zur Erörterung und Vertiefung

1 His, Rudolf: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2: Die einzelnen Verbrechen. Weimar 1935 (ND Aalen 1964), S. 104–140. Zu den Folgearbeiten siehe S. 31, Anm. 38.

2 Lieberwirth, Rolf: Art. Beleidigung, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller, Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 514–516.

bestimmter historischer Entwicklungen mit herangezogen; sie bilden jedoch nicht den Hauptbestandteil des zugrundeliegenden Quellenkorpus.³ Während mit dem *Corpus Iuris Civilis*, den frühmittelalterlichen Leges, Kapitularien, Pönentiarren sowie Konzils- und Synodalbeschlüssen Quellen aus mehreren Königreichen und Bistümern des christlichen Abendlandes (insbesondere aus dem fränkischen Herrschaftsraum und Italien) herangezogen werden, wird der Untersuchungsraum nach der Auflösung des Frankenreiches mit wenigen Ausnahmen auf Rechtstexte eingeschränkt, die im deutschen Sprachraum entstanden sind bzw. dort Geltung und Einfluss besaßen (Dekretalen werden somit eingeschlossen). Die Rezeption des römischen Rechts und kirchenrechtlicher Normen sowie die durch die jeweiligen Herrscher angestrebte Herrschaftstradition des römischen Kaisertums im Frankenreich und Deutschland verbinden die Untersuchungsräume miteinander. In welchem Maß sie Einfluss auf die regionalen und lokalen Rechtsgewohnheiten nahmen, wird sich im Verlauf dieser Arbeit zeigen.

In Anlehnung an das *Corpus Iuris Civilis* werden Beleidigungen vom späten Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert «Injurien» genannt. Mit Bezug auf das zu schützende Rechtsgut ist in der gegenwärtigen historischen Forschung hingegen in der Regel von Ehrverletzungen statt von Injurien die Rede. In dieser Arbeit werden wir den Begriff «Injurie» alternativ zu den gegenwärtigen Gepflogenheiten verwenden, weil in den mittelalterlichen Rechtstexten nicht allein die Ehre einer Person als zu schützendes Rechtsgut thematisiert wurde.⁴

Die Injurien werden in reale (tätliche), verbale und schriftlich verbreitete (Schmähschriften und Ähnliches) unterschieden; nur wenige Rechtstexte des Untersuchungszeitraumes führen explizit auch geistliche Beleidigungen an. Schmähschriften werden im verwendeten Quellenkorpus fast ausnahmslos als ein gesonderter Tatbestand behandelt, während Verbal- und Realinjurien oft im Zusammenhang dargestellt werden. Ungeachtet dessen wird hier von einer eingehenden Untersuchung der Realinjurien abgesehen, weil es sich bei ihnen um einen eigenen Tatbestand handelt. In den Rechtstexten wird das vor allem deutlich in der Höhe des Strafmaßes und durch die häufig fließende Grenze zwischen Realinjurien und anderen Delikten der Körperverletzung. Das zu schützende Rechtsgut bei einer Realinjurie ist nicht nur die Ehre wie bei der Beleidigung durch Wort und Schrift, sondern auch die leibliche Unversehrtheit. Insofern bestehen beim Vergleich der Tatbestandsmerkmale dieser Form der Beleidigung und den Verbrechen an Leib und Leben zahlreiche Übereinstimmungen. Dieser

3 Siehe den Gesamtbestand der zusammengetragenen Rechtsquellen im Anhang des Bandes unter dem Titel «Zitierte Rechtstexte», S. 382–390.

4 Siehe hierzu in der Einleitung, Abschnitt 2.3 Rechtsgüter, S. 41–45.

Umstand zieht Konsequenzen in der methodischen Herangehensweise nach sich. Für die Analyse der normativen Grundlagen zur Sanktionierung von Realinjurien müssten die rechtlichen Bestimmungen zu Delikten an Leib und Leben vergleichend herangezogen werden, um im darauf folgenden Schritt eine akzeptable Systematisierung der Einzeltatbestände vorlegen zu können. Das soll im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden.

Die in den Rechtstexten am häufigsten besprochenen Injurien sind die verbalen Beleidigungen und beleidigenden Verleumdungen. Diese beiden Tatbestände der Verbalinjurie, die im gegenwärtigen und im älteren Strafrecht noch weiter unterschieden werden, bilden die zwei Hauptgegenstände der vorliegenden Untersuchung. Aus diesen Hauptgegenständen werden folgende ausgeschlossen:

- Majestätsbeleidigung (*crimen laesae maiestatis*). Sie konnte in Mittelalter und Früher Neuzeit nahezu jede mittelbare und unmittelbare Verletzung von obrigkeitlichen Rechtsgütern oder deren Vertretern einschließen.
- Meineid bzw. falsches Zeugnis (*falsum testimonium*). Diese bilden einen eigenen, bereits im römischen Recht ausgeformten Tatbestand. Er ist unter anderem aufgrund seiner prozessrechtlichen Bedeutung auch in den frühmittelalterlichen Leges, in den karolingischen Kapitularien und den Rechten des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit zahlreich belegt.⁵ Darüber hinaus konnte der Tatbestand Meineid auch auf ein gebrochenes oder verletztes Rechtsverhältnis zwischen Herrn und Gefolgschaft bzw. Lehnsherrn und Lehnsmann Anwendung finden. Überall dort, wo ein Eid zur Bekräftigung eines Rechtsgeschäftes zum Tragen kam, war der Meineid als Delikt des Eidbruchs anzutreffen.
- Gruppenbeleidigungen. Sie werden in den mittelalterlichen Rechtstexten selten als eigener Tatbestand behandelt, sondern meist in Privilegierungen aufgegriffen, zum Beispiel in Schutzprivilegien für Juden.
- Grabschändungen bzw. (wie es in manchen Texten heißt) «Vergewaltigung» und «Verhöhnung» der Gräber.⁶ Beide Tatbestände werden im Unterschied zur Beleidigung von Verstorbenen nicht behandelt.

5 Die umfangreichste historische Belegstellensammlung bietet Liszt, Franz E. von: *Meineid und falsches Zeugnis. Eine strafrechtsgeschichtliche Studie*. Wien 1876, S. 41–111 (hier vom frühen Mittelalter bis zur Carolina).

6 Damhouder, Jooſt de: *Praxis rerum criminalium* (1565), Frankfurt am Main 1565 (VD16 D1084), cap. 109, Blätter 204v–205v.

- Zurückweisen oder Verhöhnern (Schelten) von Gerichtsurteilen und Anklagepunkten in einem Gerichtsverfahren. Diese Tatbestände sind vor allem in spätmittelalterlichen Rechtstexten eigens besprochen worden und werden aufgrund ihrer spezifischen Situationsgebundenheit ausgeschlossen.
- Beim «Ansprechen der Ehe», einem Tatbestand, der bisher noch keinen treffenderen Namen erhalten hat, wurde verurteilt und bestraft, wer behauptete, «Unzucht» mit einer ehrbaren Frau oder einem ehrbaren Mann begangen zu haben. Dieser Tatbestand tritt in den frühmittelalterlichen Leges und in zahlreichen deutschen Rechtsquellen des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit auf, weicht allerdings sowohl in seinen Merkmalen als auch in der Form der Sanktionierung stark von Verbalinjurien ab.⁷
- Als eigene Tatbestände werden auch Blasphemie, Verfluchungen und Verwünschungen ausgeschieden.⁸

Mit Blick auf Lücken und Fehltritte in der Forschung zum Injurienrecht⁹ stellt sich diese Arbeit im Rahmen ihre Übersichtsdarstellung sechs thematischen Schwerpunkten:

- Bisher widmeten sich Studien zu Verbalinjurien in Mittelalter und Früher Neuzeit fast ausnahmslos nur einem Rechtsgebiet, entweder dem kanonischen oder dem profanen; kirchenrechtliche Studien konzentrierten sich in der Regel sogar nur auf Bußbücher und die Modalitäten der Genugtuung in Kommentaren der Scholastiker. Diese Vernachlässigung verhinderte, die nicht zu übersehenden Zusammenhänge in der Entwicklung von profanem und kirchlichem Recht zu analysieren und die besondere Bedeutung der Theologen und Dekretiisten für die profanen Rechte des späten Mittelalters herauszustellen. Deshalb werden diese Zusammenhänge vor allem für den relevanten Zeitraum vom 12. bis zum 14. Jahrhundert dargestellt.
- Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der präzisen Herausarbeitung der durch die Rechte geschützten Rechtsgüter einer Person. In der (rechts-)historischen Forschung wird einhellig davon ausgegangen, dass die Injurienrechte des Untersuchungszeitraums die Ehre einer Person im

7 Zu einer kurzen Beschreibung des Tatbestandes und Nachweisen zu den Quellen siehe His: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 132–135.

8 Belege dazu ebenda, S. 113.

9 Die Forschung zum Injurienrecht wird im Anschluss an den nachfolgenden Abschnitt zur «Quellengrundlage» vorgestellt, S. 26–36 (Abschnitt 1.3 Forschung).

Blick hatten. Das trifft ohne Zweifel zu, jedoch kennen Mittelalter und Frühe Neuzeit auch den besonders durch die Scholastiker herausgestellten guten Ruf als Rechtsgut sowie seit dem 13. Jahrhundert auch das Bekenntnis zum christlichen Glauben und zur christlichen Kirche. Diese Differenzierung ist in spätmittelalterlichen Rechtstexten von Bedeutung für die Bemessung des Strafmaßes gewesen.

- Die normativen Texte werden auf mögliche geschlechterspezifische Differenzierungen untersucht: Gab es bevorzugte Strafen für Männer oder Frauen? Benachteiligten die Rechtstexte ein Geschlecht, indem durch sie Vorurteile befriedigt wurden? Welche Schimpfwörter wies man dem jeweiligen Geschlecht zu?
- Die in den Rechtstexten erwähnten (falschen) Anschuldigungen, denen eine Person durch eine andere ausgesetzt werden konnte, sollen auf das mögliche Strafmaß hin untersucht werden, unter anderem um zu erörtern, in welchem Zusammenhang das Strafmaß für eine Anschuldigung mit dem damit vorgeworfenen Verbrechen steht.
- Bisher fehlen in Darstellung zum Injurienrecht die zugrundeliegenden Prozessverfahren. Nur die neuen Klageformen des 15. Jahrhunderts fanden in Einzeldarstellungen Berücksichtigung. Für die verhältnismäßig quellenarme Zeit des frühen Mittelalters geben verschiedene Verfahren (insbesondere das Rüge- und Infamationsverfahren) Auskunft über die Grundlagen des Aufspürens von Beleidigungsdelikten und der Verurteilung der Delinquenten.
- Es gilt auch, Bewertungen aus der älteren und jüngeren Forschung zu modifizieren. Dazu gehören einerseits Fehleinschätzungen wie jene, dass bis in die Frühe Neuzeit im Injurienrecht vor allem Duelle und erst seit dem 17. Jahrhundert Verbalinjurien an Bedeutung zugenommen hätten,¹⁰ oder die Behauptung, dass im späten Mittelalter Todesstrafen für Injuriendelikte im Vergleich zu den vorangehenden Jahrhunderten stark zugenommen hätten.¹¹ Zudem werden in der

¹⁰ Gerhard Lingelbach: «Waren es bis in die frühe Neuzeit vor allem die verbotenen Duelle, die als Injurienhandlung verfolgt und in rechtlichen Auseinandersetzungen verhandelt wurden, so nehmen durch die Verbreitung des Buchdrucks vor allem im 17. Jahrhundert die Injurien wegen Verbalinjurien zu.» Zitiert nach Lingelbach, Gerhard: Art. Injurienklage in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller, Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin 2012, Sp. 1221 f.

¹¹ Nach Ralf-Peter Fuchs wären für Injurien im frühen und hohen Mittelalter Geld- und Körperstrafen ohne Todesfolge die Regel gewesen, im späten Mittelalter

Forschungsliteratur die irrigen Annahmen kolportiert, dass die deutschen Partikularrechte dem Injurienrecht der *Carolina* gefolgt seien und dass das *Corpus Iuris Canonici* sich zu Injurien gar nicht äußere.¹²

- «scheint man dazu übergegangen zu sein, vor allem Strafbezichtigungen als besondere Kategorie von Beleidigungen mit der Todesstrafe zu belegen. So wird im *Sachsenspiegel*, der in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts verfaßt wurde, für fälschliche Beschuldigung im Hinblick auf schwere Delikte – bezeichnet als «Verrat» – gleich den Delikten Mord, Mordbrand, Kirchenraub etc. die Todesstrafe, das Flechten auf das Rad, festgesetzt.» Zitiert nach Fuchs, Ralf-Peter: Um die Ehre. Westfälische Beleidigungsprozesse vor dem Reichskammergericht 1525–1805. Paderborn 1999 (Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster. Forschungen zur Regionalgeschichte, 28), S. 36.
- 12 Bartels, Karlheinz: Die Dogmatik der Ehrverletzung in der Wissenschaft des gemeinen Rechts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Göttingen 1959, S. 8 f. Die 1532 erlassene *Carolina* Kaiser Karls V. behandelt von den möglichen Tatbeständen der Injurien allein die Schmähschriften. Verbalinjurien werden nur am Rande erwähnt. Die Schmähschriften in: Des allerdurchleuchtigsten großmechtigste[n] vnüberwindtlichsten Keyser Karls [...] peinlich gerichtts ordnung (1533), Art. 110, Blatt 24r. Ebenda befindet sich in Art. 216, Blatt 47v, eine Bestimmung zur Schmähung von Handwerkern, die am Aufrichten des Galgens mitarbeiteten. In Art. 215 wurde im Gegensatz zu vielen älteren Rechtstexten festgesetzt, dass diese durch den Richter unter Androhung einer Geldstrafe verpflichteten Zimmerleute nicht an ihrer Ehrbarkeit einbüßen sollen. Falls sich dennoch eine Person versehe, einen solchen Handwerker zu schmähen, «als offt das beschicht», müsse der Täter (hier «überfarer» genannt) eine halbe Mark Goldes an die Obrigkeit zahlen, die ihn richtet, und eine halbe Mark Goldes an das Opfer: «So aber eyne solcher überfarer bestimpter gelt peen nit vermöcht/ der soll im kercker als lang gestrafft werden, biß er dem verletzten nottürlich entschuldigung thüt/ daß er jne an seinen ehren/ damit nit woll geschmecht haben/ vn sich verpflichtet, fürter dergleich schmach züuermeiden/ solcher überfarer soll auch da wider von niemant beschützt ider gehandthabt werden/ bei verliering obgemelter peen eyner marck goldts.» Hans Helfritz dürfte Recht haben, wenn er behauptet: «Man kann demnach die Bestimmung des Art. 216 der *Carolina* nicht als einen gesetzgeberischen Akt von entscheidender Tragweite bezeichnen. Immerhin aber ist es von Interesse, daß in der Reichsgesetzgebung der Gedanke einer wörtlichen Genugtuung Beobachtung gefunden hat.» Zitiert nach Helfritz, Hans: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung. Greifswald 1905, S. 95. Nach Lieberwirth: Art. Beleidigung (²2008) ist die dürftige Behandlung des Injurienrechts «darauf zurückzuführen, dass die *Carolina* ausschließlich die schweren,

1.2 Quellengrundlage

Für diese Arbeit wurden etwas weniger als zweihundert normative Texte zum Injurienrecht ausgewertet, die in frühen Drucken des 15. und 16. Jahrhunderts oder in wissenschaftlichen Editionen vorliegen und durch Register relativ gut erschlossen werden können.¹³ Ein Viertel dieser Texte sind kirchenrechtlicher Provenienz, drei Viertel der Texte lassen sich auf weltliche Rechtsinstanzen zurückführen. Für das frühe Mittelalter liegen vor allem das *Corpus Iuris Civilis*, mehrere *Leges*, Kapitularien, Konzils- und Synodalbeschlüsse vor. Gelegentlich werden auch Bußbücher und Handreichungen zum bischöflichen Sendgericht verwendet. Aus den ersten beiden Jahrhunderten wurden sieben geistliche und elf profane Textzeugen ausgewertet. Das 8. und 9. Jahrhundert, das karolingische Zeitalter, ist mit 16 geistlichen und vierzehn profanen Quellen besser vertreten.

Im quantitativen Vergleich ist das 10. bis 12. Jahrhundert eine quellenarme Zeit, nur sechs geistliche und drei weltliche Texte stehen für die Auswertung zur Verfügung. Gleichwohl handelt es sich um die für das Injurienrecht wichtige Anfangszeit der Rezeptionsphase des römischen Rechts. Aus der Gesetzgebung der deutschen Könige konnten der *Sächsische Gottesfrieden* von 1085 und der *Landfrieden* Kaiser Barbarossas von 1152 herangezogen werden. Königliche oder «fürstliche» Urkunden sind aufgrund der Ergebnisse einer Stichprobe nicht mit aufgenommen wurden: So werden in den «Urkundenregesten zur Tätigkeit des deutschen Königs- und Hofgerichts» für den Zeitraum von 911 bis 1272 insgesamt 20 Beleidigungen bzw. Verleumdungen erwähnt. In dreizehn Urkunden wird von Majestätsbeleidigungen berichtet, das heißt Schutzbefohlene des Königs wurden verbal attackiert oder Güter entrissen.¹⁴ In zwei Diplomen beklagt der König, dass sein Hofgericht durch Nichterscheinen des Geladenen geschmäht wurde,¹⁵ und ebenfalls zweimal nimmt der König Untertanen in seinen Schutz und verbietet, diese zu beleidigen.¹⁶ Nur drei

peinlich zu strafenden Missetaten behandelt [...], jedoch nicht die *bürgerlich* zu strafenden, zu denen damals auch die B[eleidigung] gehörte» [Kursive nach dem Original].

13 Zur Übersicht aller benutzten Quellen, auch der nicht normativen, siehe «Zitierte Rechtstexte» im Anhang, S. 382–390. Dort sind alle in dieser Arbeit aufgeführten Text- und Bildzeugen mit Datierung aufgeführt.

14 Diestelkamp, Bernhard (Hg.): *Urkundenregesten zur Tätigkeit des deutschen Königs- und Hofgerichts bis 1451*, Bd. 1 (1988), Nr. 174, 360, 361, 402, 481 und 541. Ebenda, Bd. 2 (1994), Nr. 209, 278, 285, 299, 354, 484 und 552.

15 Ebenda, Bd. 1 (1988), Nr. 307 und Bd. 2 (1994), Nr. 535.

16 Ebenda, Bd. 2 (1994), Nr. 468 und 553.

Fälle erzählen von anderen Beleidigungen, diese sind aber so redundant wiedergegeben, dass sich die eigentlichen Tatbestandsmerkmale nicht erkennen lassen.¹⁷ Dieser Befund sollte nicht entmutigen, denn es ist sehr wahrscheinlich, dass die «*Regeſta Imperii*»¹⁸ mit zahlreichen Belegen aufwarten können, jedoch sind auch hier die Tatbestände der Beleidigung und die Qualität der Tatbestandsbeschreibungen ungewiss. Deshalb und weil das zu bearbeitende Urkundenvolumen sehr groß wäre, wurde für diese Arbeit von einer Auswertung von Königs- und Fürstenurkunden abgesehen.

Im ſpäten Mittelalter ſteigt erwartungsgemäß die Zahl der Textzeugen. Für das 13. Jahrhundert konnten 24 (davon ſechs kirchenrechtliche), für das 14. Jahrhundert 30 (davon vier kirchenrechtliche), für das 15. Jahrhundert 35 (davon vier kirchenrechtliche) und für das 16. Jahrhundert 38 Texte (davon acht kirchenrechtliche) analysiert werden. Während das Kirchenrecht noch im hohen Mittelalter eine ſystematiſche Durchdringung erfuhr, begann im Reich eine erſte Dokumentationswelle heimischer Rechte, der ſogenannten Partikularrechte, erſt im 13. Jahrhundert. Von dieſen Partikularrechten erlangten einige Stadtrechte, wie zum Beiſpiel das *Lübische* und *Magdeburger Recht*, ſowie Land- und Lehnrechtsbücher (hier wirkten vor allem *Sachsen-* und *Schwabenspiegel* eindrucksvoll nach) beſondere Bedeutung für die überregionale Rechtsentwicklung. Die Partikularrechte kennzeichnete, daſs ihnen eine «klare Abgrenzung einzelner Rechtsmaterien noch fehlte, ſodaſs Artikel des Strafrechts neben und zwiſchen Beſtimmungen zum Erb-, Lehn- oder auch Kaufrecht ſtanden».¹⁹ Mit der Verſchriftung des Rechts gewann der geſchriebene Text an Autorität. Bis zum Ausgang des Mittelalters lag eine kaum überſchaubare Fülle an ſtädtiſchen Statuten, Land- und Lehenrechten, Gloſſen, Weiſtümern, Urteilſammlungen und anderes mehr als Grundlage bzw. Ergebnis für die Rechtsprechung vor.

Zum Ende des 15. Jahrhundert entſtanden mit den Halsgerichtsordnungen Rechtsbücher, die vor allem eine einheitliche Handhabung der peinlichen Gerichtsbarkeit anſtrengten. Sie (und auch andere Rechtſtexte) waren erfaſſt von einer erneuten Rezeptionsphase des römischen Rechts, vermittelt

17 Ebenda, Bd. 1 (1988), Nr. 76 und 379. Ebenda, Bd. 2 (1994), Nr. 241.

18 Zur elektronischen Reſſource der «*Regeſta Imperii*», erſtellt durch die Akademie der Wiſſenſchaften und der Literatur Mainz, ſiehe: <http://www.regeſta-imperii.de/startseite.html>.

19 Ludwig, Ulrike: Art. Strafrecht, 4. Die Entſtehung des öffentlichen Strafrechts, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12, im Auftrag des Kulturwiſſenſchaftlichen Inſtituts (Eſſen) und in Verbindung mit den Fachwiſſenſchaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart Weimar 2010, Sp. 1089.

vor allem durch italienische Rechtsgelehrte. Straftatbestände wurden hier ausführlich und oft auch systematisiert besprochen. Sie waren angereichert durch Prozessordnungen und besonders ab dem 16. Jahrhundert begleitet von einer blühenden Literatur des gelehrten Rechts, die durch den Buchdruck sich rasch verbreitete. Wichtige Vorläufer dieser oft volkssprachlich aufbereiteten Rechtsliteratur waren zum Beispiel die *Summa* Bruder Bertholds (14. Jahrhundert), die erste umfassende Wiedergabe des Kirchenrechts in deutscher Sprache, und sogenannte *Klagespiegel*, ein Genre, dass seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts Verbreitung fand. Obwohl diese Entwicklungen zu einem sehr anregenden Austausch unter den Rechtsgelehrten führte und mit der Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. (1519–1556) einflussreiche Rechtstexte entstanden, kam es nicht zu einer Vereinheitlichung des Rechts. Die Unterschiede zwischen den kaiserlichen Erlassen und Rechten, den landesherrlichen und lokalen Rechten, den profanen und kirchlichen Rechten blieben nach wie vor bestehen.

1.3 Forschung

Den Beleidigungen und Verleumdungen in der Geschichte näherten sich zahlreiche Vertreter aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen: allen voran natürlich Juristen, oft auch Geschichtswissenschaftler. Den Ergebnissen ihrer Studien wird in dieser Arbeit die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Nur am Rande, wenn es die Argumentation erfordert oder es zum besseren Verständnis beiträgt, werden auch Studien aus benachbarten Disziplinen herangezogen, zum Beispiel von Theologen, die sich im Zusammenhang mit der Predigtliteratur dem Thema widmeten,²⁰ oder von Sprach- und Literaturwissenschaftlern, die phraseologischen Spuren folgten,²¹ etymologische

20 Zum Beispiel Opelt, Ilona: Schimpfwörter bei Commodian, in: *Vigiliae Christianae* 24 (1970), S. 290–299 (1970). – Posset, Franz: *Luthers Predigt von 1515 gegen das Laster der Verleumdung* (2003).

21 Binz, Gustav: Basler Schimpfwörter aus dem 15. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für deutsche Wortforschung* 8 (1906), S. 161–164. – Mathiassen, Terje: Zur Syntax der Schimpfanrede. Eine areallinguistische und typologische Übersicht: germanisch, slawisch, baltisch, ostseefinnisch in: *Balten – Slaven – Deutsche. Aspekte und Perspektiven kultureller Kontakte*, hg. von Ulrich Obst, Gerhard Ressel. Münster 1999, S. 139–143. – Hammer, Françoise: Schimpf und Schande. Beschimpfungen aus phraseologischer Sicht. Ein deutsch-französischer Vergleich, in: *Phraseologie in Raum und Zeit. Akten der 10. Tagung des Westfälischen Arbeitskreises «Phraseologie/Parömiologie»* (Münster 2001), hg. von Elisabeth Piirainen, Ilpo Tapani Piirainen. Ho-

Phänomene analysierten,²² literarische Motive und Stoffe²³ sowie Legenden zu bekannten verleumdeten Personen aufarbeiteten²⁴.

Länderübergreifende Studien zum Injurienrecht blieben bisher rar. Sieht man von notwendigerweise übergreifenden Zugängen für das frühe und zum Teil noch für das hohe Mittelalter einmal ab, dann liegt nur von Stephan Balthasar (* 1978) eine vergleichende Analyse der zivilrechtlichen Grundlagen von Ehrverletzungen in Deutschland, England und Frankreich sowie von Jorge Luis Borges (* 1899 † 1986) eine Universalgeschichte der Infamie vor.²⁵

hengehren 2002 (Phraseologie und Parömiologie, 10), S. 239–254. – Nöcker, Rebekka; Rüther, Hanno: «Es ist besser in Ehre zu sterben, als mit Schande zu leben». Zur Verwendung situationsmodellierender Phraseologismen in mittel-hochdeutschen Romanen des 12. und 13. Jahrhunderts, in: Phraseologie in Raum und Zeit. Akten der 10. Tagung des Westfälischen Arbeitskreises «Phraseologie/Parömiologie» (Münster 2001), hg. von Elisabeth Piirainen, Ilpo Tapani Piirainen. Hohengehren 2002 (Phraseologie und Parömiologie, 10), S. 101–112.

22 Fleischhauer, Wolfgang: Mittelhochdeutsch «Leit» = Beleidigung? In: Modern language notes 69 (1954), S. 586–594. – Demandt, Karl E.: Scherz und Schimpf. Der Spott in hessischen Familiennamen und sein Gegenbild, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 87 (1978/1979), S. 221–267.

23 Frohne, Bianca: Narren, Tiere und «grewliche Figuren». Zur Inszenierung komischer Körperlichkeit im Kontext von Bloßstellung, Spott und Schande vom 13. bis zum 16. Jahrhundert, in: Glaubensstreit und Gelächter. Reformation und Lachkultur im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, hg. von Christoph Auffarth · Sonja Kerth (Religionen in der pluralen Welt. Religionswissenschaftliche Studien, 6). Berlin 2008, S. 19–54.

24 Zum Beispielschaller, Dieter: Der verleumdete David. Zum Schlußkapitel von Bedas «Epistola ad Pleguinam», in: Literatur und Sprache im europäischen Mittelalter. Festschrift für Karl Langosch zum 70. Geburtstag, hg. von Alf Önnersfors, Johannes Rathofer, Fritz Wagner. Darmstadt 1973, S. 39–43. – Tiemann, Hermann (Hg.): Der Roman von der Königin Sibille in drei Prosafassungen des 14. und 15. Jahrhunderts. Mit Benutzung der nachgelassenen Materialien von Fritz Burg. Hamburg 1977 (Veröffentlichungen aus der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, 10). – Schleif, Corine: «Das pos weyb» Agnes Frey Dürer. Geschichte ihrer Verleumdung und Versuche der Ehrenrettung, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 86 (1999), S. 47–80.

25 Borges, Jorge Luis: Storia universale dell'infamia. Milano 1982. – Balthasar, Stephan: Der Schutz der Privatsphäre im Zivilrecht. Eine historisch-vergleichende Untersuchung zum deutschen, französischen und englischen Recht vom ius commune bis heute. Tübingen 2006 (Grundlagen der Rechtswissenschaft, 7), hier S. 15–82.

Der von Balthasar vorgestellte Überblick zum mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Recht behandelt die Rezeption der «actio iniuriarum» des «klassischen» römischen Rechts vom Mittelalter bis in die Gegenwart,²⁶ wobei er nicht die Tatbestände Beleidigung und Verleumdung in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt. Vielmehr versucht er einerseits zu zeigen, «ob das Geheimnis als rechtliches Schutzgut anerkannt war» und andererseits «inwieweit der Verbreitung wahrer Tatsachen Schranken gesetzt wurden».²⁷ Borge's Arbeit greift hingegen nur ein (wenn auch wichtiges Thema aus der Geschichte der Ehrverletzungen) heraus: die Infamie und das Infamationsverfahren im kanonischen Recht.

Die italienische Forschung beschäftigte sich wohl am eingehendsten mit dem Injurienrecht. Zahlreiche Arbeiten vor allem mit spätmittelalterlichen und regionalen Schwerpunkten liegen zu mehreren Themenfeldern vor: zur Diffamierung des Klerus,²⁸ zu Institutionen der Bekämpfung von Ehrverletzungen²⁹ und zu herausragenden Persönlichkeiten.³⁰ In der englischen, französischen und spanischen Forschung wird das Augenmerk vor allem auf die (geschlechtsspezifische) Auswertung der Beschuldigungen, Schimpfwörter und Phrasen gelenkt.³¹ Darüber hinaus suchte man rechtliche Einzelfragen zu klären, widmete grundlegenden normativen Texten Aufmerksamkeit, arbeitete zu sozialhistorischen Problemen der juristischen

26 Zur «actio iniuriarum» vgl. den Abschnitt «Die ästimatorische Injurienklage», S. 293–294.

27 Balthasar: *Der Schutz der Privatsphäre im Zivilrecht* (2006), S. 13.

28 Bellini, Pieoro: «Denunciatio evangelica» e «Denunciatio judicialis privata». *Un capitolo di storia disciplinare della chiesa*. Milano 1986. – Ottavia, Niccoli: *Rinascimento anticlericale. Infamia, propaganda e satira in Italia tra Quattro e Cinquecento*. Roma · Bari 2005.

29 Migliorino, Francesco: *Fama e infamia. Problemi della società medievale nel pensiero giuridico nei secoli XII e XIII*. Catania 1985.

30 Dumont, Jean; Vittorio, Messori (Hg.): *La regina diffamata. La verità su Isabella la Cattolica*. Torino 2003.

31 Zum Beispiel: Odgers, William B.: *A digest of the law of libel and slander and of actions on the case for words causing damage, with the evidence, procedure, practice and precedents of pleadings, both in civil and criminal cases*. London 1929. – Gauvard, Claude: «De grace especial» *Crime, Etat et Société en France à la fin du Moyen Age*. Paris 1991 (Publications de la Sorbonne, 24), hier S. 705–752. – Saint-Denis, Alain: *La punition des mauvaises paroles aux XIIe et XIIIe siècles*. Paris 1998.

Verurteilung und Diskriminierung von «Unzüchtigen»³² und legte – anders als in Deutschland – kürzere länderspezifische Überblicksdarstellungen vor.³³

Im deutschsprachigen Raum bahnte sich eine wirklich historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Injurienrecht am Ausgang des 18. Jahrhunderts ihren Weg mit der Arbeit des Rostocker Rechtsgelehrten Adolph Dietrich Weber (* 1753 † 1817) «Ueber Injurien und Schmähchriften», die in erster Auflage 1793 erschienen ist und in den Folgejahren mehrfach ergänzt und verbessert wurde. In sechs Kapiteln³⁴ trug er teils aufgrund seiner Vorliebe für Anekdoten, teils aus historischem Interesse Belege aus der römischen Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit zusammen, ohne diese allerdings systematisch auszuwerten. Ihm folgte 1839 der Berliner Juraprofessor August Wilhelm Heffter (* 1796 † 1880) mit einer kurzen, aber auf das Problem der begrifflichen Historizität aufmerksam machenden Abhandlung über den Unterschied der «römischen und deutschen Injurie».

Eine umfassende historisch-kritische Auseinandersetzung mit Injurien gelang drei Jahre später Wilhelm Eduard Wilda (* 1800 † 1856), dem ersten Juristen, der die Geschichte des deutschen Strafrechts als wissenschaftlichen Gegenstand aufarbeitete. Von den zwei geplanten Bänden zum «Strafrecht der Germanen» erschien allerdings nur der erste; vor der Fertigstellung des zweiten starb Wilda. Im ersten Band zitiert er fast ausschließlich skandinavische Textbeispiele zum Injurienrecht, so dass bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch immer eine Studie über die Geschichte des deutschen Injurienrechts und seiner Vorläufer ausstand. Trotz alledem gab Wilda wichtige Impulse, so dass in den folgenden Jahrzehnten zahlreiche historische Arbeiten zum Injurienrecht publiziert wurden. Vielen dieser Abhandlungen zu Beleidigung und Verleumdung im zeitgenössischen Recht schickte man einen mehr oder

32 Telechea, Jesus A. S.: «Fama publica», infamy and defamation. Judicial violence and social control of crimes against sexual morals in medieval Castile, in: *Journal of Medieval History* 33 (2007), S. 398–413.

33 Holdsworth, William: Diffamation in the sixteenth and seventeenth centuries, in: *The Law Quarterly Review* 40 (1924), S. 302–315, S. 397–412 und ebenda 41 (1925), S. 13–31. – Jones, Whitney R.: «Actions for Slander». Defamation in English law, language, and history, in: *Quarterly Journal of Speech* 57 (1971), S. 274–283. – Helmholz, Richard H. (Hg.): *Select cases on defamation to 1600*. London 1985. – Baker, James H.: *An Introduction to English Legal History*. London 2002, passim.

34 Die Kapitel handeln über die Formen der Genugtuung, Retorsion, öffentliche Strafen, gerichtliche Rechtsmittel und Rechtsmittel der Beklagten sowie von Schmähchriften.

weniger ausführlichen historischen Abriss voraus. Einflussreiche Schriften aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie zum Beispiel von Paul Johann Anselm von Feuerbach (* 1775 † 1833),³⁵ legten auf diese Arbeitsweise noch keinen Wert.

Die erste grundlegende und quellenreiche Zusammenstellung des weltlichen deutschen Injurienrechts in Mittelalter und Früher Neuzeit lieferte 1855 der in Tübingen lehrende Strafrechtler Christian Reinhold Köstlin (* 1813 † 1856) mit seinem Beitrag «Die Ehrverletzung nach deutschen Rechte». Ihm gelang es, der Verwirrung stiftenden Vielfalt der deutschen Rechte ein Gerüst zu geben und die größtenteils spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Quellenbefunde zu systematisieren. Obwohl Köstlin eine sehr profunde Arbeit vorlegte, wird er von der gegenwärtigen Forschung nicht mehr wahrgenommen. Stattdessen werden heute die beiden nachfolgenden Überblickswerke von Osenbrüggen und His zitiert.

Der Schweizer Rechtshistoriker Eduard Osenbrüggen (* 1809 † 1879) arbeitete sich mit seiner 1860 erstmals erschienenen Publikation zum alamanischen Strafrecht weitgehend an Köstlin ab, modifizierte einige Aussagen, ohne grundstürzend neue Thesen zu bringen, und gab weitere eindrucksvolle Belege für die mittelalterlichen Injurien. Er behandelte gleichermaßen Schmähschriften, verbale und reale Injurien.³⁶ Rudolf His und Helmut Rannacher schlossen mit ihren Überblicksdarstellungen zum Mittelalter bzw. zur Neuzeit die erste Phase intensiver Beschäftigung mit dem Injurienrecht ab.³⁷ Sie ergänzten Quellenbelege ihrer Vorgänger und nahmen eine neuerliche Systematisierung der Tatbestandsmerkmale vor. Aber auch sie übergingen das kanonische Recht und konzentrierten ihr Interesse auf die deutschen Partikularrechte.

Diese einschlägigen Werke wurden ergänzt durch Hermann Wegeles «Geschichte der falschen Anschuldigung» (1892), Robert Mainzers Studie zur «ästimatorischen Injurienklage in ihrer geschichtlichen Entwicklung» (1908) und Edith Hennings Studie über «Die Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises bei der Ehrenkränkung in historischer und rechtsvergleichender Darstellung» (1938). Wegele arbeitete überzeugend heraus, dass aufgrund der oft fehlenden

35 Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen Peinlichen Rechts (1. Aufl. Gießen 1801).

36 Osenbrüggen, Eduard: Das Alamannische Strafrecht im deutschen Mittelalter. Schaffhausen 1860, S. 243–272.

37 His: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters (1935). – Rannacher, Helmut: Der Ehrenschatz in der Geschichte des deutschen Strafrechts von der Carolina bis zum Reichsstrafgesetzbuch von 1871. Breslau 1938.

Angaben zu Vorsatz und Fahrlässigkeit in den mittelalterlichen Rechtstexten kaum zwischen übler Nachrede und Verleumdung differenziert werden könne und man daher besser von falscher Anschuldigung sprechen sollte.³⁸ Mainzer zeichnete mit der ästimatorischen Injurienklage die Entwicklungsgeschichte einer Sonderform nach, die im deutschen Injurienrecht erst im 15. Jahrhundert in Erscheinung trat. Ekkehard Kaufmann (* 1923 † 2010) und Bruno Koschwanetz nahmen sich diesem Thema später nochmals an und stellten an Beispielen des sächsischen Rechtskreises, des Ingelheimer und Neustadter Oberhofs zusätzliches Zahlenmaterial zur Verfügung.³⁹ Jedoch nahm Kaufmann die ältere Forschung nicht gänzlich wahr, so dass er zum Teil nur einseitige Ergebnisse formulieren konnte, obwohl die aufgearbeitete Quellengrundlage auch andere Beobachtungen zulässt.

Zu den Genugtuungsformen Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte sind drei einschlägige Arbeiten entstanden, die sich auch den mittelalterlichen Theologen und Dekretisten angenommen haben: von Wallenrodt, Hugo Hälschner (* 1817 † 1889) und Hans Helfritz (* 1877 † 1958) waren die ersten und auch letzten Juristen, die am Beispiel ihres Untersuchungsgegenstandes unter anderem der Frage nachgingen, welche Wechselwirkungen zwischen kirchlichem und weltlichem Injurienrecht bestanden haben. Während

38 Köstlin und Wegele folgten ohne nennenswerte Ergänzungen jüngere juristische Dissertationen wie zum Beispiel die von Delbrück, Victor: Begriff und Voraussetzung der Verleumdung und üblen Nachrede. Berlin 1885. – Eichmann, Arthur: Über das Wesen der verleumderischen Beleidigung und der falschen Anschuldigung nach deutschem Strafrecht. Leipzig 1896. – Feldner, Adolf: Die falsche Anschuldigung. Lübeck 1896. – Barth, Eugen: Die Lehre von der falschen Anschuldigung. Historisch und dogmatisch dargestellt. Freiburg im Breisgau 1908. – Schulte, Nikos: Öffentliche Strafe und Privatgenugtuung bei Ehrverletzungen mit Rücksicht auf die historische Entwicklung. Breslau 1913 (Strafrechtliche Abhandlungen, 173). – Hälschner, Hugo: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrem Verhältnisse zur heutigen Gesetzgebung, in: Der Gerichtssaal. Zeitschrift für Strafrecht, Strafprozeß, Gerichtliche Medicin, Gefängnißkunde und die gesammte Strafrechtsliteratur 16 (1864), S. 321–369. – Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905).

39 Kaufmann, Ekkehard: Das spätmittelalterliche deutsche Schadensersatzrecht und die Rezeption der «actio iniuriarum aestimatoria», in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt. 78 (1961), S. 93–139. – Koschwanetz, Bruno: Ehrverletzungsklagen im 15. Jahrhundert in den Urteilen des Ingelheimer und Neustadter Oberhofes. Frankfurt am Main 1973.

Wallenrodt eine sehr frühe Einflussnahme des Kirchenrechts durch Heinrich von Segusio (auch Hostiensis genannt, † 1271) vermutete, lehnten Hälschner und noch vehementer Helfritz diese Annahme ab und machten erst einen sehr späten Einfluss des kirchlichen Rechts zum Ausgang des Mittelalters geltend. Sehr knappe Einblicke ins kirchenrechtliche Injurienrecht bieten zudem die Übersichtswerke des Paul Hinschius (* 1835 † 1898) und Nikolaus München (* 1794 † 1881) vom Ende des 19. Jahrhunderts, sie sollten die einzigen Überblicksdarstellungen auf diesem Gebiet bleiben.⁴⁰ Während Hinschius zumindest auf einige Stellen des *Corpus Iuris Canonici* aufmerksam machte, büßen die Ergebnisse Münchens an Wert ein, weil er kirchliches und römisches Recht unkritisch gleichsetzte und dadurch keine Unterschiede in der Rezeption feststellen konnte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen sich nun auch Geschichtswissenschaftler des Injurienrechts an, selbst wenn es weiterhin eine Domäne der juristischen Forschung blieb.⁴¹ Dadurch gewann die Forschungssituation neue Themenfelder und der Umgang mit den Quellen wurde ein anderer. Während zuvor die normativen Quellen, die Schriften der Rechtsgelehrten und Theologen ausgewertet wurden, tritt nun als Novum die Analyse von Gerichtsprotokollen und Gnadengesuchen hinzu. Insgesamt vier Schwerpunkte lassen sich in der Forschung für die gut fünf zurückliegenden Jahrzehnte erkennen:

1. Karlheinz Bartels (* 1937) und Hans-Heinrich Dreßler (* 1938) arbeiteten in ihren juristischen Dissertationen den gelehrten Disput zum

40 München, Nicolaus: Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, 2 Bde. Köln · Neuss 1865/1866, S. 575–612. – Hinschius, Paul: System des katholischen Kirchenrechts, mit besonderer Rücksicht auf Deutschland, Bde. 4–6. Berlin 1888–1897 (Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten in Deutschland. ND Graz 1959), S. 204–207. Zum neueren kirchlichen Beleidigungsrecht siehe Ciprotti, Pio: De iniuria ac diffamatione in iure poenali canonico. Roma 1937.

41 Insbesondere für die Schweiz existieren zahlreiche regionale strafrechtliche Überblicksstudien, die Ehrverletzungen am Rande streifen. Dazu zählen zum Beispiel: Metzger, Karl: Die Verbrechen und ihre Straffolgen im Basler Recht des späten Mittelalters. Basel 1931. – Rickenbacher, Franz: Das Strafrecht des alten Landes Schwyz. Leipzig 1902. – Ruof, Wilhelm H.: Die Züricher Räte als Strafgericht und ihr Verfahren bei Freveln im 14. und 15. Jahrhundert. Zürich 1941. – Schuler, Josef: Bedeutung und Tragweite der strafrechtlichen Bestimmungen in den ältesten schweizerischen Bundesbriefen 1291–1332. Zürich 1947. – Müller, Albert: Das Strafrecht im alten Lande Glarus seit der Befreiung von 1387 bis zur Helvetik. Diss. Freiburg in der Schweiz 1981.

Beleidigungsrecht in der Frühen Neuzeit auf. Sie stellen die wichtigsten Standpunkte und einflussreichsten Rechtsgelehrten im deutschsprachigen Raum vor. Gelegentlich finden sich Exkurse zu den normativen Grundlagen ihres Untersuchungszeitraumes.⁴²

2. Nach den grundlegenden Arbeiten Peter Landaus (* 1935) und Winfried Trusens (* 1924 † 1999) zum kanonischen Infamations- und Inquisitionsprozess⁴³ widmeten sich insbesondere Wilhelm Rees (* 1955), Lotte Kéry (* 1958) und Sarah Neumann (* 1974) der Entwicklung des kirchlichen Strafgedankens im frühen und hohen Mittelalter. Während Rees eine Gesamtschau des kirchlichen Strafrechts in der Geschichte bietet, stellte Kéry unter anderem die Rolle Bernhards von Pavia († 1213) für die Ursprünge eines systematischen kanonischen Strafrechts heraus, Neumann machte auf die Bedeutung der bischöflichen Sendgerichte während dieses Prozesses aufmerksam.⁴⁴

42 Bartels, Karlheinz: Die Dogmatik der Ehrverletzung in der Wissenschaft des gemeinen Rechts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Göttingen 1959. – Dressler, Hans-Heinrich: Das deutsche Beleidigungsrecht des 16. und 17. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1967.

43 Landau, Peter: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs von Gratian bis zur Glossa Ordinarius. Köln · Graz 1966 (Forschungen zur kirchlichen Rechtsgeschichte und zum Kirchenrecht, 5). – Trusen, Winfried: Strafprozeß und Rezeption. Zu den Entwicklungen im Spätmittelalter und den Grundlagen der Carolina, in: Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption. Grundlagen, Entwicklung und Wirkung der *Constitutio criminalis Carolina*, hg. von Peter Landau · Friedrich-Christian Schroeder. Frankfurt am Main 1984, S. 29–118. – Ders.: Der Inquisitionsprozeß, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, germanistisch-kanonistische Abt. 74 (1988), S. 168–230. – Ders.: Das Verbot der Gottesurteile und der Inquisitionsprozeß. Zum Wandel des Strafverfahrens unter dem Einfluß des gelehrten Rechts im Mittelalter, in: Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen, hg. von Jürgen Miethke · Klaus Schreiner. Sigmaringen 1994, S. 235–247. Ergänzend aus der italienischen Forschung siehe Bellini, Pieoro: «Denunciatio evangelica» e «Denunciatio iudicialis privata». Un capitolo di storia disciplinare della chiesa. Milano 1986.

44 Rees, Wilhelm: Die Strafgewalt der Kirche. Das geltende kirchliche Strafrecht, dargestellt auf der Grundlage seiner Entwicklungsgeschichte. Berlin 1993 (Kanoni-stische Studien und Texte, 41), hier: S. 116–150. – Neumann, Sarah: Von Kirchenbuße und öffentlicher Strafe. Öffentliche Sanktionsformen aus der Sendgerichtsbarkeit in städtischem und landesherrlichem Recht, in: Herrschaftliches Strafen seit dem Hochmittelalter. Formen und Entwicklungsstufen, hg. von Hans Schlosser ·

3. Neben Rolf Lieberwirth (* 1920) und Gerhard Lingelbach (* 1948), den Verfassern der aktuellen Artikel im «Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte» (2. Auflage) zu Beleidigung, Verleumdung und Injurienklage,⁴⁵ präsentierten Ralf-Peter Fuchs (* 1956) in einem kleineren Kapitel und Thomas Müller-Burgherr in seiner Dissertation zum Injurienrecht der Schweiz von 1252 bis 1798 knappe Überblicksdarstellungen zur Strafverfolgung von Ehrverletzungen in Mittelalter und früher Neuzeit.⁴⁶ Die Themenfelder dieser Darstellungen wurden in enger Anlehnung an die ältere Literatur um His und Osenbrüggen gewählt. Müller-Burgherrs Arbeit zeichnet sich durch die übersichtliche Zusammenstellung zahlreicher, auch unbekannter Quellenbelege aus.
4. Nicht nur Müller-Burgherr bereicherte die Forschung durch die systematische Zusammenstellung und Aufarbeitung bisher unbekannter Quellen. Neu an der Auswertung von Gerichtsprotokollen und Gnadenersuchen ist der aus der Soziallinguistik entlehnte Zugang, Ausschnitte des Wertesystems einer Gesellschaft aus der Interpretation der Schimpf- und Scheltwörter zu rekonstruieren, um Aussa-

Rolf Sprandel · Dietmar Willoweit. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 5), S. 159–187. – Kéry, Lotte: «Canonica servitas» und «amor correctionis». Zur Ausbildung des kirchlichen Strafrechts im Spannungsfeld zwischen Strafanspruch und Besserungsverlangen, in: «Strafrecht» in einer Kirche der Liebe. Notwendigkeit oder Widerspruch? Hg. von Ludger Müller, Alfred E. Hierold, Sabine Demel, Libero Gerosa, Peter Krämer. Berlin 2006 (Kirchenrechtliche Bibliothek, 9), S. 23–44. – Dies.: Gottesfurcht und irdische Strafe. Der Beitrag des mittelalterlichen Kirchenrechts zur Entstehung des öffentlichen Strafrechts. Köln · Weimar · Wien 2006 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas: Symposien und Synthesen, 10). – Dies.: Verbrechen und Strafe im kanonischen Recht des Mittelalters, in: Kriminalität in Mittelalter und Früher Neuzeit. Soziale, rechtliche, philosophische und literarische Aspekte, hg. von Sylvia Keßper-Biermann, Diethelm Klippel. Wiesbaden 2007 (Wolfenbütteler Forschungen, 114), S. 13–33.

- 45 Lieberwirth, Rolf: Art. Verleumdung, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler, Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 762–764. – Ders.: Art. Beleidigung (²2008), Sp. 514–516. – Lingelbach: Art. Injurienklage (²2012), Sp. 1221–1222.
- 46 Müller-Burgherr, Thomas: Die Ehrverletzung. Ein Beitrag zur Geschichte des Strafrechts der deutschen und rätoromanischen Schweiz von 1252–1798. Zürich 1987. – Fuchs: Um die Ehre (1999), hier S. 35–58.

gen über Tabus und Ängste, Vorurteile und Zuschreibungen treffen zu können. Dieser Methode fühlen sich Arbeiten zum städtischen Milieu der spätmittelalterlichen Schweiz⁴⁷ sowie Schleswigs und Holsteins im 16. Jahrhundert⁴⁸ verpflichtet. Martin Toch arbeitete zum dörflichen Raum Hessens im 15. Jahrhundert.⁴⁹

5. Dass Sprache konstitutiv auf gesellschaftliche Verhaltensmuster Einfluss nehmen kann, steht außer Frage. Deshalb dürfte der soziallinguistische Ansatz auch sinnvolle Ergebnisse zutage fördern, allerdings sind für solche Untersuchungen die reziproken Zusammenhänge zwischen dem Gebrauch von Schimpfwörtern und ihrer Festschreibung in rechtsrelevanten Texten zu hinterfragen. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden zeigen, dass zumindest die normativen Texte einen gefestigten Schimpfwörterkanon wiederholen, dessen Ursprung unter anderem in kirchenrechtlichen Kommentaren liegen dürfte.⁵⁰ Für weiterführende Studien würde sich also die Frage stellen, inwieweit ein in Gerichtsprotokollen aufgefundener Schimpfwörterkatalog Aussagen über das Wertesystem einer Gesellschaft zulässt. In diesem Sinn versteht sich diese Arbeit auch als notwendige Ergänzung für sozialhistorische Fragestellungen.
6. Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Schwerpunktprogramms zur «Entstehung des öffentlichen Strafrechts»⁵¹ entstanden mehrere Arbeiten, in denen Ehrenverletzungen als ein meist knapp behandeltes Thema erörtert wurden, unter anderem von Barbara Frenz (* 1961) über deutsche Städte vor 1300. Ihre Arbeit wurde in der Reihe «Konflikt, Verbrechen und Sank-

47 Burghartz, Susanna: Leib, Ehre und Gut. Delinquenz in Zürich Ende des 14. Jahrhunderts. Zürich 1990. – Wechsler, Elisabeth: Ehre und Politik. Ein Beitrag zur Erfassung politischer Verhaltensweisen in der Eidgenossenschaft (1440–1500) unter historisch-anthropologischen Aspekten. Zürich 1991.

48 Lorenzen-Schmidt, Klaus-Jürgen: Beleidigungen in schleswig-holsteinischen Städten im 16. Jahrhundert. Soziale Normen und soziale Kontrolle in Städtegesellschaften, in: Kieler Blätter zur Volkskunde 10 (1978), S. 5–27.

49 Toch, Michael: Schimpfwörter im Dorf des Spätmittelalters, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 101 (1993), S. 311–327.

50 Siehe hierzu den Abschnitt «Ein Kanon schwerer Verbrechen», S. 215–216.

51 Das Programm des Forschungsprojektes, veröffentlicht von Dietmar Willoweit, in: Ders. (Hg.): Die Entstehung des öffentlichen Strafrechts. Bestandsaufnahme eines europäischen Forschungsproblems. Köln · Weimar · Wien 1999 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 1), S. 1–12.

tion in der Gesellschaft Alteuropas» publiziert, in der als Band 7 auch die von Jürgen Weitzel (* 1944 † 2015) herausgegebene Aufsatzsammlung «Hoheitliches Strafen in der Spätantike und im frühen Mittelalter» erschien. Die darin enthaltenen Beiträge (unter anderem zum Majeitätsverbrechen von Weitzel selbst) nehmen das Thema der vorliegenden Arbeit mit unterschiedlicher Intensität auf.⁵²

2. Grundlegende Begrifflichkeiten: Injurien und Rechtsgüter

Am Beginn des Untersuchungszeitraumes steht mit dem *Corpus Iuris Civilis* Kaiser Justinians I. (527–565) aus dem 6. Jahrhundert ein Rechtstext, der in seiner konsequenten Struktur und in seinem Bemühen um begriffliche Präzision mehr Ausnahme als Regel für die im weiteren Verlauf zu besprechenden Texte ist. Ähnlich detaillierte Ausführungen zu den Tatbeständen Beleidigung und Verleumdung kommen erst mit den Schriften der Dekretisten im 12. Jahrhundert wieder auf. In den Strafrechtsbestimmungen aus dem städtischen Bereich oder aus der Rechtssetzung weltlicher Herrscher werden diesen Tatbeständen später, an der Wende zur Neuzeit, ausdifferenzierte und systematische Überlegungen gewidmet.

2.1 Semantik des Begriffs «iniuria»

Seit dem Zwölftafelgesetz ist «iniuria» als Tatbestand der Personalverletzung dem römischen Recht bekannt; sie erfährt im Laufe ihrer geschichtlichen Entwicklung bis zum *Corpus Iuris Civilis* eine Dreiteilung: 1. rechtswidrige Personenverletzung, 2. «iniuria» im Allgemeinen und 3. rechtswidrige Sachbeschädigung (*damnum iniuria*). Danach konnte eine Person an ihrem Körper, ihrer Rechtsstellung und ihrer Ehre verletzt werden, wobei die Ehrenkränkung auch mit «convicium» (meint nur die mündliche

52 Frenz, Barbara: Frieden, Rechtsbruch und Sanktion in deutschen Städten vor 1300. Mit einer tabellarischen Quellenübersicht nach Delikten und Deliktgruppen. Köln · Weimar · Wien 2003 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 8). – Weitzel, Jürgen (Hg.): Hoheitliches Strafen in der Spätantike und im frühen Mittelalter. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 7).

Ehrverletzung) und «contumelia» bezeichnet wurde.⁵³ In diesem Sinne bietet das *Corpus Iuris Civilis* zur Erklärung des Wortes «iniuria» noch eine weitere Definition:

Mit «Unrecht» [iniuria] wird im Allgemeinen alles bezeichnet, was nicht rechtmäßig geschieht. Im besonderen bezeichnet man damit bald die contumelia, die Mißachtung einer Person, die nach «contemnere», mißachten, so genannt wird und bei den Griechen hybris, Selbstüberhebung, heißt [...].⁵⁴

Danach konnte der Begriff «iniuria» bereits auf jene Tatbestände, die in Mittelalter und Neuzeit mit «schmähen», «schelten» und ähnlichen Worten bezeichnet wurden, verweisen.⁵⁵ Neben dem *Corpus Iuris Civilis* war für die

53 Mommsen, Theodor: Römisches Strafrecht. Berlin 1899 (Nachdr. Berlin 1955), S. 784–788.

54 *Corpus Iuris Civilis*, Buch IV: Institutionen, vierter Titel «De iniuriis»: «Generaliter iniuria dicitur omne quod nun iure fit: specialiter alias contumelia, quae a contemnendo dicta est, quam Graeci ὕβρις appellant [...]» Zitiert nach Behrends, Okko · Knütel, Rolf · Kupisch, Berthold · Seiler, Hans Hermann (Hg.): *Corpus Iuris Civilis*. Text und Übersetzung. Auf der Grundlage der von Theodor Mommsen und Paul Krüger besorgten Textausgaben, 4 Bde. Heidelberg 1990–2005., Bd. 1 (²1996), S. 222.

55 Im Zwölftafelgesetz bedeutet «iniuria» gleichermaßen Unrecht oder Körperverletzung. In der römischen Kaiserzeit schlug der Jurist Domitius Ulpianus (um 170–223) drei Bedeutungsebenen für «iniuria» vor: 1. «iniuriae quae inferuntur in corpus», 2. «iniuriae quae pertinent ad dignitatem», 3. «iniuriae quae pertinent ad infamiam». Der Tatbestand der «iniuria» setzte Vorsatz voraus, den sog. «animus iniuriandi». Dochow, Adolf: Art. Beleidigung, in: Handbuch des deutschen Strafrechts, hg. von Franz von Holtzendorff, Bd. 3. Berlin 1874, S. 329–330. – Landsberg, Ernst: Iniuria und Beleidigung. Eine Untersuchung über die heutige Anwendbarkeit der «Actio iniuriarum aestimatoria». Bonn 1886, S. 29. – Balthasar: Der Schutz der Privatsphäre im Zivilrecht (2006), S. 16. Der bei Justinian verwendete Injurienbegriff unterscheidet sich aber grundlegend von jenem der klassischen Zeit: «Für die sich jetzt abzeichnenden Tatbestände der nachklassischen iniuria als besonders wichtig erweisen sich dabei unserer Ansicht nach das Vordringen des Vulgarismus sowohl im Rahmen der Praxis als auch in dem der Kaisergerichte, die Veränderung der Gerichtsverfassung und der Verfahrensordnung, die Standesbezogenheit und die Härten des voll entwickelten absolutistischen Staates sowie der Aufschwung des Christentums zur Staatsreligion.» [Kursive nach dem Original]. – Hagemann, Matthias: Iniuria. Von den XII-Tafeln bis zur Justinianischen Kodifikation. Köln · Weimar · Wien 1998 (Forschungen zum römischen Recht, 43), S. 131 f. Es kommt in der Nachklassik mit den *Pauli Sententiae* und

mittellateinische Begriffsfindung auch die am Beginn des 7. Jahrhunderts entstandene Enzyklopädie *Etymologiarum sive originum libri XX* Isidors von Sevilla († 636) prägend. Dort heißt es, dass «iniuria» Ungerechtigkeit, also «iniustitia», bedeute.⁵⁶ Als ein Hauptwort für Ehrverletzungen ist der Begriff «iniuria» bis zum 15. Jahrhundert allerdings nicht benutzt worden;⁵⁷ eine zentrale Begrifflichkeit fehlt bis dahin: «die Quellen reden von iniurare verbo vel facto, misshandeln, missebieiten mit Worten und Werken» und anderem mehr.⁵⁸ Viele Rechte des 13., 14. und frühen 15. Jahrhunderts boten daher alternativ eine Aufzählung von Schimpfwörtern, um den Tatbestand zu konkretisieren. Seit dem 15. Jahrhundert werden dann aber jene Texte zahlreicher, in denen eine begriffliche Definition vorausgeschickt wird. «Iniuria» ist nun ein klar auf Beleidigungsdelikte eingegrenzter Begriff.⁵⁹

dem *Codex Theodosianus* zur Verschärfung und Modifizierung der Tatbestände. Nun werden anonyme verleumderische Schriften viel härter sanktioniert, so dass Hagemann sich zu der Einschätzung veranlasst sieht, dass die verleumderische Eingabe zwar bereits in der Klassik zur «iniuria» zählte, aber dass diese unter Kaiser Konstantin derart an Bedeutung gewinnt, «dass sie zum zentralen Punkt der Rechtssetzung der Kaiser im Rahmen der *famosi libelli* wird. Darin spiegelt sich der Wandel der Staatsform vom vergleichsweise liberalen Prinzipat zum absoluten Dominat, in dem Bespitzelung und Denunziation ausufern und die aufgeblähte Beamtenhierarchie ihre Macht oft missbraucht.» [Kursive nach Original]. – Ebenda, S. 146.

56 Buch V, Kap. 26, 10: «Iniuria est iniustitia.» Zitiert nach Lindsay, Wallace M. (Hg.): *Isidori Hispalensis episcopi Etymologiarum sive originum. Libri XX*, 2 Bde. Oxford 1911, Bd. 1, ohne Seitenzählung.

57 Dennoch konnte das Wort «iniuria» den Tatbestand der Beleidigung und der Verleumdung in bestimmten Kontext anzeigen. Siehe Dochow: Art. Beleidigung (1874), S. 331. – Hälschner, Hugo: *Das preußische Strafrecht*, Bd. 3: System des preußischen Strafrechts, Teil 1: Die Verbrechen gegen das Recht der Privatperson. Bonn 1868 (ND Aalen 1975), S. 224. – Landsberg: *Iniuria und Beleidigung* (1886), S. 65. Zur Diskussion des Begriffes «iniuria» im frühen und hohen Mittelalter siehe Hübner, Heinz: *Zur Iniuria in der Gesetzgebung Friedrichs II. von Hohenstaufen*, in: Satura Roberto Feenstra sexagesimum quintum annum aetatis complenti ab alumnis collegis amicis oblata, hg. von Hans A. Ankum u. a. Fribourg 1985, S. 317–319. – Fuchs, Ralf-Peter: Art. Beleidigung, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 1, hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2005, Sp. 1180 f.

58 His: *Das Strafrecht des deutschen Mittelalters*, Bd. 2 (1935), S. 104.

59 Wenige Ausnahmen wie die *Weichbildglosse* (14. Jahrhundert) kennen den römischen Injurienbegriff noch in seiner weiteren und in seiner engeren Bedeutung: «und heißt ungerichte alles, das wedir recht ist, und ist eigintlich eine sma-

In dieser clage würt d[a]z wort iniuria genom[m]en für laſter / ſchand / ſchmachheit oder ſcheltwort / damit man eim ſein ere oder gütten lewmû[n]t nympt oder abſchneyt.⁶⁰

So wie hier der Injurienbegriff durch Sebastian Brant (* 1457/1558 † 1521) erörtert wird, lässt er sich von nun an in vielen Rechtstexten finden. Die weite Definition des Injurienbegriffs wird zwar zu Beginn des 16. Jahrhunderts wieder aufgenommen, unter anderem in Übersetzungen römischer Rechtstexte in die deutsche Sprache,⁶¹ doch zu diesem Zeitpunkt war der Begriff bereits weitgehend festgelegt auf die engere Definition von Schmach, Beschimpfung und Beleidigung.

2.2 Begriffliche Differenzierung im *Corpus Iuris Civilis*

Das römische Recht gibt noch eine zweite engere Definition des Injurienbegriffs, die für Mittelalter und Neuzeit gleichermaßen vorbildlich wirkte. Im Anschluss an die Wortdefinition unterscheidet das *Corpus Iuris Civilis* nämlich in Verbal- und in Realinjurien, wobei die beiden Delikte nochmals

heit genannt.» Zitiert nach Daniels, Alexander von · Gruben, Franz von (Hg.): Das Saechsische Weichbildrecht – Jus municipale Saxonicum, Bd. 1. Berlin 1858 (Rechtsdenkmäler des deutschen Mittelalters), Art. 88, Sp. 402. Auch das zwischen 1358 und 1387 entstandene *Meißner Rechtsbuch* (auch: *Rechtsbuch nach Distinctionen*), das maßgeblich am sächsischen Recht antizipierte, kennt noch den weiteren Injurienbegriff: «Alles das nicht mit recht geschieht, also hohnliche wort, schade, misszhandel, schlege und dergleichen, das heißt alles unrecht, und darumb magk man einen beklagen zu buesse, ut in instituti juris.» Zitiert nach Ortloff, Friedrich (Hg.): Das Rechtsbuch nach Distinctionen und ein Eisenachisches Rechtsbuch enthaltend. Jena 1836 (Sammlung Deutscher Rechtsquellen, 1), S. 357. Weitere Quellenbeispiele des 16. Jahrhunderts, die ebenfalls die weitere Definition kennen, bei Mainzer, Robert: Die ästimatorische Injurienklage in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Stuttgart 1908, S. 76–79. Zur gelehrten Diskussion über den Begriff «iniuria» in der frühen Neuzeit siehe Bartels: Die Dogmatik der Ehrverletzung (1959), S. 128–149.

60 Brant, Sebastian: Der Richterlich Clagspiegel. Ein nutzbarlicher begriff: wie man setzen vnd formieren sol nach ordnung der rechten [...] Straßburg 1516 (VD16 B7085), Blatt 11v (De actione iniuriarum).

61 Zum Beispiel die Übersetzung des Fuchsberger, Ortolff: Justinianischer Instituten warhafft dolmetschung/ darin der groszmechtigst Kayser Ivstinian den ersten grond geschribner recht hat fürgebildet. Augsburg 1536 (VD16 C5236), IV, 4: «De iniurijs. Von abtrag zugefügter Iniuri oder schmachheit», Blätter 76v–77v.

differenziert werden nach dem körperlichen und besitzständischen Schaden an einer Person sowie nach der Art der Verbreitung verbaler Injurien – auf mündlichem bzw. schriftlichem Weg:

Begangen wird eine Verletzung der Person nicht nur, wenn jemand mit der Faust oder mit dem Knüttel geschlagen oder sogar geprügelt wird, sondern auch, wenn er öffentlich geschmäht wird oder wenn seine Güter oder die eines Schuldners von jemandem in Besitz genommen worden sind, der wußte, daß der Betreffende ihm nichts schuldete, oder wenn jemand, um einen anderen zu beleidigen, eine Schrift oder ein Gedicht entwirft, verfaßt, herausgibt oder vorsätzlich veranlaßt.⁶²

Obwohl in den mittelalterlichen Rechtstexten der besitzständige Schaden im Zusammenhang mit Injurien kaum erläutert wird, ist das Bewusstsein dafür doch vorhanden. Insbesondere die Beschneidung von königlichem Reichsgut oder von Besitz königlicher Gefolgsleute wurde von den Majestäten selbst als Beleidigung verstanden.⁶³

62 «Iniuria autem committitur non solum, cum quis pugno puta aut fustibus caesus vel etiam verberatus erit, sed etiam si cui convicium factum fuerit, sive cuius bona quasi debitoris possessa fuerint ab eo, qui intellegebat nihil eum sibi debere, vel si quis ad infamiam alicuius libellum aut carmen scripserit composuerit ediderit dolove malo fecerit, quo quid eorum fieret [...]» Zitiert nach Behrends u. a.: *Corpus Iuris Civilis*, Bd. 1 (1996), S. 222–223. Zur geschichtlichen Entwicklung siehe Mommsen: *Römisches Strafrecht* (1899), S. 794: «Das öffentlich gesungene Schmählid («carmen famosum») wird nach Zwölftafelrecht streng geahndet. Nicht wesentlich davon verschieden ist das «convicium» im ursprünglichen Sinn, die jemand mit öffentlicher Zusammenrottung vor seinem Hause zugefügte Schmähung. Nachdem die Publicität mehr und mehr durch die Schrift vermittelt wird, tritt neben und vor das Schmählid die Schmähschrift («libellus famosus»). Strafbar ist gleichmässig die Herstellung wie der Vortrag und die Verbreitung der Beschimpfung. Geschärft wird das durch die Schmähschrift begangene Delict durch deren Anonymität oder Pseudonymität.»

63 Die ältere rechtshistorische Forschung äußerte sich übertrieben, aber im Kern treffend zu diesem Umstand. Im mittelalterlichen Recht galt «ein gegen einen Anderen verübtes Unrecht schon überhaupt als eine Ehrenverletzung gegen ihn [...]; allein die Injurien kommen auch in einer speciellen Richtung auf die Ehre des Anderen aufgefaßt vor, und zwar entweder indem Jemand gegen einen Anderen Handlungen vornimmt, die als Ausdruck der Verachtung und als Beschimpfung des Anderen nach Volksansichten galten [...], oder indem er wörtliche Injurien gegen einen Anderen (Schelte) ausstieß.» Mittermaier, Carl T. A.: *Art. Injurien*, in: *Rechtslexikon für Juristen aller teutschen Staaten*, enthaltend

2.3 Rechtsgüter

Die mittelalterlichen und neuzeitlichen Texte legten als Rechtsgüter der Injurienrechte übereinstimmend die Ehre (honor) bzw. den Leumund/guten Ruf (fama)⁶⁴ einer Person fest, verzichteten allerdings darauf, diese Begrifflichkeiten genauer zu definieren.⁶⁵ Als drittes Rechtsgut, das in einem späteren Kapitel noch ausführlich gewürdigt wird,⁶⁶ nennen einige spätmittelalterliche Rechte die «cristenheit» im Sinne des Bekenntnisses einer Person zur römischen Kirche und zum christlichen Glauben; hier handelt es sich um eine Sondererscheinung infolge der intensiven Auseinandersetzungen mit Häretikern im Kirchenrecht.

Für eine sinnvolle Arbeitsdefinition zu den Begriffen «Ehre» und «Leumund» wird in dieser Studie auf die Erörterungen im aktuellen Kommentar zum deutschen Strafgesetzbuch von Hans-Joachim Rudolphi (* 1934 † 2009) und Klaus Rogall (* 1948) zurückgegriffen. Sie trugen aus der kontroversen Diskussion um diese Begriffe folgende Interpretationen zusammen:⁶⁷

1. Normativer bzw. personaler Ehrbegriff: Ehre bezeichnet die mit der Geburt zuteil gewordene persönliche Würde, die den Menschen als Träger sittlicher und geistiger Werte betont. Durch ihre ethische Integrität wird einer Person ein bestimmter Geltungswert innerhalb des gemeinschaftlichen Wertekanons zugeschrieben. Aus diesem Geltungswert fließt der rechtlich geschützte Achtungsanspruch⁶⁸ der Person, der durch den un-

die gesammelte Rechtswissenschaft, bearbeitet von Arndts u. a., Bd. 5. Leipzig 1844, S. 868.

64 Der Begriff «Rechtsgut» wird im Folgenden in Ermangelung einer treffenden Begrifflichkeit genutzt, wohlwissend dass es sich hierbei um einen Terminus aus der aktuellen Rechtssprache handelt.

65 Dressler: Das deutsche Beleidigungsrecht des 16. und 17. Jahrhunderts (1967), S. 23–24.

66 Siehe dazu den Abschnitt «Rechtsgut «cristenheit»», S. 199–205.

67 Rudolphi, Hans-Joachim · Rogall, Klaus: Vierzehnter Abschnitt: Beleidigung, in: Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, 7., teilweise 8. neubearbeitete Aufl., hg. von Hans-Joachim Rudolphi u. a., 66. Lieferung (Juni 2006), Vor § 185, S. 6–9.

68 «Die Achtung gegenüber dem gleichgeordneten Rechtsgenossen kann mit der Ehre in Zusammenhang gebracht werden, sofern in dieser Achtung ein Respektieren des Wertes der Persönlichkeit des andern durch sein Betragen enthalten ist. In jedem Rechtsgut wird die dahinterstehende Person geachtet und an diese Achtung kann ein Wertgefühl der Person sich anschließen.» Zitiert nach Sprecher, Daniel:

rechtmäßigen Vorwurf, die ethische Integrität weise Mängel auf, verletzt wird. Die mittelalterlichen lateinischen Quellen sprechen in diesem Zusammenhang von «existimatio» oder «opinio» und wenn sie vom Gegenteil berichten von «contemptio» oder «contemptus».⁶⁹

2. Interpersonaler Ehrbegriff: Im Vordergrund dieser Interpretation steht das gegenseitige Anerkennungsverhältnis von Menschen innerhalb einer Gemeinschaft, dessen Schutz gewährleisten soll, dass jede Person über ihre Entfaltungsmöglichkeiten frei verfügen kann. Der gute Ruf, der Leumund einer Person, ist Voraussetzung für das Anerkennungsverhältnis.
3. Verdienstbetonter Ehrbegriff: Die Ehre einer Person bemisst sich nach dem ihr zugerechneten Verdienst, das die Person sich durch die Erbringung positiv bewerteter Leistungen in einer Gemeinschaft erarbeitet. Wenn dieser Person wahrheitswidrig negativ zu beurteilende Leistungen zugerechnet werden, liegt eine Beleidigung vor.
4. Funktionaler Ehrbegriff: Ehre ist die Bereitschaft und Fähigkeit einer Person, sich normgemäß zu verhalten. Beide Eigenschaften können ihre Funktion nur dann entfalten, wenn sie durch andere bewertet werden. Während die äußere Ehre die Bereitschaft und Fähigkeit bezeichnet, den Erwartungen der anderen zu entsprechen, wird mit der inneren Ehre beschrieben, dass diese Erwartungen tatsächlich erfüllt werden.
5. Kommunikationsbasierter Ehrbegriff: In Erweiterung des funktionalen Ehrbegriffs wird davon ausgegangen, dass durch die Beleidigung von Personen psychische Prozesse ausgelöst werden, durch die sich die Opfer oder Dritte zu einem rechtlich unerwünschten Verhalten gedrängt fühlen. Ursache des unerwünschten Verhaltens ist die eingetretene, beabsichtigte oder befürchtete soziale Ausgrenzung.

Persönliche Ehre und Ehrenstrafen. Die strafrechtsgeschichtliche Entwicklung der Ehrenstrafe vom Mittelalter bis zur Neuzeit, in: Das Recht im kulturgeschichtlichen Wandel. Festschrift für Karl Heinz Burmeister zur Emeritierung, hg. von Bernd Marquardt · Alois Niederstätter. Konstanz 2002, S. 405–406.

69 München: Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 567–568 (Quellenbelege ebenda).

Dass neben einem leistungsbetonten Ehrbegriff auch ein weiterer existiert, der als Mitgift beschrieben werden kann⁷⁰, steht außer Frage. Diese Mitgift beruht in der Gegenwart selbstredend auf anderen Kriterien als im Untersuchungszeitraum. Dort zählten in erster Linie jene Zuschreibungen, die an Abstammung, Stand sowie die Tätigkeit einer Person gebunden waren⁷¹, und der Vertrauensvorschuss⁷², den andere einer Person bereit waren zu geben. Wenn zum Beispiel das Würzburger Stadtgericht dem der Verunglimpfung und des Unruhestiftens angeklagten Hans von Simmringen Milde wegen seines frommen Vaters entgegenbringt, wie Abbildung 1 (S. 45) zeigt, dann profitierte Hans von seiner Mitgift und nicht von seinen erbrachten Leistungen, die ohnehin als zweifelhaft beschrieben werden.

Lorenz Fries (* 1489/91 † 1550), bischöflich-würzburgischer Sekretär und Kanzler, erzählt in seiner *Chronik der Bischöfe von Würzburg 742–1495* die Geschichte des Hans von Simmringen (erwähnt 1373–1383), der wegen Verunglimpfung des Bischofs und Anstiftung zum Aufruhr aus der Stadt Würzburg verwiesen wurde: Als 1386 der Getreidepreis in Würzburg aufgrund einer schlechten Ernte in die Höhe schoss, so dass die ärmeren Einwohner der Stadt Hunger leiden mussten, ließ Bischof Gerhard von

70 Rudolphi · Rogall: Vierzehnter Abschnitt: Beleidigung (Juni 2006), Vor § 185, S. 11–12.

71 Deutsch, Andreas: Art. Ehre, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller, Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1225–1228 («Ständische Ehre in Mittelalter und Frühneuzeit», «Wende zur Neuzeit»). – Ders.: Was ist Ehre? Ein Rechtsbegriff im historischen Vergleich, in: Früchte vom Baum des Wissens. Eine Festschrift der wissenschaftlichen Mitarbeiter. 100 Jahre Heidelberger Akademie der Wissenschaften, hg. von Ditte Bandini, Ulrich Kronauer. Heidelberg 2009, S. 179–192. – Köbler, Gerhard: Art. Ehre. Rechtshistorisches, in: Reallexikon der Germanischen Altertumskunde von Johannes Hoops, mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften in Göttingen hg. von Heinrich Beck, Herbert Jankuhn, Kurt Ranke, Reinhard Wenskus, Bd. 6. Berlin · New York 1986, S. 502–504. – Weber, Wolfgang E. J.: Art. Ehre, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 3: Dynastie – Freundschaftslinien, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2006, Sp. 77–79 («Religiöse, humanistische und adelige Ehrkonzepte» sowie «Ehransprüche verschiedener Gruppen» in der Frühen Neuzeit).

72 Zur Erläuterung dieses Begriffs siehe Müller, Mario: Besiegelte Freundschaft. Die brandenburgischen Erbeinungen und Erbverbrüderungen im späten Mittelalter. Göttingen 2010 (Schriften zur Politischen Kommunikation, 8), S. 192–193.

Schwarzburg (1359–1372) einen Höchstpreis für das Korn festsetzen. Hans, der schon vorher wegen allerlei Hader aufgefallen sein soll, behauptete, dass der Bischof, wenn die Bürger dessen Gebot hinnehmen, auch den Preis für den Wein demnächst bestimmen werde. Durch Polemisierung und Aufruhr versuchte er, den Erlass des Bischofs kassieren zu lassen – jedoch ohne Erfolg. Er warf dem Bischof daraufhin vor, dass er Ritter um sich sammle, damit sie sein Gebot gewaltsam durchsetzen. Ohne Einwilligung der Stadt ließ Hans deshalb Wachen aufstellen und gab Befehl, die Sturmglocken zu läuten, falls ein Reiter vom bischöflichen Schloss in die Stadt wolle. Als der Würzburger Rat davon Nachricht erhielt, ließ er Hans festsetzen und durch Gerichtsurteil ewig verbannen, verbunden mit dem Verlust seiner bürgerlichen Rechte. Ihm hätte ein noch härteres Urteil gedroht, doch seines «fromen» Vaters (Götz von Simmringen, Schultheiß, urkundlich erwähnt 1379–1385) wegen ließ das Gericht Milde walten.

Die Würzburger anerkannten nach dieser Erzählung den Leumund des Vaters und übertrugen ihn auf den Sohn; der «Geltungswert» der einen Person wurde auf die andere übertragen. Nachteilig wirkte sich im Urteil hingegen aus, dass Hans nicht die Bereitschaft zur Normtreue und deren Umsetzung aufbrachte. Lorenz Fries hielt es für wichtig zu berichten, dass Hans schon in der Vergangenheit negativ aufgefallen war. Das heißt Fries berücksichtigte den Achtungsanspruch, den Hans aufgrund der Mitgift einfordern konnte.

Definitionsgrundlage für die Begriffe Ehre und Leumund ist nach der vorgestellten Besprechung folgende: Einer Person wird mit der ihr zuerkannten und von ihr beanspruchten Ehre ein Geltungswert beigemessen, der sich aus der Anerkennung ihrer eigenen Leistung und ihrer sozialen Mitgift zusammensetzt. Voraussetzung dafür ist, dass die Person ihre Bereitschaft zur Einhaltung und Wahrung der bestehenden Normen signalisiert und umsetzt. Daraus leitet sie in der Gemeinschaft ihr Recht auf Achtungsanspruch her, der ihr innerhalb ihres Standes entsprechende Handlungsspielräume gewährt. Der Leumund einer Person entspricht ihrem Geltungswert, der durch die soziale Stellung dieser Person bestimmt und von anderen aus dem Umfeld der Person zuerkannt wird.



Abbildung 1

Lorenz Fries: *Chronik der Bischöfe von Würzburg 742–1495* (ca. 1495)

Nach einer Würzburger Papierhandschrift von 1596

Forschungsbibliothek Gotha der Universität Erfurt, Chart. A 184, fol. 61r

(zur Handschriftenbeschreibung siehe Rockar, Hans-Joachim [Bearb.]:

Abendländische Bilderhandschriften der Forschungsbibliothek Gotha. Ein kurzes Verzeichnis mit 34 Abbildungen. Forschungsbibliothek Gotha 1970, S. 40)

3. Gliederung der Arbeit

Diese Arbeit gliedert sich in vier Teile, denen zur besseren Übersichtlichkeit jeweils ein knapper Überblick zum Inhalt vorausgeht. In den Kapiteln B und C werden die vier für diese Arbeit ausgewählten Tatbestände des Injurienrechts vorgestellt und definiert: einfache Beleidigung und üble Nachrede sowie Verleumdung und falsche Anschuldigung. Im Anschluss daran befindet sich eine Auswertung der in den normativen Texten aufgezählten Beschuldigungsgegenstände und Schimpfwörter nach geschlechts-spezifischen Kriterien (Kapitel D); und Kapitel E widmet sich den Sanktionen zu den erarbeiteten Tatbeständen. Im Ergebnisteil (Kapitel F) werden, nach einer Zusammenfassung der historischen Entwicklungslinien, in kurzen Artikeln die wesentlichen Inhalte der besprochenen Themen wiedergegeben. Im Ergebnis soll ein möglichst umfassendes Glossarium für das Thema Beleidigung und Verleumdung in mittelalterlichen Rechtstexten vom frühen 6. bis zum 15. Jahrhundert zur Verfügung gestellt werden (S. 321–337).

3.1 Probleme zur Abgrenzung der Tatbestandsmerkmale

Die begriffliche und semantische Vielfalt in den mittelalterlichen Rechtstexten macht es oft unmöglich, zwischen den Tatbeständen Beleidigung und Verleumdung zu unterscheiden. So konnten Ehrverletzungen im Allgemeinen als auch Einzeltatbestände wie die Verleumdung mit Begriffen wie «calumniare» und «maledicere» ausgedrückt werden; Nomen für Beleidigungen bzw. Beschimpfungen waren beispielsweise «contumelia», «convicium», «opprobrium», «nota», «ignominia», «invidia» oder «turpiloquium».⁷³ Andern-orts bezeichnen «infamatio» und «infamia facti» die Ehrverletzung. Mit der «infamia facti» und «fama mala publica» waren der schlechte Ruf gemeint, die Verminderung oder der Verlust der «fama». Die «infamia facti» wurde unterschieden von der «infamia iuris», worunter die Feststellung der Infamie und der damit einhergehende Verlust der Ehre verstanden wurden.⁷⁴ Für die

73 His, Rudolf: Geschichte des deutschen Strafrechts bis zur Karolina. München · Berlin 1928 (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, Abt. 3), S. 132–133. – Ders.: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 107–109. – München: Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 568–569.

74 Landau: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs (1966), S. 6–7. – Lieberwirth: Art. Verleumdung (1998), Sp. 762. – Sellert, Wolfgang: Art. Leumund, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler,

deutsche Sprache führt Grimms «Deutsches Wörterbuch» einen gleichermaßen reichen Befund von Begriffen an: Neben den bekannten Worten wie schelten, schmähen, beleidigen, verleumden etc. werden dort unter anderem «einhausen»⁷⁵, «besprachen»⁷⁶, «schnarren»⁷⁷ und «schmitzen»⁷⁸ erwähnt. In der Rechtssprache wurden schmähen, schelten und verleumden bevorzugt verwendet; verleumden oder «beleumden» besaßen jedoch noch nicht die semantische Festsetzung, wie sie das gegenwärtige deutsche Strafrecht kennt. Beide Verben konnten auch auf Beleidigungen hinweisen.⁷⁹

Als einer der frühesten Rechtstexte trennt die *Lex Salica*, deren Wurzeln bis ins 5. Jahrhundert zurückreichen, den Tatbestand der Beleidigung⁸⁰ von der falschen Anklage vor Gericht⁸¹. Einige Rechtsammlungen folgten der Lex darin, ohne dass eine übergreifende und umfassende Tendenz, diese Unterscheidung zu übernehmen, im weiteren Verlauf des Mittelalters sichtbar würde.

Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin 1978, Sp. 1856. Zahlreiche weitere Belege in: Mittellateinisches Wörterbuch bis zum ausgehenden 13. Jahrhundert, begründet von Paul Lehmann und Johannes Stoux, in Gemeinschaft mit den Akademien der Wissenschaften zu Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz, Wien und der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften hg. von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 2. München 1999, Sp. 93–97 sowie Niermeyer, Jan Frederik · Kieft, Co van de: *Mediae Latinitatis lexicon minus*, 2 Bde. Darmstadt 2002, passim.

75 Art. Einhausen, in: Grimm, Jacob: Deutsches Wörterbuch, Bd. 3 (1862), Sp. 196–197.

76 Art. Besprachen, in: ebenda, Bd. 1 (1854), Sp. 1639–1640.

77 Art. Schnarren, in: ebenda, Bd. 9 (1899), Sp. 1186–1189.

78 Art. Schmitzrede, in: ebenda, Sp. 1104.

79 Weitere Begriffe bei His: Geschichte des deutschen Strafrechts bis zur Karolina (1928), S. 132: «bismerian mið worde oððe mið weorce» (Altgermanisch) und «missehandeln mit worten oder werken» (Mittelhochdeutsch). – Müller: Das Strafrecht im alten Lande Glarus (1981), S. 155–157. – Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 57–66. – Frenz: Frieden, Rechtsbruch und Sanktion in deutschen Städten vor 1300 (2003), S. 500–518 (tabellarischer Überblick mit Angaben zu den Tatmerkmalen, Verfahrenseinleitungen und Sanktionen).

80 Kap. 20 § 1: «Si quis hominem innocentem et absentem de culpis minoribus ad regem accusaverit [...]». Zitiert nach Eckhardt, Karl A. (Hg.): Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911, Bd. 1: Salische und rebuarische Franken. Weimar 1934, S. 30.

81 Kap. 20 § 2: «Si vero talem crimen ei imputaverit, unde mori debuisse, si verum fuisset [...]». Zitiert nach ebenda.

Eine grundlegende Differenzierung, wie sie Rudolf His für das Mittelalter geltend machen wollte, nämlich «man fragt, ob die ehrverletzenden Worte dem Gegner ins Gesicht oder hinterrücks, gegenüber Dritten gesprochen wurden», hat es nur in einigen weltlichen und kirchenrechtlichen Texten gegeben.⁸² His orientierte sich an der von Köstlin erstmals in diesem Sinne beobachteten Unterscheidung⁸³ und bestimmte den ersten Fall als Form der Beleidigung und den zweiten als Form der Verleumdung.⁸⁴ Diese Differenzierung ist allerdings nicht zielführend, weil sie zum einen nur einen kleinen Teil der Rechtstexte erfasst und zum anderen in der älteren Forschung dazu führte, dass diese Definitionen auch dort zur Anwendung gebracht wurden, wo die Quellen keine verlässlichen Hinweise bieten. Aufgrund dieser hier nur knapp umrissenen Probleme zur Abgrenzung der Tatbestandsmerkmale werden im ersten und zweiten Teil die jeweiligen Tatbestände ausgehend von den Definitionen des gegenwärtigen Strafrechtes herausgearbeitet, um in Gegenüberstellungen von gegenwärtigen und mittelalterlichen Merkmalen zu einer den historischen Gegebenheiten entsprechenden Charakteristik der Tatbestände zu gelangen.

3.2 Gegenstände der Beschuldigungen und ihre geschlechtsspezifischen Ausdifferenzierungen

Die Schimpfwörter und Gegenstände der falschen Beschuldigungen, die in den Rechtstexten des Untersuchungszeitraumes aufgezählt werden, bilden einen überschaubaren Fundus von nicht mehr als zwei Dutzend Wörtern. Manche dieser Schimpfwörter und Gegenstände weisen eine erstaunliche zeitliche Kontinuität auf, andere sind epochenspezifisch und verlieren nach geraumer Zeit an Bedeutung. In zahlreichen spätmittelalterlichen Texten kristallisierte sich ein häufig wiederkehrender Kanon von als Schimpfwörter aufgefassten Begriffen heraus, deren Gebrauch sanktioniert war. Für diese Worte setzten die Rechtstexte unterschiedliche Strafmittel bzw. verschieden hohe Geldbußen fest, das heißt hinter jedem Wort verbirgt sich eine bestimmte Auffassung von der Schwere eines Deliktes, die in Kapitel D «Gegenstände der Beschuldigungen und ihre geschlechterspezifischen Ausdifferenzierungen» vorgestellt wird.

Mit diesen rechtlichen Normen sollten nicht nur die Rechtsgüter Ehre, Leumund und «cristenheit» einer Person geschützt werden, sondern in vielen Fällen auch die leibliche Unversehrtheit einer Person, vor allem dann,

82 Auf entsprechende Quellenbelege weist His: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), in den Anm. 5 und 6 auf S. 109 sowie auf S. 129 hin.

83 Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 188–189.

84 His: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 107.

wenn eine Beleidigung den Tatbestand der falschen Anschuldigung einschloss. Anschuldigungen wie beispielsweise jene, eine Person sei eine «Hexe» oder ein «Ketzer», waren ja bekanntermaßen dazu geeignet, die beschuldigten Personen vor oder außerhalb des Gerichtes in Gefahr für Leib und Leben zu bringen, wenn das Gericht und die Mitglieder jener Gemeinschaft, in der sich das Opfer bewegte, nicht von seiner Unschuld überzeugt werden konnten.

Etlche Rechtstexte erwähnen Schimpfwörter im Rahmen geschlechtsspezifischer Kriterien. Dabei werden Wertungen sichtbar, die einerseits Auskunft über das «Züchtigungsrecht» von Männern gegenüber Schutzbefohlenen geben, andererseits schließen einige Rechte (Vor-)Urteile gegenüber Personengruppen ein, die in sich den Keim einer durch das Recht kodifizierten Vorverurteilung tragen, weil sie einem Geschlecht bestimmte (geistige und moralische) «Defizite» unterstellen. Dieser legalisierten Diskriminierung wird unter Berücksichtigung zeitlicher und räumlicher Bezüge des Verhältnisses von Rechtsetzung und gesellschaftlichem Werturteil besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

3.3 Sanktionen

Köstlin machte die «Unfähigkeit, die Gebiete der Moral und des Rechts auseinander zu halten», dafür verantwortlich, dass der mittelalterliche Injurienbegriff eine kaum überschaubare Fülle von Tatbestandsmerkmalen einschloss. In «jeder Beleidigung, Verletzung des Anstands, guten Tons, Grobheit, Derbheit, Unart, Satire etc.» sei eine Verletzung der Ehre zu finden gewesen:

Namentlich zeigen schon die Volksrechte deutlich den sozialen und subjektiven Charakter des germanischen Ehrbegriffs; sie heben die verschiedenen Richtungen der wörtlichen Beschimpfung nach ihrer schwereren oder geringeren Bedeutung in der öffentlichen Meinung hervor; sie nehmen an, daß durch das Erdulden solcher Vorwürfe die Ehre wirklich geschmälert werde; eben deshalb begnügen sie sich aber auch theilweise nicht mit den gewöhnlichen Reaktionsmitteln, sondern ordnen ganz eigenthümliche Satisfaktionsweisen (Widerruf, Ehrenerklärung etc.) an, und auch die Buße hat hier spezifisch die Bedeutung eines «pretium contentus». Ebenso ist im Mittelalter die Ehre durchaus nicht bloß der Ausdruck der politischen Vollberechtigung, sondern der Ausdruck des aus den Augen Anderer reflektirten positiven sittlichen Werths, wodurch die soziale Stellung eines Menschen bedingt wird.⁸⁵

In diesem Urteil spiegelt sich eine bis heute anhaltende Diskussion darüber wider, ob die Ehre einer Person verletzbar sei, und wenn dies tatsächlich möglich

85 Köstlin, Christian R.: System des deutschen Strafrechts, 2. Abt.: Abhandlungen aus dem Strafrechte, hg. v. Theodor Geßler. Tübingen 1858 (ND Aalen 1978), S. 11 f.

ist, wie ein solcher Ehrbegriff charakterisiert werden müsste. In mittelalterlichen Rechtstexten stellt sich diese Frage nicht, weil dort ohne Ausnahme davon ausgegangen wird, dass Personen (mit wenigen Ausnahmen) Ehre besitzen und der daraus erwachsene gute Leumund zu schützen ist. Diese Überzeugungen, die auch gegenwärtig im deutschen *Grundgesetz* als «Recht der persönlichen Ehre» verankert sind,⁸⁶ sollten nicht nur Gefährdungen der Persönlichkeitsentfaltung einschränken helfen. Sie «dienen darüber hinaus aber auch dem öffentlichen Interesse an der Verhinderung fehlerhafter Zurechnungsurteile; sie sind insoweit auch als Beitrag zum Schutz der Grundbedingungen von Zurechnung und der Entwicklung von Sinn in der Gesellschaft zu verstehen.»⁸⁷

Der Ehrbegriff erwächst in diesem Sinne unmittelbar aus den ethischen Vorstellungen einer Gemeinschaft, die es zu verteidigen gilt, um ihr einen normativen Rahmen zu geben, in dem sich die Mitglieder der Gemeinschaft bewegen können. Politische Vertreter, Gerichtsangehörige, Administratoren und andere mehr benötigten den normativen Rahmen für die Rechtfertigung ihres Handelns. Deshalb ließen sie in der Vergangenheit Beleidigungen und Verleumdungen nicht nur bestrafen, sondern sorgten auch dafür, dass falsche Anschuldigungen öffentlich widerrufen und Abbitte geleistet wurde, um den Leumund des Einzelnen zu restituieren und der Gemeinschaft die Sicherheit zu geben, dass ihre ethischen Werte gewahrt würden. Diesem Zusammenhang ist im Rahmen einer gründlichen Erörterung und Zusammenstellung der Sanktionen das gleichnamige Kapitel E gewidmet.

86 Art. 5, Absatz 2.

87 Rudolphi; Rogall: Vierzehnter Abschnitt: Beleidigung (2006), Vor § 185, S. 19 f.



Kapitel B

Tatbestände:
Einfache Beleidigung und
üble Nachrede

[Überblick zum Inhalt von Kapitel B] Einige mittelalterliche und frühneuzeitliche Rechtstexte kennen eine Differenzierung der Tatbestandsmerkmale für Beleidigung, die unserem gegenwärtigen Rechtsverständnis nahe kommt, wobei der Begriff «Tatbestand» in seiner Anwendung auf mittelalterliche Rechtsverhältnisse irritieren mag. Dennoch wird dieser Terminus aus der aktuellen Rechtssprache in Ermangelung einer besseren, knappen Bezeichnung im Folgenden beibehalten. So unterschieden die Rechtstexte nach «bloßen» bzw. «leeren» Scheltwörtern und nach jenen, die die Ehre betreffen. Mit den ehrenrührigen Schimpfwörtern waren in der Regel Tatsachenbehauptungen (üble Nachrede oder Verleumdung) gemeint, mit den bloßen Schimpfwörtern «einfache» Beleidigungen. Diese Unterscheidung galt nicht übergreifend, sondern in anderen Rechtstexten wurden ganz eigenwillige Tatbestandsmerkmale formuliert; zum Beispiel unterschieden Texte des *hamburgischen* und *goslarischen* Rechts danach, ob eine Beleidigung bewusst wahrgenommen oder hinter dem Rücken des Opfers verbreitet wurde.

Vorsatz und Fahrlässigkeit – wichtige Kriterien zur Unterscheidung der Tatbestände im heutigen Strafrecht – thematisierten kanonische und profane Rechte gleichermaßen, allerdings überwiegt der Anteil jener Rechtstexte, in denen dazu keine Aussagen zu finden sind.

Eingeschränkte Rechte in Bezug auf Beleidigungen besaßen Frauen, Kinder, Gesinde und andere abhängige Personen. Sie unterstanden dem «Züchtigungsrecht» des Vormundes bzw. des Herrn, der bei Zurechtweisungen bis zu einem bestimmten Maß schmähen durfte. Nach kanonischem Recht galt die Einschränkung, nicht den Leumund einer schutzbefohlenen Person zu verletzen, denn dies sei sündhaft.

Auch verstorbene Personen hatten ein Recht auf die Verteidigung ihrer Ehre, in einigen wenigen spätmittelalterlichen Rechtstexten wurden entsprechende Bestimmungen dazu getroffen.

1. Definition der Tatbestände

Nach dem gegenwärtigen deutschen *Strafrecht* ist eine Beleidigung «die Kundgabe von Mißachtung oder Nichtachtung in beliebiger Form. Zu unterscheiden sind zwei Fallgruppen: die Werturteile und die Tatsachenbehauptungen» (*Strafgesetzbuch*, §§ 185–186).⁸⁸ Diese Definition ist noch zu ergänzen, weil Miss- oder Nichtachtung nicht per se ein Straftatbestand sind, sondern nur dann, wenn:

1. die Kundgabe sich gegen die Ehre des Opfers richtet (Ehrverletzung),
2. die Kundgabe das Opfer oder eine dritte Person erreicht (Kenntnisnahme) und
3. die beleidigte Person genau feststellbar ist.⁸⁹

Als Äußerungsdelikt kann die Beleidigung auf verschiedene Weise zum Ausdruck gebracht werden: verbal, schriftlich, durch Bilder, durch gestische und mimische Handlungen. Ausgeschlossen sind alle nicht mit Vorsatz geäußerten Beleidigungen. Von dieser Maßgabe weichen die untersuchten Rechtstexte ab. Fahrlässigkeit und Vorsatz spielten in Mittelalter und Neuzeit oft eine entscheidende Rolle, allerdings nicht in der Form, dass der Täter in jedem Fall straffrei ausging, wenn er fahrlässig handelte.

Bei Werturteilen, in der älteren Literatur auch «einfache Beleidigung»⁹⁰ genannt, handelt es sich um Äußerungen, die den Geltungswert einer Person herabsetzen und den Vorwurf in sich tragen, dass die Ehre des Opfers unzulänglich ist (zum Beispiel: feiger Hase, Hundsfoth, Maultasche).

Eine Tatsachenbehauptung, dabei handelt es sich um den Tatbestand der üblen Nachrede, ist durch einen Beweis zugänglich. Dazu zählen unter anderem die Vorwürfe, eine Person sei ein Dieb oder Mörder. Wichtigstes Kriterium für die Abgrenzung zum Tatbestand der Verleumdung ist, dass die üble Nachrede

88 Beulke, Werner: Art. Beleidigung, in: Deutsches Rechts-Lexikon, Bd. 1, hg. von Horst Tilch, Frank Arloth. München ³2001, S. 628.

89 Rudolph; Rogall: Vierzehnter Abschnitt: Beleidigung (Juni 2006), § 185, S. 1–5.

90 Ebermayer, Ludwig: Art. Beleidigung, in: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, hg. von Fritz Stier-Somlo, Alexander Elster, Bd. 1. Berlin · Leipzig 1926, S. 594 f.

in dem Bewusstsein ausgesprochen wird, dass die Anschuldigung wahr ist oder der Täter zumindest belegen kann, dass er nicht wider besseres Wissen die Beschuldigung hervorgebracht hat. Das zwingt das Opfer dazu, den Vorwurf zu entkräften bzw. den Täter, seine Vorwürfe zu bestärken (Beweislast).

Im § 189 des deutschen *Strafgesetzbuches* wurden auch Beleidigungen gegen Verstorbene als Tatbestand aufgenommen (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener). Die Auslegung dieses Paragraphen ist umstritten; das gilt besonders für das zu schützende Rechtsgut. In mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechten taucht dieser Tatbestand nur sehr selten auf. Es ist jedoch durch Prozessakten, Korrespondenzen und chronikalische Aufzeichnungen hinlänglich belegt, dass in der Vergangenheit Personen post mortem gleichermaßen für begangene Straftaten gerichtet und ihre Ehre durch die Lebenden geschützt wurden.

Bei Beleidigungsfällen galt erstens, den Achtungsanspruch der verstorbenen Person und ihrer noch lebenden Angehörigen (Sippe, Dynastie, Familie) zu wahren und es lag zweitens im öffentlichen Interesse, die Geltung von bestehenden Normen und die Wahrheit von Anerkennungsurteilen zu bekräftigen. Wenn eine Straftat einer bereits verstorbenen Person noch ungeühnt war, gehörte es zum Rechtsbrauch, den toten Straftäter zu exhumieren und nach Beweis seiner Schuld unehrenhaft zu bestatten, das bedeutete, den Toten ungeweihtem Boden zuzuführen.

2. Die Tatbestandsbeschreibungen in den Quellentexten

Die mittelalterlichen Rechtstexte kennen keine Legaldefinitionen, das heißt in den Gesetzestexten werden keine Begriffe definiert, um im Anschluss auf sie zurückgreifen zu können. Allerdings ist aus mehreren Texten das Bestreben erkennbar, den Straftatbestand exakt zu formulieren. Mit Rücksicht auf diesen Umstand lassen sich die Texte in zwei Hauptgruppen einteilen. In der ersten Gruppe können all jene Rechtstexte zusammengefasst werden, die über keine begriffliche Schärfung oder genauere Bezeichnung der Tatbestände verfügen. Die zweite Gruppe greift jene Texte auf, in denen die Straftatbestände benannt sind, zum Beispiel durch Erwähnung bestimmter Schimpfwörter.⁹¹

91 Eine erste Übersicht von Schmähwörtern stellte JACOB GRIMM vor der Mitte des 19. Jahrhunderts zusammen. Er fasste die gesammelten Wörter unter «Schelte» zusammen, da ihm dieser Begriff geeigneter erschien als das zu seiner Zeit im

2.1 Rechtstexte ohne begriffliche Differenzierung

Zur ersten Gruppe gehören Rechtstexte, in denen keine Differenzierungen zwischen den Tatbeständen zu erkennen sind. In der Regel werden die Ehre oder der Leumund als verletztes Rechtsgut erwähnt⁹² bzw. es kommen bestimmte Verben wie «schelten»⁹³ und «schmähen»⁹⁴ oder die Redewendungen «böse Worte»⁹⁵ und «mit Scheltworten»⁹⁶ zur Anwendung. Dazu zählen

Rechtsgebrauch noch übliche Wort Injurie. Er unterschied in acht Gruppen: 1. in die allgemeinen Scheltworte (Teufel), 2. in Vorwürfe leiblicher Missgestalt (lahme Hutsche), 3. in den Vorwurf der Unfreiheit (fauler Knecht), 4. in Worte, die auf die außereheliche Geburt einer Person verwiesen (Hurensohn), 5. in Feigheitsvorwürfe (Hasenfuß), 6. in Scheltworte, die Laster darüber hinaus anzeigten (Trinker), 7. in schwere Vorwürfe (Mörder) und 8. in Schimpfwörter, die allein Frauen diffamierten (Nachtreiterin). Diese Sammlung ist über die semantische Gliederung hinaus noch sehr unsystematisch angelegt: ihr liegen keine zeitlichen, räumlichen oder quellspezifischen Kriterien zugrunde. Grimm, Jacob: Deutsche Rechtsalterthümer, 2 Bde. 4., vermehrte Ausg., hg. von Andreas Heusler · Rudolf Hübner. Leipzig 1899, hier Bd. 2, S. 204–210 (die Erstaufl. erschien 1828).

92 Zum Beispiel: *Offnung von Neukilch*, einem Städtchen unweit des Bodensees, von 1330 (ediert nach einer späteren Fassung): «Fugte oder funde sich dann, das ainer dem andren, es were wyb oder man, an syn eer oder aydt redten und sich das erfunde und kundtlich wurde [...]» Zitiert nach Grimm, Jacob u. a. (Hg.): *Weisthümer*, 7 Bde. Berlin 1840–1878 (ND Göttingen 1957), hier Bd. 1, S. 297. – *Rechtsbuch des Johannes Purgoldt*, Stadtschreiber und Bürgermeister in Eisenach, vom Anfang des 16. Jahrhunderts: «Eyn fromer man, der guthe swere sythen hadt, undt des leumundt in eyner stadt unvorleczt ist [...]» Zitiert nach Orloff, Friedrich (Hg.): *Das Rechtsbuch Johannes Purgoldts nebst statuari-schen Rechten von Gotha und Eisenach*. Jena 1860 (ND Aalen 1967. Sammlung deutscher Rechtsquellen, 2), S. 312.

93 *Laxer Urbar* (Graubünden) von 1303: «Der den ander beschiltet also, das ez im an sin niht gat [...]» Zitiert nach Grimm: *Weisthümer*, Bd. 1 (1840), S. 813.

94 *Weistum des Hochgerichts und Flecken Kellenbach* (Hunsrück) von 1560: «Zum achten, schilt oder schmeht einer den andern mit Worten [...]» Zitiert nach ebenda, Bd. 2 (1840), S. 143.

95 *Offnung von Kilchberg*, Grafschaft Toggenburg in der Ostschweiz, von 1515: «Item, welcher den andern beschalcket frevenlich mit bösen Worten [...]» Zitiert nach ebenda, Bd. 1 (1840), S. 208.

96 *Wartenberger* (oder Enkenbacher) *Weistum* von 1560 (Dörfer nordöstlich von Kaiserslautern): «Forder so weisen wir, wo sich zwen mit scheltworten uberlifen [...]» Zitiert nach ebenda, S. 782.

gleichermaßen Synodalbeschlüsse, Dekretalen, theologische Schriften, Stadtrechte und Weistümer. Diese Texte unterscheiden nicht nach den möglichen Konsequenzen für das Opfer. Die Strafmaße folgen anderen Kriterien, die im Anschluss an dieses Kapitel erörtert werden (Vorsatz – Affekt, Mann – Frau, vor Gericht – außerhalb des Gerichts etc.).

Eine Ausnahme bilden städtische Privilegierungen durch den König. Hier wird nur das Recht, über Beleidigungsdelikte richten zu dürfen, an sich erwähnt. Die Beschreibung der Tatbestände und die Art der Verfahren wurden von den betreffenden Gerichtsinstanzen selbst festgelegt. In den *Privilegienbestätigungen für die Städte Colmar und Neuenburg im Breisgau* verbriefte König Adolf I. (* ca. 1250 † 1298) 1292/1293, dass Schmähungen von den Richtern der Städte nach der dort festgesetzten Buße zu verurteilen sind.⁹⁷ Für Memmingen weitete Kaiser Friedrich III. (* 1415 † 1493) am 16. Januar 1490 den Rechtsbezirk aus. Die Stadt habe sich bei ihm beklagt, dass sie an ihrem gegebenen Recht, verleumderische Personen auch außerhalb der Stadt aufgreifen und in der Stadt bestrafen zu dürfen, gehindert würde. Deshalb bestätige Friedrich der Stadt dieses Recht aufs Neue; es ist allerdings nicht bekannt, ob ein derartiges Privileg für die Stadt zuvor bestanden hatte.⁹⁸ Ähnliche Diplome ratifizierte Friedrich 1467 für Georg I. (Jörg) Truchsess von Waldburg († 1467),⁹⁹ für Nürnberg (1476),¹⁰⁰ Lindau (1485)¹⁰¹ und Biberach (1487)¹⁰².

Mit diesen Privilegien sicherten und erweiterten die städtischen Räte ihre Gerichtsrechte. Offenbar wurden in den genannten Fällen Beleidigungen als ein besonderer Tatbestand aufgefasst, dessen Behandlung nicht ohne weiteres der jeweiligen städtischen Gerichtsbarkeit oblag, sondern erst von einer höheren Instanz erbeten werden musste. Nicht in jedem Fall ersuch-

97 Redlich, Oswald (Hg.): Die Regesten des Kaiserreiches unter Rudolf, Adolf, Albrecht, Heinrich VII. 1273–1313. Innsbruck 1898 (ND Hildesheim 1969. *Regesta Imperii*, 6/1–2), Nr. 159 und 197.

98 Koller, Heinrich u. a. (Hg.): Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440–1493). Nach Archiven und Bibliotheken geordnet, Heft 1 ff. Wien u. a. 1982 ff., hier Heft 1, Nr. 147.

99 Chmel, Joseph (Hg.): *Regesta chronologico-diplomatica Friderici IV. romanorum regis (Imperatoris III.)*. Auszug aus den im k. k. geheimen Haus-, Hof- und Staats-Archive zu Wien sich befindenden Reichsregistraturbüchern vom Jahre 1440–1493. Wien 1838 (ND Hildesheim 1962), Nr. 4975.

100 Ebenda, Nr. 7029 und 7060.

101 Koller: Regesten Kaiser Friedrichs III., Heft 1 (1982), Nr. 126.

102 Chmel: *Regesta chronologico-diplomatica Friderici IV. romanorum regis* (1838), Nr. 7946.

ten städtische oder auch andere Gerichte den König um die Erlaubnis für das Richten von Beleidigungsstaten. Dies war abhängig davon, welche Rechte die Gerichte bereits innehatten und wie sie Beleidigungen strafte, denn das Strafmaß entschied darüber, welche Delikte der Hoch- und welche der Niedergerichtsbarkeit (*causae maiores* und *causae minores*) zugewiesen waren.¹⁰³ Das Strafmaß variierte zeitlich und räumlich jedoch so stark, dass eine Zuweisung zur entsprechenden Gerichtsbarkeit nur am Einzelfall geprüft werden kann. Die erbetenen königlichen Privilegierungen der aufgeführten Beispiele weisen auf ein hohes Strafmaß hin: entweder auf eine sehr hohe Geldbuße oder auf eine peinliche Strafe (Leibes- und Todesstrafen). Dann nämlich wären Beleidigungen Teil der Hochgerichtsbarkeit, die in der Regel vom König und den Landesherren ausging.¹⁰⁴

2.2 Rechtstexte mit begrifflicher Differenzierung

Zur zweiten Textgruppe, in der die Tatbestände einzeln benannt werden, zählen früh- und spätmittelalterliche sowie frühneuzeitliche Rechtstexte. So widmet sich das 30. Kapitel der *Lex Salica*, die insbesondere unter den Karolingern rezipiert und revidiert wurde, ausschließlich den beleidigenden Worten (*De conviciis*). Hier werden einfache Beleidigungen und üble Nachreden zusammengefasst. Die Lex stellt den Gebrauch der Worte «Wüstling», «Füchslin» und «Hase» unter Strafe; hinzukommen noch: «Schänder», «Hure», «Denunziant» und «Fälscher». Gleichfalls darf keiner einem Freien vorwerfen, dass er in der Schlacht seinen Schild weggeworfen habe.¹⁰⁵ Etwas später, im 67. Kapitel zum

103 Lück, Heiner: Art. Hochgerichtsbarkeit (2011), in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller, Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin ²2012, Sp. 1055–1059.

104 Auch einzelne Weistümer weisen darauf hin, dass Beleidigungen von höheren Gerichten zu verhandeln waren, zum Beispiel die *Anweisung für Schöffen des Gerichts in Hirzenach* (Kurfürstentum Trier, heute Stadt Boppard) vom 16. Januar 1598: «der schultheiß soll die scheffen ermahnen», dass «gewaltige wort» durch die Grundherren und ihre bevollmächtigten Vertreter gerichtet werden. Loersch, Hugo: Die Weistümer der Rheinprovinz, Abt. 1: Die Weistümer des Kurfürstentums Trier, Bd. 1: Oberamt Boppard, Hauptstadt und Amt Koblenz, Amt Bergpflege. Bonn 1900 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, 18), S. 125.

105 «1. Si quis alterum cinitum clamaverit, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur. 2. Si quis alterum concagatum clamaverit, CXX denariis qui faciunt solidos III culpabilis iduicetur. 3. Si quis alterum vulpiculam clamave-

Hexenwesen, werden noch weitere Worte ergänzt: «Hexendiener», «Dirne» und «Hexe».¹⁰⁶

Mit der Verwendung der Bezeichnungen «Fuchs», «Hase» und dem Vorwurf, den Schild fortzuwerfen, wird dem Opfer unterstellt, feige zu sein. Wer seinen Schild in der Schlacht ablegte, galt als Flüchtling.¹⁰⁷ Tacitus (* ca. 55

rit, CXX denariis qui faciunt solidos III culpabilis iudicetur. 4. Si quis alterum leporem clamaverit, CCXL denariis qui faciunt solidos VI culpabilis iudicetur. 5. Si quis alteri inputaverit, quod scutum suum proiecisset in oste vel fugiendo pre timore, CXX denariis qui faciunt solidos III culpabilis iudicetur. 6. Si quis alterum delatorem clamaverit et non potuerit conprobare, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur. 7. Si quis alterum falsatorem clamaverit et non potuerit conprobare, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur.» Zitiert nach Eckhardt, Karl A. (Hg.): Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911, Bd. 1: Salische und ribuarische Franken. Weimar 1934 und Bd. 2: Lex Salica: recensio Pippina. Weimar 1953 (Germanenrechte. Texte und Übersetzungen, 2), hier Bd. 1, S. 46–48.

106 «1. Si quis alterum herburgium clamaverit, hoc est strioportium, aut qui aenum portare dicitur, ubi striae concinnunt, et convincere non potuerit, MMD denariis qui faciunt solidos LXII s culpabilis iudicetur. 2. Si quis mulierem ingenuam striam clamaverit aut meretricem et convincere non potuerit, VIIIMD denariis qui faciunt solidos CLXXXVII s culpabilis iudicetur.» Zitiert nach ebenda, S. 96–98.

107 *Edikt des Langobardenkönigs Rothari*, Art. 381: «Schilt jemand einen andern aus Wut «Feigling» [...]» (Si quis alium «arga» per furorem clamaverit [...]). Zitiert nach Beyerle, Franz (Hg.): Die Gesetze der Langobarden, mit einem Glossar von Ingeborg Schröbler. Weimar 1947, S. 154 f. – Lex Salica, 30. Kap.: «3. Wenn jemand einen anderen Fuchs schimpft, werde er zu 120 Pfennigen, gleich 3 Schillingen, verurteilt. 4. Wenn jemand einen anderen Hase schimpft, werde er zu 240 Pfennigen, gleich 6 Schillingen, verurteilt. 5. Wenn jemand einem anderen zur Laß legt, daß er seinen Schild weggeworfen habe [und die Flucht ergriffen hätte] [...]» (Si quis alterum vulpiculam clamaverit, CXX denariis qui faciunt solidos III culpabilis iudicetur. 4. Si quis alterum leporem clamaverit, CCXL denariis qui faciunt solidos VI culpabilis iudicetur. 5. Si quis alteri inputaverit, quod scutum suum proiecisset in oste vel fugiendo pre timore [...]). Zitiert nach Eckhardt: Die Gesetze des Karolingerreiches, Bd. 1 (1934), S. 46–48. Feigheit tritt in den Rechtstexten entgegen, wenn militär- bzw. heeresrechtliche Gegenstände behandelt werden. Dort wird es in den frühmittelalterlichen Rechten im Zusammenhang mit der Flucht im Kampf thematisiert. Im Rahmen des Gefolgschaftsgedankens ist «Feigheit» begrifflich kaum noch zu fassen, da er hinter die Tatbestände Verrat oder Majeestätsverbrechen zurücktritt. Diese Tatbestände konnten mit dem Tod oder auch dem Entzug des Vermögens bzw. des Lehens

† nach 116) berichtet in seiner *Germania* (um 100 n. Chr.) von den Folgen für denjenigen, den diese Schuld tatsächlich traf: Er durfte weder an heiligen Handlungen noch an der Volksversammlung mehr teilnehmen.¹⁰⁸ Bereits das *Corpus Iuris Civilis* kannte Desertionen als eine Straftat. Die frühmittelalterlichen Rechte sollen sie als «Treuebruch gegen den Mitkämpfer» bewertet haben, während spätere Rechte darin ein Delikt gegen den König oder (Lehns-)Herrn erkannt hätten. In jedem Fall war es ein ehrenrühriges Delikt, das für den Täter schwerwiegende soziale und materielle Konsequenzen nach sich zog.¹⁰⁹

Jüngere Texte als die *Lex Salica*, wie das *Edikt des langobardischen Königs Rothari* von 643 oder die *Leges Alamannorum* (ca. 712–725) und *Lex Baiuvariorum* (um 740), nahmen keine anderen Schimpfwörter als die oben genannten auf. Das dürfte auf rezeptionshistorische Gründe zurückzuführen sein, denn diese Rechte zeigen auch in anderen Kapiteln untereinander zahlreiche Übereinstimmungen.¹¹⁰

sanktioniert werden. Schild, Wolfgang: Art. Feigheit, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller, Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 1529 f. Zur Feigheit in den frühmittelalterlichen Leges siehe Brinkkötter, Hans-Otto: Feigheit. Die Verletzung der soldatischen Gefahrtragungspflicht als Wehrstrafatbestand in rechtshistorischer Betrachtung. Ein Beitrag zur Wehrstrafrechtsgeschichte von der Zeit der Germanen bis zum 18. Jahrhundert mit einem Ausblick. Marburg 1983, S. 16–22.

108 Kap. 6: «Scutum reliquisse praecipuum flagitium, nec aut sacris adesse aut concilium inire ignominioso fas; multique superstites bellorum infamiam laqueo finierunt.» Zitiert nach Tacitus, Publius Cornelius: *Germania*, übersetzt und mit Erläuterungen versehen von Eugen Fehrle. Heidelberg 1959, S. 22. Zur weiteren Verbreitung dieser Strafe siehe Köbler, Gerhard: Art. Ehre. Rechtshistorisches (1986), in: Reallexikon der Germanischen Altertumskunde von Johannes Hoops, mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften in Göttingen hg. von Heinrich Beck, Herbert Jankuhn, Kurt Ranke · Reinhard Wenskus, Bd. 6. Berlin · New York 1986, S. 502–504, hier S. 502–503.

109 Brümmer-Pauly, Kristina: Art. Fahnenflucht, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller, Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 1461.

110 Wallenrodt, C. von: Die Injurienklagen auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung in ihrer Entstehung, Fortbildung und ihrem Verfall. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Strafrechts, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte 3 (1864), S. 244–254.



Abbildung 2

Der Hase als Sinnbild für Furcht und Feigheit in den *Pluemen der tugent* des Hans Vintler (1411)

Nach einer oberdeutschen Papierhandschrift aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts

Gotha, Forschungsbibliothek der Universität Erfurt, Chart. A 594, fol. 93v:
 «Von der forcht» (zur Beschreibung der Bilderhandschrift siehe Schweitzer, Franz-Josef: Tugend und Laster in illustrierten didaktischen Dichtungen des späten Mittelalters. Studien zu Hans Vintlers «Blumen der Tugend» und zu «Des Teufels Netz». Hildesheim · Zürich · New York 1993 [Germanistische Texte und Studien, 41], S. 233–236)

Die hochmittelalterlichen königlichen Landfrieden und das *Corpus Iuris Canonici*¹¹¹ verzichten darauf, die Tatbestände Beleidigung und Verleumdung durch eine Aufzählung von Worten zu konkretisieren. Auch die königlichen Urkunden, in denen Beleidigungen geregelt werden, geben keine Auskunft über den Wortlaut. Erst im 13. Jahrhundert setzen die Quellen für die zweite Gruppe mit dem *Sachsenspiegel* (1224/1225?) und den mit ihm verwandten *Augsburger Sachsenspiegel* (1265/1276), *Deutschenspiegel* (1274/1275) und *Schwabenspiegel* (1275/1276) wieder ein. Während die ersten drei Texte nahezu identische Artikel zur Beleidigung aufweisen und unter Strafe stellen, eine andere Person des Lügens zu bezichtigen,¹¹² wählt der *Schwabenspiegel* eine ungewöhnliche, jedoch später häufiger aufgenommene Begrifflichkeit, wenn er die Straftäter «verrater» nennt:

Verrater, das sind die mit ir red ainen uerpalmundent, das sy in sagen von der christenheit, also das sy sagen, er sey ain sodomit, oder er hab vich geunraint oder er sey ain keczzer; mugen si das nicht erzeugen, die soll man radprechen.¹¹³

111 Die entsprechenden Nachweise nennt Hinschius: System des katholischen Kirchenrechts, Bd. 5 (1959), S. 204–205.

112 *Sachsenspiegel*, Landrecht, Buch II, Art. 16 § 8: «Swene men âne wunden sleit oder beschilt lugenêre, deme sol men bûze geben nâch siner bord [Abstammung].» Zitiert nach Eckhardt, Karl A.: *Sachsenspiegel*. Quedlinburger Handschrift. Hannover 1966 (Fontes iuris Germanici antiqui in usum scholarum ex Monumentis Germaniae Historici separatim editi, 8), S. 42. *Augsburger Sachsenspiegel* und *Deutschenspiegel*: derjenige, der einen anderen «âne wunden slehet oder beschiltet oder ane liuget [...]» soll «bûezen nâch siner geburt» bzw. soll «buoze geben nâch siner geburt». Zitiert nach Eckhardt, Karl A. · Hübner, Alfred (Hg.): *Deutschenspiegel und Augsburger Sachsenspiegel*. Hannover ²1933 (Monumenta Germaniae Historica, Fontes juris Germanici antiqui, N. S., 3), S. 204–205.

113 Zitiert nach Eckhardt, Karl A.: *Schwabenspiegel*, Kurzform I. Landrecht, II. Lehnrecht. Hannover ²1974 (Monumenta Germaniae Historica. Fontes iuris Germanici antiqui, N. S., 4.1–2), S. 253, Sp. 1. H1s vermutete, dass im Schwabenspiegel «die Bestimmung des Sachsenspiegels (2, 13) über den Verrat mißverständlich auf Verreden im Sinne von Verleumdern» bezogen wurde. Siehe His: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 131. – Zu den ebenfalls ungewöhnlichen und eher seltener gewählten Begrifflichkeiten für die Bezeichnung eines Beleidigers gehört das Wort «überfarer», das die *Carolina* in Art. 216 verwendet. Siehe: Des allerdurchleuchtigsten großmechtigste[n] vn-überwindtlichsten Keyser Karls [...] peinlich gerichtts ordnung (1533), Blatt 47v. Die *Bambergische peinliche Halsgerichtsordnung*, das unmittelbare Vorbild der *Carolina*, kennt diesen Begriff noch nicht, da der genannte Artikel erst 1529

Das *Augsburger Stadtbuch*, das 1276 durch König Rudolf von Habsburg betätigt und das vom Anonymus des *Schwabenspiegels* verwendet worden ist, kennt diese Straftatbestände unter Artikel 54 und geht über den *Schwabenspiegel* noch hinaus. Es stellt folgende Worte und damit verbundene Anschuldigungen unter Strafe: «hurre» und «hurrensun», «zohensun», «mehrzensun», «mussensun», «ketzer», «meineid», «diup», «viertaeter», «rauber», «boesenwiht oder anderiu schaeltwort».¹¹⁴

Mit den ersten fünf Begriffen wird eine Frau der Hurerei bzw. ein Mann der illegitimen Geburt bezichtigt. Dabei handelt es sich um Tatbestände, die in älteren Rechtstexten ebenfalls aufgenommen worden sind. Dort wird im Zusammenhang mit Beleidigungsdelikten allerdings nicht erläutert, was unter «Hurerei» zu verstehen ist. Im Untersuchungszeitraum konnten damit diverse Vergehen bezeichnet werden: Ehebruch, Prostitution, sexuelle Kontakte vor oder nach der Ehe, bewusste Unehelichkeit bzw. sexuelle Freuden, die nicht fortpflanzungs-, sondern lustbezogen waren.¹¹⁵ In diesem Sinn musste der Vorwurf, eine Frau sei eine Hure, überzeugend begründet werden.

Die im *Augsburger Stadtbuch* erwähnte Anschuldigung, eine Person sei ein Ketzer, Dieb, Räuber, Bösewicht oder sie habe einen Meineid geschworen, versteht sich weitgehend von selbst: Die spätmittelalterlichen Rechte bringen Raub, wie auch das gegenwärtige deutsche *Strafgesetzbuch* (§ 249), mit dem Vollzug bzw. der Androhung von Gewalt in Verbindung. Das Merkmal des Diebstahls hingegen ist die Heimlichkeit der Wegnahme einer fremden Sache.¹¹⁶

Mit «sodomit» oder «viertaeter» (Viehtäter) wird Bezug auf Unzucht mit Tieren genommen, ein Tatbestand, der in mittelalterlichen Rechtsquellen vor allem mit den unscharfen Begriffen «Ketzerei» und «Sodomie» er-

aufgenommen wurde. Siehe dazu Wallenrodt: Die Injurienklage auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung (1864), S. 285.

114 Meyer, Christian (Hg.): Das Stadtbuch von Augsburg, insbesondere das Stadtrecht vom Jahre 1276, nach der Originalhandschrift zum ersten Male herausgegeben und erläutert. Mit einem lithographirten Facsimile der Handschrift. Augsburg 1872, S. 124.

115 Ulbrich, Claudia: Art. Prostitution, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 10: Physiologie – Religiöses Epos, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2009, Sp. 464–471.

116 Kaufmann, Ekkehard: Art. Raub, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler, Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 182–186.

faßt wurde,¹¹⁷ die nicht nur das sittenwidrige Hingezogensein zu Tieren (Zoophilie)¹¹⁸ bezeichneten, sondern auch Homosexualität, Masturbation, Anal- und Oralverkehr etc.¹¹⁹ Bereits die frühmittelalterlichen Rechte stellen die Unzucht mit Tieren unter Strafe,¹²⁰ jedoch tritt dort der Tatbestand noch nicht in Zusammenhang mit Beleidigungsdelikten auf. Erst spätmittelalterliche Rechtstexte wie das *Augsburger Stadtrecht* und der *Schwabenspiegel* zitier-

-
- 117 Eine deutliche Differenzierung der Ketzertatbestände nimmt Ruprecht von Freising in seinem *Rechtsbuch* von 1328 vor: «Swer den andern rueget, daz er ein chetzer sei oder ein diup sei oder ein mainâder, mag in der nicht überwinten, er muos an sein stat stên mit dem leib unt mit dem guot. Zeicht [beziehtigt] ein mensch daz ander, daz es ein chetzer sei, alsô mit unrechten luppen [Zauberei] oder daz er vergift mache oder daz er unrechten glauben hab oder das er sip-
pehuor [Inzucht] an ihm hab, den sol er rügen dem gæstleichen richter und nicht dem wertleichen; und sol in versuochen. Vindet er icht [etwas] an im, daz an wertlich gericht gehoert, dâ mag in der wertleich [richter] wol um an vallen [belangen]; zeicht er in aver, daz er ein mændler [Gleichgeschlechtlicher] sein und hât das nieman gesehen denn er ain, das mag er wol mit einem kchamph auf den bewæren, der es getân hât, oder selb dritt, es sein frawn oder man. Und so soll man in denn prennen. [...] Zeicht ein frawe oder ein man ainen, er sei ein vichunrainer [Viehschänder] und daz hab er gesehen, sô tuot man di selben schant gern, dô es nieman sicht, sô sol deu frawe oder der man zuo dem gericht gâhen und sol den unrainer haizzen vâhen. [...] Wirt er überwunden, sô sol man in auf daz vich legen und sol man si paideu mit ein ander prennen.» Zitiert nach Claussen, Hans-Kurt (Barb.): *Freisinger Rechtsbuch*. Weimar 1941 (Germanenrechte, N. F. Schriften des Deutschrechtlichen Instituts), S. 132–134.
- 118 Zu diesem der Sexualpsychologie entlehnten Begriff siehe Massen, Josef: *Zoophilie. Die sexuelle Liebe zu Tieren*. Informationen zu einem sexuellen Tabu. Köln 1994.
- 119 Hergemöller, Bernd-Ulrich: Art. Homosexualität, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert Bautier u. a., Bd. 5. München 1991 (ND München 2002), Sp. 113–115, hier Sp. 113–114. – Reinle, Christine: Das mittelalterliche Sodomieverständnis im Spannungsfeld von rechtlicher Norm, theologischer Deutung und gesellschaftlicher Praxis, in: *Rechtsverständnis und Konfliktbewältigung. Gerichtliche und außergerichtliche Strategien im Mittelalter*. Festschrift Hanna Vollrath, hg. von Stefan Esders. Köln u. a. 2007, S. 165–209 (nochmals abgedruckt in: «Die sünde, der sich der tiuvel schamet in der helle». Homosexualität in der Kultur des Mittelalters und der frühen Neuzeit, hg. von Lev Mordechai Thoma, Sven Limbeck. Ostfildern 2009, S. 13–42).
- 120 Lang, Dominik: *Sodomie und Strafrecht. Geschichte der Strafbarkeit des Geschlechtsverkehrs mit Tieren*. Frankfurt am Main u. a. 2009.

ten Schimpfwörter, mit denen «unzüchtiges» Handeln zum Vorwurf gemacht werden konnte, und stellen ihren Gebrauch unter Strafe.

Es ist auffällig, dass die Zoophilie als Straftat vor allem in Rechtstexten und Urteilen aus dem süddeutschen und schweizerischen Raum auftreten: im *Augsburger Stadtrecht*, im *Schwabenspiegel* und im *Rechtsbuch des Ruprecht von Freising* (1328). Aus Luzerner und Basler Urteilen des 14. und 15. Jahrhunderts erfährt man, dass eine Reihe von Personen aufgrund ihres sexuellen Umgangs mit Tieren verurteilt wurden,¹²¹ und in Luzern beschloss der Rat 1395, dass wenn «einre zem andern spricht, du heß ein kuo gehit [...] oder du biß ein verhiter diep oder ein bösewicht, und ander soliche swe-re rede, die eim berlich an sin ere gat», dann müsse diese Beleidigung vor dem Gericht verhandelt und geurteilt werden.¹²² Im 15. Jahrhundert wurde der Vorwurf, die Schweizer Bauern würden ihr Vieh missbrauchen, zum polemischen Bestandteil der Auseinandersetzungen zwischen den Habsburgern einerseits und den Eidgenossen andererseits, die im Schwabenkrieg 1499 ihren Höhepunkt erreichten.¹²³

Bisher noch nicht erwähnt wurde der Vorwurf des Mordens, der oft in formelhaften Zusammenstellungen von Beleidigungen in den spätmittelalterlichen Rechten auftritt, wie zum Beispiel im *Freiheitsbrief des Grafen von Saarbrücken für die Bürger der Stadt Saarbrücken und das Dorf St. Johann* von 1321:

121 Zum Beispiel: 1390 wurde Peter Vasant von dem Luzerner Gericht zum Tode verurteilt, weil er von einem zwölfjährigen Jungen beobachtet wurde, wie er die Kuh von dessen Vater mit der einen Hand kratzte, während er mit der anderen sein Gewand angehoben hatte und mit der Kuh «unmenschlich geberde» trieb. Das Gericht verurteilte ihn als «ein bösen ketzer». Wechsler, Elisabeth: Ehre und Politik. Ein Beitrag zur Erfassung politischer Verhaltensweisen in der Eidgenossenschaft (1440–1500) unter historisch-anthropologischen Aspekten. Zürich 1991, S. 174. Ebenda, S. 174–176, mehrere weitere Beispielfälle. Zu Basel siehe Guggenbühl, Dietegen: Mit Tieren und Teufeln. Sodomiten und Hexen unter Basler Jurisdiktion in Stadt und Land 1399 bis 1799. Liestal 2002 (Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Basel-Landschaft, 79). Zu Österreich siehe Hehenberger, Susanne: Unkeusch wider die Natur. Sodomieprozesse im frühneuzeitlichen Österreich. Wien 2005.

122 Wechsler: Ehre und Politik (1991), S. 173–174.

123 Krings, Stefanie: Sodomie am Bodensee. Vom gesellschaftlichen Umgang mit sexueller Abartigkeit in spätem Mittelalter und früher Neuzeit auf St. Galler Quellengrundlage, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees 113 (1995), S. 1–46. – Puff, Helmut: Sodomy in Reformation Germany and Switzerland 1400–1600. Chicago · London 2003 (The Chicago Series on Sexuality, History, and Society).

Wer den andern schulde morder, diep, felscher, meyneyder, oder das solichen reden glichen mocht, das yemants ere rurte, geschee das vor gerichte, uff eyme markete, uff jaremessen oder da vil lude weren, wirt das geclagt [...].¹²⁴

Bei dieser Kombination von Verbrechen handelt es sich um einen verbreiteten Kanon, unter den die schweren Delikte des Strafrechts subsummiert wurden: Mord, Diebstahl, Raub, Meineid und Fälschung. In leichter Modifikation findet sich dieser Kanon bereits in der *Lex Salica*, der offensichtlich als stehende Redewendung in andere Tatbestandszusammenhänge wie den der Beleidigung eingefügt werden konnte.¹²⁵

Insgesamt führen die ausgewerteten Rechtstexte zwölf Anschuldigungen an, die geeignet sind, eine Person durch üble Nachrede in ihrer Ehre herabzusetzen: Ehebruch/Prostitution, Illegitimität, Denunziation, Fälschung, Meineid, Desertion, Hexerei/Zauberei, Betrug, Diebstahl, Raub, Unzucht (mit Tieren, Familienangehörigen und gleichgeschlechtlichen Sexualpartnern) und Mord. Als Schimpfwörter, die mit diesen Anschuldigungen in Zusammenhang stehen können, finden die anfangs genannten Begrifflichkeiten Erwähnung (siehe S. 59–60).¹²⁶

Ohne Ausnahme hätten die Anschuldigungen für das Opfer, wenn sie nicht als haltlos erwiesen werden konnten, schwerwiegende Konsequenzen vor Gericht und im sozialen Miteinander nach sich gezogen. Da diese Delikte entweder mit Strafen an Leib und Leben gesühnt werden mussten oder zur starken Einschränkung persönlicher Rechte führten, war das Ziel der Rechtstexte, Personen vor falschen Anschuldigungen und damit vor den drohenden Strafen zu schützen. Die zu bewahrenden Rechtsgüter (Ehre, Leumund, «cristenheit») erweisen sich im Rahmen dieser möglichen strafrechtlichen Folgen als besonders anschauliche Gegenstände des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechts. Die ehrenrührige Herabsetzung bedeutete in der Regel für eine Person peinliche Bestrafung oder finanzielle Verluste.

124 Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 2 (1840), S. 5.

125 Siehe den Abschnitt «Ein Kanon schwerer Verbrechen», S. 215–216.

126 Dazu ausführlich Kapitel D «Gegenstände der Beschuldigungen und ihre geschlechtspezifischen Ausdifferenzierungen», S. 150–216.

3. Formen der einfachen Beleidigung und der üblen Nachrede

Die Trennung von übler Nachrede und einfacher Beleidigung wird in den Texten oft nicht deutlich. Stattdessen bieten die Rechte alternative Tatbestandsmerkmale, um Beleidigungsdelikte voneinander zu unterscheiden.

3.1 Beleidigungen mit bewusster Kenntnisnahme

Die Gerichtsordnungen des späteren Mittelalters, wonach dem «Geschwätz» von Frauen kein Glauben geschenkt werden soll, zeigen das eigentliche Problem exemplarisch auf. So heißt es in einer *österreichischen Quelle aus Schatterlee*, südwestlich von Laa gelegen, aus dem Jahr 1489:

Item ob sich gepurt, das sich zwo frawn vergässen mit red, so schullen sich die mannen nicht darumb annemen, aber sie schulln das bringen an ein richter und das anklag[n].¹²⁷

Bei dieser Ordnung geht es um die bewusste Kenntnisnahme der Beleidigung. Schenkt man den Reden der «zwon frawn» Gehör, dann wird die Beleidigung angenommen und man muss sie wegen Ehrverletzung, das heißt wegen Beleidigung, vor Gericht belangen. Nehmen sich die «mannen» der Reden nicht an, dann werden die Frauen nur aufgrund ihrer (schimpflichen) «red» durch das Gericht belangt.

Das *Lübische Recht*, dessen älteste Textschichten ins 12. Jahrhundert zurückreichen, zieht eine Person für eine Beleidigung nur zur Verantwortung, wenn diese dem Opfer persönlich gesagt wurde. Stellt das Opfer den Täter auf der Basis von Hörensagen zur Rede, ist dieser keine Rechenschaft schuldig;¹²⁸

127 Zitiert nach Künssberg, Eberhard Freiherr von: Über die Strafe des Steintragens. Breslau 1907 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, 91), S. 55–56.

128 «Van deme, der den anderen vor denket: gift en deme anderen schult, dat he sines ovele gedacht hebbe oder dat eme ovele ghesproken hebbe, he ne hebbet sulven ghehort, he ne darf eme nicht dar umme antworten de eme de schult gift.» Zitiert nach Rubo, Ernst T.: Zur Lehre von der Verleumdung mit besonderer Bezugnahme auf alle gegenwärtig geltenden deutschen Strafgesetzbücher. Berlin 1861, S. 14. Das *Kolberger Recht* (1297), eine Redaktion des *Lübischen Rechts*, nimmt diesen Artikel in modifizierter Weise auf: «Beschuldigt einer den anderen, daß er seiner übel gedacht habe oder daß er ihm übel nachgeredet habe, und hat er es nicht selbst gehört, dann braucht der Beschuldigte sich ge-

im gleichen Sinn urteilt auch das *Hamburger Stadtrecht* von 1270¹²⁹ und die *Nordhäuser Statuten* aus dem 14. Jahrhundert¹³⁰. In diesen Rechten ist die Kenntnisnahme des Opfers entscheidendes Kriterium für die Straffälligkeit. In Luzern entschloss sich der Rat 1421, trotz fehlender Kenntnisnahme die «hinterred» künftig zu bestrafen:

Als bisher gewonlich gewesen ist, das man umb hinterred nit richtet, das hant nu unser herren geendert und ufgesetzt und wellent es für dishin halten, was schlechter und einvaltiger hinterrede beschicht, die eim an sin ere gat, das ein rat dunket, darumb wellent und söllent bed rät rihten.¹³¹

genüber demjenigen, der ihn beschuldigt hat, nicht zu verantworten.» Zitiert nach Jancke, Peter (Hg.): Das Kolberger Rechtsbuch. Der Kolberger Kodex des Lübschen Rechts von 1297. Faksimiledruck der verschollenen Handschrift mit hochdeutscher Übersetzung und Glossar. Hamburg 2005, S. 199. Eine spätere Fassung des *Lübschen Rechts* von 1586 gibt Ackermann, Ernst: Die Verleumdung des gemeinen deutschen Strafrechts im Vergleich mit der Verleumdung nach dem Strafgesetzbuch für das deutsche Reich. Greifswald 1872, S. 7: «Beklaget einer den anderen, dass er ihme habe übel nachgeredet, hat es der kleger selbst nicht gehört, so ist es eine machtlose klage. Es were denn, das der beklagte der wort geßendig oder genugsam überweist, so ist solches zu straffen etc.»

129 «Spreke en man deme anderen quat achter syneme rugge und vorsakede he des vor synen ogen, he schal darmede ledich wesen unde ne schal nicht sweren. Bekent he over, he schalt it beteren.» Zitiert nach Rubo: Zur Lehre von der Verleumdung (1861), S. 13–14. Die gleiche Vorschrift findet sich in den Hamburger Stadtrechten von 1292 und 1497. Ebenda, S. 14.

130 Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 181–182.

131 Zitiert nach Rubo: Zur Lehre von der Verleumdung (1861), S. 14–15. – Ebenda, S. 15, ein Züricher Ratsbeschluss von 1304: «Der rat und die burger Zürich hant von alter gewonheit eweklich gesetzet, das man umb enkeine hinterrede richten sol gen nieman Zürich, es si danne so verre, das sich ein rat erkennt, das es dem kleger an sin ere oder an sinen lip so verre gan möchte, und mit erbern lüten diu selbe rede bewiset wurde, so sol ein rat dem kleger und der stat richten nach ir bescheidenheit und der sache gelegenheit uf den eit.» – Das *Magdeburgisch-breslauische Recht* von 1261 setzt fest, dass eine Beleidigungsklage vor Gericht nicht fallen gelassen werden darf: «§ 20. Swa ein mann einen eid gelobet vor gerichte, vor unbilliche wort [...], des ne mac man en nicht ledich lazen, iz en si des richters wille.» Zitiert nach Laband, Paul (Hg.): Magdeburger Rechtsquellen. Zum akademischen Gebrauch. Königsberg 1869, S. 30. – Weitere Belege bei Osenbrüggen, Eduard: Die Ehre im Spiegel der Zeit. Berlin 1872, S. 12 und Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 181–188.

Mit diesen Einschränkungen versuchten die Gerichte einerseits die Anzahl der Verfahren einzudämmen, andererseits Gerüchten entgegenzuwirken.¹³² Damit schützte man auch den mutmaßlichen Täter und das Opfer, denn genauso gut war es möglich, dass üble Nachreden durch Dritte in Umlauf gebracht wurden, um dem Täter und/oder dem Opfer Schaden zuzufügen.

Das *Saarbrücker Recht* legte bereits die möglichen Umstände beim Tathergang fest, um jeden Zweifel an der Schuld des Täters auszuräumen. Es ließ nur Klagen auf Beleidigungen zu, die «vor gerichte, uff eyme markete, uff jaremessen oder da vil lude weren», ausgesprochen wurden;¹³³ und im *Friesischen Recht* werden die Richter angewiesen, eine unbesonnene Vermutung, die durch Beleidigungen oder Gerüchte entsteht, weder zu berücksichtigen noch einem Urteil zugrunde zu legen.¹³⁴ Im reformierten *Hamburger Recht* von 1605 wurde sogar zwischen den «Öffentlichkeiten» unterschieden. Wer eine Person vor dem Gericht beschimpfte, musste zwölf Reichstaler Buße zahlen; wer eine andere Person auf dem Markt gescholten hatte, sollte mit fünf Reichstalern büßen. Üble Nachreden vor Gericht und dem städtischen Rat – wie die Anschuldigung, die Person sei ein «Dieb», «Schelm», «Verräter» oder «Hurensohn» – wurden mit einem Bußgeld in Höhe von 20 Reichstalern belegt.¹³⁵ Solcherlei verschärfte Bestimmungen für bestimmte öffentliche Orte wie Kirche, Rats- oder Gerichtsstube, Stadtkeller,

132 Eine besonders drastische Einschränkung sah das *Appenzeller Landbuch* (1409) vor: Es lässt die Verhandlung von Beleidigungen erst zu, wenn eine Person der «anderenn an sin eer redt so schwärlich, das es ainem an sin leben gon möchte». Zitiert nach Helfritz: *Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung* (1905), S. 44.

133 Freiheitsbrief des Grafen von Saarbrücken für die Bürger der Stadt Saarbrücken und das Dorf St. Johann von 1321. Zitiert nach Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 2 (1840), S. 5.

134 In den wohl um 1500 entstandenen *Excerpta legum*, einer Materialsammlung zu einem friesischen Rechtsbuch, deren Entstehung wohl im Zusammenhang mit der Unterwerfung Frieslands durch die Wettiner 1498 zusammenhängt, heißt es: «Dio domme weninge is en weninge; zo comtze von ursmaynge ende van en hlude, mer di riuchter scel der nat fulgia, ner sentencia om dela.» Zitiert nach Buma, Wybren Jan · Gerbenzon, Pieter · Tragter-Schubert, Martina (Hg.): *Codex Aysma. Die altfriesischen Texte*. Assen · Maastricht 1993 (Fryske Akademy, 742), S. 329 und 469.

135 Teil IV, Art. 59–60, *Der Stadt Hamburgk Gerichtsordnung vnd Statuta* (1605), S. 391–392.

Korn- und Brothaus sowie für Tage mit öffentlichen Feiern finden sich vielerorts.¹³⁶

3.2 Schimpfwörter wider die Ehre

Einer der ältesten Texte, der ähnlich dem modernen Rechtsverständnis zwischen einfacher Beleidigung und übler Nachrede differenziert, ist das *Laxer Urbar* (Graubünden) von 1303. Es unterscheidet erstens in Beleidigungen, die «an sin ere» gehen. Damit wird der Tatbestand der üblen Nachrede berührt. Als zweiter Tatbestand wird das Schelten (schilten) aufgeführt. Dies entspricht der einfachen Beleidigung; und drittens soll jene Person belangt werden, die «frevelich abe dem gerihte gat.»¹³⁷ Aus dem letzten Punkt geht nicht hervor, ob das Urbar damit eine falsche Anschuldigung wider besseres Wissen vor Gericht aufgreift oder ob es darum geht, eine Person vorsätzlich falsch anzuklagen. Sicher hingegen ist, dass alle drei Tatbestände unter Strafe gestellt sind: Der erste und dritte Tatbestand, auf beide stehen die gleichen Strafen, wird mit einem höheren Strafmaß belegt als der zweite. Mit dem Begriff «frevelich» wird angezeigt, welches rechtliche Denkmodell der Einteilung der Tatbestände zugrunde liegt. Hier wirkt eine auf das römische Recht zurückgehende Unterscheidung zwischen «delictum» und «crimen» nach. Während «delictum» ein leichteres Vergehen bezeichnet, handelt es sich beim «crimen» um ein schweres, durch den Gerichtsherrn zu verfolgendes Verbrechen. Im Deutschen wurden diese schweren Verbrechen mit den Worten Missetat, Untat oder Frevel zusammengefasst. Spätestens mit der *Carolina* verblasst diese Unterscheidung, beide Begriffe werden dort synonym verwendet.¹³⁸

136 Siehe die Beispiele bei Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 425.

137 «Der dem andern sprichet an sin ere, der sol buossen mit III lib. imperial. Der den ander beschiltet also, das ez im an sin niht gat, der sol buossen mit III sz. imperial. Swer ouch frevelich abe dem gerihte gat, der soll buossen mit III lib. imperial.» Zitiert nach Grimm u. a.: Weisthümer, Bd. 1 (1840), S. 813. Weitere Beispiele bei Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 372–373 Anm. 43.

138 Gschwend, Lukas · Good, Christoph: Art. Straftat, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2010, Sp. 1106–1107.

Faßt identisch mit dem *Laxer Urbar* sind die Ausführungen des Eisenacher Stadtschreibers und Bürgermeisters Johannes Purgoldt (lebte 1480/1508). Er schreibt in seinem zu Anfang des 16. Jahrhunderts beendeten Rechtsbuch:

Myßhandelt eyn man den andern mit worten, das ist eyne myßstadt. Spricht aber eyn man dem andern dye ere undt leß sich das erwynnen, das ist eyn frevell. Bekendt er es aber an gerichtes banck, szo ist es dy hochste buße.¹³⁹

Dem Frevel liegt eine Buße in Höhe von «fünff schillinge pfennige» zugrunde und der «myßstadt eyn schilling undt dem cleger auch 1 schilling». Purgoldt kennt demnach die gleichen Tatbestände, korrigiert aber die Abstufungen der Bußen, indem er der falschen Beschuldigung vor Gericht (Kalumnie) eine höhere Buße zurechnet als derjenigen, die andernorts geschah.¹⁴⁰

Das *Rechtsbuch* des Ruprecht von Freising (lebte 1292/1319) aus dem Jahr 1328 kennt in den Kapiteln 276 und 277 «scheltwart» wie «zöhensun» (Hundesohn), «poeswicht», «chetzer» und «chuoserttine» (Kuhschänder); wer diese zu einem anderen spricht, «muos dem richter zehen schilling geben». Von diesen Scheltworten, die wohl als Schimpfworte aufzufassen sind, unterscheidet Ruprecht die «gelogene urchund», die ihrem Charakter nach einen «an seinen leunten [Leumund] gêt oder an sein êr».¹⁴¹ Ruprecht kennt jedoch die moderne Unterscheidung von übler Nachrede und einfacher Beleidigung nicht, sondern nur jene, die aus allen Beispieltexten spricht: die Differenz zwischen Schimpfworten und Beschuldigungen, die ehrverletzend sind. Rolf Lieberwirths Beobachtung, wonach mittelalterliche und früh-

139 Buch XI, Kap. VII–XV. Zitiert nach Ortloff, Friedrich (Hg.): *Das Rechtsbuch Johannes Purgoldts nebst statutarischen Rechten von Gotha und Eisenach*. Jena 1860 (ND Aalen 1967. *Sammlung deutscher Rechtsquellen*, 2), S. 321.

140 Weitere Belege für diese Differenzierung: das *Stadtrecht von Rüthen* (1310) unterscheidet in Worte die an die Ehre gehen und in Worte, die an Leib und Ehre gehen (siehe Seibert, Johann S.: *Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen*, Bd. 2. Arnsberg 1843, S. 78); das *Medebacher Stadtrecht* (1350) in Worte großer und kleiner Schmach: «verba quantum cumque turpia, magna vel parva» (ebenda, S. 386); das *Statut von Frankenhausen* (1558) in «schlechte Worte, die beschwerlich und doch keine Injurien seindt» (zitiert nach Walch, Carl Friedrich: *Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht*, 8 Bde. Jena 1771–1793, hier: Bd. 1, S. 331); und das *Landbuch von Gaster* (1564) in «unnütze unglimpfliche Worte, die nicht gar ehrwürdig sind» von ehrenwürdigen Schimpfworten (zitiert nach Blumer, Johann Jakob · Heer, Gottfried (Hg.): *Urkundensammlung zur Geschichte des Kantons Glarus*, Bd. 1. Glarus 1865, S. 410).

141 Zitiert nach Claussen, Hans-Kurt: (Bearb.): *Freisinger Rechtsbuch*. Weimar 1941 (*Germanenrechte*, N. F. Schriften des Deutschrechtlichen Instituts), S. 318.

neuezeitliche Rechtsgelehrte unterscheiden in «Schimpfworte», die «kaum oder nur gering geahndet wurden» und in «Scheltworte, die ausdrücklich oder stillschweigend den Vorwurf eines sittlichen Makels wie Feigling, Meineidiger, Hurenkind u. ä. enthalten, sogar Friedlosigkeit zur Folge haben konnten»,¹⁴² trifft also zu.

Das besondere Merkmal der vorausgeschickten Beispieltexte ist ihre Differenzierung in schimpfliche und in ehrverletzende Worte. Dort wird nicht behauptet, dass die schimpflichen Worte Leumund oder Ehre herabsetzen. Allerdings wird nicht erläutert, weshalb diese Worte unter Strafe stehen. Aber welches Rechtsgut soll mit der Bestrafung der Schimpfwörter geschützt werden? Die Rechtstexte geben auf diese Frage keine befriedigende Antwort, sie zeichnen vielmehr ein divergentes Bild von den Bedingungen der Verfahren. Sie werten Beleidigungen, die einfache wie auch die üble Nachrede, als ein von der sozialen Norm abweichendes (delinquentes) Verhalten.¹⁴³

Die herangezogenen Rechtstexte befinden – oft sehr undifferenziert – einfache Beschimpfungen und Worte gegen die Ehre gleichermaßen als Verstöße gegen die bestehende Norm, sie unterstellen, dass es sich bei beiden Sachverhalten um ein von der Norm abweichendes Verhalten handelt. Sie begründen dies jedoch nur beim schwerwiegenderen Vorwurf, in dem sie geltend machen, den Leumund und die Ehre einer Person durch die Verhängung einer Strafe zu schützen. Mit der geringen Bestrafung von Schimpfwörtern, die durchaus den Vorwurf des sittlichen Makels in sich tragen können, oder verfahrensbedingten Einschränkungen existierten mehrere Möglichkeiten, sich den minderschweren einfachen Beleidigungen zu stellen. Der Beschluss des Schatterleer Gerichts, der die schimpfliche Rede von Frauen zwar straft, ohne diese jedoch als ehrverletzende Straftat zu beurteilen, führt dies vor Augen. Öffentliche Beschimpfungen stören die soziale Interaktion einer Gemeinschaft, sie werden grundsätzlich als abweichendes Verhalten bewertet. Doch gehen die Gemeinschaften unterschiedlich mit dieser Auffassung um; das Gericht muss nicht in jedem Fall (durch Abschreckung) erzieherisch auf die Personen einer Gemeinschaft wirken. Es gab genügend alternative persuasive, also «überredende» Botschaften im positiven Sinn,¹⁴⁴ mit denen auf die Gemeinschaft und die einzelnen Personen eingegangen werden konnte. Dazu zählen unter anderem

142 Lieberwirth: Art. Verleumdung (1998), Sp. 762.

143 Lamnek, Siegfried: Theorien abweichenden Verhaltens, Bd. 1: «Klassische» Ansätze. Eine Einführung für Soziologen, Psychologen, Juristen, Journalisten und Sozialarbeiter, 8., überarbeitete Aufl. Paderborn 2007, S. 49.

144 Aronson, Elliot · Wilson, Timothy D. · Akert, Robin M.: Sozialpsychologie. München 62008, S. 207.

Legenden, Historien, Mirakelberichte und natürlich die exegetischen Schriften. Ihre didaktischen Kernaussagen konnten auf vielfältige Weise vermittelt werden: Schreib- und Lesefähigkeit waren dabei keine notwendige Voraussetzung.

So ist zum Beispiel auf Abbildung 3 (S. 75) aus dem *Ovidius moralizatus* des Petrus Berchorius († 1362), einer Interpretation von Ovids (* 43 v. Chr. † 17 n. Chr.) *Metamorphosen*, oberhalb der schönen Coronis aus Larissa ein auf einem Baum sitzender weiß-schwarzer Rabe zu sehen. Ovid und Petrus berichten von diesem Raben:

Dieser Vogel hatte nämlich einst schneeweiße Federn, so silberglänzend, dass er völlig fleckenlos Tauben gleichkam und nicht den Gänsen nachstand, die später mit wachsamer Stimme das Capitol retten sollten, und nicht dem Schwan, der die Flüsse liebt. Die Zunge wurde ihm zum Verhängnis; sie, die geschwätzige Zunge, bewirkte, dass seine Farbe, die weiß war, jetzt ins Gegenteil verkehrt ist.

In Mittelalter und früher Neuzeit symbolisierten der Rabe und auch die schwarz-weiß gefiederte Elster Geschwätzigkeit, die schimpfliche Rede und die üble Nachrede.

3.3 Die «contumelia» nach Thomas von Aquin

Während die profanen Rechte bis zum 15. Jahrhundert geringe Differenzierungen der Tatbestände ausweisen, ganz so wie es Lieberwirth anzeigt, beschäftigten die Scholaštiker sich eingehend mit diesbezüglichen begrifflichen Fragen. Es war Thomas von Aquin (* 1224/1225 † 1274), der erstmals die Beleidigung oder, wie er es nennt, die Schmähung (contumelia) einer tiefgreifenden Befragung unterzieht. Contumelia ist für ihn ein Unrecht, «das außerhalb des Gerichtes in Worten geschieht». Er unterscheidet in 1. die Schmähung an sich, 2. die Ehrabschneidung, 3. die Ohrenbläserei, 4. die Verspottung und 5. die Verwünschung; die letzten beiden Sünden können im Folgenden vernachlässigt werden, weil es sich bei ihnen nicht um Beleidigungen im Sinne der Definitionen dieser Arbeit handelt.¹⁴⁵

Die Contumelia beraube das Opfer seiner Vorzüglichkeit (excellencia), die es prägt und derentwegen es geehrt wird. Erst wenn eine wörtliche

¹⁴⁵ «Et primo, de contumelia; secunda, de detractiōne; tertio, de susurratiōne; quarto, de derisiōne; quinto, de maledictiōne.» Zitiert nach Thomas von Aquin: Recht und Gerechtigkeit, hg. von der Albertus-Magnus-Akademie Walberberg bei Köln, kommentiert von Arthur Fridolin Utz OP. Heidelberg u. a. 1953 (Die deutsche Thomas-Ausgabe. Vollständige, ungekürzte deutsch-lateinische Ausgabe der »Summa theologia« 18), hier S. 289, questio 72.



Abbildung 3

Ein schwarz-weißer Rabe als Sinnbild der Geschwätzigkeit im *Ovidius moralizatus* (*Reductorium morale*, liber XV) des Petrus Berchorius (ca. 1340)

Nach einer oberitalienischen Pergamenthandschrift aus dem 14. Jahrhundert
Forschungsbibliothek Gotha der Universität Erfurt, Memb. I 98, fol. 15r (zur Beschreibung
der Handschrift siehe Hopf, Cornelia [Bearb.]: Die abendländischen Handschriften
der Forschungs- und Landesbibliothek Gotha. Bestandsverzeichnis: 1. Großformatige
Pergamenthandschriften Memb I. Forschungs- und Landesbibliothek Gotha 1994, S. 71)

Schmähung unter die Leute gebracht sei, könne sie ihre Wirkung entfalten.¹⁴⁶ Thomas stellt die Schmähung an sich (1), die er für eine Todsünde hält und die dem Zorn und der Torheit entspringe, dem Diebstahl und Raub gleich, da der Mensch seine Ehre nicht weniger liebe als seinen Besitz.¹⁴⁷ Sein differenzierender Blick auf die Tatbestandsmerkmale setzt sich fort in der Unterscheidung der Rechtsgüter. Wenn eine Person eine andere öffentlich mit Worten beleidigt, müsse sie diese Person verachten und damit gehe von selbst eine Entehrung einher: das Opfer verlöre seine Ehre. Wenn aber die Worte heimlich vorgebracht würden, läge wohl keine Missachtung vor, sondern Furcht. Dadurch würde nicht unmittelbar die Ehre beschnitten als vielmehr der gute Ruf, denn es gelte, die Meinung der Anderen über das Opfer zu verschlechtern.¹⁴⁸

Einem den [guten] Ruf nehmen, ist aber eine sehr schwere Sache; denn unter den zeitlichen Gütern scheint der gute Ruf das Kostbarste, durch dessen Verlust der Mensch um viele gute Werke gebracht wird. Deshalb heißt es Sir 41, 15:

- 146 «Respondeo dicendum quod contumelia importat dehonorationem alicujus. Quod quidem contingit dupliciter. Cum enim honor aliquam excellentiam consequatur, uno modo aliquis alium dehonorat cum privat eum excellentia propter quam habebat honorem. Quod quidem fit per peccata factorum, de quibus supra dictum est. – Alio modo, cum aliquis id quod est contra honorem alicujus deducit in notitiam ejus et aliorum. Et hoc proprie pertinet ad contumeliam.» Zitiert nach ebenda, questio 72, art. 1 (S. 290).
- 147 «Et hoc est peccatum mortale, non minus quam furtum vel rapina: non enim homo minus amat suum honorem quam rem possessam.» – «Et ideo contumelia maxime oritur ex ira. [...] Et propter hoc ex stultitia oritur contumelia, secundum affinitatem quam habet cum ira.» Zitiert nach ebenda, questio 72, art. 2 (S. 294) und art. 4 (S. 300–301).
- 148 «Ex hoc autem quod aliquis manifeste verba contra alium profert, videtur eum parvipendere, unde ex hoc ipso exhonoratur: et ideo contumelia detrimentum affert honori ejus in quem profertur. Sed qui verba contra aliquem profert in occulto, videtur eum vereri magis quam parvipendere: unde non directe infert detrimentum honori, sed famae; inquantum, hujusmodi verba occulte proferens, quantum in ipso est, eo contra quem loquitur. Hoc enim intendere videtur, et ad hoc conatur detrahens, ut ejus verbis credatur.» Zitiert nach ebenda, questio 73, art. 1 (S. 303–304). – Mit diesem Katalog an Merkmalen folgt Thomas den durch die Dekretiisten erarbeiteten drei Grundelementen des Verbrechens (crimen): «es muß sich um eine schwere Sünde handeln (*mortale*), es muß eine äußerlich erkennbare Handlung vorliegen und die Tat muß öffentlich für die Kirche ein Ärgernis bedeuten (*scandalum*).» Zitiert nach Kéry: Verbrechen und Strafen im kanonischen Recht des Mittelalters (2007), S. 23.

«Trage Sorge für deinen guten Namen; denn dieser verbleibt dir länger als tausend große und kostbare Schätze.» Und daher ist die Ehrabschneidung, an sich gesprochen, Todsünde.¹⁴⁹

Wer einem solchen Ehrabschneider (2) ohne Widerstand zuhøre oder gar Gefallen daran finde oder schlimmer noch, eine Person zur Ehrabschneidung verführe, sündige wie der Ehrabschneider selbst «und zuweilen sogar mehr».¹⁵⁰

Die letzte hier interessierende Form der Contumelia, die Ohrenbläserei (3), gleiche nach Thomas den Handlungen des Ehrabschneiders. Allerdings verfolge ein Ohrenbläser ein anderes Ziel: Weil er Freundschaften zu sprengen beabsichtige, heuchle er Falsches vor und säe Unfrieden unter Freunden.¹⁵¹ Die Ohrenbläserei muss demnach nicht zwangsläufig durch Beleidigungsmerkmale gekennzeichnet sein, sondern der Ohrenbläser hatte nur Behauptungen auszustreuen, die es ihm ermöglichten, das angestrebte Ziel zu erreichen.

4. Vorsatz und Fahrlässigkeit

Am 6. August 1484 gab Gregor Titze aus Mickten vor dem Dresdener Gericht zu, dass er Jörg Hofmann einen «Schuhdieb» (schwdiep) geheißen und damit beleidigt habe. Er räumte jedoch ein, betrunken und durch anderer Leute

149 «Auferre autem alicui famam valde grave est: quia inter res temporales videtur fama esse pretiosior, per cuius defectum impeditur homo a multis bene agendis. Propter quod dicitur Eccli. 41: «Curam habe de bono nomine: hoc enim magis permanebit tibi quam mille thesauri magni et pretiosi.» Et ideo detractio, per se loquendo, est peccatum mortale.» Zitiert nach Thomas von Aquin: *Recht und Gerechtigkeit* (1953), questio 73, art. 2 (S. 307).

150 Thomas beruft sich hier auf die Worte Bernhards von Clairvaux: «Ehrabschneiden oder den Ehrabschneider anhören – was von diesen beiden verdammungswürdiger ist, kann ich nicht leicht sagen.» (*Detrahere, aut detrahentem audire, quid horum damnable sit, non facile dixerim*, in: *De consideratione ad Eugenium papam*, liber II, cap. 13). – Das Zitat bei Thomas, questio 73, art. 4: «Dicendum est ergo quod si aliquis detractio audiat absque resistentia, videtur detractor consentire: unde fit particeps peccati ejus. Et si quidem inducat eum ad detrahendum, vel saltem placeat ei detractio, propter odium ejus cui detrahitur, non minus peccat quam detrahens; et quandoque magis.» Zitiert nach ebenda, S. 315–316.

151 «Susurro autem intendit amicitiam separare [...]» Zitiert nach ebenda, questio 74, art. 1 (S. 319).

Gerede angestachelt gewesen zu sein. Er versprach deshalb, dies nicht wieder zu sagen und beteuerte, dass er nur Redliches und Ehrenhaftes von Hofmann gehört und gesehen habe.¹⁵² Diese Notiz aus dem *Dresdener Stadtbuch* verrät nicht, ob Titze, nachdem er seine Tat eingestanden hat, eine Strafe verbüßen musste. Es wird nur deutlich, dass Titze offensichtlich hoffte, einer bestimmten Strafe zu entgehen. Dazu schien es ihm geeignet, auf seinen betrunkenen Zustand bei der Tat und die Anstiftung durch andere zu verweisen, das heißt, dass *Dresdener Recht* könnte die Unterscheidung in vorsätzliches und in fahrlässiges Handeln bei der Festsetzung des Strafmaßes berücksichtigt haben. Das wäre auch sehr wahrscheinlich, da sehr viele Rechtstexte den Vorsatz bzw. die Beleidigungsabsicht für den Tatbestand einer Injurie voraussetzen.¹⁵³ Allerdings gibt es auch hier Nuancen, denn völlig straffrei geht nicht jede Person aus einem Prozess heraus, selbst wenn sie ihre Fahrlässigkeit beeidet und die Ehrenhaftigkeit des Opfers beteuert. Einige Rechtstexte thematisieren diese Voraussetzung gar nicht und bieten stattdessen einen Katalog von abgestuften Bußtaxen, die für bestimmte Schimpfwörter und Tatbestandsmerkmale verbindlich sein sollten.¹⁵⁴

Schuldhaftes Handeln kann vorsätzlich oder fahrlässig geschehen. Die untersuchten Rechtstexte des Quellenkorpus kennen allerdings die diffizile Aufgliederung in die verschiedenen Grade von Vorsatz und Fahrlässigkeit nicht.¹⁵⁵ Wenn gelegentlich eine Unterscheidung in den Rechtstexten getrof-

152 «Greger Thyce von Mickten hat vorm rate gesaget und bekannt, das er durch lichteloße lute angehalten sey, das er Jurgen Hoffeman eynen schwdip geheissen habe, sundern er wolle es nymmermehr gethun. Und was er dorinne geredt und gethan hette, das were geschen uff anreißung der lute und in syner trunckenheit, denne er wisse von Jurgen Hoffeman nichts anders wenne ere, redelichkeit und alles gut, und wil en eren und furdern, wo er kan ader mag. Actum feria sexta post vincula Petri.» Zitiert nach Kübler, Thomas · Oberste, Jörg (Hg.): Das vierte und fünfte Stadtbuch Dresdens 1477–1505, bearbeitet von Jens Klingner · Robert Mund. Leipzig 2008 (Die Stadtbücher Dresdens und Altdresdens, 2), Nr. 202.

153 Einige ältere Arbeiten wie die von Hälschner oder München gehen grundsätzlich vom Vorsatz als Voraussetzung für eine Injurie aus; doch die mittelalterlichen Rechte sind auch in diesem Fall keineswegs homogen. Hälschner: Ehrenklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 346. – München: Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 575.

154 Siehe den Abschnitt «Schadensersatz, Geld- und Sachbußen», S. 278–294.

155 Dolus directus ersten Grades = Absicht, dolus directus zweiten Grades = wissentliches Handeln und dolus eventualis als schwächste Form = die Tatbe-

fen wurde, dann in «Vorsatz» und «Zorn» oder in «Vorsatz» und «Trunkenheit».¹⁵⁶ Erst die jüngeren profanen Rechte des 16. Jahrhunderts setzten die Beleidigungsabsicht (*animus iniuriandi*) für eine Injurienklage voraus.¹⁵⁷ Aufgrund dieser Umstände werden in der Rechtsgeschichte als Behelfsmittel für eine einfache Unterscheidung die Begriffe «absichtlich» (Absicht) und «absichtslos» (ohne Absicht) verwendet.¹⁵⁸

Im *Corpus Iuris Canonici* wird der Vorsatz mit den Begriffen «*dolus*», «*animus*», «*voluntas*», «*propositum*», «*industria*», «*deliberatio*», «*consultum*», «*scientia*», «*malitia*», «*audacia*», «*fraus*», «*nequitia*» bzw. «*praesumptio*» ausgedrückt.¹⁵⁹ Die Semantik zeigt jedoch, dass fast jeder dieser Begriffe je nach Textzusammenhang verschiedene Interpretationen zulässt, so dass «es nicht selten schwer zu erkennen» sei, «ob zur Verwirklichung eines bestimmten Tatbestandes Vorsatz notwendig ist oder nicht.»¹⁶⁰ Für Fahrlässigkeit kannte das kanonische Recht hingegen den eindeutigen Begriff «*casus*», der jede nicht vorsätzliche Straftat bezeichnete.¹⁶¹ Darüber hinaus fanden auch «*neglegentia*», «*neglectus*» und «*incuria*» Anwendung, um Fahrlässigkeit anzuzeigen.¹⁶² Einige Texte interpretierten eine fahrlässige Handlung als unüberlegte Tat und

standsverwirklichung für möglich haltend und deren Folgen billigend in Kauf nehmend, bewusste Fahrlässigkeit = das Erkennen der möglichen Tatbestandsverwirklichung bei pflichtwidrigem Vertrauen auf Nichteintritt des Erfolges, unbewusste Fahrlässigkeit = Nichtvoraussehen der Tatbestandsverwirklichung trotz Anlegen des subjektiven Maßstabes; siehe Kauffmann, Hans (Hg.): Rechtswörterbuch, begründet von Carl Creifelds. München 1994, S. 1035–1036.

156 Zur Trunkenheit siehe Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 165–166.

157 Bartels: Die Dogmatik der Ehrverletzung in der Wissenschaft des gemeinen Rechts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts (1959), S. 75–90.

158 Kaufmann, Hans: Art. Vorsatz, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler, Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 1062.

159 Michiels, Gommarus: *De delictis et poenis*. Paris 1934, S. 102.

160 Mörsdorf, Klaus: Die Rechtssprache des *Codex Iuris Canonici*. Eine kritische Untersuchung. Paderborn 1937 (Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland. Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft, 74), S. 373.

161 Eine ausführliche Darstellung von «Zufall und Fahrlässigkeit» im kanonischen Recht bei Kuttner, Stephan: Kanonistische Schuldlehre von Gratian bis auf die Dekretalen Gregors IX. Systematisch auf Grund der handschriftlichen Quellen dargestellt. Città del Vaticano 1935 (*Studi e testi*, 64), S. 185–247.

162 Mörsdorf: Die Rechtssprache des *Codex Iuris Canonici*, S. 375.

bezeichneten sie mit den Worten «inconsulto» oder «non convicii consilio».¹⁶³

Mit Berufung auf Thomas von Aquin müsse nach dem Dominikaner Bruder Berthold (lebte im 14. Jahrhundert) der Täter für das Opfer Besserung schaffen. Dabei ist für ihn offenbar unerheblich, ob die wissentlich falsche Anschuldigung vor einem Gericht vorgebracht wird oder ob es sich um eine Denunziation außerhalb des Gerichts handelte. Entscheidendes Kriterium für Berthold ist ein für das Opfer fassbarer Schaden und der Verstoß gegen das Gebot der Liebe «ze seinem nächsten».¹⁶⁴

Das *Kolberger Stadtrecht* (1255), eine Redaktion des *Lübischen Rechts* und eines der seltenen spätmittelalterlichen Rechte im deutschen Sprachraum, die Vorsatz und Fahrlässigkeit thematisieren, bestimmt in Artikel 56:

Fällt ein Mann ein ungerechtes Urteil vor dem Gericht, dann soll er dafür mit vier Schillingen büßen. Schwört er demjenigen, über den er das Urteil gefällt hat, einen heiligen Eid darauf, daß er das zu der Zeit nicht besser gewußt habe, dann geht er daraus völlig ohne Schaden hervor, und derjenige, über den das Urteil gefällt worden war, der ist auch jeden Schadens ledig und frei.¹⁶⁵

Die *Hamburger Gerichtsordnung und Statuta* von 1605 fassen die Unterscheidung begrifflich noch schärfer, wenn die Tatbestände mit «bösem vorsatz», «vorsätzlich» und «unbesonnen» konkretisiert werden.¹⁶⁶

163 München: Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 592.

164 «Betrueget der mensch seinen nächsten wissentlich mit worten oder mit wercken vnd print in zeschaden, so ist er jm darumb schuldig ain pessrung gross oder klain darnach vnd der schad ist. Dauon lis an dem puchstab A an dem xiiij. Platt, Von arglist vnd schalckhait.» Dort heißt es: «Vnd wer ez tut, der tut wider die lieb, die er ze seinem nächsten solt han, vnd ist schuldig den schaden zu verchern vnd wenden, in welihen sachen vnd geschäftnütz daz getan wirt. Hec THOMAS.» Zitiert nach Steer, Georg · Klimanek, Wolfgang · Kuhlmann, Daniela · Löser, Freimut · Südekum, Karl-Heiner (Hg.): Die «Rechtssumme» Bruder Bertholds. Eine deutsche abecedarische Bearbeitung der «Summa Confessorum» des Johannes von Freiburg. Synoptische Edition der Fassungen B, A und C, Bde. 1–4. Tübingen 1987 (Texte und Textgeschichte. Würzburger Forschungen, 11–14), hier Bd. 1, S. 248 (A 29) und 448 (B 49).

165 Jancke, Peter (Hg.): Das Kolberger Rechtsbuch. Der Kolberger Kodex des Lübischen Rechts von 1297. Faksimiledruck der verschollenen Handschrift mit hochdeutscher Übersetzung und Glossar. Hamburg 2005 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Kolberg und des Kreises Kolberg-Körlin, 32), S. 171.

166 Teil IV, Art. 7: «Straffe derjenigen/ die schmäheschripte vnd Paßquillos sprengen/ oder falsche Instrumenta machen. Der einen Schmähebrief ohne seinen Namen vnd zunamen außsprengen/ vnd [...] der falsche Briefe auß bösem vorsatz machet/ [soll ...] nach gelegenheit der verwirkung/ mit Gefeknuß/ oder

4.1 Im Zorn gesprochen

Die früheste Unterscheidung in Zorn und Vorsatz ist aus dem *Edictum Rothari* bekannt:

Gesetzt, ein freies Mädchen oder ein Weib, das unter fremder Munt steht, wird von jemand ›Hure‹ oder ›Hexe‹ gescholten. Verklagt, bekennt er reuig, er habe es nur im Zorn gesagt. Da muss er mit seinen zwölf Eidhelfern den Schwur erbringen: im Zorn habe er dieses sündhafte Verbrechen ihr nachgesagt, nicht etwa, weil er sichere Kenntnis von der Sache habe. Dann soll er für dies leere Schmähwort, das er ungehörigerweise ausgesprochen hat, zwanzig Schillinge erlegen und weiter nicht behelligt werden.¹⁶⁷

Und weiter:

Schilt jemand einen andern aus Zorn ›Feigling‹ und kann er's nicht bestreiten, behauptet aber, dass er im Zorn so sprach, dann schwöre er und sage: als Feigling kenne er ihn nicht. Danach erlegt er für das Schmähwort zwölf Schillinge.¹⁶⁸

Verweisung/ oder verfestung belegt werden.» Teil IV, Art. 58: «Straffe der Injuranten/ Calumnianten/ Lästemeuler vnd Ehrenscherder. Wann einer den andern mit bösen schmähe- vnd Scheldtworten/ hinterrückens vnbesonnen beschweret [...]. Da aber hochbeschwerliche schmähe/ die ehr vnd glimpff concerniren, einem würden vorsätzlich angefügt [...] soll der Injurante solche außgegossene Injurien vnd schmähe/ vor dem Rath offenes Hauses/ oder im Niederrichter/ zu revociren vnd zu wiederruffen [...].» Zitiert nach Der Stadt Hamburgk Gerichtsordnung und Statuta. Hamburg: Georg Ludwig Frobenius und Paul Lange 1605 (ND Hamburg 1978, mit einer Einleitung Jürgen Christoph Gödons), S. 355 und 390–391. – *Lex Ribuaria*, 30. Kap.: «7. Si quis alterum falsatorem clamaverit et non potuerit conprobare, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur.» Zitiert nach Eckhardt: Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911, Bd. 1 (1934), S. 48.

167 Kap. 198: «Si quis puellam aut mulierem liberam, qui in alterius mundum est, ›fornicariam‹ aut ›strigam‹ clamaverit et pulsatus penitens manifestaverit, per furem dixisset, tunc praebeat sacramentum cum duodecim sacramentalis suos, quod per furem ipso nefando crimen dixisset, nam non de certam causam cognovisset. Tunc pro ipsum vanum improprietatis sermonem, quod non convenerat loqui, componat solidos viginti et amplius non calumniatur.» Zitiert nach Beyerle: Die Gesetze der Langobarden (1947), S. 76–77.

168 Kap. 381: «Si quis alium ›arga‹ per furem clamaverit et negare non potuerit ex dixerit, quod per furem dixisset, tunc iuratus dicat, quod eum arga non cognovisset; postea componat pro ipso iniurioso verbo solidos duodecim.» Zitiert nach ebenda, S. 154–155.

Der Täter, der zuerst für seine falsche Anschuldigung im Sinne einer üblen Nachrede belangt werden soll, wird, nachdem er seinen Zorn (*furor*) eingestanden hat, für die Verwendung eines leeren Schmähwortes (*pro vanum improperii sermonem*), also eines einfachen Schimpfwortes, verurteilt. Damit beschreibt das *Edictum Rohtari* das Handeln des Täters als bedingten Vorsatz bzw. bewusste Fahrlässigkeit.¹⁶⁹ Welche der beiden Alternativen gemeint sein könnte, ist nicht zu entscheiden, da unklar ist, ob der Täter die Folgen seiner Tat billigend in Kauf genommen hat (*dolus eventualis*). Diese Entscheidung wird in keinem der herangezogenen Texte reflektiert.

Im 14. Jahrhundert treten unter anderem mit den *Goslarer Statuten* (1320/1360)¹⁷⁰ und dem *Freiheitsbrief des Grafen von Saarbrücken für die Stadt*

169 Die Grenzen zwischen bedingtem Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit sind fließend und von Fall zu Fall zu unterscheiden. Ähnlich wie im *Edictum Rothari* verfährt man in den *Capitula Remedii*, verfasst im Umfeld des Bischofs Remedius von Chur um 800: Nach Kapitel 11 kann ein Beklagter, der der Beleidigung oder der Verleumdung überführt werden soll, seiner Strafe entgehen, wenn er schwört: «quod per iram dixisset et verum illum (criminosum verbum) non sciat oder hanc crimen iratus dixi, nam hoc eum probare non possum». Diese Formel entstammt der *Lex Romana Curiensis* (entstanden wohl in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts in Churrätien), in deren Anhang die *Capitula Remedii* überliefert ist. Jedoch konnte der Eid in der *Lex Romana Curiensis* die Strafe nur abmildern, aber nicht zu deren Erlassung führen. Verwandt sind diese Eide nicht nur mit denen aus dem *Gesetz König Rotharis*, sondern auch mit denen aus der *Lex Baiuvariorum*. Siehe dazu Brunner, Heinrich: Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 1, in zweiter Aufl. neu bearbeitet von Claudius Freiherrn von Schwerin. Leipzig · München 1928 (Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtsgeschichte, 2. Abt., 1.2), S. 516–525, besonders S. 523.

170 «We deme anderen mid frevele in torne mid haßtmude sunder vorsate wat dede edder up on spreke edder betege, dat om an syn liff ere unde gude gerochte ginge, des he up on nicht vulbringen konde alse recht were, unde sek vorsate dar ane entleddigen wolde, eff men dat van om esschede, de scholde deme clegere buten mid dritlich schillinge unde deme vogede wedden seßlich schillinge lüttiker pennighe. We aver in hate edder mit vorsate unde mid vorbedachtem mode weme wat dede edder up spreke dichtede edder betege, dat an syn liff ere unde gude gerochte ghinge, des he up on nicht vulbringen konde alse rechte is, unde der vorsate sek dar ane nicht entleddigen mochte, de scholde deme clegere boten mid dritlich schillinge unde deme vogede wedden seßlich schillinge lüttike pennighe: dartho schal dat an deme rade stan, wu de om dat umme de vorsate keren wolden. [...] We den anderen sculdigh, dat he to unrechte unde mit vrevele unde mit vorsate gheweygheret hebbe vor gherichte to komende

*Saarbrücken und das Dorf St. Johann*¹⁷¹ Rechte auf, die ebenfalls nach Vorsatz und Zorn das Strafmaß bei Beleidigungsklagen festsetzen.¹⁷² Das *Rheingauer Landrecht* (nach einer Handschrift vom Ende des 14. Jahrhunderts) toleriert nicht den Zorn, um die Strafe abzumildern, sondern nimmt wie das *Dresdener Recht* die Trunkenheit zum Anlass, um den unmittelbaren Vorsatz zu entkräften.¹⁷³

Andere Rechte, wie die *Leges Alamannorum* (712/725) oder die älteren *Statuten von Nordhausen* (1300) geben Strafnachlass, wenn sich der Streit innerhalb einer öffentlichen Verhandlung, in der «rixa»¹⁷⁴ bzw. in «unhußlinge teidingen»¹⁷⁵, entfachte. Hier wird auf hitzige Wortdebatten Rücksicht genom-

uppe seinen scaden: bekannt hes, he mot dat wederdon oder he mot sich des untsculdighen.» Zitiert nach Göschen, Otto (Hg.): Die Goslarischen Statuten, mit einer systematischen Zusammenstellung der darin enthaltenen Rechtssätze und Vergleichung des Sachsenspiegels und vermehrten Sachsenspiegels. Berlin 1840, liber tertius «Van gherichte unde klaghe», S. 74.

171 «Wer den andern schulde morder, diep, felscher, meyneyder, oder das solichen reden glichen mocht, das yemants ere rurte, geschee das vor gerichte, uff eyne markete, uff jaremessen oder da vil lude weren, wirt das geclagt und zubrochte mit zweyen wardrehtigen luden, wer solche rede dud uff yeman, der sol [...] die worte widder reden, wo er sie gerett hat, und auch in uffener kerchen, das die wort nit ware sien, und wol nit glauben, das das mensche soliche were, also eß die rede hat gerett und sy geschiet in syme zorn.» Zitiert nach Grimm u. a.: Weisthümer, Bd. 2 (1840), S. 5.

172 Weitere Belege aus Hamburg, Nordhausen, Regensburg und dem *Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern* bei Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 426–429.

173 «Wer bey dem trunk jemanden mörder, dieb, verräther etc. schilt und seinen fuß nicht dabei setzen wollte, der ist bußfällig; setzt er hingegen den Fuß dabey, kann aber hernach nicht beweisen, so verliert er seinen leib.» Zitiert nach Grimm u. a.: Weisthümer, Bd. 1 (1840), S. 539.

174 «32. Si femina aliam stria aut erbaria clamaverit sine rixam sine absente hoc dixit, solvat solidos. 33. Si femina barone extra rixa subdulo clamaverit, solvat solidos aut cum medicus electus iuret maritus ipsius.» Zitiert nach Pertz, Georg Heinrich: Legum, Bd. 3 [Lex Alamannorum, Leges Baiuvariorum, Leges Burgundionum, Lex Frisionum]. Hannover 1863 (Monumenta Germaniae Historica, 15), S. 36.

175 «Swelcher unsere burgere mit einander unhußlinge teidingen, da en ist dichein buze gesazt, ez en were wider des rathis gebote.» Zitiert nach Förstemann, Ernst G. (Hg.): Die alten Gesetze der Stadt Nordhausen, in: Mittheilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen 3.1 (1836), S. 66. In den späteren

men, die den Zorn von beiden Streitparteien erwecken können und damit in der Regel ohne Vorsatz zur Verwendung von Scheltworten führten.

4.2 Beleidigungsabsicht

Der größere Teil der Rechtstexte reflektiert hingegen nicht, ob die Differenzierung von Vorsatz, Zorn und Trunkenheit auf das Urteil über eine Person Einfluss nehmen konnte. Ekkehard Kaufmann urteilt über die «Vorsatz-Probleme» im mittelalterlichen und mit Einschränkung auch im frühneuzeitlichen Recht, dass es in «örtlich und zeitlich variierender, auf das einzelne Delikt bezogener Kasuistik» stehen geblieben sei.¹⁷⁶ Dieser Befund spiegelt sich auch in den hier herangezogenen Textbelegen wider. Allerdings zeigen die deutschen Rechtstexte des 16. Jahrhunderts, die bereits von der Rezeption des römischen und italienischen Rechts partizipierten, ein anderes Bild: Dort wird zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit oder Beleidigungsabsicht unterschieden. Ein selbstredendes Beispiel dafür sind die *Kursächsischen Konstitutionen* von 1572. Kurfürst August (* 1526 † 1586) war daran gelegen, mit diesen Konstitutionen das sächsische Recht in der Praxis zu vereinheitlichen. Dort wird bestimmt, dass der Injurie für schuldig befunden werden soll, wer in «freuentlicher/vorsetzlicher und mutwilliger weise» eine andere Person an ihrer Ehre schmähete, lästerte bzw. injurierte.¹⁷⁷

Bereits in der *Oberhofgerichtsordnung* des Kurfürsten Moritz von Sachsen (* 1521 † 1553) aus dem Jahr 1549 ist die Beleidigungsabsicht als Voraussetzung für eine Verurteilung wegen eines Injuriendeliktes festgeschrieben worden. Der Injuriant dürfe durch einen Reinigungseid «beweisen», dass er keine Beleidigungsabsicht bei seinen schmähenden Worten verfolgt habe. Über diesen Eid hinaus sollte ihn keine Strafe beschweren. Allerdings haben einflussreiche Juristen wie der kursächsische Hof- und Appellationsrat Daniel Moller (* ca. 1544 † 1600) diese Ansicht verworfen, der das Verständnis zugrunde lag, dass nur der Injuriant durch einen Reinigungseid darüber

Statuten der Stadt aus den Jahren 1308/1324 und 1350–1456 wird das vorsätzliche (vorebliche) Schmähen härter bestraft. Siehe dazu Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 181–182.

176 Kaufmann: Art. Vorsatz (1998), Sp. 1063.

177 Des Durchlauchtigsten Hochgebore[n] Fürsten vnd Herrn, Herrn Augusten Hertzogen zu Sachsen [...] vnd Churfürsten [...] Verordnungen vnd Constitutionen des Rechtlichen Proces, auch waser massen etzlicher zweiffelhafftiger vnd streitiger fell halben [...] zu recht erkand vnd gesprochen werden sol. Dresden 1572 (VD16 S894), Pars IV, Constitutio 42, Blatt 108v–109v.

Aufschluss geben könnte, ob die Beleidigungsabsicht tatsächlich vorliegt. Ein Injuriant dürfe, so Moller, nur noch dann auf dieses Verfahren zurückgreifen dürfen, «wenn zum Beispiel die persönliche Beziehung des Beleidigers und Beleidigten oder die Beschaffenheit der angeblich injuriösen Äußerung die Absicht zu beleidigen unwahrscheinlich erscheinen lasse».¹⁷⁸

Im *Freiburger Stadtrecht* des Ulrich Zasius (* 1461 † 1535) von 1520 zeichnet sich die von Moller postulierte Ansicht bereits früher ab. Man kennt dort die Unterscheidung in Vorsatz und Zorn, beobachtet jedoch, dass die Beleidiger, wenn sie sich vor Gericht verantworten sollten, aussagten, sie hätten im Zorn gesprochen, um so Buße bzw. Strafe zu senken. Dem wolle man künftig vorbeugen, indem der Beleidiger auch dann, wenn er im Zorn gesprochen habe, dem Opfer Kosten und Schaden sowie dem Schultheiß den üblichen Satz zahlen müsse. Dem Gericht und dem Richter stehen jeweils die gleichen Sätze zu.¹⁷⁹ Letztlich wirft diese Bestimmung der Freiburger den Verdacht auf, die Einnahmen aus einer Injurienklage erhöhen zu wollen, denn es bleibt dabei, dass der Beklagte seinen Vorsatz oder seine Fahrlässigkeit beidein sollte. Das neue *Freiburger Stadtrecht* nimmt dem Täter die Beweisführung nicht aus den Händen, wie es die späteren sächsischen Juristen fordern, sondern man erhöht die Strafe auf ein gleiches Maß wie das der vorsätzlichen Beleidigung. Dadurch bleibt zwar die Unterscheidung der Tatbestandsmerkmale gewahrt, jedoch ist diese faktisch gegenstandslos für die Festlegung des Strafmaßes.

5. Die Berücksichtigung der ständischen Differenz und autoritätsabhängiger Beziehungen

Als die Reichsstädte Biberach, Lindau, Memmingen und Nürnberg sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vom Kaiser verbrieften ließen, verleumderische Personen auch vor den Stadtmauern aufgreifen und selbst richten zu dürfen, hatten sie nicht nur eine räumliche Ausdehnung ihrer Kompetenzen im Auge, sondern mit diesem Privileg gelang es ihnen auch, Adlige und andere Personen, die bisher nicht vor ihrem Gericht erschei-

178 Hälschner: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 346.

179 Mainzer: Die ästhetische Injurienklage in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1908), S. 72.

nen mussten, zu richten. Diese Praxis führte zu zahlreichen Verfahren und Auseinandersetzungen mit den benachbarten Landesherren, die ihrerseits versuchten, ihre Gerichtsrechte zu wahren und auszudehnen.¹⁸⁰

Aufgrund der unübersichtlichen «Gerichtsverfassung» in Mittelalter und Früher Neuzeit gehören diese konkurrierenden Verhältnisse zum Rechtsleben dazu; die Gerichtsbarkeiten konnten sich auf Herrschaften, Grundstücke, Personen, Institutionen etc. erstrecken (Lehnshöfe, Dorfgerichte, Universitätsgerichte, Zunftgerichte usw.).¹⁸¹ Deshalb gab es gleichermaßen Kompetenzbereiche von Gerichten, die einem bestimmten Stand (Standesgerichtsbarkeit)¹⁸² vorbehalten waren, und Gerichte, die ständeübergreifend angerufen werden konnten.

Für das Beleidigungsrecht schlägt sich das in jenen normativen Texten nieder, die wegen ihres ständeübergreifenden Geltungsbereiches auf die gesellschaftliche Hierarchie Rücksicht nehmen. Entweder werden dort bestimmten Ständen privilegierte Verfahren zugewiesen oder das Strafmaß wird dem Stand entsprechend verhängt.¹⁸³ Darüber hinaus legen einige Texte Bestimmungen für Situationen innerhalb familiärer oder dienstrechtlicher Verhältnisse fest, wenn beispielsweise die Tatbestände für eine Injurie zwischen Herr und Diener, zwischen Hausherr und Gast, zwischen Vater und Kind bzw. zwischen den Ehepartnern besprochen werden. Kurzum, es geht in den Rechten nicht nur um die Berücksichtigung ständischer Differenzen bei Tatbeständen der Beleidigung, sondern auch um die Thematisierung autoritätsabhängiger Beziehungen.

180 Zu diesem an Quellen und Literatur umfangreichen Thema siehe zum Beispiel Andermann: «Raubritter» oder «Rechtschaffende vom Adel» (1997) mit zahlreichen Beispielen.

181 Lück, Heiner: Art. Gerichtsverfassung, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes · Heiner Lück · Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, 9. Lieferung. Berlin 2009, S. 192–219.

182 Sellert, Wolfgang: Art. Standesgerichtsbarkeit, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler, Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 1916–1917.

183 Rechtstexte, die sich ohnehin nur an einen Stand richten und deshalb das Strafmaß dieser Personengruppe widerspiegeln, werden im Folgenden nicht berücksichtigt oder miteinander verglichen.

5.1 Unterscheidungen nach der Herkunft

Während die frühmittelalterliche *Lex Salica*, das *Edictum Rothari* und die *Westgotenrechte* hierarchisch differenzieren, wenn sie Strafen für Beleidigungen auf freie Frauen und Männer beziehen¹⁸⁴ oder die verbalen Übergriffe der Sklaven auf Edle und andere Personen extra berücksichtigen¹⁸⁵, kennen andere Rechte Sonderregeln für bestimmte Personengruppen, die sie konkret ansprechen: Geistliche¹⁸⁶ bzw. Ritter (*milites*) und Bauern (*rustici*)¹⁸⁷. Allgemeiner und

184 Ein entsprechender Paragraph befindet sich in der älteren Redaktion des *Pactus legis Salicae* aus dem 6. Jahrhundert. Siehe Eckhardt, Karl A.: *Pactus legis Salicae*, Bd. 2.1. Göttingen 1955 (Germanenrechte: West-germanisches Recht, 2), S. 53. – *Edictum Rothari*, Kap. 198. Beyerle: *Die Gesetze der Langobarden* (1947), S. 76–77.

185 *Leges Visigothorum*, liber VI, titulus IV, cap. 7: «Si servus ingenuo fecerit contumelium. Quamvis idoneus servus persone nobili et inlustri nullatenus indebite contumeliosus aut sediciosus presumat existere. Quod si fecerit, XXXX verberibus subiacebit. Servus autem vilior L flagellorum ictibus addicetur. Certe si eadem persona, ut sibi fieret contumelium, servum prius excitaverit alienum, sue negligentie deputet, quod oblitus honestatis et patientie quod merebatur excepit.» Zitiert nach Zeumer, Karl (Hg.): *Leges Visigothorum*. Hannover 1902 (*Monumenta Germaniae Historica. Leges nationum Germanicarum*, 1), S. 268.

186 Sehr präzise unterscheiden die *Leges Alamannorum* das Maß der Buße für eine Beleidigung (*iniuria*) nach den geistlichen Ämtern und Zugehörigkeiten, nämlich nach dem Bischof, dem Priester einer Pfarre, dem Diakon, einem Mönch und einem predigenden Kleriker: Eckhardt: *Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911*, Bd. 2: *Alemannen und Bayern* (1934), S. 8–11. – In einem Bußkatalog aus dem frühen 9. Jahrhundert, der auf Kaiser Karl den Großen und seinen Sohn Ludwig den Frommen zurückgehen soll, sind Bußleistungen für jene überliefert, die sich gegen Geistliche vergangen haben. Dort werden in den ersten Kapiteln Schmähungen gegen Diakone und Subdiakone behandelt. Mühlbacher, Engelbert (Bearb.): *Regesta Imperii*, hg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1.1: *Die Regesten des Kaiserreichs unter den Karolingern 751–918*. Innsbruck 1889, Nr. 489.

187 *Sächsischer Gottesfrieden* Kaiser Heinrichs IV. von 1084: «Wer gegen einen anderen Beleidigungen sagt – wenn er ein Ritter [ist], soll er mit dem Stock bestraft werden, wenn er ein Bauer [ist], [soll er] mit Ruten verprügelt werden.» (*Qui convicia in alium dixerit, si miles, baculis multetur, si rusticus, scopis verberetur.*) Zitiert nach Weinrich, Lorenz (Hg.): *Quellen zur deutschen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250 – Diplomata et acta publica statum regni et imperii us-que ad annum MCCL illustrantia*. Darmstadt 1977

damit für jeden Stand zutreffend fassen der *Sachsenspiegel* sowie – diesen rezipierend – der *Deutschen-* und der *Schwabenspiegel* ihr Beleidigungsrecht, wenn sie festlegen, dass man «bûze geben» soll «nâch sîner bord [Abstammung]». ¹⁸⁸ In einigen Weistümern wird diese allgemeine Regel wieder konkretisiert, indem nach der rechtlichen Anhängigkeit zum jeweiligen Gerichtsstandort das Strafmaß bemessen wird. ¹⁸⁹

Vor allem in städtischen Rechten, aber nicht nur dort, werden nachweisbar ab dem 12. Jahrhundert «unehrliche» Personen vom Injurienrecht ausgenommen. Das ist insofern konsequent, weil die Rechtstexte die Ehre einer Person als zu schützendes Rechtsgut im Blick hatten. Dieser Anspruch kann bei Personen, die in ihren Rechten bereits eingeschränkt sind, nicht vollständig zur Geltung gebracht werden. Namentlich nimmt beispielsweise das *Landshuter Stadtrecht* (1279) «Huren» (meretrix) von seinem Schutz aus. ¹⁹⁰ Wahrscheinlich werden hier im Besonderen Prostituierte (nicht Konkubinen oder Ehebrecherinnen) angesprochen, die in einigen Städten des Reiches gänzlich entrechtet waren. ¹⁹¹

(Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, 32), S. 150–151.

188 *Sachsenspiegel*, Landrecht, Buch II, Art. 16 § 8. Zitiert nach Eckhardt: *Sachsenspiegel* (1966), S. 42. Für den *Deutschenpiegel* siehe Eckhardt · Hübner: *Deutschenpiegel und Augsburger Sachsenspiegel* (1933), S. 190. Für den *Schwabenspiegel* siehe Eckhardt, Karl A.: *Schwabenspiegel, Kurzform. I. Landrecht, II. Lehnrecht*. Hannover ²1974 (Monumenta Germaniae Historica. Fontes iuris Germanici antiqui, N. S., 4.1–2), Landrecht III 91 § 2, S. 269.

189 Im *Weistum des Hofes Mühlheim* bei Koblenz vom 14. Januar 1596 heißt es: «[...] ist es aber sach, das sich etwan einer uf diesem hoif oder diß hofs gerechtigkeit sich ungebürlich mit uberbracht oder schaltworten ungemeißig ergryff und daruber bedinckt wurdet, ist erfallen vor feunf marck, derselbig zu erlegen in drey theil, erstlich ein theil dem scholteßen dieses hofs, so fer er der person ein ist, die mit zu hof gehen oder schuldig seyn zu gehen; ist eß aber ein ander, so hat ihn der vögt, so hoch zu strafen, wen er daruber bedinckt wirt, alß er will und nach gelegenheit der sachen befinden wirt, edoch unserem gnedigsten herren seine vorbehalten straf.» Zitiert nach Loersch: *Die Weistümer der Rheinprovinz*, Abt. 1, Bd. 1 (1900), S. 241.

190 Art. 15: «Item si civis interdictum civitatis vel mimum vel meretricem publicam ex causa laeserit, quoad iudicium civitatis remanet impunitus. Non sunt enim jure legali tales legume laqueis innodati.» Zitiert nach Gaupp, Ernst Theodor (Hg.): *Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Mit rechtsgeschichtlichen Erläuterungen* hg., 2 Bde. Breslau 1851/1852, hier Bd. 1, S. 154.

191 Über die Semantik des Begriffs «Hure» (Prostitution – Ehebruch – Konkubinat) siehe den Abschnitt «Unzucht und Illegitimität», S. 178–205. Lömker-Schlöggel,

In diesem Zusammenhang gehört wohl auch die Bestimmung des *Nordhäuser Stadtrechts* von 1538, die auf ältere Statuten aus dem Jahr 1300 zurückgeht. Wenn nämlich ein «kempffen son»¹⁹² oder der Sohn eines «lotterers»¹⁹³, ein Dieb, Räuber oder Münzfälscher eine Person «umb fridebruchs» vor Gericht fordert, soll diesem Begehren nicht stattgegeben werden.¹⁹⁴ Da es sich bei Friedbruch um ein übergreifendes Tatbestandsmerkmal von Verbrechen handelt, dürften darunter auch die Injurien gefasst worden sein, zumal es sich bei der Aufzählung wiederum um unehrenhafte Personen handelt.

5.2 Hausherr, Gast und Dienstbefohlene

Verbale und tätliche Beleidigungen gegen Dienstbefohlene und Gäste sollten, soweit sie nicht mit Totschlag endeten, ohne Buße und Strafe bleiben. Allerdings scheint nur das *Stadtrecht von Halle an der Saale* (Anfang des 14. Jahrhunderts) diese Bestimmung gleichermaßen für das Verhältnis von Hausherr und Gesinde sowie für Hausherr und Gast zu kennen. Die *städtischen Rechte von Enns* (1212), *Wien* (1221), *Saalfeld* (13. Jahrhundert), *Passau* (1299) und *Memmingen* (1396) beziehen ihre Artikel nur auf die Beleidigungen des Hausherrn gegenüber seinem Gesinde. Ob Sanktionen durch die städtische Gerichtsbarkeit drohten, wenn die Knechte und Mägde ihren Herrn beleidigten, lassen die Rechtstexte unbesprochen, denn die «Züchtigung» des Gesindes oblag dem Hausherrn auf Grundlage seines Rechtes auf Disziplinierungsmaßnahmen.¹⁹⁵

Das *Frauenfelder Stadtrecht* von 1331 konzentriert seine Bestimmungen auf das Verhältnis von Bürger und Gast. Falls der Gast den Bürger durch verbale oder körperliche Injurien beleidigt, muss er die Buße für den Beleidigten übernehmen, falls dieser sich handhaft zur Wehr setzen sollte; und wenn sich

Annette: Prostituierte. «umb vermeydung willen merers üfels in der cristenhait», in: Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft, hg. von Bernd-Ulrich Hergemöller, neu bearb. Aufl. Warendorf 2001, S. 77–84. Weitere Beispiele für solcherart Ausgrenzungen im Injurienrecht bietet Köstlin: *Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte* (1855), S. 187–188.

192 Eine Person, die (zur Erlangung eines materiellen Gewinns) stellvertretend einen Zweikampf bestreitet.

193 Ein Gaukler, fahrender Spielmann oder Possenreißer.

194 Förstemann: *Die alten Gesetze der Stadt Nordhausen* (1836), Art. 28, S. 49.

195 Köstlin: *Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte* (1855), S. 223. – Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 184–185.

daraus ein Streit ergibt, in dessen Folge beide Parteien zu Tätern werden, dann muss der Gast ebenfalls die Buße für sich und seinen Gastgeber tragen:

Wer öch, das ain gast mit ainem burger als schalklich oder als vnzühtlich in der stat wrbe mit worten oder mit werchen vnuerdinet, mag er das für bringen mit zwain erberen mannen, die das gesehen vnd gehoert hant, vnd zühtgot er in dar vmb mit trochenen straichen, das er nit wundot, so git der gast die büsse, die der burger da von geben solte, ob er ims vnuerdinet getan hette, vnd ist die büsse das er geben sol dem vorgehenden herren drü phunt vnt an die stat ain phunt. Wer owch, das der gast vber die schalklichen rede, so der des ersten, dem burger, zü geredet hat, hin wider an in vechte und in steche oder sluege, oder das sü bede ain ander stechen oder sluegin, oder swie sü an enandren freultin ane totslag, die büsse sol der gast für sü bede geben, als vor geschriben stat von semlich freuelli.¹⁹⁶

5.3 Hausherr, Gattin und Kinder

Der Hausherr geht in den meisten Rechtstexten buß- und straffrei aus, wenn er seine Gemahlin oder Kinder verbal oder körperlich «züchtigt». Die *Wormser Reformation* von 1499 kommentiert diese Entscheidung mit dem Satz:

Was ein man mit seiner Hausfrawn zu handeln hat, da gehört kain wertlich recht, nur geistlich puess.¹⁹⁷

Im *Memminger Stadtrecht* (1396) wird zwar eingeräumt, dass der seine Frau beleidigende Mann «frävelt», doch es sieht dafür keine Sanktionen vor, sondern mahnt, den begangenen Frevel zu bessern.¹⁹⁸ Für die Züchtigungen der Kinder sind ähnliche Bestimmungen vorgesehen. Falls ihre ohnehin eingeschränkten Rechte im Injurienrecht überhaupt Berücksichtigung fanden, dann nur in geringem Umfang. Der *Sachsenspiegel*, *Richtsteig Lehnrechts* (zweite Hälfte des

196 Schauberg, Joseph: Aelteste Stadtordnung von Frauenfeld vom Jahre 1331, in: Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen 2 (1847), S. 116–121, hier S. 118. Zu weiteren Beispielen siehe Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 226 Anm. 298. Das *Arnstädter Stadtrecht* von 1543 berücksichtigt die Beleidigung eines Bürgers durch einen Auswärtigen ebenfalls in einem gesonderten Artikel (9): «Schilt aber ein auswirdiger einen burger mit boesen vnnutzen worten [...]» Zitiert nach Michelsen, Andreas L. J.: Rechtsdenkmale aus Thüringen. Jena 1863, S. 44.

197 Zitiert nach Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 224 Anm. 292. Ebenda weitere Quellenbelege.

198 Ebenda, S. 224.

14. Jahrhunderts), die *Goslarer Statuten* und das *Meißner Rechtsbuch* (1358/1387) gestatten die körperliche und verbale «Beleidigung» eines fremden Kindes,¹⁹⁹ während das Landrecht im *Görlitzer Rechtsbuch* (ca. 1301/1320) noch ergänzt, dass ein Mann nicht mit gerichtlichen Sanktionen rechnen muss, wenn er ein Kind «züchtigt», das nicht von seinem Blut ist, es jedoch wider ihn «misse tût». Er muss es aber auf der Stelle strafen und nicht erst später, dann nämlich muss er Bußgeld zahlen.²⁰⁰ In Basel wird die Beleidigung der Eltern durch Kinder gleichgestellt mit jener aller «hohen Obrigkeiten, dero Rätthe Beampte und Befelchshabere, item Pfarrherren und Kirchendiener, Schulmeister und Eltesten, auch Vormünder Herren und Frawen».²⁰¹ Das kanonische Recht unterstützt dieses Rechtsverständnis, wenn es Kindern mit Buße droht, die ihre Eltern oder andere erwachsene Personen schelten.²⁰²

5.4 Der Stadt schaden

Falls Delinquenten mit ihren falschen oder gemeinen Beschuldigungen einer Stadt Schaden zufügen, dann droht nach dem *Recht der Stadt Halle* an der Saale eine sehr hohe Strafe:

«De oblocucione detractoria». Sie wilkorn ouch. Wenn afftersprache vnd hinderrede habin gemacht grosen schaden vnd czweitracht der Stat. Wo man boben

199 *Sachsenspiegel*, Landrecht, Buch 2, 65 § 2: «Sleit aver en man en kint dot, he scal sin vulle wergelt geven. Scilt aver en man en kint oder roft he it oder sleit he it mit besmen dorch sine missedat, he blift is ane wandel, darn he it gewesen oppen hilgen, dat he it dorch anderes nicht geslagen hebbe, wan dorch sine missedat.» Zitiert nach Eckhardt, Karl A. (Hg.): *Sachsenspiegel – Landrecht*. Göttingen · Berlin · Frankfurt ²1955 (Monumenta Germaniae Historica. Fontes iuris Germanici antiqui, N. S., 1.1), S. 184. Besprechung und weitere Hinweise bei Köstlin: *Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte* (1855), S. 224–225.

200 Kap. 47 § 16: «Swer ein kint, daz wider in misse tût, da ze stet gevüchliche mit eime besme zuchtigit, der ne darf dem richtere nicht gebüzin noh den magin; ob er iz dar nach obir ettisliche zit zuchtigin will, daz müz er vor büzin.» Zitiert nach Eckhardt: *Sachsenspiegel – Landrecht* (²1955).

201 Zitiert nach Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 167.

202 «Also wer seinez eltern spott oder einen schimpf von im macht, den er solt ern, oder seinez obrißten oder einz guten menschen, daz ist ein tot sünd.» Zitiert nach Steer: *Die «Rechtssumme» Bruder Bertholds*, Bd. 4 (1987), S. 2020–2022 (S 47). Weitere Beispiele bei His: *Das Strafrecht des deutschen Mittelalters*, Bd. 2 (1935), S. 120. – München: *Das kanonischen Gerichtsverfahren und Strafrecht*, Bd. 2 (1866), S. 605 und 610.

eynen qweme, der eyn lögener vnd eyn menger were, czu czweitracht der burgere vnd der Stat, bekente er des, wen er geschuldiget würde, er solde funff marg gebin, vnd eyn Jar auß der Stat seyn addir ynne sitzen.²⁰³

Dieser Artikel lässt Fragen offen: Zum einen bestehen Verständnisschwierigkeiten, denn das Wort «menger» (auch: «mangære») bezeichnet eigentlich einen Händler. Hier dürfte es sich jedoch um eine Ableitung von der Verbform «mangelen» handeln, die im Sinne von «ringen» oder «handgemein» zu übertragen ist.²⁰⁴ Trifft diese Überlegung zu, dann meint das Statut mit «menger» eine Person, die an der Stadt und ihren Bürgern handhaften Schaden anrichtet oder Personen dazu veranlasst, dies zu tun. Zum anderen macht das Statut nicht deutlich, ob sich «afftersprache vnd hinderrede» direkt gegen die Stadt und ihre Bürger richten muss, ob darunter auch die Anstiftung zum Aufruhr als Tatbestand gefasst wird oder ob Injurien gegen Andere, die infolgedessen die Stadt in Mitleidenschaft ziehen, inbegriffen sind. Ungeachtet dieser Präzisierungsschwierigkeiten besitzt dieser Artikel Anklänge an eine Majestätsbeleidigung, weil hier ein Delikt definiert wird, dessen wichtigstes Tatbestandsmerkmal die Gefährdung der öffentlichen Ordnung (des Friedens) innerhalb des städtischen Rechtsbereichs ist.²⁰⁵

5.5 Beleidigungen von Amtsträgern

Unter dem Begriff «mittelbare Injurie» fasst Christian Köstlin einen Tatbestand zusammen,²⁰⁶ der in etwa mit der heute sogenannten Beamtenbeleidigung vergleichbar ist. Wenn nämlich ein Amtsträger oder ein Soldat der Bundeswehr während der Ausübung seines Dienstes beleidigt oder aber die «Beleidigung in Beziehung auf seinen Dienst begangen» wird, so kann nicht nur die betroffene Person einen Strafantrag stellen, sondern auch deren Dienstvorgesetzte als

203 Zitiert nach Förstmann, Ernst G.: Die alten Statuten der Stadt Halle, in: Mitteilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen 1.2 (1834), S. 70.

204 Lexer, Matthias: Mittelhochdeutsches Handwörterbuch, 3 Bde. Leipzig 1872–1878, hier Bd. 1, Sp. 2019–2030.

205 In Lüneburg wurden die Bürger angehalten, Beleidigungen, die sie außerhalb der Stadt über ihre Mitbürger zu Ohren bekämen, dem Rat anzuzeigen: «were, dat ein man buten landes hörede rede de men spreke up einen bürger, de eme wanhaftig were und de an sine ere ginge, queme he to hus und dede dat witlik mit guden lüden dem rade, dat mach he doen sunder vare.» Zitiert nach Dreyer, Carl Heinrich: Zur Erläuterung der teutschen Rechte, Rechtsalterthümer und Geschichten angewandte Nebenstunden. Wismar 1768, S. 379.

206 Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 219.

Vertreter einer Behörde oder sonstigen Stelle, «die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt».²⁰⁷ Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit konnten Beleidigungen gegen einen Amtsträger oder den Diener eines Herrn gleichermaßen als eine Beleidigung des Herrn oder der Institution, in deren Diensten die entsprechende Person stand, aufgefasst werden.²⁰⁸ Auch die beiden wichtigsten profanen Rechte im spätmittelalterlichen Deutschland, der *Sachsen-* und der *Schwabenspiegel*, und von ihnen abhängige Rechte sahen vor, dass sich eine wegen Beleidigung angeklagte Person von dem Vorwurf befreien könne, mit der Beleidigung eines Dieners (knecht) auch dessen Herrn oder Herrin treffen zu wollen. Spricht er, «daz her iz deme heren zû lasten noch zû varen ne getete», dann war er vom Bußgeld für diesen Tatbestand befreit und musste sich nur noch für die Beleidigung des Dieners verantworten.²⁰⁹

207 Deutsches *Strafgesetzbuch* § 194 Strafantrag Abs. 3: «Ist die Beleidigung gegen einen Amtsträger, einen für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einen Soldaten der Bundeswehr während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf seinen Dienst begangen, so wird sie auch auf Antrag des Dienstvorgesetzten verfolgt. Richtet sich die Tat gegen eine Behörde oder eine sonstige Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, so wird sie auf Antrag des Behördenleiters oder des Leiters der aufsichtführenden Behörde verfolgt. Dasselbe gilt für Träger von Ämtern und für Behörden der Kirchen und anderen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts.»

208 Zu weiterführenden Beispielen siehe Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 167–173 und Müller: Besiegelte Freundschaft (2010), S. 171–174.

209 Diesen Passus kennen neben dem *Schwabenspiegel* und dem *Sachsenspiegel* noch die *Goslarer Statuten* und das *Meißner Rechtsbuch*. Allerdings geht aus diesen Texten nicht immer deutlich hervor, ob Verbal- und Realinjurien gegen den Diener gemeint sind. Im Vordergrund steht bei allen Rechten die körperliche Gewalt gegen das Opfer: *Schwabenspiegel*, L 179: «SWer eynes knecht beschilt oder roufet oder Wündet oder vehet oder roubet vmme nicht anders Wan vmme des heren schülde, der sol in beiden büzen, her ne bereden denne mit sinem eide, daz her iz deme heren zû lasten noch zû varen ne getete; So ist her der eynen büze ledich iegen den heren.» Zitiert nach Große, Rudolf (Hg.): *Schwabenspiegel – Kurzform. Mitteldeutsch-niederdeutsche Handschriften*. Weimar 1964 (Monumenta Germaniae Historica. Fontes iuris Germanici antiqui, N. S., 5), S. 158, linke Sp. – *Sachsenspiegel*, Landrecht, Buch 2, 34 §1: «Swe so enes mannes knecht sleit oder vet oder rovet nicht wan dorch des herren scult, na rechte scal he ene beiden bute geven, he ne dorrre dat oppe'n hilgen beweren, dat he it dem herren to lastere noch to scaden hebbe gedan; so is he der enen bute ledich.» Zitiert nach Eckhardt: *Sachsenspiegel – Landrecht* (²1955), S. 159. – *Meißner Rechtsbuch*, Kap. 36, Distinktion 1: «Wer ein mannes knecht slecht, oder recht, oder roubet, nicht denn

Im kanonischen Recht wurde sogar bestimmt, dass eine Strafe nicht aus persönlichem Hass oder aus Rache verhängt werden soll, denn das kanonische Strafrecht gebe keine Antwort auf ein persönlich erlittenes Unrecht, sondern auf ein Unrecht gegen die Kirche, die die betroffene Person repräsentiere.²¹⁰ Wenn ein Priester während seiner Amtshandlung und beim Tragen seines liturgischen Gewandes geschmäht wird, kann er persönlich Klage erheben, sein Vorsteher hingegen ist verpflichtet, diese Injurie vor einen Richter zu bringen – die Heiligkeit von kultischer Handlung, Ort und gegebenenfalls Mysterium gilt es hier zu schützen und ihre böswillige Gefährdung zu sühnen. Das Gleiche trifft zu, wenn in einer Kirche oder bei Prozessionen Beleidigungen gegen Kirchendiener oder kultische Gegenstände oder den Gottesdienst ausgestoßen werden.²¹¹

durch sinez herren schult, noch rechte schol er beiden buze geben; er turre denn uff den heiligen gewern, daz er ez dem herren czu laster noch czu schanden nicht hab getan, so ist er der eynen buze ledic.» Zitiert nach Orloff: Das Rechtsbuch nach Distinctionen (1836), S. 248. – *Goslarer Statuten*: «We enes ghesinde sleyt oder anverdigheit, deme oder sine nerven mot men beteren: sineme herren oder vrowen mot men antworten, dat it ime to scaden noch to lastere nicht gheschen ne si. Hevet he aver des scaden, dene mot men ine irleghen oder untsekghen mit rechte.» Zitiert nach Göschen: Die Goslarischen Statuten (1840), S. 46.

210 *Decretum Gratiani*, pars 2, causa 23, questio 4, cap. 27 (Pro iniuria propria episcopo aliquem excommunicare non licet): «Inter querelas multiplices Ysidorus uir clarissimus a fraternitate tua frustra se excommunicatum anathematizatumque conquestus est. Quod quam ob rem factum fuerit, dum a clerico tuo, qui presens erat, uoluissimus addiscere, pro nulla alia causa, nisi pro eo, quod te iniuriauerat, factum innotuit. Que res nos uehementer afflixit, quia, si ita est, nichil te cogitare de celibatibus ostendis, sed terrenam te habere conuersationem significas, dum pro uindicta propriae iniuriæ (quod sacris regulis prohibetur) maledictionem anathematis inuexisti. Unde de cetero omnino esto circumspectus atque sollicitus, et talia cuiquam pro defensione tuæ iniuriæ inferre denuo non presumas. Nam si tale aliquid feceris, in te scias postea esse uindicandum. Gratian: Hinc idem in omeliis, ostendens, quod peccata, que in Deum uel in proximum committuntur, a nobis puniendi sunt, ea uero, quibus in nos delinquitur, patienter tollenda, uel potius dissimulanda sunt ait.» Zitiert nach *Decretum magistri Gratiani*, ed. Lipsiensis secunda post Aemilii Ludovici Richter curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanæ fidem recognovit et adnotatione critica instruxit Aemilius Friedberg. Leipzig 1879 (Corpus iuris canonici, ND New Jersey 2000), Sp. 912.

211 München: Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 611–612.

In dieser Stellvertreterfunktion stehen die Ratsmänner und jene Personen, die dieses Amt in der Vergangenheit innehatten, auch unter dem rechtlichen Schutz vor verbalen Injurien.²¹² Da ihre Ämter das Risiko, beleidigt zu werden erhöhen, aber von den Amtspersonen eine vorbildliche moralische Integrität erwartet wird, heben zahlreiche spätmittelalterliche Stadtrechte die Ratsmänner in den Injurienartikeln hervor. Danach ist es unmöglich, sich einer öffentlichen Anhörung bei einem Beleidigungsdelikt zu entziehen und bei Feststellung der Schuld sich der Sanktionen zu entledigen. Beispielsweise hat nach dem *Rüthener Stadtrecht* von 1310 der Delinquent, der den Bürgermeister oder die Ratsleute durch «snode wart» schmäht, dem Bürgermeister zwei Eimer Wein, jedem Ratmann sowie den «höchsten Boten» der Stadt je einen zu bringen.²¹³ Solche Artikel setzten voraus, dass die ernannten Ratsleute einen untadeligen Lebenswandel vorzuweisen hatten. In einigen Stadtrechten wird deshalb der Magistrat angehalten, keine Amtspersonen bzw. neue Bürger aufzunehmen, von denen bekannt ist, dass sie «verunleumbt» sind.²¹⁴

212 Sehr frühe Beispiele sind von König Roger II. und Kaiser Friedrich II. für Sizilien bekannt. Beide hatten ihre Amtsleute unter besonderen Schutz gestellt und Vergehen gegen diese mit einem doppelten Strafmaß als sonst üblich belegt. Hübner, Heinz: Zur Iniuria in der Gesetzgebung Friedrichs II. von Hohenstaufen, in: Satura Roberto Feenstra sexagesimum quintum annum aetatis complenti ab alumni collegis amicis oblata, hg. von Hans A. Ankum u. a. Fribourg 1985, S. 317–330, hier S. 320–321. Gleichfalls versuchte Friedrich, den Schutz des Einzelnen gegenüber Einflussreicheren zu stärken, indem er ihnen mit der «defensa» die Möglichkeit einräumte, den Namen des Kaisers auszurufen, um damit dem Gegner Einhalt zu gebieten, da jede weitere Handlung gegen den Bedrängten dann zu einem Majestätsverbrechen werde. Ebenda, S. 323–324.

213 Art. 34: «Hyr steht eyen ander recht, Were dat also, dat eyen dem borghermeister efthe dem rade sceldewort gheue, al so dat he snode wart en gehue, de en an ere ede nicht en ghingen, de hedde ghebroken dem borghermeister tve eymer wynes vnd eyne yuliken vyt dem rade eynen, vnde der stat de hoghesten bothe also, vere als de wart van der stades weghene synt.» Zitiert nach Seibert, Johann Suibert (Hg.): Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogstums Westfalen, Bd. 3: Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen, Bd. 2: Urkunden von 1300 bis 1400. Arnsberg 1843, S. 78. Zahlreiche weitere Belegstellen bringen Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 234–236 und 420–421 sowie His: Das Strafrecht im deutschen Mittelalter, Bd. 2 (1935), S. 122.

214 Zum Beispiel in der von Erzherzog Ferdinand I. am 12. März 1526 erlassenen *Stadtordnung für Wien* (Art. 52): «Verwerffung der personen. Unnser burger-

Solche Formen der repräsentativen Beleidigungen einer Person standen inhaltlich der Majestätsbeleidigung sehr nahe, nach der ein verbaler oder handhafter Angriff auf einen Vertreter des Königs oder eines Fürsten als eine Beleidigung gegen den Herrn verfolgt werden.

6. Post mortem

Im Winter 1480/1481 forderte der apostolischer Protonotar Nicolao Garriliati († nach 1481) die Stadt Bern auf, den verstorbenen Adrian I. von Bubenberg († 1479) zu exhumieren, um ihn in ungeweihter Erde erneut zu bestatten; man solle ihm ein «eselsbegräbnüss»²¹⁵ bereiten, denn eine Verwandte Garriliatis (Jeanne de la Sarraz, † nach 1480) war in zweiter Ehe mit Adrian vermählt und von diesem beleidigt worden, ohne dass diese Tat jemals zur Verhandlung gekommen wäre.²¹⁶ Diese Forderung beruht auf dem Gedanken, dass die ungesühnte Schuld Adrian ein christliches Begräbnis verwehren müsste. Die Schuld aber, und darin liegt das eigentliche Problem des Falls, war bis zum Tod noch nicht gerichtlich festgestellt worden. Auf ein posthumes Urteil wollten die Berner sich allerdings nicht einlassen; sie hätten eine Klage gegen Garriliati anstrengen können, weil er, indem er Adrian eine nicht bewiesene Tat vorwarf, sich strafbar gemacht hatte. Doch welcher Tatbestand läge einer solchen Anklage zugrunde: die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener wie im modernen Strafrecht?

maister und rate sollen auch mit vleiß ir aufsehen haben, damit sy zu burgern oder zu den amthern kainen aufnehmen, so mit schmachlicher urfechd sich entledigt, manaydig, widerspruchig, verunleumbt und zu eeren unteweglich überzeugt war [...]» Zitiert nach Csendes, Peter (Hg.): Die Rechtsquellen der Stadt Wien. Wien u. a. 1986 (Fontes rerum Austriacarum, Abt. 3: Fontes iuris, 9), S. 297.

215 Der Begriff «Esels-» oder auch «Hunds begräbnis» für die Bestattung Ausgestoßener abseits bzw. am Rand von Friedhöfen geht auf Jer 22, 19 zurück; dort heißt es vom jüdischen Königssohn Jojakim: «Ein Eselsbegräbnis wird er bekommen. Man schleift ihn weg und wirft ihn hin, draußen vor den Toren Jerusalems.» Siehe dazu Sörries, Reiner: Der mittelalterliche Friedhof. Das Monopol der Kirche im Bestattungswesen und der so genannte Kirchhof, in: ders. (Hg.): Raum für Tote. Die Geschichte der Friedhöfe von den Gräberstraßen der Römerzeit bis zur anonymen Bestattung. Braunschweig 2003, S. 51.

216 Wechsler: Ehre und Politik (1991), S. 78–79.

Fälle wie den des Adrian von Bubenberg gab es so oder so ähnlich zahlreich in Mittelalter und Neuzeit, und die Schmähung eines Verstorbenen wurde auch gerächt. Jedoch: lagen diesen Racheakten kodifizierte Rechte zugrunde? Johannes Purgoldt, von 1490 bis 1534 Stadtschreiber und Bürgermeister in Eisenach, der das von Johannes Rothe (* ca. 1355/1360 † 1434) verfasste *Eisenacher Rechtsbuch* (erstes Viertel des 15. Jahrhunderts) durch Hinzuziehung römisch-kanonischer Rechtstexte ergänzte und überarbeitete, kennt ein Beleidigungsverfahren gegen Tote nicht, er stärkt allerdings auf eine ungewöhnliche Weise den Achtungsanspruch eines Mannes mit einer über Jahre hinweg sehr guten Reputation, wenn er Folgendes festsetzt:

Eyn fromer man, der guthe swere sythen hadt, undt des leumundt in eyner stadt unvorleczt ist, ab den zcwenf ader drey ader mher lewthe vorleumenden wollten, und bose dinge von ihm sagen, das nicht offenbare ist, den sal darumb nymand bose undt vorleumdit halden, man sal im auch das gezceugkeniß eyns guten leumdes, ab im des nodt thut, mit der stad offen brieffe nicht vorsagen.²¹⁷

Nach Purgold ist dem Mann ein schriftliches Leumundszeugnis auszustellen, wenn er Beleidigungen ausgesetzt ist, die nicht bewiesen sind, aber von mehreren Personen behauptet werden. Ohne dass es in Purgolds *Rechtsbuch* genau beschrieben wird, dürfte das Leumundszeugnis auf Wunsch des Opfers ausgestellt werden müssen, nachdem die Beschuldigungen als nicht beweisbar zurückgewiesen worden sind. Dahinter verbirgt sich die Absicht, die Ehrenrettung des Mannes nicht auf einen zeitlich befristeten Akt zu beschränken. Das Leumundszeugnis fungiert hier als begleitendes Diplom zu dem sonst üblichen Widerruf, der in aller Öffentlichkeit an einem festgesetzten Ort (Kirche, Rathaus, Markt) zu leisten war. Mit diesem Zeugnis liegt dann ein entfristetes, rechtlich gesichertes Attest vor, das in etwa dem gegenwärtigen Führungszeugnis entsprochen haben mag. Dieses Zeugnis bedeutet auch, dass dem Mann aufgrund seiner Reputation ein guter Leumund rechtlich zugbilligt werden muss, bis er diesen Achtungsanspruch durch eine Straftat oder ein von der Norm abweichendes Verhalten verwirkt.²¹⁸

217 Buch X, Kap. XXXV. Zitiert nach Ortloff: Das Rechtsbuch Johannes Purgoldts nebst statutarischen Rechten von Gotha und Eisenach (1967), S. 312.

218 Bereits das hamburgische *Ordeelbook* von 1270 kennt einen ähnlich lautenden Passus. Danach durfte einem Mann vor dem Gericht nicht die Ehre abgesprochen werden, egal in welcher Sache auch immer, es sei denn, der städtische Rat wusste von einem unehrenhaften Handeln. Das gelte besonders für Anschuldigungen wegen Diebstahls oder Raubes. Nur wenn der Beschuldigte mit offener Schuld aufgegriffen worden ist, könne man ihm seine Ehre absprechen: «Dar en mach neen man deme anderen sine ere af tughen, de en unberopen man

Dass diese Entfristung tatsächlich über den Tod hinaus Gültigkeit besitzen konnte, belegt ein zweites, älteres thüringisches Rechtsbuch, das wahrscheinlich 1381 in Orlamünde verfasst wurde.²¹⁹ Dort wird unter anderem erörtert, wann eine Beschuldigung vor ein Gericht gelangen soll:

Wo wort geschen vndir ein andir, ane werg, vnde ouch nicht vor gerichte in gehegeter bang, daz ist alles mit worten wedir czu tunde // ab is scheltwort sint ane wissentliche drowewort, da volgit gerichte nach. Wo abir ein toter vor gerichte stet, vnde wirt mit gerufte vor bracht, wer dar vmb beclait wirt, der [mag] wo selb sebende guter geczugen vnde mit guter wissenschaft sich dar vs czyn.²²⁰

Das *Orlamünder Rechtsbuch* setzt fest, dass jede Beschuldigung eines Toten vor Gericht verhandelt werden muss. Jene Person, die diese Anschuldigung vorgebracht hat, muss seinen Vorwurf mit sieben «guten» Zeugen, also Zeugen mit gutem Leumund, dem Gericht plausibel vortragen können.²²¹

seines rechtes is vmme nenerhande sake id en si deme rade witlick, anders is he siner ere negher to beholdene vppe den hilgen de se eme ienich man aff thowin-nende si, van den dar hyr bynnen desseme wicbelde ghescheen is. Men en mach duue este roef vppe nenen man tughen, de mit der apenbaren schult nicht begre-pen en is. Unde is he een unberopen man, vnde gift men eme schult dar vmme he mach entgan mit sineme rechte.» Zitiert nach Eichler, Frank (Hg.): Das Ham-burger Ordeelbook von 1270 samt Schiffrecht, nach der Handschrift von Frederi-cus Varendorp von 1493 (Kopenhagener Codex). Textausgabe und Übersetzung ins Hochdeutsche mit rechtsgeschichtlichem Kommentar. Hamburg 2005, S. 184. Dieser Artikel ging in die nachfolgenden Statuten von 1301, 1497 und 1603 ein. Er fand überdies Aufnahme in die (*Stadt-)*Rechte von *Bremervörde*, *Buxtehude* und *Stade*. Siehe dazu Scheelje, Reinhard (Hg.): Der mittelalterliche Bremervör-der Stadtrechtskodex. Stade 2009 (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, 34), S. 226–229.

219 Homeyer, Carl G.: Die deutschen Rechtsbücher des Mittelalters und ihre Hand-schriften. Berlin 1856, S. 101, Nr. 279. Die Handschrift, die mit dem *Sachsen-spiegel* und *Ordnungen aus der Stadt Orlamünde* zusammengebunden ist, und sich in dieser Stadt über einen sehr langen Zeitraum befunden haben soll, wird heute in der Forschungsbibliothek Gotha (Memb. I 87) aufbewahrt.

220 Zitiert nach Walther, Oskar Albert (Hg.): Das Sächsische oder Magdeburgische Weichbild-Recht. Nach der Pergament Handschrift einst der Stadt Orlamünda, jetzt zu Gotha vom Jahre 1381. Zum ersten Male herausgegeben mit einem Glos-sar. Leipzig 1871, S. 52–54.

221 Auch der von BRANT eingeleitete und kommentierte *Klagespiegel* legt fest, dass bei Verletzung des Leumundes eines Toten durch die Erben Klage eingereicht werden kann und diese durch das Gericht angenommen werden muss, es sei

Beide Rechtsbücher legen nahe, dass es sich bei dem zu schützenden Rechtsgut um den Leumund des Verstorbenen handelt. Des Weiteren soll sichergestellt werden, dass Täter auch dann verfolgt werden, wenn das Opfer keine Anklage mehr erheben oder sich rechtfertigen kann.²²² Solcherart Verfahren hatten die bestehenden Ordnungsvorstellungen durch eine autoritäre Instanz zu gewährleisten und sollten für Verfahrensgerechtigkeit²²³ sorgen. Allerdings dürfte nicht jeder dieser Fälle vor Gericht zum Austrag gekommen sein, unter anderem aufgrund der unscharfen Trennlinie zwischen der Beleidigung eines Verstorbenen und der Bestimmung, dass eine Injurienklage gegen einen Toten nicht auf die Erben übertragen werden konnte. Nicolao Garriliati, der am Beginn des Kapitels zitiert wurde, wäre mit seiner Forderung demnach wohl zu spät gekommen. Die Berner mussten den

denn, dem Toten wurde zu Lebzeiten oder nach dem Tod durch den Stadtrat der gute Leumund abgesprochen: «Merck/ es würr entschuldiget von dieser clage, wo der magistrat ein seinen schilt durchsticht/ so er im streyt übel gestritten oder geschlagen hat. Oder so 8 richter vrtheilet ein zü dem todt/ oder heißt in in thurn füren/ so er im nit gehorsam will sein. Es wurde dann bewisen, das sollich in neyde oder schmahe geschehen were.» Zitiert nach Brant: *Der Richterlich Clagspiegel* (1516), Blatt 12v (*De actione iniuriarum*).

222 Noch ausführlicher geht Art. 40 der *Handfeste von Freiburg im Uechtland* (1249) auf diesen postmortalen Ehrenschatz ein: «Wenn ein Bürger bis zu seinem Tod sein Leben in ruhigem Frieden gelebt hat ohne Tadel und ohne rechtlichen Einspruch, und wenn jemand einem solchen bei seinem Tod das Recht streitig machen will, auf dem Friedhof beerdigt zu werden, dann muss der, der das tut, selber oder seine Erben den Schaden, der den Erben des Verstorbenen durch diesen Einspruch erwachsen ist, mit einer Buße von drei Pfund und ebenso viel dem Schultheißen wiedergutmachen.» (Si quis burgensium usque ad mortem suam in quieta pace extiterit et vixerit et sine calumpnia et sine prohibitione iuris, si quis uni talium ipso defuncto contradixerit, ne in cimiterio sepeliatur, omnia dampna, que propter contradictionem illam heredibus defuncti veniant, ipse contradictor et heredes sui heredibus defuncti tenentur emendare cum banno trium librarum et sculteto similiter.) Zitiert nach Foerster, Hubert · Dessonnaz, Jean-Daniel (Hg.): *Die Freiburger Handfeste von 1249. Edition und Beiträge zum gleichnamigen Kolloquium 1999*. Fribourg 2003 (Scrivium Friburgense, 16), Art. 40, S. 122–124. Weitere Beispiele bei His: *Das Strafrecht des deutschen Mittelalters*, Bd. 2 (1935), S. 131.

223 Unter Verfahrensgerechtigkeit wird die «Bewertung der Gerechtigkeit von Verfahren» verstanden, «mit denen Ergebnisse wie die Entscheidung über Schuld und Unschuld erzielt werden.» Aronson · Wilson · Akert: *Sozialpsychologie* (2008), S. 546.

Fall des Adrian von Bubenberg nicht aufröhlen, weil der mutmaßliche Täter nicht mehr unter den Lebenden weilte. Wenn Garriliati oder ein anderer Klageberechtigter zu Lebzeiten ein Verfahren angestrengt hätte, das vor dem Ableben des Beklagten noch nicht abgeschlossen worden wäre, dann wäre es dem Kläger möglich gewesen, seine Klage auf die Erben auszuweiten.²²⁴

7. Haftung und Beleidigungsfähigkeit

Im Jahr 1377 beschlossen die Schöffen und die Stadträte im hessischen Seligenstadt, dass alle Verbalinjurien unter ihnen mit einem Pfund Heller bestraft werden sollen und dass sie um diese Tat kein anderer richten darf.²²⁵ Dieser Beschluss, der unter die Standesgerichtsbarkeit fällt, sollte die Schöffen und Räte vor Anklagen an anderen Gerichten bewahren. Er regelt allerdings nicht die Haftung gegenüber den Personen, über die sie zu Gericht sitzen; und es wird auch nicht erörtert, wer für Beschimpfungen und falsche Anschuldigungen als Täter verurteilt werden muss. Erst die Rechtsgelehrten der Frühen Neuzeit beschäftigen sich damit, wer «für eine aus einem Schuldverhältnis herrührende

224 So jedenfalls erörtert Jooß de Damhouder die Rechtslage für das 16. Jahrhundert: «Desgleichen vergeht die Rechtfärtigung in Schmähesachen/ wan[n] der Geschmähet[e] mitler weile stirbt: Vnnd wird als dann seinen Erben/ solcher Schmähunge halben zu handeln keyne Rechtliche klag verlassen/ es werde denn die Gerichtliche handlung/ durch den Geschmäheten vorhin fürgenommen/ vnd der krieg des Rechten beuestigt worden.» Zitiert nach Damhouder, Jooß de: *Praxis rerum criminalium*. Gründlicher Bericht und Anweisung welcher massen in Rechtfertigung peinlicher Sachen nach gemeynen beschriebnen Rechten vor und in Gerichten ordentlich zu handeln [...] / erstlich durch Joßen Damhouder [...] lateinisch beschrieben. Jetzt aber [...] in hoch Teutsche Sprach mit vleiß verwandelt durch Michaelen Beuther. Frankfurt am Main 1565 (VD16 D1084), cap. 136, Blatt 245v. Eine Besprechung der juristischen Werke des 16. Jahrhunderts zu diesem Problem bei Bartels: *Die Dogmatik der Ehrverletzung in der Wissenschaft des gemeinen Rechts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts* (1959), S. 64–65.

225 *Seligenstädter Willkür* (heute Landkreis Offenbach): «Wir, die scheffen und der radt gemeinlich, haben unter uns gemacht und verwillkort, wer unter uns den andern mit worten obersert oder obel behandelt, der ist igklicher uns ein phunt heller schuldig zu pene, und sol doch das under uns gerichtet werden.» Zitiert nach Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 1 (1840), S. 506–507.

Schuld»²²⁶ im Zusammenhang mit einem Beleidigungsdelikt eintreten muss. Sie fragen auch danach, wer aufgrund körperlicher Gebrechen oder gesellschaftlicher Funktionen nicht haftbar gemacht werden darf.

Zu den wichtigsten Schriften auf diesem Gebiet zählt der *Rechten-Spiegel* (1550) des umtriebigen Verfassers, Kommentators und Herausgebers juristischer Schriften, Justin Gobler (* 1503 † 1567).²²⁷ Im *Rechten-Spiegel* fragt er danach, wen die Klage wegen Beleidigung treffen kann und er unterscheidet dabei in fünf Gruppen von Tätern: 1. die Person, die die falsche Anschuldigung ausgesprochen hat (Beleidiger), 2. die Person, die «fürsetzlich vnd listiglich» dafür sorgte, dass die falsche Anschuldigung ausgesprochen wurde, 3. die Person, die dem Beleidiger befohlen hat, die Tat zu vollziehen, 4. die Person, die den Beleidiger «bestelt/gedinget/oder gekauft» hat und 5. die Person, die den Beleidiger aufhetzte bzw. dazu beitrug, dass die falsche Anschuldigung zum Opfer drang. Diese Person ist dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht selbst den Willen aufzubringen vermochte, die falsche Behauptung auszusprechen.²²⁸

Mit diesen fünf Gruppen geht Gobler davon aus, dass nicht nur die Person, die die falsche Anschuldigung ausspricht, für die Tat haften muss, sondern dass auch andere Beteiligte sich am Opfer verschulden können. Er gibt damit dem Gericht den Auftrag, den Tathergang und die Motive zu rekonstruieren. In welcher Weise das Strafmaß je nach Mitschuld eventuell abzustufen oder ob grundsätzlich von einer gleichwertigen Schuld aller fünf Personengruppen auszugehen ist, erläutert Gobler nicht. Er schließt hingegen die «Wanwitzigen/Vnsinnigen/vnd Vnmanbarn» von der Haftung aus,

226 Kauffmann: Rechtswörterbuch (1994), S. 556.

227 Zu seiner Person siehe Deutsch, Andreas: Art. Gobler, Justin, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes · Heiner Lück · Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, 10. Lieferung, Berlin 2009, Sp. 438–440.

228 «[...] gegen den/ welcher geschmächt hat. Zum andern gegen den/ der fürsetzlich vnd listiglich verschafft vnd zuwegen gebracht hat/ daß solches geschehen. Zum dritten/ wider den/ der befohlen hat/ daß er die schmach vnnd Injurien thet. Zum vierten/ wider den/ welchen iemands darzu bestelt/ gedinget/ oder gekauft hett. Zum fünften/ gegen den/ welcher iemands darzu persuadiert/ beredt/ vn mit Worten angereytzt hett/ der es doch sunst nit in Willen gehabt/ auff daß er jm in dem gehorcht vnd wilfartig were/ auff iemands schmach zuwenden etc.» Zitiert nach Gobler, Justin: Der Rechten Spiegel/ Auß den beschribenen Geystlichen/ Weltlichen/ Natürlichen/ vnd andern gebrauchlichen Rechten/ Auch gemeynen im Heiligen Reich Teutscher Nation/ Constitutionen, vnd übungen/ zugericht. Allen Oberkeyten/ [...] Befelchhabern/ vnd Vnderthonen/ zuwissen nötig [...] / Durch Herrn Justin Goblern,/ von Sanct Gwere/ der Rechten Doctorem. Frankfurt am Main 1550 (VD16 G2313), Kap. LXXVI.

weil sie nicht schmähen könnten, «dieweil Injurien vnd schmach auß dem Affekt vnd begird des der sie thut/ herkompt vnd gelegen ist.»²²⁹

Diese Begründung leuchtet nicht ein, denn im Umkehrschluss wären die Geisteskranken und Ehrlosen weder zu einer Handlung im Affekt, also veranlasst durch eine Gemütsbewegung, oder zu einer vorsätzlichen Tat befähigt. Da beide Gruppen zur Ausführung der ersten der beiden Handlungen in jedem Fall in der Lage sind und zumindest die Ehrlosen vorsätzlich eine Straftat begehen können, dürften Gobler andere Gründe zu dieser Argumentation bezogen haben. Er geht offenbar nicht vom Täter, sondern vom Opfer aus. Da Geistesranke und Ehrlose nur eingeschränkt oder gar nicht rechtsfähig sind, ist es ihnen nicht möglich, die Ehre oder den Leumund einer Person zu verletzen. Den Anschuldigungen dieser Personen wird aufgrund der bestehenden Rechtslage keine Glaubwürdigkeit beigemessen. Eine Untersuchung durch ein Gericht, ob ein Geistesranke oder Ehrloser mit seiner Anschuldigung Recht oder Unrecht hat, erübrigt sich daher von selbst. Gobler spricht darüber hinaus die betreffenden Personen von Schuldfähigkeit und damit von einer entsprechenden Bestrafung frei. Ob in diese Straffreiheit auch jegliche Möglichkeiten eines Gerichts oder eines herrschaftlichen Ordnungsorgans inbegriffen sind, mit Hilfe derer das Opfer die Einstellung der Anschuldigungen in der Öffentlichkeit einfordern kann, bleibt bei Gobler offen.

Wenn eine Person in Ausübung ihres Amtes eine andere «harter anredet/ oder befelch thet/in gefengknüß zu legen», wird die Amtsperson nach Gobler von jeglicher Haftung freigesprochen, denn «aurichtung vnd vollstreckung des Rechtens/ schmähet nit».²³⁰ Ebenso sind Personen ohne Schuld und Strafe, wenn

229 «Vnd können alle die jhenigen schmach begehn vnnd Injurien thun/ auch durch diese Klage angefochten werden/ welche schmach leiden können/ oder denen schmach widerfahren vnd geschehen kann/ Welches doch nit statt hat an den Wanwitzigen/ Vnsinnigen/ vnd Vnmanbarn/ welche/ ob jhn wol schmach vnd Injurien geschehen vnd widerfahren kann/ so können sie doch eygentlich nit schmähen/ dieweil Injurien vnd schmach auß dem Affekt vnd begird des der sie thut/ herkompt vnd gelegen ist.» Zitiert nach ebenda.

230 In älteren Rechten wie dem *Magdeburgisch-breslauischen Recht* von 1261 wird hingegen explizit darauf verwiesen, dass während des Prozesses und der Urteilsverkündung Beleidigungen gegen die Schöffen unter Strafe stehen: «§ 32. Swer so einen schephenen beschildet uf der banc, her gewinnet sine buze, drizich schillinge, unde die richtere sin gewette. § 33. Beschildet ein man einen schephenen, swenne des urteiles gevolget ist, sie gewinnen alle ire buze, unde die richtere sin gewette. Also manege buze, also manich gewette.» Zitiert nach Laband, Paul (Hg.): *Magdeburger Rechtsquellen*. Zum akademischen Gebrauch. Königsberg 1869, S. 18. – Das reformierte *Hamburger Recht* von 1605 verbietet jener Person die Bürgen, die einen Ratsdiener oder Wächter beleidigt: «Da

ihre Beschuldigung wahr ist und die öffentlich ausgesprochene Information «dem gemeynen nutz zu gut» kommt. Damit meint Gobler Aussagen wie zum Beispiel, dass eine Person ein «hurenkind/oder von eins todtschlags wegen verdampft» ist. Wenn «dem gemeynen nutz» hingegen nichts an einer wahren Information liegt, die das Schamgefühl oder den Leumund einer Person trifft, dann wird der Beschuldiger (verweisser) zum Täter und muss für seine Beschimpfung haften. Damit meint Gobler beispielsweise Informationen über Personen, die «blinde oder lam» sind.²³¹ Er argumentiert hier wiederum vom Opfer aus: Er schützt dessen Intim- und Privatsphäre, sofern von diesem Schutz kein Schaden für die öffentliche Ordnung abzusehen ist.²³²

sich auch einer sonst vorsätzlicher meinung/ auß trotzigem Gemüte/ der ordentlichen Wacht/ oder den Dienern des Raths/ freventlich widersetzen/ vnd dieselbigen beleidigen würde/ der soll keiner Bürgen geniessen» (Teil IV, Art. 39). Zitiert nach Der Stadt Hamburgk Gerichtsordnung vnd Statuta. Hamburg: Georg Ludwig Frobenius und Paul Lange 1605 (ND Hamburg 1978, mit einer Einleitung Jürgen Christoph Gödons), S. 377–378.

231 «Ferner ist zu mercken/ daß einer von dieser Klagen Excusiert vnd entschuldigt wirt. Erstlich/ von wegen seines Ampts vnnd befehls/ als so einer / diweil er in Magistrat vnd regierendem Ampt vnd befelch ist/ etwas handelt vnd außrichtet/ oder etwan einen harter anredet/ oder befelch thet/ in gefengknüß zu legen/ der wirt nit geacht noch gehalten/ daß ers schmach halben thu/ Dann aurichtung vnd vollstreckung des Rechtens/ schmähet nit/ oder hat auff jm kein schmach/ etc. Zum andern/ So der welcher sie schmach thut/ die warheyt sagt/ darin dieser vnderscheyd zumercken/ Eintweder kompt es dem gemeynen nutz zu gut/ daß mans wisse/ Als so iemand einem für würff/ er wer ein hurenkind/ oder von eins todtschlags wegen verdampft/ etc. Wenn solchs war ist/ so ist der verweisser nit schuldig/ diweil der gmeyn daran glegen/ daß die Infamia vnd berüchtigung bekannt vnd offenbar sei/ daß er zu gezeugniß vnd wirdigkeyten nit gestattet werde. Oder ist dem gemyenen nutz nichts daran gelegen/ daß mans wisse/ Als so iemand einem für würff/ daß er blinde oder lam werde/ etc. Vnd dann so ist der verweisser schuldig.» Ebenfalls nicht als Beleidigung zählen die Beschimpfung als feiger Soldat oder Wahrsager(in). Zitiert nach Gobler: Der Rechten Spiegel (1550), Kap. LXXVII.

232 Zur Behandlung straffausschließender Tatumstände in der juristischen Diskussion der Frühen Neuzeit siehe weiterführend Bartels: Die Dogmatik der Ehrverletzung in der Wissenschaft des gemeinen Rechts (1959), S. 161–187. Zum Verhältnis von Öffentlichem und Privatem im mittelalterlichen Recht siehe Duby, George: Private Macht, öffentliche Macht, in: Geschichte des privaten Lebens, Bd. 2: Vom Feudalzeitalter zur Renaissance, hg. von dems. Frankfurt am Main 1990 (französische Originalfassung unter dem Titel «Histoire de la vie privée». Paris 1985), S. 17–45.



KAPITEL C

Tatbestände:
Verleumdung und falsche
Anschuldigung vor Gericht

[Überblick zum Inhalt von Kapitel C] Thomas von Aquin wies als einer der ersten mittelalterlichen Gelehrten darauf hin, dass bei einer Beurteilung einer falschen Anschuldigung vor Gericht ergründet werden müsse, ob diese Anschuldigung aus Fahrlässigkeit oder mit Vorsatz behauptet wurde. Dieses Kriterium entscheidet auch im gegenwärtigen deutschen Strafrecht darüber, ob es sich um den Tatbestand der Verleumdung (vorsätzliche Behauptung) oder den der üblen Nachrede (fahrlässige Behauptung) handelt. Viele Rechte, profane und das kanonische, nahmen allerdings keine Rücksicht auf diese Unterscheidung, denn es ging vordergründig darum, falsche Anklagen vor Gericht durch die Androhung schwerer Strafen einzudämmen. Wenn Verleumder wider besseres Wissen vor Gericht eine Person anklagten, dann erfüllten sie den Tatbestand der Kalumnie.

Insbesondere die Gelehrten des Kirchenrechts versuchten durch bestimmte Verfahren, wie zum Beispiel durch das seit der Spätantike bekannte Infamationsverfahren, solchen Klagen vorzubeugen. Im 13. Jahrhundert setzte sich der auf die Rechtsgeschichte epochal auswirkende Inquisitionsprozess schrittweise durch. Er forderte ein Geständnis vom Beklagten und neue Beweismittel wie Wahrnehmungszeugen, Urkunden u. a. m. Vorher genügte ein Reinigungseid, allein oder mit Eidhelfern geleistet, um sich von einem (falschen) Vorwurf zu befreien.

1. Definition der Tatbestände

1.1 Verleumdung

Im aktuellen deutschen *Strafrecht* (§ 187) wird jener der Verleumdung überführt, «wer wider besseres Wissen in Beziehung auf einen anderen eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder dessen Kredit zu gefährden geeignet ist [...]». Das heißt, dass die behauptete Tatsache erstens als unwahr bewiesen werden muss und zweitens ist es erforderlich, dem mutmaßlichen Täter den Vorsatz bei der Begehung seiner Straftat nachzuweisen. Mit einer Verleumdung muss allerdings keine Beleidigung beabsichtigt werden.²³³ Von der einfachen Beleidigung unterscheidet sich die Verleumdung dadurch, dass nur Tatsachenbehauptungen zu ihren Tatbestandsmerkmalen zählen, von der üblen Nachrede wird sie durch die Maßgabe geschieden, dass eine Tatsachenbehauptung wider besseres Wissen verbreitet worden sein muss und nicht im Glauben daran, dass die falsche Anschuldigung wahr ist.

Während die frühmittelalterlichen Gesetze, Kapitularien und Synodalbeschlüsse der Verleumdung relativ viel Aufmerksamkeit schenken, behandeln die Rechtstexte aus dem späten Mittelalter und dem 16. Jahrhundert diesen Tatbestand bei weitem nicht in der Häufigkeit wie einfache Beleidigung oder üble Nachrede. So kennt zum Beispiel die umfangreiche Weistümersammlung Jacob Grimms (* 1785 † 1863) mit Zeugnissen vor allem vom 14. bis zum 16. Jahrhundert insgesamt 118 Belege, in denen die beiden letztgenannten Delikte besprochen werden. GRIMM kann hingegen nur drei Beispiele für eine Verleumdung anführen.²³⁴ Allerdings trifft für diesen Befund zu, was für

233 Rudolphi · Rogall: Vierzehnter Abschnitt: Beleidigung (2006), § 187 [Verleumdung], S. 1–3.

234 *Offnung für das Dorf Dachsen*, dem Kirchsprenkel Lauffen bei Zürich zugehörig, 1532: «Am funffzehenden, so ein vogt umb marchenn angerüefft würt, dann soll der vogt den vieren gepietten, damit sy dem cleger one verzug marchind.» Zitiert nach Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 1 (1840), S. 111. – *Rechtssammlung für Nußdorf* (bei Landau) von 1508: «§ 3. Item, wan einer den andern schmeht vor gericht, daß stet zu der herschaft zu strafen hoch oder nider.» Ebenda, Bd. 5

viele andere Rechtstexte gleichermaßen gilt: Aus den meisten Ausführungen geht keine deutliche Trennung zwischen einer Verleumdung und einer Beleidigung hervor.²³⁵ Zudem dürften die Strafsetzungen für Meineid, die in den Texten häufiger auftreten, zur Anwendung gekommen sein, wenn eine Person vor Gericht durch falsche Anschuldigungen verleumdet wurde.

Ein besonderes Problem bereiten die begrifflichen Unschärfen in den Texten. Isidor von Sevilla hat in seinem *Etymologiarum sive originum* unterschieden zwischen der «calumnia», mit der ein Streit hervorgerufen werden soll, und dem «calumniator», einem Rechtsverdrehen; «falsitas», der Trug, bezeichnet nach Isidor eine unwahre Aussage.²³⁶ Diese Begrifflichkeiten werden im Sinne der falschen Anschuldigung bereits in frühen Rechtstexten verwendet, unabhängig davon, ob sie königlicher oder kirchlicher Provenienz sind.²³⁷ Spätere Rechte, wie zum Beispiel das von Herzog Leopold VI. von Österreich und Steier (* 1176/1177 † 1230) verliehene *Wiener Stadtrecht* vom 18. Oktober 1221, bei dem es sich um eines der frühesten Stadtrechte handelt, das sich mit Injurien beschäftigt, sieht ein entsprechendes Strafmaß für Personen vor, die überführt werden, ein falsches Zeugnis (*falsum testimonium*) abgelegt zu

(1866), S. 547. – *Gerichtsordnung für das Dorf Hochstätten im Alsenztal* von 1543: «§ 24. Item, ob der schultheis oder scheffen einer heimlich oder öffentlich der ehre beleumbt wurde, der soll nit schuldig oder desselben mitscheffen verpflichtet sein von inen ufzustehn, sonder bei inen und mit einander pleiben sitzen zu gericht, sachen hoeren, urtheil sprechen, als lang bisz er des bezigs oder leumuts zu recht genugsam bewiesen wird. doch soll der verleumut die sach gerichtlich gegen dem bezeuger vornehmen oder des leumuts halben sich wie recht zu der purgation schicken.» Ebenda, S. 648.

235 Die Verleumdung behandeln der *Schwabenspiegel*, das *Kleine Kaiserrecht*, das *Rechtsbuch* des Ruprecht von Freising, die *Statuten von Halle, Nordhausen, Dortmund, Bodenwerder und Augsburg*, die *Landbücher von Schwyz, Obwalden und Appenzell*. Zu den Nachweisen siehe Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 400.

236 Buch V, Kap. 26, 8–10: «Calumnia est iurgium alienae litis, a calvendo, id est decipiendo dicta. Falsitas appellata a fando aliud quam verum est.» Zitiert nach Lindsay, Wallace M. (Hg.): *Isidori Hispalensis episcopi Etymologiarum sive originum*. Libri XX, 2 Bde. Oxford 1911, Bd. 1, ohne Seitenzahlen. – Buch X, Kap. 42: «Calumniator, falsi criminis accusator; a calculis, id est frustrando et decipiendo, dictus.» Ebenda.

237 Zum Beispiel: *Lex Baiuvariorum*, Kap. IX, § 18: «Si quis contra caput alterius falsa suggererit vel quacumque invidia de iniusta accusatione commoverit, ipse penam vel damnum quod alteri intulit, excipiat.» Zitiert nach Eckhardt: Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911, Bd. 2: Alamannen und Bayern (1934), S. 130.

haben.²³⁸ Der Tatbestand der Verleumdung kann auch – wie beispielsweise in der *Lex Salica*²³⁹ oder in der *Kapitulariensammlung* des Lütticher Bischofs Gerbaldus († 810)²⁴⁰ – umschrieben werden.

Besonders in kirchlichen Rechtstexten wird verleumden mit «maledicere» ausgedrückt, der «maledicus» war danach der Verleumder. Andernorts wurde «infamatio» oder auch «infamia facti» verwendet, um das Verleumden anzuzeigen. Letzteres bezeichnete den schlechten Ruf einer Person (Leumund) – die Verminderung oder den Verlust der «fama» (fama mala publica).²⁴¹ Allgemeiner waren jene Formulierungen, die auf Vorbilder der

238 Art. 14: «Si quis convictus fuerit cum VII viris honestis et credibilibus, quod falsum testimonium perhibuerit, abscidatur ei lingua, vel redimat eam X talentis, et quem falsitate sua dampnificavit, illi dampnum suum emendet.» Zitiert nach Csendes: Die Rechtsquellen der Stadt Wien (1986), S. 36. Bei einer erneuten Bestätigung des Stadtrechts im Jahr 1244 blieb der Wortlaut dieses Artikels bestehen (siehe ebenda S. 54). In der Erweiterung des Stadtrechts durch König Rudolf I. vom 24. Juni 1278 heißt es dann allerdings (Art. 38): «Item si quis convictus [...], vel redimat eam decem libris, et quem periurio suo dampnificavit, illi emendet integraliter dampnum suum, et ammodo in omnibus causis testimonium suum nullatenus admittatur.» (ebenda, S. 70). «Verba contumeliosa» werden hingegen an anderer Stelle und mit einer eindeutigen Eingrenzung auf einen bestimmten Sachverhalt in Artikel 10 des ältesten *Wiener Stadtrechts* von 1221 behandelt: «Si vero quispiam verba contumeliosa alicui dixerit et filium meretricis appellaverit, quadraginta denarios dabit.» (ebenda, S. 26).

239 Kap. XX, § 2: «Si vero talem crimen ei imputaverit, unde mori debuisset, si verum fuisset [...]». Zitiert nach Eckhardt: Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911, Bd. 1: Salische und rebuarische Franken (1934), S. 30. Siehe dazu Ackermann, Ernst: Die Verleumdung des allgemeinen deutschen Strafrechts im Vergleich mit der Verleumdung nach dem Strafgesetzbuch für das deutsche Reich. Greifswald 1872, S. 6–7.

240 Diedenhofen, im Dezember 805: «De clamoribus [vel] causedicis, qui nec iudicum scabinorum adquiescere nec blasphemare volunt, antiqua consuetudo servetur, id est ut in custodia recludantur, donec unum e duobus faciant. Et si ad palatium pro hac re reclamaverit et litteras detulerint, non quidem eis credatur, nec tamen in carcere ponantur, sed [cum] custodia et com ipsis litteris pariter ad palacium nostrum remittantur, ut ibi dicutiat sicut dignum est.» Zitiert nach Eckhardt, Wilhelm A. (Hg.): Die Kapitulariensammlung Bischof Ghaerbalds von Lüttich. Göttingen · Berlin · Frankfurt am Main 1955 (Germanenrechte, N. F. Deutsch-rechtliches Archiv-Heft, 5), S. 81–82, Kap. 8.

241 Landau, Peter: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs von Gratian bis zur Glossa Ordinaria. Köln · Graz 1966 (Forschungen zur kirchlichen Rechtsgeschichte und zum Kirchenrecht, 5), S. 6–7.

Heiligen Schrift referierten; der bereits bekannte Begriff «iniuria» schloss ebenfalls den Tatbestand der Verleumdung mit ein.²⁴²

1.2 Kalumnie

Nicht nur für das Kirchenrecht, sondern auch für spätmittelalterliche Stadtrechte wirkten Gratian († ca. 1150), die Neuerungen (Inquisitionsprozess) unter Papst Innozenz III. (* 1160/1161 † 1216) und der *Liber extra* (1234), eine *Dekretalensammlung* Papst Gregors IX. (* ca. 1170 † 1241), vorbildlich auf das Injurienrecht.²⁴³ Eine grundlegende Durchdringung des Problems, wie mit einer falschen Anschuldigung vor Gericht (Kalumnie) umzugehen sei, bietet unter anderem Thomas von Aquin. Er macht auf einen Fehler aufmerksam, den er im *Decretum Gratiani* vorfand, denn dort heiße es: «Verleumden heißt falsche Verbrechen angeben».²⁴⁴ Dazu bemerkt Thomas:

Zuweilen aber wirft einer dem anderen ein falsches Verbrechen vor aus Unkenntnis des Tatbestandes, durch welche er entschuldigt ist. Also scheint es, daß die Anklage nicht jedesmal ungerecht wird, wenn sie verleumderisch ist.²⁴⁵

242 Dochow, Adolf: Art. Beleidigung, in: Handbuch des deutschen Strafrechts, hg. von Franz von Holtzendorff, Bd. 3. Berlin 1874, S. 327–378, hier S. 331. – Hälschner: Das preußische Strafrecht, Bd. 3.1 (1868), S. 224. – Landsberg, Ernst: Iniuria und Beleidigung. Eine Untersuchung über die heutige Anwendbarkeit der «Actio iniuriarum aestimatoria». Bonn 1886, S. 65.

243 GRATIAN widmet sich der falschen Anklage vor allem in Questio VI der fünften Causa (Decretalium collectiones, ed. Lipsiensis secunda post Aemilii Ludovici Richter curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanae fidem recognovit et adnotatione critica instruxit Aemilius Friedberg. Leipzig 1881 [Corpus iuris canonici, ND New Jersey 2000], Sp. 551–553), GREGOR geht in Titulus VII des zweiten Buches, «De iuramento calumniae», und in Titulus II des fünften Buches, «De calumniatoribus», auf diesen Straftatbestand ein (Decretalium collectiones [1881], Sp. 265–268 und 748–749). Zum Inquisitionsprozess siehe den gleichnamigen nachfolgenden Abschnitt, S. 135–147.

244 «Calumpniari est falsa crimina intendere [...]» (decreti pars II, causa II, questio III). Dieser Satz geht zurück auf ein römisches Gesetz des Jahres 61, das über die *justinianischen Digesta* ins Mittelalter Eingang fand (Digesta 48, 16, 1, 1).

245 «Sed quandoque aliquis alteri falsum crimen objicit ex ignorantia facti, quae excusat. Ergo videtur quod non semper reddatur iniusta accusatio si sit calumniosa.» Zitiert nach Thomas von Aquin: Recht und Gerechtigkeit (1953), questio 68, art. 3 (S. 239).

Er folgerte weiter, da es nicht die Pflicht des Menschen sei, alle Verbrechen aufzudecken, könne eine Klage durch Verheimlichung nicht ungerecht sein. Und die dritte Beobachtung ist mit Blick auf die umstrittene Praxis, jenen zu verurteilen und zu bestrafen, der seine Klage vor Gericht nicht überzeugend beweisen kann, von größter Bedeutung. Thomas meint nämlich, dass sich Kläger und Beklagter beim Nichtbeweis der Klage verzeihen müssten und die Klage aufgrund mangelnder Durchführung keinesfalls ungerecht werde. Am Ende steht bei Thomas eine neue und für das mittelalterliche Recht überdurchschnittlich klare Definition des Tatbestandes Verleumdung, die in dieser Weise keine Verbindlichkeit erlangte, aber auf Probleme hinwies, die fortan in den rechtsgelehrten Disputen thematisiert wurden:

Der Mensch darf nur dann zur Anklage schreiten, wenn er seiner Sache völlig sicher ist, so daß Unkenntnis des Sachverhaltes ausgeschlossen ist. – Doch verleumdet nicht jeder, der einem anderen ein falsches Verbrechen zur Last legt, sondern nur der, der aus Bosheit eine falsche Klage anstrengt. Zuweilen nämlich kommt es vor, daß einer aus Leichtsinne zur Anklage schreitet, weil er allzu leicht glaubt, was er hört; und das ist Unbesonnenheit. Zuweilen aber wird einer durch einen unverschuldeten Irrtum zur Anklage veranlaßt. All das muß der Richter in kluger Weise unterscheiden, damit er nicht voreilig urteilt, er [der Ankläger] habe verleumdet, der vielleicht nur aus Leichtsinne oder auf Grund eines unverschuldeten Irrtums sich hat zur falschen Anklage verleiten lassen.²⁴⁶

Reinhold Köstlin wies in einer Studie von 1855 darauf hin, dass die meisten mittelalterlichen (Rechts-)Texte – so wie der von Thomas von Aquin – nur einen bestimmten Tatbestand der Verleumdung kennen würden, nämlich

246 «Ergo dicendum quod homo non debet ad accusationem procedere nisi de re sibi omnino certa, in quo ignorantia facti locum non habeat. – Nec tamen qui falsum crimen alicui imponit calumniator: sed solum qui ex militia in falsam accusationem prorumpit. Contingit enim quandoque ex animi levitate ad accusationem procedere, quia scilicet aliquis nimis facilius credit quod audit: et hoc temeritatis est. Aliquando autem ex iusto errore movetur aliquis ad accusandum. Quae omnia secundum prudentiam iudicis debent discerni, ut non prorumpat eum calumniatum fuisse qui ex levitate animi vel ex iusto errore in falsam accusationem prorupit.» Zitiert nach Thomas von Aquin: *Recht und Gerechtigkeit* (1953), questio 68, art. 3 (S. 241). – In questio 74, art. 1 gibt Thomas noch eine zweite Definition; dort nennt er den Verleumder «criminator». Ein Verleumder wäre eine Person, die «öffentlich anderen Verbrechen zur Last legt, indem sie sie entweder anklagt oder lästert». (Quia criminator est qui publice crimina aliis imponit, vel accusando vel conviciando.) Zitiert nach ebenda, S. 320.

die Kalumnie.²⁴⁷ Diese wird nach Peter Weimar definiert als «Schikane», die «im Sinne des römischen und des mittelalterlichen gemeinen Rechts» immer dann vorliegt,

wenn jemand wider besseres Wissen eine Kriminalanklage erhebt oder einen Zivilprozeß führt. Ankläger, Kläger und Beklagter sowie deren Beistände und Vertreter müssen am Anfang jedes Prozesses im Kalumnien- oder Gefährdeeid schwören, daß sie von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt sind; weitere Eide können, vor allem nach jüngerem gemeinem Recht, auch vor einzelnen Prozeßhandlungen verlangt werden. Im Strafprozeß droht dem Ankläger, der der Kalumnia überführt wird, die gleiche Strafe, die sonst den Angeklagten getroffen hätte. Im Zivilprozeß sollen die Androhung der Infamie oder die Verurteilung zu einem Mehrfachen des Streitwertes (sog. Litiskreszenz) leichtfertiges Bestreiten verhindern. Auch die Auferlegung der gegnerischen Prozeßkosten war anfänglich als Ausgleich für unberechtigte Prozeßführung gedacht. Wer für die Begehung oder Unterlassung einer Calumnia Geld genommen hat (Prozeßbestechung), muß auf Grund der Kalumnienklage den vierfachen Betrag als Buße zahlen.²⁴⁸

Die mittelalterliche Vorstellung von Verleumdung weitgehend auf die Kalumnie im oben beschriebenen Sinne zu reduzieren, so wie es Köstlin anregte, würde bedeuten, die kontroverse Diskussion um diesen Tatbestand außer acht zu lassen. Denn über die Auffassung des Thomas von Aquin hinausgehend, formulierte der ebenso einflussreiche Kanonist Raymund von Peñafort (* ca. 1180 † 1275), Kompilator des *Liber extra*, in seiner *Summa de poenitentiae* (1222/1229), dass Verleumder (*detractores et infamatores*) nicht nur die-

247 «Das Eigenthümlich der Verläumdung besteht indessen wohl darin, daß sie die Präsumtion des sittlichen Werths, [...], in dem Urtheile Andrer zu untergraben sucht. Sie muß daher Thaten enthalten (nicht bloß Urtheile), und der Verläumder muß solche (fingierte) Thaten hinter dem Rücken des Verletzten bei Andern [...] vorbringen, natürlich mit dem Bewußtsein, daß die so verbreiteten Thaten falsch und geeignet seien, den Verletzten als einen der öffentlichen Achtung Unwürdigen, resp. als Verbrecher in der allgemeinen Meinung zu brandmarken. Hievon ist die Kalumnie nur ein besonders schwerer Fall. [...] Aber seinen Schwerpunkt scheint er doch in dem Gebiete der Ehrverletzung zu haben, eben als Fall der Verläumdung überhaupt, die ja gleichfalls sehr nahe an das Gebiet des «falsum» streift, sofern sie darauf ausgeht, die Basis alles sittlichen Gemeinlebens zu untergraben.» Zitiert nach Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 188–189.

248 Weimar, Peter: Art. Calumnia, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 2. München 1983 (ND München 2002), Sp. 1403.

jenigen heißen würden, die anderen eine unwahre Tat zur Last legten, sondern auch jene, die eine nicht öffentlich bekannte Tat ans Licht brächten. Also stimmte Thomas mit Raymund zumindest in Teilen überein, wenn er meint, dass es nicht die Pflicht eines Menschen sei, jedes erdenkliche Verbrechen aufzudecken.²⁴⁹ Raymund und Thomas wägen in ihren Kommentaren ab, wann und an welchem Ort verdeckte Verbrechen offenbart werden dürften: vor einem Richter oder in einer beliebigen Öffentlichkeit. Vor Richter bestehe die Gefahr, eine falsche Anschuldigung aufgrund von Unkenntnis vorzubringen (so Thomas), außerhalb des Richters gefährde man unzulässig den Leumund einer Person – damit würde die geschädigte Person (unabhängig vom Wahrheitsgehalt der Anschuldigung) im tatsächlichen Wortsinn verleumdet (so Raymund).

Als der Dominikaner Berthold zum Ende des 13. oder im 14. Jahrhundert eine deutsche Übertragung der *Summa confessorum* des Johannes von Freiburg (* ca. 1250 † 1314) anfertigte, deren Grundlage Raymunds *Summa* gebildet hatte, übernahm Bertold die ältere Auffassung und übersetzte den entsprechenden Passus wie folgt:

«[...] wann der mensch ain haymlich übel des nächsten offenbart und meldet, da von der nächst geschendet wirt.»²⁵⁰

Vor Richter dürfe man wahre Verbrechen zur Anklage bringen, außerhalb sei dies aber «wider die weiz dez rechtens».²⁵¹

Noch im 15. Jahrhundert diskutierten Gelehrte das hier vorgestellte Problem. Der bedeutende nachklassische Kanonist und Kardinal Nicolaus de Tudeschis (* 1386 † 1445)²⁵² stellte in seinem umfangreichen Kommentar zu den *Dekretalen* Georgs IX. sechs unterschiedliche Stellungnahmen zusammen, von denen sich jene, wonach die Verbreitung von bislang nicht öffentlich bekannten Tatsachen nur zulässig sei, wenn dies dem Interesse des Allgemeinwohls diene, in der Frühen Neuzeit durchsetzte.²⁵³

249 S. Raimundus de Pennafort: *Summa de paenitentia*, curantibus Xaverio Ochoa et Aloisio Diez. Rom 1976, lib. 2, tit. 5, nr. 42, col. 522.

250 Steer u. a.: Die «Rechtssumme» Bruder Bertholds, Bd. 3 (1987), S. 1584.

251 Ebenda, Stichwort L 25, S. 1586, 1588, 1590.

252 Auch (Abbas) Panormitanus, Abbas Siculus oder Abbas Modernus genannt.

253 Hier: *Lectura super secundo libro Decretalium*, pars 3. Ausführlich dazu: Balthasar: Der Schutz der Privatsphäre im Zivilrecht (2006), S. 25–28.

1.3 Falsche Anschuldigung

Ein großer Teil der bisher zitierten Artikel aus den mittelalterlichen Rechtstexten umfasst die Tatbestände der üblen Nachrede und Verleumdung gleichermaßen. Dort wird aber, und das ist für das moderne Strafrecht von Bedeutung, nicht immer nach Vorsatz und Fahrlässigkeit unterschieden. Angaben, wie die Tat zu beweisen sei, deuten jedoch gelegentlich darauf hin, dass den Klägern unterstellt wurde, sie hätten ihre falsche Behauptung wissentlich ausgesprochen. In den mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Texten fehlt noch ein weiterer Tatbestand, wenn man von der Definition des Thomas von Aquin ausgeht. Er formulierte den Tatbestand der wissentlich falschen Anschuldigung außerhalb des Gerichts. Es fehlt also, wie Hermann Wegele in seiner 1892 erschienen Inauguraldissertation bereits bemerkte, in vielen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtstexten die falsche Denunziation als Tatbestand: Beim Tatbestand der falschen Denunziation wird davon ausgegangen, dass eine Person wissentlich eine andere beschuldigt, ohne dies vor Gericht zu tun. Allerdings ist auch diese Beschuldigung geeignet, das Opfer vor einen Richter zu zitieren. Diese Form tritt unter anderem dann auf, wenn eine Person nicht klagen kann oder keine Klage erheben will.²⁵⁴

In den strafrechtlichen Bestimmungen zur falschen Anschuldigung lassen sich fünf Ziele erkennen, die durch die Verhängung von hohen Strafen präventiv oder durch den Urteilspruch selbst erreicht werden sollten: Das erste und wichtigste Ziel bestand darin, den angeschlagenen Leumund des Opfers in der Öffentlichkeit wieder herzustellen. Diesem Thema ist der Abschnitt «Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte» (S. 228–246) gewidmet. Zweitens ging es natürlich um den Schutz des Opfers vor den unrechtmäßigen Anschuldigungen des Täters. Sehr deutlich wird dies in einem eher ungewöhnlichen *Gesetz des Langobardenkönigs Ratchis* (König 744–749), entstanden etwa 746. Dort wird nämlich der Beschuldiger in die Hände seines Opfers übergeben, das dann mit ihm beliebig verfahren konnte.²⁵⁵ Neben dieser sehr

254 Jerouschek, Günter· Müller, Daniela: Die Ursprünge der Denunziation im kanonischen Recht, in: Recht – Idee – Geschichte. Beiträge zur Rechts- und Ideengeschichte für Rolf Lieberwirth anlässlich seines 80. Geburtstages, hg. von Heinric Lück · Berndt Schildt. Köln · Weimar · Wien 2000, S. 3–24. – Wegele, Hermann: Zur Geschichte der falschen Anschuldigung. Ansbach 1892, S. 1. Über den Straftatbestand der falschen Anschuldigung siehe auch Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 81–85.

255 Art. 6: «Si vero de causa regis aliquid dicere voluerit, sit ei licentiam veniendum ad palatium; et si, super quem dixerit, veritatem adproverit, sit condemna-

seltenen Strafe drückte insbesondere das Talionsprinzip aus, dass der Schutz des fälschlich Beschuldigten und die Bestrafung des Täters unmittelbar aufeinander bezogen waren.

Das Talionsprinzip bzw. die Talion, auch «lex talionis» genannt, fand Anwendung bei Verletzungen an Leib, Leben und Ehre.²⁵⁶ Als eine Form der «unechten» Talion ist «die Androhung der T.s.strafe für falsche Anschuldigung» zu nennen.²⁵⁷ Im *Schwabenspiegel* begründete man die Wahl für dieses Strafmaß mit «Moyses buch»; darin folgten ihm das *Kulmbacher Recht* und *Freisinger Rechtsbuch*, beide verfasst im 14. Jahrhundert.²⁵⁸

Wenn jemand vor Gericht geht und als Zeuge einen andern zu Unrecht der Anstiftung zum Aufruhr bezichtigt, wenn die beiden Parteien mit ihrem Rechtsstreit vor den Herrn hintreten, vor die Priester und Richter, die dann amtieren,

tus, cui adproverit, et suscipiat sententiam secundum qualitatem cause, sicut anterior edictus continet; et si veritatem adprobare non potuerit, fiat ei datus in manus cum rebus suis et faciat de eo, quod voluerit.» Zitiert nach Beyerle: Die Gesetze der Langobarden (1947), S. 350.

256 Holzhauser, Franz von: Über materielle und prozessuale Talion, in: *Leges – Gentis – Regna. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Ausbildung der frühmittelalterlichen Rechtskultur*, hg. von Gerhard Dilcher · Eva-Marie Distler. Berlin 2006, S. 367–376. Eine Unterscheidung zwischen der sogenannten «Fußstapfenstrafe» und dem Talionsprinzip, wie sie unter anderem Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 129–130, erkennen will, geben die hier untersuchten Rechtstexte nicht her: Die Fußstapfenstrafe «basierte auf dem in den Quellen ausdrücklich ausgesprochenen Gedanken, dass der Täter, der jemanden zu Unrecht eines Verbrechens beschuldigte, diejenige Strafe zu erleiden hatte, die den Angeschuldigten getroffen hätte, sofern er sich tatsächlich des fälschlich bezichtigten Verbrechens schuldig gemacht hätte. [...] Nicht zu verwechseln ist diese Strafe – wie His zu Recht festhält – mit der sogenannten Talionsstrafe, da der falsche Ankläger dem Angeklagten den Schaden ja nicht wirklich zugefügt hatte.» In dieser Argumentation wird nicht berücksichtigt, dass dem Opfer nicht erst durch den Strafvollzug Schaden zugefügt wird, sondern dass mit der falschen Anschuldigung bereits die Straftat begangen wird, weil die Ehre des Opfers verletzt oder gänzlich genommen wird. Der Strafvollzug ist eine Folge dieses eigentlichen Straftatbestandes.

257 Schild, Wolfgang: Art. Talio(n), in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 8. München 1997 (ND München 2002), Sp. 446–447, hier Sp. 447.

258 Ebenda. Auch ältere Rechte (*Lex Baiuvariorum*, *Lex Burgundionum* und die *Leges Liutprandi*) sehen die Talion als Strafmaß vor.

wenn die Richter eine genaue Ermittlung anstellen und sich zeigt: der Mann ist ein falscher Zeuge, er hat seinen Bruder fälschlich bezichtigt, dann sollt ihr mit ihm so verfahren, wie er mit seinem Bruder verfahren wollte. Du sollst das Böse aus deiner Mitte wegschaffen. Die übrigen sollen davon hören, damit sie sich fürchten und nicht noch einmal ein solches Verbrechen in deiner Mitte begehen. Und du sollst in dir kein Mitleid aufsteigen lassen: Leben für Leben, Auge für Auge, Zahn für Zahn, Hand für Hand, Fuß für Fuß. (Dtn 19, 16–21)

Mit der schrittweisen Verbreitung des Inquisitionsprozesses seit dem frühen 13. Jahrhundert und den damit einhergehenden Bestrebungen, einer Kalumnie vorzubeugen, gewann der Kalumnieneid (*iusiurandum calumniae* [uitandae]) an Bedeutung, dem beispielsweise der Kanonist Tankred von Bologna (* ca. 1185 † ca. 1236) in seinem 1216 verfassten und viel rezipierten Traktat zum Prozesswesen, *Assiduis postulationibus*, einen eigenen Artikel widmete. Er verpflichtete dazu, den Prozess «mit der Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen <causa> zu führen. Der Eid war also nicht auf ein objektives Wissen um Ungerechtigkeit, sondern auf ein subjektives Gefühl der Gerechtigkeit ausgerichtet»,²⁵⁹

Drittens sollte das Gericht vor falschen Urteilen bewahrt werden, denn die Ehre dieser Institution und seiner Vertreter stand auf dem Spiel. So schrieben Rechtstexte wie die frühmittelalterliche *Lex Frisionum* (ca. 802/803) ein Gottesurteil (siedendes Wasser) vor, wenn eine Person angeblich fälschlich wegen Diebstahl angeklagt wurde.²⁶⁰ Auch in moralisch-didaktischen Texten wird die Vorbildfunktion des Richters bzw. des Gerichts thematisiert wie zum Beispiel im *Welschen Gast* des Thomasins von Zerklare (* ca. 1186 † nach 1216). Auf einer Illustration einer oberdeutschen Fassung dieses Textes von 1340 wird ein Herr als böser Richter dargestellt (siehe Abbildung 4, S. 117). Rechts daneben stehen sein Kämmerer, der einen Bittsteller mit einem Stock schlägt, und zwei weitere Männer. Diese beiden Männer sagen zueinander: «Sich was vnser here tut // wir müßen daz selb tun.» Thomasin erläutert, dass der Herr für alle Vorbild sein müsse, allerdings ohne sich direkt auf dessen Richteramt zu beziehen, dies ist eine Zutat des Illustrators. In Ulrich Boners (lebte um 1350, Vorname ungewiss) *Edelstein* wird der Verleumdungsstoff

259 Mausen, Yves: «Pugio malitiae». Misstrauen als Prinzip des Gerichtsverfahrens im mittelalterlichen *ius commune*, in: Akten des 36. Deutschen Rechtshistorikertages, Halle an der Saale, 10. –14. September 2006, hg. von Rolf Lieberwirth · Heiner Lück. Baden-Baden 2008, S. 397.

260 *Lex Frisionum*, Tit. III § 9: Eckhardt, Karl A. · Eckhardt, Albrecht (Hg.): *Lex Frisionum*. Hannover 1982 (Monumenta Germaniae Historica: Fontes juris Germanici antiqui, 12), S. 44–45.



Abbildung 4

Ein böser Richter im *Welschen Gast* (1215/1216) des Thomasin von Zerklare

Nach einer oberdeutsche Pergamenthandschrift von 1340

Forschungsbibliothek Gotha der Universität Erfurt, Memb. I 120, fol. 19r

(zur Beschreibung der Handschrift siehe Hopf: Die abendländischen Handschriften der Forschungs- und Landesbibliothek Gotha [1994], S. 78)

ebenfalls literarisch verarbeitet: Dort wird ein Schaf von einem Hund fälschlicherweise angeklagt, ihm das Futter gestohlen zu haben. Ein Richter im Wolfspelz verurteilt das Schaf daraufhin zum Tod. BONER habe laut Prolog seines Werkes versucht, «Einsicht in richtiges und damit auch geistlich sanktioniertes Verhalten (»kluogkeit«) mit Hilfe des von Gott geschaffenen Spiegels der Natur» herzustellen.²⁶¹ Angegriffen werden mit der Gerichtsszene das ungleiche Verhältnis von Kläger und Beklagtem in einer ständisch unterschiedenen Gesellschaft und die Korruptionsmöglichkeiten der Gerichte. Die Vorbildfunktion der Richter, die auch auf sogenannten »Gerichtsbildern« zum Gegenstand gemacht wurde, schloss mit ein, dass sein Urteil frei von Zweifeln sei.²⁶² Strafen für Fehlurteile von Richtern fielen entsprechend hoch aus, wenn diese vorsätzlich handelten.²⁶³

Viertens galt es, falschen Klagen vor dem Gericht vorzubeugen. So führt Bernhard von Pavia († 1213) in seiner *Compilatio prima* (um 1190) mehrere Maßnahmen aus, mit denen Klagen auf Grundlage falscher Anschuldigungen eingedämmt werden könnten. Denn jedes Motiv des Täters muss im Rahmen einer falschen Anklage als verabscheuungswürdig gelten, insofern sie wider besseres Wissen vorgebracht wird. Sie assoziiert Hass, Habgier oder Rachsucht, vor allem weil man die Tat mit Blick auf das achte Gebot, »Du sollst nicht falsch gegen deinen Nächsten aussagen« (Ex 20, 16), verurteilt.²⁶⁴

261 Grubmüller, Ulrich: Art. Boner, Ulrich, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 2. München 1983 (ND München 2002), Sp. 410–411.

262 Die dazugehörigen Verse bei Thomasin von Zirclaria: Der wälsche Gaß, zum ersten Male hg., mit sprachlichen und geschichtlichen Anmerkungen von Heinrich Rückert. Quedlinburg · Leipzig 1852 (Bibliothek der gesamten deutschen National-Literatur von der ältesten bis auf die neuere Zeit, 30), Verse 1747–1810. Zur Bildinterpretation siehe Kries, Friedrich W. von (Hg.): Thomasin von Zerclaere, Bd. 4: Die Illustrationen des Welschen Gaßs. Kommentar mit Analyse der Bildinhalte und den Varianten der Schriftbandtexte. Verzeichnisse, Namenregister, Bibliographie. Göppingen 1985 (Göppinger Arbeiten zur Germanistik, 425, 4), S. 69–70, Bild Nr. 29.

263 Zum Beispiel in den *Konstitutionen von Melfi* Kaiser Friedrichs II., Buch II, Tit. 50: hier verliert der Richter sein Amt, gilt als ehrlos, alle seine Güter werden eingezogen; wird der Richter einer erlegenen Bestechung überführt, droht die Todesstrafe. Siehe Conrad, Hermann · Lieck-Buyken, Thea von der · Wagner, Wolfgang (Hg.): Die Konstitutionen Friedrichs II. von Hohenstaufen für sein Königreich Sizilien. Nach einer lateinischen Handschrift des 13. Jahrhunderts hg. und übersetzt. Köln · Wien 1973 (Studien und Quellen zur Welt Friedrichs II., 2), S. 241–245.

264 Kéry: Gottesfurcht und irdische Strafe (2006), S. 510. – Lindorfer, Bettina: Bestrafes Sprechen. Zur historischen Pragmatik des Mittelalters. München 2008, S. 69.

Fünftens steht hinter den Gesetzen und Geboten der Versuch, das gesellschaftliche Zusammenleben im Sinne der biblischen Botschaft zu organisieren. Bereits für die Frühzeit des Mittelalters sind Nachrichten von Geistlichen überliefert, in denen Wertsetzungen in Anlehnung an das achte Gebot als fester Grundsatz formuliert werden. In den *Statuten des Zweiten Konzils von Braga* (572) heißt es von den Funktionen der bischöflichen Visitationen, dass die Laien unter anderem kein falsches Zeugnis leisten dürften. Sie sollen ihren Nächsten keine Dinge antun, die sie selbst nicht erdulden oder erleiden möchten.²⁶⁵ Der hier zusammengestellte Katalog an Verhaltensregeln wurde zu einem immer wiederkehrenden Bestandteil späterer konziliarer Ermahnungen.²⁶⁶

Dass all diese Versuche tatsächlich auf Breitenwirksamkeit zielen, legen unter anderem die späteren karolingischen Anstrengungen nahe, Predigten und Beichten in der jeweiligen Volkssprache zu halten bzw. abzufassen. Nach der *Sächsischen Beichte* (erste Hälfte des 9. Jahrhunderts) soll verzichtet werden auf «Neid, Feindschaft und Missgunst, Gelübde und Verleumdung, Eid und Lüge, sündhafte Begierde und [...] nicht eingehaltene Gebetszeiten, Übermut und Trägheit beim Gottesdienst, Verlangen nach Unzucht, Mord, übermäßiges Essen und Trinken [...]».²⁶⁷ Der volkssprachliche Beichttext, der vermutlich

265 In Kapitel I (Ut episcopus ambulet per diaecesim suam et ante viginti dies Paschae catechumeni doceantur symbolum) heißt es: «[...] Postquam ergo haec suos clericos discusserint vel docuerint episcopi, alio die convocata plebe ipsius ecclesiae doceant illos, ut errores fugiant idolorum vel diversa crimina; id est homicidium, adulterium, periurium, falsum testimonium et reliqua peccata mortifera, aut quod nolunt sibi fieri alteri non faciant, [et] ut credant resurrectionem omnium hominum et diem iudicii, in qua unusquisque secundum sua opera recepturus est, et sic postea proficiscatur ad aliam.» Zitiert nach Vives, José, con la colaboración de Tomás Marín Martínez · Gonzalo Martínez Díez (Hg.): Concilios Visigóticos e Hispano-Romanos. Barcelona · Madrid 1963 (España Cristiana. Textos, 1), S. 81. In Reginos von Prüm Katalog mit 89 Inquisitionsfragen für ein bischöfliches Sendgericht aus dem frühen 10. Jahrhundert heißt es unter dem Punkt «De falso testimonio»: «Interrogandum, si aliquis scienter contra aliquem falsum testimonium protulerit, quia hoc capitale crimen est, et quale damnum aliquis per hanc testificationem habuerit?» Wasserscheben: Reginonis abbatis Prumiensis libri duo de synodalibus causis (1840), S. 212.

266 Kéry: Gottesfurcht und irdische Strafe (2006), S. 83.

267 «Ik iuhu nithas endi auunstes, hetias endi bisprakias, sueriannias endi liagannias, firinluštono endi minero gitidio farlatanero, ouarmodias endi tragi godes ambahtas, horuulliono, manslahtono, ouaratas endi ouerdrankas [...]» Zitiert

im Kloster Lorsch nach dem Vorbild älterer Formulare entstanden ist,²⁶⁸ folgt den Bemühungen Kaiser Karls (* 748 † 814), die christliche Missionierung im Frankenreich voranzutreiben und verlässliche (geistliche) Texte bereitzustellen. So fordert die von ihm im Jahr 789 erlassene *Admonitio generalis* zum einen auf, überführte Falsch aussager vor Gericht nicht zuzulassen, und zum anderen werden Priester in Anlehnung an den ersten Brief an die Korinther (Kapitel 6, 9) angewiesen, alle vor sündhaftem Tun – wie zum Beispiel der Unlauterkeit (inmunditia) – in ihren Predigten zu warnen²⁶⁹; und das *Konzil von Tours* (813) empfahl für Predigten ausdrücklich die Volkssprache.²⁷⁰

Sowohl in exegetischen Schriften zu den Zehn Geboten, den Todsünden, den Lastern und Tugenden als auch in der Bußliteratur, den Predigten

nach Steinmeyer, Elias von (Hg.): Die kleineren althochdeutschen Sprachdenkmäler. Berlin 1963, S. 318–319.

268 Masser, Achim: Art. Sächsische Beichte, in: Die deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon, begründet von Wolfgang Stammer, fortgeführt von Karl Langosch. 2, völlig neu bearb. Aufl. hg. von Kurt Ruh u. a., Bd. 8. Berlin · New York 1992 (ND Berlin 2010), Sp. 467–468.

269 *Admonitio generalis*, cap. XLV: «Omnibus. Item in eodem infra duo capitula, ut viles «personae» non habeant potestatem «accusandi». Et si in primo «crimine» victi sunt falsum dicere, in secundo non habeant potestatem dicendi.» Ebenda, cap. LXXX: «[...] Item cum omni diligentia cunctis praedicandum est, pro quibus criminibus deputentur cum diabolo in aeternum supplicium. Legimus enim apostolo dicente: «Manifesta autem sunt opera carnis, quae sunt fornicatio, inmunditia, luxuria, idolorum servitius, veneficia [...] et his similia. Quae praedico vobis, sicut praedixi, quoniam, qui talia agunt, regnum Dei non possidebunt.» [...]» Zitiert nach: Mordek, Hubert · Zechiel-Eckes, Klaus · Glatthaar, Michael (Hg.): Die *Admonitio generalis* Karls des Großen. Hannover 2012 (MGH, *Fontes iuris Germanici antiqui in usum scholarum separatim editi*, tom. XVI), S. 202, Z. 168–170 und S. 236, Z. 413–419.

270 Longère, Jean: Art. Predigt, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 7. München 1995 (ND München 2002), Sp. 172. – *Konzil von Tours*, cap. XVII: «Visum est unanimi consensui nostrae, ut quilibet episcopus habeat omelias continentes necessarias ammonitiones, quibus subiecti erudiantur, id est de fide catholica, prout capere possint, de perpetua retributione bonorum et aeterna damnatione malorum, de resurrectione quoque futura et ultimo iudicio et quibus operibus possit promereri beata vita quibusve excludi. Et ut easdem omelias quisque aperte transferre studeat in rusticam Romanam linguam aut Thiotiscam, quo facilius cuncti possint intellegere quae dicuntur.» Zitiert nach Werminghoff, Albert (Bearb.): *Concilia aevi Karolini*, tom. I, p. I. Hannover · Leipzig 1906 (MGH *Concilia*, tom. II, p. I), S. 288, Z. 24–30.

und den Werken der Patristik fand seit dem 12. Jahrhundert eine verstärkte Auseinandersetzung mit der «peccata linguae», der Zungensünde, statt. In diesen Schriften, in denen die Körperlichkeit der Zunge besonders im Vordergrund steht,²⁷¹ wird auf Textstellen des Alten und Neuen Testaments referiert.²⁷²

Zwei Zitate aus dem Jakobusbrief bzw. aus dem Matthäusevangelium besitzen eine herausgehobene Bedeutung, sie werden immer wieder als Belege herangezogen. In Jakobus 3, 2–9 heißt es:

Wer sich in seinen Worten nicht verfehlt, ist ein vollkommener Mann und kann auch seinen Körper vollkommen im Zaum behalten. [...] So ist auch die Zunge nur ein kleines Körperteil und rühmt sich großer Dinge. Und wie klein kann ein Feuer sein, das einen großen Wald in Brand steckt. Auch die Zunge ist ein Feuer, eine Welt voll Ungerechtigkeit. Die Zunge ist der Teil, der den ganzen Menschen verdirbt und das Rad des Lebens in Brand setzt; sie selbst aber ist von der Hölle in Brand gesetzt. Denn jede Art von Tieren, auf dem Land und in der Luft, was am Boden kriecht und was im Meer schwimmt, lässt sich zähmen und ist vom Menschen auch gezähmt worden; doch die Zunge kann kein Mensch zähmen, dieses ruhelose Übel voll von tödlichem Gift. Mit ihr preisen wir den Herrn und Vater, und mit ihr verfluchen wir die Menschen, die als Abbild Gottes erschaffen sind.

Im Matthäusevangelium (12, 36–37) wird der Mensch in Erinnerung an das jüngste Gericht mit folgenden Worten gewarnt:

Ich sage euch: Über jedes unnütze Wort, das die Menschen reden, werden sie am Tag des Gerichts Rechenschaft ablegen müssen; denn aufgrund deiner Worte wirst du freigesprochen, und aufgrund deiner Worte wirst du verurteilt werden.

Theologen des 12. Jahrhunderts, so legen es zumindest Studien von Carla Casagrande, Silvana Vecchio, Gerd Schwerhoff und Bettina Lindhofer nahe, arbeiteten fieberhaft an einer Systematisierung und Durchdringung der sprachlichen Äußerungen. Insbesondere zwischen 1190 und 1260 entstanden eine

271 Der Paradigmenwechsel von der «Zungensünde» zur «Mundsünde» (peccatum oris) wird dem Franziskaner Alexander von Hales (1179/80–1245) zugeschrieben, der in seiner *Summa fratris Alexandri* weniger auf die Körperlichkeit der Zunge an sich abhebt, sondern die Aufmerksamkeit mehr auf den Willen lenkt, denn dieser entscheide über die Schwere der Sünde. Lindorfer: Bestraftes Sprechen (2009), S. 65.

272 Die zentralen alttestamentlichen Passagen nennt Lindorfer: Bestraftes Sprechen (2009), S. 45: in den Psalmen, den Büchern des Hiob, in Jesus Sirach und im Buch der Sprüche.

Reihe grundlegender Werke, die von später wirkenden Klerikern wieder und wieder herangezogen, kommentiert und schließlich auch ins Volkssprachliche übertragen wurden.²⁷³ Eine der ersten Systematisierungsversuche geht auf Bernhard von Clairvaux zurück (* 1190 † 1153). In seiner Predigt *De triplici custodia manus, linguae et cordis* (Die dreifache Überwachung von Hand, Zunge und Herz) aus der Mitte des 12. Jahrhunderts weiß er drei «Zungen» der schlechten Rede zu nennen: die ungezügelte, die unreine und die arrogante. Bei der ersten Zunge unterscheidet Bernhard in die lügnerische und schmeichelnde; die zweite Zunge spreche hingegen Schmähungen aus; und die dritte erkläre sich von selbst.²⁷⁴

In Handbüchern für Prediger und Beichtväter wird den Sprachsünden dann erstmals ausführlich Platz eingeräumt. Die *Summa de arte praedicatoria* (ca. 1180) des Pariser Magisters Alain de Lille († 1202/1203) widmete der Schwatzhaftigkeit (verbositas), der Lüge (mendacium) und der Verleumdung (detractio) je ein eigenes Kapitel. Weitere Schriften dieserart sollten folgen, auffälligerweise in der Mehrzahl aus Paris stammend bzw. abgefaßt durch Kleriker, von denen angenommen wird, dass sie dort ihre Ausbildung erhielten.²⁷⁵

Als in ihrer Radikalität unübertroffen gilt die *Summa de vitiis virtutibus* des Dominikaners Guillelmus Peraldus († 1271) aus Lyon. Diese Schrift, in ihrer Zeit bereits hochgelobt, wurde bis ins 17. Jahrhundert zahlreich kopiert,

273 Casagrande, Carla: Fama e diffamazione nella letteratura teologica e pastorale del sec. XIII, in: Ricerche storiche (Napoli) 26 (1996), S. 7–24. – Casagrande, Carla · Vecchio, Silvana: I peccati della lingua. Disciplina e etica della parola nella cultura medievale. Roma 1987. – Lindorfer: Bestraftes Sprechen (2009). – Schwerhoff, Gerd: Zungen wie Schwerter. Blasphemie in alteuropäischen Gesellschaften 1200–1650. Konstanz 2005 (Konflikte und Kultur – historische Perspektiven, 12).

274 «Est enim lingua dissoluta in sermonibus otiosis, est lingua impudica, est et magniloqua: quarum prior lasciviae, sequens arrogantiae famulatur. Est etiam lingua dolosa, et item lingua maledica: quarum altera in falsiloquam et adulatoriam subdividitur, altera vero nunc in facie contumelias irrogat, nunc detrahit in occulto.» Zitiert nach Bernhard von Clairvaux: Sämtliche Werke. Lateinisch / Deutsch, hg. von Gerhard B. Winkler in Verbindung mit Alberich Altermatt · Denis Farkasfalvy · Polykarp Zakar, Bd. 9. Innsbruck 1998, S. 322. Den bösen Zungen stellt Bernhard in der Predigt *De proprietatibus dentium* (Die Eigenschaften der Zähne) die weißen und starken Zähne gegenüber; diese stehen als Metapher für den Mönch mit vorbildlichem Lebenswandel. Ebenda, S. 718–723.

275 Casagrande · Vecchio: I peccati della lingua (1987), S. 25. – Lindorfer: Bestraftes Sprechen (2009), S. 53–54.

kommentiert und gedruckt.²⁷⁶ Der um 1236 fertiggestellte erste Teil behandelt die sieben Hauptlaster, im etwa zehn Jahre später beendeten zweiten Teil lässt Peraldus die entsprechenden Kardinaltugenden folgen. Das Besondere an dieser Schrift ist ihre Bewertung der Zungensünde, die gleich den sieben Hauptlastern behandelt wird. 24 sprachliche Sünden zählt der Dominikaner auf, darunter auch das Lügen (*de peccato mendacii*), das Verleumden (*de peccato detractiois*), das Beleidigen (*de peccato convicii*) und das Verspotten (*de peccato derisionis*). Diese Sünden würden nach Peraldus keinen bläphemischen Charakter besitzen, zählten also nicht zu den gravierendsten der Zungensünden, sondern sie seien gegen die Mitmenschen gerichtet und würden deren Ehre verletzen.²⁷⁷ Da sich Peraldus auf die zitierte Textstelle in Jakobus 3 bezieht und seine Schrift für Predigt und Ausübung des Bußsakraments gleichermaßen an Bedeutung gewinnen sollte, darf man wohl davon ausgehen, dass seine Auffassung, nach der Zungensünde und Ehrverletzung in einem zwingenden Zusammenhang ständen, auch für Rechtstexte relevant gewesen ist, die diesen Zusammenhang nicht ausdrücklich erwähnen.

Ende des 13. Jahrhunderts werden die Zungen- bzw. Mundsünden²⁷⁸ auch den Zehn Geboten zugeordnet. Während sie anfangs allein dem achten Gebot, «Du sollst nicht falsch gegen deinen Nächsten aussagen» (Ex 20, 16), zur Seite gestellt wurden, ordnete der Dominikaner Jean Nider († 1438) in seinem *Preceptorium divine legis* Verleumdung und Beleidigung dem fünften Gebot zu:²⁷⁹ «Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen, denn der Herr lässt den nicht ungestraft, der seinen Namen missbraucht» (Ex 20, 7). Dass damit, wie Lindorfer schließt, das «System» der Zungensünden auch innerhalb der Dekalogauslegungen zunehmend aus den Fugen» gerate, «weil es sich einmal mehr als unmöglich erweist, die innere Zusammengehörigkeit sprachlicher Delikte innerhalb überlieferter Ordnungen zu bewahren», dürfte übereilt argumentiert sein, zumal Lindorfer nur diesen einen Beleg anführt.²⁸⁰ Vielmehr scheint es so, dass die sündige Zunge weiterhin und mit ungebrochenem Interesse gleichermaßen Teil sowohl der theologischen als auch der strafrechtlichen Diskussion geblieben ist.

276 Mit konkreten Hinweisen: Lindorfer: *Bestraftes Sprechen* (2009), S. 56–57. Zu Peraldus und sein Werk siehe dies.: «Zungensünden» und ewiges Strafgericht (2008).

277 Ebenda, S. 61–62

278 Siehe S. 121, Anmerkung 271.

279 Lindorfer: *Bestraftes Sprechen* (2009), S. 69.

280 Ebenda, S. 69–70.

Die heftigen konfessionellen Kontroversen des 16. Jahrhunderts, aus denen zahlreiche Traktate und literarische Werke zu Beleidigung und Verleumdung (*calumnia*) hervorgehen,²⁸¹ zeigen, dass die Analyse des sündigen Sprechens noch weiter voranschreitet. Es ändern sich die Referenzen; andere biblische Belegstellen, andere Autoritäten werden zitiert. Aber das beschimpfende und diffame Sprechen in seinen sündhaften Zuschreibungen bleibt Stoff glühender Wortgefechte, seitdem es im 12. Jahrhundert zu einem oft besprochenen Thema wurde. So widmete der Elsässer Theologe Johann Geiler von Kaysersberg (* 1445 † 1510) – wie vermutlich kein anderer vor ihm – den Zungensünden im Jahr 1505 eine ganze Serie von Predigten. Martin Luther (* 1483 † 1546) besprach dieses Thema in seiner *Hauspostille* von 1521 mit der Auslegung von Markus 7, 31–37, der Heilung eines Taubstummen; im Rahmen seines *Großen und Kleinen Katechismus* wertete Luther als Verletzung des achten Gebotes «Lüge, Spott, üble Nachrede und Ehrabschneidung, Schmeichelei und falsche Aussage vor Gericht».²⁸² Auch in ermahnenden Schriften, gerichtet an die Großen der Reiche, und in Fürstenspiegeln nahmen die Warnungen vor Lügen und Falschheit seit dem ersten karolingischen «Fürstenspiegel» des Saint-Mihieler Abtes Smaragd (*Via regia*, um 810) zu.²⁸³ Ähnliches trifft auf die

281 Zum Beispiel: Buchanan, George: *Baptistes, sive calumnia. Tragoedia*. London 1577. – Hegelund, Peder Jensen: *Susanna*. København 1578. – Hessus, Helius Eobanus: *Elegia, recens scripta de calumnia*. Wittenberg 1538 (VD16 E1487). Zwei Übertragungen nach der Vorlage Lukians von Samosata: Knaust, Heinrich: *Calumnia. Das mann dem Affterreden, Schendung, Lästörung, Angebung, unnd verleumbdung, so auff andere geredt unnd außgesperet wirdt, nicht leichtlich glauben solle, Oration [...]*. Frankfurt am Main 1569 (VD16 L3021). – Micyllus, Jakob: *Apelles, ein schöne Hiſtoria wider die Verleumbder, in deutschen Reimen von Jacob Corner*. Frankfurt am Main 1569.

282 Bogner, Ralf G.: *Die Bezähmung der Zunge. Literatur und Disziplinierung der Alltagskommunikation in der Frühen Neuzeit*. Tübingen 1997 (Frühe Neuzeit – Studien und Dokumente zur deutschen Literatur und Kultur im europäischen Kontext, 31), S. 66–68 und 109 mit zahlreichen weiteren Belegstellen für Predigttexte.

283 Singer, Bruno: *Der Fürstenspiegel im Zeitalter des Humanismus und der Reformation. Bibliographische Grundlagen und ausgewählte Interpretationen*: Jakob Wimpfeling, Wolfgang Seidel, Johann Sturm, Urban Rieger. München 1981, S. 59, 140 und 192. – Bogner: *Die Bezähmung der Zunge* (1997), S. 70. In der Nachfolge Smaragds mahnt zum Beipsiel auch Jonas, seit 818 Bischof von Orléans, in seiner 834 für König Pippin I. von Aquitanien, einem Sohn Kaiser Ludwigs des Frommen, verfassten Schrift *Institutio regia*, sich vor verleumderischen Hofleuten zu hüten. Er schöpfte hierbei aus seinen eigenen Erfahrungen am Könighof, da er selbst Opfer falscher Anschuldigungen geworden war. Siehe

höfische Epik des hohen und späten Mittelalters zu.²⁸⁴ Das Sprechen an sich ist damit abseits rhetorischer Reflexionen zu einem eigenen theologischen und literarischen Stoffkomplex innerhalb christlicher Wertvorstellungen herangereift, der gleichermaßen von den heilbringenden und den beängstigenden sündhaften Eigenschaften des gesprochenen Wortes ergriffen war.

2. Reinigungseid und Gottesurteil im frühen Mittelalter

Die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtsinstanzen und Gerichte strebten danach, die eben im Abschnitt «Falsche Anschuldigung» genannten fünf Ziele durch ein geregeltes Verfahren und/oder ein abschreckendes Strafmaß zu erreichen. Das hieß zuerst einmal, jede Klage zu prüfen und die vorgebrachte Schuldzuweisung zu erhärten oder als falsch zu enttarnen.

Bereits in frühmittelalterlichen Gesetzen lassen sich erste Spuren für Vorkehrungen in dieser Hinsicht nachweisen. Sie bieten dafür verschiedene Möglichkeiten an, sind aber zum Teil inhaltlich sehr knapp gefasst, so dass eine Interpretation schwer fällt. Im *Gesetz des Langobardenkönigs Ratchis* legte das Gericht die Höhe des Strafmaßes und die Ausführung der Strafe in die Hände des Beklagten:

Will er [der Kläger] aber in einer Sache des Königs etwas erklären, dann darf er an die Pfalz kommen. Und beweist er das, was er über den andern sagt, als wahr, dann wird der Überführte verurteilt und empfängt den Rechtspruch nach Gestalt der Sache, wie es im älteren Gesetzbuch steht. Kann er aber die Wahrheit nicht beweisen, dann wird er jenem in die Hand gegeben samt seinem Gut; der mag mit ihm dann machen, was er will.²⁸⁵

Booz, Ernst: Fürstenspiegel des Mittelalters bis zur Scholastik. Inaugural-Diss. Freiburg im Breisgau 1913, S. 23.

284 Roloff, Volker: Reden und Schweigen. Zur Tradition und Gestaltung eines mittelalterlichen Themas in der französischen Literatur. München 1973, S. 117–187. – Ruberg, Uwe: Beredtes Schweigen in lehrhafter und erzählender deutscher Literatur des Mittelalters. Mit kommentierter Erstedition spätmittelalterlicher Lehrtexte über das Schweigen. München 1978, S. 139–223.

285 «Si vero de causa regis aliquid dicere voluerit, sit ei licentiam veniendum ad palatium; et si, super quem dixerit, veritatem adproverit, sit condemnatus, cui

Nicht nur die mit dem Strafmaß verbundene Ungewissheit mag abschreckend gewirkt haben, sondern es scheint ganz so, als ob dem unschuldig Beklagten damit Tür und Tor für jede Art von Strafe geöffnet wurden. Dem Opfer stand offen, Vergeltung zu üben und eventuell entstandene Schäden auszugleichen. Da es ihm auch frei stand, den Besitz des Verurteilten an sich zu nehmen, räumte das Gericht offensichtlich nicht nur die Gelegenheit ein, den beschädigten Leumund zu restituieren, sondern es wollte auch mögliche materielle Schäden tilgen lassen. Mit diesem Verfahren waren Gefahren verbunden, weil die Überlassung des Vollzugs zu willkürlichen Taten führen konnten, die das gewohnheitsmäßige Maß an Sanktionen überschritten. Außerdem lag im Vollzug dieser Sanktionen der Keim für eine Kette von Vergeltungsmaßnahmen, da nicht der König oder eine von ihm bevollmächtigte Person, die über ausreichende Mittel und Autorität verfügte, mit dem exekutiven Vorgang betraut wurde. Möglicherweise schreckten deshalb andere Rechtsinstanzen zurück, in dieser Weise zu verfahren: Aus anderen Rechtstexten ist ein solches Strafmaß für Injurien nicht bekannt.

In *Ratchis Gesetz* wird deutlich, dass der Kläger den Beweis seiner Aussage antreten musste. Als Beweismittel galt der Reinigungseid (assertorischer Eid), mit dem der Schwörende für seine aufgestellte Behauptung sein Seelenheil verpfändete und mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Richtigkeit dieser Behauptung bürgte. Der Reinigungseid diente nicht der «Ermittlung der Wahrheit von Tatsachen, die das Gericht beurteilen müsste, sondern es wird dadurch der Rechtsstreit zum Abschluss gebracht».²⁸⁶ Es konnte vom Gericht ein Einereid gefordert werden, das heißt nur der Kläger selbst musste eine Eidesformel nachsprechen, oder er musste Eideshelfer beibringen, die mit ihm schworen. Dieser gerichtliche Eid war durch einen strengen Formalismus geprägt: Der Schwörende musste den Eid, der von der Gegenpartei oder einer Gerichtsperson vorgesprochen wurde, präzise wiedergeben. Aus anderen Rechtstexten geht hervor, dass auch dem Beklagten die Möglichkeit offenstand, sich durch einen Eid von der zur Last gelegten Schuld zu reinigen. Damit hätte das Beweisvorrecht bei ihm gelegen und nicht beim Kläger. In einem weiteren Verfahrensschritt war die Eidesschelte möglich: Der Kläger

adprovaverit, et suscipiat sententiam secundum qualitatem cause, sicut anterior edictus continet; et si veritatem adprovare non potuerit, fiat ei datus in manus cum rebus suis et faciat de eo, quod voluerit.» Zitiert nach Beyerle: Die Gesetze der Langobarden (1947), S. 350.

286 Munzel-Everling, Dietlinde: Art. Eid, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1254.

bzw. der Beklagte zweifelte den (Reinigungs-) Eid an und warf damit dem jeweils anderen Meineid vor. Diesem Vorwurf folgte ein Gottesurteil (*iudicium Dei*, *ordalium*), zum Beispiel in Form eines Zweikampfes (*iudicium pugnae*, *duellum*) oder eines Feuerordals.²⁸⁷ Eine Möglichkeit des Feuerordals wird in der karolingischen *Lex Frisionum* im Zusammenhang mit einem fälschlich zur Last gelegten Diebstahl behandelt:

Wenn aber derjenige, der den andern als Dieb belangt, ihn fälschlich anschuldigte und beim Urteil des siedenden Wassers überführt wird, kaufe er mit 60 Schillingen seine Hand frei.²⁸⁸

Bei diesem Gottesurteil musste ein Gegenstand aus siedendem Wasser geholt werden. Wenn die Brandwunde ohne Komplikationen heilte, galt der Proband als unschuldig.²⁸⁹ Diesem Verfahren liegt der Gedanke zugrunde, dass Gott Hüter des Rechts sei und es nicht dulde, dass Schuldige freigesprochen würden. Deshalb wirke er persönlich als himmlischer Richter und zeige den Menschen die Wahrheit. Infolgedessen waren Gottesurteile in ein liturgisches Zeremoniell eingebunden und fanden in der Kirche oder auf dem Kirchhof statt. Nach Fasten, Messe und der Anrufung Gottes durch einen Priester wird der Beweisführer zum Geständnis aufgefordert, falls er sich schuldig fühle; danach wird der eigentliche Gottesbeweis angetreten.²⁹⁰

Der zitierte Artikel aus der *Lex Frisionum* ist aufgrund seiner Komprimierung nicht in jedem Punkt ohne Probleme nachzuvollziehen. Zum einen legt er nahe, dass der sonst verbreitete Reinigungseid in diesem Verfahren vielleicht nicht vorgesehen war, sondern der Beklagte hätte sich gleich dem

287 Drüppel, Hubert: Art. Eid, IV. Germanisches und deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 1677–1680. Zu den Forschungsmeinungen, ob ein Zweikampf ein Gottesurteil sei und wie er sich in die Reihe der anderen Ordale systematisch einfügen lasse, siehe Neumann: Der gerichtliche Zweikampf (2010), S. 19–21; zu den Nachweisen des Gottesurteils in den mittelalterlichen Rechtstexten siehe auch Köbler, Gerhard: Welchen Gottes Urteil ist das Gottesurteil des Mittelalters? In: Vom mittelalterlichen Recht zur neuzeitlichen Rechtswissenschaft. Bedingungen, Wege und Probleme der europäischen Rechtsgeschichte, hg. von Norbert Brieskorn u. a. Paderborn u. a. 1994, S. 89–109.

288 *Lex Frisionum*, Tit. III § 9: «Si vero is qui alium furem interpellavit falso eum calumniatus est et in iudicio ferventis aque fuerit convictus, LX solidis manum suam redimat.» Zitiert nach Eckhardt · Eckhardt: *Lex Frisionum* (1982), S. 44–45.

289 Becker, Hans-Jürgen: Art. Gottesurteil, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 1594.

290 Erler: Art. Gottesurteil (1971), Sp. 1770.

Gottesurteil aussetzen müssen, wenn er auf seiner Unschuld beharrte. Damit läge die Beweisführung beim Kläger. Zum anderen könnte der letzte Teilsatz, «LX solidis manum suam redimat», auf ein zweites Strafmaß, das Talionsprinzip, hinweisen. Falls es der Kläger nicht vermag, seine Hand freizukaufen, müsste er wohl jene Strafe hinnehmen, die den Beklagten bei einer Verurteilung erwartet hätte: den Verlust der Hand.

Hans Helfritz wies am Beispiel des langobardischen Rechts unter König Rothari darauf hin, dass es sich nicht immer nur um Reinigungseide handeln musste, wenn die frühmittelalterlichen Leges im Zusammenhang mit Injurien dazu auffordern, einen Eid zu schwören. Wenn eine Person nämlich schwören musste, dass ihre Beschuldigung, eine andere Person sei eine Hexe oder ein Hexer, nicht zutrefte und er gar nichts in dieser Hinsicht von der beschuldigten Person gehört habe, dann gehe es ja nicht um die Ehrenhaftigkeit des Klägers, sondern um die des Beschuldigten. Damit würden die Merkmale des Reinigungseides nicht zutreffen. Dementsprechend handelt es sich in diesem Fall um eine Form der Genußtung, um eine Ehrenerklärung.²⁹¹

In der älteren Redaktion der *Lex Salica*, entstanden in den Jahren 763/764, wurde in Kapitel 24 auch die falsche Anschuldigung vor dem Königsgerecht als Tatbestand aufgenommen. Dort heißt es, dass derjenige zu einer Geldstrafe verurteilt wird, der vor dem König einen abwesenden unschuldigen Mann anklagt.²⁹² Im Sinne des oben beschriebenen Verfahrens war ohne die Anwesenheit des Beklagten oder eines bevollmächtigten Vertreters keine Beweisführung und damit auch kein Prozess möglich. Vermutlich ging es also darum, die Zahl der Klagen einzugrenzen. Die Vertreter des kanonischen Rechts im hohen Mittelalter und die spätmittelalterlichen Stadtrechte setzten sich – wie im Folgenden gezeigt werden wird – lebhaft mit den Möglichkeiten auseinander, die Gerichtsfälle zu beschränken. Allerdings geht aus dem salfränkischen Artikel nicht hervor, welche Strafe jenen erwartet hätte, der in Gegenwart des Beklagten vor Gericht falsch anklagte.

Die frühmittelalterlichen Leges kennen auch andere, heute weniger befremdliche Beweismittel wie den Wahrnehmungszeugen (*testis*), der seine Aussage auf Grundlage des Augenscheins vor Gericht bringt.²⁹³ Hier waren

291 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 16–17.

292 «De cuique ad regem hominem innocentem absentem accusat, mallobergo seolando veva, sunt dinarii MMD qui faciunt solidus LXII semis culpabilis iudicetur.» Zitiert nach Eckhardt: Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911, Bd. 1: *Lex Salica: recensio Pippina* (1953), S. 44.

293 «Prozeßgeschichtlich wird im allgemeinen zwischen Zufallszeugen, also Zeugen aufgrund zufälliger Wahrnehmungen – sie werden auch Tat- oder Erfahrungszeugen genannt –, und Zeugen unterschieden, die zu rechtserheblichen

Gedanken des römischen Rechts eingeflossen. Das trifft insbesondere für die *Leges Visigothorum* zu. Dort wird wiederholt angemahnt, zur Ermittlung der Wahrheit (*veritas*) Wahrnehmungszeugen heranzuziehen.²⁹⁴ Sollte auf diesem Weg keine Wahrheitsfindung möglich sein, wird dem Richter aufgegeben, den Beklagten zum Reinigungseid zuzulassen. Andere Texte zeigen hingegen die schwerwiegenden Probleme, die mit der Identifizierung von Zeugen verbunden sind. In den *Formulae Turonenses* aus dem 8. Jahrhundert wird die Wahrheit «durch Eidhelfer kundgetan, freilich durch Eidhelfer, die in Wirklichkeit verkappte Tatzeugen sind. Ein Mann schwört hier nämlich, <dum sic veritas comprobaretur>, mit zwölf Helfern, daß er einen Totschlag in Notwehr begangen habe. Seine Helfer sind <homines ibidem commanentes, qui in initio litis ibidem fuerunt vel qui ad ipsos huccos cucurrerunt>. Vierzig Nächte nach diesem Verklärungseid, der ihn von der Verfolgung auf handhafter Tat befreit, schwört er dann mit dreimal zwölf Helfern den eigentlichen Reinigungseid, bei dem von <veritas> keine Rede ist.»²⁹⁵

In einem *Kapitular* Pippins († 811) von 785 und in einem *Kapitular* Ludwigs des Frommen (* 778 † 840) von 816 wird bestimmt, Nachbarn unter Eid als Zeugen zu befragen, um die Wahrheit zu ermitteln – widersprechen sich die Aussagen, soll zumindest nach Ludwigs *Kapitular* ein Gottesurteil entscheiden.²⁹⁶ Trotz dieser Belege scheint die Zulassung von Wahrnehmungszeugen außerhalb des römischen Einflussbereiches selten gewesen zu sein, so dass eine Überführung des Beklagten durch Wahrnehmungszeugen kaum gelang;

Vorgängen ausdrücklich hinzugezogen werden. [...] Darüber hinaus unterscheidet man zwischen Augen- und Ohrenzeugen sowie Zeugen, die ihr Wissen nur vom Hörensagen haben (*testes de auditu*).» Fischer, Matthias G.: Art. Zeugen, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Eikehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 1684. Einen knappen historischen Überblick (Mittelalter und Frühe Neuzeit) zu Zeugen und Zeugenschaft in Recht, Philosophie, Theologie, Literatur und bildender Kunst bei Drews, Wolfram · Schlie, Heike: Zeugnis und Zeugenschaft. Perspektiven aus der Vormoderne. Zur Einleitung, in: Zeugnis und Zeugenschaft. Perspektiven aus der Vormoderne, hg. von Wolfram Drews · Heike Schlie. München 2011 (Trajekte. Eine Reihe des Zentrums für Literatur- und Kulturforschung Berlin), S. 8–12.

294 Kroeschell, Karl: Wahrheit und Recht im frühen Mittelalter, in: ders.: Studien zum frühen und mittelalterlichen deutschen Recht. Berlin 1995 (Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen, N. F. 20), S. 402–404.

295 Ebenda, S. 410.

296 Ebenda, S. 411–412. Weitere Hinweise auf karolingische Kapitularien mit ähnlichen Bestimmungen bei Fischer: Art. Zeugen (1998), Sp. 1685.

für den Ausgang des Verfahrens war im frühen Mittelalter vor allem der Reinigungseid entscheidend.²⁹⁷

3. Das Infamationsverfahren

Von einigen spätantiken Konzilen und Synoden ist bekannt, dass sie sich im Bemühen um eine vorbildliche klerikale Lebensführung eingehend mit Verleumdungen beschäftigten, und zwar einerseits mit solchen, die gegen Geistliche gerichtet, und andererseits mit solchen, die von Geistlichen ausgegangen waren.²⁹⁸ Wurde ein Geistlicher durch (falsche) Anschuldigungen belastet, galt es in vielen Fällen als geboten, dessen Schuld oder Unschuld innerhalb eines Prozesses zu klären. Hatte kein Prozess stattgefunden und war der Verdacht nicht ausgeräumt worden, konnte dennoch darauf gedrängt werden, dass sich der Geistliche von seinem schlechten Ruf (*fama mala*) durch einen persönlichen Reinigungseid glaubhaft distanzierte. Erste Fälle dieserart sind aus dem Umfeld des heiligen Augustinus (* 354 † 430) und Papst Gregors des Großen (590–604) bekannt.²⁹⁹

²⁹⁷ Kroeschell: Wahrheit und Recht im frühen Mittelalter (1995), S. 412–413.

²⁹⁸ Zum Beispiel das *Erste Konstantinopeler Konzil* aus dem Jahr 381 und das *Chalkeodoner Konzil* aus dem Jahr 451: auf beiden Konzilien wurde festgelegt, welche Personen berechtigt waren, Bischöfe oder Kleriker anzuklagen. Die Edition der Texte in Wohlmuth, Josef (Hg.): Dekrete der ökumenischen Konzilien, im Auftrag der Görres-Gesellschaft ins Deutsche übertragen und herausgegeben unter Mitarbeit von Gabriel Sunnus und Johannes Uphus, Bd. 1: Konzilien des ersten Jahrtausends: vom Konzil von Nizäa (325) bis zum vierten Konzil von Konstantinopel (869/70). Paderborn u. a. ²1998, Bd. 2: Konzilien des Mittelalters: vom ersten Laterankonzil (1123) bis zum fünften Laterankonzil (1512–1517). Paderborn u. a. 2000. Bd. 1 (1998), S. 33–34 und 97. Die *Synode von Karthago* von 418 verbot es Geistlichen, Verleumdungen auszustoßen. Bei Verstößen drohten Amtsenthebung und Exkommunikation. Blackmore, Anthony: Christliche Alterthümer. Mit einer Vorrede von Friedrich Eberhard Rambach, Bd. 1. Breslau 1768, S. 361.

²⁹⁹ Trusen, Winfried: Gelehrtes Recht im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Goldbach (bei Aschaffenburg) 1997 (Bibliotheca eruditorum, 23), S. 175.

3.1 Was ist ein Infamationsverfahren?

Im 8. und 9. Jahrhundert begann sich im Frankenreich dieses Verfahren dem königlichen Prozessrecht anzunähern: Wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben, leistete der verdächtige Geistliche seinen Reinigungseid nun mit Eideshelfern. Zu der auf autoritären Argumenten beruhenden Begründung dieses Verfahrens wurden seit dem 8. Jahrhundert insbesondere der *Liber pontificalis* und die um 850 entstandenen Fälschungen in der *Kapitulariensammlung* des Benedictus Levita herangezogen. Der *Liber pontificalis* berichtet in den Viten zu Damasus I. (366–384), Sixtus III. (432–440) und Symmachus (498–514), wie sich diese Päpste auf Synoden von ihrer «mala fama» gereinigt hätten. Im 35. Kapitel des ersten Buches des *Liber pontificalis* wird «ein an die fränkischen Bischöfe gerichtetes Schreiben von Karl d. Gr. von 799 angeführt, in dem er ihnen aufträgt, bis zu seiner erbetenen Antwort Papst Leos zu beraten, wie dem Ärgeris abzuhelfen sei, wenn verdächtige Kleriker ihre Vergehen nicht gestanden, diese aber auch nicht bewiesen werden könnten. Im folgenden c. 36 wird die Entscheidung mitgeteilt, nach der im Einvernehmen mit Papst Leo und vielen Bischöfen sowie dem Reichstage festgesetzt wird, daß jeder angeklagte Kleriker, der nicht gestehe, aber auch nicht überführt werden könne, sich bei einer bleibenden Verdächtigung mit drei, fünf, sieben oder nach dem Ermessen des Bischofs mit noch mehr Eideshelfern reinigen müsse. Schließlich findet sich bei Benedictus Levita in lib. III c. 281 noch ein Nachtrag, worin Karl berichtet, es sei ihm früher unbekannt gewesen, daß schon Papst Gregor II. sich über dieses Problem geäußert habe. Das habe ihm Erzbischof Richulf von Mainz erst auf einer Versammlung zu Worms mitgeteilt.»³⁰⁰

In der Folge bestätigten dieses Verfahren mehrere Synoden innerhalb des Frankenreichs und es trat seit dem 11. Jahrhundert in den päpstlichen Dekretalen häufiger auf, bis es im 12. Jahrhundert einen wichtigen Platz im Prozessrecht der römischen Kirche einnahm. Es wird nach dem Verhandlungsgegenstand «Infamationsverfahren» benannt, in dem zwei Sachverhalte zur Verhandlung kommen: die «infamia iuris» und die «infamia factis».³⁰¹ Die «infamia iuris»

300 Ebenda, S. 177–178.

301 Zum Infamationsverfahren und kanonischen Infamiebegriff siehe Jacobi: Der Prozeß im Decretum Gratiani und den älteren Dekretisten (1913). – May, Georg: Die Infamie im Decretum Gratiani (Erstveröffentl. 1960), in: Ders.: Schriften zur Rechtsgeschichte. Ausgewählte Aufsätze, hg. von Anna Egler · Wilhelm Rees. Berlin 2014 (Kanonistische Studien und Texte, 64), S. 309–332. – Ders.: Die Anfänge der Infamie im kanonischen Recht, in: Zeitschrift der Savigny-

ist eine auf das römische Recht zurückzuführende Ehrenstrafe, die den Verurteilten aus zahlreichen Ämtern ausschließt und ihm das Klagerecht sowie die Zeugnisfähigkeit entzog. Im 4. Jahrhundert fand diese Strafe auch im kanonischen Recht bei Häretikern und Apostaten Anwendung. Sie wurde sowohl im Westgoten- als auch im Fränkischen Reich rezipiert und um den Ausschluss von den kirchlichen Weihen vermehrt; über die *Pseudoisidorischen Dekretalen* fand die «infamia iuris» Eingang in jüngere Rechtstexte.

Die «infamia factis» bezeichnet den Verlust des guten Rufs (bona fama) bzw. die Verdächtigung aufgrund eines Gerüchtes, in ein «scandalum» verwickelt zu sein. Sie bildet sich erst in der fränkischen Zeit aus und wird Grundlage für die Einleitung bzw. die Verhängung des Reinigungsseides. Wurde ein Geistlicher verdächtigt, musste er sich den Vorwürfen stellen; er konnte von seinem Kirchenoberen bis zur Klärung suspendiert und beim Misslingen der Reinigung bestraft werden.³⁰²

3.2 Die Injurien im Kirchenrecht des 12. und 13. Jahrhunderts

Zu den entscheidenden kirchenrechtlichen Grundlagen der Injurien seit dem 12. Jahrhundert gehörten folgende Kapitel aus dem um 1140 entstandenen *Decretum Gratiani*:

- pars II, causa II, question III, cap. II–III (Si accusator in accusatione defecerit, talionem recipiat ...)
- pars II., causa III, questio I., cap. VI (Excommunicentur qui obprobrium et calumpniam inferunt sacerdotibus ...),
- pars II., causa V (In infamiam cuiusdam episcopi cartula accusationis occulte conscribitur ...) und
- pars II., causa VI (Duo fornicatores et infamia notati quendam religiosum episcopum de symonia accusare nituntur ...),

Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abt. 47 (1961), S. 77–94. – Landau: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs von Gratian bis zur Glossa ordinaria (1966). – Trusen: Gelehrtes Recht im Mittelalter und in der frühen Neuzeit (1997).

302 Kuttner, Stephan: Kanonistische Schuldlehre von Gratian bis auf die Dekretalen Gregors IX. Systematisch auf Grund der handschriftlichen Quellen dargestellt. Città del Vaticano 1935 (Studi e testi, 64), S. 20–21. – Trusen: Gelehrtes Recht im Mittelalter und in der frühen Neuzeit (1997), S. 180. – Neumann, Friederike: Öffentliche Sünder in der Kirche des späten Mittelalters. Verfahren – Sanktionen – Rituale. Köln u. a. 2008 (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und früher Neuzeit, 28), S. 33–34.

sowie folgende Titel aus der *Dekretalensammlung* Papst Gregors IX. von 1234:

- liber II, titulus VII (De iuramento calumniae),
- liber V, titulus II (De calumniatoribus),
- liber V, titulus XX (De crimine falsi),
- liber V, titulus XXXVI (De iniuriis et damno dato) und
- liber V, titulus XXXVII (De poenis).³⁰³

Drei wichtige Fragen werden dort behandelt:

1) Wann muss der Kirchenobere einem Verdacht nachgehen? – Der Verdacht müsse vor allem glaubhaft sein, also von ehrenhaften Personen vorgebracht worden sein und nicht von Übel wollenden oder feindseligen. Gelegentlich wurde darüber hinaus eingefordert, dass zu einem Gerücht entsprechende Indizien vorliegen müssten.³⁰⁴ Hinter diesen Überlegungen verbirgt sich die Sorge um den Schutz des verdächtigen Klerikers und die Einschränkung von unberechtigten bzw. falschen Klagen vor einem Gericht. So fügte zum Beispiel Bernhard von Pavia in seiner *Compilatio prima* den angeblich auf dem *Konzil von Tours*, das 1163 unter der Leitung Papst Alexanders III. (1159–1181) stattgefunden hatte, formulierten neunten Kanon «Über die Bestrafung unberechtigter und verleumderischer Klagen» ein,³⁰⁵ unter anderem um, so Bernhard, die Prozesskosten und die Anzahl der Klagen vor Gericht zu senken.³⁰⁶ In ei-

303 Die Zählung der Kapitel folgt der Ausgabe Friedberg, Emil: (Hg.): *Corpus juris canonici*. Editio Lipsiensis secunda post Aemilii Ludouici Richter, curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanae fedem recognouit et annotatione critica instruxit Aemilius Friedberg, 2 Bde. Leipzig 1879/1881. Eine Aufstellung aller Belegstellen der Begriffe «calumnia»/«calumniator» in Reuter, Timothy · Silagi, Gabriel: *Wortkonkordanz zum Decretum Gratiani*, 5 Bde. München 1990 (*Monumenta Germaniae Historica*. Hilfsmittel, 10.1–5), S. 482–483. Ergänzend dazu Hinschius: *System des katholischen Kirchenrechts*, Bd. 5 (1895), S. 204 Anm. 5–9 und S. 207 Anm. 6.

304 Landau: *Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs von Gratian bis zur Glossa ordinaria* (1966), S. 10–21.

305 Zur Entstehungsgeschichte und Rezeption siehe Somerville, Robert: *Pope Alexander III and the Council of Tours (1163). A Study of Ecclesiastical Politics and Institutions in the Twelfth Century*. Berkeley · Los Angeles · London 1977, S. 39–40.

306 Laßpeyres, Ernst A. Th. (Hg.): *Bernardi Papiensis Favientini episcopi Summa decretalium*. Ad librorum manuscriptorum fidem cum aliis eiusdem scriptoris anecdotis editit. Regensburg 1860 (ND Graz 1956), X 5,37.4. – Kéry: *Gottesfurcht und irdische Strafe* (2006), S. 509–510.

nem eigenen Kapitel über Verleumder (*De calumniatoribus*)³⁰⁷ präsentiert er ein Fallbeispiel aus dem frühen 7. Jahrhundert: Papst Gregor der Große rügte in einem Mahnschreiben vom 10. Juli 601³⁰⁸ einen gewissen Anthemius, den «subdiaconus Campaniae», weil er und andere Richter im Verleumdungsfall des Diakons Johannes nicht das rechte Strafmaß gefunden hätten. Hilarius, der Verleumder, müsse hart bestraft werden; er habe sich gegenüber einem Schuldlosen und Geweihten schuldig gemacht. Daher befahl Gregor, Hilarius von seinem Amt zu entsetzen, ihn öffentlich auspeitschen zu lassen und in die Verbannung zu schicken. Bernhard weicht mit seiner Kommentierung dieses Monitoriums vom päpstlichen Strafmaß ab, wenn er in diesem Fall eine auf dem Talionsprinzip basierende Strafe empfiehlt. Ergänzend weist er darauf hin, dass es äußerst schwer sei, die wissentlich falsche Anschuldigung zu beweisen. Es obliege dem Richter, die Vorwürfe zu bewerten und die Modalitäten der Reinigung (*purgatio*) festzulegen.³⁰⁹ Hostiensis ergänzte in seiner Schrift *In quinque libros decretalium lectura* zu Bernhards Empfehlung noch weitere Alternativen. Danach könne man falschen Anschuldigungen vor Gericht mit der Androhung einer Geldstrafe, der Leistung eines Eides, der Furcht vor Infamie und schließlich der Talion begegnen.³¹⁰

2) Welche Rolle spielen Gottesurteile? – Gratian lehnt nicht grundsätzlich das Gottesurteil ab, sondern die Wasser- und Eisenprobe. Jüngere Dekretisten wie Paucapalea (lebte um 1148), ein Schüler Gratians, erklären in diesem Zusammenhang auch den Zweikampf für nicht statthaft und Roland von Cremona († ca. 1259) will nur noch den Reinigungseid zulassen. Andere betonen, dass Geistliche auf keinen Fall einem Gottesurteil unterzogen werden dürften und votieren für eine am Amt und Weihegrad orientierte Anzahl von Eideshelfern beim Reinigungseid.³¹¹

307 Laspeyres: Bernardi Papiensis Favientini episcopi Summa decretalium (1860), X 5.2.1–2.

308 Hartmann, Ludwig M. (Hg.): Gregorii I. papae registrum epistolarum, Bd. 2: libri VIII–XIV. Berlin 1899 (Monumenta Germaniae Historica. Rerum Germanicarum medii aevi: Epistolae, 2), S. 327–328.

309 Kéry: Gottesfurcht und irdische Strafe (2006), S. 510.

310 «[...] modo multa pecuniaria, modo iureiurando modo metu infamie, modo pena talionis in criminalibus; sed et multis aliis modis de calumnia punitur [...]» Henrici de Segusio Cardinalis Hostiensis Lectura in quinque libros decretalium. Venedig 1581 (ND Torino 1965). [...] Lectura in quinque libros decretalium (1581), X 5.37.4.

311 Trusen: Gelehrtes Recht im Mittelalter und in der frühen Neuzeit (1997), S. 182–183.

3) Muss der Reinigungseid öffentlich oder im Geheimen erfolgen? – Während Gratian eine Suspendierung des Verdächtigen vom ausgeübten Amt bis zur Reinigung vorsieht und damit andeutet, dass diese in der Öffentlichkeit zu erfolgen habe, machen andere ihre Entscheidung darüber abhängig vom Zustandekommen des Gerüchts bzw. des Verdachts. Wenn ein Verdacht durch bekannte und angesehene Personen glaubwürdig vorgetragen wird, solle die Reinigung nur vor dem Bischof als Gerichtsherrn und den Klägern stattfinden. Sind die Urheber des Gerüchts nicht bekannt, müsse die Reinigung vor dem Bischof und dem Volke, also in der Öffentlichkeit erfolgen.³¹²

Das Infamationsverfahren sah während des Prozesses keine Prüfung des Tatbestandes durch andere Beweismittel als den Reinigungseid vor. Noch vor Einleitung des Prozesses wurde differenziert zwischen glaubhaftem und zweifelhaftem Gerücht über einen Kleriker. Allerdings unterlag auch diese Differenzierung keiner Beweispflicht durch Zeugen, Sachkundige, Urkunden oder ähnliche Beweismittel. Das bedeutet, die soziale Stellung und die bis zur Verdachtsäußerung erworbene «fama» entschieden maßgeblich über den Ausgang des Verfahrens. Die in den königlichen Leges in Anlehnung an römische Rechtsvorstellungen ausgeprägte Forderung nach Zeugenbefragungen war nicht in die Entwicklung des Infamationsverfahrens eingeflossen. Erst unter Papst Innozenz III. (1198–1216) wurde durch die Zurückdrängung des Reinigungseides zugunsten des «materiellen Beweises» (Tatsachenbehauptung) das Infamationsverfahren grundlegend reformiert und mit dem Inquisitionsprozess eine neue Prozessform geschaffen.

4. Der Inquisitionsprozess

«Inquirere» bedeutet im römischen Recht «aufsuchen», «nachspüren», und das zugehörige Substantiv «inquisitio» ist im Sinne von «Aufsuchung», «Nachsuchung», «Untersuchung» oder auch «Nachforschung» zu verstehen. Die früh- und hochmittelalterlichen Rechtsgelehrten nutzten beide Begriffe in diesem Sinne:

Sie werden sowohl im Anklageprozeß, besonders bei der Beauftragung von Auditoren zur Zeugenvernehmung, zur Feststellung eines *notorium*, im In-

³¹² Ebenda, S. 183–184.

famationsprozeß, bei der Untersuchung von Pfründen- und Amtsübertragungen, Kloster- und Kirchenvisitationen, Wahlangelegenheiten, Bischofstranslationen, Statusfragen, in Ehefällen, bei Häresie und in reinen Verwaltungssachen benutzt.³¹³

4.1 Begriff, Ursprung und Verfahrensmerkmale

Davon zu unterscheiden ist der Inquisitionsprozess, unter dem nach Winfried Trusen folgendes zu verstehen ist:

1. – Der Inquisitionsprozeß entstand unter Innozenz III. durch die Veränderung eines bereits in der Kirche üblichen Verfahrens, nämlich des Infamationsprozesses. Während hier nach der ex officio festgestellten «mala infama (inquisitio famae)», falls kein Geständnis vorlag, nur eine Reinigung durch ein «iuramentum» mit Eideshelfern zugelassen war, wurde nun eine «inquisitio» zur Ergründung der materiellen Wahrheit eingeschoben. Die Beweismittel, vor allem der Zeugenbeweis, wurden dem geltenden Akkusationsprozeß entnommen. Der Reinigungseid des Infamationsprozesses erhielt eine subsidäre Funktion, falls kein voller Beweis gelang, ein starker Beweis jedoch nicht ausgeschlossen werden konnte. [...] 2. – Die Entstehung des Inquisitionsverfahrens ist nur die Konsequenz der Verwissenschaftlichung des Rechts, die zur Ablehnung irrationaler Beweismittel wie der Ordale und des Zweikampfs [...] führte.³¹⁴

Ein wichtiger Unterschied zum ansonsten vorherrschenden Akkusationsprozess, für den die Einleitung durch eine Parteiklage Voraussetzung war, bestand also darin: Mit dem Inquisitionsprozess konnte ein Prozess bei hinreichendem Verdacht von Amts wegen (ex officio) in Gang gesetzt werden. Allerdings fingierte Innozenz, um einen offensichtlichen Traditionsbruch zu vermeiden, die angegriffene «fama», den Ruf einer Person, als «accusatio», als Klage bzw. Anschuldigung.³¹⁵ Ein Kläger hatte Sicherheitsleistungen (Kautio, Bürgen etc.) zu stellen, haftete beim Unterliegen im Prozess für die Entschädigung des Beklagten und mußte in diesem Fall auch die Gerichtskosten tragen.³¹⁶

³¹³ Ebenda, S. 102.

³¹⁴ Ebenda, S. 142.

³¹⁵ Jerouschek, Günter: Art. Akkusationsprozess, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 127.

³¹⁶ Lingelbach, Gerhard: Art. Anklage, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 245.

Nach Trusen seien die ersten wirklichen handfesten Belege für einen Inquisitionsprozess in der am 26. Februar 1206 ausgefertigten Dekretale *Qualiter et quando* zu finden, in der Innozenz seinen Delegaten aufträgt, dass die «seniores» der Ortskirchen dringend nach der Wahrheit forschen sollten, falls gegen beschuldigte Bischöfe ein begründeter Verdacht vorliege.³¹⁷ Wenige Jahre später, 1210, ließ der Papst durch den Notar Petrus Beneventanus eine Sammlung seiner wichtigsten Dekretalen anfertigen, die, nachdem sie den Rechtsgelehrten an der Universität Bologna vorgestellt worden waren, als *Compilatio tertia* zum Grundstock des Inquisitionsverfahrens wurde und nach ihrer Bestätigung durch das Vierte Laterankonzil 1215 rasch Verbreitung fand. Sie ging unter anderem 1234 in den *Liber extra* Papst Gregors IX. ein, einem wesentlichen Bestandteil des *Corpus Iuris Canonici*.³¹⁸ Friedrich II. übernahm als erster König den Inquisitionsprozess in den 1231 erlassenen *Konstitutionen von Melfi* für das Königreich Sizilien. Großen Anteil daran hatte Roffredus Beneventanus, Mitglied des königlichen Hofgerichts. Er sah das Inquisitionsverfahren im römischen Recht begründet und dehnte dessen Einsetzungsbereich nun auch auf die königliche Rechtsprechung aus.³¹⁹

Das neue Verfahren sollte es einerseits erleichtern, die Kirchenoberen zu belangen und sie in einem Disziplinarverfahren ihrer Ämter zu entsetzen; denn für sie scheint es leichter gewesen zu sein, sich durch einen Eid mit Eideshelfern von einem schwerwiegenden Verdacht zu reinigen. Andererseits sollte mit der Durchsetzung des Verfahrens auf dem Vierten Laterankonzil eine flächendeckende Reform und Prüfung der Sitten des Klerus innerhalb jeder Diözese in Gang gesetzt werden.³²⁰ Hinzu kommt noch, dass sich mit dem Inquisitionsprozess der Schutz von angeklagten Personen erhöhte: ihre Taten wurden nämlich von nun an innerhalb des Prozessverlaufes im Sinne der materiellen Wahrheit mit neuen Beweismitteln geprüft.

Zu den Beweismitteln zählten nun neben dem Reinigungseid auch der Augenschein, ein eidliches Zeugnis Dritter – zum Beispiel von Zeugen und Sachverständigen – und Urkunden.³²¹ Dem Richter oblag weiterhin die

317 Trusen: Gelehrtes Recht im Mittelalter und in der frühen Neuzeit (1997), S. 118–119.

318 Ebenda, S. 126–127 und 132.

319 Ebenda, S. 133–134.

320 Ebenda, S. 128.

321 Scharff, Thomas: Auf der Suche nach der «Wahrheit». Zur Befragung von verdächtigen Personen durch mittelalterliche Inquisitoren, in: Eid und Wahrheits-suche. Studien zu rechtlichen Befragungspraktiken in Mittelalter und früher Neuzeit, hg. von dems. · Stefan Esders. Frankfurt am Main u. a. 1999, S. 139–

Beweiswürdigung. Der Beweis erlangte erst Rechtskraft vor Gericht, wenn er von mindestens zwei glaubwürdigen Personen vorgetragen wurde,³²² gegebenenfalls fiel die Zahl der Zeugen auch höher aus; dies wurde dann ausdrücklich für den entsprechenden Prozess vermerkt. Die Zeugen hatten nach vorangegangener Ermahnung wahrheitsgetreu vor Gericht zu sprechen, einen Zeugeneid und im Anschluss daran ihre mündliche Aussage abzulegen. Der Unterschied zwischen Eideshelfer (*coniuratores*, *consacramentales*)³²³ und Zeugen bestand darin, dass die Eideshelfer ihren Eid nicht auf die eigene Wahrnehmung zum vorliegenden Sachverhalt stützten, sondern «auf ihre Überzeugung von der persönlichen Integrität der Partei».³²⁴ Die Aussage eines Zeugen hatte hingegen nur Beweiskraft, wenn sie auf eigene Wahrnehmung (*de visu*) des Sachverhaltes beruhte.

Von der Zeugenschaft waren Frauen, Unfreie, Blinde, Taube, Blödsinnige, Wahnsinnige, Fieberkranke, Betrunkene, Unmündige, «infames», Exkommunizierte, Meineidige, überführte Kriminelle und Korrupte ausgeschlossen, ebenso Beichtväter aufgrund ihres Beichtsiegels. Verwandte standen unter dem Verdacht, zugunsten ihres Familienmitglieds auszusagen, jedoch waren sie grundsätzlich vor einem geistlichen Gericht zugelassen. Personen, die schon einmal falsch ausgesagt hatten oder die einen schlechten Leumund besaßen, sollten aufgrund der mangelnden Glaubwürdigkeit als Zeugen ebenfalls kein Gehör finden. Im *Sachsenspiegel* schloss man sogar jene aus, die sich ungefragt als Zeugen anboten. Juden, Ungläubige und Häretiker sollten als Zeugen ausscheiden, wenn ihre Aussage sich gegen Christen richtete. Falls der Kläger oder der Beklagte dem Gericht schriftliches Beweismaterial vorlegte, hatte der Richter darüber zu entscheiden, ob er das Schriftstück als Beweis zulässt.³²⁵

162. – Schlosser: Art. Beweis (Recht), III. Deutsches Recht (1983), Sp. 30–31, Sp. 30.

322 In Anlehnung an Matthäus 18, 60 und Johannes 8, 17 sowie an das römische Recht. Siehe Fischer: Art. Zeugen (1998), Sp. 1688.

323 Sie konnten auch «testes» genannt werden, deshalb fällt eine begriffliche Abgrenzung in den lateinischen Quellentexten oft schwer. Im Deutschen konnten sie «Helfer», «Eidgenosse» oder auch «Folger» heißen. Siehe Schott, Clausdierter: Art. Eideshelfer, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1261.

324 Nehlsen-von Stryk, Karin: Art. Zeuge, C I. Deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a. Bd. 9. München 1998 (ND München 2002), Sp. 584.

325 Hinschius: System des katholischen Kirchenrechts, Bd. 6 (1897), S. 95–109. – Fischer: Art. Zeugen (1998), Sp. 1686–1687.

Mit dem neuen Verfahren einhergehend versuchte man sich von den irrationalen Beweismitteln zu trennen. Das *Vierte Laterankonzil* bestätigte 1215 einerseits die neue Beweisführung, andererseits auch das Verbot für Geistliche, an Gottesurteilen teilzunehmen.³²⁶ Damit waren Gottesurteile praktisch nicht mehr durchführbar, weil der kultische Rahmen durch die Geistlichen nicht mehr erbracht werden durfte.³²⁷ Die neue Prozessform sollte vor allem Kirchenobere vor falschen Anschuldigungen schützen; denn diese könnten aufgrund ihres Amtes nicht allen gefallen und würden leichter zur «Zielscheibe für den Pfeil»:

Deshalb trafen die heiligen Väter die kluge Entscheidung, daß Anklagen gegen Kirchenobere nicht leicht zugelassen werden dürfen, damit nicht durch Erschütterung der Säulen das ganze Bauwerk einstürzt, es sei denn, man treffe sorgfältige Schutzmaßnahmen, wodurch einer falschen Anschuldigung ebenso der Weg versperrt wird wie einer böswilligen. [...] So haben sie gegen die Krankheiten eine entsprechende Arznei gefunden [...]. Gerät jemand wegen seiner Vergehen so sehr ins Gerede, daß bereits eine allgemeine Klage entsteht, die nicht länger ohne Ärgernis verheimlicht oder ohne Gefahr ertragen werden kann, dann muß man ohne Zögern und Zaudern zur Untersuchung und Bestrafung seiner Verstöße schreiten [...]. Handelt es sich um ein schweres Vergehen, so wird der Schuldige, wenn schon nicht aus dem Ordo, so doch aus der kirchlichen Verwaltung ganz entfernt. Das bedeutet nach dem Spruch des Evangeliums die Absetzung eines Verwalters von seiner Verwaltung, der von seiner Verwaltung keine Rechenschaft geben kann. Demzufolge muß der, gegen den die Untersuchung durchzuführen ist, gegenwärtig sein –, es sei denn, er erscheint im hartnäckigen Ungehorsam nicht vor Gericht –, und die einzelnen Punkte, die den Gegenstand der Untersuchung bilden, müssen dargelegt werden, damit er sich verteidigen kann. Ferner sind ihm nicht nur die Aussagen, sondern auch die Namen der Zeugen bekanntzumachen, damit er weiß, was er gesagt hat. Zugelassen sind auch gesetzliche Einsprüche und Entgegnungen. Denn es darf nicht durch die Geheimhaltung der Namen zur Verleumdung und durch den Ausschluß von Einsprüchen zu Falschaussagen ermutigt werden. [...] Gegen diese Mißstände, sieht man von den allgemein bekannten einmal ab, kann dreifach vorgegangen werden, nämlich durch die Anklage, Anzeige und

326 Art. 4 der *Konstitutionen*: «Niemand darf bei einem Gottesurteil, das mit siedendem oder eiskaltem Wasser oder mit glühenden Eisen vorgenommen wird, einen Segens- oder Weiheritus vollziehen.» ([...] *nec quisdam purgationi aquae ferventis vel frigidae seu ferri candentis ritum cuiuslibet benedictionis aut consecrationis impendat* [...]). Zitiert nach Wohlmüt: *Dekrete der ökumenischen Konzilien*, Bd. 2 (2000), S. 244.

327 Trusen: Das Verbot der Gottesurteile und der Inquisitionsprozeß, S. 247.

Untersuchung. In allen Fällen ist peinlich darauf zu achten, daß nicht durch einen geringen Vorteil ein schwerer Nachteil entsteht.³²⁸

Da im Rahmen der Untersuchung und der Urteilsfindung der Beweis unbedingt überzeugend sein mußte und das Geständnis des Beschuldigten im Sinne eines Bekenntnisses³²⁹ an Bedeutung gewann, nahmen Zwang und Folter zu: «Die Folter als Mittel zur Erzwingung des Geständnisses entsprang also dem wachsenden Interesse der Obrigkeiten an der Erlangung der materi-

328 «Ideo sancti patres provide statuerunt, ut accusatio praelatorum non facile admittatur, ne concussis columnis corruat aedificium, nisi diligens adhibeatur cautela, per quam non solum falsae sed etiam malignae criminationi ianua praecludatur. [...] contra morbum utrumque inuenientes congruam medicinam [...]. Sed cum super excessibus suis quisquam fuerit infamatus ita, ut iam clamor ascendat, qui diutius sine scandalo dissimulari non possit vel sine periculo tolerari, absque dubitationis scrupulo ad inquirendum et puniendum eius excessus [...]; quatenus si fuerit gravis excessus, etsi non degradetur ab ordine, ab administratione tamen amoveatur omnino, quod est secundum evangelicam sententiam a villicatione villicum amoveri, qui non potest villicationis suae dignam reddere rationem. Debet igitur esse praesens is, contra quem facienda est inquisitio, nisi se per contumaciam absentaverit, ex exponenda sunt ei illa capitula, de quibus fuerit inquirendum, ut facultatem habeat defendendi seipsum, et non solum dicta sed etiam nomina ipsa testium sunt ei, ut quid et a quo sit dictum appareat, publicanda, necnon exceptiones et replicationes legitimae admittendae, ne per suppressionem nominum infamandi, per exceptionum vero exclusionem deponendi falsum audacia praebeatur. [...] contra quos, ut de notoriis excessibus taceatur, etsi tribus modis possit procedi, per accusationem videlicet, denunciationem et inquisitionem eorum, ut tamen in omnibus diligens adhibeatur cautela, ne forte per leve compendium ad grave dispendium veniatur [...].» Zitiert nach Wohlmüt: Dekrete der ökumenischen Konzilien, Bd. 2 (2000), S. 238–239 [De inquisitionibus].

329 «In vielen Fällen» war in Anlehnung an die Auffassung vom Beicht- und Schuldbekenntnis «Beweisen» gleichbedeutend mit «Bekennen»; das Verhör zielte nicht nur auf rein äußerliche Fakten ab, sondern diente vorab der Gewissenserforschung der Menschen. Nirgends wird dies deutlicher als in der Inquisitionsgerichtsbarkeit [...].» Zitiert nach Müller, Daniela: Schuld – Geständnis – Buße. Zur theologischen Wurzel von Grundbegriffen des mittelalterlichen Strafprozeßrechts, in: Herrschaftliches Strafen seit dem Hochmittelalter. Formen und Entwicklungsstufen, hg. von Hans Schlosser · Rolf Sprandel · Dietmar Willoweit. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 5), S. 414.

ellen Wahrheit.»³³⁰ Damit trat der Reinigungseid als Beweismittel nicht nur in kanonischen Prozessen zurück. Das neue Verfahren fand Anwendung in königlichen und kommunalen Rechten, besonders in Italien, auf der Iberischen Halbinsel und in Frankreich, schließlich auch in deutschen Rechtstexten.³³¹

4.2 Zweikämpfe

Schon für das 13. Jahrhundert lässt sich nachweisen, dass man auch in Deutschland der älteren Verfahrenspraxis den Rücken zuwandte und ihr Einhalt gebieten wollte. So lässt das *Kolberger Stadtrecht* von 1297 vermuten, dass die ältere Prozessform außergerichtliche Lösungen gefördert haben könnte, denn es stellt den (außergerichtlichen) Zweikampf unter Strafe. Statt des Zweikampfes musste unbedingt der Beweis durch andere Mittel erbracht werden und Ehrenhändel sollten auf keinen Fall außerhalb des Gerichtes verhandelt werden:

Wer den anderen einen Dieb oder Räuber oder Mörder oder Missetäter schilt oder ihn zu Felde außerhalb der Stadt zum Zweikampf fordert, ihm zum Hohn, und es sei so, daß er – der den Vorwurf erhoben hat – das nicht beweisen kann, dann soll er das büßen mit sechzig Schillingen. Davon erhält den dritten Teil der Richter, den dritten Teil die Stadt und den dritten Teil der zu Unrecht Bescholtene.³³²

Aus einem später folgenden Artikel geht hervor, dass für die Beweisführung glaubwürdige Zeugen erbracht werden mussten; dort heißt es:

Wer den anderen dadurch schmäht, daß er ihn zu Unrecht vor dem Gericht beschuldigt, geschlagen oder gezüchtigt worden zu sein, und deshalb behauptet, daß er seinesgleichen nicht sein könne, und wird er dessen durch Zeugen überführt, so muß er es der Stadt büßen mit sechzig Schillingen.³³³

Dieser Befund wird durch andere spätmittelalterliche Stadtrechte gestützt. Der gerichtliche Zweikampf war, wenn er in den städtischen Rechtstexten Erwähnung fand, in der Regel zugelassen, doch schränkten viele Rechte den Zweikampf ein: Kläger und Beklagter mussten gleichermaßen dem Kampf zustimmen, Stadtfremde wurden geschützt. Der Inquisitionsprozess wur-

330 Lieberwirth, Rolf: Art. Folter, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 1612.

331 Landau: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs (1966), S. 15–16.

332 Art. 36, zitiert nach Jancke: Das Kolberger Rechtsbuch (2005), S. 165.

333 Art. 138, zitiert nach ebenda, S. 197.

de gestärkt, um den Zweikampf nur mehr als letztes Mittel des Beweises in Betracht ziehen zu müssen.³³⁴

Das *Vierte Laterankonzil* hatte den gerichtlichen Zweikampf im Zusammenhang mit dem generellen Verbot für Geistliche, an Gottesurteilen teilzunehmen, verurteilt, nachdem seit dem frühen Mittelalter kritische Stimmen zum Zweikampf nicht nur von klerikaler Seite erhoben worden waren, sondern auch einzelne Erlasse von weltlichen Gerichtsherren die Teilnahme der Geistlichkeit an Gottesurteilen untersagt hatten.³³⁵ Kaiser Friedrich II. folgte diesem Beschluss in seinen *Konstitutionen von Melfi*, indem er Gottesurteile und weitgehend auch den Zweikampf als Beweismittel in einem Prozess abschaffte. Diese Erlasse waren gerichtet gegen die Annahme, dass mit diesen Beweismitteln die Wahrheit zutage gefördert werden könne.³³⁶ Aufgrund der Abscheulichkeit der Verbrechensart sind vom Zweikampfverbot Majestätsverbrecher, Meuchelmörder und Giftmischer ausgenommen. Friedrich geht in dieser Regelung davon aus, dass man ohnehin keine gleichwertigen Kämpfer finden könne und daher die Beklagten den Tod finden würden, wenn ihnen entsprechend übermächtige Kämpfer gegenübergestellt würden. Der Zweikampf stelle in diesem Sinne kein Gottesurteil, sondern ein Abschreckungsmittel dar.³³⁷ In den folgenden Jahrhunderten hat der Zweikampfgedanke in seiner metaphysischen Auslegung jedoch nicht vollständig an Bedeutung verloren. Das Vertrauen in die Gerechtigkeit Gottes war von substantieller Bedeutung und schloss keinen Lebensbereich aus.³³⁸ Vielmehr bewegten sich die Zweikämpfe in ihrer Kausalität auf dünnem Eis. Zwischen der Glaubwürdigkeit eines Zweikampfes als Beweismittel und dem Verlangen nach Vergeltung und Wiederherstellung des Leumundes kann

334 Neumann, Sarah: Der gerichtliche Zweikampf. Gottesurteil – Wettstreit – Ehrensache. Ostfildern 2010 (Mittelalter-Forschungen, 31), S. 55–66.

335 Ebenda, S. 66–75.

336 «Wir, die wir der wahren Rechtsgelehrsamkeit folgen und irrige Auffassungen verwerfen, schaffen bei unseren Gerichten die gesetzlichen Einrichtungen ab, welche von gewissen einfältigen Leuten, die weder das Wesen der Dinge berücksichtigen noch die Wahrheit anstreben, Gottesurteile genannt werden.» (Leges, quae a quibusdam simplicibus sunt dictae paribiles, qui nec rerum naturam respiciunt nec veritatem attendunt, nos, qui veram legum sapientiam prosequimur et aspernamur errores [...]). Zitiert nach Conrad · Lieck-Buyken · Wagner: Die Konstitutionen Friedrichs II. von Hohenstaufen für sein Königreich Sizilien (1973), S. 116–117. Die Bestimmungen zu Gottesurteil und Zweikampf im Buch II, Tit. 31–33, ebenda S. 116–213.

337 Ebenda, S. 220–223.

338 Müller: Besiegelte Freundschaft (2010), S. 188–189.

nicht in jedem Fall unterschieden werden. Dieser Verbindung war es wohl geschuldet, dass im Rahmen sogenannter «Kampfgerichte» der Zweikampf unter Aufsicht eines Gerichts für die Entscheidung von Ehrenhändeln noch bis ins 16. Jahrhundert erhalten blieb.³³⁹

Dennoch entfernten sich die Gerichte und Gerichtsherren im späten Mittelalter zunehmend von dieser Lösung. Im Rahmen der Befriedungsmaßnahmen in Landfriedens- und Polizeiordnungen, königlichen, landesherrlichen und städtischen Initiativen sollten gewaltsame Urteilsfindungen zurückgedrängt werden.³⁴⁰ Die unzähligen Erbeinungen, Erbverbrüderungen und Friedensverträge mit entsprechenden Klauseln zur künftigen Friedenswahrung legen exemplarisch ein entsprechendes Zeugnis dafür ab. Streitsachen, auch Ehrenhändeln, sollten vor ein Gericht gebracht und dort – ohne gerichtlichen Zweikampf – entschieden werden. Gerieten die Landesherrn und städtischen Obrigkeiten selbst in Händeln, sollten die Streitsachen durch Vermittler oder festgelegte Schiedsgerichte entschieden werden; im äußersten Fall wurden die Entscheidungen Papst oder Kaiser als den höchsten richterlichen Instanzen des christlichen Abendlandes angetragen. Zorn, Vergeltungsdrang, Falschheit und fehlende Organe, die eine flächendeckende Durchsetzung der Bestimmungen garantiert hätten, beeinträchtigten allerdings immer wieder die Absichten der Gerichtsherren.³⁴¹

339 Fehr, Hans: Der Zweikampf: Antrittsrede 1908. – Hils, Hans-Peter: Meister Johann Liechtenauers Kunst des langen Schwertes. Frankfurt am Main 1985.

340 Fuchs: Um die Ehre (1999), S. 38–39: «Der Zweikampf als Beweismittel bei gravierenden Deliktvorwürfen scheint zuerst in den Städten aus dem Rechtsleben ausgeschieden worden zu sein. Teilweise erfolgen Verbote, zum Beispiel in SOEST schon im *Ältesten Stadtrecht* aus dem 12. Jahrhundert. Daß in viele Niederschriften von Stadtrechten Bestimmungen aufgenommen wurden, mit denen die Bestrafung der Äußerung unbewiesener Beschuldigungen festgelegt wurde, mag unter anderem mit dieser Zurückdrängung zusammenhängen.»

341 Müller: Besiegelte Freundschaft (2010); zu den rechtlichen Bestimmungen siehe das Kapitel «Verträge und Vertragspartner», S. 77–155; zur problematischen Praxis: S. 117–153 und zu den Gründen des Scheiterns: S. 239–280. KÖSTLIN nahm an, dass für die «höheren Stände» das «Strafrecht völlig in der Form des mittelalterlichen Fehderechts aufgegangen» sei und «jene Kampfrechte, in welchen die Rechtssitte des Adels ihren formellen Ausdruck fand, hatten daher den allerunbestimmtesten und vagsten Begriff der Beleidigung überhaupt zur Voraussetzung. Die leitenden Gerichte untersuchten die Art und Größe der Beleidigung in der Regel gar nicht näher, ja sie erfuhren sie wohl kaum.» Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 381–182.

Der zweite zitierte Artikel aus dem *Kolberger Recht* zeigt, dass der von Innozenz III. beabsichtigte, möglichst optimale Schutz des Beklagten auch in den deutschen Rechtstexten Eingang gefunden hatte. Denn nicht der Beklagte muss ausreichend Beweismittel für seine Unschuld erbringen, sondern der Kläger musste durch glaubhafte Zeugen seine Klage beweisen. Hinter diesen Bestimmungen stehen unter anderem die komplexen theologischen Ausführungen zu den «Zungensünden», die seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts gesammelt und systematisiert wurden.³⁴² Es dürfte ein Zusammenhang darin bestehen, dass die Einführung der neuen Beweisführung und die tiefgehenden Überlegungen zur sündigen Zunge der Menschen in den gleichen Zeitraum fallen und in einer klerikalen Umwelt geboren wurden. Die Annahme von der lästerhaften Zunge zog nach sich, über den Schaden für die Mitmenschen nachzusinnen. Aus dieser Einsicht erwuchs die Sorge um durch verbale Äußerungen unschuldig angegriffene Personen.

4.3 Das Nebeneinander der Verfahren

Im deutschen Sprachraum scheinen bis zum Ausgang des Mittelalters beide Formen der Beweisführung, die ältere und die neuere, nebeneinander bestanden zu haben, zumindest deutet zum Beispiel ein Artikel im Schweizer *Amtsrecht von Willisau* aus dem Jahr 1489 darauf hin, wenn dort festgesetzt wird:

Welcher einen von ehren stoßen wollte, das muß beschehen mit fünf unpartheiischen männern oder mehr, deren ehr und eid zu glauben sei und die auch einmündig seien.³⁴³

Dieser Spruch kann nicht ohne weiteres auf Eideshelfer oder auf Zeugen bezogen werden, weil beide Personengruppen in deutschsprachigen Rechtstexten begrifflich nicht klar voneinander zu unterscheiden sind. Das heißt wir könnten hier einen Artikel vor uns liegen haben, der für eine Verurteilung nur Eideshelfer vorsieht und der die allgemein übliche Einschränkung einschließt, dass deren Eid glaubhaft und ihr Leumund ohne Tadel sein musste, wenn der Eid Beweiskraft vor dem Gericht erlangen sollte.³⁴⁴ Jedoch nimmt

342 Siehe ausführlich dazu den Abschnitt «Falsche Anschuldigung», S. 114–125.

343 Zitiert nach Osenbrüggen: Die Ehre im Spiegel der Zeit (1872), S. 12.

344 Weitere Beispiele, die mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Reinigungseid hinweisen, befinden sich in den *Goslarer Statuten* und im *Freisinger Stadtrecht*. Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 39.

der Artikel die Einschränkung vor, dass nur unparteiische Männer vor dem Gericht zugelassen werden dürfen. Gegen die Annahme, dass es sich bei den «unpartheiischen männer[n]» um Zeugen handelt, spricht die hohe Zahl der geforderten Personen. Es gab zwar für Injurienprozesse keine «allgemein» verbindliche Zahl von Zeugen für eine erfolgreiche Prozessführung, jedoch mussten wenigstens zwei Zeugen vor Gericht treten, selten waren mehr als sechs Personen gefordert. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass mit den unparteiischen Männern auf Zeugen angespielt wird, weil «die prozessuale Stellung der Zeugen entsprechend der Formgebundenheit des Prozesses vielfach derjenigen der Eideshelfer angenähert» war, «insofern keine Zeugenvernehmung stattfindet und die Zeugen lediglich die Aussage der Partei beschwören.»³⁴⁵

In dem wenige Jahrzehnte später entstandenen *Rechtsbuch* des Johannes Purgoldt wird der Tatsachenbehauptung durch Zeugen oder andere Beweismittel mehr Glaubwürdigkeit eingeräumt als der Anschuldigung durch mehrere Personen (zwcenn ader drey ader mher lewthe vorleumenden). Wieder geht es darum, für den Beklagten einen möglichst großen Schutz zu bieten, wenn er «guthe swere sythen hadt, undt des leumundt in eyner stadt unvorleczt ist». Erfüllt er diese Voraussetzung und ist die zur Last gelegte Anschuldigung «nicht offenbare», dann sollte er nicht für schuldig befunden werden. Es wird sogar empfohlen, eine schriftliche Freisprechung auszustellen: «man sal im auch das gezceugkeniß eyns guten leumdes, ab im des nodt thut, mit der stad offen brieffe nicht vorsagen.»³⁴⁶ Der Reinigungseid bewahrte sich bis ins ausgehende Mittelalter. Wenn eine Person einer anderen übel nachredete, sie also mit einer Tatsachenbeleidigung angriff, und deswegen vor Gericht zur Rede gestellt wurde, war es ihr, wie ein brandenburgisches Beispiel aus dem 15. Jahrhundert zeigt, möglich, den Richter um einen Reinigungseid zu bitten: So hatte 1481 Thomas Moller eine Witwe namens Ertmudt Valentin aus Berlin beschuldigt, dass sie nach dem Tod ihres Mannes ein uneheliches Kind geboren haben soll. Nachdem die Witwe ihn deswegen verklagt hatte, bekannte er vor dem markgräflichen Hofgericht, die ihm vorgeworfenen Worte tatsächlich gesprochen zu haben, aber «er habs In clagewys geret und nicht der frouwen tzu hon oder tzu smach und erbewt sich, das mit seinem eyde außtzu legen und also tzu bestettigen».³⁴⁷ Diese Bitte

345 Nehlsen-von Stryk: Art. Zeuge, C I. Deutsches Recht (1998), Sp. 584.

346 Buch X, Kap. XXXV, zitiert nach Ortloff: Das Rechtsbuch Johannes Purgoldts nebst statuarischen Rechten von Gotha und Eisenach (1967), S. 312.

347 Urteil des Hofgerichts unter dem Vorsitz Markgraf Johans von Brandenburg, Cölln an der Spree, 17. Oktober 1481. Zitiert nach Raumer, Georg W. (Hg.):

wurde vom Hofgericht allerdings mit der Begründung abgelehnt, dass die Worte von jedermann als verhöhrend und schmähend verstanden würden; Moller müsse statt des Eides einen Widerruf leisten. Der Verurteilte wollte seine Beleidigungsabsicht (*animus iniuriandi*) leugnen und stattdessen mit einem Reinigungseid nachweisen, dass er es gesagt habe, weil er es so wisse bzw. es so gehört habe. Dem Richter stand es hier aber offenbar zu, den Reinigungseid zu verweigern, wenn die Beleidigungsabsicht offen zutage lag. In dem Urteilspruch wird nicht begründet, weshalb man den Hohn aus den Worten herauslesen konnte. Im benachbarten Kursachsen war der Reinigungseid noch in der Oberhofgerichtsordnung von 1549 bestätigt worden.³⁴⁸

Die vorgestellten Beispiele zeigen, dass die Zeugenschaft bis zum Ausgang des Mittelalters nicht in jeder Prozessführung zum Tragen kam, sondern dass «vielfältige Übergangsformen und ein erhebliches regionales sowie zeitliches Gefälle festzustellen sind.»³⁴⁹ Bereits vor den entscheidenden Neuerungen durch Papst Innozenz III. in der Beweisführung und durch die Sensibilisierung in der Buß- und Beichtpraxis für die Gefahren, die von der menschlichen Zunge ausgehen würden, ist aus den Rechtstexten die Sorge um den Schutz des Beklagten abzulesen. Bis zum frühen 13. Jahrhundert sollten neben den Eideshelfern insbesondere die angedrohten Sanktionen helfen, das gerechte Urteil zu finden und Straftäter abzuschrecken. Entscheidend für den Ausgang des Verfahrens waren der gute Leumund, der über Jahre hinweg erworben werden musste, und die Hilfe von glaubwürdigen Personen. Aufgrund der ständischen Gliederung der Gesellschaft dürfte auch maßgeblich auf die Einschätzung, wer mehr oder weniger glaubwürdig war, die soziale Stellung Einfluss genommen haben. In dieser Prozessführung besteht ohne Zweifel die Gefahr, dass der gute Ruf einer Person bzw. ihrer Eideshelfer der Urteilsfindung vorseilt und dass der tatsächliche Tathergang kaum oder keine Berücksichtigung findet.

In gleicher Weise flossen negative Zuschreibungen und Vorurteile in die Würdigung der Beweise ein, mit denen der Ruf einer Person oder einer Personengruppe behaftet war. Die reformierte Prozessführung hat den grundsätzlichen Gedanken zur Ehrbarkeit und Reputation einer klagenden oder beklagten Person nicht aufgegeben. Doch sie führte mit den neuen

Codex diplomaticus Brandenburgensis continuatus. Sammlung ungedruckter Urkunden zur Brandenburger Geschichte, 2 Bde. Berlin · Elbing 1831/1833 (ND Hildesheim 1976), S. 157, Nr. 71.

348 Siehe dazu den Abschnitt «Vorsatz und Fahrlässigkeit», S. 77–85.

349 Nehlsen-von Stryk: Art. Zeuge, C I. Deutsches Recht (1998), Sp. 584.

Beweismitteln die Möglichkeit ein, den Tathergang stärker zu berücksichtigen: Der Leumund einer Person spielte dabei weiter eine entscheidende Rolle, zum Beispiel für die Höhe des Strafmaßes oder die Einschätzung, ob eine Aussage und ein Eid als glaubwürdig einzuschätzen seien. In der *Carolina* spielte der Reinigungseid jedoch keine Rolle mehr,³⁵⁰ Zeugen und Geständnis hatten die anderen Beweismittel weitgehend zurückgedrängt.³⁵¹ Jedoch ist damit zu rechnen, dass – vielleicht sogar wegweisend – die geistlichen Gerichte wesentlich früher aufgrund ihrer institutionellen Gebundenheit den päpstlichen Reformen folgten.³⁵² Der Inquisitionsprozess hatte bis zu diesem Zeitpunkt vor allem im Strafrecht maßgeblich an Geltung gewonnen:

Allerdings hafteten ihm bis weit in das 16. Jahrhundert hinein schwere Mängel an. Sie zu mildern und eine strenge juristische Ordnung zu schaffen, gelang mit Hilfe der italienischen und kanonistischen Lehre und Praxis. Dabei handelte es sich in erster Linie um eine selbständige geistige Verarbeitung, nicht um eine einfache Übernahme fremder Institutionen.³⁵³

350 Kaufmann, Ekkehard: Art. Reinigungseid, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 837.

351 Deutsch, Andreas: Art. Beweis, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 564.

352 Buchda, Gerhard: Art. Gerichtsverfahren, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 1971, Sp. 1556–1557.

353 Ebenda, Sp. 1552.



Kapitel D

Gegenstände der Beschuldigungen und ihre geschlechtsspezifischen Ausdifferenzierungen

[Überblick zum Inhalt von Kapitel D] Vor allem die profanen Rechte bestimmten die Tatbestandsmerkmale der Beleidigung und Verleumdung durch die Nennung von Schimpf- und Scheltwörtern sowie falschen Anschuldigungen näher. Während die frühmittelalterlichen Leges für Frauen nur die falsche Anschuldigung der Hexerei und Hurerei sowie für Männer vor allem die der Hexerei und Feigheit kannten, bildete sich in Anlehnung an das kanonische Verständnis von schweren Verbrechen ein Kanon von Beschuldigungen mit «Kapitalverbrechen» wie Mord, Raub, Sodomie etc. heraus, der sich in zahlreichen profanen Rechtstexten des späten Mittelalters auffinden lässt.

Im Rahmen dieser Kanonbildung schlossen einige Rechtstexte (Vor-)Urteile gegenüber Personengruppen ein, die in sich den Keim einer durch das Recht kodifizierten Vorverurteilung tragen, weil sie einem Geschlecht bestimmte «Defizite» unterstellen, insbesondere dem weiblichen (Geschwätzigkeit, böse Stiefmutter und anderes mehr).

Viele geschlechtsspezifische Beschuldigungen weisen zudem eine hohe zeitliche Kontinuität auf, zum Beispiel tritt innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes der Vorwurf der Hurerei am häufigsten für das weibliche Geschlecht auf. Einen tiefgreifenden Einschnitt im Injurienrecht brachte die systematische Bekämpfung häretischer Gruppen durch die römische Kirche seit dem 12. und 13. Jahrhundert mit sich. Ihre Ergebnisse flossen unmittelbar in die deutschen Rechtstexte ein: Der Sodomie- und Ketzervorwurf – oft sind beide Beschuldigungen in den Rechtstexten kaum voneinander zu unterscheiden – wurde infolgedessen zu einem festen Bestandteil im Injurienrecht.

1. Worum geht es?

Beinahe alle der untersuchten Rechtstexte behandeln Beleidigungen nicht derart, dass darin der Tatbestand definiert wird. In vielen Fällen wurden bestimmte Schmähworte in die Rechtstexte aufgenommen, die entweder als einfache Beleidigungen angezeigt werden oder die dem Opfer ein Verbrechen wie zum Beispiel Diebstahl oder Mord unterstellen und damit den Straftatbestand der üblen Nachrede bzw. der Verleumdung erfüllen. Die Rechtstexte erklären also induktiv die Tatbestandsmerkmale der Beleidigung und Verleumdung: Sie präsentieren konkrete Gegenstände der Beschuldigungen, um die Tatbestände exemplarisch zu veranschaulichen. Besonders umfangreiche Artikel stellen einen Kanon von bis zu zehn Schmähworten auf, der sich in anderen Rechtstexten in ganz ähnlicher Form wiederfindet. Manche dieser Worte wie «Hure» kommen Jahrhunderte lang immer wieder in den Rechtstexten vor, andere treten erst infolge und in Abhängigkeit eines bestimmten Ereignisses oder eines Wandels in der Rechtspraxis auf. Dazu zählen unter anderem die Begriffe «Sodomit» und «Ketzer». Solche Gegenstände der Beschuldigungen werden im Folgenden vorgestellt und ausführlich im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Relevanz und den möglichen sozialen Folgen für das Opfer einer Beschuldigung diskutiert.³⁵⁴

Auf welchen Sachverhalt rekurriert nun aber eine Untersuchung der geschlechterspezifischen Ausdifferenzierungen von Schmähworten und der mit ihnen formulierten Gegenstände der Beschuldigungen? In etwa 25 der untersuchten Rechtstexte wird die geschlechtliche Differenz bei Personen berücksichtigt. Die anderen Texte sehen keine geschlechtsspezifische Unterscheidung von Tatbeständen vor bzw. sie lassen nicht in jedem Fall erkennen, ob sich die entsprechenden Artikel an ein bestimmtes Geschlecht richten. Da die Schmähworte aufgezählt und diese in der Regel in der männlichen Form angesprochen werden, ist eine geschlechtsspezifische Einordnung nicht möglich. Die Bestimmungen zu Injurien im kirchlichen Recht, darauf verwies bereits

354 Eine umfassende Aufzählung dieser Gegenstände bei Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 66–67.

Nicolaus München 1866, sind wohl bis auf wenige Ausnahmen ebenfalls immer mit Einschluss der weiblichen Geistlichen zu verstehen.³⁵⁵ Aus den 25 Ausnahme-Rechtstexten geht nicht hervor, weshalb man sich für eine geschlechterspezifische Trennung bei der Bewertung der Tatbestände entschieden hat. Eine Ausnahme bilden Kaiser Friedrichs II. *Konstitutionen von Melfi*, in denen resümiert wird, dass in der Vergangenheit Frauen durch falsche Anschuldigungen und üble Nachreden sich der Erpressung schuldig gemacht hätten und dass dieser Zustand mit dem neuen Rechtsbuch abgestellt werden soll.³⁵⁶

In den differenzierenden Rechtstexten werden entweder die Tatbestände einem der beiden Geschlechter zugewiesen und besprochen oder es sollten Personen durch die Rechtstexte vor geschlechtsspezifischen Verunglimpfungen unter Schutz gestellt werden. Zum Beispiel haftete nach einigen Texten Frauen der Ruf an, geschwätzig zu sein. Ihrem diffamatorischen Gerede widmete man aufgrund dieses angenommenen Charakterzuges eine eigene rechtliche Behandlung. Diese angeblich typisch weibliche Verhaltensweise ist «external attribuiert», das heißt es wird von Erfahrungen über bzw. von (Vor-) Urteilen mit einer kleineren Gruppe von Personen oder Einzelpersonen auf das Verhalten einer größeren Gruppe geschlossen, zu der noch keine Kenntnisse vorliegen.³⁵⁷ Dabei handelt es sich um eine Vorgehensweise, mit der es erleichtert wird, das Verhalten anderer abzuschätzen und zu kategorisieren.

In einigen Texten werden zum Beispiel Beleidigungen bzw. falsche Anschuldigungen, die besagen, eine Frau sei eine «Hure», als ein gesonderter geschlechtsspezifischer Vorwurf mit Aufmerksamkeit verfolgt. Auch hinter dieser Differenzierung verbirgt sich ein bestimmtes Erwartungsmuster zur Rolle des weiblichen Geschlechts. Allerdings legen die Rollenzuweisungen in den Rechtstexten nahe, dass bei der Bearbeitung der Tatbestände nicht nur geläufige Attribute (Zuschreibungen) aufgenommen wurden, sondern die Benennung konkreter Tatbestände scheint vor allem den rechtlichen Konsequenzen geschuldet zu sein. So werden die Begriffe «Hure» und «Hurensohn» in den Texten mit Blick auf die gesellschaftlichen Einschränkungen, die bei einem Wahrheitserweis folgen konnten, in Beziehung gesetzt.

355 München: Das kanonischen Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 617.

356 Siehe den nachfolgenden Abschnitt «Stiefmütterliche Willkür, Vergewaltigung und «weibisches Geschwätz»», S. 154–170.

357 Mit der externalen Attribution wird angenommen, «dass sich ein Mensch aufgrund der Situation, in der er sich befindet, auf eine bestimmte Weise verhält; dabei wird vermutet, dass die meisten Menschen sich in der gleichen Weise verhalten». Aronson · Wilson · Akert: Sozialpsychologie (2008), S. 104.

Die Beschuldigungen müssen gleichermaßen geschlechterspezifisch erfragt werden: Ereilten die diffamatorischen Worte das Opfer von einer Frau oder einem Mann? Worauf zielte der Vorwurf oder die Beschimpfung, eine Frau sei eine Hure, eigentlich ab: auf sexuelle Freizügigkeit, auf die mögliche Schwangerschaft und die damit verbundenen Probleme des illegitimen Kindes oder auf die eventuelle materielle Gegenleistung, falls es sich um Prostitution handelte? Können auf diese Fragen Antworten gefunden werden, wird es zum Beispiel möglich sein zu erklären, weshalb bei Injurien gegen Männer das Scheltwort «Hurenbock» selten nachzuweisen ist.

Die beiden vorausgeschickten Kapitel zu den Tatbeständen der Verbalinjurien zeigen, dass mit vielen Rechtstexten auch der Versuch verbunden war, Klagen vor Gericht einzuschränken. Deshalb sollten Richter seit dem 13. Jahrhundert nachforschen, ob der Kläger über eine ausreichende Reputation verfügte, ob es sich nur um «weibisches Geschwätz» handelte, dem kein Glauben geschenkt werden dürfe, oder ob man die Beschimpfung vom Hörensagen bzw. aus eigener Wahrnehmung kenne.

Wenn ein Mann zum Beispiel mit dem Wort «Hurensohn» beleidigt wurde, würde der Vorwurf, sich sexuell vergangen zu haben, nicht direkt ihn treffen, sondern seine Eltern, denn deren Leumund stand damit auf dem Spiel.zielte der Vorwurf aber auf den gesellschaftlichen Stand des Mannes ab, der aufgrund seiner Abstammung bestimmten Einschränkungen unterworfen gewesen wäre, dann griff das Schimpfwort dessen Ruf an, denn das delinquente Verhalten der Eltern, so mutmaßte man, lege sich auf den Charakter und die Handlungen des Kindes.³⁵⁸ Es ist natürlich nicht auszuschließen, dass das semantische Wortfeld von «Hurensohn» mehrere Beschuldigungen zugleich einschloss. Trifft das zu, müssten diese erschlossen werden, um nicht einseitigen Urteilen zu erliegen, die unreflektiert Bilder von angeblichen sexuellen Paradigmen des Mittelalters mittransportieren.

358 Zum Beispiel: In Zürich fühlte sich im Jahr 1376 Elsi Seilerin angegriffen, weil «der Schneider Egli zu ihr gesagt habe: Sie sei ein verdammtes Lügenhaar und eine hätte leichter einen Meineid gebüßt als die Lügen, die sie tue. Und sprach, sie werde niemals so bieder wie seine Frau und das lasse sich dadurch wohl beweisen, dass ihr Vater in einem Sack ertränkt worden sei.» Zitiert nach Burghartz: Leib, Ehre und Gut (1990), S. 129.

2. «Stiefmütterliche Willkür», Vergewaltigung und «weibisches Geschwätz»

Auf den ersten Blick haben die «Willkür einer Stiefmutter», die Vergewaltigung einer Frau und das angeblich typisch «weibische Geschwätz» kaum etwas miteinander zu tun. Untersucht man die Behandlung dieser Themen in den mittelalterlichen Rechtstexten, dann fällt allerdings auf, dass in diesen Fällen die Rechtsprechung einem vorgefassten Urteil zu einer bestimmten Personengruppe folgte und aufgrund dieses Urteils die damit zusammenhängenden Rechtsfälle diskutierte und sanktionierte. Das heißt der anderswo gewährte Rechtsschutz vor Verbalinjurien wurde in diesen Fällen gelockert und die Rechtsprechung bestätigte, dass Frauen bestimmte Charakterzüge zu eigen seien, die gemäßregelt werden müssten.

2.1 «Böse Stiefmutter»

Brigitte Kasten (* 1955) folgte auf der Grundlage normativer und historiografischer Quellen aus dem frühen Mittelalter den Spuren der «bösen Stiefmutter» (*noverca venefica*). Dabei «springt die Diskrepanz zwischen dem Tenor der rechtlichen und dem der narrativen Quellen auf. Die erstgenannten beargwöhnten den Stiefvater, die letzteren die Stiefmutter. Beide Quellengruppen haben als übereinstimmendes Merkmal lediglich die augenscheinliche große Bedeutung der Stieffamilien und ihres Potentials an sozialem Unfrieden gemein.» Zu erklären wäre dieser Unfrieden unter anderem mit der Stellung der Stiefmutter als «Hausherrin». Handelt es sich bei der Stiefmutter gar um eine Königin, dann leite sie «aus ihrer Funktion als Herrin des Hauses ihre ureigene Macht her. Die sich so eröffnenden weiblichen Handlungsspielräume riefen das familiäre wie gesellschaftliche Mißtrauen gegen die neue Frau hervor, zumal dann, wenn es um Besitz im Umfang eines königlichen Schatzes ging. [...] Die Stellung der Hausfrau verlieh dieser eine praktische Handlungsfreiheit, die mißbraucht werden konnte und offensichtlich weder durch die Muntgewalt des Mannes noch durch eine gesetzliche Einschränkung zu kontrollieren war. Es mag sein, daß hierin begründet liegt, warum die Stiefmutter mehr als der Stiefvater als böse galt und gilt. Ziel aller ehe- und vermögensrechtlichen Regelungen war der Schutz des häuslichen Friedens, der in sogenannten Hybridfamilien in besonderem Maß bedroht war.»³⁵⁹

359 Kasten, Brigitte: «*Noverca venefica*». Zum bösen Ruf der Stiefmütter in der gal-lischen und fränkischen Gesellschaft, in: Frühmittelalterliche Studien. Jahrbuch

Kasten konnte für die Verurteilung der Stiefmutter nur einen normativen Text auffinden, während sie aus den erzählenden Quellen zahlreiche Beispiele beibrachte. In dem um 475 entstandenen *Codex Euricianus* wird geboten, dass jener, der eine zweite Frau nach Hause führt, die Hinterlassenschaft der ersten Ehefrau den gemeinsamen Kindern übertragen soll, damit die Kinder nicht durch die «iniuria» der Stiefmutter bedroht würden.³⁶⁰ Zweck dieses Artikels ist es, den Rechtsanspruch der Kinder auf das mütterliche Erbe vor dem Zugriff der Stiefmutter zu bewahren, deren Stellung innerhalb der Hausgemeinschaft offensichtlich genug Spielräume geboten hatte, um das Erbe der Kinder zu veruntreuen. Diesen Vorbehalt gegenüber der Stiefmutter arbeitete Kasten überzeugend heraus. Darüber hinaus dürfte die vermögensrechtliche Stellung der Stiefmutter eine Rolle gespielt haben, ganz besonders dann, wenn auch die Stiefmutter eine zweite Ehe einging. Unter diesen Umständen musste sie mit erheblichen Einbußen bei der Erziehung ihrer leiblichen Kinder und der Verwaltung des Vermögens ihres Mannes rechnen.³⁶¹ Hinter den Zeilen von König Eurichs († 484) Rechtsgebung steht der Vorwurf, Stiefmütter seien habgierig und würden ihrer Habsucht auf Kosten von Schutzbefohlenen nachkommen. Denn nicht das Verhältnis von Mann und Frau wird durch Eurich thematisiert, sondern das zwischen Frau und Stiefkindern. Dem Gatten wird hingegen das Unvermögen unterstellt, das Erbe seiner Kinder vor dem Zugriff seiner zweiten Ehefrau bewahren zu können.

In der bereits erwähnten oberdeutschen Fassung des *Welschen Gastes* von Thomasin von Zerclaere wird die Falschheit der Frau in zwei Bildmetaphern vor Augen geführt (Abbildung 5, S. 157): Linkerhand steht eine Frau in werbender Haltung. In der rechten Hand hält sie Feuer, in der linken einen Eimer angefüllt mit Wasser. Feuer und Wasser drücken die Gegensätzlichkeit von Schönheit und Süße einerseits sowie Falschheit und Gift andererseits aus. Thomasin warnt davor, der Falschheit der Frauen zu erliegen, die mit süßem Honig verabreicht würde. Vor der Falschheit der Frauen solle man sich deshalb besonders hüten, weil sie «harter» wäre als die der Männer.³⁶² Rechterhand treibt eine Frau einen Mann, Thomasin nennt ihn einen «tören»,

des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster 35 (2001), S. 150–151.

360 Kap. 321: «Qui autem noversam superduxerit, omnes facultates maternas filiis mox reformat; ne, dum filii cum rebus ad domum transeunt alienam, novercae suae vexentur iniuriis.» Zitiert nach Zeumer: *Codicis Euriciani fragmenta* (1902), S. 22.

361 Kasten: «Noverca venefica» (2001), S. 180–181.

362 Thomasin von Zirclaria: *Der wälsche Gast* (1852), Verse 965–972. Zur Bildinterpretation siehe Kries: *Thomasin von Zerclaere*, Bd. 4 (1985), S. 63, Bild Nr. 22.

in ihre Netze. Wiederum warnt Thomasin: eine schöne Frau «ân ander güete» solle man nicht vertrauen, ihr «valsch» bringe einem nur «hoene».³⁶³

2.2 Der Vergewaltigung beschuldigt

In den *Konstitutionen von Melfi* Kaiser Friedrichs II. wird beklagt, dass Frauen zu Unrecht Männer bezichtigt hätten, sie beraubt oder vergewaltigt zu haben. Sie taten dies entweder in erpresserischer Weise, also mit der zweifelsfreien Absicht, sich einen materiellen Vorteil zu verschaffen,³⁶⁴ oder indem sie einen Mann einer Tat vor Gericht fälschlich anschuldigten:

Wir wollen Einhalt gebieten einem sehr verderblichen und verabscheuungswürdigen Beschwerdegrund, der bislang zum schweren Schaden unserer Untertanen überhandgenommen hat. Denn es gibt Frauen, die über irgendwelche Männer lügenerisch Klage führten, obwohl sie das Unrecht des Raubes oder der Vergewaltigung nicht erduldet hatten; auf diese Art erlangten sie durch die Angst vor künftiger oder schon erhobener Klage, wenn die Beschuldigten auch nur die Unruhe oder den ungewissen Ausgang von Gerichtsverhandlungen fürchten, bisweilen sogar unebenbürtige Heiraten oder verschafften sich manchmal auch von den Angeklagten unter dem Vorwand der vorgenannten Anschuldigung schimpfliche Nachkommen. Wir wünschen und befehlen daher, daß jede Frau, welche künftig einer solch falschen Anschuldigung überführt wird, verspüren soll, daß sie sich in den Schlingen des Todes gefangen hat und in die Grube

363 Thomasin von Zirclaria: Der wälsche Gast (1852), Verse 995–1004.

364 Unter Erpressung wird im gegenwärtigen *deutschen Strafrecht* folgender Tatbestand verstanden: «Wer einen anderen *rechtswidrig* mit *Gewalt* oder durch *Drohung mit einem empfindlichen Übel* zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt *und* dadurch dem Vermögen des Genötigten oder eines Dritten Nachteil zufügt, um sich oder einen anderen zu Unrecht zu bereichern, wird [...] bestraft (§ 252 StGB). [...] *Rechtswidrig* ist die Tat, wenn die Gewaltanwendung oder Drohung zu dem angestrebten Zweck als *verwerflich* anzusehen ist, d. h. wenn das angewandte Mittel nicht im angemessen (sozialadäquaten) Verhältnis zum Zweck steht. Unzulässig ist daher Drohung mit *ungerechtfertigter* Klage oder entehrender Veröffentlichung, um Geld zu erlangen [...]. Der Vorsatz des Täters muß die Umstände umfassen, die das Übel empfindlich und sein Vorhaben verwerflich erscheinen lassen [...]. Hinzukommen muß – zum Unterschied von der Nötigung – die Absicht, sich oder einen Dritten zu Unrecht zu bereichern. Die Bereicherung muß das Ziel der Tat sein, insoweit also Absicht (Schuld) vorliegen, so daß bedingter Vorsatz nicht genügt [...].» Zitiert nach Kauffmann: Rechtswörterbuch (¹²1994), S. 381.



Abbildung 5

Die Falschheit der Frauen im *Welschen Gast* des Thomasin von Zerklære
Gotha, Forschungsbibliothek der Universität Erfurt, Memb. I 120, fol. 14r
(zur Handschrift siehe Abbildung 4, S. 117)

gefallen ist, welche sie für den Untergang eines anderen vorbereitet hatte – sofern sie nämlich das, was sie zur Anzeige brachte, bewiesen hätte.³⁶⁵

Mit diesem Artikel wird ein konkreter Fall von Kalumnie angesprochen. Offensichtlich soll es in der Vergangenheit Fälle gegeben haben, in denen Frauen zu Unrecht Männer mit einer Falschaussage erpresst hätten, eine Eheverbindung mit der Delinquentin einzugehen oder dieser – und das wird nicht detailliert ausgeführt – auf andere Weise einen Vorteil zu verschaffen. Es wird behauptet, dass Männer sich diesem erpresserischen Vorgehen gebeugt hätten aus Angst vor dem ungewissen Ausgang einer stattfindenden bzw. möglichen Gerichtsverhandlung.

Das deutsche Recht kennt diesen Straftatbestand ebenfalls.³⁶⁶ Allerdings räumen andere spätmittelalterliche Rechtstexte wie das *Mühlhäuser Reichsrechtsbuch* dem Schutz der vergewaltigten Frau viel Platz ein, indem es auch jene zur Verantwortung zieht, die nicht gegen den Delinquenten aussagen wollen oder der Frau während der Tat nicht halfen.³⁶⁷ Selbst wenn solche

365 Buch I, Tit. XXIV: «Pessimam et horrendam questus materiam, quae haftenus in grave dispendium subiectorum nostrorum invaluit, resecantes, dum mulieres, quae raptus iniuriam vel violentiam passae non errant, de aliquibus per mendacium querebantur, et sic accusationis instituendae vel institutae timore, dum iudiciorum strepitus [vel eventus] metuerint accusati, etiam imparia matrimonia sortiuntur interdum, interdum etiam stirpem turpem a reis velamento praedictae accusationis acquirunt, volumus et mandamus, ut, quaecumque post haec de tali falsa fuerit delatione convicta, mortis laqueis irretita in foveam incidisse se sentiat, quam alterius casui praeparabat, si ea, quae detulerat, comprobasset.» Zitiert nach Conrad · Lieck-Buyken · Wagner: Die Konstitutionen Friedrichs II. von Hohenstaufen für sein Königreich Sizilien (1973), S. 36–37.

366 Mit Beispielen aus Oberbayern und Goslar siehe His: Das Strafrecht im deutschen Mittelalter, Bd. 2 (1935), S. 138 Anm. 3.

367 «4. 5. Inwoldin abir die luiti die uri gescreigi gihort hettin · zu nicht bikenni, durch sulicherhandi winhaldungi daz weri, daz su iz liezin · noch inwoldin der vroiwin noit nicht helfi brengi · so sal su die richteri besindi · undi sal su bitu- ingi, daz su bikennin bi urmi eidi, daz su gisien undi gihort han · 4. 6. Gisciet iz uf einir hoviſtad, undi sint da luiti uff · undi virligen su der vroiwin noit, daz su iz uri nicht [helfin] cundigi noch clagi [...] den sal min wellindi blie in uri orin giezi [...] 4. 7. Gisce iz abir uzirtalp dir ſtat uf enimi ackiri edir in enimi gartin · die insal zu rehti nimmirme vurucht gitragi, iſt he ſin.» Zitiert nach Meyer, Herbert (Hg.): Das Mühlhäuser Reichsrechtsbuch aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts. Deutschlands ältestes Rechtsbuch nach den mittelalterlichen Handschriften hg., eingeleitet und übersetzt. Weimar 1934 (ND Leipzig 1969), S. 108–109. Ebenso Volkert, Wilhelm (Hg.): Das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des

Passagen anderswo fehlen, sehen alle Rechtstexte, die mit dem *Sachsenspiegel* in Zusammenhang stehen, die Todesstrafe für Vergewaltigungen vor;³⁶⁸ Variationen gibt es nur in der Tötungsart.³⁶⁹

Unter Vergewaltigung, im Deutschen mit «notzucht», im Lateinischen mit «oppressio» und «viloentia» bezeichnet, wurde im Mittelalter eine «gewaltsame oder mit Drohung einhergehende Erzwingung geschlechtlichen Umgangs» verstanden. Sie galt als «ein gegen die Geschlechtsehre der Frau und die Ehre ihrer Familie gerichtetes Delikt.» Oft waren nur unbescholtene Frauen, also ehrenhafte Unverheiratete, Vermählte und Witwen geschützt. Der *Sachsenspiegel*, der *Schwabenspiegel* und das *Augsburger Stadtbuch* von 1276 berücksichtigten in ihren Artikeln zur Vergewaltigung.³⁷⁰ In die Bewertung der Straftat flossen zudem «Herkunft und Stand von Täter und Opfer» sowie «die Folgen der jeweiligen Tat als die überwiegende Schande, Verhöhnung und Befleckung, das heißt die endgültige und irreparable Beschädigung des Opfers.»³⁷¹

Bayern von 1346, hg. von W. V. unter Verwendung der Vorarbeiten von Walter Jaroschka (†) und Heinz Lieberich (†). München 2010 (Bayerische Rechtsquellen, 4), Art. 57, S. 291.

368 Dane, Gesa: «Zeter und Mordio» Vergewaltigung in Literatur und Recht. Göttingen 2005, S. 63–66. – Teufert, Eveline: Notzucht und sexuelle Nötigung. Ein Beitrag zur Kriminologie und Kriminalistik der Sexualfreiheitsdelikte unter Berücksichtigung der Geschichte und der geltenden strafrechtlichen Regelung. Frankfurt am Main 1980, S. 15–35.

369 Siehe Kümper, Hiram: Sachsenrecht. Studien zur Geschichte des sächsischen Landrechts in Mittelalter und früher Neuzeit. Berlin 2009 (Schriften zur Rechtsgeschichte, 142), S. 539 und Teufert, Eveline: Notzucht und sexuelle Nötigung. Ein Beitrag zur Kriminologie und Kriminalistik der Sexualfreiheitsdelikte unter Berücksichtigung der Geschichte und der geltenden strafrechtlichen Regelung. Frankfurt am Main 1980, S. 15–27.

370 Ebenda, S. 536. – Saar: Art. Notzucht (2002), Sp. 1298–1299.

371 Kleinen, Michael: «... zur Wollust und zur Unzucht preisgegeben». Vergewaltigungsszenen in den Berichten zum Sachsenaufstand gegen König Heinrich IV. (1073–1083), in: Leben in der Stadt. Eine Kultur- und Geschlechtergeschichte Magdeburgs, hg. von Eva Labouvie. Köln · Weimar · Wien 2004, S. 182. Noch schärfer formuliert Kleinen auf S. 183: «Vergewaltigungen wurden im Früh- und Hochmittelalter vor allem als Rechts- bzw. Regelverletzungen auf der Ebene des Raubes und der Beschädigung aufgefasst. Die Gewaltausübung war im Verständnis der Zeitgenossen weder ein hinreichendes noch ein notwendiges Kriterium, um sexuellen Verkehr als Vergewaltigung klassifizieren zu können.» Dieser Befund ist allerdings von Kleinen nicht ausreichend belegt, insbesondere

Den in den *Konstitutionen* angesprochenen Erpressungszweck, eine Ehe mit der Delinquentin einzugehen und mit ihr Kinder zu zeugen, erwähnt auch Shulamith Shahar (* 1928), wenn sie meint, dass Klagen wegen einer Vergewaltigung «zu mancher unstandesgemäßen Ehe» geführt hätten. Denn die «Frau kann mit der Verleumdung, vergewaltigt worden zu sein, auf Heirat klagen und den Mann zur Ehe mit ihr zwingen.»³⁷² Belege für diese Aussage fehlen bei Shahar allerdings. Vermutlich rekurriert sie auf die frühmittelalterlichen Bestimmungen im *Edictum Rothari* und in der *Lex Frisonum*, wonach eine Ehe zwischen Opfer und Vergewaltiger zwar als Frauenraub galt, jedoch Gültigkeit besaß.³⁷³

Auch Chronisten wie Georg Spalatin (* 1484 † 1545) nahmen spektakuläre Erzählungen in ihre Werke auf, um Anklagen von Frauen über angebliche sexuelle Übergriffe zu thematisieren. In seiner *Chronik der Sachsen und Thüringer* berichtet er über Kaiserin Maria, einer legendären Gemahlin Kaiser Ottos III. (* 980 † 1002) und Tochter des Königs von Aragon (siehe Abbildung 6, S. 161). So habe die Kaiserin den verdienten Getreuen ihres Gemahls, den Grafen von Amula, der als der schönste Mann weit und breit galt, sehr begehrt. Sie täuschte eine Krankheit vor, bat den Grafen in ihre Kammer und enthüllte diesem ihr Verlangen. Der Graf lehnte ab und floh, nachdem die Kaiserin zudringlich wurde. Dabei riss die Kaiserin ein Stück seines Mantels aus. Erboßt über die Zurückweisung, klagte die Kaiserin den Grafen vor ihrem Gemahl an und legte das Mantelstück als Beweis vor. Der Graf wurde hingerichtet und vergoss bei seiner Enthauptung Blut und Milch – ein Umstand, der als sicheres Zeichen für ein ungerechtes Urteil gedeutet wurde. Da sich viele ob dieses Urteils empörten, mußte der Kaiser einen Gerichtstag einberufen, auf dem die verwitwete Gräfin erschien und anbot, sich einem Gottesurteil zu unterziehen. Ohne Wunde überstand sie, ein glühendes Eisen zu tragen. Die Kaiserin gab daraufhin ihre Lüge zu, wurde verbrannt und die Gräfin mit mehreren Burgen entschädigt.³⁷⁴

nicht durch einen überzeugenden Abgleich von römischem, kanonischem und profanem Partikularrecht. Die lateinischen und deutschen Begrifflichkeiten für Vergewaltigung machen aber deutlich, dass Zwang und Gewalt in jedem Fall ein wichtiges Tatbestandsmerkmal im Mittelalter gewesen sein müssen.

372 Shahar, Shulamith: Die Frau im Mittelalter. Königstein im Taunus 1981, S. 28.

373 Kleinen: «... zur Wollust und zur Unzucht preisgegeben» (2004), S. 182–183.

374 Nach einer anderen Legende soll Otto III. sich in die Gemahlin des Crescentius I. Nomentanus († 998) verliebt haben. Der historische Crescentius hatte den von Otto eingesetzten Papst aus Rom vertrieben und stattdessen Johannes XVI. († ca. 1013) zum Papst erhöht. Otto rächte diese Tat, indem er Johannes verstümmeln



Abbildung 6

Eine von fünf Illustrationen zur Geschichte der legendären Kaiserin Maria aus dem zweiten Teil von Georg Spalatins *Chronik der Sachsen und Thüringer*. Nach einer mitteldeutschen Papierhandschrift aus dem späten 16. oder frühen 17. Jahrhundert.

Gotha, Forschungsbibliothek der Universität Erfurt, Chart. A 190, fol. 300r (zur Handschriftenbeschreibung siehe Rockar, : *Abendländische Bilderhandschriften* der Forschungsbibliothek Gotha [1970], S. 40)

Das *Eisenacher Rechtsbuch* des Johannes Rothe weiß zu berichten, dass die Kinder aus Ehen zwischen einer Vergewaltigten und einem Vergewaltiger nicht gleichgestellt würden mit legitimen Nachkommen anderer Ehen. Das Kirchenrecht hingegen, so Rothe weiter, berücksichtigte die Rechte der Kinder aus diesen Ehen:

Wer eynis andirn mannes wip behurit, mayd adir wip nodzoogit, nemmit he si darnach zcu der e, eliche kindir gewynnen si nummer miteynandir, di erin rechtin gevolgin mogin, noch der stad rechte, lantrechte und noch der witpildisrechte. Abir noch geistlichim rechte mogen si sich zcu der e nehmen, waz si an dem rechtin irwerbun mogin, daz volget en.³⁷⁵

Rothe streift hier in aller Kürze einen größeren Rahmen von eherechtlichen Konsequenzen bei Strafdelikten. Hiram Kümpers (* 1981) Einschätzung in diesem Zusammenhang, wonach im Sachsenrecht die «Ehe zwischen Vergewaltiger und Opfer [...] ebenso wie die zwischen Ehebrechern für unstatthaft erklärt» wird,³⁷⁶ stimmt nicht zur Gänze. Denn so wie es Rothe korrekt wiedergibt, wird die Legitimität der Kinder aus dieser Verbindung im *Sachsenspiegel* infrage gestellt und nicht die Ehe an sich:

Swe so enes mannes wif behuret openbare, oder wif oder maget nodeget, nimt he se dar na to echte, echt kint ne wint he nimmer bi er.³⁷⁷

Einzuräumen ist, dass sich bereits aus dem Strafmaß für die Tat eine Eheschließung verbietet, denn mit einem hingerichteten Delinquenten lässt sich kein Ja-Wort tauschen. Der *Sachsenspiegel* will hier offensichtlich nachträglich regulierend auf eine nicht vor Gericht gebrachte Straftat einwirken. Das widersprach kanonischem Recht, wie Rothe zu erzählen weiß. Da er nachdrücklich auf diesen Gegensatz aufmerksam macht, dürfte ihm die päpstliche

ließ; Crescentius wurde gefangengenommen und hingerichtet. Als Otto von Rom wieder nach Deutschland zurückkehren wollte, übergab ihm Crescentius' Frau ein Paar vergifteter Handschuhe und einen Ring; Otto starb, als er die Geschenke annahm. Zur Legende nach der «Sächsischen Weltchronik» (1269/1275) siehe Herkommer: *Das Buch der Welt* (2000), Editionsteil, S. 162–165.

375 Zitiert nach Rondi Peter (Bearb.): *Eisenacher Rechtsbuch*. Weimar 1950 (Germanenrechte, N. F. Abt. Stadtrechtsbücher, 3), Buch 1, Kap. 44, S. 68.

376 Kümpers: *Sachsenrecht* (2009), S. 536.

377 Landrecht, Buch I, Art. 37. Zitiert nach Eckhardt: *Sachsenspiegel* (1966), S. 100. Diesen Artikel übernahm unter anderem das *Zwickauer Rechtsbuch* in Art. 33 (Ob eins mannes wip behüret wirt), siehe Ullrich, Günther (Bearb.) unter Mitarbeit von Hans Planitz: *Zwickauer Rechtsbuch*. Weimar 1941 (Germanenrechte N. F. Abt. Stadtrechtsbücher, 2), S. 126.

Bulle *Salvator humani generis* Gregors XI. (1370–1378) zumindest mittelbar bekannt gewesen sein, mit der vierzehn Artikel des *Sachsenspiegels* verketzert wurden. Darunter befand sich eben auch jener Artikel zum Umgang mit dem Vergewaltigungsdelikt.³⁷⁸

Hier stand ein grundsätzliches Problem zur Disposition: Bei sexuellem und verbalem Missbrauch von Frauen sollte deren materielle Sicherheit gewährleistet und ihre geschändete (Geschlechts-)Ehre wieder hergestellt werden. Drei Delikte, die in der Praxis auch ineinander übergehen konnten, werden dabei sichtbar: 1. die Defloration einer Frau außerhalb der gemeinsamen Ehe, 2. der Bruch eines gegebenen Eheversprechens, für das sich die Frau im Gegenzug dem sexuellen Verlangen des Mannes hingegeben hat, und 3., der schlimmste Eventualfall, die Vergewaltigung einer Frau. Die nach Rothe unstatthafte Anerkennung der Kinder aus Ehen, die infolge einer Vergewaltigung zustande kamen, findet ihre Parallele in Verboten gegen Inzestehen. Auch dort wird versucht, durch Abschreckung Personen davon abzuhalten, eine Ehe mit einer verwandten Person einzugehen. Diese Drohung dürfte ihre Wirkung nicht verfehlt haben, denn die in Aussicht gestellte Bestrafung ist bei Kinderwunsch unausweichlich und wiegt schwer, da auf rechtllichem Weg nichts an die leiblichen Nachkommen weitergegeben werden konnte.³⁷⁹ Über den spätantiken *Codex Theodosianus* ging diese Form der Drohung in die *Leges Visigothorum* und «einige wenige fränkische Rechtshandschriften» ein, darunter befindet sich auch die umfangreiche Inzestgesetzgebung innerhalb der *Kapitulariensammlung Bischof Isaaks von Langres* (859–880).³⁸⁰

378 Die Bulle Gregors XI. ist mehrfach mit dem *Sachsenspiegel* gemeinsam überliefert. Siehe dazu die Nachweise bei Oppitz, Ulrich-Dieter: Deutsche Rechtsbücher des Mittelalters, Bd. 2 (1990), S. 551, 627 und 636. Zum durch den Augustiner Johannes Klenkok († 1374) 1369 ausgelösten Streit zwischen Anhängern und Gegnern des *Sachsenspiegels*, in dessen Folge die Papstbulle erlassen wurde, siehe Kullmann, Hans J: Klenkok und die «Articuli reprobati» des *Sachsenspiegels*. Frankfurt am Main 1959. – Lade-Messerschmied, Ulrike: Die articuli reprobati des *Sachsenspiegels*. Zur Rezeption eines Rechtstextes, in: Der *Sachsenspiegel* als Buch. Vorträge und Aufsätze, hg. von Ruth Schmidt-Wiegand. Frankfurt am Main 1991 (Germanistische Arbeiten zur Sprache und Kulturgeschichte, 1), S. 169–217.

379 Zur Theorie der Abschreckung, die besagt, «dass Menschen unter Androhung rechtlicher Bestrafung von kriminellen Handlungen absehen, solange diese Bestrafung als schwer, unausweichlich und rasch eintretend empfunden wird», siehe Aronson · Wilson · Akert: Sozialpsychologie (2008), S. 543.

380 Kasten: «Noverca venefica» (2001), S. 160 und 165.

2.3 Defloration und Verlöbnis

Ludwig Schmugge (* 1939) kann auf Grundlage von Bittschriften an den Papst, die sich in den Beständen der Apostolischen Pönitentiarie für die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts erhalten haben, aus mehr als 6000 Belegen deutscher Herkunft eine Reihe von Beispielen aufzählen, in denen sich Frauen vor allem wegen Defloration bzw. wegen eines gebrochenen Eheversprechens beim Papst oder den örtlichen Offizialaten beklagten.³⁸¹ Beide Tatbestände wurden durch die geistlichen Gerichte in der Regel, wenn das Urteil zugunsten der Frau ausfiel, mit einer materiellen Entschädigung in Form eines «Kranzgeldes»³⁸² sanktioniert. Es sollte den Ehrverlust der Frau und ihres Vormundes ausgleichen helfen, der infolge der Defloration zu einer schwierigen Verheiratung und den Verlust an Ausstattung bzw. zu einer Erhöhung der zu zahlenden Mitgift führen konnte. Aus diesem Grund richtete sich das Kranzgeld nach Herkunft und Ansehen der betroffenen Frau und ihres Vormundes. Zur Einlösung eines angeblich gegebenen Eheversprechens kam es im 15. Jahrhundert nicht, obwohl die anklagenden Frauen dies zum Teil als Ziel vor Augen hatten.³⁸³

Die Zahlung des Kranzgeldes konnte noch einen anderen Zweck erfüllen. Es ging darum, den Vorwurf der «Hurerei» entgegenzutreten, indem der Mann durch die Zahlung seine Schuld eingestand und damit die Ehre des Opfers wiederherstellte und anerkannte. So soll sich nach einem Protokoll

381 Schmugge, Ludwig: *Ehen vor Gericht. Paare der Renaissance vor dem Papst*. Berlin 2008, S. 81–83, 206–209 und 256.

382 Schmugge verwendet hier einen Begriff aus dem 1998 aufgehobenen § 1300 des *Bürgerlichen Gesetzbuches*. Dabei handelt sich um das Recht einer unbescholtenen Verlobten, «wenn sie ihrem Verlobten im Hinblick auf das Eheversprechen die Beiwohnung gestattet hat, bei dessen unberechtigten Rücktritt vom Verlöbnis auch für den hierdurch erlittenen Nichtvermögensschaden, z. B. wegen verminderter Heiratsaussichten, eine Entschädigung in Geld [zu] verlangen, deren Höhe vom Gericht nach billigem Ermessen festzusetzen ist. [...] Unbescholtenheit i. S. der Vorschrift bedeutet Unversehrtheit der Geschlechtsehre.» Zitiert nach Kauffmann: *Rechtswörterbuch* (¹²1994), S. 1291–1292.

383 Das ältere kanonische Recht forderte von den Männern entweder die Heirat der «entehrten» Frau oder die Zahlung des Kranzgeldes. Die profanen Rechte folgten dem kanonischen darin bis sie im 14. und 15. Jahrhundert ein eigenes Strafmaß festlegten, zum Beispiel Verbannung, Ehrenstrafen oder in einigen Fällen auch die Todesstrafe. Siehe dazu His: *Das Strafrecht des deutschen Mittelalters*, Bd. 2 (1935), S. 146–147.

des Konstanzer Offizialats von 1455 Kunigunda Hueberin aus der Pfarre Gossau bei St. Gallen angeblich gegenüber ihrem Liebhaber, der nach sexuellem Entgegenkommen verlangte, vor dem vollzogenen Geschlechtsakt versucht haben abzusichern. Sie sprach zu Othmar, ihrem Liebesgesellen:

Sichst du Othmar, ich wil din huor nit sin, welist aber zuo mir komen als ain man zuo inem elichen wib, so kom.

Wissend, dass die Erfüllung seines sexuellen Wunsches nun zum Greifen nahe ist, soll er Kunigunda geantwortet haben:

Ich begir nit, das du min huor syest.

Um ihren und den Worten des Mannes Nachdruck zu verleihen, drohte sie daraufhin:

Beschissest du mich, ich sag dir, ich wolt dich darumb gen Costenz laden, engiengist du mir den uuis der E, ich wolt an dich umb den bluomen.³⁸⁴

Dieser lebhaft wiedergegebene Dialog, den die Hueberin dem Offizial im Nachhinein aus der Erinnerung zum Besten gab, besagt, dass sie Othmar gedroht hätte, ihn in Konstanz wegen des gegebenen Eheversprechens zu verklagen. Falls dieser Prozess nicht zu ihren Gunsten ausfallen würde, werde sie auf Defloration klagen. Offenbar kannte die Frau nicht nur die beiden Tatbestände «Bruch des Verlöbnisses» und «Defloration», sondern sie und ihr Liebhaber hatten offensichtlich das gleiche Verständnis vom Begriff «Hurerei». Der Beischlaf innerhalb des Verlobungszeitraumes und noch vor Eheschluss scheint jedoch bei beiden auf keine moralischen Einwände gestoßen zu sein.³⁸⁵ Dass diesen beiden Tatbeständen höchste Aufmerksamkeit zukam, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass sich die Höhe des Kranzgeldes um 1500 wohl mindestens verdoppelte.³⁸⁶

384 Zitiert nach Schmutge: Ehen vor Gericht (2008), S. 206.

385 Arnold Angenendt und Ludwig Schmutge kommen in ihren Untersuchungen zur spätmittelalterlichen Ehe zu dem Ergebnis, dass in Bezug auf die geschlechtliche Lust «ein geradezu modernes Eheverständnis» bestanden habe (Angenendt, Arnold: Ehe im Mittelalter. Mit Anmerkungen zur Xantener Ehegerichtsbarkeit, in: Xantener Vorträge zur Geschichte des Niederrheins 1996–1998, hg. von Dieter Geuenich. Duisburg 1998, S. 75). Es ergebe sich «der Eindruck eines vielfach unverklemmten sexuellen Umgangs zwischen den Geschlechtern, der offenbar auch vor der Ehe in allen Schichten der Bevölkerung praktiziert worden ist». Schmutge: Ehen vor Gericht (2008), S. 250.

386 Schmutge: Ehen vor Gericht (2008), S. 256.

2.4 «Weibisches Geschwätz»

Mit dem dritten Thema, dem «weibischen Geschwätz», wurde von den Rechtstexten ein eher beiläufiges Delikt aufgegriffen, dass zum Teil nicht sanktioniert war oder dessen Bestrafung man dem Ehegatten einer Delinquentin überließ. Kommt dieses Delikt zur Sprache, werden ausschließlich Beschimpfungen und Zank zwischen Frauen in den Blick genommen. Bei Beleidigungen zwischen den Geschlechtern treten jene Artikel in Kraft, die im Kapitel «Beschimpfung und üble Nachrede» behandelt worden sind. In den wenigen Rechtstexten, die sich gesondert dem «weibischen Geschwätz» widmen, wird nicht ausgeführt, weshalb abweichend von anderen Rechtstexten diese Zusätze eingefügt worden sind. Es werden auch keine direkten Bezüge zur Heiligen Schrift oder zu Kommentaren der Kirchenväter hergestellt.

Auffällig ist, dass der weibliche Anteil an Verbalinjurien vor Gerichten deutlich geringer ist als jener der Männer. Diese Beobachtung wird durch Befunde aus Regensburg³⁸⁷ oder auch durch Schweizer Beispiele zu blasphemischen Äußerungen³⁸⁸ gestützt. Möglicherweise wertete man die schmähenden Worte von Frauen tatsächlich nicht als Angriff auf die Ehre einer Person, also nicht als einen Tatbestand der Beleidigung, und verhandelte sie deshalb nicht vor Gericht, sondern überantwortete die Züchtigung ihrem Gemahl.³⁸⁹

Gerd Schwerhoff geht davon aus, dass die Zahl an weiblichen Delinquenten «vor mit «petty crimes» und Alltagskonflikten beschäftigten Niedergerichten eher» zunahm.³⁹⁰ Obwohl er diese Aussage nicht durch Belege untermauert, zeichnen sich parallele Entwicklungen in den Rechtstexten mit Bestimmungen zu weiblichen Injurien für den Ausgang des Mittelalters ab. Denn das alemannische Recht scheint für mehrere Jahrhunderte eines von wenigen Rechten mit Bezügen zu weiblichen Schmähreden zu sein.³⁹¹ Im 15. und 16. Jahrhundert befasst sich dann eine ganze Reihe von Rechtstexten ins-

387 Wernicke, Steffen: Von Schlagen, Schmähen und Unendlichkeit. Die Regensburger Urfehde im 15. Jahrhundert, in: Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne, hg. von Andreas Blauert und Gerd Schwerhoff. Konstanz 2000, S. 392.

388 Schwerhoff: Zungen wie Schwerter (2005), S. 264.

389 Einen Überblick zu den «Bestimmungen hinsichtlich der Weiber» gibt Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 429–435.

390 Schwerhoff: Zungen wie Schwerter (2005), S. 264.

391 Im *Pactus legis Alamannorum* wurde auf die Einleitung eines Verfahrens bei weiblichen Schmähreden ausdrücklich verzichtet. Fuchs: Um die Ehre (1999), S. 35. Die *Hamburger Rechtsbücher* von 1292 und von 1497 sieht für berüchtigte

besondere für die ländliche Bevölkerung mit diesem Thema wie beispielsweise eine österreichische *Rechtsquelle aus Schatterlee* von 1489. Dort heißt es:

Item ob sich gepurt, das sich zwo frawn vergässen mit red, so schullen sich die mannen nicht darumb annemen, aber sie schulln das bringen an ein richter und das anklagn. Und der richter scholl sent nach den frawn und sol die gesworen zu im nehmen und schol sew verhören nach irr baiden furlegung; und welchew di ist, dew die gesworen kunnen erkennen, das sie ungerecht ist, die scholl darumb gebessert werdn und gestrafft von irm mann untzt als lang, das di ander der ungutlich ist geschehen, ein genuegn hat. Wår aber, das sie ir man nicht straffin wollt umb di schuld, so schol sei der richter nehmen und scholl die legn in ein kaßn und scholl fur sei slahn zwai sloss, damit di fraw wol behüet sei. Auch scholl der richter irm mann den ainn schlussl gebn und er scholl den andern habm; und scholl sein in dem kaßen untzt als lang, das di gesworen kunnen erkennen, das si umb die schuld gepessert wird.³⁹²

Zwar sieht dieser Artikel die Einschaltung des Gerichts vor, doch es erfolgt im ersten Schritt keine Bestrafung durch die entsprechende Obrigkeit; erst wenn der Mann seine delinquente Gattin nicht strafen will, soll der Richter aktiv werden. Es wird auch nichts davon berichtet, dass die Worte der zu bestrafenden Frau beleidigend gewesen sein müssen, also dass die Ehre einer anderen Person als Rechtsgut verletzt worden wäre; und es gibt keine Hinweise darauf, dass durch irgendeine Art von Buße oder Widerruf das Gesagte richtig gestellt werden musste. Vor allem für Österreich, aber auch für andere Regionen des Reiches sind solche oder ähnliche Bestimmungen bekannt.³⁹³

Frauen, die ehrbare Frauen beleidigen, als gesonderten Tatbestand das Steintragen vor. Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 375.

392 Zitiert nach Künßberg: Über die Strafe des Steintragens (1907), S. 55–56.

393 Der Limburger Abt behielt sich 1508 für sein Gericht in Schifferstadt am Rehbach (bei Neußadt) vor, «wan sich zwo frauwen schelten, dieselben frevel» selbst nach Maßgabe des Verschuldens zu richten. Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 5 (1866), S. 584; und in der *Gerichtsordnung für das Dorf Hochstätten* von 1543 heißt es: «§ 14. Item, so sich weiber an ehren schölten und nit schlügen, soll jede zu pen 1/2 malter kesz geben; ist ihr unrecht geschehen, soll gegen der anderen funderlich recht gestatt und verholffen werden. Hetten sie aber einander mit der that geschlagen, soll gericht und der that gemeß gestrafft werden.» Ebenda, S. 644. Weitere zahlreiche Quellenhinweise aus österreichischen Weistümern zur Bestrafung und Bewertung weiblicher Straftaten bei Künßberg: Über die Strafe des Steintragens (1907), S. 48–61, und His: Das Strafrecht im deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 131.

Nach dem *Augsburger Stadtbuch* sollte der Mann seine Frau züchtigen, wenn diese im Haus eines anderen ausfällig geworden ist. Allerdings musste beim Vollzug der Züchtigung das Opfer mit anwesend sein, damit es mit eigenen Augen die Vergeltung wahrnehmen und sicher gehen konnte, dass die Delinquentin tatsächlich gestraft wurde.³⁹⁴ Auch in diesem Fall sollte die Frau keinesfalls einer Sanktion entgehen. Weder der Schatterleer noch der Augsburger Artikel sahen allerdings eine konkrete Sanktion vor, sondern überließen das rechte Maß dem Ehegatten. Darin lag natürlich ein Ermessensspielraum, der insbesondere im *Augsburger Stadtbuch* zu weiteren strittigen Auseinandersetzungen führen konnte, nämlich dann, wenn das Opfer mit dem Strafmaß nicht einverstanden war.

Nach kirchlichem Recht konnte der Hausherr (obrißter hauswirt) oder der geistliche Seelsorger (prelat) mit «beschaidenleichen schelt worten» und Schlägen zur Ordnung rufen, ganz so wie es Jesus Christus mit seinen Jüngern tat. Jedoch dürfe der schmale Grat von Züchtigung und Ehrenschele nicht überschritten werden, so Bruder Berthold – den Leumund einer Person sollte man zu keiner Zeit verletzen, weil das eine Todsünde wäre.³⁹⁵

Spätestens seit dem späteren Mittelalter drangen also die Vorstellungen eines zurechtweisenden und strafenden (Haus-) Herrn auch in das Injurienrecht ein.³⁹⁶ Das hatte nicht nur Auswirkungen auf die Delinquentinnen, sondern auch auf die Männer selbst. Denn ihnen drohten zum Teil harte Strafen, wenn

394 Art. 424: «Ob eines erbaren Mannes Haußfrau ein Vnzucht thut. Man soll auch wissen, wo eines erbaren Mannes Frau eine Vnzucht thut mit schlagen, mit rauffen oder mit bösen worten in eines andren mannes Hauß oder wo sie es thu, das soll man ihrem wirth klagen und soll auch der also richten, daß der kläger innen werde, daß ihm gericht sey.» Zitiert nach Walch: *Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht*, Bd. 4 (1774), S. 414.

395 «Ditz ist, wenn schelten ein tot sünd sei oder nit xxj. 23. Schelten vnd dem menschen reden an sein er vnd wider seinen guten läunten, wer daz tut, daz ist ein tot sünd. Aber ein prelat oder ein obrißter hauswirt, schilt der seinen vndertan mit ordenleicher weiz durch zucht vnd straffung, der tut nicht sünd. Vnd alz dez auch not ist, daz man den menschen etzwann strafft mit den werken, alz mit slegen vnd mit geld, also ist dez auch etzwann not, daz ein obrißter seinen vndertan straff mit beschaidenleichen schelt worten. Aber wurd der mensch da von verleiumunt, daz man in vnordenleichen strafft, daz wär ein tot sünd. Vnd also mit ordenleicher weis vnd mit beschaidenhait schalt vnd strafft Christus sein iunger, do er si mant an torn vnd narren vnd an ein pözz geslacht.» Zitiert nach Steer: *Die «Rechtssumme» Bruder Bertholds*, Bd. 4 (1987), S. 1936 (S 23).

396 Siehe dazu auch den Abschnitt «Die Berücksichtigung der ständischen Differenz und autoritätsabhängiger Beziehungen», S. 85–96.

sie ihrer Pflicht nicht nachkamen. Ein Mann, der sich von seiner Frau durch Verbal- oder Realinjurien angreifen ließ und dies nicht strafte oder klagte, sollte nach den *Statuten der thüringischen Städte Blankenburg und Teichel* die Ratsdiener mit Gewändern ausstatten. Vermochte er das nicht, sah das Blankenburger Rechtsbuch vor, ihn mit Gefängnis und durch die Abtragung seines Hausdaches zu strafen.³⁹⁷ In Teichel übernahm die städtische Gewalt die Bestrafung der Frau, in dem diese in das Halseisen (Pranger) gelegt wurde und dem Gatten öffentlich Abbitte leisten musste.³⁹⁸ Die Stadträte sorgten also unabhängig vom Willen der Delinquentin und des Opfers für die Aufrechterhaltung der patriarchalischen Ordnung gleichermaßen in der Öffentlichkeit und im Privaten. Damit blieb dem Gatten gar nichts anderes übrig, als seine in den Augen der städtischen Obrigkeit angemessene Strafgewalt über Gattin, Kinder, Mägde und Knechte im Rahmen des ihm durch das Recht zugemessenen Spielraumes auszuüben, wenn er nicht selbst straffällig werden wollte. Dieser Befund deckt sich mit den verfassungsrechtlichen Beobachtungen, wonach in vielen deutschen Städten um 1500 ein starker Trend zur «Monopolisierung und Durchsetzung des Strafanspruchs durch die Obrigkeiten» zu verzeichnen ist.³⁹⁹

Eine restlos überzeugende Erklärung für die Sonderbehandlung von weiblichen Verbalinjurien liegt noch nicht vor. Sicher nahm nicht nur die im Vergleich zu Männern rechtliche Zurückstellung der Frau Einfluss auf dieses Phänomen, sondern auch die mittelalterliche Auffassung von der Schlichtheit der weiblichen Geistesfähigkeit im Rahmen einer generellen Geringschätzung von Frauen in einer durch Männer geleiteten Welt. Diese Auffassung, die unter anderem durch Terenz und die Erbsündetheologie des heiligen Augustinus in das Mittelalter hineingetragen wurde, barg ein enormes

397 Art. 15: «Da aber ein exempel gefunden werden sollte, daß ein Mann so wiebisch, daß er sich von seinem Weibe rauffen, schlagen und schelten ließ, und solches gebührlicher Weise nicht eiffert oder klaget, der soll des Raths beyde Stadt-Knechte mit Wüllen gewandt kleiden oder da ers nicht vermag, mit Gefängnis oder sonsten willkürlich gestrafft, und ihm hierüber das Dach auf seinem Hauße abgehoben werden.» Zitiert nach Walch: *Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht*, Bd. 5 (1775), S. 88.

398 § 13: «Läßt sich ein Mann von seinem Weibe verschimpfen, reiffen und schlagen, soll Er den Rathsdienner kleiden, Sie aber an das Halß-Eisen treten und den Manne öffentliche Abbitte thun.» Zitiert nach ebenda, S. 176.

399 Eibach, Joachim: Art. Strafe, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 12, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2010, Sp. 1054.

Diskriminierungspotential in sich, das beispielsweise bei Hexenverfolgungen verheerende Züge annehmen konnte.⁴⁰⁰

3. Hexerei und Zauberei

3.1 Begriffsbestimmung

In den mittelalterlichen Texten treten die Begriffe «Hexerei» und «Zauberei» sowie die stammverwandten Substantive undifferenziert auf. Das gilt gleichermaßen für die deutschsprachige Verwendung der Worte wie auch für den lateinischsprachigen Gebrauch (*magica*, *maleficum* – *striga*, *venefica* etc.).⁴⁰¹ In der historischen Forschung wurde vielerorts der Versuch unternommen, orientiert an der sich langsam herauskristallisierenden Differenzierung in frühneuzeitlichen Quellen, eine sinnvolle begriffliche Unterscheidung zu treffen. Zaubерinnen und Zaubерer könnten demnach in der mittelalterlichen Vorstellungswelt weiße wie schwarze Magie ausüben. Die weiße gute Magie diene zu Heil- und Fruchtbarkeitszwecken, während die schwarze böse Magie mit ihrem Schadenszauber Unheil bringe. Hexen und Hexer hingegen würden ausschließlich schadensstiftend sein und sie hätten im Unterschied zu den Zaubерinnen und Zaubерern körpereigene magische Kräfte, mit denen es ihnen möglich ist, «ohne zusätzliche Hilfsmittel diverse Schadenszauber zu verursachen».⁴⁰² Für die nachfolgend vorgestellten Rechtstexte spielt diese Zweiteilung keine Rolle. Entweder werden die Begriffe für Hexerei und Zauberei dort ohne Erörterung in eine Reihe mit anderen gestellt, so dass eine restlos überzeugende Erklärung zur Semantik nicht gegeben werden kann, oder es wurden Begriffspaare gewählt, die in der Regel den schadensstiftenden Charakter des bezeichneten Gegenstandes deutlich werden lassen.

400 Siehe dazu die ausführlichere Erörterung im nachfolgenden Abschnitt «Hexerei und Zauberei», S. 170–178.

401 Schormann, Gerhard: *Hexenprozesse in Deutschland*, 3., durchgesehene Aufl. Göttingen 1996, S. 23.

402 Labouvie, Eva: *Zauberei und Hexenwerk. Ländlicher Hexenglaube in der frühen Neuzeit*. Frankfurt am Main 1991, S. 224. Zu einer knappen Diskussionsdiskussion siehe Hille: *Der Teufelspakt in frühneuzeitlichen Verhörprotokollen* (2009), S. 39–42.

3.2 Entwicklungsstufen des Hexenwahns

Der frühneuzeitliche, theologisch fundierte und systematisch organisierte Hexenwahn besitzt eine lange Vorgeschichte, deren fassbare Wurzeln in die Spätantike zurückreichen. Den theologischen Grundstock hatte Augustinus gelegt, doch entfalteten sich seine Vorstellungen vom Pakt zwischen Dämon und Mensch, nachdem sie Eingang in das *Decretum Gratiani* gefunden hatten, erst mit der intensiven Auseinandersetzung seit dem 13. Jahrhundert, vor allem in der *Summa theologiae* des Thomas von Aquin. Infolgedessen weitete sich der Häresiebegriff auf den Bereich der Hexerei als ein apostatischer Bund zwischen Ketzern und Teufel aus. Der 1487 durch die Inquisitoren Jakob Sprenger (* 1435 † 1495) und Heinrich Institoris (H. Krämer, † ca. 1505) verfasste *Hexenhammer* (*Malleus maleficarum*) bildete den Abschluss der mittelalterlichen Zauberei- und Hexentheorie. In der Einleitung des dritten Teils begründen sie ausführlich, weshalb ein Inquisitor gegen Personen vorgehen kann und soll, die der Ketzerei beschuldigt und verdächtigt werden,⁴⁰³ wenn sie nämlich: 1. ohnehin der Ketzerei verdächtig sind, 2. sie im Verstande irren und dieser Irrtum sich auf den Glauben und die Unfehlbarkeit der Kirche bezieht, 3. sie hartnäckig Behauptungen gegen die Entscheidungen der Kirche aufstellen, 4. sie der Apostasie verdächtig sind oder 5. sie ketzerische Lehren halsstarrig verteidigen. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, können glei-

403 «Es steht nicht entgegen, wenn gesagt wird: der Inquisitor kann doch auch gegen die wegen Ketzerei übel Beleumdeten oder leicht, stark oder heftig Verdächtigen und solche, die nicht offenkundig nach Ketzerei riechen, vorgehen? Es wird geantwortet: Er kann inquirieren und gegen solche vorgehen, insofern sie der eigentlich so genannten Ketzerei verdächtig oder deshalb übel beleumdet sind, von der wir jetzt auch sprechen, wie oft berührt worden ist; die einen Irrtum im Verstande und die anderen vier folgenden angefügten (Stücke) hat.» (Nec obstat si dicatur: tamen etiam contra diffamos aut suspectos leuiter, vehementer aut violenter de heresi et qui non videntur sapere heresim manifeste inquisitor potest procedere. Respondetur: inquirere potest et procedere super tales in quantum sunt suspecti aut diffamati de heresi proprie dicta, de qua etiam nunc loquimur, ut sepe tactum est, que habet errorem in intellectu et alia quatuor sequentia annexa.). Deutsches Zitat nach Schmidt, Johann W. R. (Hg.): *Der Hexenhammer*. Verfasst von den beiden Inquisitoren Jakob Sprenger und Heinrich Institoris. Zum ersten Male ins Deutsche übertragen und eingeleitet. Berlin 1906, Teil 3, S. 22; das lateinische Zitat nach: Mackay, Christopher S. (Hg.): *Malleus Maleficarum*, von Henricus Institoris und Jacobus Sprenger, Bd. 1: *The Latin Text and Introduction*. Cambridge 2006, S. 572.

chermaßen die örtlichen Gewalten des zuständigen Bischofs als auch die Inquisitoren die Verdächtigen in Gewahrsam nehmen, um sie zu befragen.⁴⁰⁴ Damit stärkte der *Hexenhammer* Denunzianten und eröffnete ihnen eine präzisierte Auswahl an Gegenständen zur Beschuldigung.

3.3 Verurteilung des Hexenglaubens

Die erste Periode dieser über ein Jahrtausend währenden «Vorgeschichte» begann also mit Augustinus im 4. Jahrhundert und endete 1230.⁴⁰⁵ Sie war geprägt vom Dualismus zwischen Glaube und Zweifel an der Existenz von Hexen, Hexenflug, Teufelsbuhlschaft und Tierverwandlung. Die ersten frühmittelalterlichen Rechtstexte trennten Schadenszauber (*maleficium*) und Hexen noch voneinander. Während Schadenszauber bestraft wurde, taten «kirchliche und weltliche Autoritäten» den Glauben an Hexen, die vampirähnliche Wesen sein sollten, die sich nachts umher getrieben und Menschen von innen heraus verzehrt hätten, als «volkstümlichen Wahn» ab.⁴⁰⁶ Das *Edictum Rothari*⁴⁰⁷, die *Recensio Clothariana* des *Pactus legis Alamannorum*⁴⁰⁸

404 Schmidt: Der Hexenhammer (1906), Teil 3, S. 22–30. – Mackay: *Malleus Maleficarum*, Bd. 1 (2006), S. 572–577.

405 Die Periodisierung folgt Harmening, Dieter: Hexen. Hinter dem Rand des Christentums, in: Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft, hg. von Bernd-Ulrich Hergemöller, neu bearb. Aufl. Warendorf, S. 301.

406 Ragg, Sascha: Ketzer und Recht. Die weltliche Ketzergesetzgebung des Hochmittelalters unter dem Einfluß des römischen und kanonischen Rechts. Hannover 2006 (*Monumenta Germaniae Historica: Studien und Texte*, 37), S. 37.

407 Kap. 198: «Gesetzt, ein freies Mädchen [oder Weib], das unter fremder Munt steht, wird von jemand Hure oder Hexe gescholten [fornecariam aut hiſtrigam clamauerit]. Verklagt, bekennet er reuig, er habe es [nur] in der Wut gesagt. Da muß er mit seinen zwölf Eidhelfern den Schwur erbringen: im Zorn habe er dieses sündhafte Verbrechen ihr nachgesagt, nicht etwa, weil er sichere Kenntnis von der Sache habe. Dann soll er für dies leere Schmähwort [vanum inproperii sermonem], das er ungehörigerweise ausgesprochen hat, zwanzig Schillinge erlegen und weiter nicht behelligt werden. Bleibt er indes dabei und sagt, er könne es beweisen, dann muß der Fall mit Kämpfen [das heißt im Zweikampf] nach dem Urteil Gottes ausgetragen werden.» Zitiert nach Beyerle: Die Gesetze der Langobarden (1947), S. 76–79.

408 Kap. 13 § 1–2: «1. Wenn eine Frau die andere Hexe oder Giftmischerin schildt, sei es, daß sie dies im Streit oder in Abwesenheit sagt, zahle sie 12 Schillinge. 2. Wenn eine Frau einen Mann ohne Streit einen Heimtücker schildt, zahle sie 12

und die *Lex Salica*⁴⁰⁹ verboten daher die Beschimpfung von Personen als Hexen oder Hexer.

Die Artikel in diesen Leges dienten wohl dem Schutz der Opfer. Denn obwohl die Realität von Hexen immer wieder in Abrede gestellt wurde,⁴¹⁰ war

Schillinge oder ihr Gatte schwöre mit 12 zur Hälfte ausgewählten.» (1. Si femina aliam striga aut erbaria clamaverit, si[v]e rixam si[v]e absente hoc dixit, solvat sol. XII. 2. Si femina barone extra rixa subdulo clamaverit, solvat sol. XII aut cum XII medicus electus iuret maritus ipsius.) Zitiert nach Eckhardt, Karl A.: *Leges Alamannorum*, Bd. 1: Einführung und Recensio Chlothariana (Pactus). Göttingen · Berlin · Frankfurt 1958 (*Germanenrechte*, N. F., Bd. 5: Westgermanisches Recht), S. 110–111. Das Strafmaß hing jeweils vom Stand des Anklägers ab und ob die überführte Person ihre Tat freiwillig oder unter Zwang des Gerichts zugegeben hatte. Ebenda, Kap. 14, S. 110–113.

409 Kap. 67: «2. Wenn jemand ein freies Weib eine Hexe schimpft oder eine Hure und sie nicht überführen kann, werde er zu 7.000 Pfennigen, gleich 187,5 Schillingen, verurteilt.» (2. Si quis mulierem ingenuam strigam clamaverit aut meretricem et convincere non potuerit, VIIMD denariis qui faciunt solidos CLXXXVII s culpabilis iudicetur.) Zitiert nach Eckhardt: *Die Gesetze des Karolingerreiches*, Bd. 1 (1934), S. 96–98.

410 Die Kritik am Hexenglauben richtete sich nicht allein gegen angebliche dämonische Eigenschaften und Gräueltaten; es ging den christlichen Apologeten um eine grundsätzliche Abkehr von Aberglaube und »heidnischen« Gewohnheiten. So heißt es im Sermon des heiligen Eligius († 659/660): «Bei Krankheit sollen nicht Zauberer oder Wahrsager befragt oder teuflische Amulette an Quellen, Bäume oder Scheidewege gebracht werden. Wer krank ist, soll vielmehr auf Gottes Barmherzigkeit allein vertrauen, Leib und Blut Christi gläubig und mit Andacht empfangen und von der Kirche geweihtes Öl erbitten. Damit soll er im Namen Christi seinen Leib salben und nach dem Glauben der Apostel wird das Gebet den Kranken heilen und Gott ihn aufrichten. So wird er nicht nur seines Leibes, sondern auch seiner Seele Gesundheit erlangen, und an ihm erfüllt sich, was Gott im Evangelium verheißen hat: «Alles, was ihr im Gebet erbittet, werdet ihr erhalten». (Praeterea quotiens aliqua infirmitas supervenerit, non quaerantur praecantatores, non divini, non sortiligi, non caragi, nec per fontes aut arbores vel bivios diabolica filacteria exerceantur; sed qui aegrotat, in sola Dei misericordia confidat et eucaristiam corporis ac sanguinis Christi cum fide et devotione accipiat oleumque benedictum fideliter ab ecclesia petat, unde corpus suum in nomine Christi ungeat, et secundum apostolum oratio fidei salvabit infirmum et allevabit eum Dominus; et non solum corporis, sed etiam animae sanitatem recipiet, complebiturque in illo quod Dominus in evangelio promisit, dicens: Omnia enim quaecumque petieritis in oratione credentes, ac-

der Glaube an ihre magischen Kräfte fest verankert und man fürchtete um das Leben von Personen, die im Ruf standen, sich der Zauberei zu widmen. Deshalb verbot das *Edictum Rothari* mit einem Appell an den Verstand der Betroffenen, solche Personen zu töten:

Daß sich keiner unterstehe, eine fremde Aldin oder Magd als Hexe, auch Maske genannt [strigam, quem dicunt mascam], zu töten! Denn für den christlichen Verstand ist es nicht glaubhaft oder [auch nur] möglich, daß ein Weib einen lebendigen Menschen in sich hinein schlingen kann.⁴¹¹

In dieser Passage wird deutlich, dass die Hexereivorwürfe, auf die die Lex reagiert, vor allem oder sogar ausschließlich gegen Frauen gerichtet waren. Im Zusammenhang mit den Hexenverfolgungen des späteren Mittelalters und der Frühen Neuzeit sind dafür mehrere Erklärungsmöglichkeiten angeboten wurden. Sie können allerdings nur unter Vorbehalt auf die frühmittelalterlichen Verhältnisse übertragen werden.⁴¹² Ungeachtet dessen lässt sich eine mehr oder weniger kontinuierliche Spur von Frauen diskriminie-

cipietis.) Vita Eligii episcopi Novimagensis, liber II. Zitiert nach Krusch: *Passiones vitaeque sanctorum aevi Merovingici* (1902), S. 707. Deutsche Übertragung nach Harmening: *Hexen* (2001), S. 315–316.

- ⁴¹¹ Art. 376. Zitiert nach Beyerle: *Die Gesetze der Langobarden* (1947), S. 152–155.
- ⁴¹² Zum Beispiel Ahrend-Schulte, Ingrid: *Schadenszauber und Konflikte. Sozialgeschichte von Frauen im Spiegel der Hexenprozesse des 16. Jahrhunderts in der Grafschaft Lippe*, in: *Wandel der Geschlechterbeziehungen zu Beginn der Neuzeit*, hg. von Heide Wunder · Christina Vanja. Frankfurt am Main 1991, S. 228: Frauen hätten sich im «Ehrdiskurs [...] weitestgehend auf die Macht der Worte» gestützt oder nutzten, weil es ihnen «aus verschiedensten Gründen nicht möglich war, den Rechtsweg zu beschreiten», andere Möglichkeiten, um ihren Aggressionen Ausdruck zu verleihen. So würden sie zum Beispiel magische Kenntnisse anwenden, «um andere[n] das Fürchten zu lehren. Sie setzten Magie als Machtmittel ein!» Es habe auf Männer und die von Männern besetzten Gerichte bedrohlich gewirkt, dass «böse Weiber» mit Zauberei einem nach Leib und Leben trachten könnten. Dass ausgerechnet Frauen besonders unter Zaubereivorwürfen zu leiden hatten, lag vermutlich an den «Erfahrungen mit Ratgeberinnen, die sich in der Anwendung von magischen Mitteln und Präparaten auskannten oder solches nur vorgaben und bezog sich auf die Arbeitsbereiche von Frauen, wie Nahrungsproduktion, Krankenpflege, Geburtshilfe und Versorgung des Viehs. Auf Grund dieser Tätigkeiten hatten alle Frauen eine unmittelbare Verantwortung für die Erhaltung und Pflege des Lebens von Menschen und Tieren. Misstrauen gegenüber Frauen äußerte sich in der Angst, dass sie ihre Verantwortung missbrauchen und Leben zerstören, das heißt Krankheit

renden Äußerungen von spätantiken Autoren wie Augustinus, Hieronymus († 419/420) und Laktanz († nach 317) bis hin zu jüngeren Autoren des 16. Jahrhunderts verfolgen. Dort werden Frauen und ein von Leichtgläubigkeit hergeleiteter Aberglauben (*superstitio*) in einen engen Zusammenhang gebracht, der angeblich in Verbindung mit der Unwissenheit (*ignorantia*) der Ungläubigen und der «ersten Sünde» Evas gestanden hätte. Die erste Sünde wird «als Folge eines natürlichen Verstandes mangels der ersten Frau beschrieben. Denn Eva, aus der Rippe Adams gemacht, gilt nur als Schöpfung aus zweiter Hand. So konnte nur sie, die an Adams Irrtumslosigkeit nicht teilhatte, den Versuchungen der Schlange erliegen.»⁴¹³

Nach diesen sehr frühen Leges setzt unter den karolingischen Herrschern und Partikularsynoden eine Welle von Verfolgungen gegen Personen ein, die angeblich Magier (*malefici*), Wetterzauberer (*tempeſtarii*), Wunderheiler (*incantatores*) oder auch Weissagerinnen (*auguriatrices*) gewesen sein sollen; wurden sie ergriffen, drohten ihnen harten Strafen. Zur Rechtfertigung berief Kaiser Karl sich in der *Admonitio generalis* auf Levitikus 19, 26⁴¹⁴ und Deuteronomium 18, 10–13⁴¹⁵, wonach der Herr keine Wahrsager, Heil-, Wetter- oder Schutzzauberer dulde, «und wo immer sie sind, sollen sie gebessert oder verurteilt werden».⁴¹⁶ Auch später stellten Autoritäten wie Abt

und Tod verursachen konnten.» Kritisch zu dieserart Erklärungsmodellen Harmening: *Hexen* (2001), S. 303–304.

413 Harmening: *Hexen* (2001), S. 310. Ebenda, S. 304–312, eine ausführliche, mit entsprechenden Zitaten untermauerte Darstellung des Werdegangs dieser Vorstellungen am Beispiel des Hexenwahns.

414 «Ihr sollt nichts mit Blut essen. Wahrsagerei und Zauberei sollt ihr nicht treiben.»

415 «Es soll bei dir keinen geben, der seinen Sohn oder seine Tochter durchs Feuer gehen lässt, keinen, der Losorakel befragt, Wolken deutet, aus dem Becher weisagt, zaubert, Gebetsbeschwörungen hersagt oder Totengeister befragt, keinen Hellscher, keinen, der Verstorbene um Rat fragt. Denn jeder, der so etwas tut, ist dem Herrn ein Greuel. Wegen dieser Greuel vertreibt sie der Herr, dein Gott, vor dir. Du sollst ganz und gar bei dem Herrn, deinem Gott, bleiben.»

416 *Admonitio generalis*, cap. LXIV: «Omnibus. Item habemus in lege domini mandatum: «Non auguriamini». Et in deuteronomio: Nemo sit «qui ariolos sciscitetur» vel «somnia observet» vel ad «auguria» intendat. Item: «ne sit maleficus nec incantator nec pithones consolatory». Ideo praecipimus, ut cauculatores nec incantatores nec tempeſtarii vel obligatores non fiant, et ubicumque sunt, emendentur vel damnentur. Item de arboribus vel petris vel fontibus, ubi aliqui stulti luminaria vel alias observationes faciunt, omnino mandamus, ut iste pessimus usus et deo execrabilis, ubicumque inveniatur, tollatur et destruatur.» Zitiert nach Mordek · Zechiel-Eckes · Glatthaar: *Die Admonitio generalis* (2012), S. 216, Z. 263–271. Zu weiteren

Regino von Prüm (892–899), Bischof Burchard von Worms (1000–1025) und Bischof Ivo von Chartres (1090–1115) unter Rückgriff auf den *Canon episcopi* die Realität von Hexerei und Zauberei weiter in Abrede.

3.4 Bund mit Dämonen

[...] erst im 13. Jahrhundert setzt sich der Glaube an die Realität der Dämonenwelt allgemein durch. Jetzt wird Zauberei dem Begriff der Ketzerei subsumiert und weltliche Bestrafung für sie verlangt. Der kirchlichen Forderung kommt als erstes weltliches Rechtsbuch der *Sachsenspiegel* (1220/1235) nach.⁴¹⁷

Die nun verbreitete Annahme, Hexen würden mit Dämonen einen Bund eingehen, schloss die Auffassung mit ein, Hexen entfernten sich von Gott. Damit wurde aus dem älteren Zaubereiverständnis, das in den magischen Kulturen vor allem abergläubische und ältere heidnische Praktiken sehen wollte, ein klar umrissener Tatbestand häretischer Verbrechen: der Abfall vom christlichen Glauben, die Apostasie durch den Teufelspakt. In den hier behandelten spätmittelalterlichen Artikeln zu Beleidigung und Verleumdung tauchen nun kaum noch Hinweise zu Hexen und Zauberern auf.⁴¹⁸ Manche Beleidigungen, wie jene, eine Person sei eine Wahrsagerin oder ein Wahrsager, stellten überhaupt keinen Straftatbestand mehr dar.⁴¹⁹ Nun heißt es, man dürfe eine andere

Nachweisen zur Verfolgung von Magiern, auch für frühere und spätere Rechtstexte, siehe Mordek · Glatthaar: Von Wahrsagerinnen und Zauberern (1993).

417 Harmening: Hexen (2001), S. 301. Der entsprechende Artikel im *Sachsenspiegel*, Landrecht, Buch 2, 13 § 7: «Swelk kersten man ungelovich is oder mit tovere umme geit oder mit vorgiftnisse, unde des verwunnen wert, den scal men op der hort bernen.» Zitiert nach Eckhardt: *Sachsenspiegel* (1966), S. 143–144.

418 Zu den wenigen Ausnahmen gehört zum Beispiel die *Gerichtsordnung für das Dorf Hochstätten* von 1543: «§ 15. Item, schiltis jemand den andern diep, diebin, zauber, zauberin, morder, verreter, bößwicht oder dergleichen, das leib, leben, ehr und glimpf berurt, er gehoer an wen er woll, der schuldiger und theter sollen durch den schultheißen von stund an genomen werden und burgschaft thun, die sach ufs furderlichst zu verrichten. Drifts aber leib und leben an, soll man die beschuldigten in gleich sicherheit und verwahrung behalten, unserm gn. h. furter anzuzeigen und irer gn. bescheids darin weiter zu gewarten, bis zu außtrag und end der sachen.» Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 5 (1866), S. 644. Weitere Beispiele aus Norddeutschland bei His: *Das Strafrecht im deutschen Mittelalter*, Bd. 2 (1935), S. 112.

419 Zum Beispiel zählte Justin Gobler in seinem *Rechten Spiegel* (1550) die Beschimpfung als feiger Soldat oder Wahrsager(in) nicht zum Tatbestand der Beleidigung (Kap. LXXVII).



Abbildung 7

«Wilde Jagd» von vier Männern in den *Pluemen der tugent* des Hans Vintler: reitend auf einer Ziege, einem Wolf, einem Wildschwein und einem Schemel. Gotha, Forschungsbibliothek der Universität Erfurt, Chart. A 594, fol. 179v: «Von der zaubry» (zur Handschrift siehe Abbildung 2, S. 62).

Zur Einordnung der Illustration in spätmittelalterliche Magier- und Hexenbilder siehe Wolfgang Schild: Das Magier- und Hexenbild von Hans Schäufelin in Ulrich Tenglers «Neu Laienspiegel» (1511), in: Ulrich Tenglers Laienspiegel. Ein Rechtsbuch zwischen Humanismus und Hexenwahn, hg. von Andreas Deutsch. Heidelberg 2011, S. 353–402, hier S.371 und Abb. 4.

Person nicht einen «Ketzer» oder «Sodomiten» nennen, wenn dieser Vorwurf nicht zutreffend sei. Denn aufgrund der unterstellten sexuellen Verfehlungen wurden Häresieverdächtige oft mit Sodomiten gleichgestellt, so dass eine klare inhaltliche Differenzierung kaum zu vollziehen ist.⁴²⁰

Mit seinem Kreuzzugsaufruf (*Vox in Rama*) von 1233 stellte Papst Gregor IX. die theologischen Grundlage für die Verbindung von Häresie und Sodomie her, die sich fortan in den Köpfen der Menschen festsetzte; und nach und nach fand diese Vorstellung Eingang in die geistlichen und weltlichen Rechtstexte.⁴²¹ Zur gleichen Zeit widmeten die katechetische Literatur und populäre Glossare wie die *Rechtssumme* Bruder Bertholds den sodomitischen Sexualpraktiken ihre Aufmerksamkeit.⁴²²

4. Unzucht und Illegitimität

In den Begriffen Unzucht und Illegitimität treffen mehrere Themenbereiche aufeinander. Die Unzucht (*fornicatio*) wird bereits in den frühmittelalterlichen Bußbüchern unterschieden in natürliche und unnatürliche bzw. in rationale und irrationale. Zur natürlichen Unzucht zählten der voreheliche

420 «Seit dem 13. Jahrhundert jedoch wurde der Sodomitentatbestand unter der Bezeichnung Ketzerei ins weltliche Recht eingeführt.» Reinle: Das mittelalterliche Sodomiedelikt im Spannungsfeld von rechtlicher Norm, theologischer Deutung und gesellschaftlicher Praxis (2009), S. 31–32.

421 Ausführlich dazu Hergemöller, Bernd-Ulrich: Krötenkuß und schwarzer Kater. Ketzerei, Götzendienst und Unzucht in der inquisitorischen Phantasie des 13. Jahrhunderts. Warendorf 1996, S. 1–190.

422 Reinle, Christine: Zur Rechtspraxis gegenüber Homosexuellen. Eine Fallstudie aus dem Regensburg des 15. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1996), S. 320: «Will man also die Zunahme von Hinrichtungen Homosexueller im Verlauf des späteren Mittelalters erklären, so wird man zum einen auf die Etablierung eines neuen Strafsystems hinweisen, das anstelle von Bußen peinliche Strafen vorsah und das die Anwendung der Folter zur Erpressung von Geständnissen erlaubte; zum anderen kann man auch das sprunghafte Anwachsen volkssprachlicher katechetischer Literatur anführen. Diese wird über das punktuelle Wirken einiger Prediger hinaus die Vorstellungswelt ihrer Rezipienten nachhaltig beeinflusst und mit zur Ächtung homosexuellen Handelns beigetragen haben.»

Geschlechtsverkehr, die sexuelle Untreue von Ehepartnern und von Gott geweihten Geistlichen sowie die nächtliche Ejakulation eines Mannes. Unter unnatürlicher Unzucht fassten die Bußbücher vor allem gleichgeschlechtliche Sexualität, Inzest, Zoophilie⁴²³, analen Geschlechtsverkehr, Onanie oder Geschlechtsverkehr, bei dem der Blick der Partner nicht einander zugewandt ist, zusammen.⁴²⁴ Im Mittelalter wurden die meisten Formen der unnatürlichen Unzucht mit dem Wort «Sodomie» (*sodomia*)⁴²⁵ subsumiert. Die Semantik dieses Begriffes, der in der gegenwärtigen Rechts- und Umgangssprache die «Vornahme beischlafsähnlicher Handlungen eines Menschen mit einem (lebenden) Tier» bezeichnet,⁴²⁶ war für die christliche Welt sehr form- und wandelbar, so dass oft nur schwer zu erkennen ist, auf welchen Gegenstand rekurriert wird.⁴²⁷ Schon der Vertraute Karls des Großen, Bischof Theodulf von Orléans (798–821), hatte in seinem zweiten Kapitular eine klare Klassifikation der unnatürlichen Unzucht bereitgestellt. Danach galt die Zoophilie als die abscheulichste Form, es folgten gleichgeschlechtlicher Geschlechtsverkehr und Inzest, danach Oral- und Analverkehr zwischen Mann und Frau.⁴²⁸

Illegitimität spielt in den nächsten Abschnitten nur eine Rolle, wenn die ehrenhafte Abstammung einer Person durch Beleidigung oder Verleumdung angezweifelt wird, konkreter: wenn einem Mann vorgeworfen wird, dass er ein «Hurensohn» sei. Diese Beschuldigung macht auf ein geschlechtspezifisches Phänomen in den Rechtstexten aufmerksam. Zwar kennen die Texte

423 Wenn im Folgenden von sexueller Hingezogenheit eines Menschen zu einem Tier die Rede ist, wird der eindeutigere, aus der Sozialpsychologie entlehnte Begriff «Zoophilie» (*bestialitas*) benutzt.

424 Lutterbach, Hubertus: Sexualität im Mittelalter. Eine Kulturstudie anhand von Bußbüchern des 6. bis 12. Jahrhunderts. Köln · Weimar · Wien 1999 (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte, 43), S. 114–116.

425 Auch: «vitium sodomiticum», «peccatum sodomiticum», «crimen sodomiticum», «vitium contra naturam», «peccatum mutum» u. a. m. Zu den Begrifflichkeiten siehe Hergemöller, Bernd-Ulrich: Sodom und Gomorrha. Zur Alltagswirklichkeit und Verfolgung Homosexueller im Mittelalter, überarb. und ergänzte Ausg. Hamburg 2000, S. 15–27.

426 Kauffmann: Rechtwörterbuch (¹²1994), S. 1068.

427 Zum Sodomiebegriff im Mittelalter siehe Puff, Helmut: Weibliche Sodomie. Der Prozeß gegen Katherina Hetzeldorfer und die Rhetorik des Unausprechlichen an der Wende vom Mittelalter zur frühen Neuzeit, in: Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag 7 (1999), S. 364–365. – Ders.: Sodomy (2003), S. 17–74.

428 Lutterbach: Sexualität im Mittelalter (1999), S. 147.

diesen Begriff für die Beschimpfung von Männern, eine inhaltlich äquivalente Form für Frauen hingegen nicht. Für die Beschimpfung von Frauen steht die Anwendung des allgemeineren Begriffs «Hure» unter Strafe. Umgekehrt gibt es in den Texten kaum konkrete Bezeichnungen für die außerehelichen Fehlritte der Männer; das Wort «Hurenbock», das heute umgangssprachlich genutzt wird, kommt nur ein Mal vor.⁴²⁹ Das hat allerdings nichts damit zu tun, dass Männern dieses Delikt nicht zugetraut wurde oder dass keine Sanktionen vorgesehen waren.⁴³⁰ Auch die Beschimpfung, Zuhälter bzw. Zuhälterin zu sein, ein Verhalten, dass in den Bußbüchern noch schärfer verurteilt wurde, weil man nicht nur die eigene Seele, sondern auch die einer anderen Person verkauft habe,⁴³¹ tritt in den Injurienartikeln namentlich nicht auf. Es handelt sich letztlich nur um eine kleine Gruppe von Worten, hinter dem sich allerdings ein zäher und vielgefächerter ethischer Disput verbirgt.

4.1 Der Begriff «Hure»

Die frühmittelalterlichen Leges kennen den Begriff «Hure» – oft in Verbindung mit «Hexe» – als konkrete Anspielung auf ein unterstelltes sexuelles Fehlverhalten. Im 67. Kapitel der *Lex Salica* zum Hexenwesen heißt es:

Wenn jemand ein freies Weib eine Hexe schimpft oder eine Hure und sie nicht überführen kann, werde er zu 7.000 Pfennigen, gleich 187,5 Schillingen, verurteilt.⁴³²

429 Im 30. Kapitel der *Lex Salica* heißt es: «Wenn jemand einen andern Buhlnabe/Hurenbock schimpft, werde er zu 600 Pfennigen, gleich 15 Schillingen, verurteilt.» (Si quis alterum centium clamaverit, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur.) Zitiert nach Eckhardt: Die Gesetze des Karolingerreiches, Bd. 1 (1934), S. 46–48.

430 Die mittelalterlichen Bußbücher sahen für «unzüchtige» Männer zum Teil hohe Bußtarife vor, manche schrieben fest, dass nach dem Geschlechtsverkehr mit einer unverheirateten Frau die Heirat folgen sollte. Lutterbach: Sexualität im Mittelalter (1999), S. 116–118.

431 Ebenda, S. 167–168.

432 «2. Si quis mulierem ingenuam strigam clamaverit aut meretricem et convincere non potuerit, VIIMD denariis qui faciunt solidos CLXXXVII s culpabilis iudicetur.» Zitiert nach Eckhardt: Die Gesetze des Karolingerreiches, Bd. 1 (1934), S. 96–98. In der älteren Radaktion des *Pactus legis Salicae* aus dem 6. Jahrhundert findet sich noch dieser Paragraph im 30. Kapitel mit dem Titel «De conviciis» (Von Schimpfworten): «Wenn einer ein freies Weib, sei's Mann oder Weib, eine andere Hure schilt und es [ihr] nicht nachweisen kann, werde

Das *Edikt des Langobardenkönigs Rothari* wird noch deutlicher:

Gesetzt, ein freies Mädchen oder ein Weib, das unter fremder Munt steht, wird von jemand ›Hure‹ oder ›Hexe‹ gescholten. Verklagt, bekennt er reuig, er habe es nur in der Wut gesagt. Da muss er mit seinen zwölf Eidhelfern den Schwur erbringen: im Zorn habe er dieses sündhafte Verbrechen ihr nachgesagt, nicht etwa, weil er sichere Kenntnis von der Sache habe. Dann soll er für dies leere Schmähwort, das er ungehörigerweise ausgesprochen hat, zwanzig Schillinge erlegen und weiter nicht behelligt werden.⁴³³

Hurerei (meretricium), ein Vorwurf, der in den untersuchten Rechtstexten ohne Ausnahme nur auf Frauen bezogen war, bezeichnete mehrere Formen des außerehelichen Geschlechtsverkehrs: Konkubinat, Prostitution, Ehebruch. Es ist gut möglich, dass der innereheliche Geschlechtsverkehr, der allein zur Befriedigung des sexuellen Triebes diente, oder der sexuelle Praktiken einschloss, die für widernatürlich gehalten wurden, gleichfalls den Vorwurf der Hurerei einschließen konnten. Die Bußbücher legen dies jedenfalls nahe.⁴³⁴

4.2 Konkubinat

Der Konkubinat – abgeleitet vom lateinischen «concubare» (danieder liegen)⁴³⁵ – tritt in den Quellen dort entgegen, wo gesellschaftliche Zwänge den Partnern ein gemeinsames (Ehe-) Leben untersagten, so zum Beispiel in Beziehungen zwischen Geistlichen und Laien oder zwischen Personen unterschiedlichen Standes. In der Regel wird mit dem Begriff eine dauerhafte bzw. eine längerfristige Partnerschaft bezeichnet. Im römischen Recht der Kaiserzeit sind diese Partnerschaften als «Ehen minderen Rechts» anerkannt und mehrfach novelliert wurden; der Nachwuchs aus diesen Beziehungen hatte im Vergleich zu anderen außerehelichen Kindern eine

er (bzw. sie) zu 1.800 Pfennigen, gleich 45 Schillingen, verurteilt.» Zitiert nach Eckhardt: *Pactus legis Salicae* (1963), S. 53.

433 Kap. 198: «Si quis puellam aut mulierem liberam, qui in alterius mundum est, ›fornicariam‹ aut ›strigam‹ clamaverit et pulsatus penitens manifestaverit, per furorem dixissit, tunc praeveat sacramentum cum duodecim sacramentalis suos, quod per furorem ipso nefando crimen dixissit, nam non de certam causam cognovissit. Tunc pro ipsum vanum improprii sermonem, quod non convenerat loqui, componat solidos viginti, et amplius non calumniatur.» Zitiert nach Beyerle: *Die Gesetze der Langobarden* (1947), S. 76–77.

434 Lutterbach: *Sexualität im Mittelalter* (1999), S. 118–122.

435 Hartwich, Filip: *Die Entwicklung des Konkubinats im Lauf der Geschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 55 (2007), S. 336.

gehobene Rechtsstellung.⁴³⁶ Das frühe kanonische Recht übernahm mit dem ersten *Konzil von Toledo* in den Jahren 397 bis 400⁴³⁷ und dem *Decretum Gratiani*⁴³⁸ diese Grundsätze zum Teil, vorausgesetzt, es handelte sich bei den Konkubinen um monogame Partnerschaften, die Nachwuchs nicht grundsätzlich ausschlossen. In diesem Sinne wurde lange Zeit nicht scharf zwischen einer Ehe und einem Konkubinat unterschieden.⁴³⁹ Mit den Reformen im kirchlichen Eherecht seit dem 11. Jahrhundert wurde die rechtmäßige, vor Zeugen und im gegenseitigen Einvernehmen abgeschlossene Ehe gestärkt, der Konkubinat hingegen wurde zuerst für Kleriker sanktioniert⁴⁴⁰ und

436 Ebenda, S. 338–342.

437 Danach war es einem unverheirateten Mann gestattet, mit einer Konkubine (einer nicht standesgemäßen Frau) eine Verbindung einzugehen, während verheiratete Männer von den Sakramenten ausgeschlossen wurden, wenn sie in einem Konkubinat lebten: *Konzil von Toledo*, Kanon VI–VII: «*Ut religiosa puella virorum familiaritatem non habeat*: Item ne qua puella Dei aut familiaritatem habeat cum confessore aut cum quolibet laico sive sanguinis alieni, aut convivium sola, nisi ubi sit seniorum frequentia aut honestorum aut viduarum honestarumque, ubi honeste confessor quilibet cum plurimorum testimonio interesse possit. Cum lectoribus autem in ipsorum domibus non admittendas potentius nec videndas, nisi forte si consanguinea soror sit vel uterina.» Und: «*Ut clericus cui uxor peccaverit, praeter necem potestatem habeat distringendi eam, et cum ea cibum nonumat*: Placuit, ut si cuiquamque clericorum aliorum uxores peccaverint, ne forte licentiam peccandi plus habeant, accipiant mariti earum hanc potestatem praeter necem custodiendi, legandi in domo sua, ad ieiunia salutaria non mortifera cogentes, ita ut invicem sibi clerici pauperes auxilium ferant, si servitia forte non habeant; cum uxoribus autem ipsis quae peccaverint nec cibum sumant, nisi forte ad timorem Dei acta poenitentia revertantur.» Zitiert nach Vives: *Concilios Visigotos e Hispano-Romanos* (1963), S. 21–22.

438 «*Is, qui non habet uxorem, et pro uxore concubinam habet, a communione non repellatur: tamen ut unius mulieris, aut uxoris aut concubinae, sit coniunctione contentus.*» Zitiert nach *Decretum magistri Gratiani* (1879), *destinctio XXXIV*, cap. IV, Sp. 125–126.

439 Hartwich: *Die Entwicklung des Konkubinats im Lauf der Geschichte* (2007), S. 345.

440 1074 erließ Papst Gregor VII. (1073–1085) ein generelles Verbot der Priester-ehe: «*Papa predictus decrevit precepto Petri apostoli et sancti Clementis, ut supra, et canonibus patrum per bannum Dei, Petri et Pauli et suum, synodali iudicio multorum episcoporum, et contradicens interdixit presbiteris, diaconibus omnibus quae clericis, uxores habere et omnino cum feminis habitare, nisi cum eis quas regula vel Nicena synodus concessit. Decrevit quoque, ut sub sententia sancti Petri cum Simone damnaretur non solum emptor et venditor cuiusque*

auf dem *Vierten Laterankonzil* von 1215 auch für alle anderen verboten.⁴⁴¹ Allerdings belegen zahlreiche Synodal- und Konzilsbeschlüsse des *späten Mittelalters* gegen den Konkubinat, dass er weiterhin verbreitet blieb und oft gesellschaftlich toleriert wurde.⁴⁴²

consecrationis officii eccle siaſtici, id eſt epiſcopatus, preſbiteratus, diaconatus, prepoſiturae, decanatie, eccleſiae vel decimationis, ſed ſociuſ transgreſſoriſ. Dominuſ enim dixit: *Gratis accipiſtiſ, gratis date*. Unde de predicta ſynodo legati papae miſſi ad Heinricuſ regem Romanoruſ, id eſt duo epiſcopi cum regina, regis eiuſdem matre, ut et uniuerſali ſynodo coram rege, communi omnium epiſcoporuſ interdictu, feminas ſepararent a clericis, et maxirne a preſbiteriſ; noluerunt eſſe in paſcha cum rege in ciuitate Bamberg, nec cibum vel ſocietatem Hermanni eiſdem ciuitatiſ epiſcopi, qui olim comparauit epiſcopatuſ et ſeruiuit regi in hoc paſcha, haberent. [...]» Zitiert nach Pertz, Gerog Heinrich: *Scriptorum*, Bd. 5 [Mariani Scotti chronicon etc.]. Hannover 1844 (*Monumenta Germaniae Hiſtorica*, 7), S. 560–561.

441 Hartwich: *Die Entwicklung des Konkubinats im Lauf der Geſchichte* (2007), S. 346.

442 Zur hiſtoriſchen Entwicklung des Konkubinats im Überblick ſiehe Becker: *Art. Konkubinat* (1991/2002), Sp. 1335. – Hartwich: *Die Entwicklung des Konkubinats im Lauf der Geſchichte* (2007). – Landwehr, Götz (Hg.): *Die nichteheliche Lebensgemeinschaft in der Geſchichte*. Göttingen 1978. Zum Konkubinat im frühen und hohen Mittelalter: Duby: *Frauen im 12. Jahrhundert*, Bd. 2 (1997). – Esmyol, Andrea: *Geliebte oder Ehefrau. Konkubinen im frühen Mittelalter*. Köln u. a. 2002. – Hartmann, Martina: *Concubina vel regina? Zu einigen Ehefrauen und Konkubinen der karolingiſchen Könige*, in: *Deuſches Archiv für Erforſchung des Mittelalters* 63 (2007), S. 545–568. – Kottje, Raymund: *Konkubinat und Kommunionwürdigkeit im vorgratianiſchen Kirchenrecht*. Zu c. 12 der römiſchen Öſterſynode von 1059, in: *Annuaſium Hiſtoriae Concilioruſ* 7 (1975), S. 159–165. – Müller-Lindenlauf, Hans Günther: *Germaniſche und ſpät-römiſch-chriſtliche Eheauffaſſungen in fränkischen Volksrechten und Kapitularien*. Diſſ. Freiburg im Breiſgau 1969, S. 117–122. Zum ſpätmittelalterlichen Konkubinat: Heinig, Paul-Joachim: *«Omnia vincit amor»*. Das fürſtliche Konkubinat im 15./16. Jahrhundert, in: *Principes. Dynaſtien und Höfe im ſpäten Mittelalter*, hg. von Cordula Nolte · Karl-Heinz Spieß · Ralf-Gunnar Werlich. Stuttgart 2002 (*Reſidenzenforſchung*, 14), S. 277–314. – Tacke, Andreas (Hg.): *«... wir wollen der Liebe Raum geben»*. Konkubinate geiſtlicher und weltlicher Fürſten um 1500. Göttingen 2006. – Vaſella, Oſkar: *Über das Konkubinat deſ Kleruſ im Mittelalter*, in: *Mélanges d'hiſtoire et de littérature offerts à Charles Gilliard*. Lausanne 1944, S. 268–283. – Widder, Ellen: *Konkubinen und Baſtarde. Günstlinge oder Außenseiter an Höfen deſ Spätmittelalters? In: Der Fall deſ Günstlings. Hofparteien in Europa vom 13. biſ zum 14. Jahrhundert*, hg. von Jan

4.3 Prostitution

Prostitution unterscheidet sich vom Konkubinat durch zwei wesentliche Merkmale: Sie dient dem Erwerb von Geld oder anderen Zahlungsmitteln und die Partner der Frau – Männer waren als Prostituierte nicht geduldet und wurden der Sodomie angeklagt – wechseln rasch.⁴⁴³ Drei Formen von Prostitution lassen sich nach ihrer willkürlichen bzw. ihrer zielstrebigem Organisation unterscheiden: 1. Straßenprostitution, 2. Prostitution in Privathäusern, 3. städtisch organisierte bzw. kontrollierte Prostitution in Frauenhäusern.⁴⁴⁴ Die Straßenprostitution ist bereits für das frühe Mittelalter nachgewiesen. Die Frauen verdingten sich entlang von Landstraßen, an Wegkreuzungen, auf Märkten und Festen, entlang von Pilgerwegen, auf Turnieren und bei durchziehenden Heeren.⁴⁴⁵ Seit dem späten 14. Jahrhundert werden in einigen Städten des Reiches Anzeichen sichtbar, Prostituierte unter ratsmännische Aufsicht zu stellen, zu organisieren und zu kontrollieren.⁴⁴⁶ Das äußerte sich in der Zuweisung von Stadtvierteln, in der Einstellung eines Zuhälters (Frauenwirt) mit einem festem Einkommen, das durch die Frauen zu erbringen war, und in der Kennzeichnung der Prostituierten durch eine

Hirschbiegel · Werner Paravicini. *Ostfildern 2004 (Residenzenforschung, 17), S. 417–480.*

443 Lömker-Schlöggell: *Prostituierte* (2001), S. 60 und 70–71. Grundlegend zur Prostitution im Mittelalter mit zahlreichen juristischen, historiografischen und literarischen Quellenbelegen: Bloch, Iwan: *Die Prostitution*. Berlin 1912 (Handbuch der gesamten Sexualwissenschaft in Einzeldarstellungen, 1), S. 588–825.

444 Knefelkamp, Ulrich: *Diskriminierung durch Prostitution. Dirnen, Huren und städtische Gesellschaft in Mitteleuropa vom 14.–16. Jahrhundert*, in: *Diskriminierung – Antidiskriminierung*, hg. von Jan C. Joerden. Berlin u. a. 1996, S. 49.

445 Lömker-Schlöggell: *Prostituierte* (2001), S. 61.

446 Schuster, Beate: *Frauenhandel und Frauenhäuser im 15. und 16. Jahrhundert*, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 78 (1991), S. 172–189. – Schuster, Peter: *Das Frauenhaus. Städtische Bordelle in Deutschland 1350–1600*. Paderborn 1992. – Ders.: *Hinaus oder ins Frauenhaus. Weibliche Sexualität und gesellschaftliche Kontrolle an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*, in: *Mit den Waffen der Justiz. Zur Kriminalitätsgeschichte des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, hg. von Andreas Blauert · Gerd Schwerhoff. Frankfurt am Main 1993, S. 17–31. – Wernicke, Steffen: *«Weil ich mich gegen meinen benannten Mann vergessen ...» Frauen vor Gericht*, in: *Regensburger Frauens Spuren. Eine historische Entdeckungsreise*, hg. von Ute Kätzel · Karin Schrott. Regensburg 1995, S. 76–80.

bestimmte Kleidung. Städtische Bordelle wurden eingerichtet oder private Häuser unter die Aufsicht des Rates gestellt; Vorläufer dieser Einrichtungen dürften Gasthäuser und Gynaecen (Webereien) gewesen sein.⁴⁴⁷ Damit stieg der Druck auf Prostituierte, die sich auf der Straße verdingten oder ihre Dienste in nicht von der Stadt beaufsichtigten privaten Bordellen anboten. Der Zutritt zum Frauenhaus war nur unverheirateten Männern gestattet; Ehemänner, Kleriker und Ungläubige (Juden, Mauren etc.) sollten bestraft werden, falls sie die käuflichen Dienste der Frauen in Anspruch nahmen.⁴⁴⁸

Im Gegensatz zu Sodomiten versuchte man Prostituierte des Öfteren in den Schoß der Gemeinschaft zurückzuführen. Männer, die ehemalige Prostituierte ehelichten, konnten seit einer päpstlichen Bulle von 1198 mit Ablass belohnt werden. Solche Ehen wurden zum Beispiel in Nürnberg durch Stiftungen finanziell bezuschusst. Andernorts gründete man Klöster und Konvente, die reuige Prostituierte aufnahmen.⁴⁴⁹ Die Standpunkte zu diesem heiklen Thema waren ungeachtet dessen allerdings kontrovers: Augustinus und Thomas von Aquin klagten über die Verderbtheit der «Dirnen», erörterten aber auch, dass Prostitution ein notwendiges Übel sei. Andere, wie Berthold von Regensburg († 1272), lehnten sie strikt ab.

Wenn Prostituierte ohne städtische Duldung ihrem Gewerbe nachgingen, drohten zum Teil empfindliche Strafen, nicht nur Ehrenstrafen sind bekannt, sondern auch Leibesstrafen, Verweisung und Hinrichtung. Gelegentlich sprachen städtische Rechte den Prostituierten ihre Geschäftsfähigkeit ab. Während in einigen deutschen Städten Prostituierten die Teilnahme an Festen untersagt war, Zünfte ihren Handwerkern verboten, diese zu ehelichen, lassen sich Beispiele vor allem aus dem 15. und frühen 16. Jahrhundert anführen, in denen Prostituierte zu wichtigen Anlässen, zum Beispiel beim Besuch eines Königs oder Fürsten, als Tänzerinnen, Gäste und Tischgenossinnen geladen waren.⁴⁵⁰

Mit der Reformation verschärfte sich die Situation für Prostituierte: In Nürnberg zum Beispiel wurden ihnen bestimmte Ausgangszeiten vorgeschrieben, die Gasse zum Frauenhaus schottete man durch ein Tor ab und die Kundschaft durfte erst nach Einbruch der Dunkelheit das Bordell betreten. 1562 schloss der Rat das Frauenhaus – Prostitution war von nun an illegal.⁴⁵¹

447 Lömker-Schlöggell: Prostituierte (2001), S. 62.

448 Eine Zusammenstellung zahlreicher Beispiele ebenda, S. 67–68.

449 Ebenda, S. 73–74.

450 Ebenda, S. 77–84.

451 Kniefelkamp: Diskriminierung durch Prostitution (1996), S. 50–66. Weitere Beispiele bei Lömker-Schlöggell: Prostituierte (2001), S. 84.

4.4 Ehebruch

Schlimmer noch als Konkubinat und Prostitution galt der Ehebruch. Er war den profanen und kanonischen Rechtstexten gleichermaßen suspekt. Zwischen den Rechtstexten bestehen allerdings erhebliche Unterschiede bei der Beschreibung der Tatbestandsmerkmale und der Sanktionierung des Deliktes. Ein kurzer Überblick wird zeigen, dass einige Übereinstimmungen auszumachen sind, doch eine für den Untersuchungszeitraum verallgemeinernde Definition kann nicht angeboten werden.

Unter Kaiser Justinian wurden die Bestimmungen zum Ehebruch (*adulte-rium*) im römischen Recht erneut novelliert, nachdem seit der *Lex Iulia* immer wieder Korrekturen an den Artikeln zu diesem Tatbestand vorgenommen worden waren. Unter diese Neuerungen fiel auch die Anwendung des Talionsprinzips auf den Gatten, falls er seine Gattin fälschlich des Ehebruchs angeklagt hatte oder den Tatbestand nicht überzeugend nachweisen konnte. Auf ältere Vorgaben aufbauend, sollte den Ehebrecher (*adulter*) der Tod durch das Schwert ereilen. Sein Vermögen wurde durch die öffentliche Hand eingezogen, allerdings unter der Maßgabe, dass Ehefrauen und andere Erbberechtigte einen bestimmten Anteil aus der Vermögensmasse erhalten. Eine überführte Ehebrecherin (*adultera*) sollte hingegen in Klosterhaft verfallen, die nach zwei Jahren durch ihren Gatten aufgehoben werden konnte, wenn er sie wieder in Gnaden aufnahm. Verzichtete er darauf, verblieb die Ehebrecherin bis zur ihrem Tod im Kloster. Erbberechtigte, soweit sie vorhanden waren, erhielten zwei Drittel des Vermögens der Delinquentin, ein Drittel bekam das Kloster. Ertappte der Gatte seine Frau in *flagranti crimine*, durfte er sie töten, verdächtigte er seine Gattin des Ehebruchs, musste er ihr unter Zeugen drei Warnungen zukommen lassen. Wenn er seine Frau mit dem verdächtigen Nebenbuhler traf, durfte er auch diesen ohne Rücksicht auf dessen Stand erschlagen.⁴⁵²

Im kanonischen Recht – im *Decretum Gratiani* und in den *Dekretalen Gregors IX.* – ist der Tatbestand schärfer formuliert worden. Dort werden Personen zu Ehebrechern, die aus der Ehe entlassene Ehebrecher heiraten oder die nach einem (unverschuldeten) Ehebruch eine zweite Ehe eingehen. Noch härter ist die Bestimmung in *Gratians Decretum*, wonach sich ein Mann bereits des Ehebruchs schuldig mache, der eine andere Frau begehrlieh ansieht. Das kanonische Recht trennt darüber hinaus vor allem mit Blick auf

452 Bennecke, Hans: Die strafrechtliche Lehre vom Ehebruch in ihrer historisch-dogmatischen Entwicklung, Abt. 1: Das römische, canonische und das deutsche Recht bis zur Mitte des XV. Jahrhunderts. Marburg 1884, S. 18–21.

die Sanktionen nach geistlichen und laikalen Delinquenten. Die Ehebrecher müssen nach Gratian sieben Jahre in Buße leben, getrennt von ihren Gatten. Papst Gregor änderte dies, indem er dem Richter über die Dauer der Buße entscheiden lässt. Die Ehebrecherin verliert ihre Mitgift, das Gleiche gilt für die in die Ehe eingebrachte Habe des Mannes, wenn er des Ehebruchs für schuldig befunden wird. In Anlehnung an das römische Recht muss die ehebrechende Frau ins Kloster, falls ihr Mann sie nach der Bußzeit nicht wieder aufnimmt. Kleriker hatten ihr Amt niederzulegen, wurden exkommuniziert und gelangten in Klosterhaft. Bei entsprechender Reue wurde ihnen Absolution erteilt. Es bestand allerdings auch die Möglichkeit, sich von den Sanktionen «freizukaufen».

Das *Decretum Gratiani* wendet sich beim Tötungsrecht des betrogenen Mannes ausdrücklich gegen das römische Recht und gegen die regionalen Bestimmungen: Es verbietet die Tötung der bei der Tat ertappten Ehefrau.⁴⁵³ Ältere Bußbücher und kirchliche Autoritäten hatten für den Ehebruch nicht immer die Todesstrafe für die Delinquenten ausgeschlossen, sondern orientiert am römischen Recht auch die Hinrichtung durch das Schwert gefordert.⁴⁵⁴ Im frühen Mittelalter ist sie an Geistlichen auch tatsächlich praktiziert worden, selbst bei einflussreichen Personen wie dem Gründungsabt des Klosters St. Gallen, der einer per Urteil angeordneten Hinrichtung nur knapp entging und zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.⁴⁵⁵

453 Ebenda, S. 60–63.

454 Zum Beispiel: Hrabanus Maurus, *Liber ad Heribaldum*: «Wenn jemand die Ehe mit der Ehefrau eines anderen gebrochen und Ehebruch verübt hat mit der Ehefrau seines Nachbarn, sterbe sowohl der Ehebrecher als auch die Ehebrecherin des Todes.» (Si moechatus fuerit cum uxore alterius, et adulterium perpetraverit cum conjugē proximi sui, morte moriatur et moechus, et adultera.) Zitiert nach Hrabanus Maurus: *Liber ad Heribaldum*, in: *Patrologia Latina*, tom. 110, hg. von Jean-Paul Migne. Paris 1852, Nr. 469A; die deutsche Übertragung nach Lutterbach: *Sexualität im Mittelalter* (1999), S. 123. Unter Rückgriff auf ältere Vorlagen sollte nach Regino von Prüm eine ehebrecherische Frau durch das Schwert den Tod finden; denn dies lege das kanonische und das römische Recht nahe. Ubl: *Doppelmoral im karolingischen Kirchenrecht* (2007), S. 121.

455 Otmar von St. Gallen wurde des Ehebruchs bezichtigt und zum Tode verurteilt. Seine Strafe wurde in eine Haft auf der Insel Werd abgemildert. Als der Verleumder nach dem Tod Otmars 759 seine Tat gestand, wurden dessen Gebeine nach St. Gallen übertragen. Duft, Johannes · Gössi, Anton · Vogler, Werner: *Art. St. Gallen*, in: *Helvetia Sacra*, Bd. III/1: *Frühe Klöster, die Benediktiner und Benediktinerinnen in der Schweiz*. Bern 1986, S. 1266–1268.

Im 12. Jahrhundert gewann die Auseinandersetzung mit dem Ehebruch für das kanonische Recht an Bedeutung, denn in dieser Zeit wird die Ehe zum festen Bestandteil der heiligen Sakramente, nachdem sie in den Jahrhunderten zuvor als ein weltlicher Rechtsakt angesehen wurde, der je nach den örtlichen Gegebenheiten die kirchliche Einsegnung und das Brautexamen erforderte.⁴⁵⁶ Damit war der Ehebruch zum Sakrileg geworden.

Die frühen Leges und die karolingischen Kapitularien definierten zum Teil ganz verschiedene Tatbestände als Ehebruch, wenn sie sich überhaupt mit diesem Delikt auseinandersetzten. Wenn einer der Gatten einer Ehe mit einer anderen Person die bestehende eigene Ehe brach, waren in der Regel der Tod oder Vermögenskonfiskationen als Sanktionen vorgesehen. Darüber hinaus kannten die Rechtstexte Bigamie als Tatbestand des Ehebruchs und den Raub einer Ehefrau. Beide Delikte konnten je nach Rechtstext mit Tod, Vermögensentzug oder auch einem Wergeld sanktioniert werden. Die Rechte kennen außerdem das bereits erwähnte Tötungsrecht des betrogenen Mannes und weitere Bestimmungen zu Ehebrüchen mit Unfreien.⁴⁵⁷

Die spätmittelalterlichen deutschen Rechtstexte sind sich weitgehend einig in der Beschreibung des Tatbestandes, wenn nämlich ein Mann bei einer verheirateten Frau liege, spreche man von Ehebruch; der umgekehrte Fall wird nicht thematisiert, dürfte aber zum Tatbestandsmerkmal dazu gehört haben. Allerdings kennen gerade frühe Rechtstexte wie der *Sachsenspiegel* keine Tatbestandsbeschreibung. Viele dieser Texte, vor allem jene, die in Abhängigkeit zum *Sachsen-* oder zum *Schwabenspiegel* stehen, sanktionierten den Ehebruch unabhängig vom Geschlecht mit dem Tod durch das Schwert oder durch Erhängen. Einige dieser Texte erwähnen auch das Tötungsrecht des Mannes.⁴⁵⁸ Der *Schwabenspiegel* behandelt als Besonderheit den Ehebruch

456 Brink, Leendert: Art. Ehe/Eherecht/Eheschließung, VI. Mittelalter, in: Theologische Realenzyklopädie, hg. von Gerhard Krause und Gerhard Müller, Bd. 9. Berlin · New York 1982, S. 330–336.

457 Bennecke: Die strafrechtliche Lehre vom Ehebruch in ihrer historisch-dogmatischen Entwicklung (1884), S. 85–106.

458 Zum Beispiel: *Rechtsbuch des Ruprecht von Freising*, Kap. 30–31: «Wir sprechen aver von tötslegen. Ist daz ein wiert [Ehemann] vindet einen andern man, er sei phaff oder lay, pei seinem weib ligent an dem pett oder swô er si vindet, vindet er si an suntleichen [sündhaften] dingen und sticht oder slecht er si paide ze tût, sol er den tötslach puezzen? Wir sprechen: Nicht. [...] Und ist daz weip vor archwânich [verdächtig] gewesen mit dem manne, den er erslagen hât, oder mit andern mannen, sô hât er des leibes nicht verworcht [verwirkt]; und machet daz, das er in haimgesuoht hât um sein trew und um sein êr.» Zitiert nach Claussen: Freisinger Rechtsbuch (1941), S. 28–30. Wurde der Ehebruch nicht

von Wirtsfrauen; dieser soll nicht bestraft werden, sondern die Ehebrecherin sollte zur Beichte gehen, denn sie sei durch ihr tägliches Geschäft ständig dem (begehrlichen) Umgang mit Männern ausgesetzt. Eine Besonderheit stellt auch das *Kleine Kaiserrecht* dar, denn hier wird der Ehebrecher mit lebenslanger Kerkerhaft und die Ehebrecherin mit dem Verstoß aus dem Haus und des Einzugs des Vermögens durch den Mann bestraft. Die spätmittelalterlichen Stadtrechte sind hingegen sehr uneinheitlich in der Form

durch persönliche Wahrnehmung aufgedeckt, musste ein Verfahren eingeleitet werden, dass im späten Mittelalter mit überzeugenden Beweisen und/oder einem Geständnis die Tat glaubhaft machen musste. Als Herzog Ludwig II. von Bayern (* 1229 † 1294) am 18. Januar 1257 seine Gemahlin Maria von Brabant hinrichten ließ, weil sie angeblich Ehebruch begangen habe, die Tat allerdings nicht bewiesen werden konnte, wurde er exkommuniziert, weil er das heilige Sakrament der Ehe infam verletzt habe. Holzfurtner, Ludwig: Herzog Ludwig II. und Maria von Brabant. Eine böse Tat und ihre Hintergründe, in: Kloster Fürstenfeld, hg. von Lothar Altmann · Werner Schiedermaier. Lindenberg 2006 (²2013), S. 42–52. – Ähnliche Fälle von politischen Intrigen und Eifersucht sind vielfach überliefert und literarisch überarbeitet. Ein wichtiges Moment dieser Geschichten ist immer wieder der schwierige Nachweis der Tat, der von einem gereizten Ehemann unter allen möglichen Bedingungen erbracht werden will und aufgrund der rechtlichen Grundlagen auch erbracht werden muss. So erzählt Thomas Ebendorfer in seiner *Cronica regum Romanorum* zum ersten Mal von den angeblichen Begleitumständen des Todes des heiligen Johannes Nepomuk folgendes: Er soll auf Anweisung König Wenzels 1393 nach grässlicher Folter in die Moldau gestürzt worden sein, weil Wenzel, dessen Gemahlin häufig bei Johannes zur Beichte ging, den Heiligen aufgefordert habe, das Beichtgeheimnis zu brechen, da er annahm und seiner Gemahlin vorwarf, sie hintergehe ihn. Johannes aber soll standhaft geblieben sein: «Confessorem etiam uxoris [Sophie von Bayern] sue Johannem in theologia magistrum, et quia dixit, hunc dignum regio nomine, qui bene regit et, ut fertur, quia sigillum confessionis violare detrectat, ipsum in Moldavia suffocari precepit. Alium [Nikolaus Puchnf] vero edacibus flammis deputavit, quem tamen licet motus pietate effugio salvavit.» Zitiert nach Zimmermann, Harald (Hg.): *Chronica regum Romanorum*, Bd. 1. Hannover 2003 (*Monumenta Germaniae Historica. Scriptores rerum Germanicarum, nova series*, 18.1), S. 550. Zur Biografie des Johannes und dessen Darstellung seit dem 14. Jahrhundert siehe: Seibt: Johannes von Nepomuk (1971), hier besonders S. 16–23. – Hlaváček, Ivan: Johannes von Nepomuk und seine Zeit, in: Johannes von Nepomuk 1393 – 1993, hg. von Reinhold Baumstark · Johanna von Herzogenberg · Peter Volk (*Ausstellungskatalog*). München 1993, S. 18.

der Sanktionierung; sie sehen Geld- und Leibesstrafen, Verweisung und Tod, Gefängnis und Ehrenstrafen vor.⁴⁵⁹

Ein prominentes mittelalterliches Beispiel griff Georg Spalatin in seiner *Chronik der Sachsen und Thüringer* auf (siehe Abbildung 8, S. 191). Er berichtet vom fingierten Ehebruch der Pfalzgräfin Maria, einer angeblichen Enkelin der heiligen Elisabeth von Thüringen (* 1207 † 1231) und Tochter von Herzogin Sophie von Brabant (* 1224 † 1275). Sie soll wegen ihres gottesfürchtigen Lebens am Hof ihres Mannes, Pfalzgraf Heinrichs, auf Neid und Ablehnung gestoßen sein. Deshalb habe man ihrem Gemahl berichtet, dass sie ihrer «ehelichenn ehre vergeßen» und ihn «mitt einem Graffen, genannt den Rauchen Graffen», hintergangen habe. Ohne diese Anschuldigung zu prüfen, erstach der Pfalzgraf seine Frau in großem Zorn. Historisches Vorbild dieser Erzählung ist die tatsächlich erfolgte Hinrichtung Marias von Brabant (* ca. 1226) am 18. Januar 1256 wegen angeblichen Ehebruchs durch Ludwig II. den Strengen, Pfalzgrafen bei Rhein.

4.5 Fälschlich der Hurerei beschuldigt

Unter den skizzierten Umständen wird deutlich, weshalb die frühen Leges, die *Lex Salica* und das *Edictum Rothari*, die Beleidigung mit dem Wort «Hure» als einen gesonderten Tatbestand aufnehmen, diesen in einem Atemzug mit den Bestimmungen zu Hexen nennen und mit einem hohen Wergeld sanktionieren. Wie bei den Hexen-Artikeln steht der Schutz der Opfer offenbar im Vordergrund, da nicht nur die Entwertung des Leumunds droht, sondern es erwarten das Opfer beim «Beweis» des Vorwurfs hohe Strafen, beim Ehebruch sogar die Todesstrafe. Der angesprochene Tatbestand lautet demnach falsche Anschuldigung und nicht einfache Beleidigung, denn die Leges fordern vom Ankläger einen Nachweis seiner Beschuldigung. Das *Edictum Rothari* zielt auf diesen wichtigen und an Konsequenzen reichen Unterschied ab, wenn es zwischen dem leeren Schmähwort (*vanum improperii sermonem*), das im Zorn gesprochen wurde, und der konkreten, durch Leumundszeugen nachzuweisenden Beschuldigung trennt.

Die Auswahl der zwei besprochenen Tatbestände (Beschuldigung der Hurerei und der Hexerei) greift offenbar auf aus der Erfahrung gewonnene weibliche Zuschreibungen zurück. Vielleicht waren es sogar die zwei häufigsten Beschuldigungen, die einer Frau gegenüber geäußert wurden, da sie als einzige Tatbestände dieserart in den frühen Rechtstexten auftauchen. Das hieße, die

459 Bennecke: Die strafrechtliche Lehre vom Ehebruch in ihrer historisch-dogmatischen Entwicklung (1884), S. 122–137.



Abbildung 8

Die Hinrichtung Pfalzgräfin Marias wegen angeblichen Ehebruchs in Georg Spalatin's drittem Teil der *Chronik der Sachsen und Thüringer*
Gotha, Forschungsbibliothek, Chart. A 191, fol. 151r
(zur Handschriftenbeschreibung siehe Abbildung 6, S. 161)

hier zu schützende Ehre der Frau wird durch die Erhabenheit über jedwede Anklagen sexueller Verfehlungen und magischer Praktiken definiert. Dieser Befund deckt sich mit den Beobachtungen Gabrieles von Oldenbourg und Michael Kleinens (* 1968), wonach in der frühmittelalterlichen Gesellschaft die Wehrhaftigkeit zu den wichtigsten Eigenschaften des freien Mannes zählte und die Gebärfähigkeit zum herausragenden Wesenselement der freien Frau.⁴⁶⁰

Dass sich an dieser Wahrnehmung und den Erfahrungen über einige Jahrhunderte nicht viel änderte, zeigen Untersuchungen spätmittelalterlicher Gerichtsprotokolle. Für das Züricher Ratsgericht im 14. Jahrhundert arbeitete Susanna Burghartz (* 1956) die am häufigsten vorgetragenen Verbalinjurien heraus. Männer seien in erster Linie als Lügner, Diebe oder Meineidige bezeichnet wurden; Anspielungen auf sexuelle Vergehen der Mütter wären ebenfalls nicht selten gewesen. Frauen hätte man häufig direkt Hurerei vorgeworfen. Beschimpfungen als Diebin oder Lügnerin wären wie bei den Männern zu finden, dagegen gebe es allerdings kaum Gegenstände von Beschuldigungen, die sich gegen die Eltern des weiblichen Opfers richteten:

Der Ruf von Frauen wurde also in erster Linie über ihr sexuelles Verhalten gegenüber Männern definiert.⁴⁶¹

Auch Hugo Hälschner wies anhand städtischer Rechtsquellen aus dem späten Mittelalter darauf hin, dass Frauen mehr der Prostitution und des Ehebruchs bezichtigt wurden, Männer dagegen der Sodomie.⁴⁶² Ähnliche Ergebnisse erhielt Claude Gauvard (* 1942) am Beispiel königlicher Gnadenbriefe aus dem 14. und 15. Jahrhundert. Die häufigsten Injurien führten auf sexuelle Klagen zurück; Frauen hätte man «Huren» gescholten, Männer hingegen «Hurensöhne», «Bastarde» und «Zuhälter».⁴⁶³ Es scheint so, dass der vermutlich inflationäre, auf Frauen zugeschnittene Vorwurf insofern in einigen Rechtstexten Niederschlag gefunden hat, als dass man den Begriff «Hure» nicht mehr im Sinne des Tatbestandes der üblen Nachrede wertete. So steht im Artikel 54 des *Augsburger Stadtbuches*:

460 Oldenbourg, Gabriele von: Aspekte der rechtlich-sozialen Stellung der Frauen in den frühmittelalterlichen Leges, in: Frauen in der Spätantike und im Frühmittelalter. Lebensbedingungen – Lebensnormen – Lebensformen. Sigmaringen 1990, S. 235. – Kleinen: «... zur Wollust und zur Unzucht preisgegeben» (2004), S. 181–182.

461 Burghartz: Ehre, Leib und Gut (1990), S. 126–128.

462 Hälschner: Das preußische Strafrecht, Bd. 3.1 (1868), S. 215.

463 Gauvard: «De grace especial» (1991), S. 705–752. Weitere ähnliche Ergebnisse bei Schubert: Alltag im Mittelalter (2002), S. 177–185. – Wernicke: Von Schlägen, Schmähen und Unendlichkeit (2000), S. 389–399.

Swa aber ein man eins biderben mannes wibe eine hurren mizzet oder ains biderben mannes nifteln [Nichte] oder siner besliezzerin [hier: Gemahlin] oder suß einem biderben frewelin, der iß dem vogte schuldik funf schillinge unde sol dem clager bezzern unde buzzen nah der ratgeben rate, die danne des clainen rates sint.⁴⁶⁴

In diesem Artikel geht es nicht um die Überprüfung des Vorwurfs, sondern es wird davon ausgegangen, dass es sich um eine Beschimpfung handelt, die als einfache Beleidigung gesühnt werden sollte. Das heißt nicht, dass es keinen Tatbestand der üblen Nachrede oder Verleumdung in diesem Zusammenhang mehr gegeben hätte. Sondern dieser Artikel aus Augsburg zeigt auf, dass man es für nötig erachtete, den Tatbestand der einfachen Beleidigung mit Blick auf den Hurereivorwurf extra zu berücksichtigen. Vermutlich hatte das Augsburger Gericht häufig über solcherlei Fälle zu urteilen, die eindeutig nur den Zweck der Beschimpfung, aber nicht den der falschen Anschuldigung verfolgten.⁴⁶⁵

Für die Beschimpfung von Männern, sie wären «Hurensöhne», trifft eine ganz ähnliche Beobachtung zu. Auch hier wird in den Rechtstexten unterschieden nach einfacher Beleidigung und böswilliger Unterstellung. Dabei überwiegt jedoch der Anteil an Artikeln zur Beleidigung.⁴⁶⁶ Justin Gobler reflektierte in seinem *Rechten Spiegel* als einer von wenigen darüber, welche Klagen man vor Gericht zulassen müsse wegen des gemeinen Nutzens. Ohne es weiter zu begründen, hält er es für wichtig, dem Vorwurf, eine Person sei

464 Zitiert nach Meyer: Das Stadtbuch von Augsburg (1872), S. 124.

465 Burghartz gibt für Zürich ein Beispiel eines solch eindeutigen Falles. So beschimpfte ein Mann eine Frau, während er ihr seinen blanken Hintern entgegenstreckte: «Du ausgefickte, abverreckte, fickende Hure, abgefeberte, aussätzige Hure» und «du ausgevögelte, aussätzige Diebin». Zitiert nach Burghartz: Leib, Ehre und Gut (1990), S. 132–133. In dieser Anhäufung fäkalsprachlicher Worte treten die eigentlichen Gegenstände der Anschuldigung in den Hintergrund: Dem Delinquenten ging es in der Hauptsache darum, das Opfer verbal und durch Gebärden zu schmähen und nicht darum, ihre Ehre glaubhaft infrage zu stellen.

466 *Augsburger Stadtbuch* von 1276, Art. 54: «Swaer dem andern miscet einen hurrensun, der iß dem vogte ainez phundes schuldik.» Zitiert nach Meyer: Das Stadtbuch von Augsburg (1872), S. 124. – *Rechtssammlung des Herrn Ulrich von Eitzing* († 1460) für Nussdorf (bei Wien) von 1450: «Item welher schefman der iß, der ainem vertailt mit posen und verpoten wortn von der kristenhait, er hais in ainen hurnsun oder ainen diep, der iß zu wandl dem ambtman verfallen zwelif phenning.» Zitiert nach Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 3 (1842), S. 704.

ein «Hurenkind», nachzugehen.⁴⁶⁷ Leider lässt sich daraus nicht ableiten, welcher explizite Vorwurf hier zum Tatbestand erhoben wird: der Vorwurf, die Mutter der betreffenden Person sei eine «Hure» oder der Vorwurf, dass es sich bei der beschuldigten Person um einen illegitimen Spross handelt. Vermutlich wird beides eng aufeinander bezogen, denn würde sich eine solche Klage durch Beweis bestätigen lassen, dann hätte die Mutter eine peinliche Strafe erwartet. Zudem müsste in Erfahrung gebracht werden, ob aus diesem Verhältnis Kinder hervorgegangen sind; diese hätten dann eingeschränkte Rechte. Adlige hatten den Verlust des väterlichen Standesrechts, des Heirschildes und ihre Lehnfähigkeit zu befürchten. Bürgern drohte der Entzug von Bürgerrechten und der Ausschluss aus den Zünften. Klerikern konnte die Weihe, die Aufnahme ins Kloster und höhere Kirchenämter versagt bleiben.⁴⁶⁸

4.6 Ketzerei, Sodomie und Gottes Strafe

Im späten Mittelalter treten zwei konkret benannte Beschuldigungen in den Rechtstexten hinzu: «Ketzerei» und «Sodomie». Die Aufnahme dieser

467 «Ferner ist zu merken/ daß einer von dieser Klagen Excusiert vnd entschuldigt wirt. [...] Zum andern/ So der welcher sie schmach thut/ die warheyt sagt/ darin dieser vnderscheyd zumercken/ Entweder kompt es dem gemeynen nutz zu gut/ daß mans wisse/ Als so iemand einem für würff/ er wer ein hurenkind/ oder von eins todtschlags wegen verdampft/ etc. Wenn solchs war ist/ so ist der verweisser nit schuldig/ diweil der gmeyn daran glegen/ daß die Infamia vnd berüchtigung bekannt vnd offenbar sei/ daß er zu gezeugniß vnd wirdigkeyten nit gestattet werde.» Gobler: *Der Rechten Spiegel* (1550), Kap. LXXVII.

468 Siehe die Beiträge von Schreiner, Klaus: «Defectus natalium» – Geburt aus einem unrechtmäßigem Schoß als Problem klösterlicher Gemeinschaftsbildung, in: *Illegitimität im Spätmittelalter*, hg. von Ludwig Schmugge. München 1994 (Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, 29), S. 85–114. – Schulz, Knut: Die Norm der Ehelichkeit im Zunft- und Bürgerrecht spätmittelalterlicher Städte, in: *Illegitimität im Spätmittelalter*, hg. von Ludwig Schmugge. München 1994 (Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, 29), S. 67–83. – Willoweit, Dietmar: Von der natürlichen Kindschaft zur Illegitimität. Die nichtehelichen Kinder in den mittelalterlichen Rechtsordnungen, in: *Illegitimität im Spätmittelalter*, hg. von Ludwig (1994). Bei außerehelichen Kindern von Klerikern kommt noch hinzu, dass man glaubte, sie würden aufgrund der Schwere des Vergehens ihrer Eltern häufig missgebildet sein. So soll 1409 in Paderborn ein «Monstrum» geboren worden sein, dessen Gliedmaßen deformiert waren und das zwei Gesichter hatte. Die verheiratete Mutter des Kindes beschuldigte einen Kleriker der Vaterschaft. Schreiner: «Defectus natalium» (1994), S. 87.

Tatbestände geht auf die bereits erwähnte, durch Papst Gregor IX. 1233 hergestellte Verbindung von Häresie und widernatürlicher Unzucht zurück (*Vox in Rama*).⁴⁶⁹ Fortan konnten «Ketzerie» und «Sodomie» denselben Tatbestand bezeichnen, so dass das eigentliche Verbrechen hinter diesen Begriffen nicht deutlich zutage tritt. Die im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit auftretenden zahlreichen Verfolgungswellen von Personen, die unter Verdacht standen, eines der möglichen Verbrechen der beiden Anschuldigungen begangen zu haben, verband die Angst vor dem Zorn Gottes, der über alle hereinbreche, die das Treiben dieser Personen nicht unterbanden. Ängste vor Naturkatastrophen und Seuchen, verstanden als göttliche Exekutive, hatte schon Kaiser Justinian auf Sodomiten und Sodomieverdächtige übertragen. Er ging fest davon aus, dass sie mit ihrem «unzüchtigen Treiben» Gottes Zorn herausfordern würden. Als 542/544 eine Pestwelle das oströmische Reich heimsuchte, verschärfte er mit seiner *Novella 149* die Strafen und Verfolgungen gegen Sodomiten. Über westgotische Leges und Konzilien fand die Novelle Eingang in die *Kapitulariensammlung des Benedictus Levita*, in die *Pseudoisidorischen Dekretalen* und in das *Corpus Iuris Civilis*. Während Justinians Novelle den Magistraten und anderen richtenden Gewalten seines Reiches noch nicht den Tod durch Verbrennung als verbindliche Strafe für Sodomiten vorschrieb, sondern ihnen weitgehende Befugnisse einräumte, ein Strafmaß nach eigenem Ermessen festzulegen, sahen die nachfolgenden Rechtstexte die Todesstrafe vor.⁴⁷⁰

Die gedankliche Verbindung zwischen Sodomie und Gottes Strafe blieb künftig erhalten; es wurden ganze Kataloge erarbeitet, in denen den Sodomiten schreckliche Vorkommnisse zur Last gelegt wurden. Ein anschauliches Beispiel dafür ist der 1485 fertiggestellte *Christenspiegel* des Franziskanerobservanten Dietrich Kolde († 1515) aus Münster in Westfalen. Dieser Band erfreute sich mit 40 Auflagen bis 1677 größter Beliebtheit. Dort wird berichtet, dass sich die Inkarnation Gottes um mehrere Jahrtausende wegen der Sodomiten verzögerte, die Sintflut über die Menschheit einbrach, Hungersnöte ihretwegen ausgebrochen seien und anderes mehr.⁴⁷¹

Die «fornicatio», ganz gleich, ob sie nun natürlicher oder widernatürlicher Art war, bedrohe die Christenheit nicht nur mit Krankheit und Katastrophen. Theologen befürchteten, dass «unreine Christen» das Heilige beflecken und damit dessen Wirksamkeit gefährden und ebenfalls den göttlichen Zorn her-

469 Siehe dazu den vorangehenden Abschnitt «Hexerei und Zauberei», S. 170–178.

470 Ausführlich zur Entwicklung der rechtlichen Konsequenzen siehe Hergemöller: Sodom und Gomorrha (2000), S. 35–47.

471 Ebenda, S. 161–178.

ausfordern könnten. Deshalb wäre alles mit Blut und Sexualität Zusammenhängende vom Heiligen fernzuhalten. Dies schloss den heiligen Ort, die Priester und die Laien gleichermaßen mit ein. Einen lebendigen Eindruck der Sorge um dieses in der Forschung als «Konzept der kultischen Reinheit»⁴⁷² bezeichnete theologische Verständnis vermittelt exemplarisch ein Brief des Petrus Damiani an Papst Leo IX. von 1049 (*Liber Gomorrhianus*). Dort wird eindrucksvoll die Gefahr für die Seelen aller Gemeindemitglieder, die von «Sodomiten» ausgeht, vor Augen geführt wird.⁴⁷³ Es wären vor allem die Geistlichen, die Träger des heiligen Kultes, durch sodomitisches Handeln gefährdet. Nachdem wegweisende Schriften wie *Adversus Nicetam* des Humbert von Silva Candida († 1061) oder *De caelibatu sacerdotum* des Petrus Damiani († 1072) rigoros die Priesterehe ablehnten⁴⁷⁴ und die Synode von Clermont 1095 die Priesterehe nach einem früheren Erlass Papst Gregors VII. von 1074 endgültig verboten und damit die Einhaltung des Zölibats vehementer als zuvor eingefordert hatte, wurde der Disput über die sexuellen Vergehen des Klerus hitziger. Kritische Stimmen warnten, dass die sexuelle Enthaltung die «Sodomie», und damit war wohl gleichgeschlechtliche Sexualität gemeint, fördern würde. Allerdings glaubte man auch, das gleichgeschlechtliche Zueinanderhingezogensein wäre ein temporärer Trieb, der dann sehr stark werde, wenn die Sexualität vehement unterdrückt würde.⁴⁷⁵ Jene Kritiker machten deshalb den Zölibat für die angeblich stetig zunehmende Verbreitung der «Sodomie» verantwortlich.⁴⁷⁶ Ihre

472 Angenendt, Arnold: «Mit reinen Händen». Das Motiv der kultischen Reinheit in der abendländischen Askese, in: Herrschaft, Kirche, Kultur. Beiträge zur Geschichte des Mittelalters. Festschrift für Friedrich Prinz zum 65. Geburtstag. Stuttgart 1993, S. 301–307.

473 Reindel, Kurt (Hg.): Die Briefe des Petrus Damiani, Bd. 1. München 1983 (Monumenta Germaniae Historica. Die Briefe der deutschen Kaiserzeit, 4), S. 284–330. – Puff, Helmut: Die Sünde und ihre Metaphern. Zum «Liber Gomorrhianus» des Petrus Damiani, in: Forum Homosexualität und Literatur 21 (1994), S. 45–77.

474 Kleinen: «... zur Wollust und zur Unzucht preisgegeben» (2004), S. 192.

475 «Nach dem jetzigen Erkenntnisstand sprechen die mittelalterlichen Quellen dafür, dass in den meisten Fällen die Grundmuster ›Jung-Jung‹ oder ›Jüngerer-Älterer‹ bevorzugt wurden. Die Vorstellung erwachsener, berufstätiger Männer, die über Jahre oder ein Leben lang zusammenleben, die Vorstellung, die heute von den zahlenmäßig stärksten Schwulengruppen als Ideal propagiert wird, war dem Mittelalter völlig fremd.» Hergemöller: Sodom und Gomorrha (2000), S. 33.

476 Zu weiterführenden Quellen- und Literaturhinweisen siehe Reinle: Das mittelalterliche Sodomiedelikt im Spannungsfeld von rechtlicher Norm, theologischer Deutung und gesellschaftlicher Praxis (2009), S. 26. Einige Fälle des 11. bis frühen

Gegner verteidigten den Zölibat. Sie interpretierten den Geschlechtsverkehr als Ehebruch gegen die als Braut verstandene «ecclesia» bzw. gegen den als Bräutigam aufgefassten Christus. Man dürfe die Geistlichen gar nicht erst in «unzüchtige» Versuchungen führen, denn für die Ausübung der liturgischen Handlungen müssten sie unbefleckt, also kultisch rein sein.⁴⁷⁷

4.7 Homosexualität

Mit dieser ausgeprägten Angsttheologie stieg die Zahl der Verurteilten, vermutlich jedoch nicht die Zahl der Denunziationen im Reich. Christine Reinle (* 1962) vermutet, dass die Bereitschaft dazu «nicht eben ausgeprägt gewesen ist», da nur wenige Fälle bekannt sind.⁴⁷⁸ Ganz ähnlich fällt das Resultat für die Untersuchung von klerikalen Sodomiefällen aus.⁴⁷⁹ Sicher schreckten vor allem die Strafen ab, die drohten, wenn die Klage vor einem Richter nicht bewiesen werden konnte. Je nachdem, vor welchem Gericht die Klage vorgebracht wurde, musste der Kläger mit Geldstrafen, bei geistlichen Gerichten mit Suspendierung und Degradierung oder auch, wie zum Beispiel im *Luzerner Bürgerbuch* von 1373⁴⁸⁰ und in der *Berner Stadtsatzung* von 1539⁴⁸¹, mit der Talion, also in diesem Fall mit dem Tod, rechnen. Bei den geistlichen

13. Jahrhunderts, in denen Bischöfen und anderen Klerikern der Vorwurf der Homosexualität gemacht wurde, ebenda, S. 25, Anm. 44 und S. 28, Anm. 57.

477 Am Beispiel früh- und hochmittelalterlicher Bußbücher siehe Lutterbach: Sexualität im Mittelalter (1999), S. 139–146.

478 Reinle: Das mittelalterliche Sodomiedelikt im Spannungsfeld von rechtlicher Norm, theologischer Deutung und gesellschaftlicher Praxis (2009), S. 37. Bis 1500 sind mit Puff: Sodomy in Reformation Germany and Switzerland (2003), S. 183–189, nur 38 Fälle bekannt; diese kann Reinle noch um weitere sechs für diesen Zeitraum ergänzen.

479 Reinle: Das mittelalterliche Sodomiedelikt im Spannungsfeld von rechtlicher Norm, theologischer Deutung und gesellschaftlicher Praxis (2009), S. 40–41.

480 «[...] das nieman den anderen in ir Stat ze Lucern vmb einhein ding angefallen, noch berechten mag, denn vmb disu nachgeschriben stuk, das ist, des ersten vmb Mord, vmb Tüb, vmb nachtbrand, vmb Straßroub, vmb falsch, vmb nodzog, vmb ketzerie [...] vnd viele ieman den andern an vmb dirre stucken deheins vnd er des vff in also nüt beweren möchte, der mus an sin statt treten vnd liden, das einer sollte gelitten han.» Zitiert nach Segesser, Anton P. von: Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Lucern, Bd. 2: Die innere Rechtsgeschichte bis zum Ende des 15. Jahrhunderts. Luzern 1854 (ND Aalen 1974), S. 617.

481 Rennefahrt, Hermann (Hg.): Die Rechtsquellen des Kantons Bern, 1. Teil, Bd. 1,2. Aarau 1971, S. 80, 222 und 648.

Gerichtsfällen wird vermutet, dass die Verfahren gegen Sodomiten unter allgemeineren Begriffen wie «incontinentia» verschleiert worden sein könnten oder mit anderen Delikten (beispielsweise Apostasie) zusammen verhandelt wurden.⁴⁸²

Das *Augsburger Stadtbuch* von 1276 war das erste deutsche Recht, das gleichgeschlechtliche Sexualität und Zoophilie als Straftatbestand aufnahm und für die überführten Delinquenten den Tod vorsah. Kurz darauf folgte das *Freisinger Rechtsbuch* von 1328.⁴⁸³ Im 14. und 15. Jahrhundert enthielten zwei friesische Rechte, das *Fivelgoer*⁴⁸⁴ und das *Westerlauwische Sendrecht*⁴⁸⁵, entsprechende Passagen. Im 16. Jahrhundert berücksichtigen die *Bayerische Landesfreiheit* von 1508, die *Niederösterreichische Landesgerichtsordnung* von 1514, die *Krainer Landgerichtsordnung* von 1535 und die *Oberösterreichische Landgerichtsordnung* von 1559 Sodomie als Delikt.⁴⁸⁶

Bis zum Ausgang des Mittelalters führt kein Rechtstext Homosexualität unter Frauen explizit als Delikt an. Erst in der Bamberger *Constitutio criminalis* von 1507 und in der darauf aufbauenden *Peinlichen Halsgerichtsordnung* Kaiser Karls V. von 1532⁴⁸⁷ werden ausdrücklich beide Geschlechter erwähnt.

482 Reinle: Das mittelalterliche Sodomiedelikt im Spannungsfeld von rechtlicher Norm, theologischer Deutung und gesellschaftlicher Praxis (2009), S. 40–41.

483 Ebenda, S. 33.

484 «Den Sodomiten, das heißt denjenigen, der wider die Natur sündigt, verbrennt oder siedet man.» Zitiert nach Buma, Wybren Jan · Ebel, Wilhelm: Das Fivelgoer Recht. Göttingen 1972 (Altfriesische Rechtsquellen, 5), S. 163.

485 «Hweerso een man godes riucht brecht ende Octavianus ende Moyses ewa ende al der wrald, dat hi schetten wluat, so aegh him di riuchter tre kernen to iowen, als hi liwet hadde een eetmel al om mit tuam hieldem şpand, dat hi dis da wird iechte deer hy deen hadde, ende dat hy dine ker hadde hor hi sine machta by dae liue off synde, ende sinde sonda betterie; so ma een kolk delue deer dat quik in moge, ende dat ma him alles nida bringe; iesta dine tredda ker, dat ma alle dat heer gadrie fan da schettena ştirten, ende makie een band, ende binden al deer mei ende baerne.» Zitiert nach Richthofen, Karl Frhr. von (Hg.): Friesische Rechtsquellen. Berlin 1840, S. 409 (§ 17).

486 Senft, Eduard: Bemerkungen über das Verbrechen der widernatürlichen Unzucht, in: Österreichische Vierteljahrsschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 17 (1866), S. 204 und 206.

487 Paragraph 116: «Item so eyn mensch mit eynem vihe / mann mit mann / weib mit weib / vnkeusch treiben / die haben auch das leben verwürckt / vnd man soll sie der gemeynen gewonheyt nach mit dem feuer vom leben zum todt richten.» Zitiert nach Radbruch, Gustav (Hg.): Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 (Carolina). Stuttgart 1960. Der Wortlaut in der *Bamberger*

Das heißt allerdings nicht, dass im Mittelalter ausgeschlossen wurde, Frauen könnten gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr ausüben. Zum Beispiel führte Burchard von Worms zu Beginn des 11. Jahrhunderts im 19. Buch seines *Decretum* solcherlei Vorstellungen ausführlich aus. Er berichtet von Frauen, die sich männlichen Samen in ihre Speisen mischten, von selbstgemachten Dildos, von Frauen, die ihre Schöße aneinander reiben und anderem mehr.⁴⁸⁸

Allerdings kann man wohl davon ausgehen, dass die gleichgeschlechtliche Sexualität unter Frauen kaum zur öffentlichen Verhandlung kam. Denn die ältesten bekannten Gerichtsfälle zu diesem Tatbestand treten erst am Ausgang des Mittelalters in den Quellen entgegen wie zum Beispiel der Speyerer Prozess gegen Katherina Hetzeldorfer aus Nürnberg, die 1477 zum Tod durch Ertränken verurteilt wurde. Katherina gab sich als Mann aus, der mit seiner Schwester zusammenlebte. Aus dieser angeblichen geschwisterlichen Beziehung wurde während der Befragung vor Gericht ein wohl nicht miteinander verwandtes Liebespaar. Welche dieser beiden Versionen nun stimmte, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die sexuelle Befriedigung erfolgte jedenfalls durch Stimulation mit einem selbst gebauten Dildo, den sich die Hetzeldorferin beim Geschlechtsakt umband. Für diesen Fall ist kein Tatbestand überliefert, weil das Verbrechen in dem erhaltenen Protokoll namentlich nicht genannt wird.⁴⁸⁹ Weitere Fälle sind aus Freiburg im Breisgau, Brügge und Genf bekannt.⁴⁹⁰

4.8 Rechtsgut «cristenheit»

Die beiden *Rechtsbücher aus Augsburg und Freising* behandeln den Sodomievorwurf am ausführlichsten; wobei das circa 50 Jahre später beendete *Rechtsbuch Ruprechts vom Augsburger Stadtbuch* merklich partizipierte. Im Artikel 54 des Letzteren heißt es:

Swaer dem andern miscet einen hurrensun, der ist dem vogte ainez phundes schuldik. Schiltet aber er in von der cristenheit, daz ist ob er in heizzet einen zohensun [Hundesohn] oder mehrhensun [?], mussensun [?], ketzer, meineide

Peinlichen Halsgerichtsordnung ist identisch mit der *Carolina*. Siehe dort Paragraph 141 (Schwarzenberg, Johann von: *Bambergische halsgerichtsordnung* Bamberg: Hans Pfeil 1507 [VD16 B256]).

488 Hergemöller: *Sodom und Gomorrha* (2000), S. 22–23.

489 Puff: *Weibliche Sodomie* (1999), S. 366, 368 und 371. Noch älter ist der Fall einer Geistlichen aus Rottweil, die 1444 mit einer Laienfrau geschlafen haben soll. Ebenda, S. 376.

490 Ebenda, S. 375.

oder einen diup oder einen viertaeter [Viehschänder] oder einen rauber oder einen boesenwiht oder anderiu schaeltwort, diu den man von sinen eren sagent, der sol dem clager bezzern al er stat an im vindet, unde dem vogte eins phundes. Wollte aber der clager niht redelicher bezerunge, so sol ez danne an den ratgaeben sten, die danne des klainen rates sint.⁴⁹¹

Ruprecht von Freising wandelt diesen Text in den Kapiteln 276 bis 277 seines Rechtsbuches wie folgt ab:

Wir sprechen: waz scheltwart sint, daz sult ir wizzen, di man den richtern puezzten sol und nicht dem chlager. Swer den andern ein zöhensun [Hundesohn] haizzet oder er hab einen hunt gesortten [missbraucht] oder eine chuo oder er sei ein chuosertinne [Kuhschänder] sun, deu dreu dinch haizzent scheltwart, und swer si spricht, der wartt aines, der muos dem richter zehen schilling geben.[...] Sam [ebenso] ist auch, swer den andern einen poeswicht haizzet oder einen chetzer [...]. Wir sprechen von gelogenem urchund, daz der man auf den andern sait, daz im an seinen leunten [Leumund] gêt oder an sein êr, dez sol er seinen ansagen stellen, wer ims gesait hab [...].⁴⁹²

Der ältere Text ist ohne Zweifel ungleich schwerer zu verstehen als der jüngere und es fällt auf, dass Ruprecht sein Vorbild um einiges dort kürzte, wo er möglicherweise Doppelungen erkannte, und dass er dort ergänzte, wo der Augsburger Text nicht eindeutig erscheint. Die anfängliche Aufzählung im älteren Text nennt mehrere Schimpfwörter mit vermutlich derselben Semantik: «hurensun», «mehrhensun» und «mussensun». Bei den letzten beiden Begriffen handelt es sich wahrscheinlich um Synonyme von «Hurensohn», zumindest dürften sie in diesem Wortsinn gebraucht worden sein. Mit «mehr[h]e» ist die «Schindermähe» gemeint, im übertragen Sinn könnte man also von einer «lange im Geschäft befindlichen Hure» sprechen. Der Begriff würde demnach tiefe Verachtung ausdrücken. «Musse» könnte sich herleiten von «musch», einer wohl nicht ausschließlich negativ gemeinten Bezeichnung für «Hure», oder von «nutzen», ein Begriff, der im positiven Sinn die «Katze» und im negativen den «Katzenbalg» bezeichnen konnte.⁴⁹³ Dass sich hinter dem «zohensun», dem «Hundesohn», eine gleiche oder ähnliche Bedeutung verbirgt, wird durch einen *Frankfurter* und einen *Dortmunder Rechtstext* nahe

491 Zitiert nach Meyer: Das Stadtbuch von Augsburg (1872), S. 124.

492 Zitiert nach Claussen: Freisinger Rechtsbuch (1941), S. 318.

493 Siehe Schmeller, Johann A.: Bayerisches Wörterbuch. Sammlung von Wörtern und Ausdrücken [...], Bd. 2. Stuttgart · Tübingen 1828, S. 664. – Frommann, Georg K.: Bayerisches Wörterbuch Wörterbuch von Johann A. Schmeller, überarb. Ausg. München 1872, Bd. 1, Sp. 1681.

gelegt.⁴⁹⁴ Ruprecht deutet das Wort allerdings in einem modifizierten Sinn, wenn er den damit Bezeichneten in einen Zusammenhang mit einer Person bringt, die einen Hund «missbraucht». Die Begriffe «mehrheusun» und «mus-sensun» nahm Ruprecht nicht in seinem Text auf und interpretierte das dritte, den «zohensun», in einer Form, die doppeldeutig verstanden werden kann.⁴⁹⁵ Allerdings überzeugt diese Interpretation nicht restlos und wirft bereits auf den ersten Blick zwei wichtige Fragen auf: 1. Wieso ließ Ruprecht nicht nur die beiden erwähnten Begriffe außer Acht, sondern vernachlässigte auch den Begriff «hurensun», um seine Aufzählung in einem klaren sodomitischen Zusammenhang zu stellen, nämlich dem geschlechtlichen Verkehr

494 In den *Statuten der Stadt Frankfurt am Main* von 1297 wird der Begriff «Hundssohn» in der Bedeutung von «Hurensohn» verwendet. Siehe Kriegk, Georg L.: *Deutsches Bürgerthum im Mittelalter*. Nach urkundlichen Forschungen, nebst einem Anhang, enthaltend ungedruckte Urkunden aus Frankfurtschen Archiven. Frankfurt am Main 1871 (ND Frankfurt am Main 1969), S. 277. Das *Dortmunder Statut* von 1275 (?) bringt neben dem «Hurensohn» noch Fäkalworte ins Spiel; dort heißt es: «Si aliquis Burgensis noster alteri vituperat vel obloquitur verbis turpibus et inhonestis, vocans eum canem aut assimilans eum caude aut alteri membro canis, vel Horenzone, vel Dytherenzone [...]» Zitiert nach Dreyer: *Zur Erläuterung der teutschen Rechte, Rechtsalterthümer und Geschichten angewandte Nebenstunden* (1768), S. 419. Im *Stadtrecht von Halle* findet sich als Synonym für «Hurensohn» das Wort «kotzenson». Förstemann: *Die alten Statuten der Stadt Halle* (1834), S. 83. Die *Geraer Statuten* von 1487 trennen zwischen «Katzensohn» und «Hurensohn»: «Item wurde ein Bürger oder Bürgers Sohne geheisen ein schalk oder Bösewicht oder Katzen Sohn oder Huren Sohn oder Hurenkind [...]» Diese Aufzählung schließt nicht aus, dass Katzensohn im Sinne von Hurensohn gebraucht wurde. Zitiert nach Walch: *Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht*, Bd. 2 (1772), S. 96. Im *Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern* von 1346, Art. 61, heißt es: «Spricht ainer den andern an, er hab in gehizzen einen chüsertinn sun oder einen huntsertinn sun oder einen merhern sun oder waz sogtaner vihlicher schweltwort iß [...]» Zitiert nach Volkert: *Das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346* (2010), S. 293. – Weitere Beispiele bei His: *Das Strafrecht des deutschen Mittelalters*, Bd. 2 (1935), S. 110 Anm. 1–3. Im *Stralsunder Verfestungsbuch* wird zum Jahr 1400 von einem beleidigenden Ausruf, der wohl das gleiche intendiert wie Hurensohn, berichtet: «Broden sone, no scholtu id my ghelden!» Zitiert nach Francke, Otto (Hg.): *Das Vefestungsbuch der Stadt Stralsund*. Mit einer Einleitung von Ferdinand Frensdorff. Halle 1875 (*Hansische Geschichtsquellen*, 1), S. 68–69, Nr. 580.

495 Beispiele für Scheltwörter, die den Verkehr der Mutter mit Tieren vorwerfen bei His: *Das Strafrecht des deutschen Mittelalters*, Bd. 2 (1935), S. 110 Anm. 4.

mit Hunden und Kühen? 2. Weshalb baut das *Augsburger Stadtbuch* einen Gegensatz zu Beginn des Artikels 54 auf, indem einerseits die Beschimpfung mit «hurensun», andererseits die Beschimpfung mit «zohensun», «mehrhen-sun» und «mussensun» unter Strafe gestellt wird? Es leitet diesen Gegensatz ein mit: «schiltet aber er in von der cristenheit, daz ist [...]».

Zur ersten Frage: Ruprecht unterscheidet systematisch in «Scheltworte» und in «gelogene Urkund». Beim ersten Vergehen muss der Verurteilte nicht dem Opfer «büßen», sondern dem Richter ein Gewette zahlen. Eine Wiedergutmachung, ein Widerruf ist nicht vorgesehen. Daraus lässt sich folgern, dass Ruprecht die vier aufgezählten Begriffe nicht im Sinne einer falschen Anschuldigung versteht, sondern als einfache Beleidigung. Das ist außergewöhnlich, denn der Vorwurf, ein Tier geschändet zu haben oder Sohn eines Kuhschänders zu sein, ist wie dargelegt, ein Tatbestand der widernatürlichen Unzucht, der in anderen, jedoch etwas späteren Rechtstexten, wie zum Beispiel im sich an Ruprecht anlehenden *Luzerner Ratsbeschluss* von 1395, als falsche Anschuldigung behandelt wird.⁴⁹⁶ In diesem Fall folgt Ruprecht also nicht seinem Vorbild, das im Wort «viertaeter» (Viehschänder) nicht nur eine einfache Beleidigung erkennt, wie gleich im Anschluss gezeigt wird.

Ruprecht scheint bei diesen Schimpfwörtern auch keinen Zusammenhang mit den Sodomievorwürfen innerhalb der Ketzerverfolgungen herzustellen. Denn der Bezeichnung als Ketzer räumt er eine andere rechtliche Bedeutung ein. Wenn nämlich eine Person mit den Worten «poeswicht» oder «chetzer» beleidigt wird, dann handelt es sich um eine «gelogene Urkund», hier verstanden im Sinne der falschen Anschuldigung. Ruprecht geht davon aus, dass die beschuldigende Person ihre Informationen von Dritten bezogen hat, die benannt werden müssen, um die aufgestellte Behauptung zu erhärten. Damit folgt Ruprecht seiner zweiten bekannten Vorlage, dem *Schwabenspiegel*, in dem es heißt:

Wer ain man rüget, er sey ein ketzer oder mainayde oder anders, das im an sein erwerg gat, mag er in nicht überzewgen als recht ist, er sol alle die witze leyden, die iener solt haben geliten ob er in überzewgt hete.⁴⁹⁷

496 1395 legte der Luzerner Rat fest, dass wenn «einre zem andern spricht, du heß ein kuo gehit [...] oder du biß ein verhiter, diep oder ein bösewicht und ander soliche swere rede, die eim berlich an sin ere gat», dann müsse diese Beleidigung vor dem Gericht verhandelt und geurteilt werden. Zitiert nach Wechsler: Ehre und Politik (1991), S. 173–174. Ebenda, S. 174–176, mehrere Beispielfälle wegen sodomitischer Schmähungen.

497 Zitiert nach Eckhardt: Schwabenspiegel, Kurzform (1974), S. 393, Sp. 1.

Im Unterschied zu seinen Vorlagen fasst Ruprecht die falsche Anschuldigung in zwei Begriffen zusammen: «poeswicht» und «chetzer», wobei unter «poeswicht» eine Reihe von Tatbeständen verstanden wurde. Der *Schwabenspiegel* und das *Augsburger Stadtbuch* zählen zum Beispiel noch Meineid, Raub und Diebstahl auf; Friedbruch und andere schwere Verbrechen konnten unter diesem Terminus ebenfalls subsummiert werden. Während der *Schwabenspiegel* für die Beleidigung mit diesen wirklichen Tatbeständen die Talion vorsieht, führt Ruprecht nicht weiter aus, wie zu verfahren ist, wenn eine Person der üblen Nachrede überführt wurde.

Zur zweiten Frage: Eine Unterscheidung in Beleidigung und falsche Anschuldigung sieht auch das *Augsburger Stadtbuch* vor, wenn es die Beschimpfung mit dem Wort «hurensun» als einfache Beleidigung behandelt, alle anderen Beschimpfungen hingegen vor einem Richter geprüft wissen will ob ihrer expliziten Beschuldigung. Die beiden anzeigenden Termini technici sind: «schiltet aber er in von der cristenheit» und «den man von sinen eren sagent». Beide Textbelege finden sich ganz ähnlich im etwa zeitgleich entstandenen *Schwabenspiegel* in der oben bereits zitierten Passage:

Verrater das sind die mit ir red ainen uerpalmudent, das sy in sagent von der christenheit, also das sy sagen, er sey ain sodomit, oder er hab vich geunraint oder er sey ain keczzer; mugen si das nicht erzeugen, die soll man radprechen.⁴⁹⁸

Schwabenspiegel und *Augsburger Stadtbuch* führen ihre Strafrechtsbestände auf zwei wesentliche Normative des christlichen Wertekanons zurück, wenn sie auf die «cristenheit» als Rechtsgut einer Person abheben: nämlich auf angemessenes sexuelles Verhalten (Beschuldigung der Sodomie) und auf die Anerkennung der «christlichen Wahrheiten», vermittelt durch die göttlichen Mysterien, die Heilige Schrift und die römische Kirche (Beschuldigung der Ketzerei).⁴⁹⁹ Wird die Nichteinhaltung dieser beiden Normative durch eine Person von anderen in Frage gestellt, dann kann die beschuldigte Person auf falsche Anschuldigung klagen. Seit dem späten 13. Jahrhundert tritt also die «cristenheit» einer Person als neues Rechtsgut infolge der systematischen Durchdringung von Häresieprozessen in den profanen Rechten zu den Beleidigungsartikeln hinzu. Dieses Rechtsgut kann als eine Form des «Glaubensbekenntnisses» bezeichnet werden und die Verletzung dieses

498 Ebenda.

499 Die Wendung «Umb schelten aus der christenheit» ist Titel des 61. Artikels in *Kaiser Ludwigs Rechtsbuch*. Siehe Volkert: Das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346 (2010), S. 293. Weitere Beispiele bei His: Das Strafrecht des Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 112–113.

Rechtsgutes ist danach eine Glaubensschelte. In beiden Rechten wird dieses Rechtsgut ergänzt durch die Ehre einer Person, also jenes Rechtsgut, das allen Beleidigungsklagen zugrunde liegt.⁵⁰⁰

Berücksichtigt man die Einführung des neuen Rechtsgutes, das im Augsburger Recht mit dem älteren, der Ehre, kombiniert wird, steht immer noch die Frage offen, weshalb der Gegensatz zwischen «hurensun» und den anderen Schimpfwörtern (zohensun, mehrhensun, mussensun, ketzer, meineider, diup, viertaeter, rauber, boesenwiht) aufgebaut wird. Vor allem bleibt unklar, weshalb «hurensun» ein Schimpfwort zum Tatbestand der einfachen Beleidigung sein soll, während die anderen Begriffe dem Tatbestand der falschen Anschuldigung zugeordnet werden. Das betrifft besonders die Worte «zohensun», «mehrhensun» und «mussensun», die mit hoher Wahrscheinlichkeit das Gleiche unterstellen wie «hurensun». Vermutlich hängt dies mit der Interpretation des Wortes «hure» zusammen. Wie oben erörtert, kennt das *Augsburger Stadtbuch* den Gebrauch dieses Schimpfwortes lediglich als Beleidigung. Danach wäre es konsequent, auch den Gebrauch des Wortes «hurensun» dem gleichen Tatbestand zuzuordnen. Diese Begriffe zählten, wie vergleichbare Befunde nahe legen, zu den am häufigsten verwendeten Schimpfwörtern, bei denen man vermutlich im Unterschied zu anderen von keiner böswilligen Unterstellung ausging.

Ungeachtet der schwierigen Beantwortung der eingangs gestellten zwei Fragen fällt auf, dass der *Schwabenspiegel*, das *Augsburger Stadtbuch* und Ruprecht von Freising zwischen Häresie und Zoophilie (viertaeter) unterscheiden und diese Delikte zum Teil anderen Straftatbeständen zuordnen. Der *Schwabenspiegel* trifft sogar eine Unterscheidung in Sodomie, Zoophilie (vihe geunreinet) und Häresie. Unter anderem aus Schweizer Gerichtsfällen ist überliefert, dass im 14. und 15. Jahrhundert das Wort «Ketzerie» als Sammelbegriff Anwendung fand, der Homosexualität als eine Form der Sodomie und Zoophilie einschloss.⁵⁰¹ Zoophilie ist in allen drei Rechtstexten jedoch ein eigener Tatbestand, der offensichtlich in erster Linie auf die sexuelle Unzucht abzielt und nicht auf den Zusammenhang mit ketzerischen Absichten, wie er sich in den kanonischen Texten des 13. Jahrhunderts langsam abzuzeichnen begann. Allerdings haben auch dort Dekretiisten wie

500 Siehe den Abschnitt «Rechtsgüter», S. 41–45.

501 1390 wurde Peter Vasant von dem Luzerner Gericht zum Tode verurteilt, weil er von einem zwölfjährigen Jungen beobachtet wurde, wie er die Kuh von dessen Vater mit einer Hand kratzte, während er mit der anderen sein Gewand angehoben hatte und mit der Kuh «unmenschlich geberde» trieb. Das Gericht verurteilte ihn als «ein bösen ketzer». Wechsler: Ehre und Politik (1991), S. 174.

Johannes Faventinus († um 1190), Robert von Flamborough († 1224) und Richardus Anglicus († 1252) in ihren Glossierungen auf eine möglichst strafrechtlich konkrete Unterscheidung der Tatbestände hingearbeitet, wenn sie kategorisierten nach den «crimen maxima et media» und den leichteren Vergehen.⁵⁰²

Als gesichert lässt sich festhalten, dass über den *Sachsenspiegel*, der als erster profaner Rechtstext in Deutschland die Todesstrafe für «Zauberei»⁵⁰³ als Tatbestand aufnahm, Häresie und mit den ersten Überarbeitungen des *Sachsenspiegels* auch Sodomie bzw. Zoophilie in das deutsche Recht Eingang fanden. Als ein fest umrissener Tatbestand ist in den Beleidigungsartikeln nur die Zoophilie mit den Begriffen «viertaeter» und «vihe geunreinert» aufgestellt. Welche Verbrechen unter die Tatbestände Ketzerei und Sodomie fallen, lassen die drei hier ausführlich besprochenen Rechtstexte hingegen offen.

5. Bösewichte und Feiglinge

5.1 Begriffsbestimmung

Unter dem gewählten Begriffspaar «Bösewichte und Feiglinge» wurden Beschuldigungen verstanden, die sich überwiegend gegen Männer richteten und die die Gerichte nicht als einfache Beleidigung behandelten, sondern als falsche Anschuldigung bzw. Verleumdung. Der Feigling (arga) tritt insbesondere in den frühen Leges entgegen, der Bösewicht hingegen in den spätmittelalterlichen Rechtstexten, obwohl das Wort selbst schon für das Althochdeutsche nachgewiesen ist und zwar in jener Bedeutung, die ihm auch noch im späten Mittelalter anhaftete. Mit dem althochdeutschen «bösiwiht» waren Nichtsnutze sowie schlechte, wertlose und verächtliche Menschen gemeint.⁵⁰⁴ Später, etwa ab dem 14. Jahrhundert, kommt der Bösewicht in verschiedenen Wortfeldern vor – mit Schalken, Lotterbuben, Dieben, Räubern,

502 Landau: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs (1966), S. 48–50 und 54–55.

503 Harmening: Hexen (2001), S. 301. Zum entsprechenden Artikel im *Sachsenspiegel* siehe den Abschnitt «Zauberei und Hexerei», S. 170–178.

504 Karg-Gasterstädt, Elisabeth · Frings, Theodor (Hg.): Althochdeutsches Wörterbuch, auf Grund der von Elias von Steinmeyer hinterlassenen Sammlungen im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig bearb. und

Mördern, Ehebrechern und Tyrannen, mit Treulosigkeit, Wucherei und Meineid oder als Bezeichnung für den Teufel.⁵⁰⁵ Das Rechtswort «Bösewicht» bezeichnete eine Person, die wegen Diebstahl, Mord, Verrat, Fälscherei, Denunziation, Meineid, Landfriedensbruch, Majestätsbeleidigung oder Raub beschuldigt wurde.⁵⁰⁶

Aus dem lateinischen «fello» (Bösewicht, Verräter) entwickelte sich im 11. Jahrhundert «felonia» als ein Rechtswort zur Charakterisierung eines treulos-rechtswidrigen Verhaltens. Es wurde zu einem wichtigen Begriff des abendländischen Lehenrechtes, der eine Art «Sammeltatbestand» für Verletzungen der Treue zwischen Lehensherrschaft und Lehensempfänger beschrieb wie zum Beispiel den tätlichen Angriff, die Beleidigung, die Verweigerung der Lehnsdienste und anderes mehr.⁵⁰⁷ Der Übergang dieses Tatbestandes zum Majestätsverbrechen konnte bei entsprechenden Voraussetzungen fließend sein. Im anglonormannischen Rechtsraum fand der Begriff «felo-

hg., Bd. 1. Berlin 1968, Sp. 1273. – Köbler, Gerhard: Wörterbuch des althochdeutschen Sprachschatzes. Paderborn 1993, S. 135.

505 Goebel, Ulrich · Reichmann, Oskar (Hg.): Frühneuhochdeutsches Wörterbuch, begründet von Robert R. Anderson · Ulrich Goebel · Oskar Reichmann, Bd. 4. Berlin · New York 2001, Sp. 827–828. – Grimm: Deutsches Wörterbuch, Bd. 2 (1860), Sp. 256–257. – His: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 111.

506 Beispiele dafür aus den Artikeln zur Beleidigung: *Ruprecht von Freising, Rechtsbuch*, Kap. 277: «[...] swer den andern einen poeswicht haizet oder einen chetzer [...]» Zitiert nach Claussen: *Freisinger Rechtsbuch* (1941), S. 318. – *Gerichtsordnung für das Dorf Hochstätten*: «§ 15. Item, schilts jemand den andern diep, diebin, zauber, zauberin, morder, verreter, bößwicht oder dergleichen [...]» Zitiert nach Grimm u. a.: *Weißthümer*, Bd. 5 (1866), S. 644. – *Gerichtsordnung für Theilheim im Landgerichtsbezirk Würzburg*: «§ 6. Item umb scheltwort, nemlichen der imands einen schalk, boeswicht, diep, verreter ider einen untugenlichen man heißet [...]» Zitiert nach ebenda, Bd. 6 (1869), S. 84. – *Augsburger Stadtbuch*, Art. 54: «Schiltet aber er in von der cristenheit, daz iß ob er in heizet einen zohensun oder mehrhensun, mussensun, ketzer, meineide oder einen diup oder einen viertaeter oder einen rauber oder einen boesenwiht oder anderiu schaeltwort [...]» Zitiert nach Meyer: *Das Stadtbuch von Augsburg* (1872), S. 124. – *Das Schwyzer Landbuch* spricht von der «Eynung vm die acht bösen wort», das sind: «Mörder, kätzer, Meineyd, Dyeb, Böswicht, Schellm, Du lügst, oder ein hieße sin mutter ghenen.» Zitiert nach Kothing, Martin (Hg.): *Das Landbuch von Schwyz*, in amtlich beglaubigten Text. Zürich 1850, S. 19–20 und 21.

507 Krieger, Karl-Friedrich: Art. Felonie, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 344.

nia» (felony) darüber hinaus Anwendung, wenn Kapitalverbrechen (Mord, Vergewaltigung, Diebstahl, Einbruch) verhandelt wurden.⁵⁰⁸

5.2 Kanon der Schimpfwörter

Ohne Zweifel wurde das Schimpfwort «Dieb» am häufigsten in den Artikeln zur Beleidigung verzeichnet. Seltener hingegen waren Beschimpfungen mit den Worten «Fälscher» oder «Denunziant». Zumindest für die frühe Neuzeit wird angenommen, dass Diebstahl das am meisten verübte Verbrechen überhaupt war,⁵⁰⁹ so dass scheinbar zwischen tatsächlicher Verbrechensrate und Aufnahme des Begriffes in den Kanon der Schimpfwörter ein unmittelbarer Zusammenhang bestehen könnte. Es dürfte sich allerdings als methodisch bedenklich erweisen, diesen Rückschluss auch auf andere Schimpfwörter zu übertragen. Denn dann müssten beispielsweise weibliche Angeklagte sich vor allem wegen des Vorwurfs der Hurerei vor einem Richter verantwortet haben oder aber sie sind aufgrund der verbreiteten (Rechts-) Gewohnheit durch ihren Gemahl selbst «gerichtet» wurden. Zu den wegen Diebstahl Verurteilten gehörte jedoch auch ein großer Teil von Frauen, obwohl die Rechtssprache das nicht auf den ersten Blick erkennen lässt. Jedoch schlossen die in den Rechtstexten erwähnten Schimpfwörter in der Regel nicht das weibliche Geschlecht aus, selbst wenn Frauen nicht explizit durch die Nennung der weiblichen Form mit einbezogen wurden.⁵¹⁰

Die Präsenz des Schimpfwortes «Hure» müsste wohl anders begründet werden: Es handelt sich nicht nur um eine verbreitete Zuschreibung für weibliches Fehlverhalten, die durch christliche Apologeten immer mehr er-

508 Harding, Alan: Art. Felony, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 345.

509 Oestmann, Peter · Kahl, Karoline: Art. Diebstahl, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2005, Sp. 1005.

510 Nur wenige Rechte weisen auf beide Geschlechter hin wie zum Beispiel Ruprecht von Freising, Kap. 258: «[...] um deu chlag, ob ainer dem andern geunleuntt [verleumdet] hiet, is wær fraw oder man, daz er in diuf [Dieb] hiet zigen, die er auf in nicht beweren mæcht.» Zitiert nach Claussen: Freisinger Rechtsbuch (1941), S. 302. – *Arnstädter Statuten*, Art. 133: «Item wue sich zwuhe oder mehr mans oder weibsþersonenn von burgern [...] zanckten, vnd einander vbelhandelten mit schelt vnd schmehe wortten [...]» Zitiert nach Michelsen: Rechtsdenkmale aus Thüringen (1863), S. 74.

härtet wurde, sondern es ist das einzige Schimpfwort, das ausschließlich auf Frauen angewendet werden konnte und dass in sich einen schwerwiegenden Vorwurf barg, der in Gesellschaften, die Frauen vor allem über ihren Anteil an Kindergeburt und Kindererziehung definierten, existenzielle Folgen für die Betreffenden nach sich ziehen konnte.

Das Schimpfwort «Dieb» tritt oft in einer Reihe mit den Schimpfwörtern Mörder, Verräter/Fälscher oder Räuber auf, ganz so, als beschrieb man damit einen typischen Kanon von Kapitalverbrechen.⁵¹¹ Sicher werden hier die Abhängigkeiten der Texte eine Rolle gespielt haben, doch diese dürfte nicht

511 Diese Wendung nutzen die Rechtstexte aus *Hochstätten*, *Theilheim bei Würzburg*, *Nussdorf bei Wien*, *Kolberg*, *Rheingau*, *Freising*, *Saarbrücken* und das *Augsburger Stadtbuch*. Ähnliche Formen in folgenden Rechten: Statut der Stadt Nordhausen von 1350–1456: «Wer dem anderen vorebelichen an sine ere sprichet in seine keinwerdigkeit edir mit dissien worten benentlichen, met mortbornen, met duben, vorretnisse, meyneyde, erlos, edir mit morde [...]» Zitiert nach Förstemann, Ernst G.: Die alten Gesetze der Stadt Nordhausen, in: Mittheilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen 3.3 (1837), S. 39–72. – *Stadtordnung von Frauenfeld* (1331): «Swer dem andern an sin ere sprichet und im in ernste giht tieb oder bösewicht oder ketzer oder das er im an sinen aid sprichet und im den velschet [...]» Zitiert nach Schaumberg, Joseph (Hg.): Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen 2 (1847), S. 117. – *Stadtrecht von Diessenhofen* (14. Jahrhundert): «[...] wer den andern beschalchet mit den fünf worten, der ist ains, der dem ansdern sprichet: du bös wiht, das ander: du diep, das tritt: du morder, daz viert: du ketzer, das fünft, wer dem andern sein wip ze laßer vf hept vnder ögen.» (ebenda, S. 16). – *Wormser Reformation* von 1498/1499, Buch 3, Teil 1, Titel 28: «[...] der hat auff de[n] tag in disem jar an dem ort mir schmelich geredt die oder dergleichen wort vnd meinung, ich sy ein Dieb, Bastart, Meineydiger etc.» Zitiert nach Der Statt Wormbs Reformation Statuten ordenung Satzung (1509), fol. 21v. – In den *Hamburger Statuten* von 1279, 1292 und 1497 heißt es: «heete deef offte mordere, offte mordbrennere, offtere rovere, offte velschere, offte meenedere, offte horensonne, offte iennighe sache [...]». Zitiert nach Kößlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 238. Weitere Beispiele aus der Schweiz bei Blumer · Heer: Urkundesammlung zur Geschichte des Kantons Glarus, Bd. 1 (1865–1880), S. 410. – Bei Wendungen wie «mit worten ubel gehandelt, lügen geßtraft, schmelisch geßprochen» und anderen mehr vermutete Ekkehard Kaufmann Anklänge an das römische Recht unter Justinian. Kaufmann: Das spätmittelalterliche deutsche Schadensersatzrecht und die Rezeption der «actio iniuriarum aestimatoria» (1961), S. 100. Weitere Nachweise bei His: Das Strafrecht im deutschen Mittelalter, Bd. 2 (1935), S. 111, 114 und 118.

maßgeblich gewesen sein. Denn wie im vorangehenden Kapitel am Beispiel von *Schwabenspiegel*, *Augsburger Stadtbuch* und *Ruprechts Rechtsbuch* dargestellt, gab es erhebliche Unterschiede im Wortlaut und in der rechtlichen Interpretation, so dass diese drei Rechtstexte für die Beleidigungsartikel eine hohe Eigenständigkeit aufweisen. Vielmehr scheint sich bei der Aufzählung der Schimpfwörter im späten Mittelalter eine mehr oder weniger feste Formulierung, ähnlich einer Redewendung oder eines Rechtssatzes, manifestiert zu haben, obwohl keine offensichtliche Übereinstimmung in der Anordnung von Strafdelikten in verbreiteten Rechtsbüchern bestehen. So sind beispielsweise Mord, Raub, Diebstahl und Münzfälschungen im zweiten Buch (Landrecht) des *Sachsenspiegels* abgehandelt, aber im unmittelbaren Zusammenhang werden dort auch Erbrechtsfragen und anderes mehr abgefragt. Gemeinsam ist dem Diebstahl, Raub, Mord, Verrat und der Fälscherei, dass es sich bei diesen Delikten um Kapitalverbrechen handelt, die im späten Mittelalter mit Leibesstrafen sanktioniert wurden, oft sogar mit dem Tod.

Es ist hier nicht möglich, überzeugende Argumentationslinien aufzuzeigen, die die Zugehörigkeit von Begriffen im Kanon der Schimpfwörter bedenkenlos erklären. Dazu wäre es nötig, den Entstehungskontext jedes einzelnen Rechtstextes zu erörtern und mit dem jeweils relevanten zeitgenössischen Kontext anhand geeigneter Parameter zu vergleichen. Diese Vorstudien fehlen für die Beleidigungsdelikte weitgehend. Für die Rechte der deutschen Städte bis ca. 1300 trug Barbara Frenz eine Vielzahl von Belegen unter dem Stichwort «Schmähworte» zusammen. Danach beinhalteten einen vergleichbaren Kanon von Schimpfwörtern die *Stadtrechte von Lübeck* (12. Jahrhundert), *Hamburg* (1270), *Dortmund* (1275?), *Augsburg* (1276) und *Nowgorod* als Stadt *Lübischen Rechts* (zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts?).⁵¹²

Aufgrund der hier erzielten Befunde lassen sich einige Beobachtungen ausführen: In die Rechtstexte sind vor allem Begriffe aufgenommen worden, die geeignet waren, einer anderen Person erheblichen sozialen Schaden zuzufügen. Würden die durch die Schimpfwörter mitgeteilten Tatbestände zutreffen, dann hätte die Delinquenten fast ausnahmslos peinliche Strafen erwartet, in vielen Fällen sogar der Tod. Man kann also davon ausgehen, dass die konkrete Benennung der Tatbestände Schutz für die Opfer vor verbreiteten Beschuldigungen bieten und die Gerichte vor ungerechtfertigten Klagen entlasten sollte.

Natürlich stimmen die Tatbestände auch weitgehend mit wichtigen christlichen Normativen überein. Allein die Gebote des Dekaloges sind in den

512 Frenz: Frieden, Rechtsbruch und Sanktion in deutschen Städten vor 1300 (2003), S. 500–518.

Schimpfwörtern stark vertreten: Ketzerei versus Gottes Gebot, keine anderen Götter zu dulden; Hurerei versus das Verbot des Ehebrechens; Mord versus das Verbot des Tötens; Diebstahl versus das Verbot des Stehlens etc.⁵¹³ Hinzu kommen zeitlich bedingte Impulse wie die der verstärkten Ketzerverfolgung und der gedachten Verbindung von Apostasie und sexueller Unzucht. Deshalb treten seit dem 13. Jahrhundert die Tatbestände Sodomie, Zoophilie und Häresie neu in den Schimpfwortkatalogen auf. Neben dem erwähnten Zusammenhang zwischen der Rate einer Verbrechensart und dem passenden Schimpfwort spielen die gesellschaftlichen Zuschreibungen eine wichtige Rolle: das «Geschwätz» der Frauen, die Homosexualität und widernatürliche Unzucht von Häretikern, der «geile» Mönch – all dies sind oft zeitlose und verbreitete Stereotypen, die sich nicht nur in den Rechtstexten niederschlugen, sondern die auch in Predigten, in der bildenden Kunst, in der Literatur und andernorts Widerhall fanden. Die hier herausgearbeiteten Beleidigungen mit dieser Vielzahl an umhergeisternden (Vor-)Urteilen zu vergleichen und auszuwerten, böte tiefe Einblicke in die mentale Struktur der vergangenen Gesellschaften und würde jenen manchmal gefährlichen, manchmal amüsanten Zündstoff zutage fördern, der den Alltag in Mittelalter und Früher Neuzeit wesentlich mitbestimmte.

5.3 Diebstahl

Nach römischem Recht begeht eine Person einen Diebstahl (*furtum*), die anderen einen Sklaven oder eine Sache heimlich und vorsätzlich entwendet; bei Verurteilung drohten körperliche Züchtigungen oder Verbannung.⁵¹⁴ Dieses Verständnis wird leicht modifiziert während des 12. Jahrhunderts ins kanonische Recht übernommen.⁵¹⁵ Allerdings kennen die mittelalterlichen Rechtstexte keine strikte Tatbestandsabgrenzung, sondern mit Diebstahl konnte im weiteren Sinn fast jede Vermögensschädigung bezeichnet werden, vom Betrug über Landdiebstahl und Unterschlagung bis zur

513 Dazu ausführlich Mielke, Jörg: Der Dekalog in den Rechtstexten des abendländischen Mittelalters. Aalen 1992 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, N. F., 29), S. 187–223.

514 Weimar, Peter: Art. Diebstahl, A. Römisches und gemeines Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 987.

515 Puza, Richard: Art. Diebstahl, B. Kanonisches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 988.

Gebrauchsanmaßung, in manchen Fällen sogar Fälschung. Vor dem Richter wurde nicht die Entwendung von Eigentum, sondern die Verletzung fremder Gewere durch den Inhaber derselben zur Anzeige gebracht. Die Rechte unterschieden in großen und kleinen Diebstahl, die Wertgrenzen waren allerdings fließend. Zum großen, schwerwiegenderen Diebstahl gehörten zum Beispiel die Entwendung von Sklaven, Vieh und Getreide sowie der Diebstahl bei Nacht, in einer Kirche, Schmiede oder Mühle. Es lässt sich zwar von der Bestrafung der Diebe kein einheitliches Bild zeichnen, doch der große Diebstahl wurde in der Regel mit dem Tod gebüßt, während beim kleinen Diebstahl, je nachdem ob es sich um heimlichen oder offenen Diebstahl handelte, Buße, doppelter Wertersatz, Pranger, Stäupen oder Verbannung drohten.⁵¹⁶

Im 15. Jahrhundert wurde durch den Einfluss italienischer Rechtsgelehrter der Tatbestand eingegrenzt. Im Wesentlichen waren nun Fälle der Sachentziehung (*furtum ipsius rei*) betroffen; die Gebrauchsanmaßung (*furtum usus*) und die widerrechtliche Besitzentziehung durch den Eigentümer (*furtum possessionis*) entwickelten sich zu eigenständigen Tatbeständen. In der *Carolina* zählte Diebstahl zu den öffentlichen Verbrechen, deren Versuch bereits strafbar war.⁵¹⁷

In den deutschsprachigen Rechtstexten aus dem ausklingenden Mittelalter sind die falsche Anschuldigung, einen Diebstahl begangen zu haben, und die Beschimpfung, ein Dieb oder eine Diebin zu sein, gleichermaßen zu finden. Beide Tatbestände werden unterschiedlich behandelt; wobei die Beschimpfung häufiger in Erscheinung tritt: «Dieb» bzw. «Diebin» gehörten zu den bevorzugten Schimpfworten, um andere zu schmähen.⁵¹⁸

516 Oestmann · Kahl: Art. Diebstahl (2005), Sp. 1005.

517 Lieberwirth, Rolf: Art. Diebstahl, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 1047–1050.

518 Siehe zum Beispiel Lorenzen-Schmidt: Beleidigungen in schleswig-holsteinischen Städten im 16. Jahrhundert (1978), S. 11: «Dieb muß allgemeingültiges Schimpfwort gewesen sein. Es kommt in den Rendsburger Brucheregistern mehrfach vor und war nicht nur auf Männer beschränkt. «Devinne» wurden auch Frauen genannt, die sich gegen diese Beleidigung nachdrücklich zur Wehr setzten.» Darüber hinaus war die Beschimpfung mit den Worten «bodel», «halfbodel» und «bodelssone» sehr beliebt. Ebenda, S. 12.

5.4 Raub

Unter Raub (*rapina*, *spolium*, *latrocinium*, *praeda*) wird die widerrechtliche Wegnahme einer Sache verstanden. Der Diebstahl galt als die schändlichere Tat, weil er in der Regel als ein heimliches bzw. heimtückisches Verbrechen verstanden und durch dieses Merkmal vom Raub geschieden wurde; Ausnahme bilden die karolingischen Kapitularien, in denen Raub und Diebstahl miteinander verschmolzen.⁵¹⁹ Mit zunehmender Rezeption des römischen Rechts wird die Gewalt nach und nach zu einem Tatbestandsmerkmal des Raubes, so dass ab dem 13. Jahrhundert «unter R[aub] regelmäßig der schwere R[aub] gemeint sein» dürfte.⁵²⁰ Damit einher ging eine zweite Unterscheidung zum Diebstahl, der nun als gewaltfreier Tatbestand definiert wurde.⁵²¹ Auch beim Raub unterscheiden die Rechtstexte in den großen und kleinen, jedoch gibt zu Beginn der Frühen Neuzeit die *Carolina* diese Differenzierung auf: «Raub war demnach die gewaltsame Entwendung einer beweglichen fremden Sache mit der Absicht, sich zu bereichern.»⁵²² Dem Räuber drohte der Tod, die Tötungsart richtete sich nach der Schwere des Deliktes und den regionalen Gewohnheiten.

5.5 Tötung

Die Tötungsdelikte werden im Mittelalter nicht scharf voneinander getrennt. So tritt Mord als Rechtswort in den frühmittelalterlichen Leges in Zusammenhang mit heimlicher Tötung und Verbergung des Leichnams, mit Meuchelmord, der Ermordung zum Zweck der Beraubung, der Leichenberaubung und bei Totschlag eines königlichen Gefolgsmannes während eines Heerzuges auf.⁵²³ Es existierten allerdings Abstufungen, die sich in der Form der Bestrafung niederschlugen. Zur «einfachen Tötung» gehörte

519 Hagemann, Hans-Rudolf: Art. Diebstahl, C. III Deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 990.

520 Kaufmann: Art. Raub (1990), Sp. 183.

521 Oestmann · Kahl: Art. Diebstahl (2005), Sp. 1005.

522 Berg, Sebastian: Art. Raub, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 10, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2009, Sp. 648.

523 Mit den entsprechenden Quellenbelegen: Schmidt-Wiegand, Ruth: Art. Mord (sprachlich), in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 3. Berlin 1984, Sp. 673–674.

demnach jede Art der Herbeiführung des Todes, in denen der Delinquent dem Opfer offen gegenübergetreten war und es mit «ehrlichen» Waffen (Schwert etc.) tötete. Unter einer qualifizierten Tötung verstand man hingegen die heimliche Tat oder wenn das Opfer mit «unehrlichen» Waffen getötet wurde, zum Beispiel mit einem Dolch, mit Gift oder einem Stock. Dazu zählten auch der Mordbrand und der Raubmord. Diese qualifizierten Tötungen werden aufgrund ihrer verwerflichen Gesinnung mit dem Begriff «Mord» bezeichnet, das heißt dieser Begriff besaß eine klare negative Konnotation im rechtlichen Sprachgebrauch. In der *Carolina* wird Mord als Tatbestand über den «fürsetz» qualifiziert, «wobei mit «fürsetz» nicht Vorsatz im Sinne von Wissen und Wollen gemeint ist, sondern das rein intellektuelle Merkmal des Vorbedachts».⁵²⁴ Das Strafmaß für Tötungsdelikte war nicht einheitlich. Nach den frühen Leges konnten Tod oder Wergeld drohen, später traten zur Todesstrafe noch die Wüstung des Hauses, Verbannung, Ächtung oder Geldbrüche hinzu.⁵²⁵ Der Mord wurde ab dem späten Mittelalter besonders hart bestraft, mit Rädern, lebendigem Begraben, Hängen, Verbrennen, Schleifen, mit glühenden Zangen brennen und anderes mehr.⁵²⁶

5.6 Verrat und Fälscherei

Mit den letzten beiden Verbrechen, Verrat und Fälscherei, werden Tatbestände bezeichnet, die mit anderen, wie zum Beispiel dem Majestätsverbrechen (*crimen laesae maiestatis*), verschmelzen, so dass nur grob umrissen werden kann, auf welche Delikte die Schimpfwörter rekurrieren. So bezeichnete, wie im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt wurde, der *Schwabenspiegel* mit «Verrätern» jene Personen, die anderen übel nachredeten. Vergewaltigung, Diebstahl und heimtückische Tötung konnten allerdings ebenfalls als Verrat aufgefasst werden, wenn sie als Verstoß gegen das ritterliche Ethos interpretiert wurden.⁵²⁷ Der Treuebruch gegenüber dem König oder einem Herrn, der Angriff auf einen Lehnsman des Königs, die Enteignung von Reichsgut

524 Maihold, Harald: Art. Mord, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 8, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2008, Sp. 785.

525 Meurer, Dieter: Art. Tötungsdelikte, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 286–288.

526 Maihold: Art. Mord (2008), Sp. 786.

527 Schild, Wolfgang: Art. Verrat (1998), Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 794.

und anders mehr konnten dem Delinquenten als Verrat, insbesondere im Rahmen eines Verfahrens wegen Majestätsverbrechen, zur Last gelegt werden. Verrat als eine Teilmenge des «*crimen laesae maiestatis*» hatte bereits mit der *Lex Iulia de maiestate* (8 v. Chr.?) ins römische Recht Eingang gefunden (*Digesta* XLVIII, 4) und ist als solche sowohl in den profanen als auch in den kanonischen Rechtstexten des Mittelalters rezipiert worden. Erst mit der *er Halsgerichtsordnung* begannen sich im frühen 16. Jahrhundert Hoch- und Landesverrat als eigene, mit speziellen Sanktionen belegte Verbrechen auszu-differenzieren.⁵²⁸

Wesentliche Tatbestandsmerkmale des Verrates waren jedenfalls Heimtücke und Vertrauensbruch (zum Beispiel in Form des Treuebruches). Aufgrund der skizzierten Weitläufigkeit des Tatbestandes existierte kein einheitliches Strafmaß für den Verrat, sondern erst der Zusammenhang, in dem Heimtücke und Vertrauensbruch als verbrecherische Tat eine Rolle spielten, wiesen den Weg für die entsprechenden Sanktionen. Im späten Mittelalter wurde Verrat in Anlehnung an andere Verbrechen etwa mit Rädern, Verbrennen, Sieden, Enthaupten, Zangenreißen, Vierteilen oder Hängen bestraft.⁵²⁹

Hinter der Beschuldigung, ein Fälscher zu sein, verbirgt sich im Mittelalter eine Reihe von Delikten wie beispielsweise die Fälschung von Münzen und Urkunden. Diese Delikte waren oft nur schwer von anderen Betrugsdelikten⁵³⁰ oder vom Hochverrat (in Form der Majestätsbeleidigung), unter anderem im Zusammenhang mit Fälschungen königlicher Urkunden, abzugrenzen. Entsprechend diesem uneinheitlichen Umgang drohten disparate Sanktionen. Während profane Rechte vor allem körperliche Strafen, auch Todesstrafen vorsahen, mussten Geistliche vor einem kirchlichen Gericht spätestens seit den

528 Cavanna, Adriano: Art. Majestätsverbrechen, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 6. München 1993 (ND München 2002), Sp. 149–150.

529 Schild: Art. Verrat (1998), Sp. 794–795.

530 «Den heutigen Tatbestand des B[etrug]s hat erst das 19. J[ahr]h[undert] entwickelt. Von seiner starken Subjektivierung unterscheiden sich frühere, ähnliche Tatbestände dadurch, daß sie Vorbereitungshandlungen, in denen sich die Betrugsabsicht objektiviert, nämlich eine Fälschung zum Mittelpunkt nehmen: Münz- und Gewichtsfälschung, Urkundenfälschung, Grenzverrückung und Rechtspflegedelikte. Dem B[etrug] am nächsten kommen Tatbestände der Warenfälschung (Wein!) sowie Unehrllichkeiten bei Kauf und Verpfändung (fehlendes Eigentum) sowie Falschspiel; hier begegnet nicht selten auch der Begriff Betrug. Die angedrohten Strafen lassen jede Einheitlichkeit vermissen.» Zitiert nach Holzhauer, Heinz: Art. Betrug, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 1. München 1980 (ND München 2002), Sp. 2087.

Reformen von Papst Innozenz III. mit der Exkommunikation und dem Entzug der Benefizien rechnen, wenn sie sich der Fälschung von Papsturkunden schuldig gemacht hatten. War das kanonische Verfahren abgeschlossen, sollten sie in die Hände der weltlichen Gerichte weitergegeben werden.⁵³¹

5.7 Ein Kanon schwerer Verbrechen

Die Tatbestände dürften überzeugend dokumentieren, dass jede Beschuldigung, die mit ihnen in Verbindung gebracht werden kann, eine Verletzung der persönlichen Ehre des Opfers darstellte. Wenn in Anschlag gebracht wird, dass Rechtstexte wie das *Augsburger Stadtbuch*, der *Schwabenspiegel* und der *Freiheitsbrief des Grafen von Saarbrücken* auch den Meineid⁵³² in den Kanon der Schimpfwörter aufnahmen,⁵³³ dann gewinnt man den Eindruck, dass die jüngeren Rechtstexte mit den zuvor besprochenen sexuell konnotierten Schimpfwörtern und den Vorwürfen zu angeblichen häretischen Absichten ein umfassendes Repertoire an Beschuldigungen mit schweren Verbrechen widerspiegeln. Diese Beschuldigungen sind auch in den kanonischen Rechtstexten seit dem 12. Jahrhundert aufzufinden, aber nicht in den älteren profanen.

531 Herde, Peter: Art. Fälschungen, II. Fälschungen im weltlichen und kirchlichen Recht des Mittelalters, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Henri-Robert Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 247–249.

532 Mit dem Meineid wurde entweder ein Versprechenseid (promissorischer Eid) oder ein Aussageeid (assertorischer Eid) verletzt. Da beide Eide auf Heilige oder Gott selbst geschworen wurden, galt der Meineid dem kanonischen Recht als besonders widerwärtig; es handelte sich demnach um ein Verbrechen, dass der Gotteslästerung nahe stand. Entsprechend harte Sanktionen drohten: Exkommunikation und die Übergabe an ein weltliches Gericht, das mit körperlichen Strafen und Rechtlosigkeit strafte. Schild, Wolfgang: Art. Meineid, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 6. München 1993 (ND München 2002), Sp. 472–473.

533 *Schwabenspiegel*: «Wer ain man rüget, er sey ein ketzer oder mainayde oder anders, das im an sein erweg gat, mag er in nicht überzewgen als recht ist, er sol alle die witze leyden, die iener solt haben geliten ob er in überzewgt hete.» Zitiert nach Eckhardt: *Schwabenspiegel*, Kurzform (²1974), S. 393, 1. Sp. – *Freiheitsbrief des Grafen von Saarbrücken für die Bürger der Stadt Saarbrücken und das Dorf St. Johann*: «Wer den andern schulde morder, diep, felscher, meyneyder, oder das solichen reden glichen mocht [...]» Zitiert nach Grimm u. a.: *Weisenthümer*, Bd. 2 (1840), S. 5. – *Augsburger Stadtrechtsbuch*, Art. 54, siehe Meyer: *Das Stadtbuch von Augsburg* (1872), S. 124.

Beim Vergleich zwischen den jüngeren profanen und den kanonischen Rechten fällt eine doch deutliche Übereinstimmung auf. Zu den «crimen maxima et media» zählten im Kirchenrecht Mord und Totschlag (homicidium), Inzest (incestus), Häresie (heresis damnata), religiöser Frevel (sacrilegium), Simonie (symonia), Meineid (periurium), absichtliche Fälschung (adulterium), Sodomie (opus sodomiticus), Abfall vom Glauben und der christlichen Kirche (apostasias), Unzucht (fornicatio) und Diebstahl (furtum) – zu den leichteren Vergehen hingegen: Missachtung eines kirchlichen Urteils, Gerichts oder des Befehls eines kirchlichen Richters (contumacia) sowie Trunksucht (ebrietas consueta).⁵³⁴ Der strafrechtliche Kanon der jüngeren profanen Rechte hatte demnach stark am kanonischen Recht partizipieren können. Die älteren profanen Rechte kennen diesen Kanon nicht.⁵³⁵

Der Kanon wurzelt demnach in einer Zeit, als im Kirchenrecht mit dem *Decretum Gratiani* und dem *Liber extra* die grundlegenden Sammlungen für das spätere Injurienrecht entstanden, das kirchliche Strafrecht an Systematik gewann, die Zungensünden ein brennendes Thema der Theologie wurden, die erste Rezeptionsphase des römischen Rechts in Blüte stand, mit dem Inquisitionsprozess ein Verfahren in den Gerichten seinen Siegeszug antrat und die Auseinandersetzung mit den Ursprüngen häretischer Gruppen eine neue Qualität gewann. Dieser Befund legt den Gedanken nahe, dass die in den Rechtstexten aufgenommenen Schimpfwörter kein Reflex auf die an den Gerichten verhandelten Prozesse waren, sondern Ergebnis theologischer und kirchenrechtlicher Erkenntnisprozesse. Mit dem Kanon verfügten die Rechte über eine überschaubare Anzahl kapitaler Verbrechen (crimen maxima). Wechselwirkungen schließt diese Beobachtung natürlich nicht aus und auch nicht, dass Beschuldigungen, die auf die Sexualität oder Abstammung des Opfers rekurrierten, einen ebenfalls festen Platz in den Rechtstexten hatten. Allerdings dürfte die Aufnahme dieser Schimpfwörter in einem anderen Zusammenhang stehen, vermutlich in einem an der Praxis der Gerichte orientierten.

534 Landau: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs (1966), S. 48–50 und 54–55.

535 Ein weiterer Kanon dieser Scheltwörter im profanen Recht befindet sich zum Beispiel in der *Satzung für das Land Glarus* vom 11. März 1387; dort heißt es: «[...] dieb, kätzer, mörder, Böswicht, Schelm, gehy (missbrauchen) din mutter, du lügst, du haßt es erhytt oder verlogen, oder du redeß das nüt war ist, oder du redst das nüt ist, oder das valent übell flucht [...], du Haßt als gewüss den galgen oder das Rad verdienett, oder im sine Mutter, friedlich vffhebt [...]» Zitiert nach Müller: Das Strafrecht im alten Lande Glarus (1981), S. 73 Anm. 82.



KAPITEL E

Sanktionen


[Überblick zum Inhalt von Kapitel E] Für Beleidigungen und Verleumdungen kannten die Rechtstexte kein einheitliches Strafmaß und keine einheitliche Buße. Zu den wichtigsten Sanktionen zählten die in der kirchlichen Bußpraxis schon im frühen Mittelalter oft geübten Formen der Genugtuung (Ehrenerklärung, Widerruf, Abbitte); sie restituierten die verletzten Rechtsgüter des Opfers. Darüber hinaus spielten finanzielle Entschädigungen für das Opfer nach einem festen Kompositionensystem oder nach Ermessen des Gerichtes eine wichtige Rolle, sie wurden bemessen am Stand des Opfers.

Während das kanonische Recht im frühen Mittelalter Delinquenten wegen Beleidigungen und Verleumdungen mit schweren Strafen wie Amtsenthebungen, Verweisungen und Geißelungen bestrafte, geboten die frühmittelalterlichen profanen Leges Geldbußen und Geißelungen. Da spätere weltliche Rechtstexte wie zum Beispiel die Landrechte des *Sachsen-* und *Schwabenspiegels* (13. Jahrhundert) hinsichtlich der Strafmittel nach Ermessen des Urteilers keine Einschränkungen vorsahen, könnten noch weitere Strafen verhängt worden sein, von denen die normativen Quellen allerdings nichts berichten.

Durch die Rezeption des kanonischen und römischen Rechts im 15. Jahrhundert traten in den profanen Rechten in Deutschland neue Klageformen auf: die ästimatorische Injurienklage und die Unterscheidung in zivile und strafrechtliche Klagen. Diese beiden Neuerungen bildeten die Grundlage für künftige Entwicklungen im Injurienrecht.

Der als besonders schwerwiegend angesehene Tatbestand der falschen Anschuldigung wurde häufig und unabhängig von Zeit und Provenienz der Rechtstexte auf Grundlage des Talionsprinzips sanktioniert.

1. Begriffliche Konkretisierungen

anktionen für verbale Beleidigungen und Verleumdungen besaßen im Vergleich zu anderen Straftaten eine voneinander sehr abweichende Gestalt, so dass sich Beispiele aus der kirchlichen Bußpraxis und dem gesamten Arsenal von Strafen, das die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechte kannten, aufführen lassen, nämlich Geldstrafen, sogenannte Ehrenstrafen, Leibesstrafen, Verweisungen, Freiheitsstrafen und das Talionsprinzip. Nicht immer waren für verbale Injurien strafrechtliche Konsequenzen vorgesehen, sondern auch disziplinarische oder erzieherische Folgen, die mit Strafen nicht gleichzusetzen sind wie zum Beispiel Maßnahmen aus der kirchlichen Bußpraxis. Sie hatten nicht nur das Ziel, begangenes Unrecht an einer Person durch eine Wiedergutmachung und Versöhnung von Delinquent und Opfer zu tilgen. Es ging auch um die Wiedergutmachung von Sünden eines jeden Menschen; es ging um die Sorge und kirchliche Verantwortung für das individuelle Seelenheil und die angestrebte Wiedererlangung der göttlichen Gnade. Mit dem durch die Absolution gewährten Nachlass für begangene Sünden – der Umkehr, Bekenntnis und Buße voraussetzte – strafte die römische Kirche nicht: Nach eigenem Verständnis vermittelte sie versöhnlich zwischen Gott und dem reuigen Sünder.⁵³⁶

1.1 Kirchliches Strafrecht

Die Kirchenoberen beließen es nicht bei dieser Aufgabe, sondern sie formten nach und nach eine kirchliche Strafgewalt aus, die disziplinierend und auf die sittliche Ordnung bewahrend wirken sollte. Das kirchliche Bußwesen, Beschlüsse der spätantiken Synoden und frühe Schriften der Kirchenväter

⁵³⁶ Kéry: Verbrechen und Strafen im kanonischen Recht des Mittelalters (2007), S. 13. – Eibach: Art. Strafe (2010), Sp. 1055: «Im Unterschied zu den meisten Strafen der weltlichen Obrigkeit verfolgten Sanktionen im Rahmen der Kirchenzucht bzw. Kirchenbuße primär den Zweck der Versöhnung oder der Rückführung des Sünders in die christliche Gemeinschaft.»

Clemens von Alexandrien († vor 221), Tertullian († nach 220), Origenes († um 254), Augustinus und Cyprian († 258) waren Wegbereiter des kirchlichen Strafrechts im Mittelalter.⁵³⁷ Doch standen nach kirchlichem Verständnis nicht Vergeltung in Form von Rache oder die Rache ersetzende Strafen im Vordergrund, sondern der heilende Charakter: «selbst die Exkommunikation wurde, etwa von Bernhard von Clairvaux, noch als Mittel gesehen, die Schuldigen zur Umkehr zu bewegen.»⁵³⁸

Ende des 12. Jahrhunderts leitete Bernhard von Pavia die wissenschaftlich-systematische Durchdringung des Strafrechts ein. Bernhard konnte sich dabei bereits auf Vorarbeiten zum päpstlichen Dekretalenrecht stützen. Mit seinen beiden bedeutendsten Werken, der *Compilatio prima* und der *Summa decretalium*, legte er unter Einbeziehung des römischen Rechts das kirchliche Strafrecht als eigenes System mit konkreten Definitionen und systematischen Erklärungen vor.⁵³⁹ Er unterschied nicht zwischen Strafe und Buße, sondern er stellte die Buße als eine Erscheinungsform der Strafe vor: «[...] die Bußen sind diejenigen Strafen, die in geheimen Verfahren (*in iudicio occulta*) auferlegt werden, während für die Verhängung von Strafen ein öffentliches Verfahren (*iudicium manifestum*) Voraussetzung ist.»⁵⁴⁰

Eine Vorstufe dieser Unterscheidung lässt sich bei den karolingischen Reformbischöfen erkennen, die dem älteren Modell, nach dem eine Kirchenbuße nur einmal im Leben abgeleistet werden konnte, mit der sogenannten «karolingischen Dichotomie», bestehend aus öffentlicher und geheimer Buße (*paenitentia publica* und *paenitentia occulta*), eine Alternative gegenüberstellten. Wenn delinquente Taten kein öffentliches Aufsehen erregt hatten, durften sie durch ein geheimes Bekenntnis des Täters und eine private Buße gesühnt werden.⁵⁴¹

Im 13. Jahrhundert fand dann eine spürbare Umstrukturierung in der Rechtsauffassung statt, die sich insbesondere im Strafrecht bemerkbar machte. Es handelte sich um den Übergang vom Buß- zum Vindikationssystem, der möglich wurde, weil die Dekretisten nun deutlich zwischen Sünde (*peccatum*) und Verbrechen (*crimen*) unterschieden. Danach war ein Verbrechen eine äußere Handlung und eine schwere Sünde, mit dem der normative Rahmen der römischen Kirche verletzt wurde. Der Delinquent galt nun auch

537 Siehe Rees: Die Strafgewalt der Kirche (1993), S. 117–119, mit weiterführenden Literatur- und Quellenhinweisen.

538 Müller: Schuld – Geständnis – Buße (2002), S. 417.

539 Kéry: «*Canonica severitas*» und «*amor correctionis*» (2006), S. 24–25.

540 Kéry: Verbrechen und Strafen im kanonischen Recht des Mittelalters (2007), S. 29.

541 Dies.: «*Canonica severitas*» und «*amor correctionis*» (2006), S. 26–27.

als schuldhaft im profanen Recht. Jede Straftat galt den Dekretisten als Sünde, aber nicht jede Sünde musste einen Straftatbestand darstellen. Denn «Sünde ist die bewußte Störung der von Gott gesetzten sittlichen Ordnung [...]». Durch eine Straftat aber wird ein göttliches Gesetz, das mit Strafe bedroht ist, oder ein kirchliches Strafgesetz äußerlich verletzt.»⁵⁴²

Diese ersten zusammenfassenden Bemerkungen geben einen Eindruck davon, dass in Mittelalter und Früher Neuzeit von einem Delinquenten das Abbußen eines ganzen Bündels von Sanktionen abverlangt wurde, um den Frieden mit seiner Umwelt wieder herzustellen⁵⁴³ und um sich mit Gott und seiner Kirche zu versöhnen. Denn natürlich mahnte die Bußpraxis, nur um ein Beispiel zu bringen, einen spätmittelalterlichen Bürger, der vor dem für ihn zuständigen städtischen Gericht zu einer weltlichen Strafe für eine begangene Verbalinjurie verurteilt wurde, sein Gewissen in einer Beichte zu erleichtern und nach dem Gebot des Beichtvaters Buße zu tun. Als weltliche Strafe hätte ihn, je nachdem in welcher Stadt er vor Gericht stand, eine Kombination aus Geldbuße und Widerruf erwartet. Unter einem Widerruf wird eine Form der Genugtuung verstanden, mit der der Delinquent einerseits erklärte, dass er nur Ehrenhaftes von der gescholtenen Person wisse und damit ihren guten Ruf wieder herstellte. Andererseits gestand er ein, dass er gelogen oder dass er fahrlässig ein ehrenrühriges Gerücht über die betroffene Person in die Welt gesetzt hatte. Innerhalb des kirchlichen Strafrechts existierten darüber hinaus öffentliche Bußrituale, die nur zu bestimmten Feiertagen ausgeführt wurden (Gründonnerstag) und den reuigen und demütigen

542 Zitiert nach Rees: Die Strafgewalt der Kirche (1993), S. 69. Siehe auch Kuttner: Kanonistische Schuldlehre von Gratian bis auf die Dekretalen Gregors IX. (1935), S. 19–22 und Plöchl, Willibald M.: Geschichte des Kirchenrechts, Bd. 1. Wien · München 1953, S. 385–388, mit einer knappen Zusammenstellung von Kirchenstrafen; hierzu rechnet er als die vier wichtigsten Hauptarten: Deposition, Exkommunikation, Suspension und Interdikt. Als weitere Strafen für Kleriker führt Plöchl an: öffentliche Rüge, körperliche Züchtigung, Geldstrafen, Konfiskationen, Ausweisungen, Freiheitsentzug, Haarscheren, Verknechtung und weltliche Acht; für Laien werden erwähnt: körperliche Züchtigung, Geldstrafen, Konfiskationen, Ausweisungen, Freiheitsentzug, Haarscheren, Verknechtung, weltliche Acht, Infamie, Verstümmelung und Todesstrafe.

543 Kaufmann, Ekkehard: Art. Strafe, Strafrecht, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 2011–2012: Strafe galt sowohl den kirchlichen als auch den profanen Rechten als eine «Reaktion auf das den Frieden störende Unrecht». Ein wichtiges Ziel musste es daher sein, den Frieden wieder herzustellen.

Sünder in einer Art Nachahmung der Passion Christi durch ein beständiges Niederwerfen und Erheben auf einem vorgegebenen Weg zum Gotteshauses führt, wo er von seiner Sünde absolviert wurde.⁵⁴⁴ Im Zusammenhang mit diesen und anderen Beispielen macht Friedericke Neumann auf die enge Verknüpfung der weltlichen und geistlichen Gewalten aufmerksam. So war die Ableistung einer Buße bzw. Strafe, die von einem städtischen Gericht verhängt worden war, mit einer kirchlichen Bußleistung verbunden, so dass der Delinquent aufgefordert war, als bußfertiger Sünder auch eine anschließende Kirchenbuße zu absolvieren, und zwar bei Delikten wie Ehebruch, Unzucht, Blasphemie, Totschlag und Beleidigung.⁵⁴⁵

1.2 Geldbuße und Gewette

Als «Strafgelder» für schuldhafte Handlungen im Injurienrecht treten in den Quellen die opferorientierte Geldbuße und das Gewette auf.⁵⁴⁶ Unter der Geldbuße wird der «Ausgleich eines Unrechts durch eine von der Täter- an die Opferseite zu zahlende Geldsumme» verstanden; im «Vordergrund stand die Wiedergutmachung der Tat, nicht das Einwirken auf den Täter». Eine Sonderform der Geldbuße war das seit den frühmittelalterlichen Rechten veranschlagte Wergeld (oder: Manngeld).⁵⁴⁷ Mit Gewette, für das in den Quellen und in der Forschung auch die Begriffe «Brüche» und «pena»/«pene»

544 Siehe anhand von deutschen Beispielen aus dem späten Mittelalter Neumann: Öffentliche Sünder in der Kirche des späten Mittelalters (2008), S. 120–123.

545 Ebenda, S. 33–34. Am Beispiel Freiburgs im Breisgau siehe Schindler, Georg: Verbrechen und Strafe im Recht der Stadt Freiburg von der Einführung des neuen Stadtrechts bis zum Übergang an Baden (1520–1806). Freiburg im Breisgau 1937, sowie übergreifend: Schwerhoff, Gerd: Verordnete Schande? Spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Ehrenstrafen zwischen Rechtsakt und sozialer Sanktion, in: Mit den Waffen der Justiz. Zur Kriminalitätsgeschichte des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit, hg. von dems. · Andreas Blauert. Frankfurt am Main 1993, S. 159–162.

546 Diese hier vorgenommene Unterscheidung ist nicht allgemein üblich. Das Gewette kann auch zur Buße gerechnet werden. Für die nachfolgenden Ausführungen bietet es sich aber an, mit dieser Unterscheidung zu arbeiten, um die in den Quellen offensichtlich wichtigen Differenzierungen der Strafgelder hervorzuheben.

547 Schumann, Eva: Art. Buße, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin ²2008, Sp. 789. – Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 88, spricht von «Gesamtbusse» in Abgrenzung zur «Busse» an die «öffentliche Hand».

geläufig ist,⁵⁴⁸ wird das an die öffentliche Gewalt zu zahlende Strafgeld bezeichnet.⁵⁴⁹ Einige Artikel zum Injurienrecht differenzieren nochmals zwischen dem Gewette für den Richter,⁵⁵⁰ dem für die Beisitzer (Schöffen etc.) und dem für den Gerichtsherrn. Manche städtischen Rechte, vor allem aus dem thüringischen Raum, sahen anstatt des Gewettes in Geldzahlungen auch Sachleistungen in Form von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Baumaterialien etc. vor.

Grundlage der frühmittelalterlichen Leges bildete ein auf Wergeld beruhendes Kompositionensystem. Der Begriff «Komposition» leitet sich vom lateinischen Wort für Buße, «compositio», ab und meint die «Festlegung kasuistisch abgestufter Bußtaxen»⁵⁵¹ bzw. die Zahlung eines Wergeldes (wirigildus, weregildum, wirgildum) an den Beschädigten.⁵⁵² Durch das Kompositionensystem sollte «dem Verletzten und seiner Sippe eine Genugtuung» und zugleich Schadensersatz zuteil werden, um das Rache- und Talionsprinzip einzuschränken.⁵⁵³ Die im spätmittelalterlichen Recht sich wie im *Sachsenspiegel* «allmählich herausbildende Emanzipation des Schadenersatzes gegenüber der Strafe führt zu einer Aufgabenteilung von Buße und Wergeld. Buße wird immer mehr zum Strafgeld. [...] Demgegenüber zielt das Wergeld zunehmend auf den Ausgleich des tatsächlichen Schadens.»⁵⁵⁴

Im 15. Jahrhundert trat eine sich langsam in weiten Teilen des Reiches ausbreitende Neuerung ein. Injurienklagen konnten nun auf zivil- oder strafrechtlichem Weg vor ein Gericht gebracht werden, wobei die zivilrechtlich klagende Person nun kein Bußgeld mehr forderte, sondern Schadensersatz

548 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 88–90. – Sellert, Wolfgang · Rüping, Hinrich: Studien- und Quellenbuch zur Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Aufklärung. Aalen 1986, S. 98. Eine knappe Aufstellung über die Höhe der Brüche am Beispiel der Stadt Rendsburg in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gibt Lorenzen-Schmidt: Beleidigungen in schleswig-holsteinischen Städten im 16. Jahrhundert (1978), S. 17.

549 Schumann, Eva: Art. Gewette, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin ²2012, Sp. 360–362.

550 Im sächsisch-magdeburgischen Recht mit dem Begriff «wette» bezeichnet. Schumann: Art. Buße (2012), Sp. 792.

551 Kaufmann: Art. Strafe, Strafrecht (1990), Sp. 2014.

552 Sellert · Rüping: Studien- und Quellenbuch zur Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Bd. 1 (1989), S. 56–57.

553 Ebenda. – Meder: Rechtsgeschichte (2008), S. 122.

554 Meder, Stephan: Rechtsgeschichte. Eine Einführung. Köln · Weimar · Wien ³2008, S. 160.

für die erlittene Ehrenkränkung. Bei einer strafrechtlichen Klage erwartete der Kläger eine Genugtuung, ohne gleichzeitig Schadensersatz erhalten zu können.

1.3 Rügeverfahren

Neben der Klage des Geschädigten bzw. eines rechtlichen Vormundes der geschädigten Person kannte das mittelalterliche und neuzeitliche Rechtswesen mit der Rüge noch eine weitere Form der Überführung von Delinquenten. Während solcher Rügeverfahren, die gleichermaßen aus dem kirchlichen und profanen Prozessrecht bekannt sind, wurden gut beleumundete Personen aufgefordert, sämtliche Verstöße ihres Nächsten wider die bestehende Ordnung anzuzeigen; sie waren verpflichtet, ihnen bekannte und delinquente Personen zu denunzieren mit dem Ziel, ein Verfahren gegen die beschuldigte Person einzuleiten. Es diente gleichermaßen der Gemeinde, dem Opfer und dem Täter. Exemplarisch erläuterte Bruder Bertold in seiner *Rechtssumme* das Verständnis hinter dem Ansinnen von solchen Rügeverfahren, wenn er einer gescholtenen Person riet, geduldig zu leiden, allerdings auch einräumte, dass es durchaus zwei wichtige Gründe gebe, in einer angemessenen und frommen Weise zu widersprechen. Erstens wäre es besser für die Seele des Täters, die begangene Sünde zu büßen und den Täter zu bestrafen, damit er in Zukunft nicht gleiches wieder tue und damit seine Seele abermals in Gefahr bringe. Zweitens sei es um des gemeinen Nutzens und des Friedens willen wichtig zu widersprechen, damit kein Übel und kein Unfriede aus der Tat erwachse. Mit der Bestrafung der Tat habe man darüber hinaus die Möglichkeit, anderen Leuten ein Exempel zu geben und diese zu bessern.⁵⁵⁵

555 «Daz iſt, wenn man ſchelten leiden ſüll. xxij. 24. Scheltwort ſol der menſch gedultikleichen leiden, ob er daz niht wider ſprechen mag mit beſchaidenhait vnd mit nutz. Aber mag der menſch an ergrung da widertun vnd mit frum, ſo ſol er dem ſchelter da wider ſten durch zwair lai ſach wegen. Die erſt iſt dem ſchelter ze nutz an ſeiner ſel, vnd auch daz ſein freuel vnd poſhait wird geſtrafft, daz er fürbaz daz vnd dez geleich niht alz leichtikleich tu. Vnd daz maint Salomon, do er ſprach, «Du ſolt torn vnd narren antwurten nach ſeiner torhait, daz er icht wän, er ſei weiz.» Ze dem andern mal ſol man die ſchender vnd ſchelter ſtraffen durch dez gemainen nutz willen, daz man in frid ſein ſol, vnd daz grozzer vnfried vnd übel da von chümt, ſo man ſölich läut niht ſtrafft, andern läuten ze einem pild vnd pezzrung.» Zitiert nach Steer u. a.: Die «Rechtssumme» Bruder Bertholds, Bd. 2 (1987), S. 1938–1940 (S 24).

1.4 Ehrenstrafen

Bei alldem ist zu berücksichtigen, dass die verhängten Strafen für eine Ehrenkränkung nicht identisch mit den sogenannten «Ehrenstrafen» waren. Diese seien, so Sarah Neumann, «als obrigkeitlich verhängte Sanktionen zur öffentlichen Beschämung und Entehrung von Delinquenten durch das mehr oder weniger kalkulierte Zusammenspiel herrschaftlicher und gesellschaftlicher Reaktionen auf abweichendes Verhalten gekennzeichnet.»⁵⁵⁶ Bei dem Wort «Ehrenstrafen» handelt es sich allerdings um eine unzureichende und notdürftige Bezeichnung zur Abgrenzung der Strafform. Auf dieses Problem wies bereits vor anderthalb Jahrhunderten Eduard Osenbrüggen hin, als er folgendes zu Bedenken gab:

Entziehung und Schmälerung der bürgerlichen Ehre tritt oft als Folge der Strafe ein und hängt mit der Unterscheidung der ehrlichen und unehrlichen Sachen zusammen. Der Dieb, der gehängt wurde, erlitt darin eine unehrliche Strafe, wurde er gestäubt, ebenfalls, und auch wenn er Haut und Haar loskaufte, wurde seine Ehre davon berührt, als ob er diese entehrende Strafe erlitten hätte.

Osenbrüggen modifizierte daher den Begriff und das damit Bezeichnete und sprach von selbstständigen Ehrenstrafen oder beschimpfenden Ehrenstrafen.⁵⁵⁷ Aber auch dieser Versuch einer Konkretisierung greift zu kurz. Denn das mittelalterliche und frühneuzeitliche Strafenrepertoire sah in den meisten Fällen

⁵⁵⁶ Zitiert nach Neumann: Von Kirchenbuße und öffentlicher Strafe (2001), S. 159; und ein Definitionsvorschlag von Sprecher: Persönliche Ehre und Ehrenstrafe (2002), S. 411: «Als Ehrenstrafen im engeren Sinn galten alle Strafen, welche öffentlich in demütigender und beschimpfender Form die Ehre, d. h. die Achtung, Wertschätzung und den öffentlichen Ruf des Straftäters (sowie indirekt denjenigen seiner Familie und Verwandtschaft) herabsetzten, minderten oder völlig ruinierten. Ehrenstrafen beinhalten mithin als unabdingbare Bestandteile erstens den *öffentlichen Vollzug*, zweitens die *gezielte Beeinträchtigung, Kränkung oder Vernichtung der persönlichen Ehre* des Missetäters und drittens die Zielsetzung der *Abschreckung*, letztere tragendes Element des mittelalterlichen und neuzeitlichen Strafrechtssystems. Damit ist die Frage nach dem Zweck einer Ehrenstrafe beantwortet: Der verletzten Privatperson oder dem verletzten Gemeinwesen soll Genugtuung verschafft werden, der Delinquent soll einerseits für seine Tat bestraft, andererseits sollen er sowie die Gemeinschaft zum zukünftigen Einhalten der gültigen Rechtsordnung angehalten werden. Dies sollte durch die Öffentlichkeit der Strafvollstreckung, welche in größtmöglichem Umfang gehalten wurde, erreicht werden.»

⁵⁵⁷ Osenbrüggen: Das Alamannische Strafrecht im Mittelalter (1860), S. 105 und 107.

eine öffentliche Bestrafung der Delinquenten vor. Strafen an Leib und Leben für Mord, Diebstahl, Verrat oder andere schwere Verbrechen entehrten den Straftäter und oft auch seine Familie mindestens ebenso wie die sogenannten Ehrenstrafen Steintragen, Ehrenerklärung, Eselreiten etc. Die Ableistung einer kirchlichen Buße oder einer Strafe minderte in jedem Fall den Leumund und die Ehre der betreffenden Person, wenn die Öffentlichkeit davon erfuhr. Denn der öffentliche Strafvollzug hatte unter anderem die Funktion, als abstoßendes Beispiel auf andere zu wirken. Der Bestrafte galt nach vielen Urteilen in Beleidigungsprozessen als infam.

Ein zweites wichtiges Merkmal der Ehrenstrafen ist, dass sie in der Regel nicht darauf abzielten, schwere oder gar bleibende körperliche Verletzungen herbeizuführen. Dadurch unterscheiden sie sich von peinlichen Strafen wie Rädern, das Abtrennen von Gliedmaßen, Häuten oder die Hinrichtung. Unter Berücksichtigung dieses Merkmals wird die Entscheidung für das Festhalten an dem Begriff «Ehrenstrafe» deutlicher. Während mit dem Begriff «peinliche Strafe» jene harten und oftmals bleibende Verletzungen hinterlassende Sanktionen in den Vordergrund gerückt werden, wird mit dem Wort «Ehrenstrafe» die öffentliche Ehrenschele als Merkmal betont. Dabei handelt es sich aber eben nicht um ein Alleinstellungsmerkmal, im Gegenteil sah eine ganze Reihe von Strafformen die Ehrenschele oder sogar den Entzug der individuellen Ehre vor. Mit dem Wissen um dieses begriffliche Defizit wird das Wort «Ehrenstrafe» im Folgenden mangels einer sinnvollen Alternative verwendet.

2. Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte

Mit den Begriffen Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte werden drei mögliche und für den Untersuchungsraum typische Formen der Genugtuung in Injurienfällen bezeichnet. Ihre ersten Spuren im profanen und kirchlichen Recht können bereits für das frühe Mittelalter nachgewiesen werden. Das römische Recht kannte zwar keine Genugtuung, allerdings sind Beispiele für die römische Antike außerhalb des kodifizierten Rechts bekannt.⁵⁵⁸

⁵⁵⁸ Beispiele dazu bei Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 3 und 15 Amn. 46.

2.1 Definition der Begriffe

Unter einer Ehrenerklärung versteht man in der historischen Rechtswissenschaft eine Erklärung, mit der die Ehrenhaftigkeit einer Person anerkannt wird. Der Widerruf unterscheidet sich von dieser allgemeinen Definition darin, dass speziell die Delinquenten, die eine Person durch Worte oder andere geeignete Mittel in ihrer Ehre verletzten, ihre Beleidigung oder Verleumdung widerriefen. Damit sollte zweierlei erreicht werden: Zum einen wurde die verletzte Ehre ungeschmälert wieder hergestellt, zum anderen gestand der Täter ein, dass er unwahr gesprochen hatte.⁵⁵⁹ «Widerruf» als Rechtsbegriff tauchte spätestens seit dem 15./16. Jahrhundert in den Quellen auf. So spricht der hessische Jurist Abraham Saur (* 1545 † 1593) in seinem *Strafbüchlein*, einer Kompilation profaner und kanonischer Rechte, die allein zu Lebzeiten des Autors siebenmal aufgelegt wurde, vom «öffentlichen widerruff oder entschuldigung», womit er Widerruf und Abbitte bezeichnete.⁵⁶⁰

Mit der Abbitte versuchte der Täter Vergebung beim Opfer zu erlangen. Voraussetzung war eine offene oder stillschweigende Ehrenerklärung bzw. ein Widerruf. Die Abbitte zielte auf Versöhnung ab und beiderseitige Anerkennung der Ehre durch Täter und Opfer.⁵⁶¹ Nach Hugo Hälschner war

559 Quellenbelege für die Definition des Begriffes «Widerruf» bei Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 143.

560 Saur, Abraham: *Strafbuechlein/ Das ist: Gründtliche vnd rechte Vnderweysung wie heutiges tags/ nach allen gemeinen beschriebnen Geistlichen vnd Weltlichen Rechten/ Reichs auch Lands Ordnungen/ Statuten, Opinionen der Rechtsgelehrten/ vnd wolhergebrachten Gewonheiten/ etliche grobe eusserliche Sünde/ Freuel vnd begangne Missethaten/ Bürgerlich vnd peinlich zustraffen gepflogen werden [...].* Frankfurt am Main 1579 (VD16 S1931), S. 26–27: «Welcher auch offentlich eine[n] andern mit Worten oder Wercken/ ehrenrührig angreiffet/ schildt/ lästert vnd schmäheth/ etc., gegen den sol gleicher gestalt exl. diffamari. Cod. de ingenuis manu miss. Proceß angestellt werden/ das ist/ Ein solch Lästermaul/ schmähler vnnd schänder kann gezwungen werden/ daß er entweder die dinge vnd aufflagen/ welche er vnter die Leut gebreitet/ hin vnnd wider außgespeyhet vnd rüchtig gemacht hat/ etc., probire/ darthue vn[d] beweise/ wie recht ist. Oder aber/ im fall er das nicht thun kann/ als dann (si actio est ciuilitur intentata) einen öffentlichen widerruff oder entschuldigung dem Verleumbden thue/ vmb verzeihung bitte/ vnnd sein Maul zur lügendasche mache/ und also ehrlöß werde. [...]» Weitere Belege für die Nutzung des Begriffes im 15. und 16. Jahrhundert bei Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 143–144.

561 Hälschner: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte un ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 322–323. Nach Wallenrodt ist der Widerruf «dasjenige,

die Abbitte in erster Linie kein rechtliches Institut, sondern ein «religiöses», das auf die Beziehung des Menschen zu seinem Nächsten und zu Gott einwirken sollte. Daher gebe es auch keine breite Rezeption der Abbitte in den profanen Rechten vom 13. bis zum 15. Jahrhundert.⁵⁶² Bei dieser Argumentation wird wohl in Rechnung zu stellen sein, dass Hälschner die kirchlichen Disziplinierungsmaßnahmen entweder nicht als ein vollwertiges rechtliches Institut anerkannte oder dass er sie in diesem Fall ignorierte. Er selbst stellte – wie im Folgenden noch ausführlich gezeigt wird – überzeugend die Anfänge der Abbitte in den frühmittelalterlichen Bußbüchern dar.

Die kirchliche Form der Abbitte für injurierende Geistliche findet sich allerdings nicht nur in Bußbüchern, sondern auch in der um 600 entstandenen und rezeptionsgeschichtlich bedeutenden *Collectio vetus Gallica*.⁵⁶³ Da Gratian den entsprechenden Artikel aus dieser Sammlung unverändert in sein *Decretum* aufnahm,⁵⁶⁴ wurde die Abbitte eine in der römischen Kirche verbreitete Norm, mit der das Opfer der Schmähungen um Verzeihung und Vergebung gebeten wurde. Mit der Verzeihung wurde auf das Recht verzichtet, zur Sühne eine Strafe zu fordern, und mit der Vergebung konnte dem Täter die Strafe erlassen werden.⁵⁶⁵ Die Abbitte tritt ungeachtet der Überzeugung Hälschners auch in profanen Rechten entgegen, zum Beispiel in den *Statuten der Stadt Bremen* aus den Jahren 1330 und 1335⁵⁶⁶ oder in den

was ich dem Anderen für die Kränkung, welche die Injurie ihm zugezogen hat, leisten muß, um ihn selbst wegen dieser Kränkung zu beruhigen». Wallenrodt: Die Injurienklage auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung (1864), S. 261.

562 Hälschner: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 342.

563 Cap. XVI, 14 (Canon Africanorum hira XLIII): «Clericus maledicus maximeque in sacerdotibus cogatur ad postulandam veniam; si noluerit, regradetur nec umquam ad officium absque satisfactione revocetur.» Zitiert nach Mordek, Hubert (Hg.): Kirchenrecht und Reform im Frankenreich. Die *Collectio Vetus Gallica*, die älteste systematische Kanonensammlung des fränkischen Gallien. Studien und Edition. Berlin 1975 (Beiträge zur Geschichte und Quellenkunde des Mittelalters, 1), S. 415.

564 *Decretum Gratiani*, Concordia discordantium canonum ac primum de iure naturae et constitutionis, distinctio 46, cap. 5 (Remouetur ab officio clericus maledicus; scurra fratrum a profectibus inuidens non promouetur). *Decretum magistri Gratiani* (1879), Sp. 167–168.

565 München: Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 600–601.

566 Oelrichs, Gerhard (Hg.): *Volstaendige Samlung Alter Und Neuer Gesez-Bücher Der Kaiserliche Und des Heil. Römische Reichs Freien Stadt Bremen*. Aus Ori-

*Rechtsordnungen für Grillenberg (1747) und Weikendorf (1581) beide Orte liegen in Niederösterreich.*⁵⁶⁷

2.2 Die Ehrenerklärung im langobardischen Recht

Die erste bekannte mittelalterliche Ehrenerklärung wurde in den Kapiteln 198 und 381 des *Edictum Rothari* niedergeschrieben, wonach es einem Täter, der eine Person im Zorn «Hexe» oder «Feigling» nannte, möglich war, seine Worte unter Eid zugunsten des Leumunds des Opfers zurückzunehmen und danach ein Bußgeld in Höhe von zwölf Schillingen zu zahlen. Mit dem Eid musste der Delinquent schwören, dass ihm nichts über die beschuldigte Person bekannt sei, das auf Hexerei oder Feigheit hindeute.⁵⁶⁸ Die anderen

ginal-Handschriften. Bremen 1771, S. 169, Nr. 14: «Emenda illius qui alterum increpando dicit eum mentiri [...] dat is gekommen up us johanne duckel [...] to scedene unde scededen dat also: dat Wolf bidden scolde hermen hertogen ofte he de worte sic to hone hadde togen, dat he eme de dar got vorgawe.» Ebenda, S. 193 für das Jahr 1335.

567 Kaltenbaeck, Johann P. (Hg.): Die Plan- und Bergtaidingsbücher in Österreich unter der Enns, Bd. 1. Wien 1846 (Die Österreichischen Rechtsbücher des Mittelalters. Reihe 1, 2), S. 102 und 133.

568 Kap. 198: «Gesetzt, ein freies Mädchen oder ein Weib, das unter fremder Munt steht, wird von jemand «Hure» oder «Hexe» gescholten. Verklagt, bekennt er reuig, er habe es nur in der Wut gesagt. Da muss er mit seinen zwölf Eidhelfern den Schwur erbringen: im Zorn habe er dieses sündhafte Verbrechen ihr nachgesagt, nicht etwa, weil er sichere Kenntnis von der Sache habe. Dann soll er für dies leere Schmähwort, das er ungehörigerweise ausgesprochen hat, zwanzig Schillinge erlegen und weiter nicht behelligt werden.» (Si quis puellam aut mulierem liberam, qui in alterius mundum est, «fornicariam» aut «strigam» clamaverit et pulsatus penitens manifestaverit, per furem dixissit, tunc praeveat sacramentum cum duodecim sacramentalis suos, quod per furem ipso nefando crimen dixissit, nam non de certam causam cognovissit. Tunc pro ipsum vanum improprii sermonem, quod non convenerat loqui, componat solidos viginti, et amplius non calumniatur.) Zitiert nach Beyerle: Die Gesetze der Langobarden (1947), S. 76–77. Kap. 381: «Schilt jemand einen andern aus Wut «Feigling» und kann er's nicht bestreiten, behauptet aber, dass er in der Wut so sprach, dann schwöre er und sage: als Feigling kenne er ihn nicht. Danach erlegt er für das Schmähwort zwölf Schillinge.» (Si quis alium «arga» per furem clamaverit et negare non potuerit ex dixerit, quod per furem dixissit, tunc iuratus dicat, quod eum arga non cognovissit; postea componat pro ipso iniurioso verbo solidos duodecim.) Zitiert nach ebenda, S. 154–155. Siehe zudem Wal-

profanen frühmittelalterlichen Rechte kennen keine Form der Genugtuung, allenfalls waren Geldbußen für Beleidigungen gegen Personen vorgesehen, die im Vergleich zum freien Mann rechtlich schlechter gestellt waren, beispielsweise Sklaven und Frauen. Helfritz bietet dafür eine sinnvolle Erklärung. Er geht davon aus, dass ein freier Mann nicht den gerichtlichen Austrag bei Injurien suchte, dass er vielleicht sogar durch soziale Gewohnheiten gezwungen war, eine Beleidigung mit eigener Hand zu rächen. Jene aber, die dieses Recht auf Rache aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sozialen Stellung nicht in Anspruch nehmen konnten, sollten zumindest auf gerichtlichem Weg die Möglichkeit erhalten, gegen einen Täter vorzugehen. Dass nur das Langobardenrecht einem freien Mann Genugtuung einräumte, könnte sich aus dem Umstand erklären, dass es das einzige Recht mit einem Fehdeverbot war. Es nahm den freien Männern also die Möglichkeit, sich zu rächen.⁵⁶⁹

2.3 Die Genugtuung bei den Scholastikern

Eine erste ausführliche entwicklungsgeschichtliche Studie zur Genugtuung stellte 1864 der Görlitzer Jurist von Wallenrodt vor. Nach ihm liegt der Ursprung des Widerrufs in den scholastischen Schriften des 12. und 13. Jahrhunderts und den darin geäußerten Überlegungen zu den Möglichkeiten, die Sünde durch Buße (*poenitentia*) zu tilgen, um Vergebung vor Gott, dessen Gebot man gebrochen habe, zu erlangen. Das Wesen der Buße (*materia poenitentiae*) bestehe mit Petrus Lombardus († 1160) in der wahrhaft innigen Reue (*conritio cordis*), dem Bekenntnis, die Sünde nicht mehr zu begehen (*confessio oris*) und der Genugtuung (*operis satisfactio*).⁵⁷⁰ In der Bußleistung war die Ersatzleistung für das Opfer inbegriffen (*restitutio*), die in der Regel ohne weiteres bei Verlust oder Beschädigung eines materiellen Gutes erbracht werden konnte. Welche Gestalt aber, so fragte Thomas von Aquin, müsse die «*restitutio*» bei der Verletzung eines immateriellen Gutes haben: «*utrum, oportet restituere, quod quis non abstulit*»?⁵⁷¹

lenrodt: Die Injurienklage auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung (1864), S. 245. – Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 15 und 18.

569 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 22–24.

570 Hälschner: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 332–333.

571 Zitiert nach Wallenrodt: Die Injurienklage auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung (1864), S. 257.

Ausgehend von der Annahme, dass der Mensch über dreierlei Güter verfüge, nämlich die Seele (*bona animae*), den Leib (*bona corporis*) und die äußerlichen Güter (*bona exteriorum rerum*), behauptete Thomas, dass eine Person einer anderen nur Leib und Güter entziehen könne. Das heißt eine «restitutio» kann nur – soweit es überhaupt möglich ist – an diesen beiden Gegenständen erfolgen.

Zu den vornehmsten der äußerlichen Güter zählten nicht nur für Thomas von Aquin, sondern auch für Albertus Magnus, Johannes Duns Scotus († 1308) und Hostiensis die Ehre (*honor*) und der gute Ruf bzw. der Leumund (*fama*) einer Person. Diese Güter könnten auf zweierlei Weise verletzt oder entzogen werden: durch die Schmähung mit beleidigenden Worten (*contumelia*) und die hinter dem Rücken des Opfers ausgesprochene Beleidigung (*detractio*). Die Güter müssten durch den Widerruf der ehrverletzenden Worte hergestellt werden und die damit verbundene Wiederaufrichtung des Leumunds, möglichst am selben Ort und vor denselben Personen, die bei der Diffamierung zugegen waren. Damit trage der Widerruf nicht den Charakter einer Strafe, sondern bezwecke lediglich die Ersetzung des dem Opfer Entzogenen.⁵⁷² Nach Duns Scotus beruhten die Bußwerke auf priesterlichem Gebot und könnten daher erlassen werden. Die Wiederherstellung des guten Rufs sei hingegen göttliches Gebot, sie müsse der Buße vorausgehen.⁵⁷³

572 Wallenrodt: Die Injurienklage auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung (1864), S. 258–259. Ergänzend dazu Hälschner: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 336–337, und Kapitel B «Tatbestände: Einfache Beleidigung und üble Nachrede», S. 52–103. Nach Albertus müsse der Widerruf dort stattfinden, wo die Beleidigung ausgesprochen wurde, selbst dann, wenn die Kunde von ihr bereits eine nicht mehr überschaubare Verbreitung gefunden habe. *Summa theologiae*, pars II, tract. XVIII, quest. 117, art. 4: «Dicendum quod ille, qui ex malignitate et deliberatione animoque nocendi detraxit, pro certo tenetur ad repperationem apud eoas apud quos detraxit: quia aliter non impleret verbum Domini Rom. 6 [...]. Ad aliud dicendum quod licet malum multiplicabile sit in infinitum per auditum, eo quod quilibet ipsum libenter audit, ut dicit Hier. Quia proni sunt sensus hominis ad malum, ut dicitur Gen. 8 tamen etiam per eundem modum reparatio famae multiplicabilis est in infinitum: et sic potest vulnus detractionis reparari, de quo dicitur Jere. 9. Sagitta vulneraus lingua eorum dolum locuta est. Et Augustus in regula, si autem in tautum processerit malum, ut conuitio vel criminis objectu aliquem laeserit, non pigeat ex ipso ore proserre medicamentum unde facta sunt vulnera.» Zitiert nach Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 68 Anm. 13a.

573 *Joannis Duns Scoti reportata Parisiensia*, lib. IV, dist. 15, quest. 4, schol. III: «Ista autem restitutio non est ista satisfactio, quae est pars poenitentiae sacramenti,

Diese komplexen Überlegungen gingen im Wesentlichen auf zwei Vordenker zurück: zum einen auf den heiligen Augustinus, zum anderen auf Albertus Magnus. Augustinus stellte die «restitutio» als Teil einer wirksamen Buße heraus, ohne dabei konkret auf die Wiederherstellung des guten Rufes einzugehen.⁵⁷⁴ Albertus knüpfte in seinem Kommentar zu den Sentenzen des

quia satisfactio est ultima pars poenitentiae imposita a sacerdote, post confessionem, quae semper non est necessaria, ut prius patuit, nec necessario imponenda, si aliae partes insint, et praecipe prima; sed restitutio semper necessario facienda est, et non est ex praecepta sacerdotis, sed omnipotentis Dei. Est etiam restitutio facienda antequam veniatur ad confessionem cum mortali peccato actu volens in eo manere, non dicitur attritus vel contritus, sed fictus, ita volens alienum habere et retinere, et non satisfacere veniens ad confessionem est fictus, quia actu manet in peccato mortali.» Zitiert nach Helfritz: Der geschichtliche Bestand und dlegislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 73 Anm. 29.

574 *Epistel 153* (Augustinus episcopus, famulus Christi familiaeque eius, dilecto filio Macedonio, in Domino salutem), Art. 20 (Furium peccatum non remitti nisi ablata restituant): «Quod autem in epistola tua sequitur, ubi dicis: Verum nunc, ut mores nostri sunt, et sceleris poenam cupiunt sibi homines relaxari, et id propter quod scelus admissum est possidere; pessimum hominum genus commemoras, cui poenitendi medicina omnino non prodest. Si enim res aliena, propter quam peccatum est, cum reddi possit, non redditur, non agitur poenitentia, sed fingitur: si autem veraciter agitur, non remittetur peccatum, nisi restituatur ablatum; sed, ut dixi, cum restitui potest. Plerumque enim qui aufert, amittit; sive alios patiendos malos, sive ipse male vivendo, nec aliud habet unde restituat. Huic certe non possumus dicere, Redde quod abstulisti, nisi cum eum habere credimus et negare. Ubi quidem si aliquos sustinet a repetente cruciatus, dum existimatur habere quod reddat, nulla est iniquitas; quia etsi non est unde luat ablatam pecuniam, merito tamen dum eam per molestias corporales redhibere compellitur, peccati quo male ablata est, poenas luit. Sed inhumanum non est etiam pro talibus intercedere, tamquam pro reis criminum; non ad hoc ut minime restituantur aliena, sed ne frustra homo in hominem saeviat, ille praesertim qui iam remisit culpam, sed quaerit paecuniam, et si fraudari metuit, non expetit vindicari. Denique in talibus causis, si persuadere potuerimus eos pro quibus intervenimus, non habere quod poscitur, continuo nobis eorum molestiae relaxantur. Aliquando autem misericordes et in ipso dubio nolunt homini pro incerta pecunia certa inferre supplicia. Ad hanc misericordiam vos etiam nos provocare et exhortari decet: melius enim, etiamsi habet, amittis, quam si non habet, aut excrucias, aut occidis. Sed pro istis magis apud eos qui repetunt, quam apud eos qui iudicant, intercedere convenit; ne ipse videatur auferre, qui cum habeat potestatem, non cogit reddere: quamvis in cogendo ita

Petrus Lombardus an Augustinus an und spricht in vier weitläufigen Artikeln über das Wesen der «restitutio». Er arbeitete die Erfordernis der «restitutio» speziell für Ehrverletzungen heraus, denn so wie man einer Person gestohlenen Gold und Silber wiedergeben müsse, bestehe die gleiche Pflicht bei der Entziehung des guten Rufes.⁵⁷⁵ Für Albertus stellte die Restitution die Grundlage der Genugtuung und damit der Buße an sich dar.⁵⁷⁶ Eine Verletzung des Leumundes bzw. des guten Rufs sei nach Albertus allerdings nur möglich, wenn es sich um eine Tatsachenbeleidigung handle, das heißt er lässt nicht die einfache Beleidigung als rufschädigend zu, sondern nur die üble Nachrede. Darüber hinaus mache sich eine Person auch schuldig, wenn sie eine andere mit einer Behauptung denunziere, die zwar wahr sei, jedoch bis dahin im Verborgenen lag (*detractio, delatio*). Bei dieser Sünde kann natürlich kein Widerruf einer Lüge stattfinden, sondern es konnte nur das Eingeständnis ausgesprochen werden, dass man «*intentione infamandi*» gesprochen habe.⁵⁷⁷

debeat adhibere integritatem, ut ne amittat humanitatem.» Zitiert nach Migne, Jacques P. (Hg.): *Sancti Aurelii Augustini, Hipponensis episcopi, opera omnia*, post Lovaniensium theologorum recensionem castigata denuo ad manuscriptos codices Gallicos, Vaticanos, Belgicos, etc., necnon ad editiones antiquiores et castigatiores. Paris 1865 (*Patrologia Latina*, 33). Siehe dazu auch Doyle, Daniel E.: *The bishop as disciplinarian in the letters of St. Augustine*. New York u. a. 2002 (*Patristic Studies*, 4), S. 107 und 354.

575 *Alberti Magni commentarii in IV libr. sententiarum*, dist. XV, art. 43, quest. 1: «Secundo quaeritur, quid debeat restitui et haec es quaestio difficilis: cum enim restitui debeat res ablata, contingit auferri famam quandoque veritate et quandoque medacio [...]» Die Antwort: «Ad id autem quod primo quaritur, dico quod detractor (famae) tenetur ad restitutionem: sed duplex est fama [...]» Und ebenda: «Si dicas, quod non debetur restitui fama. Contra: id quod charius possidetur, invittissime amittitur: ergo videtur, quod maxime debet restitui. Item Hieronymus. Crudelis est, qui famam negligit: sed ille, qui non exigit famae restitutionem famam negligit: ergo est crudelis.» Zitiert nach Helfritz: *Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung* (1905), S. 67 Anm. 11–12.

576 *Alberti Magni commentarii in IV libr. sententiarum*, dist. XV, art. 45: «Dicendum secundum antiquos, quod non est pars (poenitentiae) sed praesupponitur in poenitente, ut dispositio poenitentis ne sit fictus: et hoc vocaverunt antiqui fundamentum: unde dixerunt, quod restitutio est fundamentum satisfactionis et per consequens poenitentiae.» Ebenda, S. 66 Anm. 9.

577 Hälschner: *Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung* (1864), S. 334.

2.4 Über den Ursprung des Widerrufs

Hälschner modifizierte Wallenrodts Überlegungen zum Ursprung des Widerrufs bei den Scholastikern. Er ging davon aus, dass die Scholastiker an die wesentlich älteren Vorstellungen zur Bußpraxis anschlossen, die sich bereits ausgeprägt in den frühmittelalterlichen Bußbüchern finden ließen. Danach wäre dort im Zusammenhang mit Beleidigungen und falschen Anschuldigungen formuliert, dass die Abbitte Bestandteil der für die Buße erforderliche Genugtuung sei. Insgesamt sechs sündhafte Vergehen führt Hälschner an:

1. Kränkung eines anderen im Streit – im *Poenitentiale mixtum Bedae-Egberti* (8. Jahrhundert);
2. Kränkung eines anderen durch verächtliches Benehmen – im *Poenitentiale Columbani* (frühes 7. Jahrhundert) und im *Poenitentiale Cummeani* (um 650);
3. Beschimpfung und Verfluchung – im *Poenitentiale Cummeani*, im *Poenitentiale Pseudo-Beda* (8. Jahrhundert), im *Bigotianum* (8./9. Jahrhundert), im *Poenitentiale Merseburgense a* (nach 800) und im *Poenitentiale mixtum Bedae-Egberti*;
4. Kränkung durch Verkleinerung des anderen oder durch üble Nachrede – im *Bußbuch des Columban von Luxeuil*, im *Poenitentiale Pseudo-Beda*, im *Poenitentiale Pseudo-Egberti* (8. Jahrhundert), im *Poenitentiale mixtum Bedae-Egberti*, im *Poenitentiale Merseburgense a* und im *Poenitentiale Vinnai* (9. Jahrhundert);
5. falsche Anschuldigung – im *Poenitentiale Cummeani*, im *Poenitentiale Pseudo-Beda*, im *Poenitentiale mixtum Bedae-Egberti*, im *Bigotianum*, im *Poenitentiale Pseudo-Theodori* (Mitte 9. Jahrhundert) und im *Poenitentiale Pseudo-Gregorii* (9./10. Jahrhundert);
6. Kränkung durch die Offenbarung der verborgenen Schuld eines anderen – im *Poenitentiale Merseburgense a* und im *Poenitentiale Pseudo-Theodori*.

In allen Beispielen hätte der Sünder dem Opfer Genugtuung (*satisfactio*, *reconciliatio*) zu leisten. Dies sollte geschehen durch die Bitte um Verzeihung, durch ein offenes Geständnis und eine Demütigung, durch Widerruf und die Bitte um Versöhnung mit dem Opfer. Ganz richtig kommt Hälschner also zu einem anderen Ergebnis als Wallenrodt:

Wenn daher Wallenrodt behaupten will, daß die schon in der älteren Zeit und in den Pönitentialbüchern geforderte *satisfactio* nur in einer Abbitte bestanden

habe, durchaus nicht auf den Widerruf bezogen werden könne, weil dieser erst späterhin «erfunden» worden sei, so ist dies offenbar unrichtig. Vielmehr verhält es sich so, daß schon in der älteren Zeit für jede Art der Ehrenerklärung eine *satisfactio laesi* gefordert wird, möge sie als Abbitte oder Widerruf oder in welcher Form sonst erscheinen. Die Scholastiker haben darum keineswegs den Widerruf «erfunden», sondern nur dies haben sie gethan, daß sie die Bedeutung dieser *satisfactio* näher als bisher in doctrinärer Weise bestimmten und formulierten.⁵⁷⁸

Helfritz setzte einen Schlusspunkt hinter diese Diskussion. Er merkt am Beispiel der Scholastiker an, dass sie zwischen Widerruf und Ehrenerklärung nicht in der Form unterschieden hätten, wie es die Rechtswissenschaft in seiner Zeit tat. Unter anderem deshalb könne man sie nicht als Begründer des Widerrufs anerkennen.⁵⁷⁹

578 Ebenda, S. 331–332. Weiter unten, auf S. 338–339, präzisiert Hälschner sein Votum nochmals: «Die Buße hat die Versöhnung mit Gott zum Zwecke, und eben diese erfordert die Versöhnung mit dem Nächsten, wofern dieser durch die Sünde verletzt wurde. Sie erfolgt durch die *satisfactio*, d. h. dadurch, daß man sich vor dem Verletzten demüthigt, um seine Verzeihung und Freundschaft zu gewinnen, oder die *satisfactio* wird, gleichviel in welche Formel sie gefaßt werden mag, im Wesentlichen immer in einer Bitte um Verzeihung, einer Abbitte, bestehen. Eine solche Abbitte ist namentlich auch in jedem Falle einer Ehrenkränkung erforderlich. Eine *satisfactio* setzt aber die von ihr zu unterscheiden-
de *restitutio* in den Fällen voraus, wo dem Nächsten irgend etwas unrechtmäßig entzogen worden ist. Darum erfordert zwar nicht jede Art der Beleidigung, wohl aber diejenige, bei welcher ein *auferre*, *detrahere famam* stattfand, eine *restitutio*. Aber auch diese *restitutio* erscheint nur dann als Widerruf, wofern die *detractio* in einer falschen Beschuldigung bestand. Abbitte wie Widerruf stammen daher aus der kirchlichen Lehre von der Buße, die in ihren Grundzügen längst vor den Scholastikern des 12. und 13. Jahrhunderts, insbesondere auch in den Pönentialbüchern vorhanden ist. [...] darin liegt der Unterschied, daß die Scholastiker auf eine nähere doctrinäre Erörterung der *restitutio famae* und ihres Unterschiedes von der bei andern Ehrenkränkungen stattfindenden *satisfactio* eingehen.»

579 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und dlegislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 81.

2.5 Ehrenerklärung und Widerruf in Spätmittelalter und Früher Neuzeit

Mit der schrittweisen Zurückdrängung des Reinigungseides im Rahmen des unter Papst Innozenz III. eingeführten Inquisitionsprozesses waren Ehrenerklärung und Widerruf nicht mehr zu trennen, sie wuchsen zu einem Rechtsmittel zusammen, wenn es überhaupt je eine explizite Trennung gegeben hatte.⁵⁸⁰ Jedoch wären in einigen Rechtstexten, so Wallenrodt, die Elemente des einen oder des anderen Rechtsmittels stärker erhalten geblieben, so dass von einem gänzlichen Ineinandergehen und der vollständigen Aufhebung der Einzelinstitute nicht die Rede sein könne. Auffällig sei, dass der *Sachsenspiegel* und die sächsischen Rechte weder Widerruf noch Ehrenerklärung kennen würden.⁵⁸¹ Hingegen sollten nach dem *Schwaben-* und *Deutschenspiegel* Beleidigungen mit leichten körperlichen Verwundungen durch öffentliche Abbitte oder Geldzahlungen je nach Stand des Verurteilten gesühnt werden.⁵⁸²

Ehrenerklärungen standen der kirchenrechtlichen «satisfactio» sehr nahe, zu der Buße und Reue als Voraussetzungen der Sühneleistung gehörten. Deshalb kamen in den Ehrenerklärungen weltlicher Gerichte ab dem 13. Jahrhundert ähnliche Voraussetzungen und Sühneleistungen in Gebrauch: Versöhnung mit dem Opfer, Bekenntnis der Schuld, Reue, Widerruf und Abbitte. Diese neuen Formen der Ehrenerklärung im profanen Recht scheinen ältere, nicht kirchliche Formen – wie sie zum Beispiel das *Edictum Rothari* kennt – mit aufgenommen zu haben. Genugtuung fand dort als eine Art Reinigungseid statt, geleistet vom Täter und seinen Eidhelfern. Im späten Mittelalter durfte allerdings nur noch der Täter den Reinigungseid leisten, nicht mehr die Eidhelfer: Der Reinigungseid hatte sich zu einer Genugtuung für das Opfer gewandelt durch die Verpflichtung, diese Genugtuung auszusprechen.⁵⁸³

580 Wallenrodt: Die Injurienklage auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung (1864), S. 270–271.

581 Zahlreiche Beispiele für Widerruf und Ehrenerklärung in den spätmittelalterlichen Rechten ebenda, S. 272–274 und Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 42–55.

582 Gengler: Des Schwabenspiegels Landrechtsbuch (1875), Kap. XCII, S. 83. – Eckhardt: Hübner: Deutschenspiegel und Augsburger Sachsenspiegel (1933), S. 190.

583 Hälschner: Das preußische Strafrecht, Bd. 3 (1868), S. 221–223.

Weder Wallenrodt noch seine beiden substantiellsten Kritiker, Hälschner und Helfritz, können für den geschichtlichen Fortgang von Ehrenerklärung und Widerruf seit dem 13. Jahrhundert eine tatsächlich lückenlose Darstellung bieten. Besonders Helfritz war aber davon überzeugt, dass die theologischen Überlegungen vor dem frühen 16. Jahrhundert keinen Einfluss auf das kirchliche oder profane Recht nahmen. Für ihn folgten die deutschen Partikularrechte und das Kirchenrecht zwei getrennten Wegen, die erst am Ausgang des Mittelalters mit der Rezeption der italienischen Juristen durch deutsche Rechtsgelehrte zusammenfanden und dann auch die Gedanken der Scholastiker berücksichtigten.⁵⁸⁴

Hälschner will größere Übereinstimmungen zwischen dem *Edictum Rothari* von 643 und den ersten deutschen spätmittelalterlichen Rechtstexten, die sich zur Genugtuung äußerten, erkannt haben, nämlich den *Goslarer Statuten*, dem *Landrecht Kaiser Ludwigs des Bayern* und dem *Freisinger Rechtsbuch*: Er spricht von «Ähnlichkeiten» in den Texten, ohne überzeugend in seiner Argumentation zu sein. Dass bei einem annähernd gleichen Tatbestand, für den zur Sühne eine Genugtuung in den erwähnten Rechten vorgesehen war, Übereinstimmungen aufzufinden sind, ergibt sich von selbst. Hälschner versuchte zu energisch, eine Kontinuität zwischen älterem «deutschen Recht», wie er es nennt, und jüngerem deutschen Recht herzustellen. Einen Zusammenhang zwischen dem spätmittelalterlichen Recht und den theologischen Überlegungen oder dem kanonischen Recht lässt er hingegen nicht gelten, sondern meint, dass sich bis zum 16. Jahrhundert kein «entscheidender Einfluß der kirchlichen Lehren auf die Entwicklung der Privatgenugtuung in Deutschland an der Hand des vorliegenden Materials» nachweisen lasse.⁵⁸⁵

584 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 85.

585 Hälschners (Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung [1864]) Argumentation zum *Edikt König Rotharis* auf S. 33–38; auf S. 40 ebenda heißt es abschließend: «Im Übrigen ist die Ähnlichkeit in diesen durch mehrere Jahrhunderte voneinander getrennten Kodifikationen von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung, denn einmal ist damit der Nachweis erbracht, daß sich ein rein deutschrechtlicher Entwicklungsgang verfolgen läßt, ferner ab liegt darin ein deutliches Anzeichen dafür, wie tief eingebürgert im Volksbewußtsein die zu Grunde liegende Idee einer Wiederherstellung der Ehre gewesen sein muß, wenn sie sich in der jahrhundertelangen Periode rein gewohnheitsmäßiger Rechtsbildung ohne gesetzliche Fixierung erhalten hat, um sodann wieder in den Rechtsaufzeichnungen späterer Jahrhunderte Aufnahme zu finden.»

In der Frühen Neuzeit dürfte der scholastische Einfluss gleichfalls kein dominantes Moment im deutschen Partikularrecht gewesen sein. So legten beispielsweise die *Kursächsischen Konstitutionen* von 1572 den Widerruf für eine vorsätzlich ausgesprochene Verbalinjurie verbindlich fest, überließen es aber dem Gericht, «nach gelegenheit der person/ der zeit oder örtter/ vnd anderer vmbstende» aus einer Anzahl von Sanktionen zu wählen. Es werden angeboten: eine hohe Geldbuße, Gefängnis, eine temporäre Verweisung oder eine mit Staupenschlägen begleitete ewige Verweisung des Landes.⁵⁸⁶ Abhängigkeiten vom Kirchenrecht lassen sich hieraus nicht ableiten. Hingegen erörtert Damhouder in seiner Zusammenschau zeitgenössischer Rechte, dass Schmähungen mit Worten «zu erstattung guten Leuthmundes» durch den Richter befohlen werden sollen; vorsätzlich ausgesprochene Schmähungen würden darüber hinaus – und hier bezieht er sich ohne es zu sagen auf kanonische Texte – mit Wallfahrten, Almosen, gestifteten Glasfenstern und anderen «KirchenGaben» gesühnt werden. Es gebe noch die Möglichkeit, dass der Täter dem Opfer Ersatz leiste, indem er diesem Gabe oder Geld nach Maßgabe des Richters reiche. Eine Form der Abbitte würden die kirchlichen Rechte kennen, so Damhouder weiter, wenn Schmähungen untereinander ausgetauscht wurden. Dann solle man dazu außergerichtlich raten, einander zu verzeihen. Ganz auf eine gerichtliche Bestrafung sollte auch dann nicht verzichtet werden, wenn der Täter gleich nach der Tat am gleichen Ort dem Opfer gegenüber seine Schmähung widerrufen hatte.⁵⁸⁷

586 Des Durchlauchtigsten Hochgebore[n] Fürsten vnd Herrn, Herrn Auguſten Hertzogen zu Sachsen [...] vnd Churfürsten [...] Verordnungen vnd Conſtitutionen des Rechtlichen Proces, auch waser massen etzlicher zweiffelhafftiger vnd ſtreitiger fell halben [...] zu recht erkand vnd geſprochen werden ſol. Dresden 1572 (VD16 S894), Pars IV, Conſtitutio 42, Blätter 108v–109v.

587 Damhouder: *Praxis rerum criminalium* (1565), cap. 136, Blätter 243r–245v. Zum verbotenen Straferlass siehe auch die *Statuten der Stadt Frankenhausen* (1558), Art. 66: «Von iniurien vndt schmehe ehre berürende. Welcher burger den andern schildt vnnde schmehet, daß jheme seine ehre betrifft, der soll sich mit dem geschmeheten vor dem Rath erkennntnuß einigenn, vnnahngesehenn, ob er gleich erboethe die zu ermeßenenn jniurien zu erweisen, weil er zuuorn denn ordentlichenn weg deß rechtenn nicht gebrauchenn, noch die obrigkeit nicht ersucht, sonnderenn veracht hat, jn deme daß er sein eigenn Richter hat seinn wollen, welcheß dann niemandt gebühret.» Zitiert nach Walch: *Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht*, Bd. 1 (1771), S. 360. Dieser Artikel befindet sich in fast wörtlicher Übereinstimmung in Artikel 69 des *Greußener Stadtrechts* von 1556. Walch: *Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht*, Bd. 7 (1781), S. 220.

Helfritz bemerkte unter Berufung auf die ältere Forschung, dass die Genugtuungen im späten Mittelalter «mehr und mehr den Charakter einer Strafe gegen den Täter» angenommen hätte.⁵⁸⁸ Diese Beobachtung trifft nach quantitativen Gesichtspunkten uneingeschränkt zu. Von den profanen Rechten, und nur diese wurden von den entsprechenden Rechtshistorikern analysiert, während man dem Kirchenrecht keine Aufmerksamkeit schenkte, konnte man, wie aufgezeigt, bis zum 14. Jahrhundert übereinstimmend nur das *Edikt König Rotharis* mit einer Genugtuung in Verbindung bringen. Demgegenüber steht nun die Fülle der Belegstellen des 14., 15. und 16. Jahrhunderts. Aus diesem Verhältnis ist selbstredend die beobachtete Tendenz zu entnehmen, aber sie bietet keinen Raum für eine sinnvolle Aussage. Richtig ist vielmehr, dass im profanen Recht die Genugtuung erst seit dem späten Mittelalter öfter thematisiert wurde und dass sie mit den ersten Erwähnungen in diesem Rahmen in den *Goslarer Statuten*, dem *Rechtsbuch Kaiser Ludwigs* und dem *Freisinger Rechtsbuch* bereits in Kombination mit einer durch den Gerichtsherrn verhängten Buße auftritt.

2.6 Ausführung des Widerrufs

Dass einerseits die Art und Weise des Widerrufs sehr erniedrigende Formen annehmen konnte, wie es im Anschluss noch dargestellt wird, ist einer Reihe von Statuten und Weistümern zu entnehmen, andererseits treffen viele Rechtstexte keine Aussagen über die Form des Widerrufs. Eine historische Entwicklung aus diesem Befund ablesen zu wollen, ist daher nur bedingt gerechtfertigt. Zieht man noch die spärlichen Ergebnisse aus dem kirchlichen Strafrecht für das frühe und hohe Mittelalter hinzu, wonach die Sendgerichtsbarkeit nach-

588 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 62 (mit weiteren Hinweisen zur älteren Forschung). Siehe dazu auch His: Das Strafrecht im deutschen Mittelalter, Bd. 2 (1935), S. 126. In seiner kurzen Zusammenfassung zur mittelalterlichen Geschichte des Widerrufs erklärt er, dass in den frühmittelalterlichen langobardischen und den skandinavischen Quellen der Widerruf lediglich als Genugtuung für das Opfer vorgesehen war, nicht aber als Strafe für den Täter. Dieser Standpunkt wäre auch noch in wenigen spätmittelalterlichen Rechten zu finden, zum Beispiel in den *Rechtsbüchern Ludwigs des Bayern* und *Ruprechts von Freising*. Überwiegend bestche aber in dieser Zeit die Pflicht für den Täter, Widerruf zu leisten; weigert er sich, könne er dazu gezwungen werden. Der Widerruf wurde als Strafe und Demütigung aufgefasst, indem bestimmte ehrenrührige Formeln dem Beleidiger zum Nachsprechen vorgegeben wurden.

weislich vorsah, die öffentlichen Bußleistungen durch Exkommunikationen zu erzwingen, so dass diese Bußleistungen den Charakter von ehrekränkenden Sanktionen tragen konnten,⁵⁸⁹ dann wird offensichtlich, dass der Genugtuung immer schon strafende Züge anhaften konnten, die regional und gerichtsspezifisch unterschiedlich ausgeprägt waren.

Die spätmittelalterlichen Rechtstexte bieten hinsichtlich der Örtlichkeiten und der Ausführung des Widerrufs eine Fülle von Möglichkeiten; die drei verbreiteten waren: 1. Zum Beispiel sollte in Freising und Zug sowie im Geltungsbereich des *Lübischen Rechts* der Delinquent vor dem tagenden Gericht seine Beleidigung widerrufen und die Ehre des Opfers restituieren. Auch in Thüringen war es spätestens zum Ausgang des Mittelalters üblich geworden, dass sich Täter und Opfer vor dem Stadtrat gütlich einigen und dieser die Beschuldigungen kassierte, um auf diese Weise den Leumund des Beschuldigten zu rehabilitieren.⁵⁹⁰ 2. Im älteren *Landbuch der March* (Schwyz), im *Saarbrücker Freiheitsbrief*, im *Rügener Rechtsbuch* und im *Rechtsbuch Ruprechts von Freising* wird gefordert, dass der Delinquent in der Kirche von der Kanzel oder auf dem Markt widerrufen sollte.⁵⁹¹ In den *Rechten des Klosters St. Gallen für den Hof Koellikon* aus dem frühen 15. Jahrhundert heißt es, dass die gekränkte Ehre entweder «vor offenem gericht oder offenlich in der kirchen» durch den Täter hergestellt werden muss.⁵⁹² 3. Nach Albertus Magnus, Thomas von Aquin, Duns Scotus und Hostiensis müsste der Widerruf möglichst am selben Ort und vor denselben Personen, die bei der Diffamierung zugegen waren, vollzogen werden.⁵⁹³ Eine ständespezifische Unterscheidung sah das *Hamburger Recht* vor, wenn es Widerrufe hoch an-

589 Siehe dazu den Abschnitt «Rüegerichte und Rügeverfahren», S. 302–309.

590 Die Belegstellen bei Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 378–379.

591 Zum Beispiel heißt es bei Ruprecht im Kap. 258: «[...] um deu chlag, ob ainer dem andern geunleuntt [verleumdet] hiet, is wær fraw oder man, daz er in diuf [Dieb] hiet zigen, die er auf in nicht bewæren mæcht. Dâ mueß er um an seinen stat stên gên dem richter an dem leib und an dem guot, den leip mit dem guot ze loesen, jenem seinen schaden ab tuon zwivalentichleichen [zweifach], den er dâ geunleuntt hiet.» Und er muss vor dem Gericht sprechen: ««swaz ich in an gesagt hân, daz ist gelogen und ist dez nicht.» Sam [ebenso] mueß er auch auf dem letter [Lettner] tuon in der pfarr, dâ jener inne gesezzen ist, den er dâ geunleuntt hât.» Zitiert nach Claussen: Freisinger Rechtsbuch (1941), S. 302.

592 Grimm u. a.: Weisthümer, Bd. 5 (1866), S. 68.

593 Wallenrodt: Die Injurienklage auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung (1864), S. 258–259. Ergänzend dazu Hälschner: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 336–337.

gesehener Personen am Pranger verordnete, andere hingegen nur vor dem tagenden Gericht.⁵⁹⁴

Häufig war der Brauch, dass sich die Delinquenten beim Widerrufern auf den Mund schlugen und sprachen: «Mund, das hast du gelogen.»⁵⁹⁵ An-

594 *Hamburger Gerichtsordnung und Statuta* von 1605, Teil IV, Art. 58: «Straffe der Injuranten/ Calumnianten/ Lästemeuler vnd Ehrenscher. Wann einer den andern mit bösen schmähe- vnd Scheldtworten/ hinterrückens vnbesonnen beschweret/ vnd wann er darüber zu rede gesetzt/ oder von dem Gerichts Befehlhaber wird besprochen/ solcher gethanen affterredung keinen standt thun wird/ sondern derselben sich entlegt/ vnd dabey sich freywillig erklaret/ daß er von dem andern nichts anders/ als was den ehren gemeß/ wisse zu achten vnd zu halten/ Auff den fall stehet es in des beleidigten macht vnd freyen willen/ ob er auß friedliebendem gemüte die Injurien klage einstellen/ oder ferner mit Rechte außführen wolle/ worbey allewege/ so wol des Injurianten, als des beleidigten standt vnd qualitet ist zu respectiren. Es wird aber gleichwol der Injurant wegen seines vngebührlichen verhaltens/ dem Gerichte wandel vnd abtrag zu thun/ billig angehalten. Da aber hochbeschwerliche schmähe/ die ehr vnd glimpff concerniren, einem würden vorsätzlich angefügt/ vnd der beleidigte solches als eine atrcem Injuriam sich zu Gemüte ziehen/ vnd mit Rechte eyfern würde: So soll der Injurante solche außgegossene Injurien vnd schmähe/ vor dem Rath offenes Hauses/ oder im Niederrichter/ zu revociren vnd zu wiederrufen/ oder auch/ da solche enormissimae injuriae einer ansehnlichen Personen/ oder Erborn Bürgern/ Bürgerinnen/ in seiner oder ihrer vnschult/ von einem friedhessigen würden wiederfahren: So soll solcher wiederruff/ auff dem ehrlosen Blocke geschehen/ vnd verrichtet werden.» Zitiert nach Der Stadt Hamburgk Gerichtsordnung vnd Statuta (1605), S. 390–391.

595 Aus der *Rechtsprechung des Ingelheimer Oberhofs* (fränkischer Rechtskreis) aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts: «Als ir uns geschriben habt, wie ewer mitpurger gesprochen, eyner eytgenossen habe ym gewalt getan, und hat des nicht beweisen können, so sprech wir czu einem rechten, das der drei suntag nacheinander geen sal in die pfarrkirchen und treten auf den predigstuhl und also sprechen: <was ich auf den gerett habe, doran habe ich ym unrecht getan> oder <habe unrecht gerett als ein boser> und sal sich drei stund in das maul slahen.» Zitiert nach Kaufmann: Das spätmittelalterliche deutsche Schadensersatzrecht (1961), S. 110–111. Weitere Beispiele ebenda, S. 111 Anm. 67–69. Diese Form des Widerrufs wäre seit dem 13. Jahrhundert von Friesland und Rügen bis nach Mähren und Ungarn hin bekannt gewesen: «Die Strafe des Maulschlages hat spiegelnden Charakter, indem sie den fehlbaren Körperteil züchtigt. Zugleich aber soll sie in handgreiflicher Weise den Schaden wieder gut machen: durch den Schlag soll der Schelter, wie es im *Westerwolder Landrecht* (1470)

dernorts sollte der Delinquent schwören, dass er über sein Opfer nur Gutes und Ehrenhaftes gehört und er die Unwahrheit gesagt habe.⁵⁹⁶ Eine außer-gewöhnliche Regelung sieht das *Engelberger Talrecht* vor; dort wurde dem Opfer eine schriftliche Ehrenerklärung zuteil, ganz ähnlich der Bestimmung im *Eisenacher Stadtrecht*.⁵⁹⁷

2.7 Der Widerruf in der Erzählung des Hans von Schweinichen

Diese Regelungen scheinen über die Standesgrenzen hinaus Anwendung gefunden zu haben, denn auch Adlige konnten auf die eine oder andere Art zu einem Widerruf gezwungen werden. So berichtet der niederschlesische Ritter Hans von Schweinichen (*1552 † 1616) in seinen autobiografischen Aufzeichnungen zu Beginn des Jahres 1586 von seinem Vetter Siegmund von Schweinichen, dass dieser einem Joachim von Näfe vorgeworfen hätte, er sei kein «Edelmann» und nicht «adelichen Geschlechts». Siegmund wurde dar-

heißt, «weder in kloppen, wat he hedde gesproken».» His: Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2 (1935), S. 577–578. Weitere Beispiele bei Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 47–55, sowie Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 374–380 und 402–403.

596 Zum Beispiel der vor dem Dresdener Gericht am 9. August 1516 verhandelte Fall zwischen der Näherin Margaretha und Anna Hule wegen Beleidigung: «Margaretha, Anna Hulin. Sonabend in vigilia Laurencii seind Margaretha, eyn neterin, clegern, eins und fraw Hulin anders teyls, beclagtin, umb etliche scheldworth, daz sie bemelt Margarethe eyn barbarische [!] hure geschulden und geschmehet mit andern dergleichen worten, gutlichen entscheiden, und obgemelt fraw Anna Hulin hat sie wie ernach folget abgepeten: «Liebe Margaretha, ich weyß nichts von euch dan ere und frommigkeit. Byn ich euch aber an euren eren etwas zw nahen gewesen, wollet mir dasselbige umb gots willen vergeben. Ich will hinfurder euch eren und fordern.» Und mit dergleichen worten hat Margaretha widerumb gethan, und frauen Annen ist bey pen 10 fl geboten, sich hinfurder diß zu enthalden. Actum am tag ut supra.» Kübler · Oberste: Das sechste und siebente Stadtbuch Dresdens (2011), Nr. 429. Weitere ähnlich lautende Formeln ebenda, Nr. 341, 480 und 592 sowie Kübler · Oberste: Das vierte und fünfte Stadtbuch Dresdens (2008), Nr. 41, 246 und 458.

597 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 49–55 (mit weiteren Beispielen). Zu dem angesprochenen *Eisenacher Stadtrecht* siehe den Abschnitt «Poß mortem», S. 96–100.

aufhin durch Herzog Georg II. von Brieg-Wohlau (*1523 † 1586) festgesetzt. Der Gefangene hatte deshalb Verwandte gebeten, ihm als Leumundszeugen und Sprecher während des kommenden Gerichtstages beizustehen. Sie trafen aber nicht am Verhandlungsort in Brieg ein, sondern nur Hans von Schweinichen sprach für seinen Vetter. Das Gericht befand unter dem Vorsitz des Herzogs den Beklagten für schuldig, unter anderem auch, weil er Joachim einen «Pfeffersack» gescholten hatte und verurteilte ihn dazu, an Ort und Stelle zu widerrufen:

was der von Schweinichen geredet und gethan, das wäre aus hitzigem Gemüte und vollem Trunk hergeflossen, wüßte also von dem von Nefe nichts andres, als was einem Ehrlichen von Adel geziemet und gebühret; da er ihm nun mit Worten zu nahe kommen wäre, so bitte er ihn um Verzeihung, hielte ihn auch förder vor einen adelichen ehrlichen Mann.

Siegmund musste also einen Widerruf leisten, der mit einer Abbitte kombiniert war, in der er sein Opfer um Verzeihung bat. Joachim nahm diese Bitte an. Damit waren Widerruf und Abbitte abgegolten. Jedoch sah der Herzog sich angesichts des enormen Beistands von 124 adligen Personen aufseiten Joachims gezwungen, Siegmund im Rathaus zu «bestriicken», um, wie es Hans von Schweinichen schreibt, die «Reputation» zu beweisen. Das heißt der Herzog war aufgefordert, eine in den Augen der Adligen angemessene Strafe zu verhängen. Er entschied sich anfangs für eine Gefangennahme im Rathaus, ohne dass eine Befristung bekannt wäre. Noch am gleichen Abend gelang es Hans durch eine schriftliche Zusicherung, seinen Vetter aus der Festsetzung im Rathaus zu befreien. Dafür musste er versprechen, dass Siegmund in seiner Herberge verbleibe, bis der Herzog das endgültige Strafmaß verhängen würde. Am Morgen darauf sprach Hans abermals beim Herzog vor. Die Festnahme wurde nun auf drei Tage in der Herberge befristet, eine Gnade, die Hans sich und seiner Beredsamkeit zuschrieb.⁵⁹⁸

Es wird deutlich, dass hier das Strafmaß im Ermessen des Richters lag und dass der Herzog aufgrund des öffentlichen Drucks sich bemüßigt sah, eine Freiheitsstrafe festzusetzen. Dieses schwierige ständespezifische Abwägen des Strafmaßes lässt sich bereits in den frühen deutschen Rechten nachweisen. *Sachsenspiegel*, *Deutschenspiegel* und *Augsburger Sachsenspiegel* schrieben eine abstammungsgemäße Bestrafung vor.⁵⁹⁹ Der *Schwabenspiegel* führt die-

598 Osterley, Hermann (Hg.): Denkwürdigkeiten von Hans von Schweinichen. Breslau 1878, S. 316–317.

599 Siehe dazu den Abschnitt «Die Berücksichtigung der ständischen Differenz und autoritätsabhängiger Beziehungen», S. 85–96.

sen Gedanken weiter aus und mahnt, keinen Knecht einem Herrn gleich zu strafen und keinen Unfreien gleich einem Freien, denn das sei gegen Landes- und Gottesrecht. Für den Fall, dass eine Person eine zu hohe Strafe büßen soll, wird geraten, zuerst Freunde zum Eingreifen anzuhalten, und wenn es die Freunde nicht zu regeln vermochten, dann sollte sich der Richter weise Leute zu Rate holen und mit diesen urteilen. Der *Schwabenspiegel* benennt hier drei Kriterien, nach denen das Strafmaß festgelegt werden müsse: persönliche Würde, Laster und Schaden.⁶⁰⁰

Im Brieger Prozess und in den Rechtsspiegeln werden dem Richter in Abhängigkeit vom sozialen Status und der öffentlichen Meinung also Ermessensspielräume und Verhandlungspotential eingeräumt. Ein festes Kompositionensystem lag dem nicht zugrunde. Mit Blick auf das Rechtsverständnis, wonach Recht die (Wieder-) Herstellung des Friedens bezweckte, wird klar, weshalb die Öffentlichkeit und vor allem die Verwandten und Freunde als Helfer von Delinquent und Opfer in der Urteilsfindung berücksichtigt wurden. Umso höher ein Delinquent oder ein Opfer in der gesellschaftlichen Hierarchie stand, desto schwieriger war es, eine angemessene Strafe für Beleidigungen zu finden. Nicht nur die Person wurde in ihrer Ehre angegriffen, sondern auch ihre Verwandten und ihr Gefolge. Die Gefahr verheerender Fehden, selbst wenn ein generelles Fehdeverbot durch königliche Landfrieden, fürstliche Erlasse oder den 1495 verkündeten *Ewigen Landfrieden* im Reich bestand. Ohne ein ausreichendes Maß an exekutiver Organisation, die im Untersuchungszeitraum ohne Frage Mangelware oder zumindest nicht flächendeckend war, konnten Rache und Fehde nur schwer eingedämmt werden. Die mittelalterliche Schiedsgerichtsbarkeit und die Vermittlung zwischen Streitparteien bildeten daher im Adels- und Fürstenstand eine häufig bemühte Alternative zum Richterspruch.

600 Kap. 111: «Und schilt ain man den andernn oder schosset er in oder wunt er in oder was er im ubels tut an den todslag vnd wil er pussen das man im ere piete oder gut das man tûn nach seiner wirdichait. Niemand sol den lăwten geleich püezz ertailen. das man dem knecht püezz als dem herren vnd dem aigen als dem freyen das ist weder gots recht noch lantzrecht. man sol dem man püezzen nach seiner wirdichait vnd sol auch dem richter in dem selben rechten püezzen. vnd wil aber ain man zeuil püzz, das sol stan an ir pay der frewnt. mügen ez die nicht beschaiden, so nem der richter weise lăwt zw im vnd beschaid ez mit der rate. der richter sol sehen an des mannes laster vnd an seinen schaden vnd haizz im dar nach püezzen.» Zitiert nach Eckhardt: *Schwabenspiegel*, Kurzform (21974), S. 169–170.

3. Verweisungen, Geißelungen, Talionsprinzip

Die Ehrenerklärungen, Widerruf und Abbitte bilden den wichtigsten Teil im Katalog der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Sanktionen im Rahmen des Injurienrechts, weil die Verletzung des im Tatbestand beschriebenen Rechtsgutes ausgeräumt wurde. Damit war das Opfer rehabilitiert und der Delinquent rechtskräftig als solcher entlarvt. Diese Formen der Rehabilitation sind aber selten als Strafe aufzufassen. Erst wenn eine der Formen tatsächlich erkennen lässt, dass sie darauf abzielte, den Täter als eine unehrenhafte Person zu kennzeichnen, wird aus der Forderung der Rehabilitation des Opfers auch eine Strafe für den Täter, weil er mit seinem Leumund und seiner Ehre ein wertvolles persönliches Rechtsgut ganz oder zum Teil einbüßte. Da die früh- und hochmittelalterlichen Quellen zur Bewertung der Rehabilitation nur wenige Auskünfte erteilen, lässt sich nicht mit Sicherheit behaupten, dass sich auf dem Weg ins späte Mittelalter eine Entwicklung abzeichnete, wonach aus den Formen der Rehabilitation nun uneingeschränkt Formen der Bestrafung wurden. Ohne Zweifel trägt der spätmittelalterliche Widerruf, der ein Eingeständnis der persönlichen Lüge oder eine selbst zugefügte Maultschelte vom Verurteilten forderte, nach heutigen Maßstäben einen strafrechtlichen Charakter. Eingeschränkt wird dieser Befund durch die Quellenlage, weil nicht in jeder Bestimmung zu einem Widerruf über dessen Ausführung reflektiert wird.⁶⁰¹

Widerruf und Abbitte treten beinahe ohne Ausnahmen in Kombination mit einer Strafe auf. Das heißt das Rachebedürfnis wurde durch diese beiden Formen offenbar nicht gestillt und als eine zufriedenstellende Genugtuung oder Ersatzleistung fasste man sie ebenfalls nicht auf. In diesem Sinn ist es geboten, mit Vorsicht gegenwärtige strafrechtliche Maßstäbe anzulegen. Es scheint eher geraten, die Formen der Rehabilitation als eine notwendige Sanktion zu verstehen, mit der die Verletzung des Tatbestandes ausgeräumt wurde, um dem Opfer sein ursprüngliches Ansehen innerhalb seiner Gemeinschaft wiederzugeben. Erst in einem zweiten Schritt erfolgte die eigentliche Strafe beziehungsweise durch die Zahlung von Bußgeldern und Gewette oder die Bestrafung durch Freiheitsentzug, Leibes- und Ehrenstrafen. Diese Strafen mussten nicht notwendigerweise an einen Widerruf oder eine Abbitte gekoppelt sein. Bei einer bürgerlichen Klage auf Schadensersatz, die sich seit dem 15. Jahrhundert an deutschen Gerichten durchzusetzen begann, wurde sogar bewusst auf eine Rehabilitation durch diese beiden Formen verzich-

601 Nach Thomas von Aquin trage der Widerruf keinen Strafcharakter, sondern soll das Entzogene dem Opfer ersetzen, siehe S. 233.

tet.⁶⁰² Aufgrund dieser Überlegungen wurde das Kapitel «Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte» den eigentlichen Strafen und Bußen vorgeschaltet.

3.1 Zur Unterscheidung der Strafen und Bußen

Es bietet sich an, Strafen und Bußen selbst noch einmal zu unterscheiden, nämlich erstens in solche, die geeignet waren, den Täter öffentlich zu entehren, und zweitens in solche, die eine Art Ersatzleistung für das Opfer, das Gericht und die Gemeinde bildeten. Über die erste Gruppe berichtet dieses Kapitel, über die zweite das Kapitel im Anschluss.

Die nachfolgende Darstellung gewinnt ihre Überzeugungskraft natürlich insbesondere aus der Befundlage der Quellen. Während im frühen Mittelalter nur wenige Texte für die Untersuchung zur Verfügung stehen und für das hohe Mittelalter fast ausschließlich kirchenrechtliche, gibt es eine Fülle von Einzelnachweisen für das späte Mittelalter und die Frühe Neuzeit. Aus diesem Grund werden die Straf- und Bußformen vor allem summarisch mit Rücksicht auf ihre zeitliche Präsenz und ihren zugrundeliegenden Rechtsbereich erörtert. Eine Ausnahme bildet die Behandlung der falschen Anschuldigung; hier wird vom Tatbestand ausgegangen, nicht von der Straf- und Bußform, da die falsche Anschuldigung in den Quellen häufiger als andere Tatbestände ausführlich thematisiert und oft sehr hart sanktioniert wurde.

Es gab kaum Straf- und Bußformen, die ohne Einschränkung nur einem Rechtsbereich zugeordnet werden können. Zu den Ausnahmen gehören die Exkommunikation und die Suspensionierung einer Person von ihrem Amt. Diese Formen lassen sich im Rahmen der Injurienbehandlung ausschließlich für das Kirchenrecht nachweisen. Das heißt nicht, dass Amtsenthebungen im profanen Recht nicht einer Injurienklage folgen konnten. In den Rechtstexten lassen sich aber solche Bestimmungen nicht finden. Erst aus Urteilen wird deutlich, dass Amtsenthebungen auch außerhalb der kirchlichen Gerichte während eines Injurienprozess angewiesen wurden.⁶⁰³ Ähnlich vage fallen die folgenden Beobachtungen zum Narrenhaus und den Laßtersteinen aus. Diese Formen der Bestrafung treten in den benutzten Quellen allein für Frauen auf; es lässt sich aber nicht mit Sicherheit sagen, dass dieser Befund tatsäch-

602 Siehe dazu den Abschnitt «Strafrechtlich oder bürgerlich klagen?», S. 294–301.

603 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 141: «1579 verklagten sich der Weibel Michel Mörlich und der Gerichtsschreiber Matrin Steiger gegenseitig wegen Ehrverletzung. Gemäss Urteil des Gerichts wurde Mörlin zu einer Geldstrafe verurteilt und des Amtes entsetzt».

lich den historischen Gepflogenheiten gerecht wird. Andere Strafformen wie die Talion, Stockhiebe und mit Einschränkung die Verweisung sind für den gesamten Untersuchungszeitraum greifbar. Ein großer Teil der Strafformen für Injurien wird allerdings erst ab dem 13. Jahrhundert greifbar wie die Gefängnisstrafe, die Hinrichtung, die Verweisung, das Stäupen, der Pranger und das Tragen von Lastersteinen.

3.2 Strafen und Bußen im Kirchenrecht

Beim kirchlichen Strafrecht ist zu unterscheiden nach den Strafen, die einen Geistlichen erwarteten und den Strafen eines geistlichen Gerichts über Laien. Zudem spielen die amtlichen Hierarchien innerhalb der Kirchenorganisation und die Weihegrade der Geistlichen eine wichtige Rolle. Besonders schwer fiel ins Gewicht, wenn Injurien im Rahmen einer heiligen Handlung ausgesprochen wurden oder sie sich gegen Personen richteten, die eine solche heilige Handlung zu diesem Zeitpunkt vollzogen. Denn hier greifen die Vorstellung von kultischer Reinheit und Sakrileg, die im Abschnitt «Unzucht und Illegitimität» (S. 196–197) bereits beschrieben wurden.

Im kanonischen Recht strafe man Injurien nach der Schwere des Deliktes. Neben der eigentlichen Bußleistung, die öffentlich oder im Geheimen erfolgen konnte, zählten zu den möglichen Bestrafungen die Suspensionierung von den ausgeübten geistlichen Ämtern, die Einschließung in ein Kloster, Auspeitschen, die Exkommunikation und die Übergabe des Täters an ein weltliches Gericht mit der Maßgabe, dadurch das Strafmaß zu erhöhen.⁶⁰⁴

Falls ein Laie in einer Kirche oder während einer kultischen Handlung außerhalb des Gotteshauses die Zeremonie selbst oder die daran beteiligten Geistlichen und Kirchendiener in irgendeiner Weise schmähte, musste er mit einer Bestrafung durch Schläge und/oder Verbannung rechnen. Zugleich konnte ein solches Delikt als Sakrileg ausgelegt werden. Dann drohte auch die Exkommunikation, die sofort in Kraft trat und besonders schwer wog, weil eine Absolution vor dem Apostolischen Stuhl persönlich zu erbitten war. Einige wenige Ausnahmen waren möglich. Nach einer Verfügung Alexanders III. von 1170 durften Frauen, Unmündige, Greise, Kränkelnde, Krüppel und Arme vom Ortsbischof absolviert werden. Wenn das körperliche Hindernis bei einem Absolvierten ausgeräumt war, musste dieser seine Reise zum Apostolischen Stuhl allerdings nachholen, sonst trat die Exkommunikation erneut ein. Clemens III. (1187–1191) verfügte wenige Jahre später, 1189, dass nur noch Absolutionen für schwere Injurien vor dem Papst

604 Landau: Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs (1966), S. 59–62 und 98.

erbeten werden mussten, für minderschwere Injurien durfte der Ortsbischof die Absolution erteilen.

Für Geistliche bestanden andere Festlegungen. Jene, die in Gemeinschaft lebten, durften vom Bischof absolviert werden, wenn sie keiner schweren Injurie für schuldig befunden wurden. Wenn sich Mönche in einem Kloster untereinander beleidigten, war der Kloostervorsteher befugt, die Absolution auszusprechen. Wenn ein Mönch aber einen Weltgeistlichen oder einen Mönch aus einem anderen Kloster beleidigte, musste der Bischof absolvieren; die gleiche Regelung galt auch für Nonnen.⁶⁰⁵

Besonders schwer wog es, wenn eine geweihte Person sich durch eine falsche Anschuldigung versündigte. Lügen und falsches Zeugnis ablegen waren Todsünden, die nicht erst mit den vermehrten Disputen über die Zungensünden seit dem 12. Jahrhundert harte Strafen nach sich ziehen konnten. So wurden im fünften Buch der *Dekretalen Papst Gregors IX.* unter dem zweiten Titel «De calumniatoribus» ein Mahnschreiben Papst Gregors des Großen (590–604) an Anthemius, dem «subdiaconus Campaniae», vom 10. Juli 601⁶⁰⁶ und eine Dekretale von Papst Innozenz III. an die Bischöfe von Zamora, Segovia und Ávila vom 11. Mai 1207⁶⁰⁷ aufgenommen.⁶⁰⁸ Papst Gregor rügte in seinem Mahnschreiben den Subdiakon, weil er und andere Richter im Verleumdungsfall des Diakons Johannes nicht das rechte Strafmaß gefunden hätten. Hilarius, der Verleumder, müsse hart bestraft werden; er habe sich gegenüber einem Geweihten schuldig gemacht. Daher befahl Gregor, Hilarius von seinem Amt zu entsetzen, ihn öffentlich auspeitschen zu lassen und in die Verbannung zu schicken. In der Dekretale von Innozenz ist die Rede von einem «magister scholarum» aus dem spanischen Palencia. Er habe seinen Bischof angeklagt, jedoch die zur Last gelegten Anschuldigungen

605 München: Das kanonischen Gerichtsverfahren und Strafrecht, Bd. 2 (1866), S. 612, 618–621. Die Nachweise zum *Decretum Gratiani* und den *Dekretalen Papst Gregors IX.* bei Wegele: Zur Geschichte der falschen Anschuldigung (1892), S. 25–26.

606 Hartmann: Gregorii I. papae registrum epistolarum, Bd. 2 (1899), S. 327–328.

607 Hageneder, Othmar · Moore, John C. · Sommerlechner, Andrea, gemeinsam mit Egger, Christoph · Eigl, Herwig (Bearb.): Die Register Innocenz' III. 6. Pontifikatsjahr 1203/04: Texte und Indices. Wien 1995 (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturinstitut in Rom, 2. Abt., 1. Reihe, 6: Texte und Indices), Po. 3100.

608 Der Titel «De calumniatoribus» in: *Decretalium collectiones*, ed. Lipsiensis secunda post Aemilii Ludovici Richter curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanae fidem recognovit et adnotatione critica instruxit Aemilius Friedberg. Leipzig 1881 (Corpus Iuris Canonici, ND New Jersey 2000), Sp. 748–749.

nicht ausreichend beweisen können. Während der Bischof von den Straftaten freigesprochen wurde, sollte der Magister von seinem Amt und den damit verbundenen Benefizien solange entbunden werden, bis er sich glaubhaft von dem Verdacht gereinigt habe, eine wissentlich falsche Anklage vorgebracht zu haben. In diesen Rahmen gehört auch eine *Dekretale Papst Coelestins III.* (1191–1198). Er verbietet allen Klerikern, die ein falsches Zeugnis ablegten, in ihrem gegenwärtigen Weihegrad zu verbleiben oder in einen höheren aufzusteigen.⁶⁰⁹

Darüber hinaus enthielt das kirchliche Strafrecht im Rahmen der bischöflichen Sendgerichte noch eine Reihe von Ehrenstrafen, die aus einer eher sporadischen Überlieferung bekannt ist und die vermutlich auf die weltliche Gerichtsbarkeit vorbildhaft wirkte.⁶¹⁰

3.3 Geißelungen

Die Episode zu Papst Gregor berichtet mit dem ausgepeitschten Verleumder Hilarius von einer typischen, vor allem in den früheren Rechtstexten festgesetzten Strafe. Im kirchlichen Strafrecht dürfte das Auspeitschen (flagellare) durch die Übernahme der erwähnten Dekretale in *Gratians Decretum* für Verleumdungen bzw. für üble Nachrede zur gängigen Praxis geworden sein. Das legen auch die Strafen für das Schmähen während kultischer Handlungen oder innerhalb des Kirchenraumes nahe. Peitschenhiebe treten jedoch nicht als eine singuläre Strafform in Erscheinung, sondern in Verbindung mit der Verweisung oder gar der Amtsenthebung. Die Kombination aus körperlicher Züchtigung und dem anschließenden Ausstoß eines nun ehrlos gewordenen Delinquenten dürfte, abgesehen von der Exkommunikation, zu den härtesten Strafen zählen, die durch die Geistlichkeit selbst vollzogen worden sind. Für schlimmere Strafen an Leib und Leben übergaben geistliche Gerichte die Täter an die weltliche Judikative und Exekutive.

Eine ähnliche Position nahmen die Geißelungen in den profanen Rechtstexten ein. Im *Additamentum* zu den *Leges Visigothorum* werden zwischen 30 und 150 Peitschenhiebe für handgreifliche und verbale Injurien angedroht. Die Anzahl der Schläge richtete sich nach dem Schimpfwort und die damit un-

609 Jaffé, Philipp (Hg.): *Regesta Pontificum Romanorum ab condita ecclesia ad annum post Christum natum MCXCVIII*, tom. II. Ab anno MCXLIII ad annum MCXCVIII. Editionem secundam correctam et auctam auspiciis Gulielmi Wattenbach curaverunt Samuel Loewenfeld · Friedrich Kaltenbrunner · Paul Ewald. Leipzig 1888, n. 16617.

610 Ausführlich dazu den Abschnitt «Rügegerichte und Rügeverfahren», S. 302–309.

terstellte Beschuldigung. Genannt werden ausschließlich Worte, die charakteristisch für eine Tatsachenbeleidigung waren. Deshalb sollte die angedrohte Strafe auch nur dann vollzogen werden, wenn die Anschuldigung unrichtig war bzw. nicht ausreichend bewiesen werden konnte. Diese Bestimmungen bereiten allerdings einige Schwierigkeiten, da die Bedeutung der aufgezählten Worte bisher nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte. Genannt sind dort schimpfliche Worte für Personen mit körperlichen Gebrechen oder Einschränkungen im sozialen Bereich.⁶¹¹ Jedenfalls standen Begriffe wie «genebrosum», «cotrosus» oder «circumcisus» mit 150 Hieben höher im Kurs als handgreifliche Injurien, die mit 50 Hieben bestraft wurden. Mit der geringsten Anzahl von 30 Hieben bestrafte man eine Person, die eine andere «uugosus» schimpfte.⁶¹²

Im *Sächsischen Gottesfrieden* wird nach sozialen Kriterien unterschieden. Dort sollte ein Ritter (miles), falls er eine Person beleidigte, mit dem Stock (baculum) geschlagen werden. Falls es sich bei dem Täter um einen Bauern (rusticus) handelte, war eine Rute (scopa) für die Bestrafung zu nutzen.⁶¹³ Das Westgotenrecht kannte diese Unterscheidung noch nicht, zumindest lässt sich aus den benutzten Vokabeln nicht herleiten, welche Form der Geißel (flagellum) für die Ausführung der Strafe in Anschlag kam. Das Auspeitschen mit einer «Rute» blieb jedenfalls für das Injurienrecht erhalten, allerdings gefasst in eine andere Begrifflichkeit, nämlich in das «Stäupen». Dabei dürfte in den meisten Fällen der Delinquent am Pranger festgemacht worden sein, um ihn in der Öffentlichkeit durch eine festgesetzte Anzahl von Schlägen mit einer Rute zu bestrafen. Stockschläge sollen hingegen nicht öffentlich und nicht ent-

611 Brunner: Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 2 (²1928), S. 866–867.

612 «I. Si quis violentus homo contra hominem aliquis ad aliquem dixerit macrosum capite vel cervice, et ille non habuerit, cui dixerit, criminator extensus ante iudicem I flagella suscipiat. II. Si quis genebrosum vel cotrosus dixerit, et ille non habuerit, cui dixerit, dictor criminis extensus ante iudicem CL flagella suscipiat. III. Si quis uugosus dixerit, id est tauposus vel disturpatum, et ille non habuerit, dictor criminis extensus ante iudicem XXX flagella suscipiat. IV. Si quis circumcisus dixerit vel disturpatum, et ille non habuerit, dictor criminis extensus publice CL flagella suscipiat. V. Qui ponderosus dixerit, et ille non habuerit, dictor criminis extensus publice CL flagella suscipiat. VI. Qui sarracinator dixerit et non probaverit, dictor criminis extensus ante iudicem CL flagella suscipiat.» Zitiert nach Zeumer: Leges Visigothorum (1902), S. 462–463.

613 Kap. 10: «Qui convicia in alium dixerit, si miles, baculis multetur, si rusticus, scopis verberetur.» Zitiert nach Weinrich: Quellen zur deutschen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250 (1977), S. 150–151.



Abbildung 9

Auf der linken Seite des oberen Bildausschnittes aus einem *Speculum humanae salvationis* ist ein Höllenschlund zu sehen, der von fleißigen Teufeln mit sündigen Menschen angefüllt wird. Das rechte Bild zeigt Bestrafungen, die Menschen aufgrund bestimmter Taten erwarteten. Da es sich wohl um Spiegelstrafen handelt, dürfte die Person in der unteren linken Ecke wegen verbaler Delikte gepeinigt werden. Auf der linken Seite des unteren Bildes werden Menschen gestäup.

Papierhandschrift aus der Mitte des 14. Jahrhunderts

Forschungsbibliothek Gotha, Chart. A 777, fol. 43v–44r (zur Beschreibung der Handschrift siehe Rockar: *Abendländische Bilderhandschriften der Forschungsbibliothek Gotha* [1970], S. 44)

ehrend gewesen sein.⁶¹⁴ Demnach dürften den Rittern nach dem *Sächsischen Gottesfrieden* entehrende Strafen bei Beleidigungen erspart geblieben sein. Über die Bestrafung von vornehmeren Personen als den Rittern lässt der *Gottesfrieden* nichts verlauten. Man darf wohl zu Recht vermuten, dass sie von einer Bestrafung durch Geißelungen ausgenommen waren.

Das Stäupen kam in spätmittelalterlichen Stadtrechten oft als eine Strafform für Beleidigungen vor, zum Beispiel in Brünn oder in Wien; im *Wiener Stadtrecht* sollte es erst dann zur Anwendung kommen, wenn der Verurteilte nicht imstande war, seine Geldbuße zu zahlen.⁶¹⁵ In den ebenfalls sehr frühen *Stadtrechten* für *Hagenau*, *Hamburg* und *Schleswig* ist das Stäupen für nicht ehrbare Personen, sogenannte unehrliche Personen, vorgesehen. Ihnen drohte bei Beleidigung eines ehrbaren Menschen das Stäupen und anschließend ewige Verweisung aus der Stadt. In dieser Kombination wurde durch die Stadtrechte gleichfalls sichergestellt, dass die Verurteilten während des öffentlichen Auspeitschens jedermann in der Stadt bekannt wurden, so dass es ihnen nicht ohne weiteres möglich war, aus der ewigen Verbannung zurückzukehren.⁶¹⁶

Es fällt auf, ohne dass ein tatsächlicher Zusammenhang bestehen muss oder dieser hier überprüft werden könnte, dass die spätmittelalterlichen städtischen Bestimmungen zur Bestrafung der unehrlichen Personen und der zahlungsunfähigen Verurteilten mit den wesentlich älteren westgotischen *Leges* große Ähnlichkeiten aufweisen. Für die Beschimpfung eines Edlen und anderer freier Personen durch einen Sklaven waren dort ebenfalls Schläge vorgesehen; und die gleiche Strafe drohte einer freien Person, wenn sie das Wergeld für eine Beschimpfung nicht zahlen konnte.⁶¹⁷ Offensichtlich konnten einige Rechte das Auspeitschen als ein Strafmaß für Beleidigungen und zwar insbesondere in Verbindung mit schweren Strafen wie die Verweisung. Darüber hinaus trat das Auspeitschen über größere Zeiträume auch als Strafe im Rahmen sozialer strafrechtlicher Unterscheidungen auf und galt als eine sehr ehrenrührige Strafe, wie zum Beispiel die von Spalatin berichtete Geschichte über die Gefangensetzung des römischen Statthalters Petrus, der

614 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 123–124. – Schild: Alte Gerichtsbarkeit (1980), S. 208.

615 Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 390.

616 Die Textstellen und Nachweise ebenda, S. 411–412. Zur Funktion der Verbindung von Pranger und Verweisung siehe Bader-Weiß, Grete · Bader, Karl S.: Der Pranger. Ein Strafwerkzeug und Rechtswahrzeichen des Mittelalters. Freiburg im Breisgau 1935, S. 86.

617 Zeumer: *Leges Visigothorum* (1902), S. 462–463.

sich gegen die päpstliche Herrschaft in Rom und Mittelitalien empörte (siehe Abbildung 10, S. 256). Auf Befehl von Papst Johannes XIII. (965–972) wurde Petrus gefangengesetzt und erst freigelassen, als Kaiser Otto I. (* 912 † 973) 966 in Rom eintraf. Über die Bestrafung berichtet Spalatin folgendes:

Darnach lies der romische keyser Otto die ratssherren hencken, uber dieweil benandter pfleger zu Rom ein anheben war gewesen aller schimpfung und iniurien den frommen babst erzeugt. So lies der keyser in spöttlich durch die gassen führen und mit geisseln durchhauen. Darnach in ein grausam gefengnus legen und endlich zu den bürgermeistern in Germanien auch in das elend schicken. Platina meldet in seiner bebstlichen cronicken, das vielberurtter Peter, pfleger zu Rom, sey der bebstlichen heilig kirch geantwortet worden zu straffen, und man hab ihn erstlich den bart abgenommen und mit denn harn an den kopff des pferdes Constantion gebunden, und als er als eine meill zu einer furche alle thetter gestandenn, hab man ihn vom pferd genommen, auf ein esell gesezt, sein angesicht zuo dem hintern (mit ihren zuschreiben) des esels gekehret und seine hend unter des esels schwanz zusammen gebunden, und darnach hab man ihn durch die gantze statt Rom geführt und mit gertten schier zu tode gestrichen, und danach in Teuschland vorweist.⁶¹⁸

3.4 Verweisungen und Freiheitsstrafen

Die für das Kirchenrecht bereits angesprochenen Verweisungen wurden durch das profane Recht bei der Bestrafung von Injurien erst spät in Anspruch genommen; vor allem städtische Rechtstexte des 15. und 16. Jahrhunderts kennen sie als Strafe. Wie beim Auspeitschen handelte es sich auch bei den Verweisungen um besonders harte Strafen, die in verschiedenen Abstufungen auftreten konnten. Im *Dresdener Stadtrecht* wird die Strafhärte besonders deutlich, wenn dort als alternative Strafe die Hinrichtung aufgerufen wird. Ein Merten Sporer hatte den Bürgermeister der Stadt, Johannes Huffener, beschimpft, seine Worte aber widerrufen und versprochen, keine neuen Beleidigungen folgen zu lassen. Sollte er sich nicht daran halten, so lautete das Urteil, müsse Sporer mit der erwähnten Verweisung oder der Todesstrafe rechnen.⁶¹⁹

618 Spalatin: Chronik der Sachsen und Thüringer (ca. 1520), Bd. 2, fol. 154v (neue Seitenzählung). Forschungsbibliothek Gotha, Chart. A 190.

619 Urteil vom 5. November 1483: «Merten Sporer hatte Johannßen Huffener, burgermeister, uff dem marckte und in etzlichen birhußern mit abeczihinden, smelichen worten beredt und gescholden hindert wert [?], dorumbe en der gnante burgermeister von den dreyn rethen geschuldiget und er der wort doselbst vor



Abbildung 10

Die Gefangensetzung und Bestrafung des römischen Statthalters Petrus nach Georg Spalatins zweitem Teil der *Chronik der Sachsen und Thüringer*
 Forschungsbibliothek Gotha, Chart. A 190, fol. 154v (zur Handschriftenbeschreibung
 siehe Abbildung 6, S. 161)

Das *Dresdener Stadtrecht*⁶²⁰ und ebenfalls die Statuten etlicher thüringischer Städte verhängten die Stadtverweisung als Strafe nur dann, wenn der Magistrat beleidigt wurde. Dabei handelte es sich in der Regel nicht um ewige Verbannungen, sondern es lag im Ermessen des Gerichts, die Befristung festzulegen. So musste beispielsweise in Arnstadt der Delinquent «die stadt

den dreyn reten bekant und denselben burgermeister und die rete umbe gotis und Marienn, syner liben muter, willen gebeten hat, ym das zcu gute zcu wenden, und hat sich gancz in gnade der rete gegeben, was sie mit ym umbe die bruche schafften ader teten, das wolle er gancz gehorsam und gevolgig sin. Haben die rete die sache zcu sich genomen und bericht, das der gemelte Merten Sporer dem burgermeister obgnant der scheltwort gnugliche entsworung gethan und dorneben geredt und globet hat, solchs nymmermehr zcu thune und gewilliget, wenne er ymmer den vilgnanten burgermeister ader eyn andern burgermeister ader geswornen ratmann leßern ader schelden wurde, wil er syns halß vorfallen sin ader ewigk der stat emperen, wie das die rete irkennen und von ym haben wollen. Actum feria quarta post omnium sanctorum.» Zitiert nach Kübler · Oberste: Das vierte und fünfte Stadtbuch Dresdens (2008), Nr. 190.

- 620 Der zweite bekannte Fall ereignete sich mit Urteilspruch am 7. Dezember 1469: Stenzel Noldener musste wegen Beleidigung und Verleumdung des Bürgermeisters Johannes Francke Urfehde schwören. Im Wiederholungsfall sollte er für 30 Jahre aus der Stadt verbannt werden: «Stenczel Nuldener hatte Johanse Franken, dieczit burgermeister, in den birhusern mit unerlichir rede, mit unwarhit beredt und gescholden, dorumme er in straffunge des rats gesaczt und komen was, doruß in Jurge Bader, Hans Kanngisser, Stephan Ulrich, Mattis Weißgerber, Hans Boysem und Jurge Kirstan vor den rat zcu gestellen geburget und vor den rat gestalt haben, hat ym der rat doselbst mancherley brüche mitsampt dißem bruche vorgehalden und ym doch solche gunst getan, das er solchs gefenckniß halben eynen orfride sweren und ouch das er is furderhin in der stat gein ydermanne fridelichen halden sal. Derhalben der vorgnante Stenczel Nuldener eynen rechten orfride zcu den heiligen gesworn hat umme solch gefenckniß nymands und sunderlich an den personen, an den er gebrachen habe, mit rouchnung nymmermehr zcu gedencken durch sich selbs noch keynerley zzuschickunge. Und er hat sich furder doselbst vorm rate vorkort und vorwillet, ap er furderhin in der stat Dresden enncherley ungerichte, frevel ader gewalt an ymands uben ader die rathern in der gemeyne ader eynen alleyne in sunderheit obirgeben mit unerlichin Worten bereden ader schelden wurde, das er die stat Dresden 30 jar und jar und tag emperen und dy bie 30 mylen myden wil. Actum feria quinta post Nicolai episcopi.» Zitiert nach Kübler, Thomas · Oberste, Jörg: Die drei ältesten Stadtbücher Dresdens 1404–1476, bearbeitet von Jens Klingner · Robert Mund. Leipzig 2011 (Die Stadtbücher Dresdens und Altendresdens, 1), Nr. 422.

reumen jhar vnd tagk auf gnade noch gelegennhait der sachenn».⁶²¹ Im Vergleich mit anderen thüringischen Rechten dürfte es sich dabei um einen Zeitraum zwischen acht Monaten und fünf Jahren gehandelt haben.⁶²² Nach der *Freiburger Stadtrechtsreformation* von 1520 sollte eine unbestimmte Turmhaft nur bei besondern schweren Injurien verhängt werden, bei geringeren Vergehen galten die Bestimmungen des älteren Stadtrechts oder der Delinquent wurde zu Schadensersatzzahlungen verurteilt.⁶²³

Verweisungen treten im Injurienrecht oft in Verbindung mit kurzfristigen Freiheitsstrafen auf;⁶²⁴ es handelte sich hier um alternative Strafformen, wenn eine andere nicht eingelöst werden konnte, oder sie waren Bestandteil einer Taxordnung. In Ulm, Nordhausen und Dinkelsbühl gehörten Verweisungen und Gefängnisstrafen in ein abgestuftes System von Strafen, das sich an den Schimpfwörtern und den damit verbundenen Beschuldigungen orientierte. Für einfache Scheltwörter und Lügenschelte waren in Ulm acht Tage, für eine Diebesschelte zwei Wochen und für die unwahre Beschuldigung einer Person, dass sie ein Mörder sei, ein Monat Verbannung vorgesehen.⁶²⁵ In den

621 Zitiert nach Michelsen: *Rechtsdenkmale aus Thüringen* (1863), S. 74, Art. 132.

622 Köstlin: *Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte* (1855), S. 417 und 423.

623 «Einer möchte ouch so hoch vnd freuele wort dem andern zureden, er würd mit dem thurn oder einem höhern freuel dann bißhar gestrafft [...]» Nüwe Stattrechten und Statuten der loblichen Statt Fryburg (1520), fol. 93v.

624 In Weesen (Schweiz) und in St. Gallen konnte auch die Aberkennung des Land- bzw. des Bürgerrechts an die Verweisung gekoppelt sein. Siehe Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 141.

625 «129. Wer ouch ainen bediubet und ain diub haisset, der sol und müz vierzeh tag von der stat sin. – 130. Wer ouch den andern schiltet, der sol und müz acht tag von der stat sin, der ain gesessner burger hie ze Ulme ist. – 131. Es hant ouch die burger gesetzt, wer den andern liegen haisset, daz sich der rat erkennet oder die ainunger erkennet, daz ez frevelich geschen ist, der sol und muoz acht tag von der stat sin. [...] 133. Die burger sint me ze rat worden: wer ainen haisset ainen morder und der daz [niht] beweren mag mit erbern luten, der sol und müz ainen manot von der stat sin.» Zitiert nach Mollwo, Carl (Hg.): *Das Rote Buch der Stadt Ulm*. Stuttgart 1905 (Württembergische Geschichtsquellen, 8), S. 74. Das *Rote Buch* folgte offensichtlich nicht dem älteren *Ulmer Stadtrecht* von 1296, in dem insbesondere häretische Vorwürfe thematisiert wurden, so in Art. 5: »Quicumque eciam cives inter se rixam habuerint alter alteri maledicendo vel vittuperando vel offendendo sine volnere penam incurrit decem librarum, imo si per aliqua verba indignanter et in furia insurrexerint alter[i] desiderans alterum offendere et si de hoc fuerint refrenati et inpediti rei facti sunt penam incurrere decem librarum.» Zitiert nach Jäger, Carl: *Ulms Verfassungs-, bürgerliches*

Nordhäuser Statuten von 1300 bis 1456 wird die einfache Beschimpfung «mit bosen worten» durch eine vierzehntägige Gefängnisstrafe sanktioniert. Wenn hingegen eine Person eine andere «vorebeliche [vorsätzlich] an sine ere sprichet in sine keinwerdigkeit», musste sie, falls sie die Beschuldigungen nicht beweisen konnte, mit einem Strafgeld von einer Mark und einer achtwöchigen Verweisung aus der Stadt rechnen.⁶²⁶ Ebenso sah der *Rechts- und Freiheitsbrief Kaiser Maximilians für Dinkelsbühl* von 1494 sah vor, dass eine Person, die eine andere falsch des Diebstahls oder des Mordes beschuldigt hatte, ein halbes Jahr verbannt wird; dem Opfer und dem Gericht standen zudem vier Pfund Heller, dem Amtmann eine gewisse Summe nach seinem Recht zu.⁶²⁷

Nach dem *Hamburger Stadtrecht* drohten bei einer Beleidigung vier Wochen Gefängnis bei Wasser und Brot. Ein späterer Zusatz ergänzt, dass der Täter bis zur Zahlung der geforderten Geldsumme die Stadt verlassen musste.⁶²⁸ Mit dieser Regel sollte sichergestellt werden, dass Geldbußen tatsächlich bezahlt wurden bzw. dass ärmere Personen sich nicht der Strafe entziehen konnten. Diese für das späte Mittelalter übliche strafrechtliche Praxis schloss aber keineswegs die oft praktizierte Möglichkeit aus, sich von bestimmten Strafen «loszukaufen». Dementsprechend war die alternative Bestrafung durch Verbannung oder auch eine befristete Gefängnisstrafe die folgerichtige Konsequenz aus der Forderung, jede Person im Injurienrecht nach ihrem Ansehen zu richten.⁶²⁹ Für diese Praxis kannte das Recht den Spruch: «Armut schützt vor Strafe nicht».

und commerciales Leben im Mittelalter. Meist nach handschriftlichen Quellen samt Urkundenbuch. Stuttgart · Heilbronn 1831, S. 730.

626 Zitiert nach Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 181–182.

627 Wegele: Zur Geschichte der falschen Anschuldigung (1892), S. 29. Ganz ähnlich lauten die *Statuten der Stadt Halle an der Saale* aus dem frühen 14. Jahrhundert: «*De oblocutione detractoria*. Sie wilkorn ouch. Wenn afftersprache vnd hinderrede habin gemacht grosen schaden vnd czweitracht der Stat. Wo man boben eynen qweme, der eyn lögener vnd eyn menger were, czu czweitracht der burgere vnd der Stat, bekente er des, wen er geschuldiget würde, er solde funff marg gebin, vnd eyn Jar auß der Stat seyn addir ynne sitzen.» Zitiert nach Förstemann: Die alten Statuten der Stadt Halle (1834), S. 70.

628 Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 371–372. Folgende Rechte überließen die Sanktionen ebenfalls dem eigenen Ermessen des Gerichts: von Lübeck, Goslar, Ilmenau, Königsee, Nordhausen, Halle, Memmingen, Diessenhofen, Ulm, Wien, Speyer, Bamberg, Hagenau, Arnstadt, Schwyz, Obwalden und Zürich. Ebenda, S. 402.

629 Falls die Geldzahlungen durch den Delinquenten nicht aufgebracht werden konnten, drohten nicht nur Gefängnishaft und Verweisung, sondern auch Lei-

3.5 Verweisungen und andere Strafen für Kinder und Jugendliche

In den *Frankenhauser Statuten* ist ein Strafartikel überliefert, der sich sonst in keinem bekannten Injurienrecht dieser Zeit nachweisen lässt und dessen praktische Anwendung zweifelhaft erscheint. Dort heißt es nämlich, dass Kinder, die ein Alter von über sieben Jahren erreicht und die ihre Eltern geschmäht hätten, gefangengenommen und etliche Jahre aus der Stadt verwiesen werden sollten. Den Eltern stand es zudem frei, das delinquente Kind zu enterben.⁶³⁰ Hier wurde ein konkreter Fall des häuslichen Züchtigungsrechtes des Vaters bzw. des Vormundes in das städtische Recht übernommen. Um den Hausfrieden zu wahren, lag es im Ermessen des Hausherrn, entsprechende Maßregeln zu verhängen und durchzusetzen.⁶³¹ Dazu gehörte auch das Verstoßen eines Kindes. Jedoch verzichtete das verstoßene Kind damit nicht auf sein Erbe und es durfte ihm auch nicht ohne weiteres verweigert werden. In diese Lücke greift das *Frankenhauser Stadtrecht*, wenn es zudem bestimmt, dass die Eltern das delinquente Kind enterben können.

Aber nicht das Strafmaß an sich ruft Zweifel hervor, sondern die Altersgrenze des Kindes. Zwar erlangten Kinder in einem Alter von sieben Jahren die eingeschränkte Mündigkeit, so dass sie zum Beispiel nach kirchlichem Recht in ein Eheversprechen einwilligen durften, ohne die Ehe rechts-

bes- und Ehrenstrafen. Ebenda, S. 371–372. – Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 95–96.

630 Art. 14: «Wan ein kindt seine eltern schlecht oder schmegett. Ein kindt, daß vber sieben jare ist, wo eß seine elternn schlecht, schmegett oder dennselbigenn fluchdt, der soll gefennlich einnggezogen werden vndt eine zeitlangk, alß drey, vier, funnff oder mehr jhar, auß der stadt vorweist werden. Darruber stehedts denn elternn frey, solch kinnde zu beerbenn.» Zitiert nach Walch: Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht, Bd. 1 (1771), S. 337.

631 Zu Kinder- und Jugendstrafen im Überblick siehe Holzschuh, Karl: Geschichte des Jugendstrafrechts bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung, unveröffentl. Diss. Mainz 1957; Schmieder, Christiane: Kinderdelinquenz vor dem Familiengericht. Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven. Münster 2011, S. 49–51 sowie die Abschnitte «Die Berücksichtigung der ständischen Differenz und autoritätsabhängiger Beziehungen» (S. 85–96) und «Stiefmütterliche Willkür, Vergewaltigung und «weibisches Geschwätz»» (S. 154–170).

kräftig vollziehen zu können.⁶³² Mit der eingeschränkten Mündigkeit ist allerdings noch nicht die Straffähigkeit von Kindern dieses Alters berührt.

Die praktische Umsetzung des Frankenhäuser Artikels dürfte jedenfalls den gleichen Zweifeln unterzogen werden können wie die Umsetzung der Strafen für Kinder in Köln und Passau: In der Stadt am Rhein drohte ein halbes Jahr Turmhaft bei Wasser und Brot, in der Stadt an der Donau sollte die Beleidigung mit dem Herausstrennen der Zunge gesühnt werden.⁶³³ Das Schlagen mit Ruten dürfte hingegen eine verbreitete Strafe für injurierende Kinder gewesen sein;⁶³⁴ das Gleiche trifft auf die für Langwies in der Schweiz überlieferte Geldbuße oder die Verminderung der Erwachsenenstrafe für Kinder zu.⁶³⁵

Aus dem Zürich des 16. Jahrhunderts erfahren wir aus mehreren Urteilen, welches Strafmaß Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Altersstufen drohen konnte. Waren Jugendliche über 16 Jahre, wurden leichte Verbalinjurien (Beschimpfungen und Schmähreden) in der Regel mit einer Geldbuße bestraft. Bei Vergehen gegen angesehene Persönlichkeiten oder den Jugendlichen nahe stehenden Personen konnten je nach Geschlecht Ehrenstrafen verhängt werden. Von einem Mädchen namens Dorothea Schmid heißt es für das Jahr 1587, dass es wegen Schmähreden gegen ihre Großmutter eine Stunde am Pranger (Halseisen) stehen musste. Härter war

632 Spieß, Karl-Heinz: Familie und Verwandtschaft im deutschen Hochadel des späten Mittelalters. 13. bis Anfang des 16. Jahrhunderts. Stuttgart 1993 (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, 111), S. 414–420.

Über die unterschiedlichen Festlegungen des Mündigkeitsalters mit zahlreichen Quellenbelegen siehe Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 176–178.

633 His: Das Strafrecht im deutschen Mittelalter, Bd. 2 (1935), S. 123. Zu diesen harten Strafen für Kinder siehe auch die Abschnitte «Verweisungen und andere Strafen für Kinder und Jugendliche», S. 260–262.

634 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 124: «Die körperliche Züchtigung in all ihren Varianten war auch bei Kindern und Jugendlichen die am häufigsten angewandte Strafe und wurde meist anstelle von Todes-, Verstümmelungs-, Ehren- und Geldstrafen verhängt. Wie der Vollzug der milderen, gegen Jugendliche gebrauchten Variante vor sich ging, schildert sehr plastisch die *Blutgerichtsordnung aus Zürich*, 15. Jahrhundert: «Von Routen usschlachen [...] ist von dem genannten N. nach gnaden in ansehung siner jugent also gericht, das er dem nachrichter befolchen werden, der im sine kleider bis uff sin weiche ussziehen, sine hend binden, und im demnach von dem fischmerkt die strass hinuss mit routen für das tor in inderdorff schlachen [...]». Siehe Zürcher, Meret: Die Behandlung jugendlicher Delinquenten im alten Zürich (1400–1798). Diss. Zürich 1960, S. 55.

635 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 167 und 176–178.

die Strafe für Symon Nötzli, der sich 1540 gegen den Pfarrer von Höngg vergangen hatte; er hatte eine fünftägige Haftstrafe im «Wellenberg» anzutreten.⁶³⁶

Verleumdungen außerhalb oder vor einem Gericht (falsche Anschuldigungen) durch Jugendliche zogen härtere Strafen nach sich. So wurde eine Jugendliche, die im Jahr 1591 einen Geistlichen verleumdet hatte, eine halbe Stunde an den Pranger (Halseisen) gestellt und anschließend aus der Stadt verwiesen. Diese Strafe ist auch für männliche Delinquenten belegt; sie konnten überdies ehr- und wehrlos gesprochen werden. Geldbußen bildeten Ausnahmen: Ein Jugendlicher, der behauptete, bei einem Mädchen gelegen zu haben, wurde mit einer Geldbuße von 50 Pfund inklusive einer schriftlichen und besiegelten Abbitte bei dem geschädigten Mädchen bestraft. Aus Zürich haben wir auch Belege dafür, dass Kinder unter 16 Jahren, die andere verleumdet hatten, aus der Stadt verwiesen wurden. Kam noch ein Kapitelverbrechen als Tatbestand hinzu, wie bei einer Zehnjährigen, die eine Scheune angezündet hatte und dies einer Frau anhängen wollte, verhängte das Gericht die Todesstrafe: Das Mädchen wurde 1540 ertränkt.⁶³⁷

3.6 Prangerstrafen

Mit dem Pranger wird in der Reihe der Strafinstrumente ein Gegenstand genannt, der mit Sicherheit im späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit der wichtigste Ausgangspunkt für den Vollzug von Strafen im Injurienrecht war. Paradoxerweise lässt sich diese Behauptung nicht anhand der untersuchten Quellen beweisen, sondern nur nahelegen. Das Widerrufen von Beleidigungen und falschen Anschuldigungen, das Stäupen, das Verbannen, das Tragen von Lastersteinen oder auch das Einsitzen in einem sogenannten Narrenhäuschen stand in direkter Verbindung mit dem Pranger als eine feste, bekannte und zentrale Stätte für die Ausübung von Strafen. Der Pranger als Ort der Bestrafung wird daher selten in den Rechtstexten genannt; des Öfteren findet er Erwähnung, wenn die Strafe lautete, eine bestimmte Zeit festgemacht am Pranger zu stehen.

Pranger konnten in den Rechtstexten verschieden bezeichnet werden, als «Pranger», «Halseisen», «Kaak» oder auch als «Lasterstein», vermutlich weil der Lasterstein am Pranger aufbewahrt wurde.⁶³⁸ In der Regel fand der

636 Zürcher: Die Behandlung jugendlicher Delinquenten im alten Zürich (1960), S. 147–148.

637 Ebenda, S. 148–150.

638 Bader-Weiß · Bader: Der Pranger (1935), S. 83 und 89.

Strafvollzug zu Marktzeiten, Sonn- oder Feiertagen statt, um eine größtmögliche Menschenmenge versammeln zu können. Die Delinquenten hatten ein bis zwei Stunden am Pranger zu stehen, manchmal auch über Tage hinweg zu festgelegten Zeiten.⁶³⁹ Bisher gibt es keine systematischen Zusammenstellungen für Prangerstrafen innerhalb des Injurienstrafrechts, sondern nur Sammlungen sporadischer Befunde, die kurz genannt sein sollen: Prangerstrafen für durch Männer begangene Beleidigungen sind bekannt für die österreichischen Orte Wien (1221), Grafenwörth (1433), Markersdorf (1490), Melk (15. Jahrhundert), Pürgg in der Steiermark (16. Jahrhundert) und Millstatt (16./17. Jahrhundert). In Lübeck (1294), Lebamünde in Pommern (1362), Breslau (1477) und Celle (16./17. Jahrhundert) wurden Personen an den Pranger gestellt, wenn sie andere falsch beschuldigt hatten.⁶⁴⁰

In mährischen Rechtstexten werden Prangerstrafen im Zusammenhang mit Beleidigungen von Amtspersonen erwähnt. Aus Kremnitz (Kremnica) und Preßburg (Bratislava) ist für die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts überliefert, dass Schmähreden wider städtische Richter oder Bürger mit dem Pranger bestraft wurden, an dem die Verurteilten drei Tage stehen mussten.⁶⁴¹ Unter anderem sollen Kläger mit der Zunge an den Pranger genagelt worden sein, wenn sie Richter eines unrechtmäßigen Urteils bezichtigt hatten, ohne es beweisen zu können (Urteilsschelte).

3.7 Verstümmlungen

Es ist angezweifelt worden, dass solcherart Strafen tatsächlich zur Anwendung kamen. Besonders die sogenannten «Spiegelnden Strafen» standen dabei auf dem Prüfstand. Bei Injurienstrafen hieße das also, die Zungen und Lippen herauszureißen oder abzuschneiden, da sie jene Organe sind, mit denen die Straftaten begangen wurden. Vermutet wird, dass diese Strafen eher der Abschreckung dienten.⁶⁴²

639 Ebenda, S. 136–139.

640 Ebenda, S. 122–123.

641 Horna, Richard: Der Pranger in der Tschechoslowakei, hg. von Hermann Baltl. Graz 1965 (1941 erstmals auf Tschechisch in Prag erschienen, Grazer rechts- und staatswissenschaftliche Studien, 16), S. 14 und 20. Weitere Beispiele bei Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 415–424.

642 Zum Forschungsstand siehe Lindorfer: Bestraftes Sprechen (2009), S. 163–169.



Abbildung 11

Ein an den Pranger gebundener Mann wird mit einem heißen Eisen gebrandmarkt, um ihn als ehrlose Person zu kennzeichnen. Illustration aus der *Chronik der Preußen* des Stanislaus Bornbach (* 1530 † 1597)

Papierhandschrift von 1553

Forschungsbibliothek Gotha der Universität Erfurt, Chart. A 819, fol. 112r

(zur Beschreibung der Handschrift siehe Rockar: *Abendländische Bilderhandschriften* der Forschungsbibliothek Gotha [1970], S. 45)

Der übergroße Teil der Rechtstexte bringt diese Strafen gar nicht erst in Anschlag, nur einzelne Belege lassen sich anführen: So ist zum Beispiel aus dem Schottischen für das 9. Jahrhundert bekannt, dass Blasphemie und verbale Beleidigungen des Königs oder anderer edler Herren mit dem Abschneiden der Zunge bestraft werden sollten. Über den Vollzug gibt es hingegen keine Nachrichten.⁶⁴³ In Interlaken drohte bei vorsätzlicher Ehrverletzung der Handverlust⁶⁴⁴ und das *Wiener Stadtrecht* sah für Meineid (*falsum testimonium*) ebenfalls das Abschneiden der Zunge vor: Wem es möglich war, konnte sich mit zehn Pfund von dieser Strafe loskaufen.⁶⁴⁵ In Wien hatte man sich also bereits auf eine Alternative verständigt, um die Verstümmlung aussetzen zu können. Das heißt allerdings auch, dass im Eventualfall der Vollzug der Körperstrafe nicht zur Disposition stand. Eine abschreckende Strafe, die nicht zur Anwendung kam, stellte die Exekutive infrage. Sicher sind Zweifel am Vollzug durchaus berechtigt, allerdings können diese «Zungenstrafen» nicht ins Reich der Legenden gedrängt werden. Natürlich standen den Menschen durch biblische Erzählungen und deren bildliche Umsetzungen erbarmungslose Strafen in Fegefeuer und Hölle vor Augen. Doch war nicht zu überprüfen, ob diese Strafen tatsächlich die sündigen Verstorbenen im Jenseits treffen würden; sie konnten demnach auch nicht in Abrede gestellt werden, zumal sie teilweise in der Heiligen Schrift verbürgt sind⁶⁴⁶ und Zweifler sich der Blasphemie verdächtig machten. Die irdischen Strafen mussten hingegen einer sichtbaren Prüfung standhalten. Aus Augsburg weiß man jedenfalls aus chronikalischer Überlieferung, dass der Zunftmeister der Bäcker 1472 an den Pranger gestellt und ihm dort die Zunge gestutzt wurde, weil er den Magistrat der Stadt beleidigt hatte.⁶⁴⁷ Das Gleiche musste Gerhard Sallis 1416 in Luzern

643 Molien, Auguste: *Blasphème et Blasphémateurs*, in: *Dictionnaire de droit canonique*, contenant tous les termes du droit canonique avec un sommaire l'histoire et des institutions et de l'état actuel de la discipline, hg. von Raoul Naz, Bd. 2. Paris 1937, S. 913: «Qui Dei nomen, divorumve, regis, aut tribus suae ducis, blasphemia laeserit: ei linguam abscondito [...]» Siehe auch Lindorfer: *Bestraftes Sprechen*, S. 149.

644 Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 126.

645 Art. 14: «Si quis convictus fuerit cum VII viris honestis et credibilibus, quod falsum testimonium perhibuerit, abscondatur ei lingua, vel redimat eam X talentis, et quem falsitate sua dampnificavit, illi dampnum suum emendet.» Zitiert nach Csendes: *Die Rechtsquellen der Stadt Wien* (1986), S. 35.

646 Zu den biblischen Textpassagen, in denen von Zungenstrafen berichtet wird, siehe Lindorfer: *Bestraftes Sprechen* (2009), S. 171–176.

647 Bader-Weiß · Bader: *Der Pranger* (1935), S. 122. Zu verbalen Ehrverletzungen im *Augsburger Stadtrecht* siehe Schorer, Reinhold: *Die Strafgerichtsbarkeit der*

wegen «böser rede» erdulden und in Basel stach man einem Knecht wegen «snöder rede» die Augen aus und verbannte ihn für ewig aus der Stadt.⁶⁴⁸

3.8 Narrenhäuschen

Mit dem Pranger waren Narrenhäuschen und Laftersteine als Instrumente der Ehrenstrafen eng verbunden, gelegentlich werden beide Strafinstrumente auch Pranger genannt.⁶⁴⁹ Narrenhäuschen, die spätestens für das 15. Jahrhundert in deutschen Städten nachweisbar sind, sahen Käfigen ähnlich, die gelegentlich auch gedreht werden konnten⁶⁵⁰ und an öffentlichen Plätzen aufgestellt waren.⁶⁵¹ Zum Teil hatte der städtische Rat die Narrenhäuschen in andere öffentliche Gebäude integriert. Der Lübecker Finkenbauer (Kaak) aus dem 15. Jahrhundert, der in seiner ursprünglichen baulichen Gestalt nicht mehr erhalten, sondern neu aufgebaut worden ist, bietet ein bekanntes Beispiel. Er befand sich mitten auf dem Markt über dem Butterhaus, so dass die zur Schelte ausgestellte Person von allen Seiten gut sichtbar, aber von Schaulustigen und Spöttern nicht greifbar war. Der ursprüngliche Fin-

Reichsstadt Augsburg 1156–1548. Köln · Weimar · Wien 2001 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas, 3), S. 79.

648 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 127.

649 Zum Beispiel der Oschatzer Narrenkäfig, der in der Forschung auch «Käfig-pranger» genannt wird. Er ist so konstruiert, dass Mann oder Frau nicht aufrecht darin stehen, sondern nur in zusammengekauerter Haltung dort einsitzen konnten. Siehe Frölich, Karl: Denkmäler mittelalterlicher Rechtspflege in Ost- und Mitteldeutschland. Gießen 1946 (Arbeiten zur rechtlichen Volkskunde, 5), Tafel IV, Abb. 12. In Freiburg (Breisgau) wurde ein für 1276 erstmals nachweisbarer Käfig, der mittels eines Balkens ins Wasser abgesenkt werden konnte, um so die im Käfig gefangenen Delinquenten untertauchen zu können, als «schupfin» bezeichnet. Im 15. Jahrhundert wurde das Wort «schupfin» dann aber für die Bezeichnung des städtischen Prangers verwendet. Die Schupfe kam auch als Strafinstrument bei Injurien zum Einsatz. Süß: Hochgericht und Lafterstein (1980), S. 51–52.

650 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 137 (hier als «Trülle» bezeichnet).

651 Frölich, Karl: Stätten mittelalterlicher Rechtspflege im niederdeutschen Bereich. Gießen 1946 (Arbeiten zur rechtlichen Volkskunde, 4), S. 45: «An Überreste derartiger Räumlichkeiten [Narrenhäusel, Betzekammerchen, Hundeloch etc.] ist gewiß öfters zu denken, wenn an oder in Rathhäusern eingemauerte Skulpturen in Gestalt eines Narrenkopfes und dergleichen auftauchen, wie es zum Beispiel in Goslar zu beobachten ist.»

kenbauer hatte die Funktion eines Prangers und Narrenhäuschens, jedoch ist über sein Aussehen heute nur noch wenig bekannt.⁶⁵²

Trinker, Diebe, Nachtschwärmer und Ehebrecher saßen für eine bestimmte Zeit in Narrenhäuschen ein. Allerdings sind auch für diese Strafe kaum Belege zum Injurienrecht greifbar. Die volkskundlichen Studien, die sich mit den mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Strafinstrumenten auseinandersetzen, werteten in der Regel die Urteilsprüche diverser Gerichte nicht systematisch aus, um den Instrumenten die jeweiligen zu strafenden Tatbestände zuzuordnen. In den oft sehr fleißig zusammengetragenen Arbeiten standen Fragen nach Herkunft, zum Vorkommen und zur unterschiedlichen Beschaffenheit der Strafinstrumente im Vordergrund. Für die Nutzung des Narrenhäuschens im Injurienrecht können daher nur zwei Fälle aus Dresden angeführt werden: 1477 sperrte der Stadtrat zwei Frauen im sogenannten «Narregätterchen» ein, weil sie untereinander zankten.⁶⁵³ Wenige Jahre später drohte der Richter wiederum zwei zänkischen Frauen, die vom Gericht gütlich vertragen worden waren, dass sie, sofern sie ihren Streit weiterführen, in die «Narrenkammer» eingesperrt würden.⁶⁵⁴ Natürlich sind diese Beispiele

652 So wie in Lübeck befindet sich auch in Obermarsberg ein erhöhter, käfigähnlicher Pranger, der die Funktion eines Narrenhäuschens übernehmen konnte; eine Abbildung des Prangers auf dem Umschlagbild ebenda.

653 Bader-Weiß · Bader: Der Pranger (1935), S. 91. Möglicherweise handelt es sich bei dem Rechtspruch aus dem österreichischen Schatterlee von 1489 um ein Narrenhäuschen. Das Gericht hatte einen Mann dazu verurteilt, seine schmähende Frau selbst zu züchtigen: «Wär aber, das sie ir man nicht straffn wollt umb di schuld, so schol sei der richter nehmen und scholl die legn in ein kaßn und scholl fur sei slahn zwai sloss, damit di fraw wol behüet sei. Auch scholl der richter irm mann den ain schlussl gebn und er scholl den andern habm; und scholl sein in dem kaßten untzt als lang das di gesworen kunnen erkennen, das si umb die schuld gepessert wird.» Zitiert nach Künßberg: Über die Strafe des Steintragens (1907), S. 55–56.

654 Spruch vom 10. Juli 1492: «Die tugentsamen eliche frawen Matis Nabels und Georgen Ditterichs seindt etlicher wortzcusage irrigk gewest, dorumb Matis Nabel rechtlich wider Georgen Ditterichs weib vor gericht gestanden, sindt uff hute dinstags noch Kiliani diser und anderer sachen mechtig zcu entscheyden uff ein rat gangen, sie geschiden also, das sie vor allen dingen gute frunde sollen sein, und sollen forder yn einigkeit und fruntschaft leben. Wue aberdt eine gegen der andern mit worten ader wergekenn wurde heimlich ader offnbar solchen fruntlichen schidt uberfarn, die sal yn straff und gehorsam des rats gnommen werden, yn die narrenkammer gesatzt, dorzcu ein schogk gemeiner stat bawe zcu straff one vormynnerung geben und reichen, des sie zcu tun haben

nicht repräsentativ und es ist nicht ausgemacht, dass bei Beleidigungsdelikten nur Frauen in ein Narrenhäuschen eingesperrt wurden. Um hierfür sichere Aussagen treffen zu können, muss die Befundlage künftig noch erheblich erweitert werden.

3.9 Steintragen

Für das Tragen von Lastersteinen lassen die bisherigen Forschungsergebnisse ein substantielleres Votum zu. Hier steht eine größere Menge an Belegen zur Verfügung, die vermuten lässt, dass es sich um eine typische Strafe für Frauen handelte. Die Bezeichnungen für Lastersteine waren sehr vielfältig: «Gewichtsstein», «Marktstein» oder «Klapperstein». Im thüringischen Schleiz und in Zerbst wurde er «Krötenstein» genannt. Dieser Begriff leitet sich von «kreten» her, der «zanken» oder «streiten» meinte. In Sachsen konnte der Lasterstein nach seiner Form die «steinerne Flasche» heißen oder auch «Büttelflasche» (in Bautzen, Leipzig, Dresden); in Neustadt an der Orla trug er die Bezeichnung «Stockstein». Ein weiterer Name für den Lasterstein in Österreich war «Bagstein». Dieser Begriff ist auf das Wort «bagen» zurückzuführen, das so viel wie «zanken», «streiten» oder «hadern» heißt und auf die Vergehen hinweist, die mit dem Tragen bestraft werden sollten. In österreichischen Weistümern, die vom Bagstein berichten, wird deutlich unterschieden zwischen Schmähungen mit «verbotenen» Worten und Schmähungen, die Treue und Ehre angreifen. Bei letzterem Delikt sollte anstelle des Bagsteintragens eine Körperstrafe treten oder zu einer Körperstrafe das Bagsteintragen hinzukommen.⁶⁵⁵

Die Steine waren vielfach mit entsprechenden Bildern oder Sprüchen bemalt. Im Museum Grünberg (Zielona Góra, Niederschlesien) soll sich 1938 ein Stein mit einem Frauenrelief befunden haben, der fünfzehn Kilogramm wog.⁶⁵⁶ Dies passt zu den Befunden, wonach Lastersteine von bäuerlichen Ehefrauen, hausbesitzenden Frauen, ihren Töchtern, Mägden und Bürgerinnen gleichermaßen getragen wurden.⁶⁵⁷ Es gibt allerdings Hinweise für die Anwendung dieser Strafe auch bei Männern. In der *Zimmerschen*

bewilligt und angenommen.» Zitiert nach Kübler · Oberste: Das vierte und fünfte Stadtbuch Dresdens (2008), Nr. 496.

655 Künßberg: Über die Strafe des Steintragens (1907), S. 6–9, 13, 19–20.

656 Funk, Wilhelm: Deutsche Rechtsdenkmäler mit besonderer Berücksichtigung Frankens. Erlangen 1938, S. 96–98.

657 Künßberg: Über die Strafe des Steintragens (1907), S. 16–17. Weiter Belege spezifisch weiblicher Strafen nennen Grimm: Deutsche Rechtsalterthümer, Bd. 1

Chronik aus der Mitte des 16. Jahrhunderts wird von einer unerlaubten Liebschaft zwischen einem Geistlichen und einer Frau erzählt: Beide mussten zur Strafe Lastersteine durch den Ort tragen;⁶⁵⁸ und im ehemaligen Stadtmuseum Laucha an der Unstrut befand sich ein Paar Lastersteine in Form eines männlichen und eines weiblichen Kopfes. Dies könnte darauf hinweisen, dass die Steine geschlechterspezifisch Verwendung fanden.

Nach Günter Haberer werde im Lasterstein der Tod durch Steinigung angedeutet.⁶⁵⁹ Eine andere Erklärung für den Ursprung der Strafe gab Eberhard von Künßberg, der unter dem Steintragen eine typische Frauenstrafe und ein «Symbol weiblicher Arbeit» verstand:

Diese Strafe hatte ihren Ursprung in der Verknechtung, bzw. Strafarbeit zahlungsunfähiger Übeltäterinnen. Die Zahlungsunfähigkeit lag aber nicht nur dann vor, wenn die Frau arm war, sondern auch dann, wenn ihr Geschlechtsvormund für sie nicht zahlen wollte; der Hauptgrund für das Fortbestehen dieser Ehrenstrafe war also die geminderte Vermögensfähigkeit der bevormundeten Frau.⁶⁶⁰

Die Angebote Haberers und Künßbergs zur Symbolik der Strafe sind mit mittelalterlichen Quellenbelegen nicht zu erhärten. Die oben genannte Semantik einiger Bezeichnungen des Lastersteins deutet eher darauf hin, dass mit dem Lastersteintragen die Strafe für zänkisches Geschwätz und für Schmähungen verbunden wurde. Die Abbildungen auf den Steinen und die meisten schriftlichen Quellen legen nahe, dass mit dem Steintragen insbesondere das Schimpfen der Frauen bestraft werden sollte, die sich auf einer festgelegten Strecke mit dem Stein durch den Ort bewegen und dabei den Hohn der Anwesenden erdulden mussten. Damit gehört diese Strafe zu jenen Formen, die überwiegend für ein Geschlecht bestimmt waren.

(1899), S. 720–722, und Köstlin: *Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte* (1855), S. 429–435.

658 Herrmann, Paul (Hg.): *Zimmersche Chronik*. Urkundlich berichtet von Graf Froben Christof von Zimmern und seinem Schreiber Johannes Müller. Nach der von Karl Barack besorgten 2. Ausg. neu hg. Meersburg · Leipzig 1932, S. 553–554.

659 Haberer, Günter: Art. Schandstrafen, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 1353–1355, Sp. 1354.

660 Künßberg: *Über die Strafe des Steintragens* (1907), S. 15, Anm. 1. Zu weiteren Erklärungsmodellen für Herkunft und Symbolkraft des Steintragens: ebenda, S. 35–48.

Künßberg schildert, wie während des Strafvollzugs das Anhängen und Abnehmen des Lastersteins durch den Gerichtsbüttel mit Gebühren versehen waren und dass schaulustigen Jugendlichen, die am Wegrand der Verurteilten Schmach zufügen sollten, Wein auf Kosten der Verurteilten gereicht wurde. Es bestand auch die Möglichkeit, sich Pausen beim Tragen des Steins zu erkaufen oder sich ganz vom Tragen durch eine Geldzahlung auszulösen.⁶⁶¹ Über den Vorgang des Lastersteintragens in einer Verordnung Johanns von Schaumberg und des Burgebracher Rates von 1497 heißt es:

Welche frau oder maid die ander mit groben frevlichen heftigen unnützen worten überladet oder die andere raffet oder schläge, [...] dieselbe soll ohne verzug tragen den zentner stein, der da hanget am torhaus vor der kirchen, von derselben stätt hinab unten in das dorf, um die linden und wieder herauf an das obertor und wieder herab.⁶⁶²

3.10 Strafen für Frauen

Für einige Strafen im Injurienrecht sind ähnliche geschlechtspezifische Einschränkungen wie für das Steintragen bekannt. Sieht man von dem schmalen Befund für das Narrenhäuschen einmal ab, dann gehörten zu diesen für Frauen bestimmten Bestrafungen beispielsweise das dreimalige Herumführen von schmähächtigen «Jungfrauen» und «Weibern» um einen Brunnen,⁶⁶³

661 Ebenda, S. 22–29. Zahlreiche weitere Beispiele bei Funk: Deutsche Rechtsdenkmäler mit besonderer Berücksichtigung Frankens (1938), S. 96–98.

662 Funk: Deutsche Rechtsdenkmäler mit besonderer Berücksichtigung Frankens (1938), S. 97. Ein ähnlicher, allerdings wesentlich jüngerer Bericht liegt in einer handgeschriebenen *Chronik Neustadts an der Aisch* von 1708/1709 in Kapitel 19 vor: «Vermög alter urkunden bey dem rath mußten vor alters die bösen, zänkischen und schmähächtigen weibspersonen irgend die andern fälschlich verklaget oder mit Schmachworten ehrverletzlich antastet, eine solche thäterin durch die stadt knechte am wochenmarkt, wann allermeist volk vorhanden, andern zum exempel herumgeführt werde und einen klapper- oder lasterstein bey 25 pfund schwer, wie ein weibshaupt, so an ausgestreckter zung ein mahlschloß hat, formiret, am halß tragen müßte. [...] Inmittels werden solch böse weiber, statt diesen stein zu tragen, anietzo mit anlegen der geigen bestraft.» Zitiert nach ebenda. Nach His löste die Halsgeige das Steintragen seit dem 15. Jahrhundert langsam ab. His: Das Strafrecht im deutschen Mittelalter, Bd. 2 (1935), S. 124. Weitere Beispiele für das Tragen von Lastersteinen bietet Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 431–432.

663 Carlen, Louis: Art. Brunnen, B. III. Städtische und ländliche Rechts- und Sozialgeschichte [Mittelalterliche Brunnen in Mittel- und Westeuropa], in: Lexikon

das Ertränken oder Schwemmen von rückfälligen Delinquentinnen,⁶⁶⁴ die Abgabe von Sachleistungen als Gewette,⁶⁶⁵ gesonderte Abbitteformen⁶⁶⁶, das Herumführen in der Geige⁶⁶⁷ sowie die Zahlung von im Vergleich zu Männern höheren oder geringeren Geldbußen,⁶⁶⁸ wobei die Bußen und Brüche von den Ehemännern als gerichtliche Vormünder erbracht werden mussten.⁶⁶⁹ Damit trugen die mittelalterlichen und neuzeitlichen Rechte dem «weibischen Geschwätz» nicht nur durch die Berücksichtigung in den Beschreibungen der Tatbestände Rechnung, sondern auch durch die Strafformen.

des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 2. München 1983 (ND München 2002), Sp. 775.

664 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 179.

665 Beispiele bei Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 433–434.

666 In der *Gerichtsordnung für Theilheim* von 1473 heißt es: «§ 9. Item, welche frau imand verdachtem mut die ehren beschuldiget oder an die ehre redet, und des nit darbrecht wie recht ist, die soll öffentlich vor einer gemein den stein tragen oder soll den herren 10 [pfund] heller geben uf gnad. Were aber ein solchs in einer gehe oder in einem zorn geschehen, so soll sie jenes mensch, das sie also gescholten oder an sein ehre geredt hat, vor vier oder funfen bitten umb goteswillen, das er ihr vergeben will, und darzu 45 heller buëß geben uf gnade.» Zitiert nach Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 6 (1869), S. 84.

667 Heydenreuter, Reinhard: *Kriminalgeschichte Bayerns. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*. Regensburg 2003, S. 234 f.

668 Zum Beispiel in den *Offnungen von Tablatt und Weinfeldten*. – *Offnung von Tabblatt*: «Item, welcher den andern frefenlich haisset liegen oder sunst mit bösen wortten fräfenlich beschalkot, der ist verfallen zebuöß XVIII [schillinge] pfening und ein frow VIII [schillinge] pf[ennig]. [...] Item, wer der ist, frow oder mann, der dem andern sin er nympt unnd abschnytt mit wortten, unnd sich das mit warhait nit erfündt, der sol dem sin er widergeben unnd dartzu gesträfft werden nach nach des gerichtz erkanntnuß.» Zitiert nach ebenda, Bd. 1 (1840), S. 229 und 231. – *Offnung für Weinfeldten*: «Item eine pershon, es sei frau oder mann, die andere freventlich heiszt lügen, dieselb pershon ist dem gerichtsherren ein mann 9 [schillinge], [...] ein frau 3 [schillinge].» Zitiert nach ebenda, Bd. 4 (1863), S. 410. Weitere wenige Beispiele sind noch aus dem Strafrepertoire des bischöflichen Sendgerichtes bekannt. Siehe dazu den Abschnitt «Rüegerichte und Rügeverfahren» (S. 302–309) und Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 179–181.

669 Am Beispiel der Stadt Rendsburg zu Beginn des 16. Jahrhunderts siehe Lorenzen-Schmidt: *Beleidigungen in schleswig-holsteinischen Städten im 16. Jahrhundert* (1978), S. 11.

3.11 Falsche Anschuldigung

Für den Tatbestand der falschen Anschuldigung stand ein breites Repertoire an Strafen zur Verfügung, das selbst die Todesstrafe mit einschloss. Hintergrund dieser Bandbreite des Strafmaßes war die Frage, ob eine Person bestraft werden könne, wenn sie den Leumund und die Ehre einer anderen Person durch eine falsche Aussage verletzte: Ging sie straffrei aus, wenn sie fahrlässig handelte? War eine Kalumnie hingegen besonders hart zu sanktionieren? Diese und weitere im Kapitel «Vorsatz und Fahrlässigkeit» (S. 77–84) erörterten Fragen stellten einige Rechtsgelehrte und mehrere Rechtstexte thematisierten die damit zusammenhängenden Unterschiede für die Urteilsfindung.

Thomas von Aquin beschäftigte sich eingehend mit diesen Fragen und bot folgende, allerdings nicht in jedem Fall verbindliche Bestrafungen an, sondern es bestand auch hier die bekannte Vielfalt der rechtlichen Möglichkeiten: Wenn eine Person vor einem Richter aus Unkenntnis falsche Anklage erhob, drohten ihm nach Thomas keine Sanktionen. Wer böswillig klagte, sündigte gegen das Opfer und das Gemeinwesen (*res publica*). Deshalb müsse der Täter zweifach gestraft werden. Mit Bezug auf Deuteronomium 19, 16–21 führt Thomas für diesen Fall zwei Strafen vor Augen – das Talionsprinzip für die begangene Sünde an seinem Nächsten und die Verweisung aus dem Gemeinwesen.⁶⁷⁰ Das Talionsprinzip bestimmt er als Ausgleich für den erlittenen Schaden des Opfers. Für die Bosheit (*malitia*) der Verleumdung verfällt der Täter hingegen der Strafe des Ehrverlustes (*infamia*), die nach Ermessen des Fürsten (*princeps*), der für den Gerichtsbezirk zuständig ist, oder durch den Papst aufgehoben werden könne.⁶⁷¹

670 «Wenn jemand vor Gericht geht und als Zeuge einen andern zu Unrecht der Anstiftung zum Aufruhr bezichtigt, wenn die beiden Parteien mit ihrem Rechtsstreit vor den Herrn hintreten, vor die Priester und Richter, die dann amtieren, wenn die Richter eine genaue Ermittlung anstellen und sich zeigt: Der Mann ist ein falscher Zeuge, er hat seinen Bruder fälschlich bezichtigt, dann sollt ihr mit ihm so verfahren, wie er mit seinem Bruder verfahren wollte. Du sollst das Böse aus deiner Mitte wegschaffen. Die Übrigen sollen davon hören, damit sie sich fürchten und nicht noch einmal ein solches Verbrechen in deiner Mitte begehen. Und du sollst in dir kein Mitleid aufsteigen lassen: Leben für Leben, Auge für Auge, Zahn für Zahn, Hand für Hand, Fuß für Fuß.» Zur Talion in den Schweizer Rechten des späten Mittelalters siehe Müller: Das Strafrecht im alten Lande Glarus (1981), S. 158.

671 «Et ideo quando iudex cognoverit aliquem de falso accusasse non voluntate nocendi, sed involuntary propter ignorantiam ex iusto errore, non imponit poenam talionis. Ad secundum dicendum quod ille qui male accusat peccat et

Von der Bestrafung eines Klägers bzw. einer Person, die eine andere mit einer Tatsachenbehauptung falsch beschuldigte, sahen nur wenige Rechte ab: das *Kolberger*,⁶⁷² *Goslarer* und *Bamberger Stadtrecht* und das *Rechtsbuch Ludwigs des Bayern*. Allerdings stellte letzteres eine vor einem Gericht nicht zum Ende gebrachte Klage unter Strafe. Dieser Tatbestand, «tergiversatio» (Fahnenflucht) genannt, könnte aus dem römischen Recht bekannt gewesen sein.⁶⁷³

3.12 Talionsprinzip

Die überwiegende Zahl der untersuchten Rechtstexte sah für eine falsche Anschuldigung eine Bestrafung vor oder das Talionsprinzip.⁶⁷⁴ Wenn Thomas also mit dem Deuteronomium auf diese Sanktion verweist, befindet er sich im Rahmen des üblichen Strafrechts, das Anleihen nicht nur aus der Heiligen Schrift aufnahm, sondern auch an ältere römisch-rechtliche Vorbilder anknüpfte. Von den frühen Rechten kennen das Talionsprinzip die *Leges Visigothorum*, *Lex Baiuvariorum* und *Edicta Liutprandi*; sie verzichteten allerdings auf eine Differenzierung zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit.⁶⁷⁵ Eine Ausnahme bildet das *Edikt König Rotharis*; dort ist anstatt des Talionsprinzips

contra personam accusati, et contra rempublicam. Unde propter utrumque puni-
tur. Et hoc est quod dicitur Deut. 19: «Cumque, diligentissime perscrutantes,
invenierint falsum testem dixisse contra fratrem suum mendacium, reddent ei
sicut fratri suo facere cogitavit, quod pertinet ad injuriam personae: et postea,
quantum ad injuriam reipublicae, subditur: Et auferes malum de medio tui: ut
audientes ceteri timorem habeant, et nequaquam talia audeant facere. [...] Ad
tertium dicendum quod poenam talionis meretur accusator in recompensatio-
nem nocuenti quod proximo inferre intentat: sed poena infamiae ei debe-
tur propter malitiam ex qua calumniose alium accusat. Et quandoque quidem
princeps remittit poenam, et non abolet infamiam: quandoque autem etiam
infamiam abolet. Unde et Papa potest huiusmodi infamiam abolere: et quod
dicit Papa Gelasius: «Infamiam abolere non possumus», intelligendum est vel de
infamia facti, vel quia eam abolere aliquando non expedit. Vel etiam loquitur de
infamia irrogata per iudicem civilem: sicut dicit Gratianus.» Zitiert nach Tho-
mas von Aquin: *Recht und Gerechtigkeit* (1953), questio 68, art. 4 (S. 244–245).

672 Art. 56, Jancke: *Das Kolberger Rechtsbuch* (2005), S. 171.

673 His: *Das Strafrecht im deutschen Mittelalter*, Bd. 2 (1935), S. 137–138.

674 Zur Definition der Talion siehe S. 115. Spätmittelalterliche Beispiele für den Strafvollzug in der Schweiz bietet Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 131.

675 Wegele: *Zur Geschichte der falschen Anschuldigung* (1892), S. 17–19.

bei vorsätzlichem Handeln die Zahlung eines Wergeldes an den König als Richter und an das Opfer vorgesehen.⁶⁷⁶

In der *Kapitulariensammlung des Benedictus Levita*, in der auch das Talionsprinzip als Sanktion für eine falsche Anschuldigung vorgesehen ist, befindet sich ein ungewöhnlicher Artikel, der einem fahrlässigen Anschuldiger Straffreiheit einräumt, wenn dieser noch nicht vor Gericht geklagt hat. Falls dieser nämlich im Zorn seine Anschuldigung vorgebracht hatte und sich daraufhin schriftlich verpflichtete, Beweise für seinen Vorwurf zu erbringen und den Vorwurf später in schriftlicher Form nicht wiederholte, ging er straffrei aus.⁶⁷⁷

Das *Decretum Gratiani* kennt im Zusammenhang mit falschen Anschuldigungen drei Rechtssätze, die das Talionsprinzip verlangen. Zwei davon sprechen eindeutig von einer falschen Anschuldigung vor Gericht;⁶⁷⁸ im drit-

676 Im Gesetzbuch des langorbardischen Königs heißt es im neunten Kapitel: «Wenn jemand irgendwen um etwas, was ans Leben geht, beim König anklagt, dann darf der Angeschuldigte mit [seinem] Eid Genüge tun und sich reinigen. Tritt solch ein Fall ein und ist der Bezichtigte zugegen, da mag [der andere] das Verbrechen, wenn er kann, vermittels eines Kämpen von sich weisen. Wird er indessen überführt, dann muß er entweder sein Leben lassen, oder er mag nach Ermessen des Königs büßen. Kann aber [jener] den Beweis nicht führen und zeigt sich, daß er arglistig geklagt hat, so muß der beweisfällige Kläger sein Wergeld erlegen, halb an den König, halb an den der Tat Bezichtigten.» (Si quis qualemcumque hominem ad regem incusaverit, quod ad animae perteneat periculum, liceat ei, qui accusatus fuerit, cum sacramentum satisfacere et se eduniare. Et si tales causa emergerit et adest homo in praesenti, qui crimen mittat, liceat eum per camphionem (id est per pugnam) crimen ipsum de super se, si potuerit, eicere. Et si ei provatum fuerit, aut det animam, aut qualiter regi placverit conponat. Et si provare non potuerit et cognoscitur dolusae adcusassit, tunc ipse, qui accusavit et provare non potuit, wergild suo conponat, medietatem regi, et medietatem cui crimen iniectum fuerit.) Zitiert nach Beyerle: Die Gesetze der Langobarden (1947), S. 6–9.

677 Wegele: Zur Geschichte der falschen Anschuldigung (1892), S. 22–24.

678 Decreti pars II, causa II, questio III, cap. 2: «Si accusator in accusatione defecerit, talionem recipiat. Item Damasus Papa. [ad Stephanum Archiepiscopum, epist. III.] Calumpniator, si in accusatione defecerit, talionem recipiat.» Zitiert nach Decretum magistri Gratiani (1879), Sp. 451–452. – Decreti pars II, causa II, questio III, cap. 3: «Item ex decreto Adriani Papae. [in capitulis ab ipso collectis, c. 52. in medio] Qui non probauerit quod obiecerit, penam, quam ipse intulerit, patiatur.» Ebenda.

ten werden zwar die Worte «calumpnia» und «probare» verwendet,⁶⁷⁹ jedoch kann für diese Zeit noch nicht mit Sicherheit von einer feststehenden rechtlichen Semantik für diese Begriffe ausgegangen werden, so dass über die Begleitumstände der falschen Anschuldigung in diesem Fall keine zweifelsfreie Aussage getroffen werden kann.

Seit dem späten Mittelalter war das Talionsprinzip vor allem im süd- und mitteldeutschen sowie im schweizerischen Raum verbreitet. Dazu zählen unter anderem das *Freisinger Stadtrecht*⁶⁸⁰, die *Statuten von Nordhausen* (1300), das *Diessenhofer, Augsburger und Rüthener Stadtrecht*, das *Rechtsbuch Kaiser Ludwigs*, die *Kyburger Offnung*, die *Herrschaftsrechte für Andelfingen*, das *Landbuch für Appenzell*,⁶⁸¹ das *Freiburger Stadtrodel*, das *bischöfliche Privileg für die Stadt Passau* von 1225, die *Tiroler Landesordnung* von 1558, die *Offnung des Twinghofs Neerach*, die *Ordnung für den Dinghof MuttENZ*, das *Gaster Landbuch*, die *Vogteioffnung von Stammheim*, das *Luzerner Bürgerbuch* von 1373⁶⁸², das *Landbuch von Zug* aus dem Jahr 1432⁶⁸³ sowie das *Kleine Kaiserrecht*.⁶⁸⁴ Das *Berliner Stadtbuch* von 1397 sah das Talionsprinzip oder den Widerruf vor, fällt aber in dieser Aufzählung räumlich aus dem Rahmen.⁶⁸⁵ Im *Sachsenspiegel* gibt es keine allgemeine Bestimmung zur falschen Anschuldigung, sondern hier wird ein spezieller Fall geschildert: Wenn ein Mann einen anderen verwundet oder tötet und

679 Decreti pars II, causa V, questio VI, cap. 2: «Item Gregorius. Qui calumpniam illatam non probat, penam debet incurrere, quam, si probasset, reus utique sustineret.» Zitiert nach ebenda, Sp. 551–552.

680 Art. 60–62. Siehe Freyberg, Maximilian P. von (Hg.): Sammlung historischer Schriften und Urkunden. Geschöpft aus Handschriften, 5 Bde. Stuttgart · Tübingen 1827–1836, S. 175–176.

681 Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 394.

682 «[...] das nieman den anderen in ir Stat ze Lucern vmb einhein ding angefallen, noch berechten mag, denn vmb disu nachgeschriben stuk, das ist, des ersten vmb Mord, vmb Tüb, vmb nachtbrand, vmb Straßroub, vmb falsch, vmb nodzog, vmb ketzerye [...] vnd viele ieman den andern an vmb dirre stucken deheins vnd er des vff in also nüt beweren möchte, der mus an sin statt treten vnd liden, das einer sollte gelitten han.» Zitiert nach Segesser: Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Lucern, Bd. 2 (1854), S. 617.

683 Blumer · Heer: Urkundensammlung zur Geschichte des Kantons Glarus, Bd. 1 (1865), S. 409.

684 Wegele: Zur Geschichte der falschen Anschuldigung (1892), S. 31–36.

685 Fidicin, Ernst (Hg.): Berlinisches Stadtbuch. Berlin 1837 (Historisch-diplomatische Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin, 1), S. 136.

diesen dann vor Gericht des Friedbruchs beschuldigt, es aber nicht beweisen kann, drohte die Talion.⁶⁸⁶

Im *Schwabenspiegel* sind für den gleichen Tatbestand (versehentlich?) zwei unterschiedliche Strafformen vorgesehen. Beschuldigte einer den anderen vor Gericht der Ketzerei und konnte es nicht hinreichend beweisen, musste er entweder mit der Talion oder mit dem Tod durch «Radebrechen» rechnen. Jener Artikel mit dem Radebrechen beschäftigt sich mit der Falschaussage im Rahmen der Strafen Hängen, Enthaupten, Radebrechen und Verbrennen.⁶⁸⁷ der andere hingegen legte das Strafmaß unter dem Titel «Wie man ketzer rügen vnd versuchen sol etc.» fest.⁶⁸⁸ Letztlich laufen beide Artikel auf das gleiche Ergebnis heraus: Der Delinquent wurde zum Tode verurteilt, entweder mit dem Rad oder durch Verbrennen, denn der *Schwabenspiegel* sah für den Tatbestand der Ketzerei den Tod auf dem Scheiterhaufen vor (prennen auf ainer hürd).⁶⁸⁹ Nur das Verständnis hinter den Strafen war ein anderes. Mit dem Rad wurden infame Verbrecher gerichtet, mit dem Feuer Personen, die angeblich aufgrund dämonsicher Eingebungen ihre Seele dem Teufel verkauft und sich unzüchtiger Umtriebe schuldig gemacht hätten.

Das Talionsprinzip konnte also je nach Anschuldigung durch den Beklagten schwere Konsequenzen nach sich ziehen. Diese Konsequenzen erscheinen dann besonders schwerwiegend, wenn die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit vor Gericht keine Rolle spielte. Dabei muss berücksichtigt werden, dass eine falsche Behauptung gegen eine Person, wenn sie außerhalb des Gerichtes ausgesprochen wurde, in der Regel erst einmal vor dem Gericht wiederholt werden musste und damit dem Täter die Möglichkeit eingeräumt wurde, seine Aussage zu überdenken. Verzichtete er dort auf die Bestätigung seiner Anschuldigung, drohten nach vielen Rechten neben dem Widerruf nur Buß- oder Ehrenstrafen. Genauso gut ist denkbar, dass eine während einer Gerichtsverhandlung ausgesprochene Beleidigung noch einmal wiederholt werden musste, bevor ein Urteil gefällt wurde. Dar-

686 Wegele: Zur Geschichte der falschen Anschuldigung (1892), S. 31–36.

687 «Verrater das sind die mit ir red ainen uerpalmudent, das sy in sagen von der christenhait, also das sy sagen, er sey ain sodomit, oder er hab vich geunraint oder er sey ain keczzer; mugen si das nicht erzeugen, die soll man radprechen.» Zitiert nach Eckhardt: *Schwabenspiegel*, Kurzform (1974), S. 253, Sp. 1.

688 «Wer ain man rüget, er sey ein ketzer oder mainayde oder anders, das im an sein erweg gat, mag er in nicht überzewgen als recht ist, er sol alle die witze leyden, die iener solt haben geliten, ob er in überzewgt hete.» Zitiert nach ebenda, S. 393, Sp. 1.

689 Ebenda, S. 391, Sp. 1.

über schweigen allerdings die Quellen. Die Talion als Strafe bei einer Kalamnie galt aber als insofern gerechtfertigt, weil der Delinquent billigend in Kauf nahm, dass die von ihm beschuldigte Person möglicherweise das Leben verlieren würde.

3.13 Todesstrafe und Geldbuße

Eine direkt ausgesprochene Todesstrafe für verbale Injurien kannten die Rechte äußerst selten. Insgesamt sechs Belegstellen sind bisher bekannt:

- 1) die eben besprochene Stelle aus dem *Schwabenspiegel*,
- 2) die im Zusammenhang mit der Stadtverweisung angedrohte Todesstrafe bei wiederholter Beleidigung des Dresdener Bürgermeisters von 1483,⁶⁹⁰
- 3) eine ebenfalls angedrohte Todesstrafe in Bern, falls ein Delinquent viermal öffentlich widerrufen musste,⁶⁹¹
- 4) in Zürich wurde 1487 ein Luzerner Söldnerführer wegen Beleidigung des Bürgermeisters enthauptet,⁶⁹²
- 5) in Fribourg sollten «öde wyber», die eine ehrbare Frau beleidigten oder verleumdeten, ertränkt oder geschwemmt werden,⁶⁹³
- 6) in einer nicht sicher zu interpretierenden Stelle aus dem *Rheingauer Landrecht* nach einer Handschrift des späten 14. Jahrhunderts heißt es:

Wer beym trunk jemanden mörder, dieb, verräther etc. schilt und seinen fuß nicht dabei setzen wollte, der ist bußfällig; setzt er hingegen den Fuß dabey, kann aber hernach nicht beweisen, so verliert er seinen leib.⁶⁹⁴

Wahrscheinlich wird mit diesem Rechtsbrauch eine Unterscheidung in Vorsatz oder Fahrlässigkeit unter Alkoholeinfluss bzw. eine vor einem Gericht geltend zu machende Beschuldigung ausgedrückt. Mit dem «Fuß-dabei-setzen» könnte ein bekräftigendes Fußstampfen im Sinne von: «doch, es ist wahr, was ich gesagt habe», bezeichnet sein. In jedem Fall setzte die Verhängung der Todesstrafe hier ein Gerichtsverfahren mit einer Begutachtung zugelassener Beweismittel voraus. Damit wäre die Fußsymbolik die Vorstufe einer beeideten Aussage. Im Rahmen eines solchen Gerichtsverfahrens hätte auf die

690 Siehe S. 255–256, Anm. 619.

691 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 128.

692 Ebenda.

693 Ebenda, S. 129.

694 Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 1 (1840), S. 539.

Erkenntnis, dass der Beschuldiger wider besseres Wissen handelte, keinen Einfluss auf das Urteil gehabt, sondern dem Beschuldiger war es selbst überlassen, seinen Vorwurf vor der abermaligen Bekräftigung seiner Aussage auf Beweiskraft zu prüfen.

Ein kleiner Teil der Rechte bestrafte die falsche Anschuldigung vor Gericht mit Geldbußen, so zum Beispiel im *Lübischen Recht* bei einer Beschuldigung als Dieb oder Räuber. Nach Ruprecht von Freising sei der Schadensersatz für das Opfer zu erlassen, wenn der Täter öffentlich widerruft, nicht aber die Geldbuße.⁶⁹⁵ Etwas anders handhabte die *Carolina* eine Anschuldigung vor Gericht, die vom Kläger nicht ausreichend bewiesen werden konnte. Der Kläger hatte dem Gericht die entstandenen Kosten zu erstatten und dem Beklagten Ersatz für die zugefügte Schmach und den Schaden zu schaffen «nach burgerlicher rechtlicher erkantnuss».⁶⁹⁶

4. Schadensersatz, Geldbußen und Sachleistungen

Geld- und Sachbußen waren im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit eine verbreitete Strafform im Injurienrecht, vielleicht sogar die dominante, in jedem Fall bei vielen Delinquenten die bevorzugte. Alternativ waren peinliche oder Ehrenstrafen abzubüßen; gelegentlich gab es auch die Möglichkeit, sich durch Geldzahlungen von diesen entehrenden, in aller Öffentlichkeit stattfindenden Strafen loszukaufen.⁶⁹⁷ Der Widerruf oder die Abbitte, die in der Regel mit einer solchen Strafe verbunden waren, konnte der Delinquent hingegen nicht durch Zahlungen ablösen.

4.1 Strafe nach richterlichem Ermessen

Bis zum 15. Jahrhundert existierten zwei Gewohnheiten zur Festlegung der Bußsumme. Entweder war sie durch ein Kompositionensystem festgehal-

695 His: Geschichte des deutschen Strafrechts bis zur Karolina (1928), S. 137–138. Zur Kombination von Widerruf und Geldstrafe in den Schweizer Rechten siehe Müller: Das Strafrecht im alten Lande Glarus (1981), S. 158–159.

696 Zitiert nach: Des allerdurchleuchtigsten großmechtigste[n] vnüberwindtlichsten Keyser Karls des fünfften: vnnd des heyiligen Römischen Reichs peinlich gerichts ordnung (1533), Art. 12.

697 Beispiele für geistliche Gerichte werden im Abschnitt «Rüegerichte und Rügeverfahren» (S. 302–309) gegeben.

ten, mit dem unterschiedliche Geldsummen festgeschrieben werden konnten, oder es lag im Ermessen des Urteilers, ein Strafmaß zu ermitteln. Außer den bereits genannten wirkungsweiten Rechtstexten wie dem *Sachsen-* und *Schwabenspiegel*, in denen es heißt, dass die Delinquenten nach ihrer Herkunft, ihrem Ansehen und der verübten Tat zu richten seien, kennen das Verfahren nach Ermessen auch noch die späteren, reformierten städtischen Rechtstexte und Weistümer aus dem 15./16. Jahrhundert, zum Beispiel die *Nürnberger*⁶⁹⁸ und *Wormser Reformation*⁶⁹⁹ oder die *Weistümer von Mühlheim bei Koblenz*⁷⁰⁰

698 Nach der *Nürnberger Reformation* war es möglich, eine zweite Instanz anzurufen, wenn sich das Opfer einer Injurie mit der Höhe der ihm zustehenden Schadenersatzzahlung nicht einverstanden erklärte. Dort ist festgelegt, dass jeder vom städtischen Gericht anerkannte Anklagepunkt (artickel) mit je «fünf pfundt Noui» gebüßt werden müsse. Ist der Kläger mit der Entscheidung des Gerichts nicht einverstanden, steht ihm frei, den «freuel vor de[n] fünff herren des rats außzetragen». Dieses Gremium war dann aufgefordert, die «gestalt des freuels» erneut zu bemessen und ein weiteres Urteil zu fällen. Zitiert nach Diss ist die Reformation der Statut vnd gesetzte, die ein erber Rate der Stat Nüremberg [...] fürgenommen hat. Augsburg 1488 (GW M27327), 5. Titel, 4. Gesetz (ohne Seitenzählung).

699 «Von achtung Taxacion vnd ermessung zugefügter Iniuri vnd schmehe. Ti. xvij. SO der ihenne dem Schmehe tzugefügt ist solich schmehe in recht beclagt. fordert. schetz die an ein benant gelt Sum. vnd wie sich gepürt bewert vnd bewyßt hat. so sollen die vrteyler solich erforderet vnnd Estimirt Sum gelts. krafft ires richterlichen ampts nach gelegenhey der Person vnd vmbstend der sach eigentlich an ein Sum taxiren vn[d] messigen. Vnd so die selb taxirt vnd ermessigt Sum oder darunder durch den geschmechten berecht wirdet. so sollen alßdann die vrteiler den schmeher in Su[m]ma iurata das ist in der Sum die durch den geschmechten berecht vnnd behalten ist. mitsamt erlitten gerichtskosten vnd scheden condemniren vnd verdammen.» Zitiert nach Köbler: *Der Statt Wormbs Reformation* (1985), S. 47.

700 «Zum zwölften erkent der höber dieses hobs den Claiß heimbergen alß einen schwygenden scholteis von wegen unsers gnedigsten herren zu Trier oder viel mehr von wegen der gemeinen hauffung der Echter, daß recht zu beschutzen und beschirmen vor allem ubertracht oder schaltwort; ist es aber sach, das sich etwan einer uf diesem hoif oder diß hofs gerechtigkeit sich ungebürlich mit uberbracht oder schaltworten ungemäßig ergryff und daruber bedinckt wurdet, ist erfallen vor feunf marck, derselbig zu erlegen in drey theil, erstlich ein tehil dem scholteßen dieses hofs, so fer er der person ein ist, die mit zu hof gehen oder schuldig seyn zu gehen; ist eß aber ein ander, so hat ihn der vögt, so hoch zu strafen, wen er darüber bedinckt wirt, alß er will und nach gelegenheit der sachen befinden wirt, edoch unserem gnedigsten herren seine vorbehalten straf.» Zitiert nach Loersch: *Die Weistümer der Rheinprovinz*, Abt. 1, Bd. 1 (1900), S. 241.

und von *Kellenbach im Hunsrück*⁷⁰¹. Zweifellos erhöhte diese Regelung einerseits die Gefahr der richterlichen Willkür. Andererseits war es nur durch diesen Ermessensspielraum möglich, tatsächlich ein am Stand und Ansehen gemessenes Urteil zu fällen, denn eine Abstufung der Geldbußen nach Stand oder Vermögenswerten des Delinquenten kannten die Bußtaxordnungen nicht. Bei Schadensersatzforderungen, die durch den Kläger geschätzt und vor das Gericht gebracht wurden, war es dem Richter zudem möglich, mäßigend oder erhöhend auf die letztlich zu zahlende Summe einzuwirken. Demnach entsprach das Verfahren nach richterlichem Ermessen dem Grundsatz der standesgemäßen Bestrafung eines Delinquenten mehr als das Kompositionensystem. Eine Bevorzugung des einen oder anderen Verfahrens lässt sich aus dem Quellenbefund nicht herauslesen, beide Möglichkeiten lassen sich seit dem frühen Mittelalter⁷⁰² belegen. Vermutlich überwogen die Taxordnungen, wie die nachfolgende Tabelle «Geldbußen im späten Mittelalter» im Vergleich zu den eben erwähnten Belegen zum richterlichen Ermessen nahe zu legen scheint (S. 282–283).

701 «Zum achten, schilt oder schmeht einer den andern mit worten, das alles weisen wir nach gestalt undt gelegenheit einen jeden sach den herrn zur straff heim.» Zitiert nach Grimm u. a.: *Weisthümer*, Bd. 2 (1840), S. 143.

702 Im *Gesetzbuch des langobardischen Königs Rothari* heißt es im neunten Kapitel: «Wenn jemand irgendwen um etwas, was ans Leben geht, beim König anklagt, dann darf der Angeschuldigte mit [seinem] Eid Genüge tun und sich reinigen. Tritt solch ein Fall ein und ist der Bezichtigter zugegen, da mag [der andere] das Verbrechen, wenn er kann, vermittels eines Kämpen von sich weisen. Wir er indessen überführt, dann muß er entweder sein Leben lassen, oder er mag nach Ermessen des Königs büßen. Kann aber [jener] den Beweis nicht führen und zeigt sich, daß er arglistig geklagt hat, so muß der beweisfällige Kläger sein Wergeld erlegen, halb an den König, halb an den der Tat Bezichtigten.» (Si quis qualemcumque hominem ad regem incusaverit, quod ad animae pertineat periculum, liceat ei, qui accusatus fuerit, cum sacramentum satisfacere et se eduniare. Et si tales causa emergerit et adest homo in praesenti, qui crimen mittat, liceat eum per camphionem (id est per pugnam) crimen ipsum de super se, si potuerit, eicere. Et si ei provatum fuerit, aut det animam, aut qualiter regi placverit conponat. Et si provare non potuerit et cognoscitur dolusae adcusassit, tunc ipse, qui accusavit et provare non potuit, wergild suo conponat, medietatem regi, et medietatem cui crimen iniectum fuerit.) Zitiert nach Beyerle: *Die Gesetze der Langobarden* (1947), S. 6–9.

4.2 Geldbußen

Ekkehard Kaufmann sprach in seinem Beitrag zum spätmittelalterlichen Schadensersatzrecht in Anlehnung an Rudolf His von einer für Deutschland typischen «Kränkungsbuße» in Höhe von 30 Schillingen, «eine an den Verletzten fallende Strafsumme, mit der auch alle die Delikte abgegolten wurden, die später unter den Injurienbegriff fallen».⁷⁰³ Wenn man die Quellenbelege entsprechend selektiert, tritt diese Geldbuße tatsächlich häufig entgegen. Zum Beispiel nennt *Der Rechte Weg* – eine Breslauer Kompilation von Schöffensprüchen, Auszügen aus Rechtsbüchern und anderes mehr⁷⁰⁴ – dieses Strafmaß häufig. Dort waren 30 Schillinge als Buße für das Opfer vorgesehen und ein nicht genau bezeichnetes Gewette für den Richter.⁷⁰⁵ Das Gleiche galt auch für Beleidigungen eines städtischen Ratmannes; allerdings erhöhte sich die Buße, wenn der Täter den «siczenden rathe» (tagender Rat) angriff, dann mußten jedem Ratsherrn 30 Schillinge Pfennige zur Buße gegeben und dem Richter sein Gewette entrichtet werden.⁷⁰⁶

703 Kaufmann: Das spätmittelalterliche deutsche Schadensersatzrecht und die Rezeption der «actio iniuriarum aestimatoria» (1961), S. 100.

704 Zur Sammlung des Breslauer Schöffen und Ratsherrn Kaspar Popplau († 1499) siehe Ebel, Friedrich, unter Mitarbeit von Carls, Wieland · Schelling, Renate (Hg.): *Der Rechte Weg. Ein Breslauer Rechtsbuch des 15. Jahrhunderts*, 2 Bde. Köln · Weimar · Wien 2000, Bd. 1, S. IX–XVI.

705 Ebenda, Bd. 1, Buch E, Nr. 68 (S. 305); Bd. 2, Buch K, Nr. 59 (S. 701–703). Allerdings kennt die Sammlung auch einen Spruch, in dem es heißt: «Ist eyne manne smocheyt gethan mit boßen worten: Seczet man solche clage uf gelt, das ist unrecht, wen man sal sotans vorbussen noch dem rechten, ut Inſtit. De iniuriis § Patitur.» Ebenda, Bd. 2, Buch T, Nr. 68 (S. 1085).

706 Ebenda, Bd. 2, Buch P, Nr. 61 (S. 922): «Von rathmanne obilhandelunge. Beredet adir beschildet ymant den rath mit worten adir sachen, die die missehandelunge ruren mogin adir strafunge wert sein, den mogen sie dorumbe beschuldigen vor gerichte. Bekent er das, so muß er dorumbe eyne iczlichen rathmanne dreysig phennig zu busse gebin und dem richter so maniche gewette. Leuckent er abir, so mag er das unschuldig werden uf den heiligen, als recht ist. Were es abir vor eyne siczenden rathe geschehen, so weren sie das nehir uf ehn czu irhalden, und das mußten sie alle thun. Denne mußte er eyne iczlichen rathmanne zu busse gebin sechsunddreissig schillinge pfennige und deme richter so manch gewette. Weldin sie es abir uf ehn nicht haldin, so mußten sie ehn czu seiner unschult laßin komen.» Ein weiteres Beispiel ohne den Zusatz zum «sitzenden Rat» ebenda, Bd. 1, Buch A, Nr. 26 (S. 16).

4.3 Tabelle: Geldbußen im späten Mittelalter (Auswahl)⁷⁰⁷

Rechtstexte (Jahr)	Geld- und Sachbußen (Empfänger)
<i>Hamburger Stadtrecht</i> (1270)	falsche Anschuldigung vor Gericht 3 Pd. (Gericht) ^a ; Mörder, Mordbrenner etc. 12 M. Pf.; Hurensohn, Lügner 3 M. Silber ^b
<i>Kolberger Stadtrecht</i> (1297)	Mörder, Dieb etc. 60 Schill. (Richter, Stadt, Opfer); falsche Anschuldigung vor Gericht 4 Schill. ^c
<i>Laxar Urbar</i> (1303)	ehrenrührige Scheltworte 3 Pd., alle anderen 3 Schill., falsche Anschuldigung vor Gericht 3 Pd. ^d
<i>Goslarer Statuten</i> (1320/60)	Scheltworte 30 Schill. (Opfer), 60 Schill. (Vogt) ^e
<i>Leipziger Schöffensprüche</i> (14. Jh.)	Beschimpfung 30 Schill. (Opfer) ^f
<i>Gerichtsordnung Großburschla</i> (14. Jh.)	ehrenrührige Scheltworte 21 Hel., alle anderen 6 Hel. ^g
<i>Freiheitsbrief für Saarbrücken</i> (1321)	Mörder, Dieb etc. 10 Schill. Pf. (Gericht), im Zorn gesprochen 5 Schill. Pf. (Gericht) ^h
<i>Freisinger Rechtsbuch</i> (1328)	Hundesohn etc. 10 Schill. (Richter) ⁱ
<i>Offnung Neukilch</i> (1330)	Worte gegen die Ehre 10 Pd. (Stadtherr), 10 Schill. (Stadt) ^j
<i>Seligenstädter Willkür</i> (1377)	Schimpfworte im Rat 1 Pd. Hel. ^k
<i>Offnung Tannegg u. Fischingen</i> (1432)	Lügner 3 Schill. Pf. ^l
<i>Nussdorf bei Wien</i> (1450)	Hurensohn, Dieb etc. 12 Schill. Pf. ^m
<i>Offnung Tablatt</i> (1471)	Frevelworte 18 Schill. Pf. für Männer, 9 Schill. Pf. für Frauen ⁿ
<i>Gerichtsordnung Theilheim</i> (1473)	Dieb, Verräter etc. 45 Hel. (Opfer), Lügner 15 Hel. (Opfer) ^o
<i>Nieder- und Mettmenhasli</i> (1478)	Scheltworte 3 Schill. Pf. ^p

⁷⁰⁷ In der nachfolgenden Tabelle wurden nur Sach- und Geldbußen ungeachtet der Maßgaben, ob eine Beleidigung fahrlässig oder vorsätzlich ausgesprochen wurde, berücksichtigt. Abkürzungen: Schill. = Schillinge, M. = Mark, Guld. = Gulden, Pf. = Pfennige, Hel. = Heller, Gr. = Groschen, Pd. = Pfund. Eine ergänzende Tabelle mit Bußgeldern für deutsche Städte bei Frenz: Frieden, Rechtsbruch und Sanktion in deutschen Städten vor 1300 (2003), S. 500–518.

<i>Nürnberger Reformation</i> (1484)	je anerkannter Frevel 5 neue Pd. ^q
Joh. Purgold (Eisenach, Anf. 16. Jh.)	Scheltworte 25 Pf. (Richter), 1 Hel. (Opfer); Frevel 5 Schill. Pf.; Missetat 1 Schill. (Richter, Opfer) ^r
<i>Offnung Kyburg</i> (1506)	übel nachreden 10 Pd. (Richter) ^s
<i>Weistum Waldesch</i> (vor 1536)	Scheltworte 12 Guld. ^t
<i>Weistum Wartenberg</i> (1560)	ehrenrührige Scheltworte 10 Hel. ^u
<i>Gerichtsordnung Anrath</i> (1574)	Scheltworte 1 Guld. (Schöffen), ½ Guld. (Schultheiß), 18 Schill. (Schreiber) ^v
<i>Vogteigerichtsordnung Alefeld</i> (1580)	Schmähworte 1 Guld. 10 Gr. ^w
<i>Weistum Mühlheim</i> (1596)	Scheltworte 5 M. (Schultheiß, Vogt, Opfer) ^x

- a Eichler: Das Hamburger Ordeelbook von 1270 samt Schiffrecht (2005), S. 184.
b Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 238–239.
c Jancke: Das Kolberger Rechtsbuch (2005), Art. 36, 56 und 138.
d Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 1 (1840), S. 813.
e Göschen: Die Goslarischen Statuten (1840), liber tertius »Van gherichte unde klaghe«, S. 74.
f Kaufmann: Das spätmittelalterliche deutsche Schadensersatzrecht (1961), S. 101.
g Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 3 (1842), S. 325.
h Ebenda, Bd. 2 (1840), S. 5.
i Claussen: Freisinger Rechtsbuch (1941), S. 318.
j Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 1 (1840), S. 297.
k Ebenda, Bd. 1 (1840), S. 506–507.
l Ebenda, Bd. 1 (1840), S. 281.
m Ebenda, Bd. 3 (1842), S. 704.
n Ebenda, Bd. 1 (1840), S. 229 und 231.
o Ebenda, Bd. 6 (1869), S. 84.
p Ebenda, Bd. 4 (1863), S. 307.
q Diss ist die Reformation der Statut vnd gesetze, die ein erber Rate der Stat Nürnberg [...] fürgenommen hat (1488), 5. Titel, 4. Gesetz (ohne Seitenzählung).
r Ortloff: Das Rechtsbuch Johannes Purgoldts nebst statuarischen Rechten von Gotha und Eisenach (1967), S. 321.
s Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 1 (1840), S. 19.
t Loersch: Die Weistümer der Rheinprovinz, Abt. 1, Bd. 1 (1900), S. 200.
u Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 1 (1840), S. 782.
v Weber: Rheinische Weistümer, Abt. 2, Bd. 3 (1981), S. 188.
w Grimm u. a.: Weistümer, Bd. 3 (1842), S. 270.
x Loersch: Die Weistümer der Rheinprovinz, Abt. 1, Bd. 1 (1900), S. 241.

4.4 Taxierung der Geldbußen

Köstlin, dessen Beitrag Kaufmann nicht kannte, His und Müller-Burgherr bringen zahlreiche Belege für Geldzahlungen, die ganz unterschiedlicher Höhe waren, so aus Österreich, der Schweiz, Oberbayern, Franken, Thüringen, Württemberg, Niedersachsen und Holland. Dort kommt die 30-Schilling-Buße allerdings nicht vor.⁷⁰⁸ Ungeachtet dieser Ergebnisse lässt Kaufmanns Beobachtung noch zwei andere, für Mittelalter und Frühe Neuzeit eigentypische Erscheinungen außer Acht. Zum einen waren, wie die Breslauer Quelle andeutet, die Bußen oft an verschiedene Instanzen auszuzahlen, und zwar nicht immer in der Weise, dass eine festgelegte Summe zu gleichen Teilen abzuführen war, sondern die Instanzen konnten auch verschiedene Summen einfordern (siehe die voranstehende Tabelle auf den S. 282–283). Zum anderen waren die Geldbußen – und auch das deutet die Tabelle an – oft abgestuft nach den benutzten Schmähwörtern. Zwei besonders beeindruckende Beispiele sollen das näher veranschaulichen. So gaben die *Rottweiler Stadtrecht* (1315–1535) ein sechsstufiges Bußgeldsystem vor:

336. [...] Item welher den anndern unzüchtiglich schältet oder flüchet, den ritten sant Vitsstanz oder derglychen wort, der sol verfallen sin 5 sh. h. – 337. Item welcher den anndern schilt ain hürensun, ain lecker, ain pfaffensun, ain panckhart und derglychen, ist verfallen 10 sh. h. – 338. Item welcher den anndern schilt uss zorn ain dieb, ain ketzer, ain unholden, ain schalck, ain bösewicht oder ain schelmen, ist verfallen 2 pf. h., schilt man aber ain mit der warhait, so frävelt man nit. – 339. Item wer auch den anndern schilt ain mörder oder ain mainaid, ist verfallen 3 pf. h. – 340. Item welcher in vorgeschribner mas den anndern ain dieb, ketzer, böswicht mörder oder unhold und derglychen, das im sin ere berüren wäre, tette schelten is verdächtem müte, und dasselbig unnderstünd

708 His: *Das Strafrecht des deutschen Mittelalters*, Bd. 2 (1935), S. 113–116. – Köstlin: *Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte* (1855), S. 401–402. Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 94 und 97–108. Weitere Beispiele: Gengler, Heinrich G. P. (Hg.): *Deutsche Stadtrechte des Mittelalters*, teils verzeichnet, teils vollständig oder in Probeauszügen mitgeteilt. Nürnberg 1866 (ND Aalen 1964), S. 235. – Michelsen, Andreas L. J.: *Der ehemalige Oberhof zu Lübeck und seine Rechtsprüche*. Altona 1839 (ND Aalen 1969), S. 208–209, 275, 326–327. – Auer, Franz (Hg.): *Das Stadtrecht von München*, nach bisher ungedruckten Handschriften mit Rücksicht auf die noch geltenden Rechtssätze und Rechtsinstitute. München 1840 (ND Aalen 1969), S. 107. – Schuster, Peter: *Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz*. Paderborn · München · Wien · Zürich 2000, S. 80–86.

uff den, der gescholten wirdt, mit recht zû bringen, und mag dasselbig mit recht nit tûn, der sol die höchst ainung, nämlich 15 pf. haller verfallen sin, und nichtzit deſter minder dem cleger sins behalten rechten gehorsam sin. – 341. Item welcher den anndern haist unwar sagen mit den worten: «du ſpareſt die warhait» oder «ſagſt nit war», iſt verfallen 1 pf. h.⁷⁰⁹

Die Differenzierung der Tatbeſtände in den Rottweiler Artikeln iſt für ſpät-mittelalterliche Rechtſtexte nicht untypiſch. Bis auf den letzten Punkt geben ſie wieder, was aus anderen, bisher beſprochenen Rechtſtexten ſchon bekannt iſt: Im erſten Artikel hat der Täter fünf Schillinge Heller für die Verfluchung einer Perſon zu zahlen. Nach dem zweiten ſtand auf Begriffe, die auf eine unehrenhafte Abſtammung zielen, eine Strafe von zehn Schillingen Hellern. Der dritte Artikel ſtellt die im Zorn geſprochenen Worte «Dieb», «Ketzer» etc. mit zwei Pfund Hellern unter Strafe, davon ausgenommen und mit drei Pfund Hellern ſanktioniert war die Beſchimpfung mit den Worten «Mörder» und «Meineidiger». Am höchſten wurde die falſche Anſchuldigung vor Gericht beſtraft; dabei unterſchied das *Rottweiler Stadtrecht* nicht nach Vorſatz oder Fahrläſſigkeit: Ein Kläger, der ſeine Anſchuldigung nicht beweisen konnte, mußte 15 Pfund Heller zahlen.

Mit dem letzten Punkt könnten zwei Tatbeſtände angeſprochen worden ſein. Hier wird der Vorwurf «du lügſt» mit einem Pfund Hellern beſtraft. Da dieſer Vorwurf eigentlich dem dritten Artikel zugeordnet werden müßte oder auch kürzer mit dem Schimpfwort «Lügner» hätte beſchrieben werden können, dürfte es ſich hierbei eher um den geſonderten Tatbeſtand der Retorsion gehandelt haben. Dabei geht es darum, daß eine Perſon eine andere falſch beſchuldigt und der Beſchuldigte darauf ſpricht: «du lügſt». Rechtsgelehrte ſtritten ſeit dem hohen Mittelalter darüber, ob dieſe Antwort rechtens und zu ſtrafen ſei.⁷¹⁰ Der Rottweiler Artikel bezog eine eindeutige Position, indem er die Antwort «du ſparſt die Wahrheit» und «du ſagſt nicht wahr» mit einer Geldbuße belegte.

Nach dem *Rechtsbuch Kaiſer Ludwigs* von 1346, dem zweiten Beiſpiel, mußte der Delinquent, der eine andere Perſon einen «Hundesohn», «Hurenſohn» oder mit anderen Schimpfwörtern in Anſpielung auf ſodomitiſche Umtriebe geſcholten hatte, «vor offenem gericht ſwern, daz er die red ungevaerlich in zorn getan hab» (Artikel 62). Wenn er eine Perſon des Verrats bezichtigte oder ſie einen Böſewicht nannte, dann mußte er öffentlich bekennen, «daz er ienen angesait hab, und swaz er da geret hab, daz hab er durch anders

709 Zitiert nach Greiner, Johann (Hg.): Das ältere Recht der Reichsſtadt Rottweil. Mit geſchichtlicher und ſprachlicher Einleitung. Stuttgart 1900, S. 215–216.

710 Siehe dazu den Abſchnitt «Retorsion und Kompensation», S. 309–312.

nicht getan, dann durch neid und durch hazz und von dhainer warhait waer» (Artikel 64).⁷¹¹ Im nur wenige Jahre jüngeren *Freisinger Stadtrecht* von 1359 wurden diese Bestimmungen fast gleichlautend übernommen.⁷¹²

Hinter beiden Rechtstexten verbirgt sich eine eigenwillige Art des Strafmaßes, die sich aus den Quellentexten nur schwer erschließen lässt: Wenn der Delinquent mit einem Widerruf bzw. einer Ehrenerklärung die Ehre seines Opfers wiederherstellte, dann durfte er mit einem geringen Strafmaß rechnen. Falls er sich aber nicht darauf einließ und bei seiner Beschuldigung blieb, dann musste er, falls der Kläger (Opfer) die Anschuldigung durch zwei Wahrnehmungszeugen widerlegen konnte, erstens den durch das Opfer geschätzten Ersatz für den angerichteten Schaden begleichen. Zweitens musste nach dem kaiserlich-bayerischen Recht die Hälfte der Summe dieser Schadensersatzforderung zusätzlich an das Gericht gezahlt werden – in Freising war die gesamte Summe des Schadensersatzes gefordert; und drittens musste der Delinquent noch dem Richter 72 Pfennige entrichten. Wenn der Beklagte jedoch seine Unschuld bewies, dann hatte der Kläger diese Summen an den Beklagten und das Gericht abzuführen.⁷¹³

Wie im *Rottweiler Stadtrecht* werden die entsprechenden Tatbestände erörtert und verschieden bestraft; das bayerische Recht unterteilt in fünf Artikel: Im ersten geht es um die Klage vor Gericht: Der Beklagte habe den Kläger «Bösewicht» oder «untreu» genannt bzw. ihm, dem Kläger, vorgeworfen, er hätte ihn verraten oder verkauft.⁷¹⁴ Im folgenden Artikel handelt es sich nicht um eine gerichtliche Klage, sondern um üble Nachrede im Sinn der

711 Volkert: Das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346 (2010), S. 292–294.

712 Freyberg: Sammlung historischer Schriften und Urkunden, Bd. 5 (1836), S. 175–177 (Art. 60–64).

713 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 37–38.

714 Art. 60: «Wer ainen schiltt. Chlagt ainer den andern an, er hab in geheizen einen pöswicht oder ungetriu oder er hab in verraten oder verchauft, sprich aber der antwurtter: «Diu red han ich in zorn getan ungevärlich und von dheiner warheit nicht», da sol man sein recht umb nehmen mit seinem ayde und darzû sol ers dem gericht bezzern mit einem pfunt pfennig. Laugent aber er der red, mag ez dann der anchlager war gemachen mit zwain zû im, die ez gehört und gesehen haben, dez sol er geniezen und sol ez bestâten mit seinem ayd, waz er der chlag und dez rechten schaden genommen hab, ist er under einem halben pfund. Ist er über ein halb pfund, so sol sein hant selb drittiiu sein und dem gericht halb als vil und darnach sol der richter haben nach dem zieg zwen und sybentzick pfenning. Entpriß aber der antwurtter dem chlager mit dem rechten, so ist der antwurtter ledich und ist der chlager als vil schhuldick dem gericht

Schelte an der «christenheit». Der Delinquent nannte sein Opfer «chüsertinn sun», «huntsertinn sun» oder «merhen sun»; darin steckt der Vorwurf der Sodomie, hier konkret der Vorwurf der Zoophilie.⁷¹⁵ Der dritte Artikel erwähnt die üble Nachrede durch christliche Scheltwörter; also eine Person wurde beschuldigt, sie sei ein «Lügner» oder «Hurensohn».⁷¹⁶ Mit den letzten beiden Artikeln wird der erste nochmals aufgenommen, nur geht es diesmal nicht um eine falsche Anschuldigung vor Gericht, sondern um üble Nachrede. Unterschieden wird einerseits in die Bezeichnung ein «untreuer Bösewicht» zu sein und dies durch Zeugen nicht beweisen zu können.⁷¹⁷ Andererseits soll jemand, der eine andere Person einen «rechten Bösewicht» nannte oder ihr vorwarf, sie verraten oder verkauft zu haben, als «schedlicher man» gelten, wenn er diese Beschuldigung nicht mit Zeugen beweisen konnte und nicht widerrufen wollte. In diesem Artikel wird ein im Vergleich zu den voranstehenden Artikeln anderes Strafmaß angegeben, falls der Delinquent

und dem antwurtter.» Zitiert nach Volkert: Das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346 (2010), S. 292.

715 Art. 61: «Umb schelten aus der christenheit. Spricht ainer den andern an, er hab in geheizzen einen chüsertinn sun oder einen huntsertinn sun oder einen merhen sun oder waz sogtaner vihlicher scheltwort ist, da sol man sein laugen umb nehmen mit seinem ayd, er beziug dann der chlager mit zwayn zü im, die ez gehört und gesehen haben, daz er ez getan hab. Wirt er also überwunden, so ist er dem gericht schuldich zwen und sybentzick pfenning. Und sol der anchlager bereden mit seinem ayde, waz er der chlag und dez rechten schaden genomen hab, den sol er im auch abtün, ist er under einem halben pfund. Ist er über ein halbs pfunt, so sol sein hant selb dritt sein und sol auch der, der da überwunden ist, vor offem gericht swern, daz er diu red ungevärlich in zorn getan hab. Entpräst aber der antwurtter dem chlager, so ist der chlager alles dez schuldig, dez der antwurtter schuldig wer worden.» Ebenda, S. 293.

716 Art. 62: «Da ainer ainen haizzet liegen. Spricht ainer den andern an, er hab in heizzen liegen oder einen hürren sun oder waz sogetaner kristenlicher scheltwort ist, da sol man sein laugen umb nehmen mit seinem ayd, ez beziug dann der der chlager mit zwain, die ez gehort und gesehen haben, daz er ez getan hab. Wirt iener also überwunden, so ist er dem gericht schuldich worden sechs und dreizick pfenning und nach dem ziug zwen und sibentzick pfennung, ob er überziugt wirt. Entpräst aber der antwurtter dem anchlager, so ist der chlager alles dez schuldig, dez der antwurtter schuldig worden wär.» Ebenda, S. 293.

717 Art. 63: «Umb einem pöswicht. Swer den andern anspricht, er hab in geheizzen einen untriuwen pöswicht und vermisset er sich darüber ziugen und get im an den ziugen ab, der ist dem gericht schuldig sechzick und drew pfunt pfenning.» Ebenda, S. 294.

widerrief. Dann nämlich musste er dem Gericht mit Leib und Gut einstehen und zwar in der Weise, dass er seinen Leib mit seinem Gut auslöst und an drei aufeinander folgenden Gerichtstagen bekennt, dass er sich mit seinem Opfer wieder vertragen habe und seine Anschuldigungen aus Hass und Neid hervorgebracht habe.⁷¹⁸

Die ausgeführten Beispiele dokumentieren das komplexe Kompositionensystem des späten Mittelalters. Die Höhe der Summen richtete sich nach dem Tatbestand und dem Empfänger des Geldes. Während das Opfer eine bestimmte Summe als eine Entschädigung für den erlittenen Schaden an Ehre und Leumund erhielt, forderten darüber hinaus einige Rechte ein Gewette als Aufwandsentschädigung für den Richter, dessen Beisitzer oder den Gerichtsherrn, der sich durch einen Bevollmächtigten vertreten ließ. Kaufmanns beobachtete 30-Schilling-Buße, die wohl vor allem in Städten mit *Magdeburger Recht* häufig zu finden war und ohne Gewette zu verstehen ist, stellt im Vergleich zu den vorgestellten Taxordnungen eine Ausnahme dar.

4.5 Das frühmittelalterliche Wergeld

Auch im frühen Mittelalter waren nach der Schwere der Tat abgestufte Bußtaxen eine verbreitete Form der Sanktionierung für Beleidigungen. In der *Lex Salica* mussten mit einer Grundbuße von 15 Solidi die Worte «cinitus», «falsator» und «delator» gesühnt werden. Demgegenüber wurde jener Täter, der eine Frau eine «Hure» schimpfte, mit 45 Solidi belegt. Nur ein Fünftel der Grundbuße kostete das Schmähwort «concacatus» (Wüstling) und der Vorwurf, im Gefecht den Schild weggeworfen zu haben oder davon gelaufen zu sein. Einen schimpflich «Hase» zu nennen, konnte mit drei, sechs oder auch 15 Solidi belegt werden; hier gibt die handschriftliche Überlieferung verschiedene Möglichkeiten wider. Am schwersten wurden Vorwürfe sanktioniert, die eine Verbindung zur Hexerei erkennen ließen. Falls eine Person beschuldigt

718 Art. 64: «Umb einen rechten pöswicht. Swer den andern anßpricht, er sei ein rechter pöswicht und er hab in verraten und verchauft, da sol man sein laugen umb nehmen mit seinem ayd, daz er ez nicht getan hab, ez mache dann dirr war mit zwain zû im, daz er ez getan hab. Der ist dem gericht schuldich worden leib und gût und den leip mit dem gût zu lösen und sol auf der stat swern zû den heiligen, daz er ienes friunt sey und auch driu tädinck nach einander auf daz recht sten und daz er offenlichen iech, daz er ienen angeseit hat und swaz er da gerdet hat, daz hab er durch anders nicht getan, dann durch neid und durch haz und von dheiner warheit. Wâr aber, ob er dez nicht tât, so sol man in fürbaz haben für einen schedlichen man.» Ebenda, S. 294.

wurde, einen Hexenkessel getragen zu haben, musste der Täter 62,5 Solidi büßen; dass dreifache dieser Summe drohte jenem, der eine Frau der Hexerei bezichtigte.⁷¹⁹ Im alamannischen Recht musste eine Frau, falls sie eine andere Hexe gescholten oder einen Mann der Falschheit und Arglist beschuldigt hatte, die hier geltende Grundbuße von zwölf Solidi zahlen. Ähnlich nach Geschlechtern und Schimpfwörtern abgestufte Bußen kennt das *Edikt König Rotharis*. Bezichtigte man eine Frau der Unzucht oder Hexerei, waren 20 Solidi zu zahlen, warf man einem Mann Feigheit vor, drohten zwölf Solidi Buße.⁷²⁰

4.6 Die ersten Gewette

In den *karolingischen Kapitularien* trat zum ersten Mal eine in Gewette und Buße geteilte Strafe auf: Falls eine Personen jemanden schmähte und deswegen verurteilt wurde, hatte sie dem König zwölf Schillinge, dem Opfer die Hälfte und dem Hausherrn, in dessen Rechtsbereich die Tat geschah, einen Schilling zu zahlen. Offenbar wurden hier zwei Tatbestände angesprochen: die Schmähung und die Störung des Hausfriedens.⁷²¹

719 Kap. 30: «1. Si quis alterum centium clamaverit, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur. 2. Si quis alterum conchagatum clamaverit, CXX denariis qui faciunt solidos III culpabilis iudicetur. 3. Si quis alterum vulpiculam clamaverit, CXX denariis qui faciunt solidos III culpabilis iudicetur. 4. Si quis alterum leporem clamaverit, CCXL denariis qui faciunt solidos VI culpabilis iudicetur. 5. Si quis alteri inputaverit, quod scutum suum proiecisset in oste vel fugiendo pre timore, CXX denariis qui faciunt solidos III culpabilis iudicetur. 6. Si quis alterum delatorem clamaverit et non potuerit conprobare, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur. 7. Si quis alterum falsatorem clamaverit et non potuerit conprobare, DC denariis qui faciunt solidos XV culpabilis iudicetur.» – Kap. 67: «1. Si quis alterum herburgium clamaverit, hoc est strioportium, aut qui aenum portare dicitur, ubi striae concinnunt, et convincere non potuerit, MMD denariis qui faciunt solidos LXII s culpabilis iudicetur. 2. Si quis mulierem ingenuam striam clamaverit aut meretricem et convincere non potuerit, VIIMD denariis qui faciunt solidos CLXXXVII s culpabilis iudicetur.» Zitiert nach Eckhardt: *Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911*, Bd. 1: *Salische und reburarische Franken* (1934), S. 46–48 und 96–98.

720 Art. 381: «Si quis alium arga per furorem clamaverit et negare non potuerit et dixerit, quod per furorem dixisset, tunc iuratus dicat, quod eum arga non cognovisset; postea conponat pro ipso iniurioso verbo solidos duodecim. Et si perseveraverit, convincat per punnam, si potuerit, aut certe conponat, ut supra.» Zitiert nach Beyerle: *Die Gesetze der Langobarden* (1947), S. 154–155.

721 Brunner: *Deutsche Rechtsgeschichte*, Bd. 2 (²1928), S. 866–867.

Mit den *karolingischen Kapitularien* setzen für etwa drei Jahrhunderte Belege für Bußtaxen im Injurienrecht aus. Erst der *Landfrieden König Friedrichs I.* vom Sommer 1152 beendet diese quellenarme Zeit und droht im Zusammenhang mit Realinjurien auch die Sanktionierung verbaler Beleidigungen an. Parallel zu dem noch immer bestehenden Kompositionensystem entwickelte sich mit den Gottes- und Landfrieden im hohen Mittelalter ein peinliches Strafgeld:⁷²² Mit fünf Pfund war die Summe aus *Friedrichs Landfrieden* im Vergleich zur Bußsumme für Realinjurien gering.⁷²³ Unter Friedrichs Herrschaft wurden dann auch entsprechende Bestimmungen in die *Stadtrechte von Hagenau* (1164) und *Schleswig* (1188) aufgenommen; ihnen folgten ab dem 13. Jahrhundert weitere Rechtstexte.

4.7 Sachleistungen

Für das frühe 14. Jahrhundert begegnen im städtischen Injurienrecht die ersten Gewette in Form von Sachleistungen. Die Art der Leistungen lässt in den meisten Fällen darauf schließen, dass sie entweder für das Gemeinwesen bestimmt waren oder Material für die Gerichtsstuben zum Gegenstand hatten oder zur Versorgung der Personen am Gericht beitragen sollten. Dadurch waren die Gewette unabhängig von der regionalen Preisentwicklung im Gegensatz zu den Geldbußen für das Opfer, die weiterhin in Münze gesühnt werden mussten. Es darf bei einigen älteren Rechtstexten als zweifelhaft gelten, ob die darin enthaltenen Bußsätze tatsächlich als eine angemessene

722 Sellert · Rüping: Studien- und Quellenbuch zur Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Bd. 1 (1989), S. 98–99.

723 Kap. 4: «Wenn jemand einen anderen gefangen nimmt und ihn ohne Blutvergießen mit Knüppeln mißhandelt oder dessen Haare oder Bart ausrauft, soll er demjenigen, dem das Unrecht so offensichtlich zugefügt wurde, zehn Pfund als Bußgeld zuwenden, doch dem Richter soll er zwanzig Pfund zahlen. Wenn er ihn aber unüberlegt ohne Verletzung angreift, was man gemeinhin «asteros hant» – mit hitziger Hand – nennt, und mit Schmähungen und Schlägen übel traktiert, soll er für solches Vergehen fünf Pfund zahlen.» (Si quis alium ceperit et absque sanguini effusione fustibus percusserit vel crines eius aut barbam expilaverit, decem libras ei, cui iniuria illata esse videtur, per compositionem impendat et iudici viginti libras persolvat. Si vero temerarius absque percussione eum invadat, quod vulgo dicitur ateros hant, calida manu, ac verberibus contumeliisque male tractaverit, V libras pro tali excessu persolvat.) Zitiert nach Weinrich: Quellen zur deutschen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250 (1977), S. 216–217.

Entschädigung aufgefasst wurden, denn es lassen sich über Jahrhunderte keine Anpassungen der Summen erkennen. Zum Beispiel blieben die Sätze im *Hamburger Recht* aus dem Jahr 1270 bis ins frühe 17. Jahrhundert konstant, also über vier Jahrhunderte.⁷²⁴

Wenn Bußtaxen über viele Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte konstant blieben, dürfte das ein Hinweis darauf sein, dass es sich bei den Bußen in der Regel nur um symbolische Beträge handelte, die auf reale Löhne und Preise keine Rücksicht nahmen und in Rechts Traditionen verankert waren.⁷²⁵ Unter diesen Umständen können Bußen auch nicht in jedem Fall als eine Schadensersatzleistung aufgefasst werden,⁷²⁶ es sei denn, man bezieht den Schaden auf die immateriellen Größen Ehre und Leumund. Aber selbst unter diesen Voraussetzungen müsste der Schaden durch das Hinzuziehen weiterer Kategorien messbar vor Augen geführt werden, etwa so wie es die ästimator-

724 Eichler: Das Hamburger Ordeelbook von 1270 samt Schiffrecht (2005), S. 184.

725 Die Preis- und Lohnentwicklung im Spätmittelalter fiel regional aufgrund politischer, wirtschaftlicher und witterungsabhängiger Bedingungen unterschiedlich aus (zu den Einflüssen siehe zum Beispiel die Grafik in Buszello, Horst: «Wohlfeile» und «Teuerung» am Oberrhein 1340–1525 im Spiegel zeitgenössischer erzählender Quellen, in: Bauer, Reich und Reformation. Festschrift für Günther Franz zum 80. Geburtstag am 23. Mai 1982, hg. von Peter Blickle. Stuttgart 1982, S. 30–34. Sie zeigen aber im Verlauf der Jahrzehnte erhebliche Schwankungen. Dafür einige Beispiele: In Rostock differierte der Lohn eines Zimmermanns zwischen 1350 und 1500 zwischen knapp 20 Mark und 300. Nicht ganz so drastisch variierten die Jahreslöhne der Maurer in der Hansestadt: Zwischen 1400 und 1520 erhielten die Maurer von knapp 40 Mark bis zu über 100 Mark. Siehe Hauschild, Ursula: Studien zu Löhnen und Preisen in Rostock im Spätmittelalter. Köln · Wien 1973 (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, N. F., 19), S. 45–46. Etwa im gleichen Zeitraum mussten die Rostocker zwischen knapp vier und zwölf Schillinge für einen Scheffel Roggen bezahlen, für eine Tonne Butter hingegen zwischen sieben und knapp 20 Mark. Ebenda, S. 141 und 145 (mit noch weiteren Beispielen). Ähnlich stark schwankende Zahlen für den Zeitraum von 1500 bis 1627 bietet Biederstedt, Rudolf: Löhne und Preise in Vorpommern 1500 bis 1627. Schwerin 2005 für den Hanseraum östlich Mecklenburgs. Für den süddeutschen Raum siehe zum Beispiel die tabellenreiche Arbeit für die Zeit von ca. 1400 bis 1800 von Elsas, Moritz J.: Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 1. Leiden 1936.

726 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 88: Bußen hätten keinen «primären Strafcharakter», sondern fielen «nach heutigen Gesichtspunkten unter den zivilrechtlichen Aspekt des Schadensersatzes bzw. der Genugtuung».

rischen Injurienklagen nahe legen, denen je nach Fall materielle Werte für die Bemessung zugrunde gelegt wurden. Über einen langen Zeitraum unveränderliche Bußen lassen sich nur selten in den Rechten finden, entweder weil die Taxen den Zeitumständen angeglichen wurden wie beispielsweise in den *Kursächsischen Konstitutionen* oder weil die Erneuerungen der Rechte aufgrund der Überlieferung nicht stringent nachvollzogen werden können.

Die erste bekannte Sachleistung wurde durch das oben erwähnte *Rüthener Stadtrecht* von 1310 festgesetzt. Dort musste der Delinquent, der den Bürgermeister oder die Ratsleute durch «snode wart» geschmäht hatte, zwei Eimer Wein dem Bürgermeister, einen Eimer jedem Ratsmann und je einen den «höchsten Boten» der Stadt bringen.⁷²⁷ Im thüringischen Ilmenau stellte das Stadtrecht für Delinquenten, die das Gesetz der Stadt oder deren Ratsmänner beschimpften, zwei mögliche Sanktionen in Aussicht: Sie sollten einen Garten (gerten) anlegen oder einen guten steinernen Erker (an der Stadtmauer) errichten.⁷²⁸ Das jüngere *Arnstädter Stadtrecht* von 1543 verfügte in vier Artikeln neben Geldzahlungen und anderem auch Steinlieferungen: Beleidigungen durch Auswärtige wurden mit einem Pfund Pfennigen und acht Fudern Steinen für den Stadtrat sanktioniert, das Opfer erhielt eine Entschädigung nach Ermessen der Ratsmänner. Für Beleidigungen unter Männern waren 20 Fuder Steine für den Rat fällig; wer den Rat beleidigte, hatte 60 Fuder zu liefern und wenn sich Personen im Rathaus schmähten, mussten sie zehn Fuder Steine geben.⁷²⁹ Schmähende Frauen hatten nach einigen städtischen Rechten Gewette in Form von einem Sack Hafer, von Schmalz, Schreibpapier oder Siegelwachs zu leisten.⁷³⁰

727 Art. 34: «Hyr steht eyne ander recht, Were dat also, dat eyne dem borghermeister effthe dem rade sceldewort gheue, al so dat he snode wart en gehue, de en an ere ede nicht en ghingen, de hedde ghebroken dem borghermeister twe eymer wynes vnd eyne yuliken vyt dem rade eyne, vnde der stat de hoghesten bothe also, vere als de wart van der stades weghene synt.» Zitiert nach Seibertz: *Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen*, Bd. 2 (1843), S. 78.

728 Walch: *Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht*, Bd. 7 (1781), S. 48. Im *Statut von Königsee* befindet sich ein im Wortlaut sehr ähnlicher Artikel. Siehe ebenda, Bd. 6 (1777), S. 19.

729 Michelsen: *Rechtsdenkmale aus Thüringen* (1863), Art. 9, 11, 132 und 133, S. 44 und 74.

730 Beispiele bei Köstlin: *Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte* (1855), S. 433–434. Noch weitere Beispiele zu Sachleistungen ebenda, S. 234–236 und 369 sowie bei Müller-Burgherr: *Die Ehrverletzung* (1987), S. 93–94.

4.8 Die ästimatorische Injurienklage

Die vierte und letzte Möglichkeit einer Forderung nach einer Geldzahlung oder Sachleistung lag mit der ästimatorischen Injurienklage (*actio iniuriarum aestimatoria*) vor, einer Klageform, die bereits den mittelalterlichen Legisten und Kanonisten aus den *Digesten* und *Institutionen* des römischen Rechts bekannt war.⁷³¹ Darunter wird eine Klage verstanden, durch die der entstandene Schaden einer Ehrenkränkung (*iniuria*) vom Kläger selbst geschätzt und vor Gericht vom Beklagten in Form einer Geldbuße eingefordert werden konnte (*aestimatio* = Schätzung eines Wertes). Die Höhe der geschätzten Schadensersatzforderung – der neben der Straf- auch eine Genugtuungsfunktion innewohnte⁷³² – hatte aber letztlich der Richter festzulegen.⁷³³

Der Klage lag eine von Kaufmann so bezeichnete «Schätzungsformel» zugrunde, die in etwa so lautete: «Nicht für hundert Pfund würde ich die Wahrheit dieser Behauptung anerkennen.»⁷³⁴ Diese Formel habe sich nach Kaufmann in folgende praxisnahe Redefigur im fränkischen Rechtskreis gewandelt: «Ich nehme nicht tausend Mark, daß die Beleidigung wahr ist!»⁷³⁵ Mit Hilfe dieser Rechtsfigur konnte der Beleidigte nun im Rahmen einer ästimatorischen Injurienklage auf Schadensersatz klagen. Der in der Schätzungsformel genannte Wert wurde in dieser Klageform zum Schadensersatzwert.⁷³⁶ Nach Kaufmann kannte das deutsche Recht bis zum 15. Jahrhundert diese Schät-

731 Iustiniani digesta, lib. 47, 10 «De iniuriis et famosis libellis» und Iustinianiani Institutiones, lib. 4, 4 «De iniuriis».

732 Balthasar: Der Schutz der Privatsphäre im Zivilrecht (2006), S. 15.

733 Zur Geschichte der ästimatorischen Injurienklage siehe Mainzer: Die ästimatorischen Injurienklage in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1908).

734 Kaufmann: Das spätmittelalterliche Schadensersatzrecht und die Rezeption der «actio iniuriarum aestimatoria» (1961), S. 98.

735 Zum Beispiel bei Kilian König: «Die Klage wider iniurien sachen wird nach den gemeinen Rechten darauf gestellet/ das der klegler seine schmach vnd iniurien achten mag auff eine summa geldes/ vnd sagen/ er wölle viel lieber soviel vnd mehr von seinen gütern verlieren/ wo er so stadthafftig were/ denn die schmach vnd iniurien dulden.» Zitiert nach König, Kilian: Processus vnd Practica der gerichtslauffte/ nach dem gebrauch Sechsischer Landart/ aus den gemeinen Bäpstlichen/ Keiserlichen vnd Sechsischen Rechten. Leipzig 1541 (VD16 K1846), Kap. III, Anm. 3.

736 Kaufmann: Das spätmittelalterliche Schadensersatzrecht und die Rezeption der «actio iniuriarum aestimatoria» (1961), S. 98–99.

zungsformel nicht. Im sächsischen Rechtskreis lassen sich erste Hinweise auf diese Klageform im frühen 15. Jahrhundert ausmachen, sie bleibt aber vorerst selten.⁷³⁷ Für Klagen am *Ingelheimer Oberhof* aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts kann Kaufmann hingegen überzeugend darlegen, dass die Schätzungsformel oft in Anspruch genommen wurde. Forderungen in Höhe von 100, 500 und 1000 Gulden treten für den Tatbestand der Beleidigung oft auf.⁷³⁸ In den frühen Stadtrechtsreformationen des 16. Jahrhunderts, wie zum Beispiel aus der Stadt Freiburg im Breisgau (1520 inkraftgetreten), fand die ästimatorische Injurienklage dann ebenfalls Eingang.⁷³⁹

5. Strafrechtlich oder bürgerlich klagen?

Ab dem 15. Jahrhundert liegen deutschsprachige Rechtstexte vor, aus denen hervorgeht, wie eine bürgerliche und eine strafrechtliche Klage auf Beleidigung und Verleumdung bei einem Gericht einzureichen bzw. vorzutragen war. Diese Möglichkeit ging auf die oben besprochenen Stellen im römischen Recht zur ästimatorischen Injurienklage zurück; dort heißt es nämlich, dass nicht nur die Zahlung einer Geldbuße verlangt werden könne, sondern es war dem Kläger auch möglich, «criminaliter», das heißt strafrechtlich, gegen Delinquenten vorzugehen.⁷⁴⁰ In Anlehnung an diesen Passus wird unter dem

⁷³⁷ Ebenda, S. 97–107.

⁷³⁸ Ebenda, S. 119.

⁷³⁹ Unter Beibehaltung des älteren Rechts verfügte der Freiburger Stadtrat: «Doch diewil wir manigfaltiglich gehört vnd erfunden, das sich vnser vnderthonen zuziten lichtlich entbort, etwe mit schwächlichen schweren worten, einandern geschmecht, vnd darnach im rechten solichs verantwort, als ob es vß bewegnuß zorns geschehen wer etc. So haben wir gesetzt vnd geordnet, wo sich solich hendel füro hin in vnser Statt gepiet vnd obrikeiten begeben, das dann ein yetlicher der den andern also vnbillicher wise in zorn schmecht, vnd übel zuredt, demselben allen sinen kosten vnd schaden, der jm in rechtvertigung, vnd sunst daruß erwachsen wer, zu sampt dem freuel, den er dem Schultheis vnd vns, zugeben schuldig ist, abtragen sol, doch vns vnd den Richtern die mutmassung deßselben kostens in allweg vorbehalten [...]» Nüwe Stattrechten und Statuten der loblichen Statt Fryburg (1520), fol. 93v.

⁷⁴⁰ Iustiniani Institutiones, lib. 4, 4, 10: «In summa sciendum est, de omni iniuria eum, qui passus est, posse vel criminaliter agere, vel civiliter. Et, si quidem civiliter agatur, aestimatione facta, secundum quod dictum est, poena imponitur.

Titel «De iniuriis et damno dato» die Ehrverletzung als Tatbestand in die *Dekretalen Papst Gregors IX.* aufgenommen⁷⁴¹ und in der Folge immer wieder ausführlich besprochen, beispielsweise von Accursius (* ca. 1185 † 1263), Heinrich von Segusio (* ca. 1194 † 1271) und Bartolus a Saxoferrato (* 1313/1314 † 1357).⁷⁴²

5.1 Die ersten Textzeugen im deutschen Recht

Der von einem Anonymus verfasste *Klagespiegel* (um 1425, ältester Druck zwischen 1460 und 1470), die *Wormser Reformation* von 1498 (gedruckt 1499), der *Laienspiegel* Ulrich Tenglers (* 1447 † 1511) von 1509 und die im gleichen Jahr publizierte *Frankfurter Reformation* waren die ersten deutschen Rechtsbücher, die eine prozessrechtliche Behandlung der Injurien auf dem straf- und zivilrechtlichen Weg vorschrieben – in der Sprache der Quellen bezeichnet mit «peinlich» und «burgerlich» bzw. «criminaliter» und «civiliter». ⁷⁴³

Sin autem criminaliter, officio iudicis extraordinaria poena reo irrogatur: Hoc videlicet observando, quod Zenoniana constitutio introduxit, ut viri illustres, quique supra eos sunt, et per procuratorem possint actionem iniuriarum criminaliter vel persequi, vel suscipere, secundum eius tenorem, qui ex ipsa manifestius apparebit.» Siehe dazu Mommsen: *Römisches Strafrecht* (1899), S. 801.

741 *Decretales Gregorii IX. (Liber extra)*, lib. 5, tit. 36, cap. 9: «Si culpa tua datum est damnum vel iniuria irrogata, seu aliis irrogantibus opem forte tulisti, aut haec imperitia tua sive negligentia evenerunt: iure super his satisfacere te oportet, nec ignorantia te excusat, si scire debuisti, ex facto tuo iniuriam verisimiliter posse contingere vel iacturam.»

742 Balthasar: *Der Schutz der Privatsphäre im Zivilrecht* (2006), S. 18–19 und 24.

743 Hälschner: *Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung* (1864), S. 342, und Helfritz: *Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung* (1905), S. 62, geben als erste bekannte Quelle einen Artikel aus dem *Lübischen Recht* an. Dieser Artikel unterscheidet zwar zwischen bürgerlicher und peinlicher Klage, jedoch ist unklar, in welches Jahr er zu datieren ist. Beide beziehen sich auf die Ausgabe des *Lübischen Rechts* von Johann Friedrich Hach (*1769 † 1851) aus dem Jahr 1839. Der Artikel ist dort in der vierten Abteilung der Edition wiedergegeben, in der Hach ohne Zusammenhang alle von ihm aus Druckwerken zusammengetragenen Artikel bekannt gibt, die er in den älteren handschriftlichen Codices nicht vorfand. Den gesuchten Artikel übernahm er aus der Zusammenstellung des *Lübischen Rechts* des Juraprofessors Heinrich Brokes (* 1706 † 1773) von 1765. Weder bei Hach noch bei Brokes wird eine Datierung gegeben.

Während Tengler nur die bürgerliche Klage für Verbalinjurien vorsieht,⁷⁴⁴ überlässt es die *Wormser Reformation* nach dem Vorbild des *Klagespiegels*⁷⁴⁵ dem Kläger, welchen Weg er einschlägt; ist die Klage vor das Gericht gebracht, kann die alternative Klage nicht mehr eingereicht werden. Zivilrechtlich soll geklagt werden, wenn der Kläger einen Schadensersatz fordern will. Falls eine strafrechtliche Klage eingereicht wurde, sollte nach den kaiserlichen Rechten gestraft werden. Dazu gehörte bei Überführung des Beklagten ein Widerruf an dem Platz, an dem die Injurie ausgesprochen wurde (wie es bereits Thomas von Aquin formuliert hatte) oder an einem anderen öffentlichen Ort wie zum Beispiel auf einer Kanzel, vor der städtischen Münze oder auf dem Markt. Die

Da der Artikel in den älteren handschriftlichen Statuten, die Hach vorlagen, also nicht erwähnt wird, dürfte er eine spätere frühneuzeitliche Ergänzung sein, die hier nicht weiter berücksichtigt, sondern nur im Wortlaut wiedergegeben wird: «So up wedderrop werdt geklagt. Wenner dat jemand up wedderrop klaget, so werdt keine pinliche straffe von der overicheit deshalven vorgenamen, sundern alleine gebeden, dat deme beleidigten afdracht und ergetzlichkeit siner ehre mit einem wedderrop beschehe, welliches is eine bürgerliche und keine pinliche klage.» Zitiert nach Hach, Johann F. (Hg.): *Das Alte Lübsche Recht*. Lübeck 1839, S. 581, Art. 80. Auf die prozessrechtliche Unterscheidung geht kurz, jedoch sehr informativ auch Brunnenmeister, Emil: *Die Quellen der Bambergensis*. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Strafrechts. Leipzig 1879, S. 255–258, ein.

744 Tengler: *Layen Spiegel* (1509), zweiter Teil, Blatt 82v: «Forma burgerlicher clag vmb Iniuri: Herr Richter vor eüch clagt N. wider N. vnd sagt/ wie jn der benannt n. auff die n. zeitt/ an den n. ennden/ ainen hürnsun/ bößwicht/ dieb/ kätzer/ bescholten/ ain smachschrift oder lyed von jm gedicht oder auffpracht. Oder jm an seinen oder der seinen leib/ eern/ oder gütt beschedigt/ das er auff N. guldin achter/ vnd ee verliern weder solich welt gedulden/ doch mit vorbehalte wer rechtliche mässigung. Hierub[er] begert er rechtlich züerkennen/ das der selb N. jn daran vnrecht gethon hab vnd schuldig sey/ darumb mit der benannten N. guldin nach ewer mässigung wandel vnd abtrag/ auch gewiße haith thûn, das er es füran vermeiden soll etc. vt supra.»

745 Titel «De actione iniuriarum», fol. 16v–19r. Auf fol. 17v heißt es: «Nota in dieser clage magst du ciuiler oder criminaliter clagen [...]» Es folgt eine ausführliche Darstellung, welche Tatbestände auf welchem Weg zu klagen und welche Strafmaße dafür anzusetzen waren. Zitiert nach Clag, antwort vnnd ausgesprochene vrteil, getzogen aus geistlichen vnd weltlichen Rechten, dodurch sich ein yeder, er sey cläger, antworter oder Richter, vor vnrechter that, handelung vnd furnemen hutten mag. Mainz ca. 1480 (*Klagespiegel*, GW M16331).

Strafe sollte ermessen werden am Ansehen des Opfers sowie an der Schwere und Gestalt der Injurie.⁷⁴⁶

Die *Frankfurter Reformation* schildert den entsprechenden Gerichtsprozess ausführlicher: Der Kläger soll die Klage mündlich vorbringen, desgleichen soll der Beklagte mündlich darauf antworten und wenn nötig, eine «defensio» bzw. eine Gegenklage vorbringen. Anschließend mussten die Zeugen von den Parteien benannt werden. Diese hatten nach geschworenem Eid ihre Aussage vor den Schöffen abzulegen, die durch den Gerichtsschreiber notiert werden sollte. Danach kamen die Schöffen zu einem Urteil, dass durch den Gerichtsschreiber dem obersten Richter und den Parteien beim nächsten Gerichtstag vorgetragen wurde. Die Prokuratoren der Parteien hatten nun noch einmal die Möglichkeit, die Zeugenaussagen zu hören, bevor das endgültige Urteil, das von einer Appellation ausgeschlossen war, gefällt wurde.

An diese Prozessordnung schließt sich eine Taxordnung mit den Geldbußen, die in der erneuerten *Reformation* von 1578 aufgrund der zunehmenden «Boßheyt bei Alten vnd Jungen» erheblich erhöht wurden. Ebenda wird auch ausgeschlossen, dass auf straf- und zivilrechtlichen Weg geklagt werden könne; nur eine Alternative stand dem Kläger offen. Das zivilrechtliche Prozessverfahren war identisch mit dem eben geschilderten strafrechtlichen. In einem letzten Titel legt die *Reformation* noch fest, dass Verbalinjurien gemäß den kaiserlichen Rechten nach zwölf Monaten verjähren.⁷⁴⁷

Bemerkenswert ist der Zusatz zur Appellation in den *Reformationen*. Sie untersagen ausdrücklich einen weiteren Gerichtsgang. Wenige Jahre später wird auf reichsrechtlicher Ebene das Appellationsrecht zu Injurienklagen thematisiert. In der auf dem Wormser Reichstag aufgerichteten *Reichskammergerichtsordnung* von 1521 heißt es, dass Appellationssachen im

746 Buch 3, 1. Teil, fol. 38r: «Vnd heist das burgerlich angeclagt: Wan einer syn schmach achtet vn[d] setzt an gelt: vn[d] in synem rechtsatz begert ym sölich schmach abzulegen mit gelt oder gelds wert. Pynlich zuclagen ist, wan einer syn bit vnd beger setzt mit recht zu erkennen, das der ym schmach oder iniuri gethan hat, soll gestrafft werden nach sag der keyserlichen recht, gestalt der Iniuri. So es schmachwort weren durch ein widerspruch an dem ort, da soliche wort oder Iniuri gescheen weren oder vff einer Cantzeln oder offenbaren Platz als vor der Müntz, vff dem Marck vnd derglichen.» Zitiert nach Der Statt Wormbs Reformation (1499).

747 Der Statt Franckenfurt erneuerte Reformation (1587), Teil 10, Tituli 2–4, Blätter 254v–258r. Die gleiche Verjährungsfrist findet sich auch bei Brant: Der Richterlich Clagßpiegel (1516), Blatt 12v (De actione iniuriarum): «Item wo ich mitt worten oder gesanck geschmähet wurde/ vn[d] schwige ein iare/ mag ich fürbaß nit clagen.»

Wert von unter 50 Gulden nicht angenommen werden dürfen. Von dieser Bestimmung sei die Injurienklage ausgenommen, wenn auf Widerruf oder auf einen Schadensersatz von über 50 Gulden geklagt werde. Beide Klagen sind beim kaiserlichen Kammergericht als zivilrechtliche Klagen einzureichen.⁷⁴⁸

Nach den eben besprochenen Rechtsbüchern bestand das Ziel der Strafrechtsklage darin, den Beklagten vor Gericht der beschuldigten Injurie zu überführen. In einem zweiten Schritt sollte der Leumund des Klägers durch einen öffentlichen Widerruf wieder hergestellt werden und in einem dritten Schritt hatte der überführte Täter entweder nach Ermessen des Richters oder nach einer festen Taxgebühr eine Buße zu entrichten, die, falls sie in Form von materiellen Werten geleistet werden musste, an das Gericht verfiel. Mit der bürgerlichen Klage forderte der Kläger vom Beklagten einen Schadensersatz in Höhe einer persönlichen Forderung oder einer ortsüblichen Taxe. Diese Schadensersatzklage richtete «sich auf den Ausgleich der Vermögensbeschädigung und zielt nicht mehr auf PrivatStrafe».⁷⁴⁹ Obwohl auch in diesem Verfahren die Schuld des Beklagten festgestellt werden musste, war eine Ehrenerklärung oder ein Widerruf nicht Bestandteil des Urteils. Die vielfältigen Möglichkeiten der Demütigung des Täters durch einen Widerruf entfielen also, allerdings dürften die Ehre und der Leumund des Klägers allein schon durch das für ihn positive Urteil und die Auszahlung der Ersatzleistung wieder restituiert worden sein.⁷⁵⁰

748 Kap. 24 § 1: «Wir ordnen, setzen und wollen auch, daß die Appellation-Sachen, so unter fünffzig Gülden Haupt-Guts wären, an Unserm Käyserlichen Cammer-Gericht nicht angenommen, auch von dem Richter voriger Instanzen nicht zugelassen, sondern die Urtheil auff Ansuchen der Partheyen von ihm exequirt und vollnzenogen werden. Doch sollen hierin die Sachen Injuriarum, so anderst nicht durch den Injuriaten unter funffzig Gülden aestimiret werden, auch Obrigkeit, Gerechtigkeit, persönliche und Feld-Dienstbarkeit, ewige unablößliche Gült, Zinß und Nutzung, auch andere dergleichen, so nicht gewisse Achtung hätten, ausgenommen seyn.» Zitiert nach Senckenberg, Heinrich Christian von (Hg.): Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Welche von den Zeiten Kayser Conrads II. bis jetzo, auf den Teutschen Reichstagen abgefasset worden, sammt den wichtigsten Reichs-Schlüssen, so auf dem noch fürwährenden Reichs-Tage zur Richtigkeit gekommen sind, in vier Theilen. Frankfurt am Main 1747, Teil 2, S. 187. Diese Bestimmung wird leicht variiert wiederholt in der Kammergerichtsordnung von 1523 in Kap. 1 § 5 (ebenda, S. 247–248) und von 1555 in Kap. 28 § 4 (ebenda, Teil 3, S. 104).

749 Kaufmann: Das spätmittelalterliche Schadensersatzrecht und die Rezeption der «actio iniuriarum aestimatoria» (1961), S. 94.

750 Die beiden Statuten zeigen, dass Hälschners Behauptung zu modifizieren ist, die besagt: «Wo ein Klage auf Widerruf stattfindet, ist auch eine bürgerliche

5.2 Ursprung der straf- und zivilrechtlichen Klage

Diese Verfahrensweise, wonach zivil- oder strafrechtlich geklagt werden konnte, aber nur eine von beiden Klagen vor ein Gericht gebracht werden durfte, war den Schöpfern der zitierten Rechtsbücher mittelbar oder unmittelbar aus den *Justinianischen Digesten* bekannt.⁷⁵¹ In das *Corpus Iuris Canonici* gelangte diese Form über Papst Gregor IX. (siehe S. 294–295). Allerdings muss das Kirchenrecht nicht zwangsläufig eine Vorbildfunktion für nachfolgende Rechtstexte in Bezug auf die Injurienklage übernommen haben. Denn Robert Mainzer hat glaubhaft versichern können, dass einflussreiche Rechtsgelehrte wie beispielsweise Roffredus von Epiphania (* ca 1170 † nach 1244) während der ersten Rezeptionsphase des römischen Rechts vor allem frühmittelalterliche langobardische Gesetze als Grundlage ihrer Glossen und Kommentare verwendeten. Es wäre auch möglich, dass einzelne Titel aus den *Gesetzen Rotharis*, *Liutprands* und anderer lombardischer Rechtsquellen herangezogen worden sind.⁷⁵²

Als Vorbild für die Unterscheidung in zivil- und strafrechtlichen Gerichtsgang in Deutschland wurde von Helfritz Roberto Marantas *Tractatus de ordine iudiciorum* (Erstaufl. 1540) geltend gemacht; dort soll Maranta als erster die Streitfrage aufgerollt haben, ob eine «Klage auf Widerruf und Abbitte eine actio civilis oder criminalis sei». Maranta hielt die Klage für ein «iudicium mere criminale» und berief sich dabei auf das Werk des Paris de Puteo (* 1410 † 1493, auch: Paride Del Pozzo): *De syndicatu tractatus* (Erstaufl. 1472, auch: *De syndicatu officialum* bzw. *Tractatus in materia sindicatus*). Paris

Klage. Der Satz aber, daß der Beleidigte nach seiner Wahl civiliter oder criminaliter klagen könne, ist jener Zeit noch unbekannt, und die peinliche Klage ist durchaus auf die Schmähschrift und Calumnie beschränkt.» Zitiert nach Hälschner: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1864), S. 344. – Nicht jede Klage auf Widerruf ist eine bürgerliche Klage und peinliche Klagen sind mitnichten auf Schmähschriften und die Calumnie beschränkt.

751 *Corpus Iuris Civilis*, Iustiniani digesta, liber 47.10.6 (Paulus libro 55 ad edictum): «Quod senatus consultum necessarium est, cum nomen adiectum non est eius, in quem factum est: tunc ei, quia difficilis probatio est, voluit senatus publica quaestione rem vindicari. Ceterum si nomen adiectum sit, et iure communi iniuriarum agi poterit: nec enim prohibendus est privato agere iudicio, quod publico iudicio praeiudicatur, quia ad privatam causam pertinet. Plane si actum sit publico iudicio, denegandum est privatum: similiter ex diverso.»

752 Mainzer: Die ästhetische Injurienklage in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1908), S. 38–61.

forderte, dass eine Genugtuung «ein der Schwere der Beleidigung angemessenes Strafübel enthalten müsse».⁷⁵³ Es dürfte aber ausgeschlossen werden können, dass Maranta tatsächlich zum Vorbild für deutsche Juristen in dieser Frage geworden ist. Denn Helfritz war offensichtlich nicht geläufig, dass es zwei Juristen desselben Namens gab: Roberto Maranta der Ältere und der Jüngere – Vater und Sohn. Der Vater starb um 1530, das angesprochene Werk erschien in erster Auflage allerdings erst 1540 in Venedig. Entweder ist es also nicht auf den Vater zurückzuführen oder es wurde posthum durch den Sohn herausgegeben. In jedem Fall aber wäre es zu spät publiziert worden, um Einfluss auf die Unterscheidung in den erwähnten deutschen Rechtsbüchern ausüben zu können.

Maranta war nicht der einzige und auch nicht der erste Gelehrte für römisches Recht, der sich eingehender mit der Injurienklage beschäftigte. Vor ihm in der Reihe standen ihrer Zeit bekannte und oft rezipierte Rechtsgelehrte des 13. und 14. Jahrhunderts wie der erwähnte Roffredus de Epiphanio, Azo Portius (* ca. 1150 † 1230), Hostiensis, Guillemus Durantis, Petrus de Bellapertica, Albertus de Gandino, Jacobus de Bellovisu, Albertus de Rosate und für das 15. Jahrhundert Jason de Mayno. Roffredus, Hostiensis und Durantis sollten hinsichtlich ihrer Unterscheidung in Verbal- und Realinjurien, ihrer Beispiele für Verbalinjurien und ihrer Taxierung sanktionierter Schimpfworte den stärksten Einfluss auf die nachfolgenden Rechtstexte besitzen.⁷⁵⁴

Der *Klagespiegel* – erste bekannte deutsche Rechtsquelle mit der Unterscheidung in eine zivil- und eine strafrechtliche Injurienklage – schöpfte nachweisbar aus den Schriften des Roffredus, Durantis, Gandino und insbesondere aus Azos *Summa super codicem*.⁷⁵⁵ Azo (* ca. 1150 † 1230) setzte sich ausführlich im 35. Kapitel (De iniurijs) des neunten Buches seiner Schrift mit den realen, verbalen und schriftlichen Injurien auseinander; und dort heißt es tatsächlich und vielleicht zum ersten Mal im Zusammenhang mit

753 Helfritz: Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 91.

754 Mainzer: Die ästimatorische Injurienklage in ihrer geschichtlichen Entwicklung (1908), S. 38–61. Mainzer zählt folgende wichtige Werke auf: Roffredus: *Solemnis atque aureus tractatus libellorum*. – Jacobus de Bellovisu: *Libellus iniuriarum*. – Petrus de Bellapertica: *Quaestiones et decisiones aureae*. – Jason de Mayno: *Commentaria super codice*. – Hostensis: *Summa aurea*. – Guillemus Durantis: *Speculum*. Von den jüngeren Rechtsgelehrten erwähnt er: Angelus Aretinus, Julius Clarus, Aegidius Bossius und Prosper Farinacius.

755 Ausführlich dazu Brunnenmeister: Die Quellen der Bambergensis (1879), S. 143–159.

der mittelalterlichen Behandlung von Injurien, dass man «criminaliter» und «civiliter» klagen könne.⁷⁵⁶

Während die Unterscheidung in zivil- und strafrechtlichen Prozessgang auf römisches Recht zurückzuführen ist, lag mit der Genugtuung eine Strafform vor, die im römischen Recht für eine Injurienklage nicht bekannt war. Demnach mussten zwei unterschiedliche Formen der Handhabung abgeglichen werden.⁷⁵⁷ Dieser Aufgabe widmeten sich die Rechtsgelehrten mit einigem Sammeleifer, denn sie präsentieren in ihren Rechtsbüchern die Summe aus kirchlichem, kaiserlichem, römischem und partikularem Recht, um im Ergebnis ein einheitliches Formular für ihren Rechtsbereich anzubieten, dass es in dieser Art in Deutschland bisher noch nicht gab.

756 «Nam et si nomen adiectum non est, quia probatio difficilis est nihilominus publica questione per criminalem accusationem reus iudicat vel iudicatur. Si autem nomen adiectum est, et iure communi potest agi actione iniuriarum forte et agetur civiliter de iniuria ubi nomen non est adiectum si probetur in cuius infamiam scripsit quod difficile est probari. Et eodem modo tenetur ille qui libellum famosum vel similem scripturam curavit emendum vel vendendum.» Zitiert nach Azonis summa super codicem. Instituta. Extraordinaria. Turin 1966 (Corpus glossatorum juris civilis, ND von 1578), S. 338.

757 In der Sache ähnlich, aber eine auf die Kapitalstrafen fixierte Unterscheidung kannten die sächsischen Juristen des 16. Jahrhunderts. In den *Kursächsischen Konstitutionen* heißt es im letzten Teil (Von peinlichen Sachen), dass nach Kaiserrecht zwei Delikte existierten: «privata» und «publica». Zu den privatrechtlichen Delikten zählten Raub, Diebstahl, Schadenssachen (damnum) und Injurien, die nicht mit Leibesstrafen sanktioniert wurden. Nun aber wären nur noch Injurien und Schadenssachen Privatdelikte, die anderen hingegen Kapitalstrafen (capitalia). Siehe dazu Lück, Heiner: Strafe und Sühne im Spiegel kursächsischer Rechtspraxis auf der Grundlage des Sachsenspiegels und seiner gelehrten Bearbeitungen, in: *Kriminalität in Mittelalter und Früher Neuzeit. Soziale, rechtliche, philosophische und literarische Aspekte*, hg. von Sylvia Kesper-Biermann · Diethelm Klippel. Wiesbaden 2007 (Wolfenbütteler Forschungen, 114), S. 53.

6. Rügegerichte und Rügeverfahren

Unter dem Wort «Rüge» wurde in Mittelalter und Neuzeit eine gerichtliche Anzeige und Anklage verstanden.⁷⁵⁸ Darauf basierend formulierte Heinrich Brunner die beiden Fachbegriffe «Rügegericht» und «Rügeverfahren». An der Spitze eines Rügegerichtes stand ein durch den König bevollmächtigter Richter, der in einem Untersuchungsbezirk mehrere angesehene Männer als vereidigte Rügegeschworene auswählte, die verdächtige Taten zur Anzeige bringen sollten.⁷⁵⁹ Dieses Verfahren ist in etwa gleichzusetzen mit einer rechtsförmlichen Klage vor einem Richter. Falls einer der Geschworenen allerdings eine Person falsch angeklagt hatte, wurde er, wenn es sich um einen Geistlichen handelte, wegen Meineides (*periurium*) gebannt, oder, wenn der Delinquent ein Laie war, mit der Zahlung eines Wergeldes (*widrigild*) belegt.⁷⁶⁰ Offenbar weigerte sich aufgrund dieser Verfahrensweise so manch

758 Daneben bestanden noch andere Bedeutungen: Tadel, Streit, Verbrechen oder Verleumdung. Sellert, Wolfgang: Art. Rügegericht, Rügeverfahren, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 1201.

759 So das *Kapitular König Pippins für Italien* (782–786), cap. 3: «Iudex unusquisque per civitatem faciat iurare ad Dei iudicia homines credentes iuxta quantos previderit, seu foris per curtes vel vicoras ibi mansuros, ut, cui ex ipsis cognitum fuerit id est homicidia, furta, adulteria et de inlicitas coniunctiones, ut nemo eas concelet. Et hoc damus in mandatis, ut si quis venerit iustitias reclamare super quampiam hominem, dicendo de homicidia, furta aut de praeda, et ille super quem dixerit denegare voluerit, tunc ille qui reclamat si potuerit approbet illud; et si forsitan ipse non potuerit approbare, et ipse super quem dicit negaverit quod malum ipsum nec ipse nec homines ipsius perpetrassent, et posuerit excusationem et dixerit: «nomina michi homines meos qui tibi malum illum fecerunt; ego tibi de illos iustitias facio», et ille incognitus qui reclamat et nomina de illos homines non scit et nec approbare potest, et ipsi qui exinde sic veritatem sciunt denegare voluerint, et ille qui reclamat dixerit: «quia homo ille exinde scit veritatem», tunc iudex ille qui in loco ipso est faciat iurare homines illos, quilibet sint, Francos aut Langobardos, quod ipse nominative dixerit, et dicant exinde veritatem; et si credentes homines fuerint, in manus comiti sui dextrent. Et si latrocinia vel furta aut preda ipsa inventa fuerit, emendetur iuxta ut eorum est lex, ut populus hic habitantibus aut advenientibus in pace vivere valeant.» Zitiert nach Boretius: *Kapitularia regum Francorum*, Bd. 1 (1883), Nr. 91, hier S. 192–193.

760 *Kapitular König Pippins für Italien* (800–810?), cap. 4: «De illis hominibus vel sacerdotibus aut quibuslibet per regnum nostrum, qui propter premia aut parentellam

einer, das Amt eines Rügegeschworenen zu übernehmen. Jedenfalls legen das Bestimmungen aus der Mitte des 9. Jahrhunderts nahe, die eine Ablehnung der Berufung zum Rügegeschworenen verboten.⁷⁶¹ Das Rügeverfahren weicht von den üblichen karolingischen Klageverfahren ab, in denen der Verletzte oder ein Vormund der verletzten Person die Klage erhob. Wolfgang Sellert (* 1935) sieht in dieser Verfahrensform einen Zusammenhang zwischen sich verdichtender Herrschaft unter den Karolingern (Staatswerdung) und der Entwicklung eines öffentlichen Strafverfahrens.⁷⁶² Die Rügegerichte wären nach Brunner wohl immer dann zusammengetreten, wenn die Anzahl land-schädlicher Personen bedenklich zugenommen hätte.⁷⁶³

6.1 Bischöfliches Sendgericht

Seit Mitte des 9. Jahrhunderts verbreitete sich das bischöfliche Sendgericht als eine weitere Form des Rügegerichts in Deutschland und in Nordfrankreich. Die Bischöfe übertrugen eine Kombination aus Elementen der (inner-) kirchlichen Strafgerichtsbarkeit und der Kirchenbuße auf ihre strafgerichtliche Gewalt über Laien.⁷⁶⁴ Auf ihren Visitationen suchten Bischöfe oder bevollmächtigte Vertreter nach Verstößen gegen die christliche Ordnung durch die Befragung von vereidigten Sendzeugen. Das Besondere an diesem kirchlichen Rügegericht ist, dass ihm ein vom profanen Recht dieser Zeit abweichendes Verständnis zugrunde lag: Nicht nur das Opfer werde durch

de nostra iustitia inquirentibus aut emendantibus vicia veritatem obfuscare volunt missis vel fidelibus nostris ut se in periuria mittant, iubemus atque precipimus, ut si suspitio fuerit quod periurassent, ut postea ad campum vel ad crucem iudicetur, ut ipsa veritas vel periurium fiant declarata. Et si domini fuerit voluntas, quod per ipsa iudicia veritas aut periurium declaretur, tunc volumus atque iubemus, ut, si sacerdos vel clericus fuerit, dupliciter bannum nostrum persolvat sicut superius decrevimus et postea secundum sanctos canones iudicetur; et si laicus fuerit, widrigild suum ad partem nostram persolvat.» Zitiert nach ebenda, Nr. 100, S. 208.

761 *Kapitular König Ludwigs II.* (850), cap. 3: «[...] et cuiuscumque gentis aut conditionis fuerint, per quos hoc inquiri melius potuerit, iusiurandum dare, cum a comite conventus fuerit, recusandi non habeat potestatem.» Zitiert nach Boretius, Alfred · Krause, Victor (Hg.): *Capitularia regum Francorum*, Bd. 2, Hannover 1897 (*Monumenta Germaniae Historica. Leges*, 2). (1897), Nr. 213, S. 87.

762 Sellert: *Art. Rügegericht, Rügeverfahren* (1990), Sp. 1203.

763 Brunner: *Deutsche Rechtsgeschichte*, Bd. 2 (²1928), S. 643.

764 Kéry: *Verbrechen und Strafen im kanonischen Recht des Mittelalters* (2007), S. 18.

die delinquente Tat geschädigt, sondern auch das Gemeinwesen.⁷⁶⁵ Deshalb müsse gerügt werden, auch durch Personen, die zwar keinen unmittelbaren Opferstatus einnahmen, aber dennoch durch die Tat betroffen waren, denn der Täter habe Gottes Zorn erweckt:

[...] mit Hilfe der Bestrafung distanzierte sich die christliche Gemeinschaft von Übeltätern, macht deutlich, daß sie deren Tat als schwere Sünde erkennt und kann so die göttliche Strafe verhindern, die nicht nur den Täter, sondern die gesamte Gemeinschaft gleichsam als «Mittäter» treffen würde. Im Verfahren des Sendgerichts kommt eine ähnliche Überzeugung in der Maßgabe des Bischofs zum Ausdruck, daß jeder, der nicht alles aussagt, was er über den Lebenswandel seines Nächsten weiß, wegen der Sünde eines anderen die ewige Verdammnis riskiere.⁷⁶⁶

Was Lotte Kéry hier beschreibt, setzt eine christliche Gemeinschaft voraus, die um den heilssichernden Wertekanon weiß und diesen bewahren und weitertragen möchte. Da die Sendgerichte des 9. Jahrhunderts in heute nordfranzösischen und deutschen Gebieten aufzufinden waren, also in Gegenden mit erheblichem Missionierungsbedarf in dieser Zeit, dürfte in der Tätigkeit der Rügegerichte vor allem die Absicht liegen, auf strafrechtlichen Weg möglichst flächendeckend die ersten mageren kirchlichen Organisationsstrukturen zu festigen und das Evangelium in die Köpfe der Schafe zu bringen, für die der Bischof als Hirte seiner Herde Sorge zu tragen hatte. Auch der oben erwähnte und durch König Ludwig den Deutschen 850 befohlene Rügezwang spricht dafür, dass diese Form der Denunziation auf Widerstand gestoßen sein dürfte. Diese Art der Kombination von Strafgewalt und endzeitlichen Angstvorstellungen trägt daher perfide Züge, die sich nur mit der wahrhaftigen Sorge um das Seelenheil der anvertrauten Gemeinde rechtfertigen ließen. Dieser hier aufscheinende Gedanke christlicher Fürsorgepflicht und Nächstenliebe auf der Basis strafrechtlicher Sanktionen und angedrohter Gewalt begleitete fortan die oftmals dunkle Geschichte des kirchlichen Strafrechts.

Mit der Bestrafung der Delinquenten sollte, soweit es in den Möglichkeiten der Geistlichen stand, die göttliche Strafe verhindert werden, die ja nicht nur den Täter, sondern die Gemeinschaft als Mittäter treffen würde. Jeder, der nicht alles über delinquentes Benehmen seines Nächsten sagte, riskiere nach diesem Verständnis die ewige Verdammnis. Im *Sendhandbuch des Regino*

765 Dies.: *Canonica severitas und amor correctionis* (2006), S. 28.

766 Ebenda, S. 29–30.

von Prüm, bei Burchard von Worms⁷⁶⁷ und Bischof Fulbert von Chartres († 1028)⁷⁶⁸ wird den geistlichen Richtern immer wieder nahegelegt, schwere Verbrechen nicht ohne Strafe zu lassen, denn sonst lenke man Gottes Zorn auf den Täter und jene, die das Verbrechen nicht zur Sprache brächten.

Die Arbeit der Sendgerichte dokumentiert diese Gedanken; dort werden aus Bußen, deren Erfüllung durch die Androhung der Exkommunikation erzwungen wurden, eine Form kirchlicher Strafen, denn die Freiwilligkeit als wichtiges Merkmal des Bußgedankens tritt hinter die erzwungene Bußfertigkeit zurück. Damit kam die kirchliche Buße «einer öffentlichen Strafe sogar deutlich näher als die weltliche Buße, die *compositio*, wenn man die öffentliche Strafe mit Dietmar Willoweit als eine «für den Verletzten vor-teilsfreie Sanktion» definiert, an der dieser «ein geringeres Interesse habe als die Rechtsgemeinschaft insgesamt».⁷⁶⁹

767 Kap. 4 aus dem *Sendhandbuch Reginos von Prüm*: «Nach Leistung des Eides spricht der Bischof zu den Geschworenen: «Seht zu, ihr Brüder, daß ihr dem Herrn gegenüber euren Eid erfüllt. Nicht einem Menschen habt ihr nämlich geschworen, sondern Gott, eurem Schöpfer. Wir aber, die wir seine Diener sind, verlangen nicht euer irdisches Gut, sondern suchen das Heil eurer Seelen. Hü-tet euch davor, etwas zu verbergen, und gebt acht, daß nicht aus der Sünde eines anderen eure Verdamnis wird.» (Post datum sacramentum iuratores episcopus alloquatur: «Videte, fratres, ut Domino reddatis iuramenta vestra, non enim ho-mini iurastis, sed Deo creatori vestro. Nos autem, qui eius ministri sumus, non terrenam substantiam vestram concupiscimus, sed salutem animarum vestra-rum requirimus. Cavete, ne aliquid abscondatis, et ex alterius peccato vestra fiat damnatio.») Zitiert nach Kroeschell: Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 1 (¹³2008), S. 132–133. Burchard von Worms übernahm dieses Zitat in das erste Buch (Kapi-tel 94) des *Decretorum libri viginti*, siehe Burchardi Vormatiensis episcopi opera omnia, praecedunt Sancti Henrici imperatoris augusti constitutiones et diplo-mata ecclesiastica, intermiscentur Adelboldi Traiectensis episcopi, Thangmari presbyteri Hildesheimensis, Alperti S. Symphoriani Metensis monachi, S. Ro-mualdi ordinis Camaldulensis institutoris, scripta vel scriptorum fragmenta quae supersunt, in: Patrologia Latina, tom. 140, hg. von Jean-Paul Migne. Paris 1880, col. 573.

768 Kéry: Canonica severitas und amor correctionis (2006), S. 30: Fulbert begrün-det den kirchlichen Strafanspruch wie folgt: «der Richter, der aus Nachlässigkeit und Ungerechtigkeit schwere Verbrechen ungeahndet läßt, ruft Gottes Zorn hervor und wird zusammen mit den Missetätern schrecklich bestraft werden.» Ebenda, S. 30 Anm. 23 die entsprechende Belegstelle.

769 Ebenda, S. 29. Auch die Scholaстикиer folgten noch diesen Gedanken, wenn sie annahmen, dass mit jeder Sünde die Ehre Gottes geschmälert werde. Siehe Hel-

Bei Gratian wurde grundlegende Bedingung für die Zulassung einer kirchlichen Strafe die Mahnung, dass Strafen «nur aus Liebe zum Sünder und aus Eifer für die Gerechtigkeit, nicht jedoch aus Haß oder Rachsucht verhängt werden».⁷⁷⁰ Weil der Mensch nicht wisse, wen die Strafe Gottes letztlich treffe, müsse man sich notwendigerweise um jede Seele bemühen und sie gegebenenfalls durch Strafen zum Heil zwingen:

Unter Hinweis auf das höchste Ziel der christlichen Religion, die Rettung der Seelen, wird die Verhängung der Strafen ebenso wie die Ausübung einer institutionalisierten Zwangsgewalt nicht nur durch kirchliche, sondern auch durch weltliche Gewalten mit dem aus der Liebe zum Sünder hergeleiteten Zwang zum Heil als dem nötigen Anstoß zur freien Entscheidung für den rechten Glauben begründet. Dahinter steht die Überzeugung, daß diejenigen, die ihre gerechte Strafe empfangen, letztlich eine größere Liebe erfahren, als diejenigen, die man ungestraft sich selbst überläßt. Selbst die Lehre von der Prädestination macht Strafen nicht überflüssig, da der Mensch im Unterschied zu Gott nicht weiß, wer auserwählt ist, und sich deshalb um die Rettung aller bemühen muß.⁷⁷¹

Nachdem sich die Sendgerichte unter den Karolingern institutionalisiert hatten, gingen sie seit dem 11. Jahrhundert an die Archidiaconate und später auch an Erzpriester, Landdekane und Pfarrer über. Dadurch verringerte sich der Kompetenzbereich der Gerichte: Die Tatbestände Diebstahl, Mord und Totschlag, die die Hochgerichte wahrnahmen, wurden ausgegliedert. Mit zum Teil großen regionalen Unterschieden erfragten die Sendgerichte nun die Beteiligung an der Instandhaltung von Kirchgebäuden, Festtagsenthaltungen, Gewalttätigkeiten gegen Geistliche, Eltern und Gatten, Beleidigungen, Verleumdungen und anderes mehr.⁷⁷²

Das Verfahren sah, soweit man es für einzelne Regionen nachvollziehen kann, wie folgt aus: Der Bischof bzw. die bischöflichen Vertreter beriefen die Sitzung ein, an der etwa drei bis sieben Sendzeugen, die auch Sendschöffen genannt wurden, teilnahmen. In der Regel nahmen diese Männer eine angesehene Stellung in ihrer Gemeinde ein; unklar ist in vielen Fällen, von wem sie zu ihrem Amt ernannt wurden: manchmal waren es die Pfarrer, in Städten scheint der Einfluss der Magistrate groß gewesen zu sein. Die Sendzeugen

fritz: Der geschichtliche Bestand und dlegislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung (1905), S. 72.

770 Kéry: *Canonica severitas und amor correctionis* (2006), S. 32.

771 Ebenda, S. 32–33.

772 Neumann: *Von Kirchenbuße und öffentlicher Strafe* (2001), S. 161–162.

waren eidlich verpflichtet alles anzuzeigen, was «nach Recht und Gewohnheit zu rügen war».⁷⁷³

Die karolingischen Rügegerichte und die bischöflichen Sendgerichte bildeten prozessrechtlich keinen Sonderfall. Aus Weißtümern, Stadtrechten und Zehntgerichtsordnungen für das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit lässt sich eine ganze Reihe von Rügeverfahren erkennen, deren Genese allerdings oft nicht klar nachvollzogen werden kann.⁷⁷⁴ Auch der *Sachsenspiegel* kennt ein Rügegericht, dessen Kontinuität zum Beispiel für Kursachsen anhand der *Kursächsischen Konstitutionen* belegt ist. Danach ist ein «Bauermeister» berechtigt, Rechtsverletzungen, die Leibes- und Lebensstrafen nach sich ziehen, zu rügen. Angezeigt werden konnten nur Delikte, die noch nicht von anderer Seite geklagt wurden. Diese Praxis stand den anderen üblichen Klageverfahren in Sachsen zahlenmäßig nicht nach und war ein effektives Mittel, «um ein Verfahren unabhängig vom Willen des aktiv legitimierten Klägers in Gang zu setzen».⁷⁷⁵

6.2 Sanktionen der bischöflichen Sendgerichte

Über Sanktionen der bischöflichen Sendgerichte berichten die Quellen spärlich. Die Sendweißtümer geben kaum Auskunft und Bußkataloge waren nicht allgemein üblich, so dass anzunehmen ist, dass die auferlegte Buße im Ermessen des Sendherrn lag.⁷⁷⁶ Bei Beleidigungsdelikten wurden wohl vor allem die öffentlichen Bußformen Kerzen- und Steintragen verhängt. Nach dem *Seligenstädter Sendrecht* galt folgendes: Stritten zwei Frauen in der Kirche oder auf dem Kirchhof, sollte die Schuldige, also jene, die den Streit begonnen hatte, an drei Sonntagen barfuß um die Kirche gehen und dabei einen Besen tragen, gefolgt von der anderen. Wenn die andere Frau darüber lachte, musste sie den Besen übernehmen.⁷⁷⁷ In Zürich wurde eine Frau für

773 Zitiert nach ebenda, S. 163.

774 Sellert: Art. Rügegericht, Rügeverfahren (1990), Sp. 1204.

775 Lück: Strafe und Sühne im Spiegel kursächsischer Rechtspraxis (2007), S. 49–50.

776 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 132–133. – Neumann: Von Kirchenbuße und öffentlicher Strafe (2001), S. 163–164.

777 «Item da sich zwo schelden in der kirche oder uf dem kirchhofe, welche dan unrecht hat, die sal den besembe barfuss umb die kirchen dragen drie sontage und sal vorgeen und die ander nachgeen [...] und lachtet sie, die sal den besemen dan dragen.» Zitiert nach Köstlin: Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte (1855), S. 432. Weitere Beispiele für das Rute- oder Besentragen bei Grimm: Deutsche Rechtsaltertümer (1828), S. 714–715.

zwei Stunden in ein Halseisen gelegt, weil sie eine Geistliche beleidigt hatte.⁷⁷⁸ Das *Aachener Sendweistum* sah für scheltende Frauen vor, diese eine Zeitlang auf einer Leiter festzubinden. Es war den Frauen allerdings auch möglich, sich von dieser Form einer Prangerstrafe mit 30 Schillingen loszukaufen.⁷⁷⁹ In Würzburg wird beklagt, dass der Loskauf von den Richtern gelegentlich missbraucht werde, um sich zu bereichern. Aus Stralsund wird von einem Archidiakon berichtet, der jeder erdenklichen Denunziation folgte und wohl viele ehrbare Menschen zu Unrecht büßen ließ.⁷⁸⁰

Das Steintragen soll eine aus der kirchlichen Bußpraxis hervorgegangene Sanktion gewesen sein, die sich vor allem in Städten mit geistlichen Stadtherren nachweisen lasse. Von der kanonischen Buße hätte sie sich ab dem 12. Jahrhundert allmählich zu einer profanen Ehrenstrafe gewandelt, die in die von einem Stadtherrn unabhängige städtische Gesetzgebung Eingang fand. Aus Frankreich, der Schweiz und der unter Mainzer Herrschaft stehenden Stadt Walldürn sind Beispiele bekannt, wonach Frauen Lastersteine während der sonntäglichen Prozession trugen. Aus Dortmund, Hamburg, Speyer und der pommerschen Stadt Leba(münde) (poln. Łeba) weiß man von steintragenden Frauen, die einen bestimmten Weg durch die Stadt nehmen mussten oder denen die Steine am Pranger umgelegt wurden. Diese Loslösung von der kirchlichen Bußpraxis hin zu einer eigenständigen Ehrenstrafe spreche für eine «frühe partielle Befreiung von kirchlicher Sendgerichtsbarkeit».⁷⁸¹

6.3 Frauen im Injurienrecht

Folgende Überlegungen Friederike Neumanns zur Sendgerichtsbarkeit wollen nicht recht überzeugen:

Ein Schwerpunkt der öffentlichen Buße liegt also bei den Wortdelikten. Geschützt werden sollte die Unantastbarkeit von Institutionen und Werten, die grundsätzliche Wichtigkeit für die gesellschaftliche Ordnung hatten. Geschützt wurden Frauen, die sich eine eigene Ehrverteidigung nicht leisten konnten, und geschützt wurde auch vor dem Scheltwort der Frauen. Beides resultierte vermutlich daraus, daß Frauen keine gleichrangigen Gegenüber im Streit um Ruf und Ehre waren, sondern in diesen Fragen in der Regel von ihren Vätern und Ehemännern abhingen. Auch untereinander wurde ihnen weder Streit noch Ehrenhandel zugebilligt.⁷⁸²

778 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 136.

779 Neumann: Von Kirchenbuße und öffentlicher Strafe (2001), S. 171.

780 Ebenda, S. 179.

781 Ebenda, S. 159 und 164.

782 Ebenda, S. 168–169.

Warum sollten Frauen einen besonderen Schutz bei Injuriendelikten genießen? Neumann hat keinen Eintrag aus einem Bußkatalog, aus einem Weistum oder aus sonst einem Rechtstext angeführt, der einen speziellen Schutz der weiblichen Ehre im Injurienrecht ausweisen könnte. Diese Unterscheidung wurde in den Rechtstexten nämlich nur in dem Sinne getroffen, dass man bestimmte geschlechtsspezifische Schimpfwörter sanktionierte oder dass bestimmten Tatbeständen wie einer Vergewaltigung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.⁷⁸³ Grundsätzlich schlossen die Bestimmungen zu den Injurien in den Rechtstexten aber beide Geschlechter gleichermaßen ein. Die prozessualen Verfahrensgrundlagen, nämlich dass Frauen nicht selbst wegen Injurien klagen konnten, hatten auf die Tatbestandsmerkmale keinen Einfluss. Es wäre erstaunlich, wenn die Sendgerichtsbarkeit eine Ausnahme bilden sollte; das *Corpus Iuris Canonici* und seine namhaften Kommentatoren und Glossatoren wie Petrus Lombardus, Albertus Magnus oder Thomas von Aquin kennen jedenfalls keine Gründe, warum die Ehre einer Frau unter den besonderen Schutz der Gerichte gestellt werden müsste.

7. Retorsion und Kompensation

7.1 Begriffsbestimmung

Unter Retorsion im historisch-rechtlichen Zusammenhang versteht man «die auf der Stelle ausgeführte Erwiderung einer wörtlichen Beleidigung oder Tätlichkeit».⁷⁸⁴ Sie unterscheidet sich von der Notwehr: Denn das «primäre Anwendungsgebiet der Notwehr lag doch in der Abwehr von gewalttätigen Einwirkungen auf Leib und Leben, während der in seiner Ehre Angegriffene die ursprüngliche Tat nicht eigentlich abwehrte, sondern sie vielmehr im Sinne einer «eigenhändigen Bestrafung» erwiderte».⁷⁸⁵ Handelt es sich also bei einer Beleidigung der Retorsion um widerrechtliche Handlungen oder Äußerungen, dann können sie sich im rechtlichen Sinn aufheben, das heißt kompensieren.⁷⁸⁶ Über beide Gegenstände ist in den Gesetzen, Statuten und

783 Siehe Kapitel D «Gegenstände der Beschuldigungen und ihre geschlechtsspezifischen Ausdifferenzierungen», S. 149–216.

784 Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 187.

785 Ebenda.

786 Beling, Ernst von: Retorsion und Kompensation von Beleidigungen und Körperverletzungen, Teil 1: Die geschichtliche Entwicklung, Breslau 1894 (Straf-

Ordnungen nichts oder kaum etwas zu finden. Bei Retorsion und Kompensation handelte es sich vermutlich um nicht selten praktizierte Rechtsgewohnheiten, die sich allerdings mehr in den Urteilen und in Disputen der Rechtsgelehrten niederschlugen. Eine ausführliche Darstellung des Gelehrtenstreits erarbeitete vor gut einem Jahrhundert Ernst Beling (* 1866 † 1932); dieser und einer neueren Studie von Thomas Müller-Burgherr von 1987 werden die nachstehenden Ausführungen folgen. Für eine Erhärtung und Gegenüberstellung der Positionen Belings und Müller-Burgherrs mit Beispielen aus der Rechtspraxis fehlen bisher noch aussagefähige Studien.

7.2 Hinweise im römischen Recht

Das römische Recht kannte keine Berechtigung zur Retorsion, die immer den Charakter der Rache in sich trägt, sondern Gegenwehr war nur in Form der Notwehr zugelassen. Dennoch konnte in Einzelfällen eine Kompensation der Delikte eintreten, wenn diese einander glichen. Ungleich schwere Delikte gegeneinander aufzuwiegen war hingegen ausgeschlossen. Grundsätzlich sah das römische Recht jedoch keine Kompensation bei Injurienretorsion vor. Stattdessen wirkte sich die offenkundige Fahrlässigkeit während der spontanen Gegenbeleidigung strafmildernd aus.⁷⁸⁷

Im *Corpus Iuris Canonici* finden sich keine Spuren von Retorsion oder Kompensation.⁷⁸⁸ Erst die Kommentatoren und Glossatoren griffen auf einen Spezialfall aus dem römischen Recht zurück, wonach im Rahmen eines Gerichtsverfahrens eine unwahre und beleidigende Behauptung ausgesprochen wurde, auf die der Beschuldigte antwortete: «du lügst» (*tu mentiris*). Obwohl sich die Rechtsgelehrten nicht einig darüber waren, auf welche Vorwürfe und welche Begriffe diese Form der Retorsion erfolgen durfte, trafen sie sich in dem Punkt, dass man auf eine schimpfliche unwahre Behauptung mit «du lügst» antworten könne, weil diese Antwort provoziert worden sei und es im Interesse des Opfers liegen musste, den eigenen Leumund rein zu halten.⁷⁸⁹ Die Geister schieden sich hingegen an der Frage, ob es auch erlaubt sei, auf ein Schimpfwort mit einem Schimpfwort zu reagieren. Einige wie Durantis lehnten dies ab, andere wie Bellovisu sahen in dieser Gegenwehr

rechtliche Abhandlungen des juristischen Seminars der Universität Breslau, Serie 1, Heft 5), S. 13.

⁷⁸⁷ Ebenda, S. 4–21.

⁷⁸⁸ Ebenda, S. 21–24.

⁷⁸⁹ Ebenda, S. 27–34.

ein «sich verteidigen» (si defendere) im Sinne des Notwehrgedankens und hielten es für statthaft.⁷⁹⁰

7.3 Die Diskussion der deutschen Juristen

In der deutschen Rezeption der italienischen Rechtsgelehrten während des 15. und 16. Jahrhunderts sieht es danach aus, dass sich die Retorsion im Sinne der Notwehr durchgesetzt hat. Gelegentlich wird, wie beispielsweise bei Georg Obrecht (* 1547 † 1612) und Johannes Harpprecht (* 1560 † 1639), die dringende Notwendigkeit sogar hervorgehoben, auf eine Beleidigung mit einer Gegenposition zu reagieren, denn sonst erkenne das Opfer die schmähende Behauptung an und lasse zu, dass diese ihre Wirkung in einer nicht absehbaren Öffentlichkeit entfalte.⁷⁹¹

Die Uneinigkeit darüber, auf welche Beleidigungen mit einer straffreien Retorsion geantwortet werden dürfe, hielt auch die deutsche Diskussion in Atem. Durfte man auf jede Art der Beschimpfung straffrei reagieren oder nur auf Tatsachenbeleidigungen (üble Nachrede)? Martin Prenninger (* ca. 1450 † 1501) und mit ihm andere einflussreiche Juristen wollten in einer Erwiderung auf eine abfällige Bemerkung kein Retorsionsrecht namhaft machen. Auch durfte die Erwiderung nicht ohne Beziehung auf die erlittene Beleidigung stehen und man durfte kein neues Verbrechen mit der Erwiderung begehen, indem man zum Beispiel wider besseres Wissen Unwahres behauptete.⁷⁹² In diesem Zusammenhang hatte in der Mitte des 16. Jahrhunderts das Reichskammergericht über zwei bekannte Fälle zu entscheiden. In dem einen wurde beanstandet, dass der Retorquent nicht nur «du lügst» auf eine Beleidigung entgegnete, sondern noch ergänzte: «wie ein ehrloser Mann». Im zweiten Fall lautete der Zusatz: «wie ein Ehrendieb». Während im ersten Fall gegen den Retorquenten geurteilt wurde, entschied das Gericht im zweiten zugunsten des Beklagten. Die Behauptung, ein ehrloser Mann zu sein, trägt bereits eine neue, nicht bewiesene Anschuldigung in sich. Die andere Beschuldigung war hingegen schon bestätigt worden durch die vorangegangene Beleidigung.⁷⁹³

790 Ebenda, S. 34–40.

791 Am Beispiel Schweizer Rechte siehe Müller-Burgherr: Die Ehrverletzung (1987), S. 188. Eine geringe Strafe sahen das Berner und das Nidwaldener Recht vor.

792 Beling: Retorsion und Kompensation von Beleidigungen und Körperverletzungen (1894), S. 67–85.

793 Ebenda, S. 91–92.

Wohl spätestens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde es zur Gewohnheit, von einer planmäßigen Retorsion anstelle eines aufwendigen Prozesses Gebrauch zu machen, indem entweder die Gegendarstellung mündlich und unter Zeugen vorgetragen oder eine schriftliche Retorsion unter Zeugen dem Beschuldiger überreicht wurde. Gleichzeitig setzte sich durch, dass man Notare mit der Abfassung der Schriftstücke oder der mündlichen Überbringung beauftragte.⁷⁹⁴ Damit war die Retorsion zu einem einseitigen Rechtsgeschäft herangereift.

⁷⁹⁴ Ebenda, S. 98–105 (mit einer schriftlichen Retorsion als Beispiel).



KAPITEL F

Ergebnisse

1. Historische Entwicklungslinien

1.1 Verbreitung

Dem Injurienrecht liegt der Gedanke zugrunde, die Ehre und den Leumund als wichtige Rechtsgüter einer Person zu schützen. Das kirchliche Infamationsverfahren und der in kirchlichen und profanen Rechtstexten gleichermaßen angewendete Reinigungseid zeigen die Bedeutung dieser beiden Rechtsgüter beispielhaft bereits für das frühmittelalterliche Prozessrecht. Durch die Verletzung ihrer Ehre und ihres Leumunds waren Personen gar nicht mehr oder nur noch eingeschränkt rechtsfähig. Zudem drohte der Verlust gesellschaftlicher Positionen und Ämter. Nicht jeder Rechtstext behandelte und sanktionierte Injurien, unter anderem weil Beleidigungen und Verleumdungen nicht zwangsläufig durch ein gerichtliches Urteil gesühnt werden mussten, sondern weil Entschädigung, Rache und Genugtuung auch auf außergerichtlichem Weg eingefordert werden konnten.

Es lässt sich keine ausreichend belegbare Aussage darüber treffen, in welchem quantitativen Verhältnis gerichtliche und außergerichtliche Verfahren im Injurienrecht zueinander standen. Die profanen und geistlichen Rechte kennen die Sanktionierung von Injurien jedenfalls seit dem Beginn des Untersuchungszeitraums. Im Kirchenrecht fand sie unter anderem Eingang in Konzils- und Synodalbeschlüssen, in Dekretalen, in die *Collectio vetus Gallica* (um 600), in Bußbücher, in die *Kapitulariensammlung des Benedictus Levita* (um 850) und schließlich auch in das *Decretum Gratiani* (um 1140) und den *Liber extra* (1234), also in zentrale Texte des mittelalterlichen Kirchenrechts. Ein ähnlicher Befund zeichnet sich für die weltlichen Rechte ab: Das westgotische, burgundische, friesische und langobardische Recht verurteilte Injurien, mehrere Kapitularien der karolingischen Könige widmeten sich der Bestrafung falscher Anschuldigungen und Beleidigungen. Schmal sind die Befunde für das hochmittelalterliche profane Recht: Stichproben in den Urkunden des Gerichtes der deutschen Könige für das 10. bis 13. Jahrhundert belegen 20 verhandelte Beleidigungsprozesse bzw. Privilegien zum Schutz vor Beleidigungen. Darüber hinaus lassen sich Bestimmungen im *Sächsischen Gottesfrieden* (1085) und in einem *Landfrieden Kaiser Barbarossas* (1152) finden. Seit dem 13. Jahrhundert mehren sich aber die Belege sprunghaft. Die bedeutenden deut-

schen Landrechte des *Sachsen-* und *Schwabenspiegels*, zahlreiche Weistümer und städtische Statuten setzten sich mit dem Injurienrecht auseinander. Während die *Carolina* (1532) Verbalinjurien nur am Rande behandelte, nahmen die *Reichskammergerichtsordnungen* von 1521, 1523 und 1555 Beleidigungen in ihr Appellationsrecht mit auf. Die Bedeutung der *Carolina* dürfte in diesem Zusammenhang gering gewesen sein, da die deutschen Partikularrechte im 16. Jahrhundert und juristische Handbücher wie zum Beispiel die von Abraham Saur und Jooß de Damhouder Verbalinjurien ausführlicher würdigten.

Der magere Befund für das 10. bis frühe 13. Jahrhundert ist nicht auf ein mangelndes Interesse am Injurienrecht zurückzuführen, sondern auf die Auswahl und Bearbeitung der in dieser Arbeit herangezogenen Quellen. Die königlichen Urkunden dieses Zeitraums dürften noch weitere Belege liefern, sofern die Recherche auf das gesamte Verzeichnis der «*Regeſta Imperii*» und weiterer registrierter Diplomata ausgedehnt würde. Dies legen nicht nur die erwähnten 20 Urkunden nahe, sondern auch königliche Privilegierungen von Städten wie die von Hagenau (1164), in denen Verbalinjurien berücksichtigt wurden, und historiografische Quellen, in denen von Sanktionierungen zahlreicher Schmähungen berichtet wird; diese dürften sich auch in königlichen Urkunden niedergeschlagen haben. Das Gleiche ist auch für nicht königliche Diplomata zu erwarten, nur müssten diese erst ausgewertet werden, eine Aufgabe, die in dieser Studie nicht geleistet werden konnte. Eine solche Untersuchung würde auch klären helfen, inwiefern die geistlichen Gerichtsherren die in dieser Arbeit erörterten Grundlagen des Kirchenrechts berücksichtigten.

Insgesamt wird das Bild der normativen Quellengrundlage noch durch einen weiteren Umstand verzerrt, der durch die Beſprechung mittelalterlicher Prozessformen erkennbar wurde. Nicht nur das Infamationsverfahren, sondern auch die Rügeverfahren waren geeignet und darauf zugeschnitten, Injurien zu verurteilen. Beide Verfahren bildeten wichtige Grundlagen für das Aufſpüren von Injurien und die ſtrafrechtliche Verurteilung von Beleidigungen. Da beide Verfahren sehr alt sind und weit verbreitet waren, dürften die Wechselwirkungen zwischen der Gerichtspraxis dieser Verfahrensweisen und der Abfassung normativer Texte besonders ergiebig gewesen sein. Allerdings ist die Befundlage für die Frühzeit dieser Verfahren sehr dürtig und beide Verfahren sind hinsichtlich ihrer Relevanz für das Injurienrecht noch nicht ausgewertet wurden.

1.2 Zäsuren

Das Injurienrecht wurde maßgeblich durch das *Corpus Iuris Civilis* beeinflusst. Deshalb bilden die Rezeptionsphasen des römischen Rechts im 12./13. Jahrhundert und im 15./16. Jahrhundert wichtige Zäsuren. Allerdings waren bereits die frühmittelalterlichen Leges, vor allem das westgotische Recht, und kirchenrechtliche Bestimmungen wie die *Collectio vetus Gallica* vom römischen Recht abhängig. Für das Injurienrecht lassen sich diese Abhängigkeiten nur in bescheidenem Maße, beispielsweise in der Verwendung der Begriffe «iniuria» und «contumelia», belegen. Für das hochmittelalterliche Kirchenrecht bildeten das *Decretum Gratiani* und der *Liber extra* die Grundlagen für die Auseinandersetzung mit Injurien. Dekretiisten wie Azo Portius (* ca. 1150 † 1230), der nach dem Vorbild des römischen Rechts zivil- und strafrechtliche Formen auch für die Injurienklage vorsah, oder Guillelmus Durantis (* ca. 1230 † 1296), der maßgeblich den Kanon der Schimpfwörter im Injurienrecht für die Zukunft bestimmte, nahmen entscheidenden Einfluss auf das spätere geistliche und profane Recht.

Zur gleichen Zeit setzte in der scholaistischen Theologie mit Albertus Magnus († 1280) und Thomas von Aquin (* ca. 1225 † 1274) eine gründliche begriffliche Durchdringung des Sündenspektrums von Beleidigung und Verleumdung ein. Bereits die frühmittelalterlichen Bußbücher hatten auf die Notwendigkeit einer Wiederherstellung des guten Rufs bei Beleidigungen hingewiesen und spätestens ab dem 12. Jahrhundert begann mit wirkungsmächtigen Vertretern wie Bernhard von Clairvaux (* ca. 1090 † 1153) eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Zungensünden, in der die «böse Nachrede» und «lügnerisches Geschwätz» verteuelt wurden. Albertus und Thomas stellten diese älteren Vorstellungen zusammen, sie erläuterten die Notwendigkeit der Wiederherstellung der verlorenen Rechtsgüter und legten ein System der Beleidigungsformen vor, auf das zeitgenössische und spätere Theologen und Rechtsgelehrte wie Hostiensis (* ca. 1200 † 1271), Durantis, Petrus de Bellapertica († 1308), Albertus de Gandino († nach 1310), Jacobus de Bellovisu (* ca. 1270 † 1335), Albertus de Rosate (* ca. 1290 † 1360), Jason de Mayno (* 1435 † 1519), Cajetan (* 1469 † 1534) und Dominicus Soto (* 1494 † 1560) zurückgreifen konnten.

Die profanen Rechtstexte in Deutschland partizipierten an diesen kirchenrechtlichen und theologischen Erkenntnissen. Das lässt sich unter anderem an der Übernahme eines Schimpfwörterkanons schwerer Verbrechen belegen, der kirchenrechtlichen Vorbildern folgte, aber auch an der Aufnahme neuer Tatbestände wie zum Beispiel der falschen Anschuldigung, ein Sodo-

mit oder Ketzer zu sein. Großen Anteil an der Verbreitung des kanonischen Rechts im deutschen Sprachraum des 14. und 15. Jahrhunderts hatte die *Rechtssumme* des Dominikaners Berthold (14. Jahrhundert), ein Werk, in dem das Kirchenrecht in deutscher Übertragung zusammengefasst war. Die *Rechtssumme* stellte nahezu die einzige deutschsprachige Quelle des Kirchenrechts in ihrer Zeit dar. Trotz alledem hatten die deutschen Partikularrechte sehr unterschiedliche Bestimmungen zum Injurienrecht und nicht in jedem Fall lassen sich die Wurzeln zurückverfolgen, zumal insbesondere zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert zahlreiche städtische Statuten mit sehr eigenwilligen Bestimmungen entstanden, in die vermutliche regionale Eigenheiten eingeflossen waren.

Herausragende Zeugen der Rezeptionsphase des römischen Rechts in Deutschland sind der *Klagespiegel* (um 1425), die *Wormser Reformation* (1498/1499), der *Laienspiegel* Ulrich Tenglers von 1509 und die im gleichen Jahr publizierte *Frankfurter Reformation*. Hier werden ausführliche Prozessordnungen für Injurienklagen erläutert, Formulare widergegeben und Sanktionen formuliert. Zum ersten Mal kommt hier die Unterscheidung in zivil- und strafrechtliche Klage im deutschen Injurienrecht ins Spiel und die damit verbundene ästimatorische Injurienklage wird zur verbindlichen zivilrechtlichen Klageform. Ungeachtet dessen kennen viele andere Rechtstexte wie die *Kursächsischen Konstitutionen* (1572) traditionelle Verfahren und Bußkataloge. Ein drastischer Bruch im Injurienrecht ist nicht erkennbar, allerdings nimmt das gelehrte juristische Schriftgut zum Injurienrecht seit dem 16. Jahrhundert sprunghaft zu.

Im Frühmittelalter war es für die profanen Rechte nicht die Regel, Tatbestandsmerkmale allgemein zu formulieren wie in Bußbüchern, Konzils- und Synodalbeschlüssen, sondern sie wurden anhand von Schimpfwörtern exemplarisch dargestellt. Mit der kirchenrechtlichen Systematisierung nach schweren, mittleren und leichten Verbrechen im 13. Jahrhundert entstand für das Injurienrecht ein Schimpfwörterkatalog, der in das kirchliche und profane Recht gleichermaßen einging. Die darauffolgenden spätmittelalterlichen Wechselwirkungen erlauben es dann aber nicht mehr, den einzelnen Rechtsbüchern besondere Merkmale nach Provenienzen zuzuordnen. Allgemeine Formulierungen und exemplarische Erörterungen waren in den Rechtstexten gleichermaßen verbreitet. Ab dem 15. Jahrhundert wurde es in einzelnen Rechtstexten zur Gewohnheit, die zu schützenden Rechtsgüter und die Tatbestände näher zu beschreiben und durch den Vergleich unterschiedlicher Rechte zu kommentieren. Nur für die weit verbreiteten Landrechte des *Sachsen-* und *Schwabenspiegels* sowie für die von ihnen abhängigen

Rechtstexte gilt ohne Ausnahme, dass die Tatbestände Beleidigung und Verleumdung dort nicht exemplarisch, sondern nur in einer sehr allgemeinen Formel und oft in fremden Zusammenhängen beschrieben sind. Zum Beispiel wurde im Kapitel zur Häresie die falsche Anschuldigung, eine Person sei ein Ketzer, behandelt.

2. Definitionen und Begriffe

Das nachfolgende Verzeichnis stellt gemäß der Aufgabenstellung – einen möglichst vollständigen Überblick zu den Tatbeständen der Beleidigung und Verleumdung zu geben – die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit lexikografisch und nach Schlagworten geordnet zusammen. Dabei wurde die Reihenfolge der Arbeit teilweise variiert.

2.1 Der Begriff «iniuria» im römischen Recht unter Kaiser Justinian I. und seine Rezeption in Mittelalter und Früher Neuzeit

Weder die deutsche noch die lateinische Sprache des Mittelalters kannten den vom 16. bis zum 19. Jahrhundert verbindlichen Terminus «Injurie»/«iniuria» als Hauptwort für Beleidigungen. Dieser Befund trifft auf die theologischen, kirchen- und profanrechtlichen Texte gleichermaßen zu. Erst in der Rezeptionsphase des römischen Rechts im 15./16. Jahrhundert begann sich der Begriff in den Rechtstexten des deutschen Sprachraums als dominante Bezeichnung für Beleidigungsdelikte durchzusetzen.

INJURIA IM RÖMISCHEN RECHT. Das *Corpus Iuris Civilis* bietet zur Erläuterung des Wortes «iniuria» eine weite Definition des Wortes, wonach «iniuria» Unrecht im Allgemeinen bezeichnete, und eine engere Definition, nach der «iniuria» Schmach, Beschimpfung und Beleidigung ausdrückte. Nach der engeren Definition sei in Verbal- und in Realinjurien zu unterscheiden, wobei diese beiden Delikte nochmals differenziert wurden nach dem körperlichen und besitzständischen Schaden an einer Person sowie nach der Art der Verbreitung verbaler Injurien: auf mündlichem bzw. schriftlichem Weg. Es gab jedoch keinen mittelalterlichen Rechtstext, der dem Vorbild des römischen Corpus zur Gänze gefolgt wäre: «Iniuria» ist nicht nur nicht

als Hauptwort für Ehrverletzungen im Mittelalter benutzt worden, es fehlt dieser Zeit überhaupt ein übergreifender Terminus zur Bezeichnung der Beleidigungen.

VIelfalt der Begriffe. Mit Worten wie «calumniare» und «maledicere» wurden Ehrverletzungen im Allgemeinen ausgedrückt oder auch Einzeltatbestände wie die Verleumdung; Nomen für Beleidigungen waren beispielsweise «contumelia», «convicium», «opprobrium», «nota», «ignominia», «invidia» oder «turpiloquium». In der deutschen Rechtssprache wurden «schmähen», «schelten» und «verleumden» bevorzugt verwendet; die Worte «verleumden» und «beleumden» besaßen jedoch noch nicht jene semantische Festlegung, wie sie das gegenwärtige Strafrecht kennt. Viele mittelalterliche Rechte boten alternativ auch Aufzählungen von Schimpfwörtern, um den Tatbestand zu konkretisieren.

2.2 Die zu schützenden Rechtsgüter

In den untersuchten Quellentexten werden drei zu schützende Rechtsgüter im Rahmen der Tatbestände Beleidigung und Verleumdung erwähnt: Ehre (honor), Leumund (fama) und «cristenheit». Da keiner dieser Begriffe in den Texten eine nähere Erläuterung findet, wurden der Arbeit folgende Definitionen als Behelfsmittel zugrunde gelegt:

EHRE. Einer Person wird mit der ihr zuerkannten und von ihr beanspruchten Ehre ein Geltungswert beigemessen, der sich aus der Anerkennung ihrer eigenen Leistung und ihrer sozialen Mitgift zusammensetzt. Voraussetzung dafür ist, dass die Person ihre Bereitschaft zur Einhaltung und Wahrung der bestehenden Normen signalisiert und umsetzt. Daraus leitet sie in der Gemeinschaft ihr Recht auf Achtungsanspruch her, der ihr innerhalb ihres Standes entsprechende Handlungsspielräume gewährt.

LEUMUND: Der Leumund einer Person entspricht ihrem Geltungswert, der durch die soziale Stellung dieser Person bestimmt und von anderen aus dem Umfeld der Person zuerkannt wird.

«CHRISTENHEIT». Im späten 13. Jahrhundert wurde infolge der intensiven Auseinandersetzung mit häretischen Gruppen und ihren Lehren die «cristenheit» einer Person als neues Rechtsgut in die profanen Rechte mit aufgenommen. Unter diesem Rechtsgut wird das persönliche Bekenntnis zur christlichen Kirche und zum christlichen Glauben verstanden. Die Verletzung dieses Rechtsgutes entsprach demnach einer Glaubenschelte. Es wird in den deutschsprachigen Rechtstexten oft in Verbindung mit Ehre und Leumund erwähnt.

2.3 Definition der Tatbestände

Weder die kirchlichen noch die profanen Rechtstexte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit präsentieren einheitliche Tatbestandsmerkmale oder Unterscheidungskriterien für Beleidigungsdelikte. Für die Beschreibung der Tatbestände wurden deshalb Definitionen in Anlehnung an das gegenwärtige deutsche Strafrecht gewählt; unterschieden wurde nach einfacher Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung. Auf Grundlage dieser Definitionen konnten anschließend die wichtigsten Tatbestandskriterien für die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechte herausgearbeitet werden.

EINFACHE BELEIDIGUNG. Bei Werturteilen, in der älteren Literatur auch «einfache Beleidigung» genannt, handelt es sich um Äußerungen, die den Geltungswert einer Person herabsetzen und den Vorwurf in sich tragen, dass die Ehre des Opfers unzulänglich ist. Dazu zählen zum Beispiel die Schimpfwörter «feiger Hase», «Hundsfoth» und «Maultasche».

ÜBLE NACHREDE. Eine Tatsachenbehauptung, dabei handelt es sich um den Tatbestand der üblen Nachrede, muss bewiesen werden können. Dazu gehören unter anderem die Vorwürfe, eine Person sei ein Dieb oder Mörder. Wichtigstes Kriterium für die Abgrenzung zum Tatbestand der Verleumdung ist, dass die üble Nachrede in dem Bewusstsein ausgesprochen wird, dass die Anschuldigung wahr ist oder dass der Täter zumindest belegen kann, dass er nicht wider besseres Wissen die Beschuldigung hervorgebracht hat.

VERLEUMDUNG. Eine Person verleumdet eine andere, wenn sie wider besseres Wissen eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, die andere Person verächtlich zu machen, sie in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder ihren Kredit zu gefährden. Das heißt, dass die behauptete Tatsache erstens als unwahr bewiesen werden muss und zweitens ist es erforderlich, dem mutmaßlichen Täter den Vorsatz bei der Begehung seiner Straftat nachzuweisen. Allerdings muss mit einer Verleumdung keine Beleidigung beabsichtigt werden.

KALUMNIE. Im römischen Recht ist die Kalumnie eine Sonderform der Verleumdung; mit ihr werden falsche Anschuldigungen wider besseres Wissen vor einem Gericht bezeichnet. Allerdings geht aus den mittelalterlichen Quellentexten nicht immer hervor, ob die falsche Anschuldigung vorsätzlich und damit wider besseres Wissen vorgebracht wurde oder ob der Kläger fahrlässig handelte. Trotzdem werden beide Tatbestände (Verleumdung und Kalumnie) zum Beispiel im *Decretum Gratiani* unter

dem Begriff «calumnia» subsummiert. Auf diese Ungenauigkeit im *Decretum* machte erstmals Thomas von Aquin aufmerksam und schlug vor, fahrlässige falsche Anschuldigungen vor Gericht nicht zu bestrafen.

FALSCHER ANSCHULDIGUNG. In den Rechtstexten fehlen oft zwei entscheidende Aussagen, um zu erklären, ob ein Delikt einen der Tatbestände nach den oben gegebenen Definitionen erfüllt: 1. Wurde eine falsche Anschuldigung vor einem Gericht oder außerhalb eines Gerichtes ausgesprochen? 2. Ist diese Anschuldigung fahrlässig oder absichtlich wider besseres Wissen geäußert worden? Der in vielen Rechtstexten erfasste Tatbestand beschreibt zwar eine falsche Anschuldigung, jedoch spielten Vorsatz und Fahrlässigkeit keine Rolle, so dass eine Unterscheidung in üble Nachrede oder Verleumdung nicht möglich ist. Gelegentlich präzisierten die Rechte den Ort der Beleidigung, zum Beispiel auf einem Marktplatz oder in der Kirche – die Öffentlichkeit war in diesen Fällen das ausschlaggebende Merkmal für den Straftatbestand.

Zur falschen Anschuldigung zählte auch die nicht als eigener Tatbestand ausgewiesene falsche Denunziation. Hier wird davon ausgegangen, dass eine Person wissentlich eine andere beschuldigt, ohne dies vor Gericht zu tun. Allerdings ist auch diese Beschuldigung geeignet, das Opfer vor einem Richter anzuklagen.

VORSATZ UND FAHRLÄSSIGKEIT. Schuldhaftes Handeln kann vorsätzlich oder fahrlässig geschehen. Die untersuchten Rechtstexte kennen die heute geläufige diffizile Aufgliederung in die verschiedenen Grade von Vorsatz und Fahrlässigkeit jedoch noch nicht. Wenn gelegentlich eine Unterscheidung in den Rechtstexten getroffen wurde, dann in Vorsatz und Zorn oder in Vorsatz und Trunkenheit. Die Feststellung einer fahrlässigen Handlung wirkte sich strafmildernd aus. Im 16. Jahrhundert wurde es in Deutschland allgemein üblich, die Beleidigungsabsicht (*animus iniuriandi*) für eine Injurienklage vorzusetzen.

HAFTUNG UND BELEIDIGUNGSFÄHIGKEIT. Das kanonische Recht hatte im 12. Jahrhundert erste Gründe für einen Haftungsausschluss und für die Beleidigungsfähigkeit thematisiert. Danach sollten Geisteskranke von der Haftung ausgeschlossen bleiben und es war nicht möglich, aufgrund des fehlenden und zu schützenden Rechtsgutes sie oder ehrlose Personen zu beleidigen. Im späten Mittelalter traten in städtischen Rechtstexten Bestimmungen hinzu, mit denen Amtsträger unter Schutz gestellt wurden. So blieben vor allem Gerichtsherren und Gerichtsdienere straffrei, wenn sie während der Ausübung ihres Amtes Worte aussprachen, die den Tatbestand einer Beleidigung erfüllten.

Im 16. Jahrhundert begann eine systematische und wegweisende Auseinandersetzung mit der Frage, wer für eine aus einem Schuldverhältnis herührende Schuld letztlich einstehen musste. In den Kreis der Schuldhaften wurde nicht mehr nur der Sprecher einer Verbalinjurie einbezogen, sondern auch dessen möglicher Anstifter und jene Person, die zur Verbreitung der Beleidigung beitrug.

EHRENSCHUTZ POST MORTEM. Dass Personen nach ihrem Ableben gleichermaßen für begangene Straftaten gerichtet und ihre Ehre durch die Lebenden geschützt werden mussten, daran bestand für mittelalterliche und frühneuzeitliche Rechtsgelehrte kein Zweifel. Bei Beleidigungsfällen galt erstens, den Achtungsanspruch der verstorbenen Person und ihrer noch lebenden Angehörigen zu wahren und es lag zweitens im öffentlichen Interesse, die Geltung von bestehenden Normen und die Wahrheit von Anerkennungsurteilen zu bekräftigen. Wenn eine Straftat einer bereits verstorbenen Person noch ungesühnt war, gehörte es zum Rechtsbrauch, den toten Straftäter zu exhumieren und nach Beweis seiner Schuld unehrenhaft zu bestatten, das bedeutete, den Toten ungeweihtem Boden zuzuführen. Des Weiteren sollte sichergestellt werden, dass Täter ihre gerechte Strafe auch dann erhalten sollten, falls das Opfer keine Klage mehr erheben oder sich rechtfertigen konnte.

HÄUFIGE TATBESTANDSMERKMALE IM MITTELALTERLICHEN UND FRÜHNEUZEITLICHEN RECHT. Die Rechtstexte kennen eine Vielzahl von Merkmalen zur Beschreibung der Tatbestände Beleidigung und Verleumdung. Zu den wichtigsten zählten:

- 1) Rechtstexte ohne begriffliche Schärfung, in denen durch rechtssprachlich nicht eindeutige Worte und Wendungen der Tatbestand ausgedrückt wurde («schelten», «schmähen», «böse Worte» etc.),
- 2) Rechtstexte, die durch die Benennung von Schimpfwörtern und Anschuldigungen die Tatbestandsmerkmale genau bezeichneten, dazu gehörten zum Beispiel Ehebruch/Prostitution, Illegitimität, Denunziation, Fälschung, Meineid, Desertion, Hexerei/Zauberei, Betrug, Diebstahl, Raub, Unzucht (mit Tieren, Familienangehörigen und gleichgeschlechtlichen Sexualpartnern) und Mord sowie die Schimpfwörter «Wüstling», «Fuchs», «Hase», «Buhlnabe», «Hexendiener», «Hexenträger», «Hexe», «Bösewicht» und «Hundesohn»,
- 3) Rechtstexte, mit denen als Tatbestandsmerkmal bestimmt wurde, dass die Beleidigung durch das Opfer statt durch Hörensagen direkt zur Kenntnis genommen werden sollte,

- 4) Rechtstexte mit der Unterscheidung in «bloße Schimpfwörter» und «Schimpfwörter wider die Ehre»,
- 5) Rechtstexte mit der Unterscheidung «Scheltworte» und «gelogene urchund»,
- 6) Rechtstexte mit der Unterscheidung «Worte, die an die Ehre gehen» und «Worte, die Leib und Ehre betreffen»,
- 7) Rechtstexte mit der Unterscheidung «Worte großer und kleiner Schmach».

2.4 Prozessverfahren

Die gelegentlich in der Forschungsliteratur geäußerte Behauptung, dass Injurienklagen in Mittelalter und Früher Neuzeit nur privatrechtlich geführt wurden, ist irrig. Zum einen, weil eine Differenzierung in privates und öffentliches Recht für den Untersuchungszeitraum nur punktuell greifbar ist, zum anderen, weil in dieser Zeit Prozessverfahren miteinander konkurrierten, die beide Wege für den Kläger öffneten. Von besonderer prozessrechtlicher Bedeutung für Injurienklagen waren das Infamations-, Inquisitions- und Rügeverfahren sowie die zivil- und strafrechtlichen Klageformen des ausgehenden Mittelalters.

INFAMATIONSVERFAHREN. Das Infamationsverfahren, dessen Wurzeln in die Spätantike zurückreichen und mit dem Kleriker vor zweifelhaften Anschuldigungen geschützt werden sollten, sah während des Prozesses keine Prüfung des Tatbestandes durch andere Beweismittel als den Reinigungseid vor. Jedoch wurde noch vor Einleitung des Prozesses zwischen glaubhaftem und zweifelhaftem Gerücht über einen beschuldigten Kleriker differenziert. Diese Unterscheidung unterlag keiner Beweispflicht durch Zeugen, Sachkundige, Urkunden oder ähnliche Beweismittel. Das bedeutet, die soziale Stellung und der bis zur Verdachtsäußerung erworbene Ruf übten maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen eine Prozesseröffnung aus.

DIE KIRCHENRECHTLICHEN GRUNDLAGEN FÜR INJURIENKLAGEN IM 12. UND 13. JAHRHUNDERT. Die entscheidenden kirchenrechtlichen Bestimmungen für das Injurienrecht in Hoch- und Spätmittelalter wurden im *Decretum Gratiani* und in der Dekretalensammlung Papst Gregors IX. (*Liber extra*) formuliert. Beide Texte nahmen Anregungen aus dem Infamationsverfahren auf und stellten Bestimmungen auf, wann ein Kirchenoberer einem Verdacht gegen Kleriker nachgehen müsse, welche Rolle Gottesurteile spielen sollten und in

welcher Form Reinigungseide zu leisten waren. Aus der Beschäftigung mit diesen Fragen erwuchs der Inquisitionsprozess.

INQUISITIONSVERFAHREN. Das durch Papst Innozenz III. zu Beginn des 13. Jahrhunderts etablierte Inquisitionsverfahren sollte es einerseits erleichtern, die Kirchenoberen zu belangen und sie in einem Disziplinarverfahren ihrer Ämter zu entsetzen. Andererseits regte Innozenz mit der Durchsetzung des Verfahrens auf dem *Vierten Laterankonzil* 1215 eine flächendeckende Reform und Prüfung der Sitten des Klerus innerhalb jeder Diözese an. Hinzu kommt noch, dass sich mit dem Inquisitionsprozess der Schutz von beklagten Personen erhöhte: Ihre mutmaßlichen Straftaten wurden nämlich von nun an im Sinne der materiellen Wahrheit mit neuen Beweismitteln geprüft. Zu den Beweismitteln zählten neben dem Reinigungseid auch der Augenschein, ein eidliches Zeugnis Dritter und Urkunden. In diesem Zusammenhang verbot das *Vierte Laterankonzil* die Teilnahme von Geistlichen an Gottesurteilen.

Der Leumund einer Person spielte innerhalb des Inquisitionsverfahrens weiterhin eine entscheidende Rolle, zum Beispiel bei der Festlegung des Strafmaßes oder bei der Einschätzung, ob eine Aussage und ein Reinigungseid als glaubwürdig einzuschätzen seien. In der *Carolina* von 1532 hatte der Reinigungseid seine Bedeutung verloren. Zeuge und Geständnis waren die wichtigsten Beweismittel geworden.

RÜGGERICHTE UND RÜGEVERFAHREN. Die seit den karolingischen Königen bekannten Rügegerichte waren ein effizientes Instrument des profanen und kirchlichen Rechts, auf dem Land und in der Stadt Delikte wie Beleidigungen und Verleumdungen zur Anzeige zu bringen und zu verurteilen. Dem bischöflichen Sendgericht, einer Form des Rügegerichts, lag dabei ein besonderes strafrechtliches Verständnis zugrunde: Mit der Bestrafung des Delinquenten sollte der göttliche Zorn, der durch die begangene Tat hervorgerufen worden war, besänftigt werden, da er nicht nur den Täter, sondern auch die Gemeinschaft als Mittäter treffen würde. Jeder, der bei einem Gerichtstag nicht alles über delinquentes Benehmen seines Nächsten sagte, riskierte nach diesem Verständnis die ewige Verdammnis. Weil der Mensch nicht wisse, wen die Strafe Gottes letztlich treffe, müsse man sich notwendigerweise um jede Seele bemühen und Delinquenten gegebenenfalls durch Strafen zum Heil zwingen.

ZIVIL- UND STRAFRECHTLICHE KLAGEFORMEN. Der *Klagespiegel* (um 1425), die *Wormser Reformation* (1498/1499), der *Laienspiegel* Ulrich Tenglers von 1509 und die im gleichen Jahr publizierte *Frankfurter Reformation* waren die ersten deutschen Rechtsbücher, die eine prozessrechtliche Behandlung

der Injurien auf dem straf- und zivilrechtlichen Weg vorschrieben. Der *Klagespiegel* schöpfte aus der *Summa super codicem* des Azo Portius (* ca. 1150 † 1230), dort heißt es vermutlich zum ersten Mal in Zusammenhang mit der mittelalterlichen Behandlung von Injurien, dass man «criminaliter» und «civiliter» klagen könne. Frühere Texte kannten dieses Verfahren, das sich an das römische Recht anlehnte, für Injurienklagen noch nicht.

Das Ziel der Strafrechtsklage bestand darin, den Beklagten vor Gericht der begangenen Injurie zu überführen. In einem zweiten Schritt sollte der Leumund des Klägers durch einen öffentlichen Widerruf wieder hergestellt werden und in einem dritten Schritt hatte der überführte Täter entweder nach Ermessen des Richters oder nach einer festgelegten Geldbuße eine Strafe abzuleisten, die an das Gericht verfiel. Mit der bürgerlichen Klage forderte der Kläger vom Beklagten einen Schadensersatz in Höhe einer persönlichen Forderung oder einer ortsüblichen Taxe. Obwohl auch in diesem Verfahren die Schuld des Beklagten festgestellt werden musste, war eine Aufforderung des Delinquenten, eine Ehrenerklärung oder einen Widerruf zu leisten, nicht Bestandteil des Urteils.

ÄSTIMATORISCHE INJURIENKLAGE. Unter der ästimatorischen Injurienklage (*actio iniuriarum aestimatoria*), die in engem Zusammenhang mit dem Aufkommen der Unterscheidung in bürgerliche und strafrechtliche Klageformen im Injurienrecht steht, wird eine Klage verstanden, durch die der entstandene Schaden einer Ehrenkränkung vom Kläger selbst geschätzt und vor Gericht vom Beklagten eingefordert wurde. Die Höhe der geschätzten Schadensersatzforderung hatte letztlich der Richter festzulegen. Der Klage lag eine «Schätzungsformel» zugrunde, die in etwa so lautete: «Nicht für hundert Pfund würde ich die Wahrheit dieser Behauptung anerkennen.»

RICHTERLICHES ERMESSEN. Sanktionen im Injurienrecht konnten auf dreierlei Weise ermittelt werden: 1. durch eine festgelegte Buße innerhalb des Kompositionensystems, 2. durch die ästimatorische Injurienklage und das abschließende Urteil des Richters, 3. durch das Ermessen des Richters. Die letzte Möglichkeit erhöhte einerseits die Gefahr der richterlichen Willkür. Andererseits war es durch diesen Ermessensspielraum möglich, tatsächlich ein am Stand und Ansehen der Person gemessenes Urteil zu fällen. Bei ästimatorischen Injurienklagen war es dem Richter zudem möglich, Einfluss auf die Schadensersatzforderung zu nehmen. Demnach entsprach das Verfahren nach richterlichem Ermessen dem Grundsatz der standesgemäßen Sanktionierung eines Delinquenten mehr als das Kompositionensystem.

2.5 Die Berücksichtigung ständischer und hierarchischer Differenzen

Einflussreiche Rechte wie der *Schwabenspiegel* warnten davor, Personen nicht ihrer Herkunft gemäß zu verurteilen, weil ein nicht am Stand orientiertes Urteil weder göttliches noch Landrecht sei. Dieses oder ein ähnliches Verständnis lag vielen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechten zugrunde, es variierten aber die Formen der Umsetzung.

UNTERSCHIEDUNG NACH HERKUNFT. In den früh- und hochmittelalterlichen Artikeln zum Injurienrecht wurde durch das Kompositionensystem und die genaue Bezeichnung des Standes oder Geschlechts bestimmt, wie ein standesgemäßes Urteil zu fällen sei, unterschieden wurde dort nach freien Frauen und Männern, zwischen Sklaven und Edlen; auch die Schmähung von Geistlichen fand in wenigen profanen Texten Berücksichtigung. Singulären Charakter trägt die Unterscheidung der Bestrafungsinstrumente nach ritterlichem oder bäuerlichem Stand im *Sächsischen Gottesfrieden* aus dem 11. Jahrhundert.

Die bedeutenden spätmittelalterlichen Rechte in Deutschland (*Sachsen-, Deutschen- und Schwabenspiegel*) verallgemeinerten den Grundsatz nach standesgemäßem Urteil, wenn sie festsetzten, jeden Delinquenten nach seiner Abstammung zu strafen. Mit dieser Maßgabe lag es in den Händen der Urteiler, ein angemessenes Strafmaß zu verhängen.

KIRCHENRECHT. Im Kirchenrecht wurde bestimmt, dass eine Strafe nicht aus persönlichem Hass oder aus Rache verhängt werden durfte, denn das kanonische Strafrecht gab keine Antwort auf ein persönlich erlittenes Unrecht, sondern auf ein Unrecht gegen die Kirche, die die betroffene Person repräsentierte. Dementsprechend traf die Beleidigung eines Geistlichen nicht nur dessen persönliche Ehre, sondern die römische Kirche an sich. Daher war der Vorsteher eines geschmähten Geistlichen verpflichtet, jede Injurie vor einen Richter zu bringen – hier galt es die Heiligkeit von kultischer Handlung, heiligem Ort und Mysterium zu schützen.

STADTRECHTE. Die spätmittelalterlichen Stadtrechte nahmen zum Teil gesonderte Tatbestände in ihrem Injurienrecht auf. Auch sie kannten wie das Kirchenrecht die Beleidigung von Amtsträgern oder der Stadt als Gemeinwesen, die unter besonderem Schutz standen, da vor allem die städtischen Ämter das Risiko, beleidigt zu werden, erhöhten, aber von den Amtspersonen eine vorbildliche moralische Integrität erwartet wurde. Solche Formen der repräsentativen Beleidigung einer Person standen inhaltlich der

Majeitätsbeleidigung sehr nahe, nach der ein verbaler oder tätlicher Angriff auf einen Vertreter des Königs oder eines Fürsten als eine Beleidigung gegen den Herrn verfolgt wurde.

Darüber hinaus sahen städtische Rechte einen besonderen Schutz ihrer Bürger vor Beleidigungen durch Auswärtige vor und sie nahmen Gewohnheitsrechte auf, die eigentlich im Rechtsbereich eines Hausherrn lagen, wenn sie Beleidigungen durch Ehefrauen, Kinder und Hausgesinde sanktionierten. Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in den spätmittelalterlichen Landrechten und Weistümern sowie im Kirchenrecht, allerdings werden dort die Rechte des Hausherrn mehr betont und der Einfluss des Gerichtsherrn verhaltener kodifiziert. Nach den kirchenrechtlichen Bestimmungen durfte der schmale Grat von Züchtigung und Ehrenscheite nicht überschritten werden, denn den Leumund einer Person sollte man zu keiner Zeit verletzen, weil dies eine Todsünde wäre. Im Vergleich dazu griffen die Stadtherren stärker in die «privatrechtlichen» Belange ihrer Bürger ein.

2.6 Geschlechtliche Differenzierungen

Obwohl die Rechtstexte keine geschlechtspezifische Sprache kennen und dort kein Wert darauf gelegt wird, bestimmte Begriffe ausdrücklich Frauen und Männern zuzuweisen, bezogen sich die Paragraphen der Texte in der Regel auf beide Geschlechter. Es gibt aber auch ein kleines Corpus von Texten, die Tatbestandsmerkmale einem bestimmten Geschlecht zuwiesen, gelegentlich wurde dem weiblichen Geschlecht ein besonderer Schutz eingeräumt. Einige Tatbestände hingegen, die Frauen zugeordnet wurden, waren «external attribuiert», das heißt man schloss von Erfahrungen bzw. (Vor-) Urteilen mit einer kleineren Gruppe von Personen auf das Verhalten einer größeren Gruppe.

BÖSE STIEFMUTTER. Im Gesetz König Eurichs aus dem späten 5. Jahrhundert wurde die Beschuldigung, Stiefmütter seien habgierig und würden ihrer Habsucht auf Kosten von Schutzbefohlenen nachkommen, als strafwürdiges Delikt aufgenommen. Mit dieser Beschuldigung wurde dem Gatten das Unvermögen unterstellt, das Erbe seiner Kinder vor dem Zugriff einer zweiten Ehefrau bewahren zu können. Obwohl sich das Motiv der «bösen Stiefmutter» in erzählenden Texten des Mittelalters oft auffinden lässt, tritt es in normativen Texten nur in diesem sehr frühen Rechtstext auf.

DER VERGEWALTIGUNG BESCHULDIGT. In den *Konstitutionen von Melfi* (1231) wird von Frauen berichtet, die zu Unrecht Männer mit einer Falschaussage

erpresst hätten, eine Eheverbindung einzugehen. Dieses Vorgehen wurde nach dem Talionsprinzip mit dem Tod bestraft, ähnliche Bestimmungen sind auch aus Goslar und Oberbayern bekannt.

Dieses Gesetz gehört in eine Reihe völlig verschiedener Zugangsweisen zum Tatbestand der Vergewaltigung. Einige Rechte legten mehr Wert auf den Schutz der Frau, andere, wie die *Konstitutionen von Melfi*, betonten die «Heimtücke» der Frauen. Selbst wenn die referierten Erfahrungen stimmen sollten, wurde dort für die Zukunft ein Vorurteil eingeräumt, dass eine Verurteilung eines Vergewaltigers erschwerte. Uneinig waren sich die Rechte auch darin, wie mit der festgestellten Vergewaltigung und den Folgen umzugehen sei. Ältere Rechte wie das *Edictum Rothari* und die *Lex Frisonum* sowie das kanonische Recht tolerierten Ehen zwischen Opfer und Vergewaltiger und legitimierten auch die Kinder aus diesen Ehen. Die spätmittelalterlichen Landrechte in Deutschland versagten den Kindern hingegen jegliches Recht; auf die Eheschließung selbst konnten sie aufgrund der kirchlichen Zuständigkeit keinen Einfluss nehmen.

DEFLOURATION UND VERLÖBNIS. Falls eine verlobte Frau vor ihrer Eheschließung defloriert und ihr Verlöbnis durch den Verlobten aufgelöst wurde, konnte sie mit einer materiellen Entschädigung in Form eines «Kranzgeldes» rechnen. Es sollte nicht nur den Ehrverlust der Frau und ihres Vormundes ausgleichen helfen, der infolge der Defloration zu einer schwierigen Verheiratung und zu einer Erhöhung der zu zahlenden Mitgift führen konnte, sondern es ging auch darum, dem Vorwurf der «Hurerei» entgegen zu treten, indem der Mann durch die Zahlung seine Schuld eingestand und damit die Ehre der Opfer wieder herstellte und anerkannte. Das kanonische Recht forderte von Männern entweder die Zahlung des Kranzgeldes oder die Heirat der «entehrten» Frau. Die profanen Rechtstexte folgten dem kanonischen darin, bis sie im 14. und 15. Jahrhundert eigene Strafen festlegten, zum Beispiel Verbannung, Ehrenstrafen oder in einigen Fällen auch die Todesstrafe.

«WEIBISCHES GESCHWÄTZ». Die wenigen Rechtstexte, die sich gesondert dem «weibischen Geschwätz» widmeten, führen nicht aus, weshalb sie abweichend von anderen Rechten das zänkische und beleidigende Gerede unter Frauen gesondert behandeln. Auffällig ist in diesem Zusammenhang aber, dass der weibliche Anteil an Verbalinjuriën vor Gerichten deutlich geringer war als jener der Männer. In der Regel wertete man die schmähenden Worte von Frauen nicht als Angriff auf die Ehre aufgrund der angenommenen «eingeschränkten Geistesfähigkeit» von Frauen, eine Auffassung, die unter anderem durch die Erbsündetheologie des Augustinus in das Mittelalter hineingetragen worden ist.

HEXEREI UND KETZEREI. Einige der frühmittelalterlichen Leges (*Edictum Rothari*, *Pactus legis Alamannorum*, *Lex Salica*) verboten zum Schutz der Opfer die Beschimpfung von Personen als «Hexen» oder «Hexer». Denn obwohl in dieser Zeit die Realität von Hexen durch Vertreter der Kirche immer wieder in Abrede gestellt wurde, war der Glaube an ihre magischen Kräfte fest verankert.

Im 13. Jahrhundert setzte sich der Glaube an Dämonen jedoch auch in den Reihen der kirchlichen Autoritäten durch, die kanonischen und profanen Rechtstexte reagierten darauf mit der Bestrafung von Hexerei, die unter dem Begriff der Häresie subsummiert wurde. Neuer Tatbestand war nun der Abfall vom christlichen Glauben. Nun hieß es, man dürfe eine andere Person nicht «Ketzer» oder «Sodomit» nennen, wenn dieser Vorwurf nicht zutreffend sei. Denn aufgrund der unterstellten sexuellen Verfehlungen der Apostaten mit Dämonen wurden Häresieverdächtige mit Sodomiten gleichgestellt, so dass eine klare begriffliche Unterscheidung oft nicht zu vollziehen ist. Über den *Sachsenspiegel* fanden Häresie und Sodomie als Tatbestände Eingang in die profanen deutschen Rechte.

FÄLSCHLICH DER HUREREI BESCHULDIGT. In den frühmittelalterlichen Leges trat der Tatbestand der Beleidigung mit dem Wort «Hexe» oft in Verbindung mit der Beleidigung als «Hure» auf. Im Vordergrund stand auch hier der Schutz des Opfers, weil es beim «Beweis» des Vorwurfs hohe Strafen erwartete, beim Ehebruch sogar die Todesstrafe. Der Tatbestand entsprach demnach dem der falschen Anschuldigung und nicht dem der einfachen Beleidigung. Die geschützte Ehre der Frau wurde durch die Erhabenheit über jedwede Anklagen wegen sexueller Verfehlungen und magischer Praktiken definiert.

Die Beleidigung mit dem Wort «Hure» blieb auch in den spätmittelalterlichen Rechtstexten dominant. Gerichtsprotokolle und Gnadenersuche des 14. und 15. Jahrhunderts zeigen, dass Männer in erster Linie als Lügner, Diebe oder Meineidige bezeichnet wurden. Frauen warf man hingegen am meisten Hurerei vor. Einige Texte wie das *Augsburger Stadtbuch* legen allerdings nahe, dass der Tatbestand insofern modifiziert wurde, als dass man die Beschimpfung einer Frau mit dem Wort «Hure» nicht mehr nur im Sinne einer üblen Nachrede oder Verleumdung auffasste, sondern in einigen Rechten nur noch als einfache Beleidigung.

2.7 Ein Kanon schwerer Verbrechen

In zahlreichen spätmittelalterlichen Rechtstexten, insbesondere in städtischen Statuten, lässt sich ein Kanon von Anschuldigungen nachweisen, die

geeignet waren, einer anderen Person erheblichen sozialen Schaden zuzufügen. Würden die durch die Anschuldigungen mitgeteilten Tatbestände zutreffen, dann hätten die so Beschuldigten fast ausnahmslos peinliche Strafen erwartet, in vielen Fällen sogar der Tod. Zu diesem Kanon zählten folgende Vorwürfe: Dieb, Mörder, Verräter/Fälscher, Räuber etc. Diese Verbrechen stimmen weitgehend mit wichtigen negativen christlichen Wertvorstellungen überein, allein die Zehn Gebote sind durch die Anschuldigungen stark vertreten: Ketzerei versus Gottes Gebot, keine anderen Götter zu dulden; Hurerei versus das Verbot des Ehebrechens; Mord versus das Verbot des Tötens; Diebstahl versus das Verbot des Stehlens etc.

Der Kanon wurzelt in einer Zeit, als im Kirchenrecht mit dem *Decretum Gratiani* und dem *Liber extra* die grundlegenden Sammlungen für das spätere Injurienrecht entstanden, das kirchliche Strafrecht an Systematik gewann, die Zungensünden ein brennendes Thema der Theologie wurden, die Rezeptionsphase des römischen Rechts in Blüte stand, mit dem Inquisitionsprozess ein Verfahren in den Gerichten seinen Siegeszug antrat und die Auseinandersetzung mit den Ursprüngen häretischer Gruppen eine neue Qualität gewann. Dieser Befund legt den Gedanken nahe, dass die in den Rechtstexten aufgenommenen Anschuldigungen kein Reflex auf die an den Gerichten verhandelten Prozesse waren, sondern Ergebnis theologischer und kirchenrechtlicher Erkenntnisprozesse. Mit dem Kanon verfügten die Rechtstexte über eine überschaubare Anzahl «kapitaler» Verbrechen (*crimen maxima*). Wechselwirkungen schließt diese Beobachtung nicht aus und auch nicht, dass Anschuldigungen, die auf die Sexualität oder Abstammung des Opfers rekurrierten, einen ebenfalls festen Platz in den Rechtstexten hatten. Allerdings dürfte die Aufnahme dieser Schmähwörter in einem anderen Zusammenhang stehen, vermutlich in einem an der Praxis der Gerichte orientierten.

2.8 Sanktionen

Sanktionen für Verbalinjurien waren vielfältig, so dass sich Beispiele aus der kirchlichen Bußpraxis und dem gesamten Arsenal von Strafen, das die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtstexte kannten, gleichermaßen fassen lassen. Zu den wichtigsten Sanktionen gehörten die drei Formen zur Restitution der verletzten Ehre: Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte. Darüber hinaus waren Geldbußen eine verbreitete Form im profanen Recht. Das Kirchenrecht kannte für Laien neben der Kirchenbuße insbesondere Ehrenstrafen und für Kleriker Körperstrafen und Amtsenthebungen. Bei

falschen Anschuldigungen sahen zahlreiche Rechtstexte eine Verurteilung auf Grundlage des Talionsprinzips vor, das heißt den Täter traf jene Strafe, die sein Opfer bei einer Verurteilung erwartet hätte. Harte peinliche Strafen mit bleibenden Körperschäden oder die Hinrichtung von Delinquenten treten erst in den spätmittelalterlichen Rechtstexten auf. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand waren diese Strafformen allerdings selten.

KIRCHENSTRAFEN. Kirchenstrafen sind zu unterscheiden nach Strafen für Laien und Strafen für Geistliche. Für Geistliche waren die Suspendierung von den ausgeübten Ämtern, die Einschließung in ein Kloster, das Auspeitschen, die Exkommunikation oder die Übergabe an ein weltliches Gericht mit der Maßgabe, dadurch das Strafmaß zu erhöhen, häufige Strafformen für Beleidigungen. Falls ein Laie in einer Kirche oder während einer kultischen Handlung außerhalb des Gotteshauses die Zeremonie selbst oder die daran beteiligten Geistlichen und Kirchendiener in irgendeiner Weise schmähte, musste er mit einer Bestrafung durch Schläge und/oder Verbannung rechnen. Zugleich konnte ein solches Delikt als ein Sakrileg ausgelegt werden. Dann drohte auch die Exkommunikation, die sofort in Kraft trat und besonders schwer wog, weil eine Absolution vor dem Apostolischen Stuhl persönlich zu erbitten war. Im Allgemeinen scheinen Ehrenstrafen wie das Tragen von Schandsteinen oder Kerzen in der Öffentlichkeit die wichtigsten Sanktionen für Laien gewesen zu sein.

GESCHLECHTS- UND ALTERSSPEZIFISCHE SANKTIONEN. Die in den früh- und hochmittelalterlichen Rechtstexten festgelegten Sanktionen besaßen in der Regel Geltung für beide Geschlechter und lassen keine Rücksichten auf das Alter des Delinquenten erkennen. Im späten Mittelalter wurde es jedoch üblich, geschlechts- und altersspezifische Sanktionen zu verhängen. Entweder minderte oder erhöhte man das als «Norm» verstandene Strafmaß für Männer oder man maß Frauen und Kindern andere Sanktionen zu, als die Norm vorsah. Das Tragen von Lastersteinen, das Einsperren in ein Narrenhaus, das Herumführen um einen Brunnen und anderes mehr galten als bevorzugte, aber nicht ausschließliche Bußformen für Frauen. Diese Bußen, vollzogen in der Öffentlichkeit, trugen einen sehr schändlichen und demütigenden Charakter.

Kinderstrafen wie Verweisungen, Zungeabschneiden oder Turmhaft scheinen hingegen sehr streng im Vergleich zur Norm und in ihrer Verhältnismäßigkeit. Vermutlich wirkte sich der Ungehorsam gegen die Eltern straferschwerend aus. Die Bestrafung von Kindern im Injurienrecht tritt nur in städtischen Texten auf und ist ein Indiz für die intensivere Einflussnahme der städtischen Obrigkeit in die Belange des Hausherrn und Vormunds, die

für die Bestrafung und «Züchtigung» ihrer Kinder und Mündel Sorge zu tragen hatte.

EHRENERKLÄRUNG, WIDERRUF UND ABBITTE. Mit den Begriffen Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte werden drei mögliche und für den Untersuchungsraum typische Formen der Genugtuung in Injurienfällen bezeichnet. Ihre ersten Spuren im profanen und kirchlichen Recht können bereits für das frühe Mittelalter nachgewiesen werden. In der Scholastik wurden diese Formen insbesondere durch Albertus Magnus und Thomas von Aquin diffizil herausgearbeitet und kommentiert. Das römische Recht kannte hingegen keine Genugtuung für den Tatbestand der Beleidigung.

Unter einer Ehrenerklärung versteht man in der historischen Rechtswissenschaft eine Erklärung, mit der die Ehrenhaftigkeit einer Person anerkannt wird. Der Widerruf unterscheidet sich von dieser allgemeinen Definition darin, dass speziell die Delinquenten, die eine Person durch Worte oder andere geeignete Mittel in ihrer Ehre verletzten, ihre Beleidigung oder Verleumdung widerriefen. Mit der Abbitte versuchte der Täter Vergebung beim Opfer zu erlangen. Voraussetzung war eine offene oder stillschweigende Ehrenerklärung bzw. ein Widerruf. Die Abbitte beabsichtigte eine Versöhnung und beiderseitige Anerkennung der Ehre durch Täter und Opfer.

Der Vollzug des Widerrufs konnte sehr erniedrigende Formen annehmen, zu den am häufigsten vorkommenden gehören, dass der Delinquent vor dem tagenden Gericht, von der Kirchenkanzel, auf dem Markt oder am selben Ort und vor denselben Personen, die bei der Diffamierung zugegen waren, seine Beleidigung widerrief. Diese Formen der Rehabilitierung sind aber nicht in jedem Fall als Strafe aufzufassen, denn sie treten beinahe ohne Ausnahmen in Kombination mit einer Strafe oder Bußleistung auf. Das heißt, das Rachebedürfnis wurde durch diese Formen offenbar nicht gestillt und als eine zufriedenstellende Genugtuung oder Ersatzleistung fasste man sie ebenfalls nicht auf.

GELDBUSSE UND SACHLEISTUNGEN. Im profanen Recht zählten die Geldbuße und die Entrichtung von Sachleistungen zu den am häufigsten genannten Strafen im Injurienrecht. Beide Formen konnten entweder bestimmt sein durch einen festen Bußkatalog (Kompositionensystem) oder durch richterliches Ermessen. Die Höhe der zu zahlenden Summe richtete sich nach dem Tatbestand und dem Stand des Empfängers des Geldes. Das Bußgeld tritt zuerst in Form des frühmittelalterlichen Wergeldes als eine Art Schadensersatzleistung in Erscheinung. Bereits im 9. Jahrhundert mussten Zahlungen (Gewette) an die Personen des Gerichts oder den Gerichtsherrn

entrichtet werden, oft in Verbindung mit Geldbußen für das Opfer. Diese Praxis ist auch in den spätmittelalterlichen Rechtstexten sehr häufig anzutreffen. Mit der Unterscheidung in zivil- und strafrechtliche Klagen kam es zur Ausdifferenzierung: Auf zivilrechtlichem Weg konnte Schadensersatz gefordert werden, nach einer strafrechtlichen Verurteilung musste der Delinquent widerrufen und dem Gericht ein Gewette entrichten. Der Kläger konnte nicht beide Wege einschlagen, um Widerruf und Schadensersatz zu erlangen. Im frühen 14. Jahrhundert begegnen im städtischen Injurienrecht die ersten Gewette in Form von Sachleistungen.

GEISSELUNGEN. Geißelungen durch Stockhiebe oder Stäupen treten bereits im profanen und geistlichen Recht des frühen und hohen Mittelalters auf – nicht nur als eine singuläre Strafform, sondern im Kirchenrecht meist in Verbindung mit der Verweisung oder gar der Amtsenthebung des Delinquenten. Die Kombination aus körperlicher Züchtigung und dem Verstoßen einer Person zählte abgesehen von der Exkommunikation zu den härtesten der von der Geistlichkeit vollzogenen Strafen. In den spätmittelalterlichen Rechtstexten lassen sich kaum noch Geißelungen nachweisen, falls doch, dann als alternative Sanktionen für Personen, die eine Geldbuße nicht zahlen konnten.

VERWEISUNGEN UND FREIHEITSSTRAFEN. Verweisungen als besonders harte Strafen sind aus dem frühmittelalterlichen Kirchenrecht für Injurien bekannt, durch profane Rechtstexte wurden sie erst spät, vor allem in städtischen Statuten des 15. und 16. Jahrhunderts in Anspruch genommen. Verweisungen treten oft in Verbindung mit kurzfristigen Freiheitsstrafen auf; es handelte sich hier um alternative Strafformen, wenn eine andere aufgrund der Vermögensverhältnisse des Delinquenten nicht eingelöst werden konnte oder sie waren Bestandteil einer Taxordnung.

PRANGER. Das Widerrufen von Beleidigungen und falschen Anschuldigungen, das Stäupen, das Verbannen, das Tragen von Laftersteinen und auch das Einsitzen in einem sogenannten Narrenhäuschen standen in direkter Verbindung mit dem Pranger als eine feste, bekannte und zentrale Stätte für den Vollzug von Sanktionen. Der Pranger wird daher selten in den Rechtstexten genannt, des Öfteren findet er Erwähnung, wenn die Sanktionen darauf hinausliefen, eine bestimmte Zeit festgemacht am Pranger zu stehen.

TODESSTRAFE. Die Rechtstexte kannten die Todesstrafe für verbale Injurien äußerst selten, nur sechs Belege sind bisher bekannt. Diese Strafe wurde dort vor allem über Wiederholungstäter verhängt oder wenn der Delinquent eine besonders schwere Beleidigung vor einem Gericht (wiederholt) ausgesprochen hatte.

RETORSION UND KOMPENSATION. Unter Retorsion im historisch-rechtlichen Zusammenhang wird die unmittelbare Erwiderung einer wörtlichen Beleidigung oder Tätlichkeit durch das Opfer verstanden. Handelte es sich bei der Retorsion um eine widerrechtliche Äußerung oder Handlung, dann konnten sich Beleidigung und Widerrede aufheben (Kompensation). Über beide Gegenstände ist in den normativen Grundlagen des Injurienrechts kaum etwas zu finden. Während die mittelalterlichen Kommentatoren und Glossatoren eine Retorsion in Form der Widerrede «du lügst» tolerierten, wurde eine Erwiderung mit einem Schimpfwort oder ähnlichem meist abgelehnt. In der gelehrten Diskussion des 15. und 16. Jahrhunderts wird die dringende Notwendigkeit hervorgehoben, auf eine Beleidigung mit einer Gegenposition zu reagieren, weil das Opfer sonst die Anschuldigung indirekt anerkenne. Spätestens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde es zur Gewohnheit, von einer planmäßigen Retorsion anstelle eines aufwendigeren Prozesses Gebrauch zu machen, indem entweder die Gegendarstellung mündlich und unter Zeugen vorgetragen oder eine schriftliche Retorsion unter Zeugen dem Beschuldiger überreicht wurde. Parallel setzte sich durch, Notare mit der Abfassung der Schriftstücke oder der mündlichen Überbringung zu betrauen.

3. Ausblick

Die Untersuchung der Rechtstexte zu den Tatbeständen Beleidigung und Verleumdung hat die uneingeschränkte Bedeutung der Ehre und des Leumundes für 1100 Jahre Rechtsgeschichte auf einer breiten Quellengrundlage gezeigt. Künftig wird es leichter sein, Fallstudien zu diesem Thema in größere Zusammenhänge und Entwicklungslinien zu stellen. Das gilt nicht nur für Beiträge zu weiteren, hier nicht behandelten normativen Texten. Auch die Interferenzen zwischen geltendem Recht und Rechtspraxis sowie die Behandlung von Beleidigung und Verleumdung in Literatur und bildender Kunst dürften durch den Vergleich mit den hier zur Verfügung gestellten Ergebnissen an Kontur gewinnen. Durch die kurzen Exkurse zu narrativen Quellen und durch die Zusammenstellung der Abbildungen konnten erste Beispiele dafür gegeben werden. Verfolgt man diese fachübergreifenden Ansätze weiter, dann wird man ein komplexes Spiegelbild einer Gesellschaft erkennen können, in der die Verletzbarkeit einer Person größere Gefahren

in sich barg als in modernen Gesellschaften mit einem wesentlich höheren Anteil an Institutionalisierung und anderen Kommunikationsformen. In diesem Bild werden sich grundsätzliche Wertvorstellungen, gesellschaftliche Vorurteile, religiöse Umbruchssituationen und das autoritäre Streben nach Disziplinierung widerspiegeln.

Allerdings ließ die Untersuchung der Rechtstexte auch viele Fragen unbeantwortet. Sie konnte nur knappe Einblicke in die am sozialen Stand einer Person orientierten Verfahrensweisen geben. In vielen Fällen wurde nicht klar, welche gesellschaftlichen Gruppen die untersuchten Rechtstexte eigentlich erreichten. Zu fragen ist auch, welche alternativen Formen der Genugtuung bei einer Ehrverletzung – wie zum Beispiel die Fehde oder das Duell – Anwendung fanden und wer auf diese zurückgreifen durfte. Des Weiteren sollte erörtert werden, in welchen Zusammenhängen die städtischen Rechtstexte standen, mit denen versucht wurde, den Einfluss auf das «Züchtigungsrecht» der Hausherren und Hausväter zu vergrößern. Unabhängig davon ist es sinnvoll, die geschlechterspezifischen Beschuldigungen durch weiterführende Untersuchungen zur Rechtspraxis schärfer zu problematisieren, als es hier auf Grundlage der meist normativen Texte möglich war. Vor allem wäre in diesem Rahmen zu wünschen, dass künftig der Unterschied zwischen Beschimpfungen (einfachen Beleidigungen) und Tatsachenbehauptungen stärker als bisher berücksichtigt wird, um das Gewicht der Schimpfwörter in Bezug auf ihre rechtliche und gesellschaftliche Verurteilung besser abschätzen zu können.

Diese Defizite der älteren und Perspektiven der künftigen Forschung, die ohne weiteres noch um ein Vielfaches ergänzt werden könnten, zeigen, dass trotz einer zwei Jahrhunderte währenden wissenschaftlichen Beschäftigung mit Injurien noch immer erheblicher Forschungsbedarf besteht, vor allem in Bereichen der Rechtssoziologie, der Sozial- und Mentalitätsgeschichte sowie in der Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte.



APPENDIZES

Literatur und Register

1. Ältere Drucke (vor 1800), Editionen und Regesten

- Amtsrecht von Willisau** 1489, in: Zeitschrift für Schweizerisches Recht 5 (1856), S. 93–105.
- Auer, Franz** (Hg.): Das Stadtrecht von München, nach bisher ungedruckten Handschriften mit Rücksicht auf die noch geltenden Rechtssätze und Rechtsinstitute. München 1840 (ND Aalen 1969).
- Sancti Aurelii Augustini, Hipponensis episcopi**, opera omnia, post Lovaniensium theologorum recensionem castigata denuo ad manuscriptos codices Gallicos, Vaticanos, Belgicos, etc., necnon ad editiones antiquiores et castigatiores. Paris 1865 (Patrologia Latina, 33).
- Azonis summa super codicem**. Instituta. Extraordinaria. Turin 1966 (Corpus glossatorum juris civilis, ND 1578).
- Bauer, Christoph** u. a. (Bearb.): Lorenz Fries. Chronik der Bischöfe von Würzburg 742–1495, Bd. 3: Von Gerhard von Schwarzburg bis Johann II. von Brunn (1372–1440), hg. von Ulrich Wagner · Walter Ziegler. Würzburg 1999 (Fontes Herbipolenses. Editionen und Studien aus dem Stadtarchiv Würzburg).
- Behrends, Okko · Knüttel, Rolf · Kupisch, Berthold · Seiler, Hans Hermann** (Hg.): Corpus Iuris Civilis. Text und Übersetzung. Auf der Grundlage der von Theodor Mommsen und Paul Krüger besorgten Textausgaben, 4 Bde. Heidelberg 1990–2005.
- Bernhard von Clairvaux**: Sämtliche Werke. Lateinisch / Deutsch, hg. von Gerhard B. Winkler in Verbindung mit Alberich Altermatt · Denis Farkasfalvy · Polykarp Zakar, Bd. 9. Innsbruck 1998.
- Beyerle, Franz** (Hg.): Die Gesetze der Langobarden, mit einem Glossar von Ingeborg Schröbler. Weimar 1947.
- Bianchi, Enrico** (Hg.): Il Decameron, in: Giovanni Boccaccio: Decameron – Filocolo – Ameto – Fiametta, hg. von dems. · Carlo Salinari · Natalino Sapegno. Mailand · Neapel 1952 (La letteratura Italiana. Storia e testi, 8).
- Blackmore, Anthony**: Christliche Alterthümer. Mit einer Vorrede von Friedrich Eberhard Rambach, Bd. 1. Breslau 1768.
- Blumer, Johann Jakob · Heer, Gottfried** (Hg.): Urkundensammlung zur Geschichte des Kantons Glarus, 3 Bde. Glarus 1865–1915.
- Boretius, Alfred** (Hg.): Capitularia regum Francorum, Bd. 1. Hannover 1883 (Monumenta Germaniae Historica. Leges, 2).
- Ders. · Victor Krause** (Hg.): Capitularia regum Francorum, Bd. 2. Hannover 1897 (Monumenta Germaniae Historica. Leges, 2).
- Brant, Sebastian**: Der Richterlich Clagspiegel Ein nutzbarlicher begriff: wie man setze[n] vn[d] formiere[n] sol nach ordenu[n]g der rechte[n] [...] Straßburg 1516 (VD16 B7085).
- Brokes, Heinrich** (Hg.): Selectae observationes forenses ex omni iuris parte collectae atque variis praevidiciis et

responsis confirmatae quibvs praeter
dvplcem indicem appendix trivm
ivris Lvbecensis codicvm vna cvm
antiqvo ivre Wisbyensi [...]. Lübeck
1765.

Buchanan, George: Baptistes, sive calumnia. Tragoedia. London 1577.

Buma, Wybren Jan · Gerbenzon, Pieter · Tragter-Schubert, Martina (Hg.): Codex Aysma. Die altfriesischen Texte. Assen · Maastricht 1993 (Fryske Akademy, 742).

Ders. · Ebel, Wilhelm (Hg.): Das Fivelgoer Recht. Göttingen 1972 (Altfriesische Rechtsquellen, 5).

Burchardi Vormatiensis episcopi opera omnia, praecedunt Sancti Henrici imperatoris augusti constitutiones et diplomata ecclesiastica, intermiscentur Adelboldi Traiectensis episcopi, Thangmari presbyteri Hildesheimensis, Alperti S. Symphoriani Metensis monachi, S. Romualdi ordinis Camaldulensis institutoris, scripta vel scriptorum fragmenta quae supersunt. Paris 1880 (Patrologia Latina, 140).

Chmel, Joseph (Hg.): Regesta chronologico-diplomatica Friderici IV. romanorum regis (Imperatoris III.). Auszug aus den im k. k. geheimen Haus-, Hof- und Staats-Archive zu Wien sich befindenden Reichsregistraturbüchern vom Jahre 1440–1493. Wien 1838 (ND Hildesheim 1962).

Clag, antwort vnnd ausgesprochene vrteil, getzogen aus geistlichen vnd weltlichen Rechten, dodurch sich ein yeder, er sey cläger, antworter oder Richter, vor vnrechter that, handlung vnd furnemen hutten mag.

Mainz ca. 1480 (Klagespiegel, GW M16331).

Claussen, Hans-Kurt (Bearb.): Freisinger Rechtsbuch. Weimar 1941 (Germanenrechte, N. F. Schriften des Deutschrechtlichen Instituts).

Conrad, Hermann · Lieck-Buyken, Thea von der · Wagner, Wolfgang (Hg.): Die Konstitutionen Friedrichs II. von Hohenstaufen für sein Königreich Sizilien. Nach einer lateinischen Handschrift des 13. Jahrhunderts hg. und übersetzt. Köln · Wien 1973 (Studien und Quellen zur Welt Friedrichs II., 2).

Csendes, Peter (Hg.): Die Rechtsquellen der Stadt Wien. Wien u. a. 1986 (Fontes rerum Austriacarum, Abt. 3: Fontes iuris, 9).

Damhouder, Joost de: Praxis rerum criminalium. Gründlicher Bericht und Anweisung, welcher massen in Rechtfertigung peinlicher Sachen nach gemeynen beschriebnen Rechten vor und in Gerichten ordentlich zu handeln [...] / erstlich durch Joſten Damhouder [...] lateinisch beschrieben. Jetzt aber [...] in hoch Teutsche Sprach mit vleiß verwandelt durch Michaelern Beuther. Frankfurt am Main 1565 (VD16 D1084).

Daniels, Alexander von · Gruben, Franz von (Hg.): Das Saechsische Weichbildrecht – Jus municipale Saxonicum, Bd. 1. Berlin 1858 (Rechtsdenkmäler des deutschen Mittelalters).

Decretalium collectiones, ed. Lipsiensis secunda post Aemilii Ludovici Richteri curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanae

fidem recognovit et adnotatione critica instruxit Aemilius Friedberg. Leipzig 1881 (Corpus Iuris Canonici, ND New Jersey 2000).

Decretum magistri Gratiani, ed.

Lipsiensis secunda post Aemilii Ludovici Richter curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanae fidem recognovit et adnotatione critica instruxit Aemilius Friedberg. Leipzig 1879 (Corpus Iuris Canonici, ND New Jersey 2000).

Der Statt Franckenfurt erneuerte

Reformation. Frankfurt am Main 1578 (VD16 F2298).

Der Stadt Hamburgk Gerichtsordnung

und Statuta. Hamburg 1605 (ND Hamburg 1978, mit einer Einleitung Jürgen Christoph Gödons).

Der Statt Wormbs Reformation.

Speyer 1499 (ohne GW-Eintrag).

Des allerdurchleuchtigsten großmechtigste[n] vnüberwindtlichsten

Keyser Karls des fünfften vnnd des heyligen Römischen Reichs peinlich gericht ordnung auff den Reichsztügen zu Augßburgk vnd Regensburgk, in jaren dreissig, vn[d] zwey vnd dreissig gehalten, auffgericht vnd beschlossen. Mainz 1533 (VD16 D1069).

Des Durchlauchtigsten Hochgebo-
re[nen] Fürsten vnd Herrn,

Herrn Augusten Hertzogen zu Sachsen [...] vnd Churfürsten [...] Verordenungen vnd Constitutionen des Rechtlichen Proces, auch waser massen etzlicher zweiffelhafftiger vnd streitiger fell halben [...] zu recht erkand vnd gesprochen werden sol. Dresden 1572 (VD16 S894).

Diss ist die Reformation der Statut
vnd gesetzze, die ein erber Rate der

Stat Nüremberg [...] fürgenomen hat. Augsburg 1488 (GW M27327).

Dießtelkamp, Bernhard (Hg.): Urkundenregeßen zur Tätigkeit des deutschen Königs- und Hofgerichts bis 1451, Bde. 1–2. Köln · Wien 1988/1994.

Dreyer, Carl Heinrich: Zur Erläuterung der teutschen Rechte, Rechtsalterthümer und Geschichten angewandte Nebenstunden. Bützow · Wismar 1768.

Ebel, Friedrich (Hg.): Magdeburger Recht, Bd. 2: Die Rechtsmitteilungen und Rechtsprüche für Breslau, Teil 1: Die Quellen von 1261 bis 1452. Köln · Wien 1989 (Mitteldeutsche Forschungen, 89/II/1).

Ders., unter Mitarbeit von Carls,

Wieland · Schelling, Renate (Hg.): Der Rechte Weg. Ein Breslauer Rechtsbuch des 15. Jahrhunderts, 2 Bde. Köln Weimar Wien 2000.

Eckhardt, Karl A. (Hg.): Die Gesetze des Karolingerreiches 714–911, Bd. 1: Salische und ribuarische Franken. Weimar 1934 und Bd. 2: Lex Salica: Recensio Pippina. Weimar 1953 (Germanenrechte. Texte und Übersetzungen, 2).

Ders. (Hg.): Legis Alamannorum, Bd. 1: Einführung und Recensio Chlothariana (Pactus). Göttingen · Berlin · Frankfurt 1958 (Germanenrechte, N. F., Bd. 5: Westgermanisches Recht).

Ders. (Hg.): Pactus legis Salicae, Bd. 2.1. Göttingen 1955 (Germanenrechte: Westgermanisches Recht, 2).

Ders. (Hg.): Schwabenspiegel, Kurzform. I. Landrecht, II. Lehnrecht. Hannover ²1974 (Monumenta Germaniae Histo-

- rica. *Fontes iuris Germanici antiqui*, N. S., 4.1–2).
- Ders.** (Hg.): *Sachsenspiegel – Landrecht*. Göttingen · Berlin · Frankfurt ²1955 (*Monumenta Germaniae Historica*. *Fontes iuris Germanici antiqui*, N. S., 1.1).
- Ders.** (Hg.): *Sachsenspiegel*. Quedlinburger Handschrift. Hannover 1966 (*Fontes iuris Germanici antiqui in usum scholarum ex Monumentis Germaniae Historicis separatim editi*, 8).
- Ders. · Eckhardt, Albrecht** (Hg.): *Lex Frisionum*. Hannover 1982 (*Monumenta Germaniae Historica*. *Fontes juris Germanici antiqui*, 12).
- Eckhardt, Karl A. · Hübner, Alfred** (Hg.): *Deutschenspiegel und Augsburger Sachsenspiegel*. Hannover ²1933 (*Monumenta Germaniae Historica*. *Fontes juris Germanici antiqui*, N. S., 3).
- Eckhardt, Wilhelm A.** (Hg.): *Die Kapitulariensammlung Bischof Ghaerbalds von Lüttich*. Göttingen · Berlin · Frankfurt 1955 (*Germanenrechte*, N. F. *Deutschrechtliches Archiv*-Heft, 5).
- Eichler, Frank** (Hg.): *Das Hamburger Ordeelbook von 1270 samt Schiffrecht, nach der Handschrift von Fredericus Varendorp von 1493 (Kopenhagener Codex)*. Textausgabe und Übersetzung ins Hochdeutsche mit rechtsgeschichtlichem Kommentar. Hamburg 2005.
- Fidicin, Ernst** (Hg.): *Berlinisches Stadtbuch*. Berlin 1837 (*Historisch-diplomatische Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin*, 1).
- Foerster, Hubert · Dessonnaz, Jean-Daniel** (Hg.): *Die Freiburger Handfeste von 1249*. Edition und Beiträge zum gleichnamigen Kolloquium 1999. Fribourg 2003 (*Scrivium Friburgense*, 16).
- Förstemann, Ernst G.** (Hg.): *Die alten Gesetze der Stadt Nordhausen*, in: *Mittheilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen* 3.1 (1836), S. 30–72.
- Ders.** (Hg.): *Die alten Gesetze der Stadt Nordhausen*, in: *Mittheilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen* 3.3 (1837), S. 39–72.
- Ders.** (Hg.): *Die alten Statuten der Stadt Halle*, in: *Mittheilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen* 1.2 (1834), S. 61–92.
- Francke, Otto** (Hg.): *Das Verfestigungsbuch der Stadt Stralsund*. Mit einer Einleitung von Ferdinand Frensdorff. Halle 1875 (*Hansische Geschichtsquellen*, 1).
- Freyberg, Maximilian P. von** (Hg.): *Sammlung historischer Schriften und Urkunden*. Geschöpft aus Handschriften, 5 Bde. Stuttgart · Tübingen 1827–1836.
- Friedberg, Emil** (Hg.): *Corpus Juris Canonici*. Editio Lipsiensis secunda post Aemilii Ludouici Richteri, curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanae fedem recognovit et adnotatione critica instruxit Acmilius Friedberg, 2 Bde. Leipzig ²1879/1881.
- Fuchsberger, Ortolf**: *Justinianischer Institutien warhafft dolmetschung/ darin der groszmechtigst Kayser Ivstinian den ersten grond geschribener recht hat fürgebildet durch Orth.*

- Fuchsper. von Ditt. Augsburg 1536 (VD16 C5236).
- Gaupp, Ernst Theodor** (Hg.): Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Mit rechtsgeschichtlichen Erläuterungen hg., 2 Bde. Breslau 1851–1852.
- Gengler, Heinrich G. P.** (Hg.): Deutsche Stadtrechte des Mittelalters, teils verzeichnet, teils vollständig oder in Probeauszügen mitgeteilt. Nürnberg 1866 (ND Aalen 1964).
- Gobler, Justin**: Der Rechten Spiegel/ Auß den beschribenen Geystlichen/ Weltlichen/ Natürlichem/ vnd andern gebrauchlichen Rechten/ Auch gemeynen im Heiligen Reich Teutscher Nation/ Constitutionen, vnd üben- gen/ zugericht. Allen Oberkeyten/ [...] Befelchhabern/ vnd Vnderthonen/ zuwissen nötig [...] / Durch Herrn Justin Goblern/ von Sanct Gwere/ der Rechten Doctorem. Frankfurt am Main 1550 (VD16 G2313).
- Göschel, Otto** (Hg.): Die Goslarischen Statuten, mit einer systematischen Zusammenstellung der darin enthaltenen Rechtssätze und Vergleichung des Sachsenspiegels und vermehrten Sachsenspiegels. Berlin 1840.
- Graff, Theodor von** (Bearb.): Regesta Imperii, hg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 2.4: Die Regesten des Kaiserreiches unter Heinrich II. 1002–1024. Wien 1971.
- Greiner, Johann** (Hg.): Das ältere Recht der Reichsstadt Rottweil. Mit geschichtlicher und sprachlicher Einleitung. Stuttgart 1900.
- Grimm, Jacob** u. a. (Hg.): Weisthümer, 7 Bde. Berlin 1840–1878 (ND Göttingen 1957).
- Große, Rudolf** (Hg.): Schwabenspiegel – Kurzform. Mitteldeutsch-niederdeutsche Handschriften. Weimar 1964 (Monumenta Germaniae Historica. Fontes iuris Germanici antiqui, N. S., 5).
- Hach, Johann F.** (Hg.): Das Alte Lübsche Recht. Lübeck 1839.
- Hageneder, Othmar · Moore, John C. · Sommerlechner, Andrea, gemeinsam mit Egger, Christoph · Weigl, Herwig** (Bearb.): Die Register Innocenz' III. 6. Pontifikatsjahr 1203/04: Texte und Indices. Wien 1995 (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturinstitut in Rom, 2. Abt., 1. Reihe, 6: Texte und Indices).
- Hartmann, Ludwig M.** (Hg.): Gregorii I papae registrum epistolarum, Bd. 2: Libri VIII–XIV. Berlin 1899 (Monumenta Germaniae Historica. Rerum Germanicarum medii aevi. Epistolae, 2).
- Hartmann, Wilfried** (Hg.): Das Sendhandbuch des Regino von Prüm. Unter Benutzung der Edition von F. W. H. Wasserschleben hg. und übersetzt. Darmstadt 2004 (Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe. Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, 42).
- Hegelund, Peder Jensen**: Susanna. København 1578.
- Helmholz, Richard H.** (Hg.): Select cases on defamation to 1600. London 1985.
- Henrici de Segusio Cardinalis Hostiensis** Lectura in quinque libris decretalium. Venedig 1581 (ND Torino 1965).

- Herkommer, Hubert** (Hg.): Das Buch der Welt. Kommentar und Edition zur «Sächsischen Weltchronik». Ms. Mem. I 90 Forschungs- und Landesbibliothek Gotha. Luzern 2000.
- Herrmann, Paul** (Hg.): Zimmersche Chronik. Urkundlich berichtet von Graf Froben Christof von Zimmern und seinem Schreiber Johannes Müller. Nach der von Karl Barack besorgten 2. Ausg. neu hg. Meersburg · Leipzig 1932.
- Hessus, Helius Eobanus**: Elegia, recens scripta calumnia. Wittenberg 1538 (VD16 E1487).
- Homeyer, Carl Gustav** (Hg.): Der Richtsteig Landrechts. Berlin 1857.
- Hrabanus Maurus**: Liber ad Heribaldum. Paris 1852 (Patrologia Latina, 110).
- Jaffé Philipp** (Hg.): Regesta Pontificum Romanorum ab condita ecclesia ad annum post Christum natum MCXCVIII, tom. II: Ab anno MCXLIII ad anno MCXCVIII. Editionem secundam correctam et auctam auspiciis Gulielmi Wattenbach curaverunt Samuel Loewenfeld · Friedrich Kaltenbrunner · Paul Ewald. Leipzig 1888.
- Jancke, Peter** (Hg.): Das Kolberger Rechtsbuch. Der Kolberger Kodex des Lübischen Rechts von 1297. Faksimiledruck der verschollenen Handschrift mit hochdeutscher Übersetzung und Glossar. Hamburg 2005 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Kolberg und des Kreises Kolberg-Körlin, 32).
- Kaltenbaeck, Johann P.** (Hg.): Die Plan- und Bergteidigingsbücher in Oesterreich unter der Enns, Bd. 1. Wien 1846 (Die Österreichischen Rechtsbücher des Mittelalters. Reihe 1, 2).
- Kisch, Guido** (Hg.): Leipziger Schöffenspruchsammlung. Leipzig 1919 (Quellen zur Geschichte der Rezeption, 1).
- Knaust, Heinrich**: Calumnia. Das mann dem Affterreden, Schendung, Lästörung, Angebung, unnd verleumdung, so auff andere geredt unnd außgesperet wirdt, nicht leichtlich glauben solle, Oration [...]. Frankfurt am Main 1569 (VD16 L3021, Übertragung nach Lukian von Samosatensis).
- Köbler, Gerhard** (Hg.): Der Statt Wormbs Reformation. Mit Einleitung, bibliographischen Hinweisen und Sachregister in fotomechanischer Verkleinerung von ca. DIN A4 auf DIN A5, nach einem Exemplar der Bibliothek des Germanischen Nationalmuseums, ergänzt nach einem Exemplar der Stadt- und Universitäts-Bibliothek Frankfurt und überprüft nach einem Exemplar des Stadtarchivs Worms. Gießen 1985 (Arbeiten zur Rechts- und Sprachwissenschaft, 27).
- Ders.** (Hg.): Nüwe Statterechten und Statuten des loblichen Statt Fryburg im Pryszgow gelegen. Freiburg 1520 (ND Gießen 1986).
- Kofler, Walter** (Hg.): Ortnit und Wolfdietrich A. Stuttgart 2009.
- Koller, Heinrich** u. a. (Hg.): Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440–1493). Nach Archiven und Bibliotheken geordnet, Heft 1 ff. Wien u. a. 1982 ff.

- König, Kilian:** Processus vnd Practica der gerichtseuffte/ nach dem gebrauch Sechsischer Landart/ aus den gemeinen Bäpstlichen/ Keiserlichen vnd Sechsischen Rechten. Leipzig 1541 (VD16 K1846).
- Kothing, Martin** (Hg.): Das Landbuch von Schwyz, in amtlich beglaubigten Text. Zürich 1850.
- Kraut, Wilhelm T.** (Hg.): Das alte Stadtrecht von Lüneburg. Göttingen 1846.
- Kries, Friedrich W. von** (Hg.): Thoma-sin von Zerclaere. Der welsche Gaß, Bd. 4: Die Illustrationen des Welschen Gaßs. Kommentar mit Analyse der Bildinhalte und den Varianten der Schriftbandtexte. Verzeichnisse, Namenregister, Bibliographie. Göppingen 1985 (Göppinger Arbeiten zur Germanistik, 425/IV).
- Krusch, Bruno** (Bearb.): Fredegarii et aliorum chronica. Vitae sanctorum. Hannover 1888 (Monumenta Germaniae Historica. Scriptorum rerum Merovingicarum, 2).
- Ders.** (Bearb.): Passiones vitaeque sanctorum aevi Merovingici. Hannover · Leipzig 1902 (Monumenta Germaniae Historica. Scriptorum rerum Merovingicarum, 4).
- Kübler, Thomas · Oberste, Jörg** (Hg.): Das vierte und fünfte Stadtbuch Dresdens 1477–1505, bearbeitet von Jens Klingner · Robert Mund. Leipzig 2008 (Die Stadtbücher Dresdens und Altendresdens, 2).
- Dies.** (Hg.): Das sechste und siebente Stadtbuch Dresdens 1505–1535, bearbeitet von Jens Klingner · Robert Mund. Leipzig 2011 (Die Stadtbücher Dresdens und Altendresdens, 3).
- Dies.** (Hg.): Die drei ältesten Stadtbücher Dresdens 1404–1476, bearbeitet von Jens Klingner · Robert Mund. Leipzig 2011 (Die Stadtbücher Dresdens und Altendresdens, 1).
- Laband, Paul** (Hg.): Magdeburger Rechtsquellen. Zum akademischen Gebrauch. Königsberg 1869.
- Lappenberg, Johann M.** (Hg.): Die ältesten Stadt-, Schiff- und Landrechte Ham-burgs. Hamburg 1845 (Hamburger Rechtsalterthümer, 1).
- Laspeyres, Ernst A. Th.** (Hg.): Bernardi Papiensis Favientini episcopi Summa decretalium. Ad librorum manuscriptorum fidem cum aliis eiusdem scriptoris anecdotis editit. Regensburg 1860 (ND Graz 1956).
- Lindsay, Wallace M.** (Hg.): Isidori Hispalensis episcopi Etymologiarum sive originum. Libri XX, 2 Bde. Oxford 1911.
- Loersch, Hugo** (Hg.): Die Weistümer der Rheinprovinz, Abt. 1: Die Weistümer des Kurfürstentums Trier, Bd. 1: Oberamt Boppard, Hauptstadt und Amt Koblenz, Amt Bergpflege. Bonn 1900 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, 18).
- Mackay, Christopher S.** (Hg.): Malleus maleficarum, von Henricus Institoris und Jacobus Sprenger, Bd. 1: The Latin Text and Introduction. Cambridge 2006.
- Maranta, Roberto:** Tractatus De ordine Judicior[um] Excellentiss. J.U.D. Domini Roberti Marrante Uenusini: intitulatus Speculum aureum & lumen Aduocatorum [...]. Venedig 1540.

- Meyer, Christian** (Hg.): Das Stadtbuch von Augsburg, insbesondere das Stadtrecht vom Jahre 1276, nach der Originalhandschrift zum ersten Male herausgegeben und erläutert. Mit einem lithographirten Facsimile der Handschrift. Augsburg 1872.
- Meyer, Herbert** (Hg.): Das Mühlhäuser Reichsrechtsbuch aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts. Deutschlands ältestes Rechtsbuch nach den mittelalterlichen Handschriften hg., eingeleitet und übersetzt. Weimar ²1934 (ND Leipzig 1969).
- Michelsen, Andreas L. J.** (Hg.): Der ehemalige Oberhof zu Lübeck und seine Rechtsprüche. Altona 1839 (ND Aalen 1969).
- Ders.** (Hg.): Rechtsdenkmale aus Thüringen. Jena 1863.
- Micyllus, Jakob:** Apelles, ein schöne Historia wider die Verleumbder, in deutschen Reimen von Jacob Corner. Frankfurt am Main 1569.
- Möller, Lenelotte** (Hg.): Die Enzyklopädie des Isidor von Sevilla. Wiesbaden 2008.
- Moltzer, Jacob:** Apelles Ægyptus seu Calumnia. Fabula scenica in fünf Akten. Nürnberg 1583 (VD16 ZV25600).
- Mollwo, Carl** (Hg.): Das Rote Buch der Stadt Ulm. Stuttgart 1905 (Württembergische Geschichtsquellen, 8).
- Mordek, Hubert** (Hg.): Kirchenrecht und Reform im Frankenreich. Die Collectio Vetus Gallica, die älteste systematische Kanonessammlung des fränkischen Gallien. Studien und Edition. Berlin 1975 (Beiträge zur Geschichte und Quellenkunde des Mittelalters, 1).
- Ders. · Zechiel-Eckes, Klaus · Glatt-haar, Michael** (Hg.): Die Admonitio generalis Karls des Großen. Hannover 2012 (Monumenta Germaniae Historica. Fontes iuris Germanici antiqui in usum scholarum separatim editi, 16).
- Mühlbacher, Engelbert** (Bearb.): Regesta Imperii, hg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1.1: Die Regesten des Kaiserreichs unter den Karolingern 751–918. Innsbruck 1889.
- Neue Jerusalem Bibel.** Einheitsübersetzung mit dem Kommentar der Jerusalem Bibel, neu bearb. und erw. Ausg., deutsch hg. von Alfons Deißler · Anton Vögtle in Verbindung mit Johannes M. Nützel. Freiburg · Basel · Wien 1985.
- Nova Vulgata.** Bibliorum Sacrorum Editio, sacrasancti oecumenici concilii Vaticani II ratione habita, iussu Pauli PP. VI recognita auctoritate Ioannis Pauli PP. II promulgata. Editio typica altera. Roma 1979.
- Nüwe Stattechten und Statuten der loblichen Statt Fryburg** im Pryszygow gelegen (von Ulrich Zasius). Basel 1520 (VD16 F2540).
- Oelrichs, Gerhard** (Hg.): Volstaendige Sammlung Alter Und Neuer Gesetz-Bücher Der Kaiserliche Und des Heil. Römische Reichs Freien Stadt Bremen. Aus Original-Handschriften. Bremen 1771.
- Ortloff, Friedrich** (Hg.): Das Rechtsbuch Johannes Purgoldts nebst statuarischen Rechten von Gotha und Eisenach. Jena 1860 (ND

- Aalen 1967. Sammlung deutscher Rechtsquellen, 2).
- Ders.** (Hg.): Das Rechtsbuch nach Distinctionen und ein Eisenachisches Rechtsbuch enthaltend. Jena 1836 (Sammlung Deutscher Rechtsquellen, 1).
- Osterley, Hermann** (Hg.): Denkwürdigkeiten von Hans von Schweinichen. Breslau 1878.
- Otheinrich-Bibel.** Faksimile-Ausgabe der Handschrift Cgm 8010/I.2 der Bayerischen Staatsbibliothek München. Luzern 2002.
- P. Ovidi Nasonis** Metamorphoseon libri quindecim. Metamorphosen in fünfzehn Büchern von P. Ovidius Naso, übersetzt und hg. von Michael von Albrecht. Stuttgart 1997.
- Paris de Punteo:** De syndicatu officilium (mit Tabellen von Johannes Augustinus Portius). Pavia 1493.
- Pertz, Georg H.** (Hg.): Legum, Bd. 3 [Lex Alamannorum, Leges Baiuvariorum, Leges Burgundionum, Lex Frisionum]. Hannover 1863 (Monumenta Germaniae Historica, 15).
- Ders.** (Hg.): Scriptorum, Bd. 5 [Mariani Scotti chronicon etc.]. Hannover 1844 (Monumenta Germaniae Historica, 7).
- Petrus de Eubelo:** Liber ad honorem Augusti, sive de rebus Siculis. Codex 120 II der Burgerbibliothek Bern. Eine Bildchronik der Stauferzeit, hg. von Theo Kölzer · Marlis Stähli. Sigmaringen 1994.
- Porta, Konrad:** Lugen Vnd Leßterteufel. Mit seinen Natürlichen Farben vnd Eygen-schfften. Allen Gifftigen/ Verlipten Zungen/ Ehrendiepen/ Vnd Verleumbdern zur Vermanung/ vnd Warnung/ abgemahlet/ vnd beschrieben. Durch M. Conradum Portam, Pfarherrn zu S. Peter vnd Paul in Eisleben. Mit einer Vorrede Georgij Autumnij, Decani vnd Pfarherrn zu Mansfelt. Eisleben 1581 (VD 16 P4338).
- Radbruch, Gustav** (Hg.): Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 (Carolina). Stuttgart 1960.
- S. Raimundus de Pennaforte:** Summa de paenitentia, curantibus Xaverio Ochoa et Aloisio Diez. Rom 1976.
- Raumer, Georg W.** (Hg.): Codex diplomaticus Brandenburgensis continuatus. Sammlung ungedruckter Urkunden zur Brandenburger Geschichte, 2 Bde. Berlin · Elbing 1831/1833 (ND Hildesheim 1976).
- Redlich, Oswald** (Hg.): Die Regesten des Kaiserreiches unter Rudolf, Adolf, Albrecht, Heinrich VII. 1273–1313. Innsbruck 1898 (ND Hildesheim 1969. Regesta Imperii, 6/1–2).
- Reindel, Kurt** (Hg.): Die Briefe des Petrus Damiani, Bd. 1. München 1983 (Monumenta Germaniae Historica. Die Briefe der deutschen Kaiserzeit, 4).
- Rennefahrt, Hermann** (Hg.): Die Rechtsquellen des Kantons Bern, Teil 1: Stadtrechte, Bde. 1–2. Aarau 1971.
- Richthofen, Karl Frhr. von** (Hg.): Friesische Rechtsquellen. Berlin 1840.
- Rondi, Peter** (Bearb.): Eisenacher Rechtsbuch. Weimar 1950 (Germanenrechte, N. F. Abt. Stadtrechtsbücher, 3).

- Saur, Abraham:** Straff Buch/ Das ist: Gründtliche vnd rechte Vnderweysung wie heutiges tags/ nach allen gemeinen beschriebnen Geistlichen vnd Weltlichen Rechten/ Reichs auch Lands Ordnungen/ Statuten, Opinionen der Rechts-gelehrten/ vnd wolhergebrachten Gewonheiten/ etliche grobe eusserliche Sünde/ Freuel vnd begangne Missethaten/ Bürgerlich vnd peinlich zustraffen gepflogen werden [...]. Frankfurt am Main 1579 (VD16 S1931).
- Schauberg, Joseph** (Hg.): Aelteste Stadtordnung von Frauenfeld vom Jahre 1331, in: Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen 2 (1847), S. 116–121.
- Scheele, Friedrich** (Hg.): «di sal man alle radebrechen». Todeswürdige Delikte und ihre Bestrafung in Text und Bild der Codices picturati des Sachsenspiegels, 2 Bde. Oldenburg 1992.
- Scheelje, Reinhard** (Hg.): Der mittelalterliche Bremervörder Stadtrechtskodex. Stade 2009 (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, 34).
- Schmidt, Johann W. R.** (Hg.): Der Hexenhammer. Verfasst von den beiden Inquisitoren Jakob Sprenger und Heinrich Institoris. Zum ersten Male ins Deutsche übertragen und eingeleitet. Berlin 1906.
- Schwarzenberg, Johann von:** Bambergische halsgerichts ordnung. Bamberg 1507 (VD16 B256).
- Seibertz, Johann S.** (Hg.): Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen, Bd. 3: Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen, Bd. 2: Urkunden von 1300 bis 1400. Arnsberg 1843.
- Senckenberg, Heinrich C. von** (Hg.): Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Welche von den Zeiten Kayser Conrads II. bis jetzo, auf den Teutschen Reichs-Tägen abgefasst worden, sammt den wichtigsten Reichs-Schlüssen, so auf dem noch fürwährenden Reichs-Tage zur Richtigkeit gekommen sind, in vier Theilen. Frankfurt am Main 1747.
- Steer, Georg · Klimanek, Wolfgang · Kuhlmann, Daniela · Löser, Freimut, · Südekum, Karl-Heiner** (Hg.): Die «Rechtssumme» Bruder Bertholds. Eine deutsche abecedarische Bearbeitung der «Summa Confessorum» des Johannes von Freiburg. Synoptische Edition der Fassungen B, A und C, Bde. 1–4. Tübingen 1987 (Texte und Textgeschichte. Würzburger Forschungen, 11–14).
- Steinmeyer, Elias von** (Hg.): Die kleineren althochdeutschen Sprachdenkmäler. Berlin · Zürich ²1963.
- P. C. Tacitus:** Germania, hg., übersetzt und mit Erläuterungen versehen von Eugen Fehrle. Heidelberg ⁵1959.
- Tengler, Ulrich:** Layen Spiegel. Von rechtmässigen ordnungen in Burgerlichen vnd peinlichen regimenten. Augßpurg 1509 (VD16 T337).
- Thomas von Aquin:** Recht und Gerechtigkeit, hg. von der Albertus-Magnus-Akademie Walberberg bei Köln, kommentiert von Arthur F. Utz OP. Heidelberg u. a. 1953 (Die deutsche Thomas-Ausgabe.

- Vollständige, ungekürzte deutsch-lateinische Ausgabe der «Summa theologica», 18).
- Thomasin von Zirclaria:** Der wälische Gast, zum ersten Male hg., mit sprachlichen und geschichtlichen Anmerkungen von Heinrich Rückert. Quedlinburg · Leipzig 1852 (Bibliothek der gesamten deutschen National-Literatur von der ältesten bis auf die neuere Zeit, 30).
- Tiemann, Hermann** (Hg.): Der Roman von der Königin Sibille in drei Prosafassungen des 14. und 15. Jahrhunderts. Mit Benutzung der nachgelassenen Materialien von Fritz Burg. Hamburg 1977 (Veröffentlichungen aus der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, 10).
- Uhlirz, Mathilde** (Bearb.): *Regesta Imperii*, hg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 2.3: Die Regesten des Kaiserreiches unter Otto III. Wien 1956.
- Ullrich, Günther** (Bearb.), unter Mitarbeit von Hans Planitz: Zwickauer Rechtsbuch. Weimar 1941 (Germanenrechte N. F. Abt. Stadtrechtsbücher, 2).
- Vives, José**, con la colaboración de Tomás Marín Martínez · Gonzalo M. Díez (Hg.): *Concilios Visigóticos e Hispano-Romanos*. Barcelona · Madrid 1963 (España Cristiana. Textos, 1).
- Volkert, Wilhelm** (Hg.): Das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346, hg. von W. V. unter Verwendung der Vorarbeiten von Walter Jaroschka (†) und Heinz Lieberich (†). München 2010 (Bayerische Rechtsquellen, 4).
- Walch, Carl F.**: Vermischte Beyträge zu dem deutschen Recht, 8 Bde. Jena 1771–1793.
- Walther, Oskar A.** (Hg.): Das Sächsische oder Magdeburgische Weichbild-Recht. Nach der Pergament Handschrift einst der Stadt Orlamünda, jetzt zu Gotha vom Jahre 1381. Zum ersten Male hg. mit einem Glossar. Leipzig 1871.
- Wasserschleben, Friedrich W.** (Hg.): *Reginonis abbatis Prumiensis libri duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis, iussu domini reverendissimi archiep. Trever. Ratbodi, ex diversis sanctorum patrum conciliis atque decretis collecti*. Leipzig 1840.
- Weber, Dieter** (Bearb.): Rheinische Weistümer, Abt. 2: Die Weistümer des Kurfürstentums Köln, Bd. 3: Die Weistümer der kurkölnischen Ämter Kempen und Oedt, des Landes Geisseren sowie der Herrlichkeiten Hüls und Neersen-Anrath (mit ergänzenden Quellen). Düsseldorf 1981 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, 18).
- Weber, Matthias** (Hg.): Die Reichspolizeiordnungen von 1530, 1548 und 1577. Historische Einführung und Edition. Frankfurt am Main 2002.
- Weinrich, Lorenz** (Hg.): Quellen zur deutschen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250 – *Diplomata et acta publica statum regni et imperii usque ad annum MCCL illustrantia*. Darmstadt 1977 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, 32).

- Werminghoff, Albert** (Bearb.): *Concilia aevi Karolini*, tom. I, p. I. Hannover · Leipzig 1906 (*Monumenta Germaniae Historica. Concilia*, 2.1).
- Wohlhaupter, Eugen** (Hg.): *Gesetze der Westgoten*. Weimar 1936 (*Germanenrechte. Texte und Übersetzungen*, 11).
- Wohlmuth, Josef** (Hg.): *Dekrete der ökumenischen Konzilien*, im Auftrag der Görres-Gesellschaft ins Deutsche übertragen und hg. unter Mitarbeit von Gabriel Sunnus und Johannes Uphus, Bd. 1: *Konzilien des ersten Jahrtausends: vom Konzil von Nizäa (325) bis zum vierten Konzil von Konstantinopel (869/70)*. Paderborn u. a. ²1998, Bd. 2: *Konzilien des Mittelalters: vom ersten Laterankonzil (1123) bis zum fünften Laterankonzil (1512–1517)*. Paderborn u. a. 2000.
- Zeumer, Karl** (Hg.): *Leges Visigothorum*. Hannover 1902 (*Monumenta Germaniae Historica. Leges nationum Germanicarum*, 1).
- Zimmermann, Harald** (Hg.): *Chronica regum Romanorum* des Thomas Ebendorfer, Bd. 1. Hannover 2003 (*Monumenta Germaniae Historica. Scriptores rerum Germanicarum*, N. S., 18.1).
- Zinsmaier, Paul · Paul-Joachim Heinig · Monika Karst** (Bearb.): *Regesta Imperii*, hg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 5.2/3: *Die Regesten des Kaiserreichs unter Philipp, Otto IV., Friedrich II., Heinrich (VII.), Conrad IV., Heinrich Raspe, Wilhelm und Richard 1198–1272*. Köln · Wien 1983.

2. Darstellungen

- Ackermann, Ernst:** Die Verleumdung des allgemeinen deutschen Strafrechts im Vergleich mit der Verleumdung nach dem Strafgesetzbuch für das deutsche Reich. Greifswald 1872.
- Ahrend-Schulte, Ingrid:** Schadenszauber und Konflikte. Sozialgeschichte von Frauen im Spiegel der Hexenprozesse des 16. Jahrhunderts in der Grafschaft Lippe, in: Wandel der Geschlechterbeziehungen zu Beginn der Neuzeit, hg. von Heide Wunder · Christina Vanja. Frankfurt am Main 1991, S. 198–228.
- Adalbert Stifter Verein** (Hg.): Johann von Nepomuk. Variationen über ein Thema (Ausstellungskatalog). München · Paderborn · Wien 1973.
- Amira, Karl von:** Die germanischen Todesstrafen, in: Abhandlungen der Bayrischen Akademie der Wissenschaften, N. F. 31.3 (1922), S. 1–415.
- Andermann, Kurt** (Hg.): «Raubritter» oder «Rechtschaffene vom Adel»? Aspekte von Politik, Friede und Recht im späten Mittelalter. Sigma-Ringen 1997 (Oberrheinische Studien, 14).
- Angenendt, Arnold:** Ehe im Mittelalter. Mit Anmerkungen zur Xantener Ehegerichtsbarkeit, in: Xantener Vorträge zur Geschichte des Niederrheins 1996–1998, hg. von Dieter Geuenich. Duisburg 1998, S. 55–84.
- Ders.:** «Mit reinen Händen». Das Motiv der kultischen Reinheit in der abendländischen Askese, in: Herrschaft, Kirche, Kultur. Beiträge zur Geschichte des Mittelalters. Festschrift für Friedrich Prinz zum 65. Geburtstag, hg. von Georg Jenal. Stuttgart 1993, S. 297–316.
- Ariès, Philippe · Chartier, Roger** (Hg.): Geschichte des privaten Lebens, Bd. 3: Von der Renaissance zur Aufklärung. Augsburg 1999 (deutsche Übertragung der französischen Originalausgabe von 1986).
- Aronson, Elliot · Wilson, Timothy D. · Akert, Robin M.:** Sozialpsychologie. München 2008.
- Bader-Weiß, Grete · Bader, Karl S.:** Der Pranger. Ein Strafwerkzeug und Rechtswahrzeichen des Mittelalters. Freiburg im Breisgau 1935.
- Baker, James H.:** An Introduction to English Legal History. London 2002.
- Balthasar, Stephan:** Der Schutz der Privatsphäre im Zivilrecht. Eine historisch-vergleichende Untersuchung zum deutschen, französischen und englischen Recht vom Jus commune bis heute. Tübingen 2006 (Grundlagen der Rechtswissenschaft, 7).
- Bartels, Karlheinz:** Die Dogmatik der Ehrverletzung in der Wissenschaft des gemeinen Rechts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Göttingen 1959.
- Barth, Eugen:** Die Lehre von der falschen Anschuldigung. Historisch und dogmatisch dargestellt. Freiburg im Breisgau 1908.
- Bartz, Gabriele · Karnein, Alfred · Lange, Claudio:** Liebesfreuden im Mittelalter. Kulturgeschichte der

- Erotik und Sexualität in Bildern und Dokumenten. Stuttgart · Zürich 1994 (Sonderausgabe München 2001).
- Bautz, Friedrich W.:** Art. Formosus, Papst, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 2, bearbeitet und hg. von Friedrich W. Bautz. Hamm (Westfalen) 1990, Sp. 70–71.
- Becker, Hans-Jürgen:** Art. Gottesurteil, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 1594–1595.
- Ders.:** Art. Konkubinat, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert Bautier u. a., Bd. 5. München 1991 (ND München 2002), Sp. 1335.
- Beckerman, John S.:** Adding insult to iniuria. Affronts to honor and the origins of trespass, in: On the Laws and Customs of England, hg. von Morris S. Arnold u. a. Chapel Hill NC 1981, S. 159–181.
- Beling, Ernst von:** Retorsion und Kompensation von Beleidigungen und Körperverletzungen, Teil 1: Die geschichtliche Entwicklung. Breslau 1894 (Strafrechtliche Abhandlungen des juristischen Seminars der Universität Breslau, Serie 1, Heft 5).
- Bellini, Picoro:** «Denunciatio evangelica» e «Denunciatio judicialis privata». Un capitolo di storia disciplinare della chiesa. Milano 1986.
- Bennecke, Hans:** Die strafrechtliche Lehre vom Ehebruch in ihrer historisch-dogmatischen Entwicklung, Abt. 1: Das römische, canonische und das deutsche Recht bis zur Mitte des XV. Jahrhunderts. Marburg 1884.
- Berg, Sebastian:** Art. Raub, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 10, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2009, Sp. 647–650.
- Beulke, Werner:** Art. Beleidigung, in: Deutsches Rechts-Lexikon, Bd. 1, hg. von Horst Tilch · Frank Arloth. München ³2001, S. 628–632.
- Biederstedt, Rudolf:** Löhne und Preise in Vorpommern 1500 bis 1627. Schwerin 2005.
- Binz, Gustav:** Basler Schimpfwörter aus dem fünfzehnten Jahrhundert, in: Zeitschrift für deutsche Wortforschung 8 (1906), S. 161–164.
- Bloch, Iwan:** Die Prostitution. Berlin 1912 (Handbuch der gesamten Sexualwissenschaft in Einzeldarstellungen, 1).
- Blume, Dieter · Jacobs, Grit · Kindler, Anette:** Wechselnde Blickwinkel. Die Bildzyklen der heiligen Elisabeth vor der Reformation, in: Elisabeth von Thüringen. Eine europäische Heilige. Aufsätze [Katalog zur 3. Thüringer Landesausstellung auf der Wartburg, Eisenach 7. Juli bis 19. November 2007], hg. im Namen der Wartburg-Stiftung Eisenach und der Friedrich-Schiller-Universität Jena, unter Mitarbeit von Uwe John und Helge Wittmann, von Dieter Blume und Matthias Werner. Petersberg 2007, S. 271–292.
- Blümle, Claudia:** Wunder oder Wissen. Formen juridischer Zeugenschaft in der «Eidesleistung» von Derick Baegert, in: Zeugnis und Zeugenschaft. Perspektiven aus der Vormoderne, hg. von Wolfram Drews · Heike Schlie. München 2011 (Trajekte. Eine Reihe des Zentrums

- für Literatur- und Kulturforschung (Berlin), S. 33–52.
- Boberg, Jochen:** Art. Brictius von Tours, in: Lexikon der christlichen Ikonographie, Bd. 5, hg. von Wolfgang Braunfels. Freiburg im Breisgau 1973, S. 443–444.
- Bogner, Ralf G.:** Die Bezähmung der Zunge. Literatur und Disziplinierung der Alltagskommunikation in der Frühen Neuzeit. Tübingen 1997 (Frühe Neuzeit – Studien und Dokumente zur deutschen Literatur und Kultur im europäischen Kontext, 31).
- Booz, Ernst:** Fürstenspiegel des Mittelalters bis zur Scholastik. Freiburg im Breisgau 1913.
- Borges, Jorge L.:** Storia universale dell'infamia. Milano 1982.
- Brink, Leendert:** Art. Ehe/Eherecht/Ehescheidung, VI. Mittelalter, in: Theologische Realenzyklopädie, hg. von Gerhard Krause · Gerhard Müller, Bd. 9. Berlin · New York 1982, S. 330–336.
- Brinkkötter, Hans-Otto:** Feigheit. Die Verletzung der soldatischen Gefahrtragungspflicht als Wehrstraftatbestand in rechtshistorischer Betrachtung. Ein Beitrag zur Wehrstrafrechtsgeschichte von der Zeit der Germanen bis zum 18. Jahrhundert mit einem Ausblick. Marburg 1983.
- Brümmer-Pauly, Kristina:** Art. Fahnenflucht, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 1461–1463.
- Brunnenmeister, Emil:** Die Quellen der Bambergensis. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Strafrechts. Leipzig 1879.
- Brunner, Heinrich:** Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 2, in zweiter Aufl. neu bearbeitet von Claudius Freiherrn von Schwerin. Leipzig · München 1928 (Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtsgeschichte, 2. Abt., 1.2).
- Bubach, Bettina:** Richten, Strafen und Vertragen. Rechtspflege der Universität Freiburg im 16. Jahrhundert. Berlin 2005 (Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen, N. F., 47).
- Buchda, Gerhard:** Art. Gerichtsverfahren, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 1971, Sp. 1551–1563.
- Buchhester, Dörthe · Müller, Mario:** Art. Meißner Rechtsbuch, in: Deutsches LiteraturLexikon. Das Mittelalter. Autoren und Werke nach Themenkreisen und Gattungen, Bd. 6: Das wissensvermittelnde Schrifttum bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts, hg. von Wolfgang Achnitz, Berlin · Boston 2014, Sp. 1025–1030.
- Burghartz, Susanna:** Leib, Ehre und Gut. Delinquenz in Zürich Ende des 14. Jahrhunderts. Zürich 1990.
- Burkhart, Dagmar:** Eine Geschichte der Ehre. Darmstadt 2006.
- Buszello, Horst:** «Wohlfeile» und «Teuerung» am Oberrhein 1340–1525 im Spiegel zeitgenössischer erzählender Quellen, in: Bauer, Reich und Reformation. Festschrift für Günther Franz zum 80. Geburtstag am

23. Mai 1982, hg. von Peter Blickle. Stuttgart 1982, S. 18–42.
- Caminas, Julio G.:** *La lex Remmia de calumniatoribus*. Santiago de Compostela 1984.
- Carlen, Louis:** Art. Brunnen, B. III. Städtische und ländliche Rechts- und Sozialgeschichte [Mittelalterliche Brunnen in Mittel- und Westeuropa], in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 2. München 1983 (ND München 2002), Sp. 774–777.
- Ders.:** Zauberei und Recht, in: *Forschungen zur Rechtsarchäologie und Rechtlichen Volkskunde* 22 (2005), S. 53–71.
- Casagrande, Carla:** Fama e diffamazione nella letteratura teologica e pastorale del sec. XIII, in: *Ricerche storiche* (Napoli) 26 (1996), S. 7–24.
- Dies. · Vecchio, Silvana:** *I peccati della lingua. Disciplina e etica della parola nella cultura medievale*. Roma 1987.
- Caſt, David:** *The Calumny of Apelles. A studie in the humanist tradition*. New Haven · London 1981.
- Cavanna, Adriano:** Art. Majestätsverbrechen, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 6. München 1993 (ND München 2002), Sp. 148–150.
- Ciprotti, Pio:** *De iniuria ac diffamatione in iure poenali canonico*. Roma 1937.
- Classen, Albrecht:** Die deutsche Predigtliteratur des Spätmittelalters und der Frühneuzeit im Kontext der europäischen Erzähltradition. Johannes Paulis «Schimpf und Ernst» (1521) als Rezeptionsmedium, in: *Fabula. Zeitschrift für Erzählforschung* 44 (2003), S. 209–236.
- Dane, Gesa:** «Zeter und Mordio». Vergewaltigung in Literatur und Recht. Göttingen 2005.
- Delbrück, Victor:** Begriff und Voraussetzung der Verleumdung und üblen Nachrede. Berlin 1885.
- Demandt, Karl E.:** Scherz und Schimpf. Der Spott in hessischen Familiennamen und sein Gegenbild, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde* 87 (1978/1979), S. 221–267.
- Deutsch, Andreas:** Art. Beweis, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 559–566.
- Ders.:** Art. Ehre, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1224–1231.
- Ders.:** Art. Ehrenstrafe, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1232–1234.
- Ders.:** Art. Gobel, Justin, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, 10. Lieferung. Berlin ²2009, Sp. 438–440.
- Ders.:** Was ist Ehre? Ein Rechtsbegriff im historischen Vergleich, in: *Früchte vom Baum des Wissens. Eine Festschrift der wissenschaftlichen Mitarbeiter – 100 Jahre Heidelberger Akademie der Wissenschaften*, hg.

- von Ditte Bandini · Ulrich Kronauer. Heidelberg 2009, S. 179–192.
- Dießelkamp, Bernhard:** Reichsweistümer als normative Quellen? In: Recht und Schrift im Mittelalter, hg. von Peter Classen, Sigmaringen 1977 (Vorträge und Forschungen, 23), S. 282–310.
- Dilcher, Gerhard:** Fehde, Unrechtsausgleich und Strafe im älteren langobardischen Recht, in: Hoheitliches Strafen in der Spätantike und um frühen Mittelalter, hg. von Jürgen Weitzel. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 7), S. 27–45.
- Dittrich, Lothar · Dittrich, Sigrid:** Lexikon der Tiersymbole. Tiere als Sinnbilder in der Malerei des 14. bis 17. Jahrhunderts. Petersberg 2004 (Studien zur internationalen Architektur- und Kunstgeschichte, 22).
- Dochow, Adolf:** Art. Beleidigung, in: Handbuch des deutschen Strafrechts, hg. von Franz von Holtzendorff, Bd. 3. Berlin 1874, S. 327–378.
- Ders.:** Falsche Anschuldigung, in: Handbuch des deutschen Strafrechts, hg. von Franz von Holtzendorff, Bd. 3. Berlin 1874, S. 251–260.
- Doyle, Daniel E.:** The bishop as disciplinarian in the letters of St. Augustine. New York u. a. 2002 (Patristic studies, 4).
- Dressler, Hans-Heinrich:** Das deutsche Beleidigungsrecht des 16. und 17. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1967.
- Drews, Wolfram · Schlie, Heike:** Zeugnis und Zeugenschaft. Perspektiven aus der Vormoderne. Zur Einleitung, in: Zeugnis und Zeugenschaft. Perspektiven aus der Vormoderne. München 2011 (Trajekte. Eine Reihe des Zentrums für Literatur- und Kulturforschung Berlin), S. 7–21.
- Drüppel, Hubert:** Art. Eid, IV. Germanisches und deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 1677–1680.
- Duby, Georges:** Frauen im 12. Jahrhundert, Bd. 2. Frankfurt am Main 1997.
- Ders.:** Private Macht, öffentliche Macht, in: Geschichte des privaten Lebens, Bd. 2: Vom Feudalzeitalter zur Renaissance, hg. von dems. Frankfurt am Main 1990 (französische Originalfassung unter dem Titel «Histoire de la vie privée». Paris 1985), S. 17–45.
- Duft, Johannes · Gössi, Anton · Vogler, Werner:** Art. St. Gallen, in: Helvetia Sacra, Bd. III/1: Frühe Klöster, die Benediktiner und Benediktinerinnen in der Schweiz. Bern 1986, S. 1180–1369.
- Dumont, Jean · Messori, Vittorio** (Hg.): La regina diffamata. La verità su Isabella la Cattolica. Torino 2003.
- Dutton, Richard:** The Comedy of Errors and the Calumny of Apelles. An Exercise in source studies, in: Religion and the Arts 7 (2003), S. 11–30.
- Ebermayer, Ludwig:** Art. Beleidigung, in: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, hg. von Fritz Stier-Somlo · Alexander Elster, Bd. 1. Berlin · Leipzig 1926, S. 594–597.
- Eichmann, Arthur:** Über das Wesen der verleumderischen Beleidigung und

- der falschen Anschuldigung nach deutschem Strafrecht. Leipzig 1896.
- Eibach, Joachim:** Art. Strafe, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2010, Sp. 1052–1062.
- Elisabeth von Thüringen.** Eine europäische Heilige, 2 Bde. [Katalog zur 3. Thüringer Landesausstellung auf der Wartburg, Eisenach 7. Juli bis 19. November 2007], hg. im Namen der Wartburg-Stiftung Eisenach und der Friedrich-Schiller-Universität Jena, unter Mitarbeit von Uwe John · Helge Wittmann, von Dieter Blume · Matthias Werner. Petersberg 2007.
- Elsas, Moritz J.:** Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 1. Leiden 1936.
- Erler, Adalbert:** Art. Gottesurteil, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 1971, Sp. 1769–1773.
- Esmayol, Andrea:** Geliebte oder Ehefrau? Konkubinen im frühen Mittelalter. Köln u. a. 2002.
- Esser, Hartmut:** Soziologie. Spezielle Grundlagen, Bd. 1. Frankfurt am Main 1999.
- Ewig, Eugen:** Die Merowinger und das Frankenreich. Stuttgart ³1997.
- Fehr, Hans:** Der Zweikampf: Antrittsrede. 1908.
- Ders.:** Kunst und Recht, Bd. 1. München · Leipzig 1923.
- Feldner, Adolf:** Die falsche Anschuldigung. Lübeck 1896.
- Feuerbach, Paul J. A. Ritter von:** Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen Peinlichen Rechts. Mit vielen Anmerkungen und Zusatzparagraphen und mit einer vergleichenden Darstellung der Fortbildung des Strafrechts durch die neuen Gesetzgebungen hg. von Carl J. A. Mittermaier, 14., sehr vermehrte und völlig umgearbeitete Originalausgabe. Gießen 1847.
- Fischer, Mattias G.:** Art. Zeugen, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 1684–1694.
- Fleischhauer, Wolfgang:** Mittelhochdeutsch «Leit» = Beleidigung? In: Modern language notes 69 (1954), S. 586–594.
- Förster, Richard:** Die Verleumdung des Appells in der Renaissance, in: Preußische Kunstsammlungen. Jahrbuch der Preussischen Kunstsammlung 15 (1894), S. 27–40.
- Frenz, Barbara:** Frieden, Rechtsbruch und Sanktion in deutschen Städten vor 1300. Mit einer tabellarischen Quellenübersicht nach Delikten und Deliktgruppen. Köln · Weimar · Wien 2003 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 8).
- Frohne, Bianca:** Narren, Tiere und «grewliche Figuren». Zur Inszenierung komischer Kör-

- perlichkeit im Kontext von Bloßstellung, Spott und Schande vom 13. bis zum 16. Jahrhundert, in: Glaubensstreit und Gelächter. Reformation und Lachkultur im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, hg. von Christoph Auffarth und Sonja Kerth (Religionen in der pluralen Welt. Religionswissenschaftliche Studien, 6). Berlin 2008, S. 19–54.
- Frölich, Karl:** Denkmäler mittelalterlicher Rechtspflege in Ost- und Mitteldeutschland. Gießen 1946 (Arbeiten zur rechtlichen Volkskunde, 5).
- Ders.:** Stätten mittelalterlicher Rechtspflege auf südwestdeutschem Boden. Gießen 1938 (Arbeiten zur rechtlichen Volkskunde, 1).
- Ders.:** Stätten mittelalterlicher Rechtspflege im niederdeutschen Bereich. Gießen 1946 (Arbeiten zur rechtlichen Volkskunde, 4).
- Frommann, Georg K.:** Bayerisches Wörterbuch von Johann A. Schmelzer, Bd. 1, 2., überarb. Ausg. München 1872.
- Fuchs, Ralf-Peter:** Art. Beleidigung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 1, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2005, Sp. 1180–1183.
- Ders.:** Um die Ehre. Westfälische Beleidigungsprozesse vor dem Reichskammergericht 1525–1805. Paderborn 1999 (Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster. Forschungen zur Regionalgeschichte, 28).
- Funk, Wilhelm:** Alte deutsche Rechtsmale. Sinnbilder und Zeugen deutscher Geschichte. Bremen 1940.
- Ders.:** Deutsche Rechtsdenkmäler mit besonderer Berücksichtigung Frankens. Erlangen 1938.
- Gauvard, Claude:** «De grace especial». Crime, Etat et Société en France à la fin du Moyen Age. Paris 1991 (Publications de la Sorbonne, 24).
- Goebel, Ulrich · Reichmann, Oskar** (Hg.): Frühneuhochdeutsches Wörterbuch, begründet von Robert R. Anderson · Ulrich Goebel · Oskar Reichmann, Bd. 4. Berlin · New York 2001.
- Gombrich, Ernst H.:** The heritage of Apelles. Studies in the art of Renaissance. Oxford 1976.
- Grimm, Jacob:** Deutsche Rechtsalterthümer, 2 Bde. 4., vermehrte Ausg., hg. von Andreas Heusler · Rudolf Hübner. Leipzig 1899.
- Ders. · Grimm, Wilhelm:** Deutsches Wörterbuch, 16 Bde. Leipzig 1854–1954 (ND Leipzig 1984).
- Grubmüller, Ulrich:** Art. Boner, Ulrich, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 2. München 1983 (ND München 2002), Sp. 410–411.
- Gschwend, Lukas · Good, Christoph:** Art. Straftat, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2010, Sp. 1105–1111.
- Guggenbühl, Dietegen:** Mit Tieren und Teufeln. Sodomiten und Hexen unter

- Basler Jurisdiktion in Stadt und Land 1399 bis 1799. Ließtal 2002 (Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Basel-Landschaft, 79).
- Gullath, Brigitte:** Kodikologie und Geschichte der Ottheinrich-Bibel, in: Die Ottheinrich-Bibel. Kommentar zur Faksimile-Ausgabe der Handschrift Cgm 8010/I.2 der Bayerischen Staatsbibliothek München. Mit Beiträgen von Brigitte Gullath · Jeffrey Hamburger · Karin Schneider · Robert Suckale. Luzern 2002, S. 9–37.
- Haberer, Günter:** Art. Schandstrafen, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 1353–1355.
- Hagemann, Hans-Rudolf:** in: Art. Diebstahl, C. III Deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 990–991.
- Hagemann, Matthias:** Iniuria. Von den XII-Tafeln bis zur Justinianischen Kodifikation. Köln · Weimar · Wien 1998 (Forschungen zum römischen Recht, 43).
- Hälschner, Hugo:** Das preußische Strafrecht, Bd. 3: System des preußischen Strafrechts, Teil 1: Die Verbrechen gegen das Recht der Privatperson. Bonn 1868 (ND Aalen 1975).
- Ders.:** Ehrenerklärung, Widerruf und Abbitte in ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrem Verhältnisse zur heutigen Gesetzgebung, in: Der Gerichtssaal. Zeitschrift für Strafrecht, Strafprozeß, Gerichtliche Medizin, Gefängnißkunde und die gesammte Strafrechtswissenschaft 16 (1864), S. 321–369.
- Hammer, Françoise:** Schimpf und Schande. Beschimpfungen aus phraseologischer Sicht. Ein deutsch-französischer Vergleich, in: Phraseologie in Raum und Zeit. Akten der 10. Tagung des Westfälischen Arbeitskreises «Phraseologie/Parömiologie» (Münster 2001), hg. von Elisabeth Piirainen · Ilpo Tapani Piirainen. Hohengehren 2002 (Phraseologie und Parömiologie, 10), S. 239–254.
- Harding, Alan:** Art. Felony, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 345.
- Harmening, Dieter:** Hexen. Hinter dem Rand des Christentums, in: Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft, hg. von Bernd-Ulrich Hergemöller, neu bearb. Aufl. Warendorf 2001, S. 300–334.
- Hartmann, Martina:** Aufbruch ins Mittelalter. Die Zeit der Merowinger. Darmstadt 2011.
- Dies.:** Concubina vel regina? Zu einigen Ehefrauen und Konkubinen der karolingischen Könige, in: Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 63 (2007), S. 545–568.
- Hartwich, Filip:** Die Entwicklung des Konkubinats im Lauf der Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007), S. 336–360.
- Hauptmann, Walter:** Psychologie für Juristen – Kriminologie für

- Psychologen. Einführung in die Sozialpsychologie des Strafrechts. Wien ²1993.
- Hauschild, Ursula:** Studien zu Löhnen und Preisen in Roßtock im Spätmittelalter. Köln · Wien 1973 (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, N. F., 19).
- Heffter, August W.:** Die Begriffsverschiedenheit der römischen und deutschen Injurie, in: Archiv des Criminalrechts, N. F. (1839), zweites Stück, S. 237–247.
- Hehenberger, Susanne:** Unkeusch wider die Natur. Sodomieprozesse im frühneuzeitlichen Österreich. Wien 2005.
- Heinig, Paul-Joachim:** «Omnia vincit amor». Das fürstliche Konkubinat im 15./16. Jahrhundert, in: Principes. Dynastien und Höfe im späten Mittelalter, hg. von Cordula Nolte · Karl-Heinz Spieß · Ralf-Gunnar Werlich. Stuttgart 2002 (Residenzenforschung, 14), S. 277–314.
- Heinze, Joachim:** Art. Wolfdietrich, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 9. München 1998 (ND München 2002), Sp. 303–304.
- Helfritz, Hans:** Der geschichtliche Bestand und die legislative Verwertbarkeit von Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung. Greifswald 1905.
- Henning, Edith:** Die Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises bei der Ehrenkränkung in historischer und rechtsvergleichender Darstellung. Breslau 1939.
- Herbers, Klaus:** Art. Formosus, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 555–556.
- Herde, Peter:** Art. Fälschungen, II. Fälschungen im weltlichen und kirchlichen Recht des Mittelalters, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Henri-Robert Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 247–249.
- Hergemöller, Bernd-Ulrich:** Art. Homosexualität, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert Bautier u. a., Bd. 5. München 1991 (ND München 2002), Sp. 113–115.
- Ders.:** Krötenkuß und schwarzer Kater. Ketzerei, Götzendienst und Unzucht in der inquisitorischen Phantasie des 13. Jahrhunderts. Warendorf 1996.
- Ders.:** Sodom und Gomorra. Zur Alltagswirklichkeit und Verfolgung Homosexueller im Mittelalter, überarb. und ergänzte Ausg. Hamburg 2000.
- Hesse, Hans A.:** Einführung in die Rechtssoziologie. Wiesbaden 2004.
- Hessler, Christiane J.:** «Ne supra crepidam sutor!» [Schuster, bleib bei deinen Leisten!]. Das Diktum des Apelles seit Petrarca bis zum Ende des Quattrocento, in: Fifteenth-Century Studies 33 (2008), S. 133–150.
- Heydenreuter, Reinhard:** Kriminalgeschichte Bayerns. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Regensburg 2003.
- Hille, Iris:** Der Teufelspakt in frühneuzeitlichen Verhörprotokollen. Standardisierung und Regionalisierung im Frühneuhochdeutschen. Berlin · New York 2009 (Studia Linguistica Germanica, 100).
- Hils, Hans-Peter:** Meister Johann Lichtenhauers Kunst des langen Schwertes. Frankfurt am Main 1985.

- Hinckeldey, Christoph** (Hg.): Juſtitz in alter Zeit. Rothenburg ob der Tauber 1989 (Schriftenreihe des Mittelalterlichen Kriminalmuseums Rothenburg ob der Tauber, VI c).
- Hinschius, Paul:** System des katholischen Kirchenrechts, mit besonderer Rückſicht auf Deutschland, Bde. 4–6. Berlin 1888–1897 (Das Kirchenrecht der Katholiken und Proteſtanten in Deutschland. ND Graz 1959).
- His, Rudolf:** Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Bd. 2: Die einzelnen Verbrechen. Weimar 1935 (ND Aalen 1964).
- Ders.:** Geſchichte des deutschen Strafrechts bis zur Karolina. München · Berlin 1928 (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geſchichte, Abt. 3).
- Hlaváček, Ivan:** Johannes von Nepomuk und ſeine Zeit, in: Johannes von Nepomuk 1393–1993, hg. von Reinhold Baumſtark · Johanna von Herzogenberg · Peter Volk. München 1993, S. 13–19.
- Holdsworth, William:** Diffamation in the ſixteenth and ſeventeenth centuries, in: The Law Quarterly Review 40 (1924), S. 302–315, 397–412 und ebenda 41 (1925), S. 13–31.
- Holzfurtner, Ludwig:** Herzog Ludwig II. und Maria von Brabant. Eine böſe Tat und ihre Hintergründe, in: Kloſter Fürſtenfeld, hg. von Lothar Altmann · Werner Schiedermaier. Lindenberg 2006 (²2013), S. 42–52.
- Holtzendorff, Franz von** (Hg.): Handbuch des deutschen Strafrechts, Bd. 3. Berlin 1874.
- Holzhauser, Heinz:** Art. Beleidigung. II. Deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 1. München 1989 (ND München 2002), Sp. 1837–1838.
- Ders.:** Art. Betrug, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 1. München 1980 (ND München 2002), Sp. 2087.
- Ders.:** Über materielle und prozessuale Talion, in: Leges – Gentes – Regna. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Ausbildung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von Gerhard Dilcher · Eva-Marie Diſtler. Berlin 2006, S. 367–376.
- Holzschuh, Karl:** Geſchichte des Jugendſtrafrechts bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung, unveröffentl. Diss. Mainz 1957.
- Homeyer, Carl G.:** Die deutschen Rechtsbücher des Mittelalters und ihre Handschriften. Berlin 1856.
- Honemann, Volker:** Die «Vita sancte Elisabeth» des Dietrich von Apolda und die deutschſprachigen «Elisabethleben» des Mittelalters, in: Elisabeth von Thüringen. Eine europäische Heilige. Aufsätze [Katalog zur 3. Thüringer Landesausstellung auf der Wartburg, Eisenach 7. Juli bis 19. November 2007], hg. im Namen der Wartburg-Stiftung Eisenach und der Friedrich-Schiller-Universität Jena, unter Mitarbeit von Uwe John · Helge Wittmann · Dieter Blume · Matthias Werner. Petersberg 2007, S. 421–430.
- Hopf, Cornelia** (Bearb.): Die abendländischen Handschriften der Forschungs- und Landesbibliothek Gotha. Bestandsverzeichnis:

1. Großformatige Pergament-handschriften Memb I. Forschungs- und Landesbibliothek Gotha 1994.
- Horna, Richard:** Der Pranger in der Tschechoslowakei, hg. von Hermann Baltl. Graz 1965 (1941 erstmals auf Tschechisch in Prag erschienen, Grazer rechts- und staatswissenschaftliche Studien, 16).
- Hübbe, Manfred:** Laucha – ein reizvolles Städtchen an der unteren Unstrut. Ein geschichtlicher Abriss, hg. von der Stadtverwaltung Laucha an der Unstrut. Laucha 1994.
- Hübner, Heinz:** Zur Iniuria in der Gesetzgebung Friedrichs II. von Hohenstaufen, in: Satura Roberto Feenstra sexagesimum quintum annum aetatis complenti ab alumnis collegis amicis oblata, hg. von Hans A. Ankum u. a. Fribourg 1985, S. 317–330.
- Huck, Thomas S.:** Beobachtungen zur Einleitung des Strafverfahrens in fränkischer Zeit. Am Beispiel von handhafter Tat, Inquisition und Rügeverfahren, in: Hoheitliches Strafen in der Spätantike und um frühen Mittelalter, hg. von Jürgen Weitzel. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 7), S. 191–210.
- Hünemörder, Christian:** Art. Heuschrecken, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Henri-Robert Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 2197–2198.
- Ders.:** Art. Insekten, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Henri-Robert Bautier u. a., Bd. 5. München 1991 (ND München 2002), Sp. 447–449.
- Hupp, Otto:** Scheltbriefe und Schandbilder. Ein Rechtsbehelf aus dem 15. und 16. Jahrhundert. München · Regensburg 1930.
- Jäger, Carl:** Ulms Verfassungs-, bürgerliches und commerciales Leben im Mittelalter. Meist nach handschriftlichen Quellen samt Urkundenbuch. Stuttgart · Heilbronn 1831.
- Jászai, Géza:** Art. Schlange [II. Symbolik und Ikonographie], in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 7. München 1995 (ND München 2002), Sp. 1476–1477.
- Jerouschek, Günter:** Art. Akkusationsprozess, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 126–128.
- Ders. · Müller, Daniela:** Die Ursprünge der Denunziation im kanonischen Recht, in: Recht – Idee – Geschichte. Beiträge zur Rechts- und Ideengeschichte für Rolf Lieberwirth anlässlich seines 80. Geburtstages, hg. von Heiner Lück · Berndt Schildt. Köln · Weimar · Wien 2000, S. 3–24.
- Jones, Whitney R.:** «Actions for Slander». Defamation in English law, language, and history, in: Quarterly Journal of Speech 57 (1971), S. 274–283.
- Jung, Heike:** Kriminalsoziologie, 2., neu bearbeitet Aufl. Baden-Baden 2007.
- Karg-Gasterstädt, Elisabeth · Frings, Theodor (Hg.):** Althochdeutsches Wörterbuch, auf Grund der von Elias von Steinmeyer hinterlas-

- senen Sammlungen im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig bearb. und hg., Bd. 1. Berlin 1968.
- Kaßen, Brigitte:** «Noverca venefica». Zum bösen Ruf der Stiefmütter in der gallischen und fränkischen Gesellschaft, in: Frühmittelalterliche Studien. Jahrbuch des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster 35 (2001), S. 145–181.
- Kauffmann, Hans** (Hg.): Rechtswörterbuch, begründet von Carl Creifelds. München ¹²1994.
- Kaufmann, Ekkehard:** Art. Raub, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 182–186.
- Ders.:** Art. Reinigungseid, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 837–840.
- Ders.:** Art. Strafe, Strafrecht, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 2011–2029.
- Ders.:** Art. Vorsatz, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 1061–1065.
- Ders.:** Das spätmittelalterliche deutsche Schadensersatzrecht und die Rezeption der «actio iniuriarum aestimatoria», in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt. 78 (1961), S. 93–139.
- Kern, Manfred:** Art. Fama, in: Lexikon der antiken Gestalten in den deutschen Texten des Mittelalters, hg. von Alfred Ebenbauer, Manfred Kern · Silvia Krämer-Seifert. Berlin · New York 2003, S. 255.
- Ders.:** Art. Ovidius, in: Lexikon der antiken Gestalten in den deutschen Texten des Mittelalters, hg. von Alfred Ebenbauer · Manfred Kern · Silvia Krämer-Seifert. Berlin · New York 2003, S. 447–452.
- Ders. · Silvia Krämer-Seifert:** Art. Apelles, in: Lexikon der antiken Gestalten in den deutschen Texten des Mittelalters, hg. von Alfred Ebenbauer · Manfred Kern · Silvia Krämer-Seifert. Berlin · New York 2003, S. 90–91.
- Kéry, Lotte:** «Canonica servitas» und «amor correctionis». Zur Ausbildung des kirchlichen Strafrechts im Spannungsfeld zwischen Strafanspruch und Beserungsverlangen, in: «Strafrecht» in einer Kirche der Liebe. Notwendigkeit oder Widerspruch? Hg. von Ludger Müller, Alfred E. Hierold, Sabine Demel, Libero Gerosa · Peter Krämer. Berlin 2006 (Kirchenrechtliche Bibliothek, 9), S. 23–44.
- Dies.:** Gottesfurcht und irdische Strafe. Der Beitrag des mittelalterlichen Kirchenrechts zur Entstehung des öffentlichen Strafrechts. Köln · Weimar · Wien 2006 (Konflikt,

- Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 10).
- Dies.:** Verbrechen und Strafen im kanonischen Recht des Mittelalters, in: Kriminalität in Mittelalter und Früher Neuzeit. Soziale, rechtliche, philosophische und literarische Aspekte, hg. von Sylvia Kesper-Biermann · Diethelm Klippel. Wiesbaden 2007 (Wolfenbütteler Forschungen, 114), S. 13–33.
- Kleinen, Michael:** «... zur Wollust und zur Unzucht preisgegeben». Vergewaltigungsszenen in den Berichten zum Sachsenaufstand gegen König Heinrich IV. (1073–1083), in: Leben in der Stadt. Eine Kultur- und Geschlechtergeschichte Magdeburgs, hg. von Eva Labouvie. Köln · Weimar · Wien 2004, S. 175–193.
- Kleinheyer, Gerd:** Tradition und Reform in der *Constitutio Criminalis Carolina*, in: Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption. Grundlagen, Entwicklung und Wirkung der *Constitutio Criminalis Carolina*, hg. von Peter Landau · Friedrich-Christian Schroeder. Frankfurt am Main 1984 (Juristische Abhandlungen, 19), S. 7–27.
- Knapp, Hermann:** Das Rechtsbuch Ruprechts von Freising (1328) in seiner Bedeutung als strafrechtliche Quelle des Mittelalters, in: Archiv für Strafrecht und Strafprozeß 61 (1914), S. 219–272.
- Knefelkamp, Ulrich:** Diskriminierung durch Prostitution. Dirnen, Huren und städtische Gesellschaft in Mitteleuropa vom 14.–16. Jahrhundert, in: Diskriminierung – Antidiskriminierung, hg. von Jan C. Joerden. Berlin u. a. 1996, S. 39–66.
- Knuß, Cornelia:** Vorbild der Gerechtigkeit. Jan Provosts Gerechtigkeitsbild in Brügge. Mit einem Katalog seiner Werke. Göttingen 2007 (Rekonstruktion der Künste, 8).
- Köbler, Gerhard:** Art. Ehre. Rechtshistorisches (1986), in: Reallexikon der Germanischen Altertumskunde von Johannes Hoops, mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften in Göttingen hg. von Heinrich Beck, Herbert Jankuhn, Kurt Ranke · Reinhard Wenskus, Bd. 6. Berlin · New York 1986, S. 502–504.
- Ders.:** Welchen Gottes Urteil ist das Gottesurteil des Mittelalters? In: Vom mittelalterlichen Recht zur neuzeitlichen Rechtswissenschaft. Bedingungen, Wege und Probleme der europäischen Rechtsgeschichte, hg. von Norbert Brieskorn u. a. Paderborn u. a. 1994 (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, N. F., 72), S. 89–109.
- Ders.:** Wörterbuch des althochdeutschen Sprachschatzes. Paderborn u. a. 1993.
- Kocher, Gernot:** Zeichen und Symbole des Rechts. Eine historische Ikonographie. München 1992.
- Koschwanetz, Bruno:** Ehrverletzungsklagen im 15. Jahrhundert in den Urteilen des Ingelheimer und Neustadter Oberhofes. Frankfurt am Main 1973.
- Köstlin, Christian R.:** Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte, in: Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft 15 (1855), S. 151–236 und 364–435.

- Ders.:** System des deutschen Strafrechts, 2. Abt.: Abhandlungen aus dem Strafrechte, hg. von Theodor Geßler. Tübingen 1858 (ND Aalen 1978).
- Kottje, Raymund:** Konkubinat und Kommunionwürdigkeit im vorgriechischen Kirchenrecht. Zu c. 12 der römischen Ostersynode von 1059, in: *Annuario Historiae Conciliorum* 7 (1975), S. 159–165.
- Krieger, Karl-Friedrich:** Art. Felonie, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 344–345.
- Kriegk Georg L.:** Deutsches Bürgerthum im Mittelalter. Nach urkundlichen Forschungen, nebst einem Anhang, enthaltend ungedruckte Urkunden aus Frankfurter Archiven. Frankfurt am Main 1871 (ND Frankfurt am Main 1969).
- Kroeschell, Karl:** Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 1. Köln · Weimar · Wien 2008.
- Ders.:** Wahrheit und Recht im frühen Mittelalter, in: ders.: *Studien zum frühen und mittelalterlichen deutschen Recht*. Berlin 1995 (Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen, N. F., 20), S. 409–416.
- Krings, Stefanie:** Sodomie am Bodensee. Vom gesellschaftlichen Umgang mit sexueller Abartigkeit in spätem Mittelalter und früher Neuzeit auf St. Galler Quellengrundlage, in: *Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees* 113 (1995), S. 1–46.
- Kümper, Hiram:** Sachsenrecht. Studien zur Geschichte des sächsischen Landrechts in Mittelalter und früher Neuzeit. Berlin 2009 (Schriften zur Rechtsgeschichte, 142).
- Kullmann, Hans J.:** Klenkok und die «Articuli reprobati» des Sachsenspiegels. Frankfurt am Main 1959.
- Künßberg, Eberhard Freiherr von:** Über die Strafe des Steintragens. Breslau 1907 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, 91).
- Kuttner, Stephan:** Kanonistische Schuldlehre von Gratian bis auf die Dekretalen Gregors IX. Systematisch auf Grund der handschriftlichen Quellen dargestellt. Città del Vaticano 1935 (*Studi e testi*, 64).
- Labouvie, Eva:** Zauberei und Hexenwerk. Ländlicher Hexenglaube in der frühen Neuzeit. Frankfurt am Main 1991.
- Lade-Messerschmied, Ulrike:** *Articuli reprobati* des Sachsenspiegels. Zur Rezeption eines Rechtstextes, in: *Der Sachsenspiegel als Buch*. Vorträge und Aufsätze, hg. von Ruth Schmidt-Wiegand. Frankfurt am Main 1991 (Germanistische Arbeiten zur Sprache und Kulturgeschichte, 1), S. 169–217.
- Lamnek, Siegfried:** Theorien abweichenden Verhaltens, Bd. 1: «Klassische» Ansätze. Eine Einführung für Soziologen, Psychologen, Juristen, Journalisten und Sozialarbeiter, 8., überarbeitete Aufl. Paderborn 2007.
- Lang, Dominik:** Sodomie und Strafrecht. Geschichte der Strafbarkeit des Geschlechtsverkehrs mit Tieren. Frankfurt am Main u. a. 2009.
- Landau, Peter:** Die Entstehung des kanonischen Infamiebegriffs von Gratian bis zur Glossa Ordinaria. Köln · Graz 1966 (Forschungen zur

- kirchlichen Rechtsgeschichte und zum Kirchenrecht, 5).
- Ders.:** Das Weihehindernis der Illegitimität in der Geschichte des kanonischen Rechts, in: *Illegitimität im Spätmittelalter*, hg. von Ludwig Schmugge. München 1994 (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 29), S. 41–53.
- Landsberg, Ernst:** Iniuria und Beleidigung. Eine Untersuchung über die heutige Anwendbarkeit der «Actio iniuriarum aestimatoria». Bonn 1886.
- Landwehr, Götz** (Hg.): Die nichteheliche Lebensgemeinschaft in der Geschichte. Göttingen 1978.
- Lentz, Matthias:** Konflikt, Ehre, Ordnung. Untersuchungen zu den Schmähbriefen und Schandbildern des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit (ca. 1350 bis 1600), mit einem illustrierten Katalog der Überlieferung. Hannover 2004.
- Lexner, Matthias:** Mittelhochdeutsches Handwörterbuch, 3 Bde. Leipzig 1872–1878.
- Lieberwirth, Rolf:** Art. Beleidigung, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 514–516.
- Ders.:** Art. Diebstahl, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin 2008, Sp. 1047–1053.
- Ders.:** Art. Folter, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1610–1614.
- Ders.:** Art. Verleumdung, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 762–764.
- Lindorfer, Bettina:** Bestraftes Sprechen. Zur historischen Pragmatik des Mittelalters. München 2008.
- Dies.:** «Zungensünden» und ewiges Strafgericht. Zur Performativität der Rede im moraltheologischen Diskurs des späten Mittelalters, in: *Blutige Worte. Internationales und interdisziplinäres Kolloquium zum Verhältnis von Sprache und Gewalt in Mittelalter und Früher Neuzeit*, hg. von Jutta Eming · Claudia Jarzebowski. Göttingen 2008 (Berliner Mittelalter- und Frühneuzeitforschung, 4), S. 53–74.
- Lingelbach, Gerhard:** Art. Anklage, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 244–245.
- Ders.:** Art. Injurienklage, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin ²2012, Sp. 1221–1222.
- Liszt, Franz E. von:** Meineid und falsches Zeugnis. Eine strafrechtsgeschichtliche Studie. Wien 1876.
- Lömker-Schlöggell, Annette:** Prostituierte. «umb vermaydung willen merers üfels in der cristenhait», in:

- Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft, hg. von Bernd-Ulrich Hergemöller, neu bearb. Aufl. Warendorf 2001, S. 58–89.
- Longère, Jean:** Art. Predigt, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 7. München 1995 (ND München 2002), Sp. 171–174.
- Lorenzen-Schmidt, Klaus-Jürgen:** Beleidigungen in schleswig-holsteinischen Städten im 16. Jahrhundert. Soziale Normen und soziale Kontrolle in Städtegesellschaften, in: Kieler Blätter zur Volkskunde 10 (1978), S. 5–27.
- Lück, Heiner:** Art. Gerichtsverfassung, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, 9. Lieferung. Berlin 2009, Sp. 192–219.
- Ders.:** Art. Hochgerichtsbarkeit, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, 13. Lieferung. Berlin 2011, Sp. 1055–1059.
- Ders.:** Strafe und Sühne im Spiegel kursächsischer Rechtspraxis auf der Grundlage des Sachsenspiegels und seiner gelehrten Bearbeitungen, in: Kriminalität in Mittelalter und Früher Neuzeit. Soziale, rechtliche, philosophische und literarische Aspekte, hg. von Sylvia Kesper-Biermann · Diethelm Klippel. Wiesbaden 2007 (Wolfenbütteler Forschungen, 114), S. 35–55.
- Lüdemann, Christian · Ohlemacher, Thomas:** Soziologie der Kriminalität. Theoretische und empirische Perspektiven. München 2002 (Grundlagentexte Soziologie).
- Ludwig, Ulrike:** Art. Strafrecht, 4. Die Entstehung des öffentlichen Strafrechts, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2010, Sp. 1088–1090.
- Lutterbach, Hubertus:** Sexualität im Mittelalter. Eine Kulturstudie anhand von Bußbüchern des 6. bis 12. Jahrhunderts. Köln · Weimar · Wien 1999 (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte, 43).
- Maihold, Harald:** Art. Mord, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 8, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2008, Sp. 784–788.
- Mainzer, Robert:** Die ästimatorische Injurienklage in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Stuttgart 1908.
- Marezoll, Theodor:** Ueber die bürgerliche Ehre, ihre gänzliche Entziehung und theilweise Schmälerung. Eine historisch-dogmatische Abhandlung. Gießen 1824.
- Massen, Josef:** Zoophilie. Die sexuelle Liebe zu Tieren. Informationen zu einem sexuellen Tabu. Köln 1994.
- Masser, Achim:** Art. Sächsische Beichte, in: Die deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon, hg. von Kurt Ruh u. a., Bd. 8. Berlin · New York 1992 (ND Berlin 2010), Sp. 467–468.

- Matthiassen, Terje:** Zur Syntax der Schimpfanrede. Eine areallinguistische und typologische Übersicht: germanisch, slavisch, baltisch, ostseefinnisch, in: *Balten – Slaven – Deutsche. Aspekte und Perspektiven kultureller Kontakte*, hg. von Ulrich Obst · Gerhard Ressel. Münster 1999, S. 139–143.
- Mausen, Yves:** «Pugio malitiae». Misstrauen als Prinzip des Gerichtsverfahrens im mittelalterlichen *ius commune*, in: *Akten des 36. Deutschen Rechtshistorikertages*, Halle/Saale, 10.–14.9.2006, hg. von Rolf Lieberwirth · Heiner Lück. Baden-Baden 2008, S. 387–399.
- May, Georg:** Die Anfänge der Infamie im kanonischen Recht, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abt.* 47 (1961), S. 77–94.
- Ders.:** Die Infamie im *Decretum Gratiani* (Erstveröffentl. 1960), in: *Ders.: Schriften zur Rechtsgeschichte. Ausgewählte Aufsätze*, hg. von Anna Egler · Wilhelm Rees. Berlin 2014 (*Kanonistische Studien und Texte*, 64), S. 309–332.
- Meder, Stephan:** *Rechtsgeschichte. Eine Einführung*. Köln · Weimar · Wien ³2008.
- Metzger, Karl:** *Die Verbrechen und ihre Straffolgen im Basler Recht des späten Mittelalters*. Basel 1931.
- Meurer, Dieter:** Art. Tötungsdelikte, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 286–290.
- Michiels, Gommarus:** *De delictis et poenis*. Paris 1934.
- Mielke, Jörg:** Der Dekalog in den Rechtstexten des abendländischen Mittelalters. Aalen 1992 (*Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte*, N. F., 29).
- Mierau, Heike J.:** Gerüchte als Medium der Grenzüberschreitung im Bonifaz-Prozeß, in: *Grenze und Grenzüberschreitung im Mittelalter*. 11. Symposium des Mediävistenverbandes vom 14. bis 17. März 2005 in Frankfurt an der Oder, hg. von Ulrich Knefelkamp · Kristian Bosselmann-Cyran. Berlin 2007, S. 109–121.
- Migliorino, Francesco:** *Fama e infamia. Problemi della società medievale nel pensiero giuridico nei secoli XII e XIII*. Catania 1985.
- Mittellateinisches Wörterbuch bis zum ausgehenden 13. Jahrhundert**, begründet von Paul Lehmann und Johannes Stoux, in Gemeinschaft mit den Akademien der Wissenschaften zu Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz, Wien und der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften hg. von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 2. München 1999.
- Mittermaier, Carl T. A.:** Art. Injurien, in: *Rechtslexikon für Juristen aller teutschen Staaten*, enthaltend die gesammelte Rechtswissenschaft, redigiert von Julius Weiske, Bd. 5. Leipzig 1844, S. 863–904.
- Molien, Auguste:** *Blasphème et Blasphémateurs*, in: *Dictionnaire de droit canonique, contenant tous les termes du droit canonique avec un som-*

- maire l'histoire et des institutions et de l'état actuel de la discipline, hg. von Raoul Naz, Bd. 2. Paris 1937, S. 902–920.
- Mommsen, Theodor:** Römisches Strafrecht, Berlin 1899 (ND Berlin 1955).
- Mordek, Hubert · Michael Glatt-haar:** Von Wahrsagerinnen und Zaubern. Ein Beitrag zur Religionspolitik Karls des Großen, in: Archiv für Kulturgeschichte 75 (1993), S. 33–64.
- Mörsdorf, Klaus:** Die Rechtssprache des Codex Juris Canonici. Eine kritische Untersuchung. Paderborn 1937 (Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland. Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft, 74).
- Müller, Albert:** Das Strafrecht im alten Lande Glarus seit der Befreiung von 1387 bis zur Helvetik. Freiburg in der Schweiz 1981.
- Müller, Daniela:** Schuld – Geständnis – Buße. Zur theologischen Wurzel von Grund-begriffen des mittelalterlichen Strafprozeßrechts, in: Herrschaftliches Strafen seit dem Hochmittelalter. Formen und Entwicklungsstufen, hg. von Hans Schlosser · Rolf Sprandel · Dietmar Willoweit. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 5), S. 403–420.
- Müller, Mario:** Besiegelte Freundschaft. Die brandenburgischen Erbeinungen und Erbverbrüderungen im späten Mittelalter. Göttingen 2010 (Schriften zur Politischen Kommunikation, 8).
- Müller, Ulrich:** Art. Schmähdichtung [II. Deutsche Literatur], in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 7. München 1995 (ND München 2002), Sp. 1499.
- Müller-Burgherr, Thomas:** Die Ehrverletzung. Ein Beitrag zur Geschichte des Strafrechts der deutschen und rätoromanischen Schweiz von 1252–1798. Zürich 1987.
- Müller-Lindenlauf, Hans Günther:** Germanische und spätromisch-christliche Eheauffassungen in fränkischen Volksrechten und Kapitularien. Freiburg im Breisgau 1969.
- München, Nicolaus:** Das kanonische Gerichtsverfahren und Strafrecht, 2 Bde. Köln · Neuss 1865/1866.
- Munzel-Everling, Dietlinde:** Art. Eid, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1249–1261.
- Nehlsen-von Stryk, Karin:** Art. Zeugen, C. I. Deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a. Bd. 9. München 1998 (ND München 2002), Sp. 584.
- Neumann, Friederike:** Öffentliche Sünder in der Kirche des späten Mittelalters. Verfahren – Sanktionen – Rituale. Köln u. a. 2008 (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und früher Neuzeit, 28).
- Neumann, Sarah:** Der gerichtliche Zweikampf. Gottesurteil – Wettstreit – Ehrensache. Ostfildern 2010 (Mittelalter-Forschungen, 31).

- Dies.:** Von Kirchenbuße und öffentlicher Strafe. Öffentliche Sanktionsformen aus der Sendgerichtsbarkeit in städtischem und landesherrlichem Recht, in: Herrschaftliches Strafen seit dem Hochmittelalter. Formen und Entwicklungsstufen, hg. von Hans Schlosser · Rolf Sprandel · Dietmar Willoweit. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 5), S. 159–187.
- Niermeyer, Jan F. · Kieft, Co van der:** *Mediae Latinitatis lexicon minus*, 2 Bde. Darmstadt ²2002.
- Niccoli, Ottavia:** *Rinascimento anticlericale. Infamia, propaganda e satira in Italia tra Quattro e Cinquecento*. Roma · Bari 2005.
- Nöcker, Rebekka · Rütther, Hanno:** «Es ist besser in Ehre zu sterben, als mit Schande zu leben». Zur Verwendung situationsmodellierender Phraseologismen in mittelhochdeutschen Romanen des 12. und 13. Jahrhunderts, in: *Phraseologie in Raum und Zeit. Akten der 10. Tagung des Westfälischen Arbeitskreises «Phraseologie/Parömiologie»* (Münster 2001), hg. von Elisabeth Piirainen · Ilpo Tapani Piirainen. Hohengehren 2002 (Phraseologie und Parömiologie, 10), S. 101–112.
- Odgers, William B.:** *A digest of the law of libel and slander and of actions on the case for words causing damage, with the evidence, procedure, practice, and precedents of pleadings, both in civil and criminal cases*. London 1929.
- Oestmann, Peter · Kahl, Karoline:** Art. Diebstahl, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 2, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2005, Sp. 1005–1007.
- Oldenbourg, Gabriele von:** Aspekte der rechtlich-sozialen Stellung der Frauen in den frühmittelalterlichen Leges, in: *Frauen in der Spätantike und im Frühmittelalter. Lebensbedingungen – Lebensnormen – Lebensformen*. Sigmaringen 1990, S. 221–235.
- Opelt, Ilona:** Schimpfwörter bei Commodian, in: *Vigiliae christianae* 24 (1970), S. 290–299.
- Oppitz, Ulrich-Dieter:** *Deutsche Rechtsbücher des Mittelalters*, 3 Bde. Köln · Wien 1990–1992.
- Osenbrüggen, Eduard:** *Das Alamanische Strafrecht im deutschen Mittelalter*. Schaffhausen 1860.
- Ders.:** *Die Ehre im Spiegel der Zeit*. Berlin 1872.
- Oesterdiekhoff, Georg W.:** Ordale und Erfolgshaftung im Lichte des strukturgenetischen Ansatzes, in: *Hoheitliches Strafen in der Spätantike und um frühen Mittelalter*, hg. von Jürgen Weitzel. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 7), S. 175–189.
- Paravicini, Werner · Hirschbiegel, Jan (Hg.):** *Höfe und Residenzen im spätmittelalterlichen Reich*, Teilbd. 2: *Bilder*. Sigmaringen 2005.

- Patschovsky, Alexander:** Art. Schwäbisch Hall, Sekte von, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 7. München 1995 (ND München 2002), Sp. 1606–1607.
- Plöchl, Willibald M.:** Geschichte des Kirchenrechts, Bd. 1. Wien · München 1953.
- Popitz, Heinrich:** Die normative Konstruktion von Gesellschaft. Tübingen 1980.
- Posener, Paul:** Art. Beleidigung, in: Rechtslexikon. Handwörterbuch der Rechts- und Staatswissenschaft. Mit Unterstützung zahlreicher Mitarbeiter hg. von dems., Bd. 1. Berlin 1909, S. 196–197.
- Posset, Franz:** Luthers Predigt von 1515 gegen das Laster der Verleumdung und seine mittelalterliche Quelle: Bernhard von Clairvaux oder Bernhardin von Siena? In: Luther. Zeitschrift der Luther-Gesellschaft 75 (2004) S. 142–149.
- Puff, Helmut:** Die Sünde und ihre Metaphern. Zum «Liber Gomorrhianus» des Petrus Damiani, in: Forum Homosexualität und Literatur 21 (1994), S. 45–77.
- Ders.:** Sodomy in Reformation Germany and Switzerland 1400–1600. Chicago · London 2003 (The Chicago Series on Sexuality, History, and Society).
- Ders.:** Weibliche Sodomie. Der Prozeß gegen Katherina Hetzeldorfer und die Rhetorik des Unausprechlichen an der Wende vom Mittelalter zur frühen Neuzeit, in: Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag 7 (1999), S. 364–380.
- Puza, Richard:** Art. Diebstahl, B. Kanonisches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 988.
- Quantner, Rudolf:** Die Schand- und Ehrenstrafen in der deutschen Rechtspflege. Eine kriminalistische Studie. Dresden 1901 (ND Aalen 1970).
- Ragg, Sascha:** Ketzer und Recht. Die weltliche Ketzergesetzgebung des Hochmittelalters unter dem Einfluß des römischen und kanonischen Rechts. Hannover 2006 (Monumenta Germaniae Historica. Studien und Texte, 37).
- Raiser, Thomas:** Grundlagen der Rechtssoziologie. 5., durchgesehene und erweiterte Aufl. von «Das Lebende Recht». Tübingen 2009.
- Rannacher, Helmut:** Der Ehrenschatz in der Geschichte des deutschen Strafrechts von der Carolina bis zum Reichsstrafgesetzbuch von 1871. Breslau 1938.
- Rees, Wilhelm:** Die Strafgewalt der Kirche. Das geltende kirchliche Strafrecht, dargestellt auf der Grundlage seiner Entwicklungsgeschichte. Berlin 1993 (Kanonistische Studien und Texte, 41).
- Rehbinder, Manfred:** Rechtssoziologie. München 2007 (Juristische Kurz-Lehrbücher).
- Reinle, Adolf:** Die heilige Verena von Zuzach. Legende – Kult – Denkmäler. Basel 1948.
- Reinle, Christine:** Das mittelalterliche Sodomieverständnis im Spannungsfeld von rechtlicher Norm, theologischer Deutung

- und gesellschaftlicher Praxis, in: Rechtsverständnis und Konfliktbewältigung. Gerichtliche und außergerichtliche Strategien im Mittelalter. Festschrift Hanna Vollrath, hg. von Stefan Esders. Köln u. a. 2007, S. 165–209 (nochmals abgedruckt in: «Die sünde, der sich der tiuvel schamet in der helle». Homosexualität in der Kultur des Mittelalters und der frühen Neuzeit, hg. von Lev M. Thoma · Sven Limbeck. Ostfildern 2009, S. 13–42).
- Dies.:** Zur Rechtspraxis gegenüber Homosexuellen. Eine Fallstudie aus dem Regens-burg des 15. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1996), S. 307–326.
- Reuter, Timothy · Silagi, Gabriel:** Wortkonkordanz zum Decretum Gratiani, 5 Bde. München 1990 (Monumenta Germaniae Historica. Hilfsmittel, 10.1–5).
- Rickenbacher, Franz:** Das Strafrecht des alten Landes Schwyz. Leipzig 1902.
- Rockar, Hans-Joachim** (Bearb.): Abendländische Bilderhandschriften der Forschungsbibliothek Gotha. Ein kurzes Verzeichnis mit 34 Abbildungen. Forschungsbibliothek Gotha 1970.
- Roloff, Volker:** Reden und Schweigen. Zur Tradition und Gestaltung eines mittelalterlichen Themas in der französischen Literatur. München 1973 (Münchener Romanistische Arbeiten, 34).
- Roth, Klaus:** Art. Ehebruch [C. Literatur und Volksüberlieferung], in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 1658–1659.
- Rubo, Ernst T.:** Zur Lehre von der Verleumdung mit besonderer Bezugnahme auf alle gegenwärtig geltenden deutschen Strafgesetzbücher. Berlin 1861.
- Rudolphi, Hans-Joachim · Rogall, Klaus:** Vierzehnter Abschnitt: Beleidigung, in: Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, 7., teilweise 8. neubearbeitete Aufl., hg. von Hans-Joachim Rudolphi u. a., 66. Lieferung (Juni 2006).
- Ruberg, Uwe:** Beredtes Schweigen in lehrhafter und erzählender deutscher Literatur des Mittelalters. Mit kommentierter Erstedition spätmittelalterlicher Lehrtexte über das Schweigen. München 1978 (Münstersche Mittelalter-Schriften, 32).
- Ruof, Wilhelm H.:** Die Züricher Räte als Strafgericht und ihr Verfahren bei Freveln im 14. und 15. Jahrhundert. Zürich 1941.
- Saar, Stefan C.:** Art. Notzucht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 6. München 1993 (ND München 2002), Sp. 1298–1299.
- Saint-Denis, Alain:** La punition des mauvaises paroles aux XIIe et XIIIe siècles. Paris 1998.
- Sauser, Ekkert:** Art. Briccius von Tours, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 14, bearbeitet und hg. von Friedrich W. Bautz. Hamm (Westfalen) 1998, Sp. 831–833.
- Schaller, Dieter:** Der verleumdete David. Zum Schlußkapitel von Bedas «Epistola ad Pleguinam», in: Literatur und Sprache im europä-

- ischen Mittelalter. Festschrift für Karl Langosch zum 70. Geburtstag, hg. von Alf Önnersfors · Johannes Rathofer · Fritz Wagner. Darmstadt 1973, S. 39–43.
- Scharff, Thomas:** Auf der Suche nach der «Wahrheit». Zur Befragung von verdächtigen Personen durch mittelalterliche Inquisitoren, in: Eid und Wahrheitssuche. Studien zu rechtlichen Befragungspraktiken in Mittelalter und früher Neuzeit, hg. von dems. · Stefan Esders. Frankfurt am Main u. a. 1999 (Gesellschaft, Kultur und Schrift. Mediävistische Beiträge, 7), S. 139–162.
- Schild, Wolfgang:** Alte Gerichtsbarkeit. Vom Gottesurteil bis zum Beginn der modernen Rechtsprechung. München 1980.
- Ders.:** Art. Feigheit, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1529–1530.
- Ders.:** Art. Meineid, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 6. München 1993 (ND München 2002), Sp. 472–473.
- Ders.:** Art. Talio(n), in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 8. München 1997 (ND München 2002), Sp. 446–447.
- Ders.:** Art. Verrat (1998), Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 5. Berlin 1998, Sp. 793–795.
- Ders.:** Art. Zweikampf, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 9. München 1998 (ND München 2002), Sp. 723–724.
- Ders.:** Das Magier- und Hexenbild von Hans Schäufelin in Ulrich Tenglers «Neu Laienspiegel» (1511), in: Ulrich Tenglers Laienspiegel. Ein Rechtsbuch zwischen Humanismus und Hexenwahn, hg. von Andreas Deutsch im Auftrag der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Akademie der Wissenschaften des Landes Baden-Württemberg. Heidelberg 2011, S. 353–402.
- Schindler, Georg:** Verbrechen und Strafen im Recht der Stadt Freiburg von der Einführung des neuen Stadtrechts bis zum Übergang an Baden (1520–1806). Freiburg im Breisgau 1937.
- Schleif, Corine:** «Das pos weyb» Agnes Frey Dürer. Geschichte ihrer Verleumdung und Versuche der Ehrenrettung, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 86 (1999), S. 47–80.
- Schlosser, Hans:** Art. Beweis (Recht), III. Deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 2. München 1983 (ND München 2002), Sp. 30–31.
- Schmeller, Johann A.:** Bayerisches Wörterbuch. Sammlung von Wörtern und Ausdrücken [...], Bd. 2. Stuttgart · Tübingen 1828.
- Schmidt, Günter:** Libelli famosi. Zur Bedeutung der Schmähschriften, Scheltbriefe und Pasquille in der deutschen Rechtsgeschichte. Köln 1985.
- Schmidt-Wiegand, Ruth:** Art. Mord (sprachlich), in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von

- Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 3. Berlin 1984, Sp. 673–675.
- Schmieder, Christiane:** Kinder delinquenz vor dem Familiengericht. Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven. Münster 2011.
- Schmugge, Ludwig:** Ehen vor Gericht. Paare der Renaissance vor dem Papst. Berlin 2008.
- Schneider-Laßtin, Wolfram · Puff, Helmut:** «Vnd solt man alle die so das tuend verbrennen, es blißen nit funffzig mannen in Basel». Homosexualität in der deutschen Schweiz im Spätmittelalter, in: Lust, Angst und Provokation. Homosexualität in der Gesellschaft, hg. von Helmut Puff. Göttingen · Zürich 1993, S. 79–103 (ein ergänzter Wiederabdruck in: «Die sünde, der sich der tiuvel schamet in der helle». Homosexualität in der Kultur des Mittelalters und der frühen Neuzeit, hg. von Lev M. Thoma · Sven Limbeck. Ostfildern 2009, S. 69–89).
- Schorer, Reinhold:** Die Strafgerichtsbarkeit der Reichsstadt Augsburg 1156–1548. Köln · Weimar · Wien 2001 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas, 3).
- Schormann, Gerhard:** Hexenprozesse in Deutschland. Göttingen ³1996.
- Schott, Clausdieter:** Art. Eideshelfer, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 1. Berlin ²2008, Sp. 1261–1264.
- Schreiner, Klaus:** Art. Fußkuß, in: Lexikon des Mittelalters, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 4. München 1989 (ND München 2002), Sp. 1063–1066.
- Ders.:** «Defectus natalium» – Geburt aus einem unrechtmäßigem Schoß als Problem klösterlicher Gemeinschaftsbildung, in: Illegitimität im Spätmittelalter, hg. von Ludwig Schmugge. München 1994 (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 29), S. 85–114.
- Schubert, Ernst:** Alltag im Mittelalter. Natürliches Umfeld und menschliches Miteinander. Darmstadt 2002.
- Schuler, Josef:** Bedeutung und Tragweite der strafrechtlichen Bestimmungen in den ältesten schweizerischen Bundesbriefen 1291–1332. Zürich 1947.
- Schulte, Nikos:** Öffentliche Strafe und Privatgenugtuung bei Ehrverletzungen mit Rücksicht auf die historische Entwicklung. Breslau 1913 (Strafrechtliche Abhandlungen, 173).
- Schulz, Knut:** Die Norm der Ehelichkeit im Zunft- und Bürgerrecht spätmittelalterlicher Städte, in: Illegitimität im Spätmittelalter, hg. von Ludwig Schmugge. München 1994 (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 29), S. 67–83.
- Schumann, Eva:** Art. Buße, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin ²2008, Sp. 789–795.
- Dies.:** Art. Gewette, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Albrecht Cordes, Heiner Lück, Dieter Werkmüller · Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin ²2012, Sp. 360–362.

- Dies.:** Entstehung und Fortwirkung der Lex Baiuvariorum, in: Leges – Gentes – Regna. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Ausbildung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von Gerhard Dilcher · Eva-Marie Dißler. Berlin 2006, S. 291–319.
- Schuster, Beate:** Frauenhandel und Frauenhäuser im 15. und 16. Jahrhundert, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 78 (1991), S. 172–189.
- Schuster, Peter:** Das Frauenhaus. Städtische Bordelle in Deutschland 1350–1600. Paderborn 1992.
- Ders.:** Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz. Paderborn · München · Wien · Zürich 2000.
- Ders.:** Hinaus oder ins Frauenhaus. Weibliche Sexualität und gesellschaftliche Kontrolle an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Mit den Waffen der Justiz. Zur Kriminalitätsgeschichte des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit, hg. von Andreas Blauert · Gerd Schwerhoff. Frankfurt am Main 1993, S. 17–31.
- Schweitzer, Franz-Josef:** Tugend und Laster in illustrierten didaktischen Dichtungen des späten Mittelalters. Studien zu Hans Vintlers «Blumen der Tugend» und zu «Des Teufels Netz». Hildesheim · Zürich · New York 1993 (Germanistische Texte und Studien, 41).
- Schwerhoff, Gerd:** Verordnete Schande? Spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Ehrenstrafen zwischen Rechtsakt und sozialer Sanktion, in: Mit den Waffen der Justiz. Zur Kriminalitätsgeschichte des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit, hg. von dems. · Andreas Blauert. Frankfurt am Main 1993, S. 159–162.
- Ders.:** Zungen wie Schwerter. Blasphemie in alteuropäischen Gesellschaften 1200–1650. Konstanz 2005 (Konflikte und Kultur – historische Perspektiven, 12).
- See, Klaus von:** Altnordische Rechtssprache als mittelalterliche Fachsprache, in: Leges – Gentes – Regna. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Ausbildung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von Gerhard Dilcher · Eva-Marie Dißler. Berlin 2006, S. 159–165.
- Segesser, Anton P. von:** Rechtsschichte der Stadt und Republik Lucern, Bd. 2: Die innere Rechtsgeschichte bis zum Ende des 15. Jahrhunderts. Luzern 1854 (ND Aalen 1974).
- Seibertz, Johann S.:** Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen, Bd. 2. Arnberg 1843.
- Seibt, Ferdinand:** Johannes von Nepomuk. Ein schweigen-der Märtyrer, in: Johannes von Nepomuk. Variationen über ein Thema, hg. vom Adalbert Stifter Verein. München · Paderborn · Wien, S. 15–24.
- Sellert, Wolfgang:** Art. Leumund, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 2. Berlin 1978, Sp. 1856–1858.

- Ders.:** Art. Rügegericht, Rügeverfahren, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 1201–1205.
- Ders.:** Art. Standesgerichtsbarkeit, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von Adalbert Erler · Ekkehard Kaufmann unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, Bd. 4. Berlin 1990, Sp. 1916–1917.
- Ders. · Rüping, Hinrich:** Studien- und Quellenbuch zur Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Aufklärung. Aalen 1986.
- Senft, Eduard:** Bemerkungen über das Verbrechen der widernatürlichen Unzucht, in: Österreichische Vierteljahrsschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 17 (1866), S. 195–233.
- Shahar, Shulamith:** Die Frau im Mittelalter. Königstein im Taunus 1981.
- Siems, Harald:** Die Lehre von der Heimlichkeit des Diebstahls. Zugleich eine Untersuchung zu Raub und Diebstahl im gelehrten Recht, in: Hoheitliches Strafen in der Spätantike und um frühen Mittelalter, hg. von Jürgen Weitzel. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 7), S. 85–152.
- Singer, Bruno:** Die Fürstenspiegel in Deutschland im Zeitalter des Humanismus und der Reformation. Bibliographische Grundlagen und ausgewählte Interpretationen: Jakob Wimpfeling, Wolfgang Seidel, Johann Sturm, Urban Rieger. München 1981.
- Somerville, Robert:** Pope Alexander III and the Council of Tours (1163). A Study of Ecclesiastical Politics and Institutions in the Twelfth Century. Berkeley · Los Angeles · London 1977.
- Sörries, Reiner:** Der mittelalterliche Friedhof. Das Monopol der Kirche im Bestattungswesen und der so genannte Kirchhof, in: ders. (Hg.): Raum für Tote. Die Geschichte der Friedhöfe von den Gräberstraßen der Römerzeit bis zur anonymen Bestattung. Braunschweig 2003, S. 27–52.
- Spieß, Karl-Heinz:** Familie und Verwandtschaft im deutschen Hochadel des Spätmittelalters. 13. bis Anfang des 16. Jahrhunderts. Stuttgart 1993 (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, 111).
- Sprecher, Daniel:** Persönliche Ehre und Ehrenstrafen. Die strafrechtsgeschichtliche Entwicklung der Ehrenstrafe vom Mittelalter bis zur Neuzeit, in: Das Recht im kulturgeschichtlichen Wandel. Festschrift für Karl Heinz Burmeister zur Emeritierung, hg. von Bernd Marquardt · Alois Niederstätter. Konstanz 2002, S. 401–425.
- Steinhoff, Hans H.:** Art. Elisabeth von Nassau-Saarbrücken, in: Die deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon, hg. von Kurt Ruh, Bd. 2, 2., völlig neu bearb. Aufl. Berlin · New York 1979, Sp. 482–488.
- Stutz, Emil:** Das Strafrecht von Stadt und Amt Zug (1352–1798). Bern 1917.
- Süß, Rolf:** Hochgericht und Lasterstein. Rechtsleben im alten Freiburg, Freiburg im Breisgau 1980.

- Tacke, Andreas** (Hg.): «... wir wollen der Liebe Raum geben». Konkubinate geistlicher und weltlicher Fürsten um 1500. Göttingen 2006.
- Telechea, Jesus A. S.:** «Fama publica», infamy and defamation. Judicial violence and social control of crimes against sexual morals in medieval Castile, in: *Journal of Medieval History* 33 (2007), S. 398–413.
- Teufert, Eveline:** Notzucht und sexuelle Nötigung. Ein Beitrag zur Kriminologie und Kriminalistik der Sexualfreiheitsdelikte unter Berücksichtigung der Geschichte und der geltenden strafrechtlichen Regelung. Frankfurt am Main 1980.
- Thiel, Kasimir:** Iniuria und Beleidigung. Eine Vorarbeit zur Bestimmung des Begriffes der Beleidigung. Breslau 1905 (Strafrechtliche Abhandlungen, 62).
- Toch, Michael:** Schimpfwörter im Dorf des Spätmittelalters, in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 101 (1993), S. 311–327.
- Trusen, Winfried:** Art. Inquisitionsprozeß, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 5. München 1991 (ND München 2002), Sp. 441–442.
- Ders.:** Das Verbot der Gottesurteile und der Inquisitionsprozeß. Zum Wandel des Strafverfahrens unter dem Einfluß des gelehrten Rechts im Mittelalter, in: *Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen*, hg. von Jürgen Miethke · Klaus Schreiner. Sigmaringen 1994, S. 235–247.
- Ders.:** Der Inquisitionsprozeß. Seine historischen Grundlagen und frühen Formen, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte, kanonistische Abt.* 74 (1988), S. 168–230.
- Ders.:** Gelehrtes Recht im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Goldbach (bei Aschaffenburg) 1997 (Bibliotheca eruditorum, 23).
- Ders.:** Strafprozeß und Rezeption. Zu den Entwicklungen im Spätmittelalter und den Grundlagen der Carolina, in: *Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption. Grundlagen, Entwicklung und Wirkung der Constitutio criminalis Carolina*, hg. von Peter Landau · Friedrich-Christian Schroeder. Frankfurt am Main 1984, S. 29–118.
- Tschacher, Werner:** Der Flug durch die Luft zwischen Illusionstheorie und Realitätsbeweis. Studien zum sog. Kanon Episcopi und zum Hexenflug, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte* 116, kanonistische Abt. 85 (1999), S. 225–276.
- Ubl, Karl:** Doppelmoral im karolingischen Kirchenrecht? Ehe und Inzest bei Regino von Prüm, in: *Recht und Gericht in Kirche und Welt um 900*, hg. von Winfried Hartmann, unter Mitarbeit von Annette Grabowsky. München 2007 (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 69), S. 91–124.
- Uitz, Erika:** Die Frau im Mittelalter. Wien 2003 (ND der Ausg. Leipzig 1988, Originaltitel: Die Frau in der mittelalterlichen Stadt).
- Ulbrich, Claudia:** Art. Prostitution, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 10, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen

- Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2009, Sp. 464–471.
- Vasella, Oskar:** Über das Konkubinat des Klerus im Spätmittelalter, in: *Mélanges d'histoire et de littérature offerts à Charles Gilliard*. Lausanne 1944, S. 268–283.
- Wallenrodt, C. [?] von:** Die Injurienklagen auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung in ihrer Entstehung, Fortbildung und ihrem Verfall. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Strafrechts, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte* 3 (1864), S. 238–300.
- Weber, Adolph D.:** Ueber Injurien und Schmähchriften, 3 Abt. Schwerin · Wismar 1800–1805 (1. Abt.: 3. Aufl. 1803, 2. Abt.: 3. Aufl. 1805, 3. Abt.: 1. Aufl. 1800).
- Weber, Wolfgang E. J.:** Art. Ehre, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 3, im Auftrag des Kulturwissenschaftlichen Instituts (Essen) und in Verbindung mit den Fachwissenschaftlern hg. von Friedrich Jaeger. Stuttgart · Weimar 2006, Sp. 77–83.
- Wechsler, Elisabeth:** Ehre und Politik. Ein Beitrag zur Erfassung politischer Verhaltensweisen in der Eidgenossenschaft (1440–1500) unter historisch-anthropologischen Aspekten. Zürich 1991.
- Wegele, Hermann:** Zur Geschichte der falschen Anschuldigung. Ansbach 1892.
- Weigand, Karl:** Art. Fünf, Fünfe, in: *Deutsches Wörterbuch*, Bd. 4, Abt. 1.1, bearb. von Jacob Grimm · Rudolf Hildebrand · Karl Weigand. Leipzig 1878, Sp. 557.
- Weimar, Peter:** Art. Beleidigung [I. Römisches und gemeines Recht], in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 1. München 1980 (ND München 2002), Sp. 1837.
- Ders.:** Art. Calumnia, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 2. München 1983 (ND München 2002), Sp. 1403.
- Ders.:** Art. Diebstahl, A. Römisches und gemeines Recht, in: *Lexikon des Mittelalters*, hg. von Robert-Henri Bautier u. a., Bd. 3. München 1986 (ND München 2002), Sp. 987–988.
- Weitzel, Jürgen:** Das Majestätsverbrechen zwischen römischer Spätantike und fränkischem Mittelalter, in: *Hoheitliches Strafen in der Spätantike und um frühen Mittelalter*, hg. von dems. Köln · Weimar · Wien 2002 (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 7), S. 47–83.
- Wernicke, Steffen:** Von Schlagen, Schmäh und Unendlichkeit. Die Regensburger Urfehde im 15. Jahrhundert, in: *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, hg. von Andreas Blauert · Gerd Schwerhoff. Konstanz 2000, S. 397–404.
- Ders.:** «Weil ich mich gegen meinen benannten Mann vergessen ...». Frauen vor Gericht, in: *Regensburger Frauens Spuren. Eine historische Entdeckungsreise*, hg. von Ute Kätzel · Karin Schrott. Regensburg 1995, S. 64–85.
- Widder, Ellen:** Konkubinen und Bastarde. Günstlinge oder Außen-

- seiter an Höfen des Spätmittelalters?
In: Der Fall des Günstlings.
Hofparteien in Europa vom
13. bis zum 14. Jahrhundert, hg.
von Jan Hirschbiegel · Werner
Paravicini. Ostfildern 2004
(Residenzenforschung, 17), S. 417–
480.
- Wigand, Paul:** Das Femgericht
Westphalens, aus den Quellen
dargestellt, und mit noch unge-
druckten Urkunden erläutert. Ein
Beitrag zur deutschen Staats- und
Rechtsgeschichte. Hamm 1825.
- Wilda, Wilhelm E.:** Das Strafrecht der
Germanen. Halle 1842 (Geschichte
des deutschen Strafrechts, 1).
- Ders.:** Von den unecht gebor-
nen Kindern. Ein Beitrag zur
Rechtsgeschichte, in: Zeitschrift
für deutsches Recht und deut-
sche Rechtswissenschaft 15 (1855),
S. 237–297.
- Willoweit, Dietmar** (Hg.): Die Ent-
stehung des öffentlichen Strafrechts.
Bestandsaufnahmen eines europä-
ischen Forschungsproblems. Köln ·
Weimar · Wien 1999 (Konflikt,
Verbrechen und Sanktion in der
Gesellschaft Alteuropas. Symposien
und Synthesen, 1).
- Ders.:** Von der natürlichen Kindschaft
zur Illegitimität. Die nichtehelichen
Kinder in den mittelalterlichen
Rechtsordnungen, in: Illegitimität
im Spätmittelalter, hg. von Lud-
wig Schmugge. München 1994
(Schriften des Historischen Kollegs.
Kolloquien, 29), S. 55–66.
- Wunderlich, Werner:** Apelles. Der
Mythos vom Künstler ohne Werk,
in: Künstler – Dichter – Gelehrte,
hg. von Ulrich Müller · Werner
Wunderlich, unter Mitarbeit von
Margarete Springeth. Konstanz 2005
(Mittelalter. Mythen, 4), S. 37–47.
- Würth, Ingrid:** Die Aussagen
der vier «Dienerinnen» im
Kanositationsprozess und ihre
Überlieferung im sogenann-
ten «Libellus», in: Elisabeth von
Thüringen. Eine europäische Heilige.
Aufsätze [Katalog zur 3. Thüringer
Landesausstellung auf der Wartburg,
Eisenach 7. Juli bis 19. November
2007], hg. im Namen der Wartburg-
Stiftung Eisenach und der Friedrich-
Schiller-Universität Jena, unter
Mitarbeit von Uwe John · Helge
Wittmann · Dieter Blume · Matthias
Werner. Petersberg 2007, S. 187–192.
- Zumkley, Beate:** Das Weseler Gerichts-
bild «Die Eidesleistung» von Derick
Baegert. Quellengeschichtliche und
technologische Studien zu einem
Gemälde des 15. Jahrhunderts. Köln
1988.
- Zürcher, Meret:** Die Behandlung ju-
gendlicher Delinquenten im alten
Zürich (1400–1798). Zürich 1960.

3. Verzeichnis der verwendeten Quellentexte

- Aachener Sendweistum → Weistum
 Abraham Saur → Strafbüchlein
Admonitio generalis → Kapitular/Kapitulariensammlung
 Adolf I., Kg. → Privilegienbestätigung von Colmar, → Privilegienbestätigung von Neuenburg
Adversus Nicetam des Humbert von Silva Candida († 1061) 196
 Albertus Magnus → Kommentar zu den Sentenzen des Petrus Lombardus, → Summa theologica
Alefelder Vogteigerichtsordnung (Niedersachsen, 1580) 283
 Alexander von Hales → Summa fratis Alexandri
Andelfingen, Herrschaftsrechte (1534) 275
Anrather Gerichtsordnung (Kurfürstentum Köln, 1574) 283
Appenzeller Landbuch, auch *Landbuch von 1409* 70 108 275
 Arnstadt → Stadtrechte von
Augsburg
 – Sachsenspiegel (zwischen 1274/1275) 63 245
 – Stadtbuch, 1276 durch König Rudolf von Habsburg bestätigt 64–66 108 159 168 192–193 196 199 200 202–204 206 208–209 215 275
 Auguß von Sachsen, Kf. → Kursächsische Konstitutionen, → Oberhofgerichtsordnung
 Augustinus von Hippo → Epistel 153
 Audoin von Rouen → Vita Eligii episcopi Noviomagensis
Assiduis postulationibus des Tankred von Bologna (1216) 116
 Bambergische Peinliche Halsgerichtsordnung → Constitutio Criminalis Bambergensis
Banntaidung
 – von Markersdorf (1490) 263
 – von Millstatt (16./17. Jh.) 263
 – der Stadt Melk (15. Jh.) 263
Bayerische erklärte Landesfreiheit (1508) 198
 Benedictus Levita → Kapitulariensammlung
Berliner Stadtbuch (1263, 1397) 275
 Berchorius, Petrus → Ovidus moralizatus
Berner Stadtsatzung (1539) 197
 Bernhard
 – von Clairvaux → De caesideratione ad Eugenium papam
 – von Pavia → Compilatio prima, → Summa decretalium
 Bibel → 5. Sachregister
Biberacher Privilegienbestätigung Kaiser Friedrichs III. (1487) 58
 Bigotianum → Poenitentiale
 Blankenburg → Stadtrechte von
 Blumen der Tugend → Pluemen der tugent des Hans Vintler
 Bodenwerder → Stadtrechte von
 Boner, Ulrich → Edelstein
 Bonstettener Öffnung → Öffnung
 Bornbach, Stanislaus → Chronik der Preußen
 Bragaer Konzilsbeschlüsse (572) → Statuten des Zweiten Konzils von Braga
 Bremen → Stadtrechte von
 Brevarium → Compilatio prima
 Bruder Bertold → Rechtssumme
 Burchard von Worms → Decretorum libri viginti

Burgebracher Rechtssammlung

(1497) 270

Canon episcopi (1. bekannte Fassung

um 906) 176

Carolina → *Constitutio criminalis Carolina***Christenspiegel des Dietrich Kolde**

(1485) 195

Chronik

– der Bischöfe von Würzburg

742–1495 des Lorenz Fries 45

– der Preußen des Stanislaus

Bornbach (1553) 264

– der Sachsen und Thüringer des

Georg Spalatin (ca. 1520) 160–161

190–191 254–256

– des Thomas Ebendorfer (*Cronica**regum Romanorum*, 1449/1450) 189

– von Neustadt an der Aisch

(1708/1709) 270

– Zimmersche C. des Froben

Christoph von Zimmern (Mitte 16. Jh.)

268–269

Codex

– Euricianus (475) 155 330

– *statutorum Zwiccaviensium* →*Zwickauer Rechtsbuch*

– Theodosianus (beendet 438) 37

163

Coelestin III. → Dekretalen Papst

Coelestin III.

Collectio vetus Gallica (um 600) 230

317 319

Colmarer Privilegienbestätigung

König Adolfs I. (1292) 58

Commentaria super codice des Jason

de Mayno (* 1435 † 1519) 300

Compilatio prima des Bernhardvon Pavia, auch *Brevarium*oder *Libellus extravagantium*

(um 1190) 118 133 222

Compilatio tertia des Petrus Bene-**ventanus** (1210) 137*Concordia discordantium canonum* →*Decretum Gratiani***Constitutio**– *Criminalis Bambergensis*, auch*Bambergische Peinliche Halsge-**richtsordnung* des Johann von

Schwarzenberg (1507) 63 198 214

– *Criminalis Carolina*, auch *Peinliche**Halsgerichtsordnung* des Johann von

Schwarzenberg (1532) 23–24 63 71

147 199 211–213 278 318 327

Corpus– *Iuris Canonici* (1140–1325, sieheauch → *Decretum Gratiani*, → *Liber**extra*) 23 32 63 79 137 299 309–

310

– *Iuris Civilis* (533/534, sieheauch → *Justinianischer Institu-**ten*, → *Sachregister* [*Römisches**Recht*]) 19 24 36–37 39–40 61

110–111 195 214 293 299 319 321

Dachsen → *Offnung*Damhouder, Joost de → *Praxis rerum**criminalium*Damiani, Petrus → *De caelibatu sacer-**dotum*, → *Liber Gomorrhianus***De caelibatu sacerdotum des Petrus**

Damiani († 1072) 196

De consideratione ad Eugenium pa-**pam des Bernhard von Clairvaux**

(1148) 77

De syndicatu officialum des Paris de

Puteo (1493) 299–300

Decretorum libri viginti des Burchard

von Worms (Anfang 11. Jh.) 199 305

Decretum Gratiani, auch *Concordia**discordantium canonum* (ca. 1140)

94 110 132 171 182 186–187 216

230 251 274 306 317 319 323–324

326 333

Dekretalen Papst Coelestins III.

(1191–1198) 251

Denkwürdigkeiten des Ritters Hans von Schweinichen (*1552 † 1616)

244– 246

Der Rechte Weg, Rechtstextsammlung

Kaspar Popplaus (2. H. 15. Jh.)

263 281

Der Rechten Spiegel des Justin Gobler

(1550) 101–103 176 193

Deutschenspiegel (1274/1275) 63 88

238 245 329

Diessenhofer Stadtrecht

(14. Jh.) 208 259 275

Dinkelsbühl → Rechts- und

Freiheitsbrief Kaiser Maximilians

Dortmund → Stadtrechte von

Dresdner Stadtbücher (1454–1535)

78 83 255 257

Durantis, Guillelmus → Speculum

Edelstein des (Ulrich?) Boner

(ca. 1350) 116 118

Edictum/Edicta

– Liutprandi (713–735) 273 299

– Rothari (643) 60–61 81–82 87

160 172 174 181 190 231 238–239

241 274 280 289 331–332

Eike von Repgow → Sachsenspiegel

Eisenacher Rechtsbuch

– von Johannes Purgolt (1503/1504)

72 97 145 244 283

– von Johannes Rothe (ältester Text-
zeuge 1. V. 15. Jh.) 97 162 244Eizinger von Eizing, Ulrich → Nuss-
dorfer Rechtssammlung**Engelberger Talrecht** (1691) 244

Enkenbacher Weistum → Weistum

Ennser Stadtrecht (1212) 89**Epistel 153** (Augustinus episcopus,
famulus Christi familiaeque eius,
dilecto filio Macedonio, in Domino

salutem) des Augustinus von Hippo

(* 354 † 430) 234

Etymologiarium sive originum des**Isidor von Sevilla** (Anfang 7. Jh.) 38

108

Ewiger Landfriede Ks. Maximilians I.

(1495) 216

Excerpta legum (ca. 1498) 70

Fischingen → Öffnung

Fivelgoer Sendrecht (nach einer

Handschrift des 15. Jh.) 198

Formulae Turonenses (8. Jh.) 129

Frankenhausen → Stadtrechte von

Frankenspiegel → Kleines Kaiserrecht

Frankfurt am Main → Stadtrechte von

Frauenfelder Stadtrecht (1331) 89 208**Freibuch von Grafenwörth** (1433) 263

Freiburg

– im Breisgau → Stadtrechte von

– im Uechtland → Handveste

Freiheitsbrief

– des Grafen Johann I. von Saar-

brücken für die Bürger der Stadt

Saarbrücken und das Dorf St. Johann

(1321) 66 70 82–83 208 215 242

282

– des Ritters Heinrich Gödlis und

des Hans Meisen für Nieder- und

Mättmenhasle (1478) 282

Friedrich

– I., Ks. → Diplom für Hagenau, →

Landfrieden

– II., Ks. → Konstitutionen von Melfi

– III., Ks. → Biberacher Privilegien-
bestätigung, Georg (Jörg) I.

Truchsess von Waldburg, → Lin-

dauer Privilegienbestätigung, →

Memminger Privilegienbestätigung,

→ Nürnberger Privilegienbestäti-
gungFries, Lorenz → Chronik der Bischöfe
von Würzburg

Fuchsberger, Ortolf → Justinianischer
Instituten warhaffte dolmetschung

**Georg (Jörg) I. Truchsess von Wald-
burg, Privilegienbestätigung Kaiser
Friedrichs III. für Georg** (1467) 58

Gera → Stadtrechte von

Germania des Tacitus (ca. 100) 61

**Gesetz des Langobardenkönigs
Ratchis** (ca. 746) 114 125–126

Gesta pontificum Romanorum → Liber
pontificalis

Ghaerbald, Bf. von Lüttich → Kapitular/
Kapitulariensammlung

Glarus → Landessatzung für Glarus

Gobler, Justin → Der Rechten Spiegel

Gödlis, Heinrich, Ritter → Freiheitsbrief
für Nieder- und Mättmenhasle

Görlitzer Rechtsbuch (ca. 1301/1320) 91

Goslar → Stadtrechte von

Grafenwörth → Freibuch von Grafen-
wörth

Gregor

– IX., Papst → Liber extra, → Vox
in Rama

– XI., Papst → Salvator humani
generis

Greußen → Stadtrechte von

**Grillenbergs Bannbuch der Untertanen
des Stiftes Melk** (1747) 231

Großburschlaer Gerichtsordnung
(14. Jh.) 282

**Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland** (1949) 50

Hagenau, Diplom Kaiser Friedrichs I.

(1164) 254 259 290 318

Halle → Stadtrechte von

Hamburg → Stadtrechte von

Handfeste von Freiburg im Uechtland
(1249) 99

Hans von Schweinichen → Denkwürdig-
keiten

Hauspostille des Martin Luther (1521)
124

Heilige Schrift → Sachregister (Bibel)

Heinrich von Segusio → In quinque
libros decretalium lectura

Hexenhammer (Malleus maleficarum)
des Heinrich Kramer (1487) 171

Hirzenacher Gerichtsordnung (1598)
59

Hochstettener Gerichtsordnung (1543)
108 167 176 206 208

Humbert von Silva Candida → Adversus
Nictetam

Ilmenau → Stadtrechte von

**Ingelheimer Oberhof, Gerichtsproto-
kolle** (1398–1464) 243 294

Innozenz III., Papst → Qualiter et
quando

**In quinque libros decretalium lectura
des Heinrich von Segusio** (späte-
stens 1271) 134

Institutio regia des Jonas von Orléans
(834) 124

Isaak, Bischof von Langres → Kapitular/
Kapitulariensammlung

Isidor von Sevilla → Etymologiarum
sive originum

Jason de Mayno → Commentaria super
codice

Jacobus de Bellovisu → Libellus iniuri-
arum

Johann(es)

– Duns Scotus → Reportata Parisi-
ensia

– von Freiburg → Summa confes-
sorum

– von Schwarzenberg → Constitutio
Criminalis Bambergensis, → Con-
stitutio Criminalis Carolina

Jonas von Orléans → Institutio regia

Julius Pauli → Pauli sententiae

Justinianischer Instituten war-
haffte dolmetschung des Ortolf
Fuchsberger (1536) 39

Kapitular/Kapitulariensammlung

- Admonitio generalis Kaiser Karls des Großen (789) 120 175
- des Benedictus Levita (um 850) 131 195 274 317
- Bischof Ghaerbalds von Lüttich (805) 109
- Bischof Isaaks von Langres (2. H. 9. Jh.) 163
- karolingische, allgemein 212 289–290
- König Ludwigs des Deutschen (850) 303–304
- Kaiser Ludwigs des Frommen (816) 129
- König Pippins für Italien (ca. 782/786) 302
- König Pippins (785) 129
- König Pippins für Italien (800/810?) 302–303
- Bischof Remedius' von Chur (um 800) 82
- Bischof Theodulfs von Orléans (Kapitular II, 800/813) 179

Katechismus (Großer u. Kleiner) des Martin Luther (1529) 124

Karl

- der Große, Ks. → Kapitular/Kapitulariensammlung
- V., Ks. → Constitutio Criminalis Carolina

Kellenbacher Weistum → Weistum

Kilchberg → Offnung

Klagespiegel

- anonym (ca. 1425) 295–296 300 320 327–328
- des Sebastian Brant (1516) 98

Kleines Kaiserrecht, auch *Franken-*
spiegel (ca. 1344/1350) 108 189 275

Koellikoner Rechtssammlung des Klosters St. Gallen (Anfang 15. Jh.) 242

Kolberger Stadtrecht (1297) 68 80 144 208 273 282

Kolde, Dietrich → Christenspiegel

Kölner Stadtrecht (ca. 1400) 261

Kommentar zu den Sentenzen des Petrus Lombardus von Albertus Magnus († 1280) 235

König, Kilian → Processus vnd Practica der gerichtseuffte

Königsee → Stadtrechte von

Konstanzer Offizialat, Protokoll (1455) 165

Konstitutionen von Melfi (Liber Augustalis), verfasst im Auftrag Kaiser Friedrichs II. (1231) 118 142 152 156 330–331

Konzilien → Statuten der/des

Krainer Landgerichtsordnung (1535) 198

Kramer, Heinrich → Hexenhammer

Kulmbacher Stadtrechtsbuch (14. Jh.) 115

Kursächsische Konstitutionen des Kurfürsten August von Sachsen (1572) 84 240 292 301 307 320

Kyburg → Offnung

Laienspiegel des Ulrich Tengler (1509) 295–296 320 327–328

Landbuch

- der March (älteste Handschrift aus dem 15. Jh.) 242
- von 1409 → Appenzeller Landbuch
- von Obwalden (1382–1525) 108 259
- von Schwyz (1450, 1520) 108 206 259
- von Zug (1432) 242 275
- von Gaster (1564) 72 275

Landessatzung für Glarus (1387) 216

Landfrieden Ks. Friedrichs I. Barbarossa (1152) 24 290 317

Landshuter Stadtrecht (1279) 88

Laxer Urbar (1303) 57 71–72 282

Lebamünder Stadtrecht (1357) 263

Lectura super secundo libro Decretalium des Nicolaus de Tudeschis (* 1386 † 1445) 113

Leipziger Schöffenspruchsammlung (14. Jh.) 282

Lex/Leges

– Alamannorum (712/725) 61 83 87

– Baiuvariorum (ca. 740) 61 82

108 115 273

– Burgundionum (6. Jh.) 115

– Frisionum (frühes 9. Jh.) 116 127

160 331

– Iulia de maiestate (8 v. Chr.?) 186 214

– Liutprandi (712/744) 115

– Ribuaria (613–625) 81

– Romana Curiensis (2. H. 8. Jh.) 82

– Salica (481/511) 47 59 61 67 87

109 128 173 180 190 288 331

– Westgotische Rechtstexte allgemein (l. Visigothorum) 115 129 163

251 273

Libellus

– extravagantium → *Compilatio prima*

– iniuriarum des Jacobus de Bellovisu (* ca. 1270 † 1335) 300

Liber/Libri

– Augustalis → *Konstitutionen von Melfi*

– extra, auch *Nova compilatio decretalium* bzw. *Decretales Gregorii IX.* des Raymund von Peñafort (1234) 110

112 133 186 216 250 295 307 319

326 333

– Gomorrhianus des Petrus Damiani (1049) 196

– de proscriptis → *Stralsunder Verfassungsbuch*

– pontificalis, auch *Gesta pontificum Romanorum* (spätes 7./ frühes 8. Jh.) 131

– duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis des Regino von Prüm (ca. 906) 304–305

Lindauer Privilegienbestätigung Ks. Friedrichs III. (1485) 58

Liutprand, Kg. → *Edicta Liutprandi*

Lübisches Recht (12. Jh.) 25 68 80 209 242 259 263 278 295

Ludwig

– der Bayer, Ks. → *Rechtsbuch*

– der Deutsche, Kg. → *Kapitular/Kapitulariensammlung*

– der Fromme, Kg. → *Kapitular/Kapitulariensammlung*

Luzerner

– Bürgerbuch (1373) 197 275

– Ratsbeschlüsse/Urteile (1421) 66 69 202 204 265–266 277

Magdeburger Recht (12. Jh.) 25 288

Magdeburgisch-breslavisches Recht (1261) 69 102

Malleus maleficarum → *Hexenhammer*

Maranta, Roberto → *Tractatus de ordine iudiciorum*

Markgräflisch-brandenburgisches Hofgericht zu Cölln an der Spree (Urteil von 1481) 145–146

Matthäus von Normann → *Rügener Rechtsbuch*

Maximilian I., Ks. → *Ewiger Landfriede*, → *Rechts- und Freiheitsbrief für Dinkelsbühl*

Medebacher Stadtrecht → *Stadtrechte von*

Meisen, Hans → *Freiheitsbrief für Nieder- und Mättmenhasle*

Meißner Rechtsbuch, auch *Rechtsbuch nach Distinktionen* (1358/1378)

38–39 91 93

Melk → Banntaidung

Memmingen → Stadtrechte von

Memminger Privilegienbestätigung

Ks. Friedrichs III. (1490) 58 85

Methamorphosen des Ovid

(* 43 v. Chr. † ca. 17 n. Chr.) 74

Millstatt → Banntaidung

Mühleheimer Weistum → Weistum

Mühlhäuser Reichsbuch (spätestens 1230) 158

Münchener Stadtrechtsbuch (1340)

284

Neerach → Öffnung des Twinghofs

Neuenburger Privilegienbestätigung

König Adolfs I. (1293) 58

Neukilch → Öffnung

Neustadt an der Aisch → Chronik

Nicolaus de Tudeschis → *Lectura super secundo libro Decretalium*

Niederösterreichische Landesgerichtsordnung (1514) 198

Nieder- und Mettmehaslitz → Freiheitsbrief des Ritters Heinrich Gödlitz und des Hans Meisen

Nordhausen → Stadtrechte von

Nova compilatio decretalium → Liber extra

Nowgoroder Stadtrecht (2. H. 13. Jh.) 209

Nürnberg

– Privilegienbestätigung Kaiser

Friedrichs III. (1476) 58

– Reformation (1484) 279 283

Nußdorfer Rechtssammlung (bei Landau, 1508) 107

Nussdorfer Rechtssammlung (bei

Wien) des Ulrich Eizinger von Eizing

(1450) 193 208 282

Oberhofgerichtsordnung des Kurfürsten August von Sachsen

(1549) 84

Oberösterreichische Landgerichtsordnung (1559) 198

Öffnung

– der Vogtei Stammheim (1464) 275

– des Twinghofs Neerach (1536) 275

– von Dachsen (1532) 107

– von Kilchberg (1515) 57

– von Kyburg (1506) 110 275 283

– von Neukilch (1330) 57 282

– von Tablatt (1471) 271 282

– von Tannegg und Fischingen (1432) 282

– von Weinfeldern (15. Jh.) 271

Ordeelbook → Stadtrechte von

Ordnung des Dinghofs Muttentz (1464) 275

Orlamünder Weichbild (1381) 98

Ovid → Metamorphosen

Ovidius moralizatus, auch *Reductorium morale* des Petrus Berchorius (ca. 1340) 74–75

Pactus legis

– Alamannorum nach der Recensio

Chlothariana (613/623) 166 172 332

– Salicae (6. Jh.) 87 180

Paris de Puteo → De syndicatu officialium

Passauer Stadtrecht (1225, 1299)

89 261 275

Pauli sententiae des Juristen Julius

Paulus (?) (2./3. Jh.) 37

Peinliche Gerichtsordnung Kaiser

Karls V. → Constitutio Criminalis

Carolina

Petrus

– de Bellapertica → Quaestiones et decisiones aureae

– Lombardus → Kommentar zu den Sentenzen

Pippin, Kg. → Kapitular/Kapitularien-sammlung

Pluemen der tugent des Hans Vintler
(1411) 62 177

Poenitentiale

- Bigotianum (8./9. Jh.) 236
- Columbani (frühes 7. Jh.) 236
- Cummeani (ca. 650) 236
- Merseburgense a (nach 800) 236
- mixtum Bedae-Egberti (8. Jh.) 236
- Pseudo-Beda (8. Jh.) 236
- Pseudo-Egberti (8. Jh.) 236
- Pseudo-Gregorii (9./10. Jh.) 236
- Pseudo-Theodori (Mitte 9. Jh.) 236
- Vinnai (9. Jh.) 236

Popplau Kaspar → Der Rechte Weg

Portius, Azo → Summa super codicem

Praxis rerum criminalium des Joost de Damhouder (1565) 100 240 318

Preceptorium divine legis des Jean Nider (vor 1438) 123

Processus vnd Practica der gerichtsluffte des Kilian König (1541) 293

Pseudoisidorische Dekretalen (9. Jh.)
132 195

Purgolt, Johannes → Eisenacher
Rechtsbuch

Quaestiones et decisiones aureae des Petrus de Bellapertica († 1308) 300

Qualiter et quando, Dekretale von Papst Innozenz III. (1206) 137

Ratchis → Gesetz des Langobarden-königs Ratchis

Raymund von Peñafort → Summa de poenitentiae, → Liber extra

Recensio Chlothariana → Pactus legis Alamannorum

Rechtsbuch

- Ruprechts von Freising (1328) 65–66 72 108 115 144 188 198–204

206 208–209 238 241–242 275

278 282 286–288

– Kaiser Ludwigs des Bayern (1346)

83 201 239 241 273 275 285

– nach Distinktionen → Meißner
Rechtsbuch

Rechtssumme Bruder Bertholds

(14. Jh.) 178 226 320

Rechts- und Freiheitsbrief Ks.

Maximilians I. für Dinkelsbühl

(1494) 258–259

Reductorium morale → Ovidus moralizatus

Regino von Prüm → Libri duo de synodalibus causis

Reichskammergerichtsordnung (1555)
297–298 318

Remedius von Chur, Bf. → Capitula
Remedii

Reportata Parisiensia des Johannes

Duns Scotus (ca. 1300) 233

Rheingauer Landrecht (nach einer
Handschrift aus dem späten 14. Jh.)
83 208 277

Richtsteig Lehnrechts (2. H. 14. Jh.) 90

Roffredus de Epiphania → Solennis
atque aureus tractatus libellorum

Rothari, Kg. → Edictum Rothari

Rothe, Johannes → Eisenacher
Rechtsbuch

Rottweiler Stadtrecht (1315–1535) 284–286

Rüthener Stadtrecht (1310) 275 292

Rudolf von Habsburg, Kg. → Augsburger Stadtbuch

Rügener Rechtsbuch des Matthäus von Normann (ca. 1525/1531) 242

Ruprecht von Freising → Rechtsbuch

Saalfeld → Stadtrechte von

Saarbrücken und St. Johann → Freiheitsbrief des Grafen Johann I. von Saarbrücken

Sachsenspiegel des Eike von Repgow

(ca. 1224/1225) 23 25 63 88 90–
91 93 138 159 162–163 176 188
205 209 219 225 238 245 275 279
307 318 320 329 332

Sächsische Beichte (um 810) 119**Sächsischer Gottesfriede** (1085) 24

252 254 317 329

Sächsisches Weichbildrecht → Weich-
bildglosse

Salvator humani generis, Bulle Papst

Gregors XI. (1374) 163

Saur, Abraham → Strafbüchlein

Schatterleer Weistum → Weistum

Schifferstädter Weistum → Weistum

Schleswiger Stadtrecht (1188/1202) 254
290**Schwabenspiegel** (1275/1276) 25 63–66

88 93 108 115 159 188 201–204
209 213 215 219 238 245 276–277
279 318 320 329

Seligenstädter

– Willkür (1377) 100 282

– Sendrecht (ca. 1400) 307

Sendhandbuch des Regino von Prüm →
Libri duo de synodalibus causis

Solennis atque aureus tractatus libellorum des Roffredus de Epiphanio

(* ca. 1170 † 1244) 300

Soest, Ältestes Stadtrecht (12. Jh.) 143**Speculum**

– des Guillemus Durantis (* ca. 1230
† 1296) 300
– humanae salvationis (Mitte 14. Jh.)
253

Speyerer Stadtrecht (1328) 259**Stadtrechte von**

– Aachen → Weistum
– Alefeld → Alefelder Vogteigerichts-
ordnung
– Anrath → Anrather Gerichtsord-
nung

– Arnstadt (1543) 90 207 258–259
292

– Augsburg → Augsburger Stadtbuch

– Berlin → Berliner Stadtbuch

– Bern → Berner Stadtsatzung

– Biberach → Biberacher Privilegien-
bestätigung

– Blankenburg (1594) 169

– Bodenwerder (1287) 108

– Bremen (1330/1335) 230

– Breslau → Der Rechte Weg, →
Magdeburgisch-breslausches Recht

– Colmar → Colmarer Privilegien-
bestätigung

– Diessenhofen – Diessenhofener
Stadtrecht

– Dinkelsbühl → Rechts- und Frei-
heitsbrief Ks. Maximilians

– Dortmund (1275?) 198 200–201
209

– Dresden → Dresdner Stadtbücher

– Eisenach → Eisenacher Rechtsbuch

– Enns → Ennsrer Stadtrecht
– Frankenhäusen (1558) 72 240
260–261

– Frankfurt am Main (1297/
1578) 200–201 295 297 320 327

– Frauenfeld → Frauenfelder Stadt-
recht

– Freiburg im Breisgau (1215/1520)
85 258 275 294

– Freiburg im Uechtland → Hand-
feste von Freiburg

– Gera (1487) 201

– Görlitz → Görlitzer Rechtsbuch

– Goslar (1320–1360) 54 82 91 93–
94 144 239 241 259 273 282

– Greußen (1556) 240

– Hagenau → Hagenau

– Halle an der Saale (Anfang 14. Jh.)
89 91 108 259

– Hamburg, auch *Ordeelbook*
(1270, 1292, 1497, 1605) 54 69–

70 80 97 102 166 208–209 242–243 254 259 282 291
 – Ilmenau (1350) 259 292
 – Ingelheim → Ingelheimer Oberhof
 – Kolberg → Kolberger Stadtrecht
 – Köln → Kölner Stadtrecht
 – Königsee (1365) 259 292
 – Konstanz → Konstanzer Offizialat
 – Kulmbach → Kulmbacher Stadtrechtsbuch
 – Landshut → Landshuter Stadtrecht
 – Lebamünde → Lebamünder Stadtrecht
 – Leipzig → Leipziger Schöffenspruchsammlung
 – Lindau → Lindauer Privilegienbestätigung
 – Luzern → Luzerner
 – Magdeburg → Magdeburger Recht
 – Medebach (1350) 72
 – Meißen → Meißner Rechtsbuch
 – Melk → Banntaidung
 – Memmingen (1396, siehe auch → Memminger Privilegienbestätigung) 89–90 259
 – Mühlhauser → Mühlhäuser Reichsrechtsbuch
 – München → Münchener Stadtrechtsbuch
 – Neuburg → Neuenburger Privilegienbestätigung
 – Nordhausen (1300–1456) 69 83 89 108 208 258–259 275
 – Nowgorod → Nowgoroder Stadtrecht
 – Nürnberg → Nürnberger
 – Orlamünde → Orlamünder Weichbild
 – Passau → Passauer Stadtrecht
 – Rottweil → Rottweiler Stadtrecht
 – Saalfeld (13. Jh.) 89
 – Schleswig → Schleswiger Stadtrecht
 – Seligenstadt → Seligenstädter

– Soest → Soest, Ältestes Stadtrecht
 – Speyer – Speyrer Stadtrecht
 – Stralsund → Stralsunder Verfestungsbuch
 – Teichel (1611) 169
 – Ulm → Ulm
 – Wien → Wiener Stadtrecht/-ordnung
 – Worms → Wormser Reformation
 – Zug → Landbuch
 – Zürich → Zürcher Blutgerichtsordnung
 – Zwickau → Zwickauer Rechtsbuch

Stammheim → Öffnung

Statuten der/des

– Konzilien von Tours (813/1163) 120 133
 – Konzils von Chalkedon (451) 130
 – Konzils von Konstantinopel (381) 130
 – Konzils von Toldeo (400) 182
 – Synode von Clermont (1095) 196
 – Synode von Karthago (418) 130
 – Vierten Laterankonzils (1215) 137 139 142 183 327
 – Zweiten Konzils von Braga (572) 119

St. Gallen, Kloster → Koellikoner Rechtssammlung

Strafbüchlein des Abraham Saur (1579) 229 318

Strafgesetzbuch (1871) 55 64 93 107 156

Stralsunder Verfestungsbuch, auch *Liber de proscriptis* (1310–1472) 201

Summa

– confessorum des Johannes von Freiburg (* ca. 1250 † 1314) 113
 – de arte praedicatoria des Alain de Lille (ca. 1180) 122
 – decretalium des Bernhard von Pavia (* ca. 1191 † 1198) 222

- de poenitentiae des Raymund von Peñafort (1222/1229) 112
- de vitiis virtutibus des Guillelmus Peraldus (vor 1271) 122
- fratris Alexandri des Alexander von Hales (* 1179/1180 † 1245) 121
- super codicem des Azo Portius (* ca. 1150 † 1230) 300 328
- theologica des Albertus Magnus († 1280) 233
- theologica des Thomas von Aquin (1265/1273) 171
- Synoden → Statuten der/des
- Tablatt → Öffnung
- Tacitus → Germania
- Tannegg → Öffnung
- Teichel → Stadtrechte von
- Tengler, Ulrich → Laienspiegel
- Theilheimer Gerichtsordnung** (1473) 206 208 271 282
- Theodulf, Bf. von Orléans → Kapitular/Kapitulariensammlung
- Thomas von Aquin → Summa theologica
- Thomas von Zerklare → Welscher Gast
- Tiroler Landesordnungen** (1499–1573) 275
- Tractatus de ordine iudiciorum des Roberto Maranta** (1540) 299
- Ulm**
 - Stadtrecht (1296) 258–259
 - Rotes Buch (1376–1445/1499) 258–259
- Via regia des Abtes Smaragd** (ca. 810) 124
- Viertes Laterankonzil → Statuten der/des
- Vintler, Hans → Pluemen der tugent
- Vita Eligii episcopi Noviomagensis des Audoin von Rouen** (überarb. Fassung, 8. Jh.) 173–174
- Vox in Rama, Kreuzzugsaufruf Papst Gregors IX.** (1233) 178 195
- Waldescher Weistum → Weistum
- Wartenberger (oder Enkenbacher) Weistum → Weistum
- Weichbildglosse** (14. Jh.) 38
- Weikendorfer Ordnung** (1581) 231
- Weinfeldern → Öffnung
- Weistum**
 - Aachener Sendw. (1331) 308
 - Kellenbacher W. (1560) 57 280
 - Mühleheimer W. (1596) 88 279 283
 - Schatterleer W. (1489) 68 167–168 267
 - Schifferstädter W. des Limburger Abtes Machar Wais von Fauerbach (1508) 167
 - Waldescher W. (1. H. 16. Jh.)
 - Wartenberger (oder Enkenbacher) W. (1560)
- Welscher Gast des Thomasin von Zerklare** (oberdt. Fassung von 1340) 116–117 155–157
- Westerlauwisches Sendrecht** (14. Jh.?) 198
- Westerwolder Landrecht** (1470) 243
- Wiener Stadtrecht/-ordnung** (1221, 1244, 1278, 1526) 89 95 108–109 254 259 263 265
- Willsauer Amtsrecht** (1489) 144
- Wormser Reformation** (1498/1499) 90 208 279 295–296 320 327
- Zimmersche Chronik → Chronik
- Zug → Landbuch von Zug
- Zürcher Blutgerichtsordnung** (1431/1432) 261
- Zweites Konzil von Braga → Statuten der/des
- Zwickauer Rechtsbuch**, auch *Codex statutorum Zwicaviensium*, (ca. 1357/1358) 162

4. Personen- und Ortsregister

Aachen 308

Accursius (* ca. 1185 † 1263) 295

Adam (bibl. Gestalt) 175

Adolf I., Kg. (* 1250 † 1298) 58

Adrian I. von Bubenberg († 1479) 96–
97 100

Alain de Lille († 1202/1203) 122

Albertus

– de Gandino († nach 1310) 300 319

– de Rosate (* ca. 1290 † 1360) 300
319

– Magnus († 1280) 233–235 242
309 19 335

Alefeld 283

Alexander

– von Hales (1179/80–1245) 121

– III., Papst (1159–1181) 133 249

Amula

– Gf. von → Graf von Amula

– Gfn. von → Gräfin von Amula

Andelfingen 275

Anrath 283

Anthemius (um 601) 134 250

Appenzell 70 108 275

Aragon, Kg. von → König von Aragon

Arnstadt 207 257 259 292

Augsburg 63–66 108 159 168 192–

193 198–200 202–204 206 208–

209 215 245 265 275

August, Kf. von Sachsen (* 1526 † 1586)

84 240

Augustinus, hl. (* 354 † 430) 130 169–

172 175 185 222 234 235 331

Azo Portius (* ca. 1150 † 1230) 300

319 328

Bader, Jurge (um 1469) 257

Balthasar, Stephan (* 1978) 27

Bamberg 63 198 214 273

Bartels, Karlheinz (* 1937) 32

Bartolus a Saxoferrato (* 1313/1314
† 1357) 295

Basel 66 91 266

Bautzen 268

Beling, Ernst Ludwig (* 1866
† 1932) 310

Benedictus Levita (vor 857)

131 195 274 317

Benevantanus

– Roffredus → Roffredus de Epipha-
nio

– Petrus → Petrus Beneventanus

Berchorius, Petrus → Petrus Berchorius

Berlin 145 275

Bern 96 100 197 277 311

Bernhard

– von Clairvaux (* ca. 1090 † 1153)

77 122 222 319

– von Pavia († 1213) 33 118 133–
134 222

Berthold von Regensburg († 1272) 185

Biberach 58 85

Blankenburg 169

Bodenwerder 108

Bologna 137

Boner, Ulrich (um 1350) 116 118

Borges, Jorge Luis (* 1899 † 1986) 27–
28

Bornbach, Stanislaus (* 1530
† 1597) 264

Boysem, Hans (um 1469) 257

Brant, Sebastian (* 1457/1558 † 1521)
39 98 297

Bratislava → Preßburg

Bremen 230–231

Bremervörde 98

Breslau (poln. Wrocław) 69 102 263
281 284

Brieg (poln. Brzeg) 245–246

Brno → Brünn

Brokes, Heinrich (* 1706 † 1773)
295–296

Bruder Berthold (14. Jh.) 26
80 113 168 178 226 320

Brügge 199

Brünn (tsch. Brno) 254

Brunner, Heinrich (* 1840 † 1915)
302–303

Brzeg → Brieg

Burchard, Bf. von Worms (1000–
1025) 176 199 305

Burgebrach 270

Burghartz, Susanna (* 1956) 192

Buxtehude 98

Cajetanus (* 1469 † 1534) 319

Casagrande, Carla 121

Celle 263

Clemens

– III., Papst (1187–1191) 249

– von Alexandrien († vor 221) 222

Clermont 196

Coelestin III., Papst (1191–1198) 251

Colmar 58

Crescentius I. Nomentanus († 998)
160 162

Cyprian († 258) 222

Dachsen 107

Damasus I., Papst (366–384) 131

Damhouder, Joost de (* 1507 † 1581)
100 240 318

Damiani, Petrus → Petrus Damiani

Diedenhofen (frz. Thionville) 109

Diessenhofen 208 259 275

Dinkelsbühl 258–259

Ditterich, Georg (um 1492) 267

Dortmund 108 200–201 209 308

Dresden 77–78 83 244 255 257 267–
268 277

Dreßler, Hans-Heinrich (* 1938) 32
Duns Scotus, Johannes → Johann(es)
Duns Scotus

Durantis, Guillelmus (* ca. 1230 † 1296)
300 310 319

Ebendorfer, Thomas (* 1388 † 1464)
189

Eisenach 72 97 162 244 283

Eitzing, Ulrich von († 1460) 193

Eligius, hl. 173

Elisabeth von Thüringen, hl. (* 1207
† 1231) 190

Engelberg 244

Enkenbach 57

Enns 89

Eurich, Kg. († 484) 155 330

Eva (bibl. Gestalt) 175

Faventinus, Johannes → Johannes
Faventinus

Ferdinand I., Ks. (* 1503 † 1564) 95

Feuerbach, Paul Johann Anselm von
(* 1775 † 1833) 30

Fischingen 282

Flamborough, Robert von († 1224)
205

Francke, Johannes († 1486) 257

Frankenhausen 72 240 260–261

Frankfurt am Main 200–201 229 295
297 320 328

Frauenfeld 89 208

Freiburg

– im Breisgau 85 199 258 266
275 277 294

– im Üechtland 99

Freising 65 115 144 198–199 208
239 241–242 275 286

Frenz, Barbara (* 1961) 35 209

Friedrich

– I. Barbarossa, Ks. (1152–1190)

24 290 318

– II., Ks. (* 1194 † 1250) 95 118

137 142 152 156

– III., Ks. (* 1415 † 1493) 58

Fries, Lorenz (* 1489/1491–1550) 43–45

Fuchs, Ralf-Peter (* 1956) 22 34

Fulbert, Bf. von Chartres († 1028) 305

Garriliati, Nicolao († nach 1481)

96 99–100

Gauvard, Claude (* 1942) 192

Geiler von Kaysersberg, Johann

(* 1445 † 1510) 124

Genf 199

Georg

– I. (Jörg) Truchsess von Wald-
burg († 1467) 58

– II., Hz. von Brieg–Wohlau (* 1523
† 1586) 245

Gera 201

Gerbaldus, Bf. von Lüttich (787–810)

109

Gerhard, Bf. von Schwarzburg (1359–

1372) 44

Gobler, Justin (* 1503 † 1567) 101–103

176 193

Gonzalo I. Miguel, Bf. von Segovia

(1196–1211) 250

Görlitz 91 232

Goslar 54 82 91 94 144 239 241

266 273 282 331

Gossau 165

Gotha 98

Graf von Amula (legend. Gestalt) 160

Grafenwörth 263

Gräfin von Amula (legend. Gestalt)

160

Gratian († ca. 1150) 110 134–135

187 230 251 306

Graubünden 71

Gregor

– I. der Große, Papst (590–604) 130

134 250–251

– II., Papst (715–731) 131

– VII., Papst (1073–1085) 182 196

– IX., Papst (1227–1241) 110 113

133 137 178 186–187 195 250

295 299 326

– XI., Papst (1370–1378) 163

Grillenbergs 231

Grimm, Jacob (* 1785 † 1863) 47 56

107

Grünberg (poln. Zielona Góra) 268

Haberer, Günter 269

Hach, Johann Friedrich (* 1769 † 1851)

295–296

Hagenau 254 259 290 318

Hales, Alexander von → Alexander von

Hales

Halle an der Saale 89 91 108 259

Hälschner, Hugo (* 1817 † 1889) 31–

32 192 229–230 236 239

Hamburg 54 69–70 80 97 102

166 208–209 242–243 254 259

282 291 308

Harppecht, Johannes (* 1560 † 1639)

311

Heffter, August Wilhelm (* 1796

† 1880) 29

Heinrich

– IV., Ks. (* 1050 † 1106) 87

– von Segusio (Hosliensis, † 1271)

32 233 242 295 300 319

– Pfalzgraf (legend. Gestalt) 190

Helfritz, Hans (* 1877 † 1958) 31–32

128 232 237 239 241 299–300

Henning, Edith (um 1939) 30

- Hetzeldorfer, Katherina** (um 1477) 199
- Hieronymus, hl.** († 419/420) 175
- Hilarius** (um 601) 134 250–251
- Hinschius, Paul** (* 1835 † 1898) 32
- Hirzenach** 59
- His, Rudolf** (* 1870 † 1938) 17 30
34 48 281 284
- Hochstätten** 108 167 176 206 208
- Hofmann, Jörg** (um 1484) 77–78
- Hostiensis → Heinrich von Segusio
- Hueberin, Kunigunda** (um 1455) 165
- Huffener, Johannes** († 1492) 255
- Hule, Anna** (um 1516) 244
- Humbert von Silva Candida** († 1061)
196
- Ilmenau** 259 292
- Ingelheim** 243 294
- Innozenz III., Papst** (* 1160/1161 † 1216)
110 135–136 144 146 215 238 250
327
- Institoris, Heinrich** (H. Krämer,
† ca. 1505) 171
- Interlaken** 265
- Isaak, Bf. von Langres** (859–880) 163
- Isidor von Sevilla** († 636) 38 108
- Istanbul → Konstantinopel
- Ivo, Bf. von Chartres** (1090–1115) 176
- Jacobus de Bellovisu** (* ca. 1270 † 1335)
300 310 319
- Jason de Mayno** (* 1435 † 1519) 300 319
- Jesus Christus** 168 173 197
- Johann(es)**
– (um 601) 134 250
– Duns Scotus († 1308) 233 242
– Faventinus († 1190) 205
– Nepomuk, hl. († 1393) 189
– von Freiburg (* ca. 1250 † 1314) 113
– XIII., Papst (965–972) 255
– XVI., Papst († ca. 1013) 160
- Jojakim, jud. Königssohn** 96
- Jonas, Bf. von Orléans** (818–841) 124
- Justinian I., Ks.** (527–565) 36–37 186
195 208 299 321
- Kangisser, Hans** (um 1469) 257
- Karl**
– I. der Große, Ks. (* 748 † 814) 87
120 131 175 179
– V., Ks. (* 1500 † 1556) 23 26 63
198 278
- Karlmann → Pippin, Kg.
- Karolinger** 59 306
- Karthago** 130
- Kasten, Brigitte** (* 1955) 154–155
- Kaufmann, Ekkehard** (* 1923 † 2010)
31 84 281 284 293–294
- Kellenbach** 280
- Kéry, Lotte** (* 1958) 33 304
- Kilchberg** 57
- Kirstan, Jurge** (um 1469) 257
- Kleinen, Michael** (* 1968) 192
- Klenkok, Johannes** († 1374) 163
- Koblenz** 88
- Kolberg** (poln. Kołobrzeg) 68 80
141 144 208 273 282
- Kolde, Dietrich** († 1515) 195
- Köln** 261
- Kołobrzeg → Kolberg
- König von Aragon** (legend. Gestalt)
160
- Königsee** 259 292
- Konstantin, Ks.** (306–337) 37
- Konstantinopel** (Istanbul) 130
- Konstanz** 165
- Koschwanez, Bruno** 31
- Köstlin, Christian Reinhold** (* 1813
† 1856) 30 48–49 92 111 284
- Krämer, Heinrich → Institoris, Heinrich
- Kremnitz** (slowak. Kremnica) 263
- Kulmbach** 115

- Kümper, Hiram** (* 1981) 162
Künßberg, Eberhard von (*1881
† 1941) 269–270
Kyburg 110 275 283
- Laktanz** (Lactantius, † nach 317) 175
Landaus, Peter (* 1935) 33
Landshut 88
Langwies 261
Laucha 269
Lebamünde (poln. Łeba) 263 308
Leipzig 268 282
Leo
– III., Papst (795–816) 131
– IX., Papst (1048–1054) 196
Leopold VI., Hz. (*1176 † 1230) 108
Levita, Benedictus → Benedictus Levita
Lieberwirth, Rolf (* 1920) 34 73–74
Lille, Alain de → Alain de Lille
Lindau 58 85
Lindorfer, Bettina 121
Lingelbach, Gerhard (* 1948) 34
Liutprand, Kg. († 744) 299
Lorsch 119
Lübeck 68 80 209 263 266–267
Ludwig
– I. der Fromme, Ks. (* 778 † 840)
87 124 129
– II. der Deutsche, Kg. († 876) 304
– II. der Strenge, Hz. von Bayern
(* 1229 † 1294) 189–190 239
– II., Kg. († 875) 303
– IV. der Bayer, Ks. († 1347) 201
241 275 285
Lukian von Samosata († nach 180) 124
Lüneburg 92
Luther, Martin (* 1483 † 1546) 124
Lüttich 109
Luzern 66 69 197 202 204 265 275
277
Lyon 122
- Macchar (Wais von Fauerbach), Abt von**
Limburg († 1509) 167
Magdeburg 25 69 102 288
Mainz 308
Mainzer, Robert (um 1883–1897) 30–31
299
Maranta, Roberto (* 1476 † 1571) 299–
300
Margaretha (um 1516), Näherin 244
Maria
– von Brabant († 1257) 189–191
– Ksn. (legend. Gestalt) 160–161
Markersdorf 263
Maximilian I., Ks. (* 1459 † 1519) 259
Meißen 38 91
Melfi 118 137 142 152 156 331
Melk 263
Memmingen 58 85 89 259
Mettmenhasli 282
Mickten 77–78
Millstatt 263
Moller
– Daniel (* ca. 1544 † 1600) 84–85
– Thomas (15. Jh.) 145–146
Moritz, Kf. von Sachsen (* 1521 † 1553)
84
Mörlich, Michel (um 1579) 248
Mühlhausen 158
Mühlheim bei Koblenz 88 279 283
Müller-Burgherr, Thomas 34 284 310
München, Nikolaus (* 1794 † 1881) 32
152
Nabel, Matis (um 1492) 267
Näfe, Joachim von (um 1586) 244–245
Neuenburg im Breisgau 58
Neukilch 57 282
Neumann
– Friederike 224 308–309
– Sarah (* 1974) 33 227

Neustadt

- an der Aisch 270
- an der Orla 268

Nider, Jean († 1438) 123**Nidwalden** 311**Niederhasli** 282**Noldener, Stenzel** (um 1469) 257**Nordhausen** 69 83 89 108 208

258–259 275

Nötzli, Symon (um 1540) 262**Nowgorod** 209**Nürnberg** 58 85 185 199 279 283**Nußdorf bei Landau** 107**Nussdorf bei Wien** 193 208 282**Obermarsberg** 267**Obrecht, Georg** (* 1547 † 1612) 311**Obwalden** 259**Oldenbourg, Gabriele von** 192**Origines** († um 254) 222**Orlamünde** 98**Oschatz** 266**Osenbrüggen, Eduard** (* 1809 † 1879)

30 34 227

Othmar (um 1455) 165**Otmar, Abt von St. Gallen** († 759) 187**Otto**

- I., Ks. (* 912 † 973) 255
- III., Ks. (* 980 † 1002) 160 162

Ovid (* 43. v. Chr. † 17 n. Chr.) 74**Paderborn** 194**Palencia** 250**Paris de Puteo** (Paride Del Pozzo,

* 1410 † 1493) 299–300

Passau 89 261 275**Paucapalea** (um 1148) 134**Pedro Instancio, Bf. von Ávila** (1205–

1212) 250

Peraldus, Guillelmus († 1271) 122–123**Petrus**

- Beneventanus († 1219/1220) 137
- Berchorius († 1362) 74–75
- Damiani († 1072) 196
- Lombardus († 1160) 232 235 309
- de Bellapertica († 1308) 300 319
- röm. Statthalter (um 966) 254–256

Pippin

- I. von Aquitanien, Kg. (814–838)
- 124 129
- Kg. (Karlmann, * 777 † 810) 302

Popplau, Kaspar († 1499) 281**Prenninger, Martin** (* ca. 1450 † 1501)

311

Preßburg (slowak. Bratislava) 263**Puchník, Nikolaus** († 1402) 189**Pürgg** 263**Purgoldt, Johannes** (um 1480/1508)

72 97 145 283

Rannacher, Helmut (* 1940) 30**Ratchis, Kg.** (744–749) 114 126**Raymund von Peñafort** (* ca. 1180

† 1275) 112

Rees, Wilhelm (* 1955) 33**Regensburg** 166**Regino, Abt von Prüm** (892–899)

176 187 304–305

Reinle, Christine (* 1962) 197**Remedius, Bf. von Chur** (ca. 822/823–

831) 82

Rendsburg 211 271**Rheingau** 208**Ricardus Anglicus** († 1252) 205**Richulf, Ebf. von Mainz** (787–813) 131**Roffredus de Epiphanio** (Beneventa-
nus, † nach 1244) 137 299–300**Rogall, Klaus** (* 1948) 41**Roger II., Kg.** (* 1095 † 1154) 95**Roland von Cremona** († ca. 1259) 134**Rom** 160 255

- Rostock** 291
- Rothari, Kg.** (636–652) 60–61 82 128
181 190 239 241 274 280 289
299 331–332
- Rothe, Johannes** (* ca. 1355/1360
† 1434) 97 162–163
- Rottweil** 199 284–286
- Rudolf I. von Habsburg, Kg.** (1273–
1291) 64 109
- Rudolphi, Hans-Joachim** (* 1934
† 2009) 41
- Ruprecht von Freising** (um 1292/1319)
65–66 72 108 188 200–204 206–
207 209 242 278 282
- Rüthen** 72 95 275 292
- Saalfeld** 89
- Saarbrücken**
– Johann I., Gf. von 66 82 215
– Stadt 66 70 82–83 208 215
242 282
- Sallis, Gerhard** (um 1416) 265
- Samosata, Lukian von** → Lukian von
Samosata
- Sarraz, Jeanne de la** († nach 1480) 96
- Saur, Abraham** (* 1545 † 1593) 229 318
- Schatterlee** 68 73 167–168 267
- Schaumberg, Johann von** (um 1497)
270
- Schifferstadt** 167
- Schleiz** 268
- Schleswig** 290
- Schmid, Dorothea** (um 1587) 261
- Schmugge, Ludwig** (* 1939) 164
- Schneider, Egli** (um 1376) 153
- Schweinichen**
– Hans von (* 1552 † 1616) 244–245
– Siegmund von (um 1586) 244–245
- Schwerhoff, Gerd** (* 1957) 121 166
- Schwyz** 259
- Seilerin, Elsi** (um 1376) 153
- Seligenstadt** 100 282 307
- Sellert, Wolfgang** (* 1935) 303
- Shahar, Shulamith** (* 1928) 160
- Simmringen**
– Götz von (erwähnt 1379–1385)
44
– Hans von (erwähnt 1373–1383)
43
- Sixtus III., Papst** (432–440) 131
- Smaragd** (um 810), Abt 124
- Soest** 143
- Sophie**
– Hzn. von Bayern (* 1376 † 1428)
189
– Hzn. von Brabant (* 1224 † 1231)
190
- Soto, Domenico** (* 1494 † 1560) 319
- Spalatin, Georg** (* 1484 † 1545) 160–
161 190–191 254–256
- Speyer** 199 259 308
- Sporer, Merten** (um 1483) 255 257
- Sprenger, Jakob** (* 1435 † 1495) 171
- St. Gallen** 165 187 242 258
- St. Johann, Dorf** 66 83 215
- Stade** 98
- Stammheim** 275
- Steiger, Martin** (um 1579) 248
- Stralsund** 201 308
- Symmachus, Papst** (498–514) 131
- Tablatt** 271 282
- Tacitus** (* 55 † nach 116) 60–61
- Tankred von Bologna** (* ca. 1185
† ca. 1236) 116
- Tannegg** 282
- Teichel** 169
- Tengler, Ulrich** (* 1447 † 1511) 295–
296 320 327
- Tertullian** († nach 220) 222
- Theilheim** 206 208 271 282

Theodulf, Bf. von Orléans (798–821) 179

Thionville → Diedenhofen

Thomas von Aquin (* 1224/1225 † 1274)
74 76–77 80 106 110–114 171 185
232–233 242 247 272–273 296 309
319 324 335

Thomasin von Zerklare († nach 1216)
116–117 155–157

Titze, Gregor (um 1484) 77–78

Toch, Michael (* 1946) 35

Toledo 182

Tours 133

Trier 279

Trusens, Winfried (* 1924 † 1999)
33 136–137

Tudeschis, Nicolaus de (* 1386
† 1445) 113

Ulm 258–259

Ulpianus, Domitius († 223) 37

Ulrich, Stephan (um 1469) 257

Valentin, Ertmudt (15. Jh.) 145

Vasant, Peter (um 1390) 66 204

Vecchio, Silvana 121

Venedig 300

Vintler, Hans († 1419) 62 177

Waldesch 283

Walldürn 308

Wallenrodt, C. von (um 1864)
31 232 236 238–239

Wartenberg 57 283

Weber, Adolph Dietrich (* 1753
† 1817) 29

Weesen 258

Wegele, Hermann (um 1892) 30 114

Weickendorf 231

Weimar, Peter (* 1937 † 2009) 112

Weinfeldern 271

Weißgerber, Mattis (um 1469) 257

Weitzel, Jürgen (* 1944 † 2015) 36

Wenzel IV., Kg. (* 1361 † 1419) 189

Werd, Insel in Eschenz 187

Wettiner 70

Wien 89 95 108–109 231 254 259 2
63 265

Wilda, Eduard Wilhelm (* 1800
† 1856) 29

Willisau 144

Willoweit, Dietmar (* 1936) 305

Worms 90 131 208 279 295–297
320 327

Wrocław → Breslau

Würzburg 43–44 271 308

Zamora, Bf. von 250

Zasius, Ulrich (* 1461 † 1525) 85

Zerbst 268

Zerklaere, Thomasin von → Thomasin
von Zerklare

Zielona Góra → Grünberg

Zug 242 275

Zürich 69 153 192–193 259 261–
262 277 307

5. Sachregister

Acht → Sanktionen

Abbitte → Genugtuung

Aberglaube 173 175

Abstammung → Stand

Actio iniuriarum aestimatoria → Ästimatorische Injurienklage

Amtsenthörung/-ausschluss → Sanktionen

Anal- u. Oralverkehr → Sodomie

Animus iniurandi → Vorsatz

Apostasie 132 171 176 198 210 216 332

Appellation 297

Ästimatorische Injurienklage (*actio iniuriarum aestimatoria*) 28 30–31 220 291 **293–294** 296–298 320

Bastard → Schmähwörter

Beamtenbeleidigung → Beleidigung eines Amtsträgers

Beleidigung eines Amtsträgers **92–96** 265 329

Beleidigungsabsicht → Vorsatz

Beleidigungsfähigkeit 100–103 **324–325**

Besentragen → Sanktionen

Bestechung 118

Beweismittel (siehe auch → Gottesurteile)

- Allgemein 139–140 144–145 152 153 160 189 326–327
- Eid/Eideshelfer 20 80–82 84–85 93 106 112 116 119 **125–130** 131–132 135–138 141 144–147 172 180 231 274 277 280 286–287 302 305 317 326–327
- Geständnis 106 140 178 189 327
- Wahrheitsbeweis 30
- Zeuge 18 106 115 128–130 136–

- 138 140–141 144–146 182 190 272 286–287 296 306 312 326–327

Bibel

- Allgemein 119 166 173 198 265
- Brief an die Römer 233
- 1. Brief an die Korinther 120
- 1. Buch der Könige 226
- Buch Deuteronomium 116 272–273
- Buch Exodus 118 272
- Buch Genesis 175 233
- Buch Jeremia 233
- Dekalog 118–120 123 210 333
- Jakobusbrief 121
- Matthäusevangelium 121 138
- Offenbarung des Johannes 138

Bigamie

Blasphemie 21 224 265 285

Bordell → Prostitution

Böse Stiefmutter → Stiefmutter

Brandstifter → Schmähwörter

Bruch → Buße/Gewette

Bürgermeister u. Ratsmänner 95 100 103 243 246 255 257 267 279 281–283 292 294

Buße

- Allgemein 83 88–90 167 222 224 230 233 235–237 242 247–248 276 305 308 334–335
- Bußtaxen (Kompositionensystem) 78 87 220 225 246 278 280 **284–288** 290–291 297–298 328–329 335–336
- Bußgeld (auch Strafgeld) 39 48 57 63 70–71 80–82 85 88 90–93 99–100 127–128 134 141 167–168 172–173 178 180 188 190 193 197 199–200 202 213 221 223 **224–226** 231 244 248 254 258 260–261 265 270–271 274 **277–294** 328 333 **335–336**

- Gewette (Bruch) **224–226** 247 271
288 **289–290** 303 335–336
- Sachleistungen 95 169 270–271
278–294 298 336
- Schadensersatz 126 226 247 258
278–294 296 298 328 335–336
- Wergeld 91 224 **288–289** 302 335

- Calumnia* → Kalumnie
- Carmen famosum* → Schmähdied
- Christliches Bekenntnis** 22 41 48 63
67 203 206 276 287 **322**
- Contumelia* → Ehrverletzung
- Conviciu* → Ehrverletzung
- Crimen laesae maiestatis* → Majestätsbeleidigung
- Crimen maxima* → Kapitalverbrechen

- Dachabtragung → Sanktionen/Hauszerstörung
- Damnum iniuria* → Sachbeschädigung
- Dämon → Teufel
- Defloration(sanspruch)** 163 **164–165** 180 **331**
- Dekalog → Bibel
- Deposition → Sanktionen
- Detractio* → Ehrverletzung
- Dienstbefohlene** (siehe auch → Geistliche u. Kirchendiener, → Rats u. Gerichtsdienner) **89–90** 93 246 330
- Duell** 22

- Ehe/Ehebruch** 64 88 164–165
179 180–181 **186–190** 206 210
224 267 325 332
- Ehebrecher → Schmähdwörter
- Ehre** (*honor*) 19 23 28 30 32 35–36
38–44 46 48–50 54–55 57 67–68
71–74 78 82 88 97 99 102 116
128 144 146 159 162–164 166 168
174 176 188 204 228 233 243 247
288 291 296 298 305 308–309 317
322 329 331–332 335 337
- Ehrenerklärung → Genugtuung
- Ehrenstrafe → Sanktionen
- Ehrloser → Geisteskranke u. Ehrlose, → Schmähdwörter
- Ehrverletzung** (*conviciu*, *contumelia*, *detractio*, *infamatio*, *infamia factio*) 34 36 40 71 **74–77** 81 84
112 122–124 141 143–146 167 200–201 203 208 226 227 229 233 235
237 242 246 248 258 265 268
271–272 284 292–293 295–296 317 322
- Eid/Eideshelfer → Beweismittel
- Einziehung (Konfiskation) → Sanktionen
- Entzug der Standesrechte → Sanktionen
- Erpressung** 152 156
- Esels- u. Hundsbegrabnis** 96

- Fahrlässigkeit** (siehe auch → Zorn) 31
54–55 58 78–85 106 114 223 273–274 276–277 285–286 310 323 **324**
- Falsche Anschuldigung** (siehe auch → Kalumnie, → Üble Nachrede, → Verleumdung) 22–23 30–31
46–47 49 64 67 71 100–101
105–147 150 152 156 158 160 186
190 193 202–205 211 220 236–237
248 250 258 262–263 **272–273**
274–275 278 285 311 317 323 **324**
332–334 336–337
- Falsches Zeugnis → Sünden
- Falschheit** 155–156
- Falsum testimonium* → Falsches Zeugnis
- Fama → Leumund
- Fehde → Sanktionen
- Folter → Sanktionen
- Frau** (siehe auch → Deforation[sanspruch]), → Frauenraub, → Geschwätzigkeit, → Kinder, → Schmähdwörter, → Stiefmutter) 138
145 150 152–153 158–160 162–170
172 180–181 184 186–193 198 207

- 211 231 243 248–249 266–269
270–271 282 292 307 **308–309**
 329–333
 Frauen-«Geschwätz» → Geschwätzigkeit
Frauenraub 188
 Feindschaft → Sünde
 Freiheitsstrafe → Sanktionen
Friedlosigkeit (siehe auch → Landfrieden) 73 77 89 154 206 223 226 290
Gast 89–90
Geistliche u. Kirchendiener 94 115
 119–120 122 127 130–135 137–
 139 142 152 164 168 171 178–179
 181 183 185 187–188 196–197 214
 223 230 249 262 269 272 302–304
 306 308 326 329 334
Geisteskranke u. Ehrlose 101–102 229 324
 Geißelung → Sanktionen
Genugtuung (Abbitte, Ehrenerklärung, Widerruf) 21 23 29 31 49 83 97
 126 128 146 167 169 202 220 223–
 224 226–227 **228–246** 247 255 262
 271 275–276 278 286–288 291 295–
 301 317 328 333 **335** 336 338
 Gerichtsdienner → Rats- u. Gerichtsdienner
Geschwätzigkeit
 – der Elster 74
 – der Frau (siehe auch → Sünden/Schwatzhaftigkeit) 68 73
 150 152–153 **166–170** 210 268–
 269 **331**
 – des Raben 74–75
 Geständnis → Beweismittel
 Gewette → Buße
 Giftmischer(in) → Schmähwörter
Gottesurteile (Ordale)
 – Allgemein **125–130** 134–136 139
 142 327
 – Eisenprobe 134 139 160
 – Feuerprobe 127
 – Wasserprobe 116 134 139
 – Zweikampf 65 127 134 136 **141–**
144 172 274 280
 Haarescheren → Sanktionen
 Habgier → Sünde
Haftung 100–103 **324–325**
 Halseisen → Sanktionen/Pranger
Häresie/Häretiker 132 136 138 150
 176 178 **194–197** 204–205 210 216
 322
 Hass → Sünde
Hausherr 89–90 168–169 246
 Herkunft → Stand
Hexerei u. Zauberei 170–178 205 325
 331
 Homosexualität → Sodomie
Honor → Ehre
 Hundsbegrabnis → Esels- u. Hunds-
 grabnis
Illegitimität (siehe auch → Schmäh-
 wörter/Bastard) 64 145 **178–205**
 325
Infamatio → Ehrverletzung
Infamia facto → Ehrverletzung
Infamie/Infamationsverfahren 22
 27–28 33 106 **130–135** 136 272
 317–318 326
Inquisition/Inquisitionsprozess 33
 106 110 116 **135–147** 169 216 326–
 327 333
 Interdikt → Sanktionen
 Inzest → Sodomie
Jude 138 185
Kalumnie (*calumnia*, siehe auch →
 Falsche Anschuldigung, → Verleu-
 mdung) 99 106 108 **110–113** 116
 124 133–134 158 272 274 277–278
 280 282 287 299 302–303 **323–324**

Kapitalverbrechen (*crimen maxima*)

20 205 207–208 216

Kerzentragen → Sanktionen

Kind 204 **260–262** 330–331 334–335

Kirche → Öffentlichkeit

Kirchendiener → Geistliche u. Kirchen-
diener**Klage** (strafrechtlich u. bürgerlich)**294–301 327–328****Kompensation** 309–312 **337**

Kompositionensystem → Buße

Konfiskation → Sanktionen/Einziehung

Konkubinat 88 **181–183** 184

Körperstrafe → Sanktionen

Körperverletzung 40

Kranzgeld → Defloration(sanspruch)

Landfrieden (siehe auch → Friedlosig-
keit) 143 246

Laster → Tugend u. Laster

Lasterstein → Sanktionen/Steintragen

Leibliche Unversehrtheit 48**Leumund** (*fama*, guter Ruf) 22 41–42

44 46 48 50 54 57 67 73 76 96–

99 102–103 109 113–114 126 130–

133 135–136 138 143 145–147 153

168 190 223 227–228 231 233 235

237 245 247 272 279 288 291 298

308 310 317 **322** 326–328 330 337*Libellus famosus* → Schmäh-
schrift

Lüge → Sünde

Majeitätsbeleidigung (*crimen lae-
sae maiestatis*) 20 24 40 92

96 142 206 213–214 330

Maure 185**Meuchelmord** 142

Markt → Öffentlichkeit

Masturbation (siehe auch → Schmäh-
wörter) 65

Missgunst → Sünde

Mord → Sünde, → Meuchelmord

Mordbrenner → Schmähwörter

Mörder → Schmähwörter

Narrenkasten → Sanktionen/Pranger

Neid → Sünde

Notwehr 309–311

Notzucht → Vergewaltigung

Ohrenbläserei 74 77**Öffentlichkeit** (Kirche, Ratsstube,

Marktplatz etc.) 67 70–71 73 83

97 102 113 127 135 158 168–169

184 227 229 233 242–243 246 252

254–255 261 263 266–267 269–271

278 281 288 296–298 303 307–308

311 323–324 328 334–335

Ordal → Gottesurteile

Peinliche Strafe → Sanktionen/Kör-
perstrafe

Pfaffensohn → Schmähwörter

Polizeiordnung 143

Pranger → Sanktionen

Prostitution (siehe auch → Schmäh-
worte) 64 88 181 **184–185** 325**Rache** (siehe auch → Sanktionen/Feh-
de/Urfehde) 222 232 246

Rachsucht → Sünde

Rädern → Sanktionen

Ratsmänner → Bürgermeister u. Rats-
männer

Ratsstube → Öffentlichkeit

Rats- u. Gerichtsdiener 102–103 169
248 270 283 292 297 324**Realinjurie** 19

Reinigungseid → Eid

Retorsion 29 285 **309–312 337****Richter** (Schultheiß, Vogt u. a.) 107

111 114–118 129 134 138 145–146

167 176 187 198 207 211 216 246

250 263 267 272 274 279–281 286

288 293 294 296–298 302–303 305

308 324 329

Richterliches Ermessen → Sanktionen

Römisches Recht 19–20 24 26 28–29

32 36 39 61 71 79 84 97 132

135 137–138 159 181 186–187 198

208 212 214 216 220 222 228

273 293–294 297 299–301 **310–311**

317 **321–322** 328 333 335

Ruf, guter → Leumund

Rüge → Sanktionen

Rügegericht/Rügeverfahren (bfl.

Sendgericht) 22 24 33 **226** 251

302–309 317 326 **327**

Sachbeschädigung 36 40

Sakrileg 216

Sanktionen (siehe auch → Buße, → Genugtuung, → Züchtigung[srecht])

– Acht 223

– Amtsenthebung/-ausschluss 132

134 139 187 194 220 248 250–251

263 333 336

– Beschränkung des Weihgrades 251

– Deposition 223

– Ehrenstrafe (siehe auch → Besen-
tragen, → Eselsritt, → Kerzentragen,

→ Pranger, → Stäupen, → Stein-
tragen) 132 164 168 185 190 221

227–228 242–243 251 255 260–

262 276 278 307 331 333–334

– Einziehung (Konfiskation) 188–
189 223

– Entzug der Standesrechte 194 258

– Eselsritt 228 256

– Exkommunikation 132 187 215

223 242 248 251 303 305 334 336

– Fehde/Urfehde (siehe auch → Ra-
che) 246

– Folter 140 178 189 222

– Freiheitsentzug 80 103 169 187

189–190 221 223 245 249 **255–260**

261–262 334 **336**

– Geißelung 87 134 220 **251–255**

261 **336**

– Haarescheren 223

– Hauszerstörung (Wüstung, Dachab-
tragung) 169 213

– Interdikt 223

– Kerzentragen 307 334

– Klosterhaft 186–187 194 249 334

– Körperstrafe 59 63 67 185 190

208 210 214–215 221 223 228 249–

250–253 260–261 **263–266** 268 278

296 301 307 333–334

– Pranger (Narrenkästen, Hundeloch,
Halseisen etc.) 167 169 211 243

248–249 252 254 **262–264** **266–**

268 270–271 308 334 **336**

– Rädern 214 276

– Richterliches Ermessen 245–246

257 **278–280** 292 297–298 307 **328**

329 335

– Rüge 223

– Stäupen 211 227 249 253–254 256
336

– Steintragen 167 228 248–249 262

268–270 307–308 334 336

– Süßpendierung 132 135 197 223
248–249 334

– Talion 112 115 128 132 134 158

186 197 203 220–221 225 249 272

273–277 287 331 334

– Todesstrafe 22–23 59 67 118 153

158–160 164 178 185–188 190 195

197–199 203–204 208 211–212–214

223 228 249 255 257 261 271 274

276 **277–278** 280 331–332 334 **336**

– Verknechtung 223

– Verweisung (Verbannung) 44 92

134 164 185 189–190 210–211 213

220–221 223 249–250 254 **255–262**

266 272 277 302 331 334 **336**

– Zungenstrafe 265

Schadensersatz → Buße

Schmähwörter (Schelt- und Schimpf-
wörter)

– Allgemein 22 34–35 38–39 46

- 48–49 54–57 61 67 **71–74** 82 84
 88 90 95 98 109 150–151 172–173
 180 190 200 202 **207–210** 226
 229 243 252 255 257–258 260
 267–268 270–271 278 280–287 292
 294 297 301 307 317 320 331 333
 337
 – Bastard 192 208 284
 – Blinder 103
 – Bösewicht 64 176 200–202 204
205–216 284–288 296 325
 – Brandstifter 197
 – Dieb 64 67 70 77–78 83 97 116
 127 141 151 176 192–193 197 199
 202 204–208 **210–211** 215–216 227
 242 258 275 277–278 284–285 296
 323 332–333
 – Denunziant/Verräter (*delator*) 59–
 60 63 70 81 176 206–208 **213–215**
 276–277 285–286 288 333
 – Ehebrecher 206
 – Ehrloser 208
 – Fälscher/Meineidiger 59–60 64 67
 73 83 127 192 197 199 204 206–
 208 **213–215** 216 275–276 284–285
 288–289 332–333
 – Fauler Knecht 57
 – Feigling/Feigheit 59–62 73 103
 150 176 **205–216** 231 288–289
 – Fuchs/Füchlein 59–60 289 325
 – Giftmischer(in) 142 172–173
 – Hase 59–60 62 288 323 325
 – Hasenfuß 57
 – Heimtücker 172–173
 – Hexe(r)/Nachtreiter(in) (siehe auch
 → Hexerei u. Zauberei) 49 57 60
 81 128 150 172–173 174 180–181
 190 231 289 325 332
 – Hundesohn 200–201 325
 – Hure/Dirne (*meretrix*, siehe auch
 → Prostitution) 59 64 81 150–151
 153 164–165 172–173 **180–181** 190–
 194 200–201 207–208 231 243 289
 331 **332** 333
 – Hurenbock 153
 – Hurenkind 64 70 73 103 152–
 153 179 192–194 199–201 204 206
 208 211 284–285 287 296
 – Katzensohn 200–201
 – Ketzer (siehe auch → Sodomit) 49
 63–66 151 178 197 199–200 204
 206 208 216 258 275–276 284–285
 296 320–321 332–333
 – Kuhschänder 200
 – Lahme Hutsche 57
 – Lahmer 103
 – Lotterbube 205
 – Lügner/Lügenhaar 63 153 192
 216 258 287 332
 – Mordbrenner 208
 – Mörder 23 57 67 83 141 150–
 151 176 197 206 208 **212–213** 216
 258 275 277 284–285 323 333
 – Pfaffensohn 284
 – Räuber 23 64 67 97 141 150
 156 158 197 199 204–206 208
212 215 275 278 333
 – Schalk 205 284
 – Schelm 70
 – Sodomit (siehe auch → Sodo-
 mie) 59 63–64 66 141 150–
 151 199 204 216 276 288–
 289 320 332
 – Teufel (siehe auch → Teufel)
 57 206
 – Trinker 57
 – Vergewaltiger 197 275 **330–331**
 – Wahrsager 103 173 175–176
 – Wucherer 206
 – Wüstling 59 288 325
 – Zauberei (siehe auch → Hexerei u.
 Zauberei) 173–176 206
 – Zuhälter 192

Schmählied (*carmen famosum*) 40

Schmähschrift (*libellus famosus*) 19

23 29–30 40 80 293 296 299 301

Schmähung → Ehrverletzung

Schöffe (siehe auch → Bürgermeister u. Ratsmänner) 100 102

Schultheiß → Richter

Sendgericht, bfl. → Rügegericht/Rügeverfahren

Simonie 216**Sodomie** (Unzucht, siehe auch → Häresie, → Schmähwörter/Sodomit)– Allgemein 21 67 119 171 **178–205** 210 216 224 285 287 325

– Anal- u. Oralverkehr 65 179

– Homosexualität 65 178–179 196 **197–199** 210

– Inzest 179 206 216 325

– Zoophilie 65–67 179 198 202 204–205 210 287 325

Stand (Abstammung, Herkunft) 43

63 85–96 159 164 181 186 242

245–246 252 254 260 279–280 322

328 **329–330** 335 338

Stäupen → Sanktionen

Steintragen → Sanktionen

Stiefmutter, böse 150 **154–156** 330

Strafgeld → Buße

Sünden

– Allgemein 74 175 221–224 234–235 272 317

– Falsches Zeugnis (*falsum testimonium*) 20 109 119 250–251

– Feindschaft 119

– Habgier 118

– Hass 118

– Lüge 119 122–124

– Missgunst 119

– Mord 119 210 216 224 228

– Neid 119

– Rachsucht 118

– Schwatzhaftigkeit (siehe auch → Geschwätz der Frau) 122

– Todsünde 76–77 91 120 168 250 330

– Trunksucht/Trunkenheit 216 324

– Verspotten 123

– Völlerei 119

– Zungensünde 121–124 144 216 250 317 333

Suspendierung → Sanktionen

Talion → Sanktionen

Teufel (auch Dämon, siehe auch → Schmähwörter) 171–172 **176–178** 253

Todesstrafe → Sanktionen

Todsünde → Sünden

Trunksucht → Sünden

Tugend u. Laster 123**Üble Nachrede** (siehe auch → FalscheAnschuldigung) 46 **53–103** 106–

107 124 151–152 193 203 235 251–

252 258 276 278 287 **323** 324 332

Todesstrafe → Sanktionen

Ungläubiger 138

Unzucht → Sodomie

Urfehde → Sanktionen/Fehde/Urfehde

Urteilsschelte 21 216 263

Verbannung → Sanktionen

Vergewaltigung (Notzucht, siehe auch → Schmähwörter/Vergewaltiger) **156–163** 309

Verknechtung → Sanktionen

Verleumdung (siehe auch → Falsche Anschuldigung, → Kalumnien) 28 46 48 50 54–55 58 63 71 80 82 **105–147** 150–151 160 168 176 179 187 193 205 220–221 229 242 251 257 262 272 302 **323** 324–325 327 332 335 337

Verlobung → Defloration(sanspruch)

Verspottung (derisio) 74

Verunglimpfung des Andenkens**Verstorbener** 54 56 **96–100** 325

Verweisung → Sanktionen

Verwünschung (maledictio) 74

Vogt → Richter

Völlerei → Sünden

Vorsatz (*animus iniurandi*) 31 37 54–55 58 78–83 **84–85** 102 106–107 114 156 259 276–277 285–286 323 **324**

Wahrheitsbeweis → Beweismittel

Widerruf → Genußtuung

Wucherer → Schmähwörter

Wüstung → Sanktionen/Hauszerstörung

Zauberei → Hexerei u. Zauberei

Zehn Gebote → Bibel/Dekalog

Zeuge → Beweismittel

Zeugeneid → Beweismittel

Zölibat 182 196

Zoophilie → Sodomie

Zorn (siehe auch → Fahrlässigkeit) 76 79 **81–84** 102 172 180 190 195 231 271 273–274 284–285 287 294 305 324**Züchtigung(srecht)** 49 54 89–91 166–169 207 223 261 267 330 335–336 338

Zuhälter → Schmähwörter

Zungensünde → Sünden

Zweikampf → Gottesurteile

6. Abbildungsverzeichnis

1.
Lorenz Fries: *Chronik der Bischöfe von Würzburg 742–1495* – S. 45
2.
Der Hase als Sinnbild für Furcht und Feigheit in den *Pluemen der tugent* des Hans Vintler – S. 62
3.
Ein schwarz-weißer Rabe als Sinnbild der Geschwätzigkeit im *Ovidius moralizatus* (*Reductorium morale*, liber XV) des Petrus Berchorius – S. 75
4.
Ein böser Richter im *Welschen Gast* des Thomasin von Zerclaere – S. 117
5.
Die Falschheit der Frauen im *Welschen Gast* des Thomasin von Zerclaere – S. 157
6.
Eine von fünf Illustrationen zur Geschichte der legendären Kaiserin Maria aus dem zweiten Teil von Georg Spalatins *Chronik der Sachsen und Thüringer* – S. 161
7.
Vier Formen des Hexenfluges in den *Pluemen der tugent* des Hans Vintler – S. 177
8.
Die Hinrichtung Pfalzgräfin Marias wegen angeblichen Ehebruchs in Georg Spalatins *Chronik der Sachsen und Thüringer* – S. 191
9.
Strafmittel in einem *Speculum humane salvationis* – S. 253
10.
Die Gefangensetzung und Bestrafung des römischen Stattahlters Petrus nach Georg Spalatins *Chronik der Sachsen und Thüringer* – S. 256
11.
Ein an den Pranger gebundener Mann aus der *Chronik der Preußen* des Stanislaus Bornbach – S. 264

In der Reihe «Hildesheimer Universitätsschriften» (ISSN 1861-4698) erschienen bisher folgende Titel:

Band 1

Das Dritte Reich im Gespräch. Zeitzeugen berichten, Studierende fragen, hrsg. von Philipp Heine, Stefan Oyen, Manfred Overesch und Marcus Thom
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
1997. – 108 S.
ISBN 3-9805754-0-3

Band 2

Begriff und Wirklichkeit der kleinen Universität. Positionen und Reflexionen. Ein Kolloquium des Instituts für Philosophie der Universität Hildesheim, hrsg. von Tilman Borsche, Christian Strub, Hans-Friedrich Bartig und Johannes Köhler
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
1998. – 194 S.
ISBN 3-9805754-3-8

Band 3

Zeitenumbruch in Ostafrika. Sansibar, Kenia und Uganda (1894–1913). Erinnerungen des Kaufmanns R. F. Paul Huebner, hrsg. von Herward Sieberg
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
1998. – 315 S.
ISBN 3-9805754-1-1

Band 4

Reiner Arntz: Das vielsprachige Europa. Eine Herausforderung für Sprachpolitik und Sprachplanung
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
1998. – 188 S.
ISBN 3-9805754-4-6

Band 5

Francis Jarman: The perception of Asia. Japan and the West
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
1998. – 240 S.
ISBN 3-9805754-5-4

Band 6

Anke Eberwein: Konzertpädagogik. Konzeptionen von Konzerten für Kinder und Jugendliche
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
1998. – 148 S.
ISBN 3-9805754-6-2

Band 7

«Ich bin völlig Africaner und hier wie zu Hause ...». F. K. Hornemann (1772–1801). Begegnungen mit West- und Zentralafrika im Wandel der Zeit. Hildesheimer Symposium, 25.–26.9.1998, hrsg. von Herward Sieberg und Jos Schnurer
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
1999. – 204 S.
ISBN 3-9805754-7-0

Band 8

Mechthild Raabe: Hans Egon Holthusen. Bibliographie 1931–1997 (zugleich Veröffentlichungen aus dem Nachlass Holthusen, Bd. 1)
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
2000. – 225 S.
ISBN 3-9805754-8-9

Band 9

Bildung als engagierte Aufklärung.
Ernst Cloer zum 60. Geburtstag,
hrsg. von Dorle Klika, Hubertus Kunert
und Volker Schubert
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
2000. – 227 S.
ISBN 3-9805754-9-7

Band 10

Reiner Arntz und Jos Wilmots: Kont-
raßsprache Niederländisch. Ein neuer
Weg zum Leseverstehen
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
2002. – 171 S.
ISBN 3-934105-01-7

Band 11

Friedrich Konrad Hornemann in Siwa.
200 Jahre Afrikaforschung, hrsg. von
Gerhard Meier-Hilbert und Jos Schnurer
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
2002. – 212 S.
ISBN 3-934105-02-5

Band 12

Schulen im Hildesheimer Land. Ein
historisches Portrait zur Eröffnung des
Schulmuseums an der Universität Hil-
desheim, hrsg. von Rudolf W. Keck und
Hartmut Schröder
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
2003. – 102 S.
ISBN 3-934105-03-3

Band 13

Begegnungen im Tschad – Gestern und
Heute. Drittes Hildesheimer Horne-
mann-Symposium, hrsg. von Gerhard
Meier-Hilbert und Jos Schnurer
Hildesheim: Universitätsbibliothek,
2003. – 182 S.
ISBN 3-934105-04-1

Band 14

Schul- und Hochschulmanagement: 100
aktuelle Begriffe. Ein vergleichendes
Wörterbuch in deutscher und russischer
Sprache, hrsg. von Olga Graumann, Ru-
dolf W. Keck, Michail Pewsner, Anatoli
Rakhkochkine und Alexander Schirin
Hildesheim: Universitätsverlag, 2004. –
246 S.
ISBN 3-934105-07-6

Band 15

Interkulturalität in Wissenschaft und
Praxis, hrsg. von Jürgen Beneke und
Francis Jarman
Hildesheim: Universitätsverlag, 2005. –
273 S.
ISBN 3-934105-08-4

Band 16

Literarische Orte – Orte der Literatur,
hrsg. von Hans Herbert Wintgens und
Gerard Oppermann
Hildesheim: Universitätsverlag, 2005. –
270 S.
ISBN 3-934105-09-2

Band 17

1933. Verbrannte Bücher – Verbannte
Autoren, hrsg. von Hans Herbert Wint-
gens und Gerard Oppermann
Hildesheim: Universitätsverlag, 2006. –
274 S.
ISBN 3-934105-12-2

Band 18

In der Werkstatt der Lektoren. 10 Ge-
spräche, hrsg. von Martin Bruch und Jo-
hannes Schneider. Mit einem Nachwort
von Hanns-Josef Ortheil
Hildesheim: Universitätsverlag, 2007. –
203 S.
ISBN 978-934105-15-7

Band 19

Literarische Figuren. Spiegelungen des Lebens, hrsg. von Hans-Herbert Wintgens und Gerard Oppermann. Mit einem Nachwort von Hanns-Josef Ortheil
Hildesheim: Universitätsverlag, 2007. – 291 S.

ISBN 978-934105-16-4

Band 20

Weltliteratur I: Von Homer bis Dante, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Paul Brodowsky und Thomas Klupp
Hildesheim: Universitätsverlag, 2008. – 279 S.

ISBN 978-3-934105-27-0

Band 21

Weltliteratur II: Vom Mittelalter zur Aufklärung, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Paul Brodowsky und Thomas Klupp
Hildesheim: Universitätsverlag, 2009. – 293 S.

ISBN 978-3-934105-51-5

Band 22

Weltliteratur III: Von Goethe bis Fontane, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Thomas Klupp und Alina Herbing
Hildesheim: Universitätsverlag, 2010. – 309 S.

ISBN 978-3-934105-34-8

Band 23

Kulturelle Bildung braucht Kulturpolitik. Hilmar Hoffmanns «Kultur für alle» reloaded, hrsg. von Wolfgang Schneider
Hildesheim: Universitätsverlag, 2010. – 282 S.

ISBN 978-3-934105-35-5

Band 24

Weltliteratur IV: Das zwanzigste Jahrhundert, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Thomas Klupp und Alina Herbing
Hildesheim: Universitätsverlag, 2011. – 304 S.

ISBN 978-3-934105-37-9

Band 25

Literatur und Religion, hrsg. von Toni Tholen, Burkhard Moennighoff und Wiebke von Bernstorff
Hildesheim: Universitätsverlag, 2012. – 293 S.

ISBN 978-3-934105-39-3

Band 26

Gender- und Diversity-Kompetenzen in Hochschullehre und Beratung. Institutionelle, konzeptionelle und praktische Perspektiven, hrsg. von Corinna Tomberger

Hildesheim: Universitätsverlag, 2013. – 109 S.

ISBN 978-3-934105-40-9

Band 27

Aspekte von Bildung aus osteuropäischer Sicht. Beiträge von Nachwuchswissenschaftlern und Absolventen osteuropäischer Universitäten, verfasst im Rahmen des EU-Projektes Tempus IV, hrsg. von Olga Graumann, Irena Diel und Ecaterina Barancic
Hildesheim: Universitätsverlag, 2013. – 197 S.

ISBN 978-3-934105-41-6

Band 28

Literatur und Reise, hrsg. von Burkhard Moennighoff, Wiebke von Bernstorff und Toni Tholen

Hildesheim: Universitätsverlag, 2013. – 267 S.

ISBN 978-3-934105-42-3

Band 29

Weißbuch Breitenkultur. Kulturpolitische Kartografie eines gesellschaftlichen Phänomens am Beispiel des Landes Niedersachsen, hrsg. von Wolfgang Schneider

Hildesheim: Universitätsverlag, 2014. – 213 S.

ISBN 978-3-934105-43-0

Band 30

Literatur und die anderen Künste, hrsg. von Wiebke von Bernstorff, Toni Tholen und Burkhard Moennighoff

Hildesheim: Universitätsverlag, 2014. – 271 S.

ISBN 978-3-934105-45-4

Band 31

Welthistorische Zäsuren. 1989 – 2011 – 2011, hrsg. von Michael Corsten, Michael Gehler und Marianne Kneuer

Hildesheim: Universitätsverlag; Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag, 2016. – 266 S.

ISBN 978-3-487-15379-7

Band 32

Große Gefühle – in der Literatur, hrsg. von Toni Tholen, Burkhard Moennighoff und Wiebke von Bernstorff

Hildesheim: Universitätsverlag; Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag, 2017. – 238 S.

ISBN 978-3-487-15526-5

Band 33

Mario Müller: Verletzende Worte. Beleidigung und Verleumdung in Rechtstexten aus dem Mittelalter und dem 16. Jahrhundert.

Hildesheim: Universitätsverlag; Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag, 2017. – 410 S.

ISBN 978-3-487-15627-9

Band 34

Performing the Archive, hrsg. von Wolfgang Schneider, Christine Henniger und Henning Fülle, unter Mitarbeit von Anne John

Hildesheim: Universitätsverlag; Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag, 2018. – 411 S.

ISBN 978-3-487-15535-7

Band 35

Werner Greve und Tamara Thomsen: Zwanzig Leben

Hildesheim: Universitätsverlag; Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag, 2017. – 204 S.

ISBN 978-3-487-08594-4



«Einem den guten Ruf nehmen, ist aber eine sehr schwere Sache; denn unter den zeitlichen Gütern scheint der gute Ruf das Kostbarste, durch dessen Verlust der Mensch um viele gute Werke gebracht wird. Deshalb heißt es bei Jesus Sirach 41, 15: «Trage Sorge für deinen guten Namen; denn dieser verbleibt dir länger als tausend

große und kostbare Schätze.» Und daher ist die Ehrabschneidung, an sich gesprochen, Todsünde.»

Vor mehr als sieben Jahrhunderten umriss mit diesen treffenden Worten Thomas von Aquin eine der wichtigsten Spielregeln der vormodernen christlichen Gesellschaften. Unzählige Texte aus der mittelalterlichen Überlieferung berichten von den unliebsamen Möglichkeiten, den Leumund und die Ehre von Personen zu verletzen. Und die Quellen berichten auch, wie die Folgen der Schmähungen die Existenz der Betroffenen zerrütten konnten. Rechtsgelehrte und Theologen nahmen sich des Schutzes von Leumund und Ehre an; sie empfahlen Formen der Genugtuung, Buße und Strafe. Wie mit dem delinquenten Verhalten damals umgegangen werden sollte, mutet heute jedoch oft befremdlich an.

In dieser Studie werden auf der Grundlage zahlreicher Rechtstexte die Formen, Gegenstände und Sanktionen von Beleidigungen und Verleumdungen zum ersten Mal in einer Überblicksdarstellung zur mittelalterlichen Geschichte ausführlich diskutiert. Sie bietet mit ihren vielen unbekannten historischen Textbeispielen und seltenen Abbildungen einen wichtigen Beitrag zur Historischen Kriminalitätsforschung und macht neugierig auf die Rezeption der mittelalterlichen Normen zur Ehre und ihrer Beeinträchtigung durch «verletzende Worte».